

School of Theology at Claremont



1001 1411787

# KIRCHLICHES JAHRBUCH

1959



Theology Library

SCHOOL OF THEOLOGY  
AT CLAREMONT  
California







KIRCHLICHES JAHRBUCH 1959



# KIRCHLICHES JAHRBUCH

FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

BX

8020

A2

K5

v. 86

1959

BEGRÜNDET VON JOHANNES SCHNEIDER

HERAUSGEGEBEN VON JOACHIM BECKMANN

86. JAHRGANG

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS · GERD MOHN





# INHALT

## KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE 1959

I. Die Evangelische Kirche in Deutschland	
Von Gottfried Niemeier .....	1
Vorbemerkung: Allgemeines und Grundsätzliches zur Lage der Kirche in der Gegenwart. ....	1
Bemerkungen zum „Verbandscharakter“ der christlichen Kirchen, Ministerpräsident Kopf (Auszug) .....	2
Bericht einer sächsischen Studiengruppe (Auszug) .....	3
Tätigkeitsbericht von Präses D. Dr. Beckmann (Auszug) .....	3
1. Innerkirchliche Arbeit .....	7
a) Die Neuordnung der Konfirmation .....	7
Beschluß der EKD-Synode 1958 .....	7
Bericht des Ausschusses für die Neuordnung der Konfirmation .....	9
b) Das Lehrgespräch über das Abendmahl .....	13
Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 12. 6. 1959 .....	14
Schreiben des Luth. Kirchenamtes an den Rat der EKD vom 23. 12. 1959 .....	14
Stellungnahme des Theologischen Ausschusses der VELKD .....	15
Handreichung des Luth. Landeskirchenrats in München vom 7. 10. 1959 .....	19
Bitte der Evangelischen Konferenz vom 6. 1. 1960 .....	21
c) Die Wiederentdeckung der missionarischen Aufgabe der Kirche .....	22
Kundgebung der Generalsynode der VELKD: „Gott ist am Werk“ vom 9. 10. 1959 .....	22
Beschlüsse der Generalsynode der VELKD zum Thema „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“ vom 9. 10. 1959 .....	23
Synodalbeschluß der Rheinischen Landessynode zum Thema: „Missionierende Kirche“; hier zu ev. Publizistik .....	27
Aufruf von Präses D. Dr. Beckmann für die kirchliche Presse .....	30
Handreichung der Rheinischen Landessynode zur Frage „Kirche und Mission“ .....	31
d) Neue Wege der Verkündigung und der Seelsorge .....	33
Kundgebung der Bischofskonferenz der VELKD zum Offenhalten der Kirchen .....	33

Hinweise und Richtlinien des VELKD-Ausschusses für Fragen des gemeindlichen Lebens .....	34
Richtlinien zur Hamburger Predigtentschließung .....	37
Wegweisung der Westfälischen Kirchenleitung zur Seelsorge (Auszug)	40
Handreichungen zur Frage der sozialistischen Feiern .....	43
Handreichung für die Pfarrer .....	43
Wort für die Gemeinden .....	46
Wort für die Gemeindekreise .....	47
Bericht von Landesbischof D. Noth zur Christenlehre (Auszug) ....	48
Vorschläge der Erziehungskammer (Auszug) .....	49
e) Das Ringen um ein neues Selbstverständnis der Kirche .....	50
Bericht des Ausschusses der Westfälischen Landessynode „Bekenntnis und Einheit der Kirche“ (Auszug) .....	51
f) Der 9. Deutsche Evangelische Kirchentag .....	54
Klarstellung der Kirchenkanzlei Berlin .....	54
2. Die öffentliche Verantwortung der Kirche .....	57
A. Die politische Verantwortung der Kirche 1959 .....	57
a) Verkündigung als politische Diakonie .....	59
Thesen des Öffentlichkeitsausschusses der Ev. Kirche von West- falen zur Frage des Öffentlichkeitsbezuges der Verkündigung ...	59
b) Kirche und Staat; Kirche und Parteien .....	62
1. In der Bundesrepublik .....	62
Staatskirchenvertrag Hessen, Stellungnahme der Rheinischen Landessynode .....	62
Grundsatzprogramm der SPD .....	63
„Wenn Christen politische Gegner sind ...“	
Referat von MdB Erler auf dem Kirchentag .....	64
Referat von Kultusminister Osterloh auf dem Kirchentag ....	69
2. In der Deutschen Demokratischen Republik .....	75
Erklärung der Pommerschen Ev. Kirche betr. kirchliche Ge- meinschaft .....	76
Entschließung der Schlesischen Provinzialsynode betr. Auf- hebung der Reisebeschränkungen .....	76
c) Die Wahrnehmung der politischen Diakonie der Kirche im Blick auf aktuelle politische Vorgänge .....	77
1. Kirchliche Stellungnahmen zu außenpolitischen Vorgängen ...	77
Appell der Bischöfe „Vergeßt den Menschen nicht“ vom 27. 1. 1959 .....	77
Antwort des Bundeskanzlers .....	78

Antwort des französischen Botschafters .....	78
Antwort des englischen Botschafters .....	78
Erklärung zum „Notwort“ der EKU von Präses D. Dr. Beckmann .....	78
Erklärung der Synode von Anhalt .....	79
Erklärung der Pommerschen Synode .....	79
Erklärung der Berlin-Brandenburgischen Synode .....	79
Stellungnahme des „Sonntagsblattes“ zum Notwort .....	79
Stellungnahme des Rheinischen Konvents .....	80
Aufruf des Rates der EKD zum Gebetsgottesdienst am 3. 5. 1959 .....	81
Kanzelabkündigung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens am 19. 4. 1959 .....	82
Bitte der Berlin-Brandenburgischen Synode an die Politiker und an die Gemeinden .....	82
Kommuniqué der Juni-Sitzung des Rates der EKD .....	83
Adresse der Rheinischen Landessynode an die Außenministerkonferenz .....	83
Beschluß der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg .....	83
Aufruf von Pfarrern und Theologieprofessoren anläßlich der Genfer Konferenz .....	83
Entschlieûung einer Tagung „Neues Ethos und Friedensordnung“ .....	84
Erklärung von 44 westdeutschen Professoren .....	85
Wort von Präses D. Wilm an die Brüder und Schwestern aus der DDR auf der EKU-Synode .....	86
2. Kirchliche Stellungnahmen zu innerpolitischen Vorgängen	
in der Bundesrepublik .....	87
Kommuniqué der Junisitzung des Rates der EKD .....	87
in der Deutschen Demokratischen Republik .....	88
Offener Brief von Bischof D. Dr. Dibelius an Ministerpräsident Grotewohl vom 20. 4. 1959 .....	88
d) Die Atomdiskussion in der EKD .....	90
Erklärung der „Konferenz der Verständigung zwischen Ost und West“ Januar 1959 .....	92
Schreiben württembergischer Pfarrer an ihre Amtsbrüder zum Landesbuûtag .....	92
Wort an die Gemeinden zum Landesbuûtag .....	93
Rundschreiben des Ev. Oberkirchenrats Stuttgart .....	94
Schreiben der Christlichen Friedenskonferenz in Prag an den Rat der EKD .....	95
Botschaft der Prager Konferenz .....	95
Antwortbrief des Vorsitzenden des Rates der EKD .....	96
Entschlieûung der Landessynode Baden vom 29. 4. 1959 .....	97

Wort des Landeskirchentages der Ev.-ref. Kirche in Nordwestdeutschland .....	97
Rundschreiben des Jugendausschusses der Ev.-ref. Kirche .....	98
Verlautbarung der Kirchlichen Bruderschaften vom 28./29. 5. 1959 (Auszug) .....	99
Thesen der Atomkommission der Ev. Studiengemeinschaft .....	99
e) Wehrdienstleistung bzw. Wehrdienstverweigerung und Militärseelsorge in atomar ausgerüsteten Truppen .....	106
1. Die „Kasseler Rede“ .....	106
Wortlaut der umstrittenen Sätze .....	106
Brief des Bundestagspräsidenten an den Bundesverteidigungsminister .....	107
Antwortschreiben des Bundesverteidigungsministers .....	107
Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums .....	108
Beschluß des Bundestagsausschusses für Verteidigung .....	109
Stellungnahme der Ev. Akademie Hofgeismar .....	109
Erklärung von Militärbischof Prälat D. Kunst .....	109
Erklärung von Bischof D. Dr. Dibelius .....	110
Offener Brief der Kirchlichen Bruderschaften an Bischof D. Dr. Dibelius .....	110
Erklärung des Rheinischen Konvents .....	111
Brief von Kirchenpräsident D. Niemöller an die Pfarrer und Gemeinden der Ev. Kirche in Hessen und Nassau .....	111
Verlautbarung der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau .....	113
Erklärung des Synodalvorstandes der Ev. Kirche in Hessen und Nassau .....	113
Erklärung von Präses Dr. Wilhelmi .....	113
Klärendes Wort an den Bruder im grauen Rock .....	114
Synodalbeschluß betr. Strafantrag gegen Kirchenpräsident D. Niemöller .....	115
Beschluß zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens .....	115
2. Das Nachspiel der Kasseler Rede .....	118
Stellungnahme des Kirchenamtes für die Bundeswehr gegen das Brebeck-Pamphlet .....	118
Stellungnahme des Leitenden Geistlichen Amtes der Ev. Kirche in Hessen und Nassau .....	119
3. Die Arbeit an der Frage der Wehrdienstleistung bzw. -verweigerung und der Militärseelsorge in modernen Truppen ..	120
Aufruf der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau ..	120
Stellungnahme zu den Folgerungen für die ev. Kirche aus der atomaren Bewaffnung (Hessen und Nassau) .....	120



Aufruf der Kirchlichen Bruderschaften in Hessen und Nassau an die Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1922 .....	121
Erklärung des Ev. Kirchenamtes für die Bundeswehr .....	122
Erklärung zur Militärseelsorge (Württemberg) .....	122
f) Das Verhalten der Christen gegenüber Staat und Obrigkeit ....	123
Bischof D. Dr. Dibelius: Obrigkeit? Eine Frage an den 60jährigen Bischof D. Dr. Lilje .....	123
Brief von Berlin-Brandenburger Theologen und Gemeindegliedern .....	130
Erklärung des Leitenden Bischofs der VELKD vor der General-synode (Auszug) .....	133
Stellungnahme der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung vom 1. 10. 1959 .....	134
Beschluß der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung vom 22. 10. 1959 .....	134
B. Die soziale Verantwortung der Kirche 1959 .....	136
a) Die kirchliche Teilnahme am Weltflüchtlingsjahr .....	136
Aufruf des Ratsvorsitzenden .....	136
b) Die Sorge für die deutschen Flüchtlinge .....	137
Appell von Bischof D. Wester .....	137
c) Die Aktion „Brot für die Welt“ .....	138
Aufruf des Ratsvorsitzenden .....	139
Brief des Ratsvorsitzenden an Bundespräsident Prof. Dr. Heuss .....	140
Antwort des Bundespräsidenten .....	140
Schreiben des Bundespräsidenten Dr. h. c. Lübke (Auszug) .....	141
d) Kirchliche Verlautbarungen und Maßnahmen zu Einzelfragen des Soziallebens .....	141
1. Die Sorge um den Menschen in überbeschäftigten Wirtschaftszweigen .....	141
Wort des Sozialausschusses der Ev. Kirche von Westfalen zur konjunkturellen Lage .....	141
2. Wort zu den Betriebsratswahlen 1959 (Westfalen) .....	142
3. Ehe- und Familienberatung .....	142
Beschluß der Rheinischen Kirchenleitung betr. Errichtung einer Hauptstelle für Ehe- und Familienfragen .....	143
4. Sorge für die Familie .....	144
Erklärung der Ev. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen ..	144
5. Wort zum Thema der Illustrierten .....	144
Votum der Kammer für Publizistische Arbeit der EKD .....	145

## II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Vom Herausgeber .....	145
1. Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche .....	146
a) Grundsätzliche Stellung der Kirche und der Christen im Staat .....	146
Schreiben der leitenden Geistlichen an Ministerpräsident Grotewohl vom 21. 11. 1958 .....	147
Appell der leitenden Geistlichen an die Regierungen der 4 Großmächte, der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. 1. 1959 .....	148
Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl vor Berliner Künstlern und Kunstschaffenden vom 23. 3. 1959 (Auszug) .....	149
Offener Brief des Evangelischen Bischofs von Berlin an Ministerpräsident Grotewohl vom 20. 4. 1959 .....	152
Schreiben der leitenden Geistlichen an Ministerpräsident Grotewohl vom 15. 4. 1959 .....	154
Kommuniqué des Rates der EKD vom 24. 4. 1959 .....	155
Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl an Landesbischof D. Mitzenheim vom 30. 4. 1959 .....	156
Antwort des Landesbischofs D. Mitzenheim vom 9. 5. 1959 .....	156
Schreiben von Landesbischof D. Mitzenheim und Generalsuperintendent Führ an Staatssekretär Eggerath vom 9. 5. 1959 .....	157
Antwort von Staatssekretär Eggerath vom 19. 5. 1959 .....	162
Schreiben von Landesbischof D. Mitzenheim an Staatssekretär Eggerath vom 28. 5. 1959 .....	162
Sendung des Deutschlandsenders vom 24. 6. 1950 zum Thema „Kirche und Politik“ .....	164
Ehescheidungsurteil des Stadtbezirksgerichts Berlin-Prenzlauer Berg vom 19. 5. 1959 (Auszug) .....	167
Artikel des „Neuen Deutschland“ vom 19. 9. 1959 (Auszug) .....	168
Schreiben der Kirchenkanzlei an den Leiter des Staatlichen Rundfunkkomitees vom 23. 3. 1959 .....	169
Entschließung der Schlesischen Provinzialsynode vom 12. 11. 1959 betr. Reisebeschränkungen .....	171
b) Das neue Schulgesetz und die neue Schulordnung .....	171
Verordnung des Ministerrates der DDR über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen (Schulordnung) vom 12. 11. 1959 .....	171
Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR (Schulgesetz) vom 2. 12. 1959 .....	185
Bericht eines Pfarrers über ein Schülerinternat .....	193
Bericht einer Hortleiterin über „Schulhort und Jugendweihe“ aus „Sozialistische Erziehung“, Februar 1959 .....	194
Schreiben des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes Sachsens an die Volkskammer vom 28. 11. 1959 .....	195

Schreiben des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes Sachsens an den Minister- rat der DDR vom 28. 11. 1959 .....	196
Schreiben des Volkskammerpräsidenten vom 2. 12. 1959 .....	196
c) Die Jugendarbeit der Kirche .....	198
Sammelrundschreiben des Landeskirchenrates der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen vom 8. 6. 1959 .....	198
Auszug aus dem Rundschreiben des Thüringer Landesbischofs an seine Pfarrer vom 20. 6. 1959 .....	200
Flugblatt gegen ein Mitglied der Ev. Studentengemeinde in Merse- burg .....	201
d) Die Schriftumsarbeit der Kirche .....	202
Presseverlautbarung der Kirchenkanzlei über die Kirchliche Ost- konferenz vom 24. 6. 1959 (Auszug) .....	202
e) Die sozialistischen Feiern .....	203
Stellungnahme der Kirchenkanzlei vom 7. 2. 1959 .....	203
Artikel von Präses D. Scharf in der „Potsdamer Kirche“ .....	206
Programm der Jugendstunden in der Deutschen Lehrerzeitung vom 10. 7. 1959 .....	208
Erklärung der Provinzialsynode Berlin-Brandenburg vom Januar 1959	213
Schreiben der Provinzialsynode Berlin-Brandenburg an die Eltern vom Januar 1959 .....	214
Bericht eines Pfarrers über Methoden der Werbung zur Jugendweihe	215
Erklärung der Kirchlichen Ostkonferenz vom 21. 10. 1959 zur Frage der sozialistischen Feiern .....	216
Schriftwechsel zwischen dem Commissariat der Fuldaer Bischofs- konferenz und dem Leiter der Kirchenkanzlei .....	221
2. Innerkirchliche Auseinandersetzungen .....	222
Einige Gedanken zur Vorbereitung der Richterwahl, Artikel von Josef Streit (Auszug), „Neue Justiz“ 1959, Nr. 2, S. 38 ff. ....	224
Die Rolle des Strafrechts bei der Lösung der Aufgaben im sozialisti- schen Handel, vorgelegt von einem Kollektiv der Juristenfakultät der Karl-Marx-Universität (Auszug), „Neue Justiz“ 1959, Nr. 14, S. 469 ff. ....	225
Stellungnahme der „Weimarer Konferenz“ .....	227
Thesen eines Pfarrerkreises zum Thema „Obrigkeit“ .....	228
Brief von Landesbischof D. Mitzenheim an Ministerpräsident Grote- wohl vom 13. 4. 1959 .....	229
Ansprache von Landesbischof D. Mitzenheim auf der 10-Jahres- feier der DDR vom 6. 10. 1959 .....	229
Erklärung der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 1. 10. 1959	230
Erklärung der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 23. 10. 1959	231
Zusammenfassung .....	233

III. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands	
Von Erwin Wilkens .....	234
1. Allgemeines .....	234
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Leitenden Bischofs an die Generalsynode .....	235
2. Die Generalsynode der VELKD in Lübeck .....	237
Gott ist am Werk. Kundgebung der Generalsynode vom 9. 10. 1959 ..	239
Beschlüsse der Generalsynode zu dem Hauptthema ihrer Tagung 1959: Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker .....	240
3. Politischer Dienst der Kirche .....	244
„Politischer Gottesdienst“, Thesen von Oberkirchenrat Wilkens .....	244
Äußerung des Leitenden Bischofs zur Einheit der Kirche in Ost und West .....	246
4. Innerkirchliches Leben .....	248
1. Das geistliche Leben der Gemeinden .....	248
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Leitenden Bischofs an die Generalsynode .....	248
2. Die Predigt .....	249
Richtlinien zur Hamburger Predigtentschließung .....	250
Kundgebung der Bischofskonferenz zum Offenhalten der Kirchen .	253
Hinweise und Richtlinien des VELKD-Ausschusses für Fragen des gemeindlichen Lebens zum Offenhalten der Kirchen .....	254
5. Zwischenkirchliche Fragen .....	256
1. Die Arnoldshainer Abendmahlthesen .....	256
Stellungnahme des Theologischen Ausschusses der VELKD zu den Arnoldshainer Thesen .....	257
2. Zwischenkirchliche Abendmahlsgemeinschaft .....	261
Antwort des Ökumenischen Ausschusses der VELKD auf das Schreiben der United Church of Christ in USA vom 6. 6. 1958 .....	261
3. Auslandsdiasporaarbeit .....	263
Erklärung des Präsidenten des Luth. Kirchenamtes zur Frage nach der Abgrenzung der Aufgaben in der kirchlichen Auslandsarbeit ..	263
4. Das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche .....	266
Erklärung des Landesbischofs D. Dietzfelbinger vor der Generalsynode 1959 .....	266



IV. Die Evangelische Kirche der Union	
Von F. R. Hildebrandt .....	269
1. Die Verabschiedung des Teiles I der neuen Agenda der EKU .....	270
Ansprache von Vizepräsident D. Lücking anlässlich der Verabschiedung der Agenda .....	271
2. Der Beschluß über den Ordinationsvorhalt .....	272
Präambel des Ordinationsvorhaltes .....	272
3. Hauptabschnitt und Schluß .....	273
3. Das Kirchengesetz über das Amt, die Ausbildung und die Anstel- lung der Diakone .....	274
Ausführungen von Vizepräsident D. Söhngen zum Diakonengesetz ..	275
Präambel, § 2 und § 8 des Gesetzes .....	276
4. Die Beschlüsse der Synode zur Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung der Kirche .....	277
Auszüge aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden der EKU an die Synode	277
Beschluß der Synode betr. „Handreichung über das Evangelium und das christliche Leben in der DDR“ .....	279
8 Thesen eines Ausschusses zum Thema „Die christliche Gemeinde und der Atheismus“ .....	281
„Notwort“ der Synode der EKU .....	282
Wort von Präses D. Wilm an die Brüder und Schwestern aus der DDR	284

## ÖKUMENISCHE BEWEGUNG

Von Hanfried Krüger .....	286
1. Die dritte Vollversammlung in Neu-Delhi 1961 .....	286
2. Studienarbeit .....	288
Auszug aus dem Bericht über „Die Zukunft von Glauben und Kirchen- verfassung“ .....	289
Auszug aus dem Zwischenbericht des Programm- und Finanzausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen: „Die Aufgabe des Ökumenischen Rates der Kirchen“ .....	290
Arbeitsweise des Ökumenischen Rates der Kirchen .....	291
Thesen der luth.-reformierten Konsultation zwischen orthodoxen und nichtorthodoxen Theologen über die Taufe .....	292

3. Integration des Internationalen Missionsrates mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen .....	295
Ausführungen von Bischof Johann von San Franzisko vor dem Zentralausschuß in Rhodos .....	295
4. Verhältnis zur Orthodoxie und zur röm.-kath. Kirche .....	298
a) Die Vorgänge auf Rhodos .....	298
Gemeinsame Erklärung von Metropolit James von Philadelphia und Prof. Joannidis .....	299
Äußerung des Chefredakteurs der Pariser kath. Zeitung La Croix ..	300
Stellungnahme des Generalsekretariats des Ök. Rates der Kirchen ..	300
Stellungnahme des Vertreters des Ök. Patriarchats von Konstantinopel .....	301
Äußerung des Oberhauptes der griech.-orth. Erzdiözese von Nord- und Südamerika, Erzbischof Jakovos .....	301
Meldung der kath. Nachrichtenagentur aus Rom .....	303
Weitere Stellungnahme von Erzbischof Jakovos .....	303
Artikel von Prof. Willebrands in der Ök. Rundschau Nr. 1/60 ....	304
b) Das Ökumenische Konzil .....	309
Verlautbarung des Exekutivausschusses (und des Zentralaussschusses) zu dem angekündigten Ökumenischen Konzil .....	309
c) Russische Orthodoxe Kirche .....	310
Grußbotschaft von Metropolit Nikolai-Moskau an die Delegierten auf Rhodos .....	311
Auszug aus einem Bericht über den Besuch von Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen bei den Kirchen der Sowjetunion ....	312
Ansprache von Generalsekretär Dr. Vissert 't Hooft und Patriarch Alexius auf dem Abschiedsempfang für die Delegation in Moskau ..	313
5. Internationale Probleme .....	316
Stellungnahme der „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ zur politischen Lage nach der Genfer Außenministerkonferenz .....	317
Entschließung der Kommission zur Weltraumforschung .....	317
Entschließung des Zentralaussschusses zur Atomfrage .....	317
Äußerung des Exekutivausschusses zum Weltflüchtlingsjahr .....	318
Aufruf der Präsidenten des Ök. Rates der Kirchen zum Weltflüchtlingsjahr .....	318
6. Regionale Entwicklungen .....	319
Botschaft der christlichen Ostasienkonferenz an die ihr angeschlossenen Kirchen und Nationalen Christenräte .....	320

Botschaft der Christlichen Friedenskonferenz an die Christenheit .....	322
7. Konfessionelle Weltbünde und christliche Weltorganisationen ....	324
Botschaft an unsere Mitchristen (inoffizielle Botschaft von 30 führenden reformierten Theologen anlässlich der Genfer Calvinfeiern) .....	324
Auszüge aus dem Bericht über die 18. Generalversammlung des Refor- mierten Weltbundes in Sao Paulo .....	325
Botschaft der Generalversammlung an die Kirchen .....	326
8. Kirchenunionen .....	328
Auszug aus der „Einmütigen Erklärung über die Kirche und das Amt“ der Vertreter der Kirche von Südindien und der südindischen Luthe- raner .....	328
„Glaubenserklärung“ der Generalsynode der Vereinigten Kirche Christi in den USA .....	329
9. Ökumene zu Hause .....	330
Zusammenstellung über die deutsche Mitgliedschaft in Organen des Ökumenischen Rates der Kirchen .....	331
Resumé über das Ergebnis des theologischen Gesprächs zwischen Ver- tretern der russischen orthodoxen Kirche und der EKD in Arnoldshain	333
10. Von Personen .....	336

## KIRCHLICHE STATISTIK .....

I. Hundert Jahre statistische Arbeit in der evangelischen Kirche Von Annemarie Burger .....	338
II. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte der evangelischen Landeskirchen (nach dem Stand vom 31. 12. 1959) Von Paul Zieger .....	350
Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen .....	351
Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt .....	352
Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts .....	354
Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte und Pfar- rer im Wartestand .....	356
Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1959 emeritierten Pfarrer und Pfarr- verwalter und im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer .....	357
Tabelle 6: Vermißte Pfarrer und Hilfsggeistliche .....	358
Tabelle 7: Ostpfarrer .....	359

III. Äußerungen des kirchlichen Lebens im Jahre 1957	
Von Paul Zieger .....	360
Tabelle 1: Taufen im Jahre 1957 .....	361
Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1957 (Taufziffern) .....	362
Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe .....	363
Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1957 .....	364
Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1957 .....	365
Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1957 (Trauziffern) .....	366
Tabelle 7: Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1957 .....	367
Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1957 .....	368
Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1957...	369
Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1957 .....	370
Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1957 .....	372
Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1957 .....	374
Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1957 ..	376
Tabelle 14: Kirchenaustritte im Jahre 1957 .....	377
IV. Die Studierenden der evangelischen Theologie	
Von Paul Zieger .....	378
Tabelle 1: Die deutschen Studierenden der ev. Theologie an den einzelnen Universitäten und Kirchlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in den Wintersemestern 1957/58 und 1958/59 .....	379
Tabelle 2: Die Studierenden der ev. Theologie nach Fachsemestern in %	380
Tabelle 3: Theologiestudierende im 1. und 2. Fachsemester (Studienanfänger) in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin .....	380
Tabelle 4: Die Theologiestudierenden nach dem Beruf des Vaters .....	381



# Kirchliche Zeitgeschichte 1959

## I. Die Evangelische Kirche in Deutschland\*

Von Gottfried Niemeier

### VORBEMERKUNG: ALLGEMEINES UND GRUNDSÄTZLICHES ZUR LAGE DER KIRCHE IN DER GEGENWART

Es gibt in der Geschichte der Kirche Zeitabschnitte, die den Charakter von Übergangszeitaltern, von Zeitaltern „zwischen den Zeiten“ tragen. Es sind jene Zeiten, in denen Altes langsam zerbröckelt und zerfällt, Neues sich ankündigt, aber erst in undeutlichen und verschwommenen Konturen sichtbar zu werden beginnt. Sterbe- und Geburtsstunde, Untergang und Aufgang zugleich, gleichzeitig Abenddämmerung des Alten und Morgendämmerung eines Neuen verbinden sie die Sorgen und Ängste einer Endzeit mit der von Erwartungen und Befürchtungen erfüllten Unruhe neuen Aufbruchs. Immer sind solche Übergangszeiten der Kirche Zeiten der harten Kleinarbeit, des unsicheren Ausprobierens, der bitteren Enttäuschungen und der leidvollen Widerfahrnisse. In ihnen gelten in besonderer Weise Luthers Worte von der Kirche: „*Facies Ecclesiae est facies peccatricis, vexatae, desertae, morientis et contristatae*“, und über den Christenmenschen: „*Christianus sive fidelis est homo sine nomine, sine specie, sine differentia, sine persona*.“ In, mit und unter alledem aber werden nicht nur neue Felder der Arbeit und des Dienstes erschlossen, vielmehr beginnen auch neue Perspektiven und Dimensionen des Bekannten und Überkommenen sich zu erschließen. Damit vollzieht sich mehr als ein bloßer Stilwechsel des Seins und des Dienens der Kirche in der Welt, mehr als ein Mitgehen mit der Zeit und ein Sichanpassen an neue Verhältnisse und Erfordernisse, vielmehr geschieht kirchliches Neuwerden, ein Neuwerden der Kirche, das nach dem Bleibenden in dem Bestehenden, Vergehenden und Entstehenden fragt, aus diesem Bleibenden lebt und es in der sich verändernden Welt verkündigend und dienend, betend und leidend zur Geltung bringt.

In einem solchen Übergangszeitalter scheint die Kirche der Gegenwart zu leben, und die evangelische Christenheit in Deutschland hat die Erfahrungen und Widerfahrnisse eines solchen Zeitalters mit besonderer Intensität zu durchleben, zu durchleiden, zu durchdenken und zu bestehen. In beiden Hälften der durch politische und gesellschaftliche Verhältnisse, durch konträre Ideologien, unterschiedliches Sehen, Beurteilen und Handeln zweigeteilten Welt soll sie ihren Dienst ausrichten und ihre Gemeinschaft bewahren und bewähren. Dabei ist die Lage keineswegs so, daß ihr auf der einen Seite eitel Aufgeschlossenheit und Wohlwollen, auf der anderen nichts als Ablehnung und Feindschaft entgegengebracht würde. Hüben wie drüben der Deutschland, Europa und die Welt zerreißenden Grenze gehen Materialismus und Atheismus um, hier schleichend und

\* Herrn Prälat D. Hermann Kunst als Gruß und Gabe zur Vollendung eines Jahrzehnts im Amt und Dienst des Bevollmächtigten des Rates der EKD in aufrichtiger Verehrung gewidmet.

unter dem Firnis volksskirchlicher Konventionen verborgen, militant und unverhohlen dort, aber hier wie dort der Kirche die Frage aufgebend, wie dem Atheismus vom Evangelium her zu begegnen sei. In der Situation des Westens ist damit nach den untergründigen, bei distanzierter Kirchlichkeit praktisch atheistischen Verhaltensweisen der Mehrzahl seiner Bewohner gefragt, die einer christlichen Kirche angehören, aber aus ihrem Leben ausgewandert sind und von ihrer formellen Zugehörigkeit nur den Minimalgebrauch der Inanspruchnahme der kirchlichen Amtshandlungen machen. In der Situation des Ostens stellt sich die Frage, ob der leninistisch-marxistische Sozialismus, wie er dort gelehrt und gelebt wird, notwendig und grundsätzlich atheistisch sein muß oder nicht. Die Tatsache, daß in der DDR der Kommunismus in eindeutiger Aktionseinheit mit einem militanten Atheismus erscheint, macht diese Frage nicht nur nicht überflüssig, sondern verschärft ihre unabweisbare Dringlichkeit. Sowohl die zur Staatsdoktrin erhobene Gottlosigkeit wie der im Stil schamhaften Verhüllens praktizierte Atheismus erinnern die Kirche daran, daß die Fundamente der „Volkskirche“ seit einem Jahrhundert von den Fluten des Säkularismus unterspült und ausgehöhlt werden und die Gegenwart nur das Fazit einer von langer Hand her angebahnten Entwicklung zieht. Offensichtlich und gerade für den ernsten Christen besorgniserregend ist der Widerspruch zwischen der volksskirchlichen Fassade, die in der Bundesrepublik relativ intakt und glänzend ist, von der aber auch in der Deutschen Demokratischen Republik noch beachtliche Reste bestehen, und der inneren Kraftlosigkeit der Kirche. Der niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf machte auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum bemerkenswerte grundsätzliche Ausführungen und beachtliche kritische Anmerkungen zum „Verbandscharakter“ der christlichen Kirchen in der Bundesrepublik:

Es ist unbestreitbar, daß die Kirchen in unserer Gesellschaft eine außerordentliche Rolle spielen. Sie sind als Institutionen bei uns in einem Maße geachtet und respektiert, wie das noch bis 1945 kaum möglich schien ... Gleichzeitig wissen wir aber alle, daß diese gesellschaftlich außerordentlich starke Position der Kirchen keine Entsprechung in der Stärke und Verbreitung des Christenglaubens findet. Wir wären blind, wenn wir nicht zugäben, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes innerlich säkularisiert ist. Ein Leben im Glauben und aus dem Glauben heraus führt nur eine verschwindend kleine Minderheit. Die bestimmenden Einflüsse, die von kirchlicher Seite heute auf die Gesellschaft ausgeübt werden, haben ihren Ursprung in der verbandsmäßig-gesellschaftlichen Macht der Kirchenorganisationen und nicht in einem lebendigen Christenglauben. Nun spreche ich hier als Politiker. Ich muß mich daher mit der Frage auseinandersetzen, welche Weiterungen sich für die politische Entwicklung aus diesem Sachverhalt ergeben. Ich lasse also jenen Fragenkreis bewußt beiseite, der sich für die christliche Religion daraus ergibt. Diese Fragen dürften den meisten von ihnen geläufig sein: Die Frage zum Beispiel, ob solche institutionelle Sicherheit, wie sie die Kirchen in Westdeutschland besitzen, nicht auch spezifische Gefahren für die Lebendigkeit des Glaubens beinhaltet; die Frage, ob die Einziehung der Kirchensteuer durch den Staat – eine gern und bereitwillig gewährte Verwaltungshilfe – wirklich zu einer Stärkung der inneren religiösen Bindung beiträgt, ob der bequeme Konformismus des Religionsbekenntnisses der Lebenskraft der Glaubensüberzeugung nicht vielleicht abträglich ist, als eine Gefährdung, wie sie etwa heute in Mitteldeutschland herrscht. Das sind Fragen, von denen ich weiß, daß die Kirchenmänner es sich damit nicht leicht machen.

Die Antwort darauf zu geben und die Schlußfolgerungen aus diesen Antworten zu ziehen, ist aber ausschließlich Sache der Kirchen selbst, nicht dagegen des Staates. Dieser beschränkt sich richtigerweise darauf, den Kirchen neben der Sicherheit ihres Bestehens auch die Freiheit der Wahl zu bieten, sich entweder stärker zu konventionellen Institutionen oder stärker zu religiösen Glaubensgemeinschaften zu entwickeln.

In der innerkirchlichen Erörterung der volkskirchlichen Problematik ist die Volkskirche wiederholt totgesagt worden. So erklärte zum Beispiel Kirchenpräsident D. Niemöller: „Die Volkskirche ist keine Realität mehr; sie stützt sich auf Reste des Bürgertums, die jedoch längst in der modernen Massengesellschaft aufgegangen sind“, und andere Stimmen pflichteten ihm bei. In dem Bericht einer Studiengruppe der Kirchenprovinz Sachsen heißt es:

Man wird die heute in der DDR mit Riesenschritten sich vollziehende Lossagung von der Kirche in der Form der Wendung von der Konfirmation zur Jugendweihe, von der Taufe zur Namensweihe, von der Trauung zur festlichen Eheschließung, von der Beerdigung zur weltlichen Feier am Grabe, von der Kirchensteuerzahlung zur Kirchensteuerverweigerung, von der offiziellen juristischen Zugehörigkeit zur Kirche zum Kirchenaustritt, vom kirchlichen Unterricht zur marxistischen Schulung in ihren vielen, abgestuften und differenzierten Formen nur als Konsequenz eines Abfalls begreifen dürfen, der schon längst hinter uns liegt. Was jetzt fällt, einschließlich der wohlwollenden Unterstützung kirchlicher Institutionen und Aktionen seitens des Staates, ist ein morsches Gebilde ... Es wird heute für die Christenheit in Deutschland (in der DDR zugleich stellvertretend für die westliche Hälfte unseres Vaterlandes!) die Bilanz aufgestellt, und zahlreiche bisher auf der Habenseite verbuchte Positionen erweisen sich als Verbindlichkeiten ohne Deckung.

Liegt – wie die angeführten Äußerungen zeigen – das Schwergewicht der Erörterungen über das Problem der Volkskirche auf der kritischen und negativen Seite, so fehlt es auch nicht an Stimmen, die zu ruhiger Besonnenheit und abwartender Nüchternheit mahnen, vor einem voreiligen Zerschlagen dessen warnen, was in Deutschland im Vollzuge einer langen geschichtlichen Entwicklung geworden und gewachsen und nicht ohne segensvolle Wirkungen geblieben ist, und dazu rufen, die in der Volkskirche, auch in ihrem abbröckelnden Zustand, immer noch gegebenen Möglichkeiten in rechter Weise zu nutzen, im Medium der Volkskirche der Gemeindekirche zum Durchbruch, zu Stand und Wesen zu verhelfen und nach neuen Weisen und Wegen des kirchlichen Dienstes an der Welt von heute und morgen Ausschau zu halten, ohne Bestehendes und Feststehendes gewaltsam abzubauen und einzureißen, aber auch ohne sich krampfhaft zu bemühen, etwas in seiner Scheinlebigkeit zu erhalten, was steril und tot ist. Wie Bestehendes gewahrt und mit neuem Leben erfüllt werden kann, wie neue Aufgaben in neuer Weise angepackt werden müssen, dazu machte der Präses der Evangelischen Kirche des Rheinlandes D. Dr. Beckmann in seinem Bericht vor der Landes-synode bemerkenswerte grundsätzliche Ausführungen und praktische Vorschläge, die der Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen D. Wilm in dem von ihm der westfälischen Landessynode erstatteten Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung aufgriff und wiederholte:

Das Wachstum unserer Kirche ist existenzbedrohend. Die Existenz unserer Kirche ist in ihrer Ordnung und Gestalt auf einen viel kleineren Rahmen abgestellt. Wir sind jetzt allmählich zu der größten Kirche Deutschlands herangewachsen. Aber ... wir sind diesem

Wachstum noch gar nicht gerecht geworden. Diesem Tatbestand müssen wir uns stellen. Unser Nachholbedarf ist groß, und wir weiten uns dauernd aus, so daß man nur einen Alarmruf ergehen lassen kann, daß wir uns hier im verantwortlichen Gremium unserer Kirche darauf besinnen müssen: Wie können wir diesem Wachstum einerseits und dem Mangel andererseits abhelfen?

Dabei hat mich eines besonders getroffen, und ich möchte das doch noch einmal unterstreichen: Daß die Evangelische Kirche im Rheinland insgesamt nur 6000 Presbyter hat, das finde ich nicht richtig. Wir haben viel zuwenig Presbyter in unserer Kirche. Die Nachbarkirche – ich habe inzwischen nachgesehen –, die Kurhessische Kirche, die ja gewisse Verwandtschaft mit uns hat, aber die doch nicht den großen Ruhm einer presbyterialen Kirche hat wie wir, hat 1000 Presbyter mehr als wir, hat aber nur halb so viele Einwohner, so daß sie also im Grunde doppelt so viele Presbyter hat wie wir auf die Seelenzahl. Es ist nicht möglich, daß unsere Presbyter als Presbyter tätig sind, wenn durchschnittlich auf rund 1000 Seelen ein einziger Presbyter kommt. Wie kann es geschehen, daß wir hier einen entscheidenden Schritt weiter tun in der Bildung einer neuen presbyterialen Ordnung unserer Gemeinden.

Sie wissen, daß wir mit unserer Predigt nicht recht zufrieden sind, nicht weil sie falsch wäre, sondern weil wir den Eindruck haben, wir sind nicht durchschlagend in dem, was wir sagen. Wie man in der Presse sagt: Wir kommen nicht richtig an. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß wir in den entscheidenden Gegenwartsfragen keine Antwort wissen und daß wir uns deswegen auf andere Dinge zurückziehen und in der Exegese der Texte und der Predigt von dem nicht reden, worauf die Menschen Antwort suchen. Wir sind in einer gewissen Aporie, in einer Verlegenheit gegenüber den großen Fragen der heutigen Welt und müssen uns darum gründlich bemühen in den Kreisen, die es angeht, besonders der Pastoren, diese Verlegenheit zu überwinden. Wir wollen das in den Pfarrkonferenzen, im Pastoralkolleg, in Superintendentenkonferenzen und überall tun; die „Brüder Laien“, wie man in anderen Kirchen sagt, werden herzlich gebeten, uns dabei zu helfen.

Und die seelsorgerlichen Aufgaben, die wir Pastoren in unserer Kirche haben, scheitern weitgehend einfach daran, daß wir den Pfarrern 4000, 5000 oder 6000 Seelen zumuten, was ja schlechterdings unmöglich ist. Hier ist das größte Problem, wie kann man Helfer in der Seelsorge finden, die das für eine lange Zeit mitbetreiben, ehe wir wieder die großen Zahlen von Pfarrern haben, die wir eigentlich brauchen.

Die Wandlungen in unserer Gesellschaft stellen an die Tradition unserer Gemeinden ganz entscheidende Aufgaben: an die Presbyterien, die hauptamtlichen Kräfte, die Gemeindeleitungen. Hier frage ich: Warum ist eigentlich das, was wir einmal gewollt haben in dem Gemeindebeirat, überhaupt nicht zu Stand und Wesen gekommen? Das muß doch auch an der falschen Konstruktion dieser Sache liegen, nicht nur an der Unwilligkeit der Menschen. Gewiß, was nicht traditionell ist, wird sehr schwer und langsam erst in einer Kirche verwirklicht. Ebenso steht es mit den Gemeindeversammlungen. Warum fürchten wir uns davor, regelmäßige Gemeindeversammlungen zu halten? Ich halte dies für eine ganz wichtige Aufgabe. Seinerzeit war es leider nicht möglich, bei der Kirchenordnung diesen Satz hineinzubringen „haben stattzufinden“. Weil aber nur dasteht: „sollen stattfinden“, finden sie nicht statt, denn sollen heißt: „braucht nicht“. Eine Erkenntnis, die uns veranlassen wird, mit den Sollbestimmungen vorsichtig umzugehen. Was tun wir im Blick auf die ungeheure Wandlung unserer Zeit, unserer Gesellschaft in unseren traditionellen Gemeinden, aus denen so viel ausgewandert ist, daß wir hier vor ganz neuen Fragen stehen. Ich meine, wir müssen uns daran machen, was wir jetzt in dieser Synode gar nicht können, was aber unsere Aufgabe ist für die nächsten Jahre, unsere wirkliche Lage gründlich zu studieren. Darin sind unsere amerikanischen Freunde uns vorbildlich. Die sagen: Erst einmal eine Studienkommission an die Arbeit gehen lassen, um die Wirklichkeit kennenzulernen. Wie steht es denn eigent-



lich, wie liegen die Dinge an allen Orten, was ist eigentlich los? Und darin sollen uns die Kreissynoden dieses Jahres besonders helfen, unsere Lage deutlicher zu erkennen und vor uns selbst nichts zu verschleiern. Das zweite wäre: Welche neuen Wege der Volksmission müssen beschritten werden, wie, was können wir tun, um die große entkirchlichte Masse wiederum der Kirche zuzuführen, zu der sie gehört, von deren Zugehörigkeit sie aber keinen Gebrauch macht? Und alles, was im Trend unserer Zeit liegt, ist ja doch dem entgegen, was die Kirche sagt. „Eine Zeit“ – so habe ich einmal formuliert in einem Vortrag –, „die darauf aus ist, sich der Welt zu bemächtigen, die ist sehr schwer dazu zu bekommen, eine Botschaft zu hören, die auf Weltüberwindung aus ist.“ Das ist nämlich genau das Gegenteil von Weltbemächtigung. Und darum liegt ja hier auch das Problem der Predigt und der Kirchlichkeit zugleich. Ich glaube, daß wir auch unser gemeindliches Leben und die Frage der Leitung der Ortsgemeinden einer Überprüfung unterwerfen müssen. Denn der Tatbestand, den ich nun vor Sie hinstellen möchte, ist der, daß wir in steigendem Maße eine große Zahl von hauptamtlichen Kräften in der Gemeinde bekommen, die nicht zur Leitung der Gemeinde gehören, aber im eigentlichen Sinne lauter leitende Funktionen ausüben. Dies ist eine Frage, die uns bei dem Problem „Presbyterium und Mitarbeiter in der Gemeinde“, seien es Katecheten, seien es Kirchenmusiker oder Verwaltungsbeamte, noch einmal beschäftigen muß. Denn auf die Dauer ist es nicht zu verantworten, daß wesentliche Leitungsfunktionen, die aus dem Pfarramt ausgegliedert sind, zu denen auch die Jugendarbeit in der Gemeinde gehört, die eigene Sachbearbeiter bekommen haben, in einer unmöglichen Weise zur Leitung der Gemeinde stehen, zu der sie gar kein kirchenordnungsmäßiges Verhältnis haben, sondern nur ein arbeitsrechtliches Verhältnis.

Vielleicht ist die Frage nach unserer Sendung in der Welt mit steigender Dringlichkeit gestellt. Eine Welt, die sich selbst eine eigene Sendung geschaffen hat, zum Beispiel die Sendung des Atheismus oder Kommunismus, der der Überzeugung ist, daß das die Zukunft der Welt sein wird, steht einer Kirche gegenüber, die das Vergangene pfleglich behandelt, die Traditionen sehr sorgfältig und eindrucksvoll weiterführt, die aber den Vorstoß in diese Welt hinein entweder nicht wagt oder nicht imstande ist, ihn so zu führen, daß deutlich ist: hier steht letzte Sendung, Gesandtschaft Gottes in die Welt hinein vor der Welt. Darum müssen wir uns mit dem befassen, was es heißt, das Evangelium den Menschen unserer Zeit zu verkündigen, was es heißt, als Christengemeinde in der Welt von heute zu leben, was es heißt, im Zeugnis und im Gehorsam Christi zu stehen, und was also Gott von uns will, daß wir darin einig werden. Ist es nicht so, daß wir alle bedrängt sind von der Frage, daß gerade um das Schriftverständnis herum sich die tiefsten gegensätzlichen Erörterungen in unserer Kirche gruppieren, und daß gerade die einen wie die anderen die Heilige Schrift in Anspruch nehmen für ausgesprochen gegensätzliche Thesen? Was ist das: der Glaube an Jesus Christus? Und wie geschieht die Nachfolge dieses Herrn? Beide Fragen sind erneut gestellt. Denn wenn es sich zeigt, daß wir in der Frage der Nachfolge Christi, in der Frage, was Gott von uns getan haben will, in so großen Verlegenheiten sind, muß zurückgefragt werden, ob und inwiefern das mit dem Verständnis der Herrschaft Christi in der Welt, das heißt also mit dem Glauben an Christus, zu tun hat. In der Ökumene ist es mir auf der Weltkonferenz in Lund deutlich geworden: Am Ende der großen Diskussion über die Fragen: Wo liegen eigentlich die tiefsten Gründe unserer Uneinigkeit? kam heraus, daß letzten Endes alle unsere Verschiedenheiten darauf beruhen, daß wir in der Erkenntnis Jesu Christi und seiner Herrschaft keine gemeinsame übereinstimmende Überzeugung haben, daß wir zwar in großer Zahl überlieferte termini haben, daß aber eine von uns heute zu verantwortende gegenwärtige Bezeugung der Herrschaft Christi eben nicht so geschehen kann, daß wir dadurch auch vor der Welt ein eindrucksvolles Zeugnis christlicher Einmütigkeit vollziehen können. Es ist erregend, sich vor solche letzten Fragen gestellt zu sehen. Aber wir sollten es uns nicht leichter machen, als es in der Tat



ist. Wir sollten auch nicht fälschlich uns vor gewissen Dingen fürchten, als ob daran die Kirche zugrunde ginge. In der Kirche regiert der Herr und die Wahrheit, die er selbst ist. Darum sind alle unsere theologischen Sätze, die wir formulieren, nur durch die Beziehung, die sie zu Jesus Christus selbst haben, wahr. Das befreit uns von falscher Gesetzmäßigkeit und von einem falschen Spiritualismus. Wir kommen nur wirklich weiter und kommen nur wirklich zueinander, wenn wir uns auf den Mittelpunkt unseres Glaubens, nämlich auf den Herrn Jesus Christus, hinbegeben. Es hat mich oft getröstet, wenn ich im Epheserbrief gelesen habe, daß dort darum gebetet wird, daß wir alle möchten hinankommen zu einerlei Erkenntnis des Sohnes Gottes.

Der Besinnung auf die Fragen und Aufgaben, Notwendigkeiten und Möglichkeiten der eigentlich kirchlichen Arbeit ist im Jahre 1959 überall angestrenzte Aufmerksamkeit und nachdrückliches Bemühen gewidmet worden. Es ist bezeichnend, daß zwei große Synoden, die Generalsynode der VELKD und die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland, sich mit dem Problem „Kirche und Mission“ beschäftigten, daß das Lehrgespräch über das Abendmahl auf Grund der Arnoldshainer Thesen in einer Fülle von Äußerungen weitergeführt wurde – die Liste der Publikationen weist über 30 Titel auf –, daß die Bibelarbeit und die den spezifisch und speziell kirchlichen Fragen zugewandten Arbeitsgruppen des Kirchentages den stärksten Zuspruch fanden, daß das Selbstverständnis der evangelischen Konfessionskirchen in zahlreichen Veröffentlichungen mit neuer Lebendigkeit erörtert wurde, daß die Gliedkirchen in der EKU unter einer neuen Gottesdienstordnung zu stärkerer Einigkeit im gottesdienstlichen Singen und Beten aufbrachen und daß unter anderem die Evangelische Kirche von Westfalen die Frage, wie die seelsorgerlichen Aufgaben der Gegenwart bewältigt werden können, auf breiter Ebene zur Aussprache stellte. Nimmt man die vielfältigen Bemühungen um die Entwicklung neuer Lebensformen der Kirche im industriellen Massenzeitalter und die Ausweitung der die provinzielle Isoliertheit und Enge der einzelnen Kirchentümer aufsparenden ökumenischen Horizonte von Kirche und Theologie hinzu, so ergibt sich das Bild einer Kirche zwischen gestern und morgen, einer Kirche im Aufbruch zu neuen Ufern.

Freilich, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, nicht nur in ihrem weltlichen Sektor, galt auch in diesem Jahre anderen Lebensäußerungen der Kirche als den unscheinbaren Vorgängen der Selbstbesinnung auf ihre Sendung und auf neue Möglichkeiten, sie in der modernen Welt zu verwirklichen, etwa dem Fortgang des Abendmahlsgesprächs oder der Einführung einer neuen Gottesdienstordnung. Für die öffentliche Anteilnahme waren die kirchlichen Stellungnahmen und Meinungsäußerungen zu politischen Fragen wesentlich interessanter; die Kasseler Rede von Kirchenpräsident D. Niemöller zu Beginn der Berichtszeit und die Obrigkeitsschrift von Bischof D. Dr. Dibelius, die im Herbst erschien, fanden ein weit stärkeres Öffentlichkeitsecho als irgendeine andere Verlautbarung des Jahres und als jedes Wort der Kirche seit 1945. Trotzdem soll in der Chronik des Jahres 1959 der Darstellung der stillen und unauffälligen Begebenheiten der innerkirchlichen Arbeit der erste Platz eingeräumt werden, denn sie halten den Blick bei dem fest, daran das ganze Gewicht des Glaubens und Lebens, des Seins und Dienens der Kirche auf Erden hängt: bei der gepredigten und geglaubten Christusbotschaft und bei der durch sie und um sie versammelten Gemeinde. Im Jahre des Gedenkens an die vor einem Vierteljahrhundert ergangene „Theolo-

gische Erklärung“ der Barmer Bekenntnissynode stand der Evangelischen Kirche in Deutschland die nachdrückliche Besinnung auf den inneren Bereich und die energische Inangriffnahme innerkirchlicher Aufgaben wohl an.

## 1. INNERKIRCHLICHE ARBEIT

In ihrem Wort an die Gemeinden sprach die Kirchenkonferenz von Treysa im August 1945 die Hoffnung der Kirche auf „ein Neues für ihre Verkündigung und ihre Ordnung“ aus. Die Erfüllung solcher Hoffnungen steht nicht in der Verfügbarkeit der Kirche, sondern ist Geschenk und Gabe ihres Herrn. Der Kirche aber obliegt es, viel zähen und geduldigen Fleiß aufzuwenden, denn geistliche Entwicklungen vollziehen sich nicht von heute auf morgen, sondern bedürfen der stillen und mühevollen Kleinarbeit, die nicht mit Ungeduld auf schnelle Ergebnisse drängt, sondern die Kunst des fleißigen Wartens versteht. Das meiste von dem, was an kirchlichen Erwägungen, Erkenntnissen, Entschlüssen und Entscheidungen 1959 in Erscheinung trat, hat seine Voraussetzungen und seine Anfänge in früheren Jahren und in einer Fülle langfristiger Vorarbeit. Das gilt in besonderem Maße von den Bemühungen um die Neuordnung der Konfirmation.

### *a) Die Neuordnung der Konfirmation*

Die Konfirmation in ihrer heutigen volkskirchlichen Gestalt ist eine im Verlauf einer langen geschichtlichen Entwicklung aus Strukturelementen verschiedener kirchlich-theologischer Provenienz und Prägung zusammengewachsene Handlung. Reformatorische Ansätze und pietistische sowie aufklärerische Auffassungen haben sich in ihr mit gesellschaftlich-bürgerlichen Anschauungen und solchen der deutschen Schultradition verbunden und aus der Konfirmation in ihrer herkömmlichen Ordnung und Praxis ein seit mehr als hundert Jahren erörtertes kirchliches und theologisches Problem werden lassen. Mehr als zwanzig Reformvorschläge wurden im Laufe dieses Jahrhunderts vorgelegt, aber keiner von ihnen konnte sich durchsetzen, vielmehr wurde die Konfirmation in ihrer fragwürdigen Gestalt zu einem der wichtigsten und beliebtesten Stücke volkskirchlicher Gewohnheit und Sitte. Trotzdem oder gerade deshalb kam ihre theologische Erörterung nicht zur Ruhe, sondern wurde, von zeitweiligen Pausen unterbrochen, in immer neuen Ansätzen geführt. Erneuten Auftrieb und vermehrte Dringlichkeit erfuhr sie dadurch, daß ihr in der Deutschen Demokratischen Republik, aus scheinbar privater Initiative erwachsend, in zunehmendem Maße aber staatlich propagiert und unter amtlichem Druck zu einer für alle Jugendlichen verbindlichen Einrichtung gemacht, die Jugendweihe als eine atheistische Weihe- und Bekenntnishandlung entgegengestellt wurde und von Jahr zu Jahr stärkere Einbrüche erzielte. Unter diesem Eindruck faßte die 3. ordentliche Tagung der 2. Synode der EKD im April 1958 folgenden Beschluß:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland bittet die Leitungen ihrer Gliedkirchen, die Konfirmationsfrage neu zu ordnen. Damit hierbei möglichst nach überein-

stimmenden Grundsätzen verfahren und die einheitliche Auffassung und Gestaltung der Konfirmation gefördert werde, bittet die Synode gemäß Grundordnung Art. 6 und 23 Abs. 1 den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, einen Koordinierungsausschuß zu bestellen. Die Synode schlägt vor, daß der Rat für diesen Koordinierungsausschuß 4 Mitglieder bestellt, seinen Vorsitzenden bestimmt und die Leitungen der Gliedkirchen bittet, in diesen Ausschuß 4 Mitglieder aus lutherischen, 4 Mitglieder aus unierten Gliedkirchen und 1 Mitglied aus den Kirchen reformierten Bekenntnisses zu entsenden.

Angesichts der Lage der Konfirmation in den Gemeinden in West und Ost bittet die Synode den Rat, unverzüglich die Bildung und den Zusammentritt dieses Ausschusses zu veranlassen.

Im Juni 1958 bestellte der Rat der EKD den von der Synode erbetenen Ausschuß, der auf mehreren Arbeitstagen empfehlende Richtlinien erarbeitete. Der Ausschuß stand unter dem Vorsitz von Präses D. Dr. Beckmann, Düsseldorf. In ihm arbeiteten mit: Rektor Hamel, Naumburg; Pfarrer Dr. Bernau, Naumburg; Landespfarrer Kunkel, Potsdam; Landessuperintendent Smidt, Detmold; Oberkirchenrat Dr. Kleemann, Dresden; Kirchenrat Dr. Eckstein, Heilsbronn; Prälat D. Metzger, Stuttgart; Oberlandeskirchenrat Prof. D. Dr. Mahrenholz, Hannover; Landesjugendpfarrer Vogel von Frommanshausen, Eisenach; Landesjugendpfarrer Corbach, Potsdam; Landessuperintendent Pflugk, Rostock; Oberkirchenrat D. Sucker, Darmstadt; Oberkirchenrat Dr. Hafa, Berlin; Oberkirchenrat Wilkens, Hannover; Oberkirchenrat Dr. Dr. Niemeier, Hannover.

Bei seiner Arbeit ließ sich der Ausschuß von der Absicht leiten, die Konfirmation von den ihr im Laufe der Zeit zugewachsenen Fremdbestandteilen zu reinigen und in ihrem eigentlichen Sinngehalt wiederherzustellen. Dabei benutzte er dankbar das in der Vergangenheit erarbeitete Material und stand darüber hinaus in Meinungsaustausch und Arbeitsverbindung mit zahlreichen Männern der Kirche und der theologischen Wissenschaft, die sich durch Arbeiten über die Konfirmationsfrage ausgewiesen haben, sowie mit kirchlichen Arbeitskreisen, die sich um die Neuordnung der Konfirmation bemühen. Der Rat der EKD ließ sich über den Stand der Bemühungen regelmäßig unterrichten; ihren Fortgang förderte er nach Kräften durch Ratschlag und Weisung.

Die grundlegende und leitende Erkenntnis der erarbeiteten Grundsätze, durch die die Konfirmation sich selbst zurückgegeben werden und ihre einheitliche Auffassung und Gestaltung in allen Gliedkirchen der EKD gefördert werden soll, war die, daß der eigentliche Inhalt der Konfirmation die Zulassung zum Heiligen Abendmahl ist. Von dieser Mitte her ergeben sich alle konkreten Vorschläge zu ihrer Neuordnung, die der Ausschuß vorlegte.

Am 17./18. Dezember 1959 nahmen die Kirchenkonferenz und der Rat der EKD einen Bericht des Ausschußvorsitzenden Präses D. Dr. Beckmann über den Vollzug und das Ergebnis der Ausschußarbeit entgegen. Der Rat beschloß, die von dem Ausschuß erarbeiteten empfehlenden Richtlinien den Landeskirchenleitungen und der kirchlichen Öffentlichkeit zur Erörterung, Stellungnahme und Beachtung zu übergeben, der nächsten Tagung der EKD-Synode den Ausschußbericht vorzulegen, eine Beschlußfassung jedoch einer späteren Synodaltagung vorzubehalten.

Der Bericht des Ausschusses hat folgenden Wortlaut:

Schon länger als ein Jahrhundert ist, wie Wicherns Kritik zeigt, die volkskirchliche Konfirmationspraxis fragwürdig geworden, und zwar vornehmlich dadurch, daß sich die überkommene christliche Gesellschaftsordnung auflöste und die Volkskirche dem Prozeß zunehmender Abbröckelung und Aushöhlung verfiel, während die Konfirmation als volkskirchliche Gewohnheit und Sitte beibehalten wurde. Das Fragen nach einer neuen Ordnung der Konfirmationspraxis hat in den letzten Jahren besonders durch das Aufkommen der Jugendweihe in der Deutschen Demokratischen Republik erneute Dringlichkeit erfahren. Auch die überlieferten Konfirmationsordnungen können heute theologisch und praktisch nicht mehr voll vertreten werden; die neuen Ordnungen der Konfirmation in der Mehrzahl der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland geben davon Zeugnis. Die Tatsache, daß es noch Kirchengebiete und Gemeinden gibt, in denen die volkskirchliche Konfirmation unangefochten geübt wird, darf die Kirche nicht länger davon abhalten, eine Erneuerung ihrer Konfirmationspraxis und -ordnung in Angriff zu nehmen.

### *A. Grundsätzliche Erwägungen zur Konfirmation*

#### I.

Alles, was mit der kirchlichen Unterweisung und der Konfirmation zusammenhängt, nimmt seinen Ausgang von der Kindertaufe.

1. Bei der Erwachsenentaufe geht der Katechumenat als Unterweisung im Worte Gottes und Einübung im Gottesdienst dem Taufvollzug voraus, bei der Kindertaufe folgt er ihm nach. Die kirchliche Unterweisung der Kinder ist also nachgeholter Taufunterricht. Weil und solange die Taufe in frühester Jugend geübt wird, fordert sie die nachfolgende Unterweisung. Sie soll die als Kleinkinder Getauften in einem dafür geeigneten Lebensalter den in der Taufe ergehenden Zuspruch und Anspruch des dreieinigen Gottes verstehen lehren und sie zugleich zur Teilnahme am Abendmahl zürüsten. Von diesem Ziel her werden Aufbau, Inhalt und Methode der kirchlichen Unterweisung, insbesondere des Konfirmandenunterrichts, bestimmt.

Diese Unterweisung ist die Kirche allen in früher Jugend Getauften schuldig; es soll niemand von der Unterweisung ausgeschlossen werden, der daran teilzunehmen begehrt. Auch ungetaufte Kinder können selbstverständlich zum kirchlichen Unterricht zugelassen werden. Für solche Kinder ist in der Regel die Taufe mit der Konfirmation zu verbinden.

Der Katechumenat der Kinder bedarf einer festen Ordnung. Die Verantwortung für ihn obliegt nicht nur den Eltern und Paten und den Trägern des kirchlichen Amtes, sondern der ganzen Gemeinde. Die Kirche setzt darum die Ordnung und Gestaltung des Katechumenates fest; sie vergewissert sich in einer öffentlichen Prüfung dessen, daß ihre heranwachsenden Glieder nach dem Maß ihres Alters und ihrer Einsicht verstanden haben, was sie gelehrt worden sind.

2. Die Erwachsenentaufe gibt ohne weiteres den Zugang zum Tisch des Herrn frei. Zwar ist auch jeder in der Kindheit getaufte Christ grundsätzlich zum Abendmahl zugelassen; um aber das Sakrament des Leibes und Blutes Christi nicht dem Unverständnis, Mißverständnis und Mißbrauch auszuliefern, ist es eine gute Ordnung der evangelischen Kirchen, den in der Kindheit getauften Christen den Zugang zum Tisch des Herrn erst dann zu öffnen, wenn sie mit Verständnis und Frucht zum Abendmahl gehen können.

Hier erwächst der Konfirmandenunterweisung die besondere Aufgabe, den Konfirmanden zu einer verständnisvollen, ehrfürchtigen und regelmäßigen Teilnahme am



Abendmahl zu verhelfen. Dieses Stück kirchlicher Unterweisung soll jedem Konfirmanden deutlich machen, daß Christi Leib für ihn gebrochen und Christi Blut für ihn vergossen wurde. Diese Unterweisung ist Voraussetzung der Zulassung zum Abendmahl und das wesentliche katechetische Anliegen der Konfirmation.

Der Zugang zum Tisch des Herrn ist nach dem Herkommen der evangelischen Kirche nicht den Wünschen der Eltern, der Sitte der Familie oder der alleinigen Entscheidung des Pfarrers überlassen gewesen. Die Zulassung wurde und wird vielmehr bis heute im Gottesdienst unter Fürbitte der Gemeinde allen, die an der Unterweisung teilgenommen haben, öffentlich zugesprochen.

Diese Handlung, die auf der Kindertaufe gründet und zum Abendmahl hinführen soll, wird in der evangelischen Kirche Konfirmation genannt. Die Zulassung zum Abendmahl ist ihr eigentlicher Inhalt. Die Konfirmation ist nicht göttlichen Rechts; sie ist weder ein Sakrament noch zum Heil notwendig, vielmehr hat sie ihre Bedeutung als eine kirchliche Handlung auf dem Wege des Christen von der Kindertaufe zum Abendmahl. Sie ist auch keine Vervollständigung oder Ergänzung noch aktive oder passive Bestätigung der Taufe. Darum erübrigt sich die Konfirmation bei der Erwachsenenentaufe. Die durch die Konfirmation gegebene Abendmahlszulassung ist Einladung und Angebot an die Konfirmanden; sie schließt keinen Zwang in sich, am Abendmahl teilzunehmen, noch kann sie an die Erfüllung weiterer Bedingungen geknüpft werden.

3. Bei der Erwachsenenentaufe fallen Abschluß des Katechumenates und Zulassung zum Tisch des Herrn mit der Taufhandlung zusammen. Bei dem auf die Kindertaufe folgenden Katechumenat besteht die Möglichkeit, die Zulassung zum Abendmahl und den Abschluß des Katechumenats voneinander zu trennen und die Zulassung schon auf einer früheren Stufe des Katechumenats vorzunehmen. Der Katechumenat läuft dann auch nach der Konfirmation weiter. Die auf diese Weise herbeigeführte Aufgliederung der bislang in der Konfirmationshandlung verbundenen kirchlichen Akte wird vom Ausschuß empfohlen.

## II.

1. Das Alter für die Zulassung zur Konfirmandenunterweisung und zum Abendmahl festzulegen, unterliegt der Entscheidung der Kirche nach Prüfung der wesentlichen Gesichtspunkte, die für die Anordnung eines bestimmten Lebensalters sprechen. Um dem Mißverständnis zu wehren, als sei die Konfirmation eine Art religiöser Mündigkeitserklärung, die aus einem kirchlich-pädagogischen Zwang entlasse, sollte die bisherige zeitliche Verbindung der Konfirmation mit der Schulentlassung der Volksschulabgänger gelöst werden. Die zur Zeit allgemeine Festlegung des 14. Lebensjahres als Konfirmationsalter hat ihren Grund lediglich in der deutschen Schultradition. Angesichts der gegenwärtigen geistlichen Lage und gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land empfiehlt der Ausschuß, die Konfirmation als Abendmahlszulassung – unabhängig von der Dauer der Schulpflicht – nach einjähriger Unterweisung nach Vollendung des 12. Lebensjahres zu gewähren.

2. Die Konfirmation verleiht das Recht zur Teilnahme am Abendmahl. Im übrigen enthält die Zulassung zum Abendmahl auch die Anwartschaft auf weitere kirchliche Rechte (Patenrecht, kirchliche Trauung, aktives und passives Wahlrecht), jedoch sollte die Konfirmationshandlung von dem Zuspruch irgendeines dieser kirchlichen Rechte freigehalten werden. Es würde den Rahmen der dem Ausschuß gestellten Aufgabe überschreiten, zu der Frage, wie die Verleihung solcher kirchlichen Rechte geordnet und durchgeführt werden soll, Vorschläge zu machen.

3. Gegenüber dem hier dargelegten Verständnis der Konfirmation werden in der volkskirchlichen Tradition andere Stücke der Konfirmationshandlung als unerläßliche Voraussetzungen der Abendmahlszulassung angesehen. Vor allem ist hier das öffentliche Bekenntnis mit anschließendem Gelübde der Konfirmanden zu nennen. Das Glau-

bensbekenntnis der Christenheit bildet selbstverständlich einen wichtigen Gegenstand der Konfirmandenunterweisung, und die Teilnahme an der Konfirmation ist in sich ein Bekenntnis. Aber gegen die herkömmliche Auffassung des gemeinsamen Auftrags des Apostolischen Glaubensbekenntnisses durch die Konfirmanden als eines persönlichen Bekenntnisses, das vor der Gemeinde abgelegt und von ihr entgegengenommen wird, bestehen schwerwiegende Bedenken. Das Glaubensbekenntnis im Konfirmationsgottesdienst ist vielmehr zu verstehen als ein Einstimmen in das Bekenntnis der Gemeinde, das die Konfirmanden hereinnimmt in das Lobopfer der Kirche. Nur in diesem Verständnis hat das Bekenntnis seinen Sinn und sein gutes Recht in der Konfirmationshandlung. Recht verstanden ist es die „Wiedergabe“ (Redditio Symboli) des kirchlichen Bekenntnisses als Zusammenfassung der Lehre des Wortes Gottes; als solches hätte es seinen guten Platz schon in der Prüfung oder auch am Abschluß des Katechumenats.

4. Ernste theologische und seelsorgerliche Bedenken bestehen gegen das Gelübde der Konfirmanden in seiner durch die Aufklärung geschaffenen Form und Auffassung. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Kirche gemeinsame öffentliche Gelübde von ihren Gliedern fordern darf. Gewiß kann sie bei der Übertragung ihrer Ämter ein Amtsgelübde fordern. Keinesfalls kann sie jedoch die Zulassung zum Abendmahl von der Ablegung eines öffentlichen Gelübdes abhängig machen. Zum andern darf sie Kindern kein Gelübde abfordern, wie dieses bezeichnenderweise ein Hauptstück in den Weihehandlungen atheistischer Ideologien ist. Alle Vorbehalte und Einschränkungen gegenüber den herkömmlichen Formulierungen („nach dem Maß eures Verständnisses“ oder dergleichen) schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß ein Gelübde gefordert wird. Es ist deshalb zu begrüßen, daß schon jetzt einige neue Konfirmationsordnungen das Gelübde nicht mehr als konstituierendes Moment der Konfirmationshandlung ansehen und es darum freistellen oder sogar fortlassen. Hinter diese Entwicklung sollte nicht zurückgegangen, sondern das Gelübde der Konfirmanden in seiner traditionellen Form eindeutig abgelehnt und aus der Konfirmationshandlung ausgemerzt werden, zumal gerade das Gelübde ein unevangelisches Mißverständnis der Konfirmation hervorgerufen und gefördert hat.

5. Die in weiten Teilen Deutschlands verbreitete Bezeichnung der Konfirmation als Einsegnung hat das Mißverständnis gefördert, als sei die Handauflegung der entscheidende Akt der Konfirmationshandlung. Die Zulassung der Konfirmanden zum Abendmahl erfolgt unter dem fürbittenden Gebet der Gemeinde; dieses gehört zu der Konfirmationshandlung. Es ist eine gute kirchliche Ordnung, die segnende Fürbitte der Gemeinde dem einzelnen Konfirmanden durch Handauflegung zuzuwenden. Solche Handauflegung hat keinen sakramentalen Charakter. Sie ist darüber hinaus aber auch kein wesensnotwendiger, wohl aber ein angemessener Bestandteil der Konfirmationshandlung. Ob die Fürbitte unter Handauflegung mit dem Akt der Abendmahlszulassung oder mit dem der Entlassung aus dem kirchlichen Katechumenat verbunden wird, bleibt der kirchlichen Ordnung überlassen. Es ist durchaus denkbar, daß sie mit der einen oder anderen Handlung oder mit beiden verbunden wird; der Ausschluß empfiehlt, sie bei der Entlassung der Konfirmierten aus dem kirchlichen Katechumenat zu üben.

### *B. Vorschläge zur Konfirmationsordnung*

Aus den grundsätzlichen Erwägungen ergeben sich für die notwendige Neuordnung der Konfirmation nachstehende Richtlinien:

1. Der Konfirmandenunterricht ist ein Teil des kirchlichen Katechumenats. Er soll auf die Konfirmation als eine kirchliche Handlung auf dem Wege von der Kindertaufe zum Abendmahl bezogen sein. Da er zugleich nachgeholt Taufunterweisung und Sakramentszurüstung ist, ist er seelsorgerlich zu gestalten. Dazu gehört die Vermehrung und Intensivierung der Möglichkeiten seelsorgerlicher Zurüstung auf die Konfirmation



durch Konfirmandenrüstzeiten und ähnliche Einrichtungen sowie durch stärkere Hineinnahme der Gemeinde und der Konfirmandeneltern in die Mitverantwortung für die Konfirmation und die Konfirmanden.

Der Ausschuß empfiehlt eine einjährige Dauer der Konfirmandenunterweisung vor der Konfirmation.

2. Die Aufnahme in den Konfirmandenunterricht erfolgt in einem Gottesdienst der für die Unterweisung mitverantwortlichen Gemeinde und nicht nur durch Anmeldung der Kinder beim Pfarrer durch die Eltern.

3. Nach einjähriger Dauer des Konfirmandenunterrichts wird etwa ein Vierteljahr vor der Konfirmation ein öffentliches Prüfungsgespräch vor der Gemeinde gehalten, das den Nachweis des Verständnisses der Konfirmanden für das, was sie gelehrt worden sind, erbringen soll. Dieses Gespräch erfolgt in einem Gemeindegottesdienst, an dem alle Kinder, die den Unterricht besucht haben, teilnehmen. In diesem Gottesdienst darf keine konfirmationsähnliche Handlung vollzogen werden.

4. Zwischen dem Prüfungsgespräch und der Konfirmation als Abendmahlszulassung wird ein zeitlicher Abstand eingeschaltet, um Raum für die spezielle Abendmahlszurüstung zu gewinnen. Es empfiehlt sich, nach der Prüfung eine Neuanmeldung der Konfirmationswilligen zur Aufnahme in den Abendmahlsunterricht vorzusehen. Diese Vorbereitung auf den ersten Abendmahls Empfang bedarf einer besonderen seelsorgerlichen Prägung, die sich von dem üblichen Unterricht nach Form und Inhalt unterscheidet. Der Ausschuß empfiehlt, das Prüfungsgespräch spätestens am Anfang der Passionszeit zu halten, unter der Voraussetzung, daß die Konfirmation nach Ostern stattfindet.

5. Nach Abschluß der Abendmahlszurüstung, das heißt etwa zwei bis drei Monate nach der Prüfung, findet zwischen Ostern und Trinitatis die Konfirmation in einem Gemeindegottesdienst statt. Diese Konfirmationshandlung ist Abendmahlszulassung. Ihre unerläßlichen Bestandteile sind:

- a) Konfirmationspredigt;
- b) das Einstimmen der Konfirmanden in das Bekenntnis der Kirche;
- c) die Fürbitte der Gemeinde (mit oder ohne Handauflegung);
- d) die Erklärung über die Zulassung zum Abendmahl.

6. Die Abendmahlszulassung bedeutet keinen Zwang und keine Nötigung zur Abendmahls Teilnahme, sondern ist Angebot und Einladung. Die geschlossene Hinführung der Konfirmanden zum Abendmahl im Konfirmationsgottesdienst ist zu vermeiden, um eine erzwungene Teilnahme am Abendmahl nach Möglichkeit auszuschließen. Die Frage, ob Konfirmationsgottesdienst und erster Abendmahls gang zeitlich miteinander zu verbinden oder voneinander zu trennen sind, kann nicht generell entschieden werden. Die zeitliche Verbindung widerspricht zwar dem Wesen der Konfirmation nicht. Der Ausschuß empfiehlt aber aus geistlichen und seelsorgerlichen Gründen den ersten Abendmahls gang zeitlich von dem Konfirmationsgottesdienst zu trennen.

7. Nach der Abendmahlszulassung in der Konfirmation wird die Unterweisung der Konfirmierten mindestens noch ein Jahr fortgesetzt. Diese Zeit der Unterweisung dient vor allem der Einübung der konfirmierten Kinder in die Teilnahme am Abendmahl, in der Regel zusammen mit der Gemeinde; jedoch sollen besondere Abendmahlsfeiern der Neukonfirmierten nicht ausgeschlossen sein. Im übrigen gibt der Unterricht der Konfirmierten Gelegenheit, die Kinder in das Leben der Kirche in Geschichte und Gegenwart, insonderheit ihrer Gemeinde in Gottesdienst und Diakonie einzuführen. Der katechetische Lernstoff ist auf die Zeit vor der Konfirmation zu beschränken.

8. Die Unterweisung der Konfirmierten wird mit einer besonderen Handlung im Gemeindegottesdienst abgeschlossen. Diese Handlung könnte nach Meinung des Ausschusses als „Einsegnung“ bezeichnet werden. Als Bestandteile der Abschlußhandlung werden empfohlen:

- a) die Predigt;
- b) die Fürbitte der Gemeinde (mit Handauflegung);
- c) die Entlassung aus dem Katechumenat mit Denkspruch.

Es ist davon abzusehen, mit dieser Handlung die Verleihung oder Anwartschaft auf die sogenannten kirchlichen Rechte (Patenrecht, kirchliche Trauung, aktives und passives Wahlrecht) zu verbinden.

### *C. Einheitlichkeit der Konfirmationsordnung in der EKD*

#### I.

1. Da die Konfirmationsordnung für die Einheit der Kirche keine konstitutive Bedeutung hat, bedarf weder eine Landeskirche noch die EKD zur Erhaltung ihrer Einheit einer übereinstimmenden Konfirmationsordnung und -praxis.

Die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland wird also nicht gefährdet, wenn in den einzelnen Gliedkirchen die Konfirmationsordnung in verschiedener Weise gehandhabt wird. Jedoch sollte die Neuordnung der Konfirmation nach übereinstimmenden Grundsätzen in der Richtung der vorgelegten Leitlinien erfolgen, damit eine einheitliche Auffassung und Gestaltung der Konfirmation in allen Landeskirchen ermöglicht wird.

Die Neuordnung der Konfirmation braucht nicht von allen Landeskirchen zum gleichen Zeitpunkt und in einer in allen Einzelheiten gleichen Weise vollzogen zu werden.

2. In einer Übergangszeit sollten die Landeskirchenleitungen die Möglichkeiten einer geordneten Erprobung neuer Wege unter ihrer ständigen Beobachtung und nach sorgfältiger Vorbereitung in einzelnen Gemeinden zulassen, wo die örtliche Gemeindeleitung es beantragt oder sich dazu auf Bitte der Kirchenleitung bereit erklärt, selbst wenn dadurch zeitweilig zwischen den Landeskirchen, aber auch innerhalb der gleichen Landeskirche verschiedene praktische Lösungen bestehen. Damit wird einem ungeordneten privaten Experimentieren am sichersten der Boden entzogen.

#### II.

1. Die vom Ausschuß vorgelegten Richtlinien sind allein aus theologischen und kirchlichen Erwägungen erwachsen und nicht durch die Rücksicht auf die Verschiedenheit der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland bestimmt, insbesondere nicht durch das Gegenüber von Konfirmation und Jugendweihe. Der Ausschuß ist vielmehr der Überzeugung, daß sich der Konflikt zwischen Konfirmation und Jugendweihe überhaupt nicht durch eine Neuordnung der Konfirmation oder eine Änderung ihrer Praxis beheben läßt, sofern man beide Handlungen ernst nimmt: die Konfirmation als Zulassung zum Abendmahl des Herrn Jesus Christus und damit Bekenntnis zum dreieinigen Gott, dagegen die Jugendweihe als Bekenntnis zu einer atheistischen Weltanschauung.

2. Angesichts der besonderen Lage in der DDR muß es den beteiligten Kirchen überlassen bleiben, eine Übereinkunft über die Durchführung der vorgeschlagenen Ordnung der Konfirmation herbeizuführen.

### *b) Das Lehrgespräch über das Abendmahl\**

Die Veröffentlichung der von der Kommission für das Abendmahlsgespräch der EKD erarbeiteten Sätze über das Heilige Abendmahl, für die die Bezeichnung

\* Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 130 ff.

„Arnoldshainer Thesen“ in Aufnahme kam, löste ein Lehrgespräch von kaum erwarteter Lebhaftigkeit und Lebendigkeit aus, in dem zwar bisher ausschließlich Theologen ihre Stellungnahme veröffentlichten, die lebendige, oft leidenschaftliche Anteilnahme der Laien, soweit sie in Synodalausschüssen, bei Akademietagungen usw. das Wort ergriffen, jedoch nicht geringer war. Bei Abschluß der Berichtszeit lagen mehr als dreißig im Druck veröffentlichte, dazu zahlreiche als Manuskript vervielfältigte Meinungsäußerungen zu den Arnoldshainer Thesen vor. Dankbare und bejahende Anerkennung der von der Kommission für das Abendmahlsgespräch geleisteten Arbeit und die schroff ablehnende Kritik eines doktrinär verhärteten Konfessionalismus sind die Pole, zwischen denen das noch im Gang befindliche Lehrgespräch schwingt. Leider haben sich bisher weder die Theologischen Fakultäten noch die Kirchlichen Hochschulen zu Wort gemeldet; auch von den meisten Kirchenleitungen stehen die Stellungnahmen noch aus. Wir bringen nachstehend die für die Fortführung des Gesprächs wichtigsten kirchenamtlichen Äußerungen:

Evangelische Kirche von Westfalen  
Das Landeskirchenamt

Bielefeld, den 12. 6. 59

Die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen hat das Ergebnis des vom Rat veranlaßten Gesprächs über das Heilige Abendmahl, wie es in den Arnoldshainer Thesen niedergelegt worden ist, dankbar zur Kenntnis genommen. Sie sieht in diesen Thesen das Wesentliche des Abendmahls klar bezeugt: daß alle, die hinzutreten, im Abendmahl Leib und Blut Christi empfangen. Sie ist darum überzeugt, daß die Thesen zur Förderung der Einheit der Kirche am Tisch des Herrn helfen können.

Die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen sieht sich durch die Arnoldshainer Thesen in der in ihrem Bereich und mit anderen Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland geübten uneingeschränkten gegenseitigen Zulassung zum Heiligen Abendmahl zwischen Lutheranern und Reformierten bestärkt. Sie bittet den Rat, daß nunmehr die Frage der gegenseitigen Zulassung zum Heiligen Abendmahl innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland erneut überprüft und verhandelt wird.

Für die weitere Arbeit an den Thesen hält die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen es für geboten, daß in These 1 die Stiftung des Abendmahls durch den auf das Kreuz zugehenden Christus Jesus eindeutiger bezeugt wird, und daß in These 5 die römische Auffassung vom Meßopfer als unblutiger Erneuerung des Kreuzopfers, in welches das Opfer des Priesters und der Gemeinde hineingenommen sühnende Kraft bekommt, klarer verworfen wird.

Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche  
Deutschlands

Lutherisches Kirchenamt

Hannover-Herrenhausen, den 23. 12. 1959

An den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland

Im Auftrage der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat der Theologische Ausschuß der Vereinigten Kirche in mehreren Sitzungen eine Stellungnahme zu den Arnoldshainer Abendmahlsthesen erarbeitet. Die Bischofskonferenz hat diese Stellungnahme in ihrer Sitzung am 4. Dezember 1959 entgegengenommen und leitet sie hiermit an den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland weiter. Sie verbindet damit den Wunsch, die von dem Theologischen Ausschuß erbetenen Klarstellungen auf geeignete Weise herbeizuführen.

*des Theologischen Ausschusses der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 11./12. Oktober 1959 zu den Arnoldshainer Abendmahlsthesen*

## I.

Die Arnoldshainer Abendmahlsthesen sind allen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland und so auch den Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Studium und zur Stellungnahme zugeleitet worden, um dadurch die notwendige theologische Besinnung über das Abendmahl und die Bemühung um die Verständigung zwischen den reformatorischen Konfessionen in Deutschland zu fördern.

Dieses Studiendokument eines von der Evangelischen Kirche in Deutschland berufenen Ausschusses von Theologen ist in der gegenwärtigen kirchlichen und theologischen Situation in Deutschland ein in mancher Hinsicht hilfreiches Wort. Es will die bekenntnisverschiedenen evangelischen Kirchen in Deutschland, deren Grenzen durch die Bevölkerungsverschiebungen vielfach durchkreuzt sind, einander näherbringen. Es kann zu einer Hilfe werden, um der Ungewißheit und Unklarheit der Abendmahlspredigt und Abendmahlspraxis zu steuern und auf diese Weise Hemmnisse beiseite zu räumen, die sich dem in den Gemeinden wachsenden Verlangen nach dem Mahl des Herrn entgegenstellen.

Es erscheint uns besonders wichtig, daß hier nicht bloß das dogmatische Gespräch der reformatorischen Konfessionen wieder aufgenommen wurde, sondern daß dabei den Fragen der modernen Schriftforschung, die seit dem 18. Jahrhundert in Deutschland besonders intensiv und radikal betrieben wird, nicht ausgewichen wurde. Die moderne Schriftforschung als solche kann, wie gerade im Anfangsstadium des Abendmahlsgesprächs deutlich wurde, die Lehrunterschiede des 16. Jahrhunderts nicht überwinden, kommt sie doch selbst zu weit auseinandergehenden exegetischen Ergebnissen. Um so mehr ist es theologiegeschichtlich bedeutsam, daß bei der Erarbeitung dieser Thesen Vertreter der modernen Schriftforschung zusammen mit Systematikern und Kirchengeschichtlern einen ersten Schritt von ihren historisch-exegetischen Einzelergebnissen zu gemeinsamen kirchlich-verantwortlichen Aussagen vollzogen haben. Aus dieser verheißungsvollen und verpflichtenden Wendung theologischer Arbeit ergaben sich Aussagen, die wichtige Seiten der neutestamentlichen Botschaft vom Abendmahl neu hervorkehren, die in den Lehrformulierungen der Reformationszeit auf Grund ihrer anderen Fragestellung zurücktreten.

Wie jene setzen die Thesen bei Jesus Christus als dem Geber und der Gabe des Abendmahls ein: der erhöhte Herr selbst gibt sich in seinem Leib und Blut mit Brot und Wein allen zu diesem Mahl Hinzutretenden zu eigen. Von hier aus machen sie nachdrücklich den ekklesiologischen, ethischen und eschatologischen Bezug des Mahles sichtbar: der Herr schließt die seinen Leib Empfangenden zu seinem Leib, der Gemeinde, zusammen und nimmt sie zum Gehorsam der Tat in seinen Dienst; so ist das Mahl die Wegzehrung des wandernden Gottesvolkes, das darin den Tod des Herrn verkündigt, „bis daß er kommt“.

Von diesen weiterführenden Erkenntnissen aus wurden manche Lehraussagen der Reformationszeit neu gefaßt. Die reformierten Teilnehmer verzichteten auf den Parallelismus von leiblichem und seelischem Essen als getrennten Vorgängen, auf die Lokalisierung der erhöhten Leiblichkeit Christi zur Rechten Gottes und auf das Abhängigmachen der Gabe von dem Glauben des Empfängers. Auch von lutherischen Teilnehmern wurden bestimmte Formulierungen nicht wiederholt, die durch die Fragestellung der Reformationszeit und durch damalige Denkvoraussetzungen bedingt waren. Insbesondere verzichteten sie darauf, die Gegenwart von Leib und Blut Christi mit heute mißver-



ständig gewordenen Begriffen wie *res*, *substantia* oder *materia* sichern zu wollen, weil diese Begriffe seit der Reformationszeit einen tiefgreifenden Bedeutungswandel durchgemacht haben. Um der Gefahr zu begegnen, die Gabe des Sakraments von der Person und Geschichte Jesu abzulösen, versuchten sie, ohne den Gehalt der Lehre der lutherischen Bekenntnisse preiszugeben, das Wesentliche in Gestalt von Aussagen über das Gesamtgeschehen beim Abendmahl festzuhalten.

## II.

Diese positive Würdigung der Arnoldshainer Abendmahlsthesen setzt voraus, daß sie in Einzelheiten wie folgt zu verstehen sind:

1. *Zu These 1, 1:* Das Abendmahl ist von Jesus Christus in der Nacht des Verrates gestiftet, und in der Feier des Abendmahls der Gemeinde handelt er als der für uns in den Tod gegebene und auferstandene Herr; durch dieses Handeln entfaltet er zugleich das Verständnis seiner Stiftung.

2. *Zu These 2, 2:* Das Abendmahl ist *eine* der „Weisen“, „in denen Christus uns die Gaben des rettenden Evangeliums zueignet“; aber zugleich eine *besondere* Weise; die Besonderheit besteht darin, daß Christus im Abendmahl seinen Leib und sein Blut darreicht.

3. *Zu These 3, 3:* „Unter Gebet, Danksagung und Lobpreis“ und durch das Sprechen der Einsetzungsworte werden Brot und Wein ausgesondert und in den Dienst der Selbstdarreichung Christi in seinem Leib und in seinem Blut gestellt.

4. *Zu These 4 und These 5, c und d:* Im Abendmahl gibt sich Jesus Christus, indem er seinen Leib und sein Blut gibt, so, daß diejenigen, die Brot essen und trinken, kraft der Verheißung der Einsetzungsworte seinen Leib und sein Blut empfangen. Dem entspricht These 5 d, die eine Trennung von leiblichem und seelischem Essen ablehnt. Dieses Verständnis der Einsetzungsworte schließt ein, daß in der Spendung und im Empfang des Abendmahls das Brot Christi Leib und der Wein Christi Blut ist. Mit Recht lehnt jedoch These 5 c die Auffassung ab, als werde im Abendmahl ein von Christi Person und Passion losgelöster „Stoff“ seines Leibes und Blutes dargereicht. Ein solches Mißverständnis würde auch dem „*vere adsint*“ von CA X bzw. dem reformatorischen „*vere et substantialiter*“ widersprechen.

5. *Zu These 4 und These 8, 2:* Im Abendmahl „gibt“ Jesus Christus „allen, die hinzutreten“, „sich in seinem für alle in den Tod gegebenen Leib und seinem für alle vergossenen Blut“. Er „läßt sich ... von uns nehmen“. Das heißt: er gibt sich allen und wird von allen empfangen, auch wenn die Frucht des Abendmahls („Vergebung der Sünden, Leben und Seligkeit“) nur den Glaubenden zuteil wird. Die Versündigung „an der Hoheit dieser Gabe“ (These 8, 2) ist somit die Versündigung an dem in diesem Mahl sich leiblich darreichenden Herrn.

## III.

Im Unterschied, teilweise auch im Gegensatz zu dem vorstehend dargelegten Verständnis bestimmter Einzelheiten der Arnoldshainer Abendmahlsthesen, sind in der bisherigen Diskussion – zum Teil schon bei der Überreichung – auch folgende Interpretationen vertreten worden:

1. *Zu These 1, 1:* Die Formulierung der These lasse bewußt offen, ob und in welcher Weise das Abendmahl der Gemeinde mit dem letzten Mahle Jesu zusammenhängt. Die Bekenntnisaussage, die von dem Abendmahl als der *institutio Christi* spricht, meine damit „nicht ein historisches Urteil“, sondern „die Gewißheit, daß wir im neutestamentlichen Christuszeugnis durch das Zeugnis der Gemeinde hindurch Auftrag und Verheißung des Herrn der Kirche in seiner Einheit als des Irdischen und des Erhöhten vernehmen“. (Vgl. H. Gollwitzer in „Zur Lehre vom Heiligen Abendmahl“, 1958, S. 24.)

2. Zu These 2, 2: Aus der Feststellung, daß das Proprium des Abendmahls „nicht die Gabe, sondern die Weisen des Gebens“ betrifft, folge, daß nach einer besonderen Abendmahlsgabe überhaupt nicht mehr zu fragen sei. Allenfalls könne das Proprium des Abendmahls in der stärkeren Intensität „leiblicher Zugriffsakte“ gesehen werden.

Zwischen der Gegenwart Christi unter dem gottesdienstlichen Handeln der Kirche überhaupt („der durch sein Wort im Heiligen Geist gegenwärtige Herr“), um die es These 2 geht, und der besonderen Gegenwart Christi im Abendmahl, von der These 3 und 4 sprechen, kann dann folgerichtig auch nicht mehr unterschieden werden. (Vgl. Gollwitzer, a.a.O., S. 25 und 29.)

3. Zu These 3, 3: Der Verzicht darauf, das Sprechen der Einsetzungsworte näher zu bestimmen, trage dem Rechnung, daß man sich in der Kommission einig geworden sei, „die Auffassung, es gehöre ein eigener Konsekrationsakt zu den wesentlichen Stücken der Mahlshandlung, nicht zu befördern“. Jedes Betonen der Aussonderung der Elemente rücke „die Wandlungsvorstellung bedenklich nahe“. (Vgl. Gollwitzer, a.a.O., S. 26.)

4. Zu These 4 und These 5, e und d: Es gehe in den positiven und negativen Feststellungen nicht nur darum, „alle irreführenden substanzhaften Vorstellungen“ auszuschalten und einer isolierten Betrachtung der Elemente zu wehren, sondern es sei überhaupt unzulässig, irgendwelche Aussagen über das Verhältnis der Elemente zu Leib und Blut Christi zu machen über die allgemeine Feststellung hinaus, daß Brot und Wein in das Gesamtgeschehen beim Abendmahl „hineingenommen“ seien. (Vgl. W. Kreck, a.a.O., S. 43, auch Gollwitzer, a.a.O., S. 28 f.)

5. Zu These 4 und These 8, 2: Es sei eine „ungeheuerliche Behauptung“, die Arnolds-hainer Abendmahlsthesen könnten im Sinne der lutherischen Lehre von der *manducatio indignorum* verstanden werden. (W. Niesel, Ref. Kirchenzeitung, 1959, H. 1, Sp. 13.) Die Absicht der Arnolds-hainer Thesen gehe dahin, diesen ganzen Streit als überwunden zu behandeln, weil *beide* Antithesen „so nicht stehenbleiben können“. Die Wendung: Was Christus „allen, die hinzutreten, gibt“, besage: das Geben Christi *gelte* allen. Man könne paradox auch so formulieren: „Christus schenkt sich hier allen, aber empfangen kann man ihn nur im Glauben.“ (Vgl. Gollwitzer, a.a.O., S. 30; Kreck, a.a.O., S. 45 f.)

#### IV.

Die Tatsache, daß die Thesen so verschieden gedeutet werden, macht Klarstellung erforderlich. Wohl ist bei derartigen Thesen eine gewisse Variationsbreite der Deutung und die Möglichkeit verschiedener Akzentuierung begreiflich, ja unvermeidlich. Dies darf jedoch nicht zu einander ausschließenden, gegensätzlichen Deutungen führen.

Die Thesen leisten derartigen Deutungen offensichtlich selbst Vorschub, weil ihrer *Sprache* weithin eine schwebende Unbestimmtheit, manchmal auch Gewundenheit eignet. Manche Formulierungen lesen sich wie ein sorgsam ausgewogener Kompromiß zwischen Elementen der lutherischen und der reformierten Abendmahlslehre, so daß hier die Gegensätze nicht eigentlich überwunden, sondern nur überdeckt zu sein scheinen.

Die Kirche bedarf aber um ihrer Predigt willen der Klarheit der Lehre und um der Gemeinde willen auch der Einfachheit der Sprache, zumal in einer durch jahrhundertelange Reflexion belasteten Sache.

Unverkennbar ist ferner im *Inhalt* der Thesen die Tendenz, das verkündigte Wort stark in den Vordergrund zu stellen und dem gegenüber das Spezifische des Abendmahls zurücktreten zu lassen. Der Vorliebe für akthafte personale Aussagekategorien entspricht eine Abneigung gegen jegliche Seinsaussagen; auf diese kann indessen nicht verzichtet werden. Wohl geht es im Abendmahl nicht um das bloße *Dasein* von Leib und Blut Jesu Christi als eines Eigenwertes, sondern um ihr Dargeben und ihr Empfangen werden; aber innerhalb dieser Handlung und *für sie* muß doch die wirkliche Gegenwart des dahingegebenen Leibes Jesu Christi und seines vergossenen Blutes eindeutig bekannt werden. Gilt auch diese Gegenwart nur auf den Empfang hin, so gilt sie doch nicht nur



für den Glauben des Empfängers. Es muß unbezweifelbar zum Ausdruck kommen, daß Brot und Wein, welche dem Abendmahlsgast dargereicht werden, ihm Christi Leib und Blut zueignen.

Die Thesen bedürfen daher – wie oben gesagt – der Klarstellung. Wir bitten zu prüfen, wieweit diese Klarstellung durch verbindliche Interpretation geschehen kann und wieweit eine Neuformulierung vorgenommen werden muß. Unseres Erachtens erfordern zum Beispiel die Überschrift, die Thesen 1, 1; 3, 3; 4 und 5 eine unmißverständliche Neuformulierung. Insbesondere bedarf die These 4 größerer Einfachheit und Eindeutigkeit.

## V.

Zuletzt ist die Frage zu stellen, welche kirchliche Geltung den Arnoldshainer Thesen zukommen soll und kann. Wie schon in Teil I gesagt, sind die Thesen nach ihrem Ursprung zunächst ein Studiendokument, theologische Sätze, in denen auf die gewissenhafte Verantwortung der Unterzeichner eine Erklärung darüber abgegeben wird, was auf Grund exegetischer Einsicht und dogmatischer Kritik überlieferter Lehrformen heute von ihnen gemeinsam über das Abendmahl ausgesagt werden kann.

Der Vorspruch der Thesen sagt: „Was dieser Ertrag der bisherigen Arbeit für die Fragen der Abendmahlsgemeinschaft und der Kirchengemeinschaft bedeutet, bedarf weiterer theologischer Bemühungen.“ Es zeigt sich aber schon jetzt, daß die Arnoldshainer Thesen vielfach als theologische Rechtfertigung einer weithin im deutschen Protestantismus bereits geübten Abendmahlsgemeinschaft verstanden und als kirchliches Bekenntnis gewertet werden.

Die Arnoldshainer Abendmahlsthesen sind jedoch kein kirchliches Bekenntnis. Um ihnen den Charakter eines öffentlichen kirchlichen Bekenntnisses zu verleihen, müßten sie erst von den Kirchen rezipiert und in den Kirchenverfassungen verankert werden, damit auch das kirchliche Lehramt in der Ordination daran gebunden werden kann. Darin sind wir mit allen Beteiligten einig. Die Thesen scheinen uns jedoch auch ihrer Art nach nicht geeignet zu sein, Bekenntnisse im Sinne der lutherischen Reformation zu werden, denn sie vermeiden es grundsätzlich, zu sagen, ob die bisher gültigen Sätze unserer Bekenntnisse durch sie überholt oder ergänzt seien oder wie sonst das Verhältnis der alten und der neuen Sätze beurteilt werden solle.

Vor allem läßt die Überschrift uns zweifeln, ob auf dem Wege der Thesen überhaupt verbindliche kirchliche Lehraussagen gewonnen werden können; denn ein kirchliches Bekenntnis ist nicht nur eine Rechenschaft darüber, was wir heute als Botschaft hören, sondern zugleich eine Aussage dessen, was wir in der Kontinuität der Kirche glauben, lehren und bekennen.

Diese nüchterne und in manchem kritische Beurteilung des mühevollen Werkes soll und kann den Dank nicht mindern, den auch wir in der Kirche lutherischen Bekenntnisses der Gelehrsamkeit, der umsichtigen Ausdauer und der Pietas der Verfasser schulden. Die Abendmahlsthesen geben in ihrer biblischen Gründung der Abendmahlspredigt eine vertiefende Weisung, sie geben in ihrer Spannweite dieser Predigt auch die evangelische Freiheit. Was hier vorliegt, kann bei weiterer Klärung eine wirksame Hilfe auf dem Wege der Kirche zu immer neuer Verlebendigung ihrer Lehre und zur Sammlung um die Gabe ihres erhöhten Herrn werden.

In welcher Weise und Richtung das Lehrgespräch über das Abendmahl auf breiter Ebene zu führen und fortzuführen sei, macht die Handreichung deutlich, die der Evangelisch-Lutherische Landeskirchenrat in München für seine Landeskirche herausgab:

An sämtliche Dekanate  
der Evang.-Luth. Kirche in Bayern

Die im Juli 1958 auf der Kirchenkonferenz der EKD in Berlin als Ergebnis einer 10jährigen theologischen Arbeit erstmals bekanntgegebenen Arnoldshainer Abendmahlsthesen haben in der kirchlichen Öffentlichkeit starke Beachtung gefunden und eine lebhafte Diskussion ausgelöst. Auch in unserer Landeskirche haben einzelne Pfarrkonferenzen und Kreise von Pfarrern die Thesen durchgearbeitet und Stellungnahmen vorgelegt. Angesichts der Bedeutung, die dieser Verlautbarung als Ergebnis eines „verbindlichen theologischen Gesprächs“ zukommt, wird empfohlen, daß sich die Pfarrkonferenzen auch dort, wo es bisher nicht geschehen ist, mit den Thesen beschäftigen.

Die Thesen können uns, auch abgesehen von dem besonderen Anlaß ihrer Entstehung und den mit ihnen verbundenen Überlegungen, ein willkommener Anstoß sein, uns intensiver mit der Frage der Abendmahlslehre zu beschäftigen, als dies bisher oft geschehen ist, und zu größerer Klarheit über das Altarsakrament zu gelangen. Die im Mai dieses Jahres in Tutzing versammelte Luth. Bischofskonferenz hat im Blick darauf der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß – wie immer auch die gegenwärtige Auseinandersetzung über eine mögliche Einigung zwischen Lutheranern und Reformierten über die Abendmahlslehre ausgehe – sich als wesentliche Frucht dieses ganzen Gesprächs eine Vertiefung des Abendmahlsverständnisses und eine stärkere Wertschätzung des Sakramentes in den Gemeinden ergeben möge.

Die beigefügte Handreichung soll eine Hilfe sein für die Behandlung auf der Pfarrkonferenz. Sie spiegelt die inzwischen geführte Diskussion wider, ohne eine endgültige Stellungnahme vorwegzunehmen. Dabei möchten wir auch die Konferenzen, die sich mit den Arnoldshainer Thesen schon befaßt haben, bitten, die gesamte Problematik unter den aufgestellten Fragestellungen noch einmal durchzusprechen.

#### *Handreichung zur Besprechung der Arnoldshainer Abendmahlsthesen*

Daß man sich zehn Jahre lang in der Evangelischen Kirche in Deutschland mit grundsätzlichen Erwägungen über das Heilige Abendmahl intensiv befaßt hat, ist ein sehr bedeutsamer Vorgang. Besonders erfreulich ist dabei, daß eine Reihe führender Theologen sich in ernsthafter kirchlicher Verantwortung bemüht hat, die historisch-kritische Feststellung des neutestamentlichen Sachverhalts für kirchlich bedeutsame Lehraussagen fruchtbar zu machen. Man wird wohl nicht bestreiten können, daß in der Art, wie in den Thesen vom Heiligen Abendmahl geredet wird, eine deutliche und erfreuliche Wandlung gegenüber dem theologiegeschichtlichen Ausgangspunkt mancher der beteiligten Theologen zum Ausdruck kommt.

Es kann nach dem Befund der neueren exegetischen Forschung keinem Zweifel unterliegen, daß das Neue Testament in seinen Aussagen über das Heilige Abendmahl Akzente setzt, die in den Bekenntnisschriften unserer Kirche nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit in Erscheinung treten. Diesem Sachverhalt haben die Arnoldshainer Abendmahlsthesen insofern Rechnung getragen, als sie die in unserer Kirche bisher zuwenig gewürdigten eschatologischen und ekklesiologischen Aspekte der biblischen Abendmahlsaussagen deutlich hervorheben.

Andererseits ist beim Studium dieser Thesen gründlich zu bedenken, ob in ihnen die Aussagen des Neuen Testaments vom Heiligen Abendmahl, die uns durch Luther und die Lutherischen Bekenntnisschriften in besonderer Weise wichtig sind, einen adäquaten Ausdruck finden. An entscheidender Stelle wird die Frage gestellt werden müssen, ob die in den Thesen nicht enthaltenen Lehraussagen von Belang sind oder ob guten Gewissens darauf verzichtet werden kann.

Bei der Erörterung der Arnoldshainer Abendmahlsthesen wird man zweckmäßigerweise drei Fragenkreise herausstellen, die nachstehend skizzenhaft umrissen seien:

### 1. Zum Ausgangspunkt und zur Methode

a) In der Präambel ist von einem gemeinsamen Hören als „Glieder der einen apostolischen Kirche“ die Rede. Kann das, was hier als Voraussetzung des Gesprächs bezeichnet wird, legitimerweise nicht nur als sein Ergebnis festgestellt werden? Und: Nach welchen Kriterien kann die Zugehörigkeit zu der *einen* apostolischen Kirche beurteilt werden? Mit anderen Worten: In welcher Weise gehören zum Beispiel die Glieder der römisch-katholischen und orthodoxen Kirche dieser einen Kirche an?

b) Wie verhält sich der Verzicht auf „eine volle Entfaltung der theologischen Lehre vom Abendmahl“ und die Zurückstellung einzelnen Mitarbeitern „wichtiger Einzelaussagen“ zu der Feststellung, daß trotzdem nichts zugunsten eines Kompromisses ausgelassen ist, „was zum Verständnis von Wesen, Gaben und Empfang des Heiligen Abendmahls unerlässlich ist“? Nach welchen Kriterien wurde die Grenze gezogen? Läßt der Wortlaut der Vorbemerkung nicht doch vermuten, daß die Grenze von dem gerade noch erreichbaren consensus diktiert worden ist?

c) Inwieweit sind die Thesen von manchen Einseitigkeiten moderner kerygmatischer Theologie geprägt? Wie wirkt sich diese Prägung insbesondere in der Zuordnung von historischem Ereignis („die Nacht, da er verraten ward“, wird nicht erwähnt!) und Kerygma aus? Weiter: Hat sich die in dieser Theologie übliche Abneigung gegen Seinsaussagen auch auf die Formulierung der Thesen ausgewirkt? Weist auf diese Prägung nicht auch der Verzicht auf den Begriff „Lehre“ in der Überschrift hin?

d) Ist die Ausdrucksweise wirklich eindeutig? Wird nicht durch die Stellungnahmen, zum Beispiel von P. Brunner einerseits und H. Gollwitzer andererseits, deutlich, daß bei der Interpretation nicht nur die Akzente verschieden gesetzt werden können, sondern daß die Thesen zum Teil geradezu entgegengesetzte Auslegungen zulassen? Mit anderen Worten: Hält sich die von den Thesen her mögliche Variationsbreite der Deutung innerhalb der für eine verbindliche Lehraussage zulässigen Grenzen?

e) Ist der neutestamentliche Sachverhalt wirklich zur alleinigen Grundlage der Aussage gemacht worden? Vgl. dazu die Äußerung des Neutestamentlers E. Käsemann (Tübingen, früher Göttingen), daß man sich hoffnungslos verstricke, wenn das Neutestamentliche zur Grundlage gemacht werde, „da die Neutestamentler sich selbst nicht einig sind. Die dogmatische Verständigung ist in diesem Fall einfacher als die historische“ (Protokoll der Arnoldshainer Kommissionssitzung, November 1957, erstellt von Dr. Dr. Niemeier, zitiert nach Heidler in ELKZ 1959, Nr. 5, S. 65, Spalte 1).

### 2. Zum Inhalt der Thesen

a) Ist die Art der Gegenwart Christi im Heiligen Abendmahl entsprechend den Thesen identisch mit der Gegenwart Christi im Gottesdienst schlechthin? Darf man die Realpräsenz Christi im Abendmahl mit seiner Realpräsenz im Gottesdienst völlig gleichsetzen? Oder zwingt uns nicht das Neue Testament, eine besondere Weise der Gegenwart Christi im Heiligen Abendmahl zu lehren?

b) In den Thesen ist auffallend häufig und an Stellen, an denen man es zunächst nicht erwarten würde, vom Heiligen Geist die Rede. Von daher legt sich die Frage nahe: Welche Verhältnisbestimmung von Christologie und Pneumatologie steht hinter dieser Redeweise? Warum werden Aussagen über die Person Christi durch Aussagen über das Wirken des Heiligen Geistes ersetzt?

c) Ist „Person Christ“ das gleiche wie „Leib und Blut Christi“? Diese Frage legt sich besonders nahe, wenn man die personalistischen Kategorien bedenkt, die in der modernen

theologischen Diskussion eine so große Rolle spielen. Sollte nicht gerade das biblische Verständnis des Heiligen Abendmahls einer völligen Auflösung der ontologischen Elemente in personalistische Aussagen entgegenwirken? Wird insbesondere durch die Verwerfung in These 5 c nicht die Lehre von der realen Gegenwart des Leibes Jesu Christi verworfen (vgl. „manducatio oralis“)?

d) Wird in These 4 die Aussage, daß Christus die Gabe des Heiligen Abendmahls gibt „allen, die hinzutreten“, nicht durch das folgende „er ... läßt sich ... von uns nehmen“ wieder abgeschwächt? Was empfangen die Nichtglaubenden tatsächlich (vgl. „manducatio impiorum“)?

e) Kann das Verständnis des Heiligen Abendmahls angemessen beschrieben werden, wenn weder von Konsekration noch von Segnung die Rede ist? Lassen sich die verba testamenti sachgemäß nur als Verkündigungs- und Informationsworte verstehen?

### 3. Zu den Konsequenzen

a) Welche Konsequenzen ergeben sich von den Thesen her für den Wortlaut der Spendeformel? Kann man von daher eindeutig sagen: „Das ist mein Leib“? Oder: Werden auf der anderen Seite nicht sehr viele Möglichkeiten freigegeben?

b) Ergeben sich irgendwelche Konsequenzen für die Feier der Kranken-(Einzel-)kommunion, das heißt, ist diese Feier von den Thesen her vollwertig und legitim?

c) Welche Konsequenzen ergeben sich für den Gebrauch des Katechismus? Können auf der Grundlage der Thesen der Lutherische wie der Heidelberger Katechismus gleichberechtigt nebeneinander gebraucht werden? Oder sollen beide revidiert werden?

d) Was hätte eine kirchlich verbindliche Annahme der Thesen für Rückwirkungen auf unser Verhältnis zum lutherischen Teil der Ökumene, zu den Anglikanern oder auch zur römisch-katholischen Kirche?

e) Stehen die Thesen nicht in Gefahr, daß man mehr von ihnen erhofft, als sie sein können, wenn man sie von vornherein mehr oder weniger offen als ein neues kircheneinigendes Bekenntnis betrachtet? Wie kann man die Arbeit der Kommission recht würdigen, das heißt die rechte Stellung zu ihr einnehmen zwischen rein negativer Kritik und falscher Überschätzung? Wie kann man dafür sorgen, daß die von niemandem bestrittenen positiven Ansätze nicht um ihre Wirkung gebracht werden?

Hatte die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche die Übersendung der von ihr entgegengenommenen Stellungnahme des Theologischen Ausschusses der VELKD mit der Bitte verbunden, der Rat der EKD wolle die von dem Ausschuß erbetenen Klarstellungen auf geeignete Weise herbeiführen, so nahm die Evangelische Konferenz diese Bitte auf und machte für die Weiterführung der Arbeit einen konkreten Vorschlag, dem zu entsprechen der Rat der EKD inzwischen beschlossen hat:

Kirchenpräsident D. Hans Stempel

Speyer, am 6. Januar 1960

An den

Vorsitzenden des Rates der

Evangelischen Kirche in Deutschland

Herrn Bischof D. Dibelius

*Sehr verehrter Herr Bischof!*

Im Auftrag der am 4. und 5. Januar 1960 in Bad Dürkheim versammelten Evangelischen Konferenz beehre ich mich, folgendes Anliegen auszusprechen:

Die in einem Zeitraum von 10 Jahren von der Kommission für das Abendmahls-



gespräch der Evangelischen Kirche in Deutschland erarbeiteten und einstimmig angenommenen 8 Sätze über das Heilige Abendmahl sind bekanntgegeben worden. Dies wird als ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung angesehen. In unseren Gemeinden und in der Pfarrerschaft ist es weithin zustimmend begrüßt und mit Bewegung aufgenommen worden, daß es zu einem solchen Ergebnis gekommen ist.

Es ist nun eine ganze Reihe von Publikationen erfolgt, die auf diese Sätze Bezug nehmen. Es wurden Interpretationen mannigfacher Art gegeben, Fragen aufgeworfen und eingehende Kritik geäußert. Auch Ablehnung ist laut geworden.

Nun bittet die Evangelische Konferenz den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die mit der Führung des Abendmahlsgesprächs betraute Kommission erneut einzuberufen und sie zu beauftragen, zu diesen soeben erwähnten Publikationen Stellung zu nehmen. Die Evangelische Konferenz ist der Ansicht, daß dies eine gute Sache auch im Blick auf die Weiterführung der theologischen Diskussion wäre.

Wir wären Ihnen, sehr verehrter Herr Bischof, dankbar, wenn Sie unser Anliegen dem Rat unterbreiten wollten.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr D. Stempel

### *c) Die Wiederentdeckung der missionarischen Aufgabe der Kirche*

Es ist nichts Neues im Verständnis, das die Kirche von sich selbst hat, und in der Erkenntnis des ihr von ihrem Herrn aufgetragenen Dienstes an und in der Welt, daß sie sich zur Mission drinnen und draußen berufen weiß, wohl aber ist es neu, daß das Bewußtsein ihres Missionsauftrages sich nicht nur vertieft, sondern auf speziell und spezifisch kirchliche Ausdrucks- und Gestaltungsformen drängt. Während die evangelische Christenheit in Deutschland lange Zeit hindurch ihre missionarischen Impulse in die organisatorische Gestalt und Rechtsfigur von Missionsgesellschaften hineinfasste, wird jetzt je mehr und mehr die missionarische Verpflichtung, das Evangelium daheim und bis an die Enden der Erde zu verkünden und in das eigene Volk wie in alle Völker der Welt durch Wort und Tat die Christusbotschaft hineinzutragen, als zum Wesen und Leben der Kirche selbst gehörig erkannt und anerkannt. Die missionarische Dimension des Wortes ist wiederentdeckt und drängt zum Durchbruch. Zwei repräsentative Synodaltagungen des Jahres 1959 stellten sich der Fülle der damit auf Kirche und Gemeinde zukommenden Fragen und Aufgaben. Die Generalsynode der VELKD beschäftigte sich auf ihrer Lübecker Tagung mit dem Thema „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“; sie beschloß eine Kundgebung an die Gemeinden: „Gott ist am Werk“, und verabschiedete eine umfassende Empfehlung zu dem Hauptthema.

#### GOTT IST AM WERK

#### *Kundgebung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands an die Gemeinden*

Vom 9. Oktober 1959

Die zweite Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat sich auf ihrer 5. Tagung in Lübeck mit dem Thema „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“ befaßt. Im Einvernehmen mit der Bischofskonferenz möchte

sie durch das folgende Wort die Gemeinden an ihren Beratungen und Erkenntnissen teilnehmen lassen.

Gott ist am Werk in aller Welt, auch in der Welt der nichtchristlichen Religionen und des Atheismus. Er hat als Frucht der Mission Kirchen in Asien und Afrika wachsen lassen; in fernen Völkern und in einer Welt, die sich rasch verändert, fragt man nach dem Evangelium.

Gott hat seinen Sohn gesandt, damit durch sein Kreuz und seine Auferstehung alle gerecht werden. Seine Gemeinde, die aus dieser Gottestat lebt, ist darum nicht für sich, sondern für alle Völker da.

Wir sind mitbeteiligt an Gottes Wirken in der Welt. Wir sind mit allen Menschen auf der Erde hineinverflochten in die Schuld vor Gott, dem Schöpfer und Erlöser. Aber Gott läßt uns durch die Mission der Kirche teilnehmen an seinem rettenden Handeln an der Welt.

Wir sollen wissen, daß sein Werk gerade da vorangeht, wo die Gemeinde leidet. Im Zeugnis und im Leiden nimmt uns Gott hinein in seinen Plan und in sein Ziel für die Welt.

Darum rufen wir den Gemeinden zu: Steht nicht beiseite. Werdet Gottes Mitarbeiter bei seinem Wirken in der Welt. Beteiligt euch so an der Arbeit der Mission, daß ihr nicht nur Boten sendet, sondern Boten Christi seid. Versäumt die Freude nicht, die eine missionarische Gemeinde empfängt.

Die Beschlüsse der 2. Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands auf ihrer 5. Tagung zu dem Hauptthema „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“ vom 9. Oktober 1959 lauten:

#### *A. Gemeinsame missionarische Aufgaben des Weltluthertums*

##### *Grundsätzliches*

Gott sendet seine Kirche in die Welt. Deshalb lebt die Kirche nicht für sich selbst, sondern damit das Heil Gottes in Jesus Christus allen Menschen verkündigt wird.

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands ist Kirche, darum ist die Sendung der Kirche auch ihre Sendung. Sie lebt selbst von der Rechtfertigung des Sünders und weiß sich damit verpflichtet, auch heute gemeinsam mit den lutherischen Kirchen Asiens und Afrikas gerade diese Botschaft in die Welt der Völker zu tragen.

##### *Empfehlungen*

1. Die Welt ist trotz ihrer Zerrissenheit heute mehr denn je eine Einheit. Wir können deshalb Weltmission nur in gemeinsamer Verantwortung betreiben. Heute offene Türen können sich morgen schließen. Daher müssen vorhandene Missionsmöglichkeiten schnell und mit größtmöglichem Einsatz genutzt werden. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und die Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes in Deutschland sollten sich daher in ihrem missionarischen Einsatz durch das Missionsorgan des Lutherischen Weltbundes, die Kommission für Weltmission, beraten lassen und ihre Arbeit dementsprechend tun.

2. Das Hilfsprogramm der Kommission für Weltmission unterstützt zu mehr als 80% ehemalige deutsche Missionsarbeit und aus solcher Arbeit erwachsene asiatische und afrikanische Kirchen. Die Mittel wurden bisher zu 98% durch das Opfer der amerikanischen und kanadischen Lutheraner aufgebracht. Für das Jahr 1960 bleiben bei einem Etat von etwa 2,9 Millionen DM trotz erheblicher Kürzungen 527 000 DM ungedeckt. Wir können es als lutherische Kirchen in Deutschland nicht verantworten, daß die durch dieses Defizit besonders betroffene deutsche lutherische Missionsarbeit leiden muß. Wir können es auch nicht verantworten, daß die amerikanischen und kanadischen



lutherischen Kirchen fast allein dieses Hilfsprogramm finanzieren. Und nicht zuletzt müssen unsere Kirchen um ihrer selbst willen an dem Sendungsauftrag der lutherischen Kirche unmittelbar beteiligt sein.

3. Damit die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und ihre Gliedkirchen verantwortlich an der gemeinsamen Aufgabe teilhaben, wird empfohlen:

a) Die Vereinigte Kirche möge über das Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes die deutschen Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes auffordern, Jahr für Jahr ihre Gemeinden zu einem Opfer für eine gesamtkirchliche missionarische Aufgabe aufzurufen.

b) Außerdem möge die Vereinigte Kirche die Gliedkirchen auffordern, bestimmte Projekte des Hilfsprogramms der Kommission für Weltmission in den gliedkirchlichen Haushalt zu übernehmen. Dabei wird es das Natürlichste sein, daß die Gliedkirchen solche Aufgaben übernehmen, die ihnen durch die in ihrem Bereich beheimateten Missionen naheliegen.

4. a) Es wird empfohlen, daß die Vereinigte Kirche sowohl wie die Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes in Deutschland, wenn sie so unmittelbare Verantwortung für missionarische Arbeit übernehmen, auch durch Entsendung von Vertretern in die Kommission für Weltmission an deren Arbeit teilnehmen.

b) Außerdem wird vorgeschlagen, daß der ökumenisch-diakonische Einsatz und die zwischenkirchliche Hilfe des Lutherischen Weltdienstes in regelmäßiger brüderlicher Beratung mit dem Missionsausschuß der Vereinigten Kirche bzw. der Kommission für Weltmission geschehen, soweit es sich um Hilfe für Asien und Afrika handelt.

### *B. Landeskirche und Missionsgesellschaft*

Weil die Kirche in ihrer Sendung lebt, haben Landeskirchen und Missionsgesellschaften teil an der Weltmission, wenn auch beide in besonderer Weise. Von daher sind, bei allen Unterschieden der örtlichen und geschichtlichen Gegebenheiten, die Fragen ihrer gegenseitigen Zuordnung bestimmt.

#### *1. Empfehlungen an die Gliedkirchen*

1. Es wird empfohlen, in jeder Gliedkirche einen Missionsreferenten zu bestellen.

2. Es wird empfohlen, Gremien für die Zusammenarbeit mit den Missionsgesellschaften, soweit sie in einzelnen Gliedkirchen noch nicht vorhanden sind, einzurichten und diese allgemein so auszubauen, daß sie über bloß beratende Funktionen hinaus in der Arbeit der Kirche unmittelbar wirksam werden.

3. Zu der Aufgabe solcher gliedkirchlicher Gremien (Missionsbeiräte, Missionsausschüsse) gehört es:

a) die zentralen gliedkirchlichen Organe und Amtsstellen in allen Angelegenheiten der Mission zu beraten,

b) die Missionsarbeit in den Dekanaten (Propsteien, Kirchenkreisen) und in den Gemeinden personell und fachlich anzuregen und zu unterstützen,

c) die Verbindung zu den in der Landeskirche arbeitenden Werken zu festigen,

d) die in der heimatlichen Missionsarbeit tätigen Kräfte zu koordinieren und bei der Verteilung der Kollekten und Zuwendungen beratend mitzuwirken,

e) Handreichungen für die Träger der kirchlichen Arbeit, für den Gebrauch in der Evangelischen Unterweisung und für die Gemeinden zu vermitteln,

f) besondere Aufgaben in den Kirchen Asiens und Afrikas aufzunehmen und sich für sie in der Gliedkirche einzusetzen (vgl. A 3 b).

4. Es wird empfohlen, daneben eine stetige Verbindung der Gliedkirche zu den einzelnen Missionsgesellschaften, die in ihrem Bereich arbeiten, zu sichern.

5. Es wird empfohlen, die Missionswissenschaft (einschließlich Evangelischer Religionskunde) und Ökumenische Kirchenkunde in den gliedkirchlichen Ausbildungsstätten (vor allem in den Predigerseminaren) und im Pastoralkolleg eingehend zu behandeln und bei den Prüfungen zu berücksichtigen. Auf die Möglichkeit, Theologen auf die Missionsakademie in Hamburg zu entsenden, wird nachdrücklich hingewiesen.

6. Es wird empfohlen, die Lage der Weltmission und die Mitarbeit der Gemeinde an ihr bei den Visitationen zu behandeln und dies in der Visitationsordnung zu verankern.

7. Es wird empfohlen, finanzielle Zuwendungen für die Missionsarbeit in den ordentlichen Haushalt der Landeskirche aufzunehmen.

8. Es wird empfohlen, daß Pastoren, die in den Dienst der Mission treten, von ihrer Gliedkirche nach deren Recht hierfür freigestellt werden, aber in geordneter rechtlicher Verbindung zur Landeskirche bleiben.

9. Es wird empfohlen, die Frage der Rechtsstellung der Missionare, die durch die Missionsgesellschaften ausgebildet worden sind, zu überprüfen und ihre Altersversorgung im Rahmen der geordneten Altersversorgung der Gliedkirche zu regeln.

10. Es wird empfohlen, zu erwägen, in welchem Maße die Rechtsstellung und Altersversorgung der anderen hauptamtlichen Mitarbeiter der Missionsgesellschaften im Rahmen gliedkirchlicher Ordnungen geregelt werden kann.

11. Es wird empfohlen, für Studierende aus den Kirchen Asiens und Afrikas Stipendien und Reisestipendien regelmäßig zur Verfügung zu stellen.

12. Es wird empfohlen, weitere Wohnheime für asiatische und afrikanische Studenten in Verbindung mit den Studentengemeinden an den Hochschulorten zu errichten.

## *II. Bitten an die Missionsgesellschaften*

Die folgenden Bitten werden in der Erkenntnis vorgetragen, daß sie nicht überall in gleichem Maße verwirklicht werden können, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gesellschaften verschieden liegen.

1. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, den jeweiligen Kirchenleitungen eine wirksame Beteiligung an der Arbeit ihrer Vorstände zu ermöglichen.

2. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, im Blick auf die zu erstrebende Klärung der Rechtsverhältnisse der Missionare (vgl. I, 9) deren Ausbildung mit der Landeskirche abzusprechen und diese in den Prüfungsausschüssen mitwirken zu lassen.

3. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Ordination der Missionare, auch wenn sie nicht in der Heimat vollzogen wird, im Rahmen landeskirchlicher Ordnung geschieht.

4. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, Ausbildung und Aussendung aller sonstigen Missionsarbeiter im Benehmen mit den Landeskirchen zu regeln.

5. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, über ihre eigenen Arbeitsberichte hinaus die Gemeinden mit Berichten über die Gesamtlage der Weltmission zu versorgen.

Bei allem Verständnis für die Mannigfaltigkeit, in die sich das Missionsleben in den verschiedenen Gesellschaften gliedert hat, bitten wir die Gesellschaften, auch der Gefahr, die in dieser Mannigfaltigkeit liegt, zu begegnen.

Wir fragen, ob es nicht viel stärker als bisher möglich ist, daß die verschiedenen Gesellschaften, die in Gemeinden derselben Landeskirche Mitarbeiter finden, entschlossener zusammenrücken zu gemeinschaftlicher Arbeit: gemeinsame Verkündigung, gemeinsame Missionswochen, gemeinsame Missionstage, Durchführung gemeinsamer Aufgaben daheim und draußen.

Wir bitten, daß die Missionsgesellschaften in ihrem Dienst in den Gemeinden das Ganze der Weltmission Gottes so in den Mittelpunkt stellen, daß die Sonderaufgabe der einzelnen Gesellschaft immer als ein Teil dieses Ganzen erscheint.

### C. Die missionarische Gestalt der Gemeinde

Die Generalsynode in Spandau 1958 hat sich mit Fragen der Volksmission befaßt und dazu 22 Thesen erarbeitet. In These 1 bis 3 ist Grundsätzliches zur Mission überhaupt gesagt. Auf Grund dieser Thesen und der Beratungen über Mission im Jahre 1959 ergeben sich folgende Leitsätze und Anregungen für das Leben der Gemeinden:

1. Der Glaube an die Erlösung durch Christi Tod und Auferstehung unterscheidet die christliche Gemeinde von den anderen Menschen. Sie hat diese Gabe aber nur insofern, als sie bereit ist, die *frohe Botschaft weiterzugeben* an die Welt. Mission kann nur geschehen, wo sie getragen ist von zeugnisfreudiger, opfernder und betender Gemeinde.

2. Es muß dankbar gesagt werden, daß bis heute in den Gemeinden Missionsfreunde treu und stellvertretend für die ganze Gemeinde die Verantwortung für die Weltmission in Gebet und Opfer getragen haben. In unserer veränderten Welt erkennen wir neu, daß die Mission wieder *Lebensfunktion der ganzen Gemeinde* werden muß.

3. Damit das geschehen kann, bedarf es der ständigen (nicht nur gelegentlichen) Zurüstung der Gemeinde. Vor allem die *Verkündigung* in Predigt, Lehre und Seelsorge soll diese Zurüstung einschließen, damit die frohe Botschaft von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnaden Menschen treibt, auch anderen zu sagen: Gott hat euch so geliebt, daß er seinen Sohn für euch gab. So kann auch alle diakonische Hilfe nur verstanden werden als ein Zeichen der Liebe, mit der Gott die verlorene Welt sucht.

4. Der Zurüstung der Gemeinde dient aber auch eine gute und umfassende *Information*. Die Gemeinde muß wissen vom Leben der Kirche in der ganzen Welt. Sie muß die Nöte und Schwierigkeiten ebenso kennen wie die Freuden und die offenen Türen. Dadurch gewinnt sie den weltweiten Blick, den sie auch für ihr eigenes Leben braucht. Dadurch erfährt sie, um welche besonderen Dinge sie Gott in ihrem Gebet für Kirche und Mission anrufen soll. Dadurch wird ihre Liebe zu beiden geweckt, denn man kann nur lieben, was man auch kennt. Dadurch wird sie aber auch gestärkt in der freudigen Gewißheit, daß keine Macht der Welt die Sammlung der Gemeinde Christi aufhalten kann.

5. In der Erfüllung des Missionsdienstes sind der Gemeinde viele Möglichkeiten der *Mitarbeit von Laien* gegeben. Auch alle Gemeindeglieder sollen auf das missionarische Zeugnis der Gesamtgemeinde ausgerichtet sein.

6. Die Gemeinde kann *Patenschaften* und damit Mitverantwortung für bestimmte Missionsaufgaben übernehmen: Die Aussendung der Boten geschieht in ihrer Mitte. Sie bleibt mit den Ausgesendeten in Verbindung. Sie pflegt Gemeinschaft mit den entstandenen Gemeinden. So hilft der Missionsdienst auch der Heimatgemeinde zu neuem, festem Beieinanderstehen. Im Opfer und in der Hingabe an solchen Dienst wird die Gemeinde in ihrem ganzen Leben reich.

7. In unserem Lande leben heute Tausende von *Studenten und Praktikanten aus Afrika und Asien*. Viele von ihnen kehren als Gegenmissionare in ihre Heimat zurück, weil sie nichts von christlichem Leben, aber viel Nichtchristliches und Abschreckendes bei uns gesehen haben. Hier liegt eine große Verpflichtung und eine verheißungsvolle Aufgabe für die Gemeinden und ihre einzelnen Glieder sowie für die Kirche als Ganzes: Es müssen Wohnheime geschaffen werden, wo diese Gäste mit deutschen Studenten und Praktikanten in einer wirklichen Gemeinschaft beieinander leben. Die Gemeinden sollen diese ausländischen Gäste aufnehmen und die einzelnen Gemeindeglieder sie nach Möglichkeit in eine christliche Haus- und Familiengemeinschaft hineinholen. Dabei kann das vom Kirchlichen Außenamt herausgegebene Material zur Begegnung mit Ausländern hilfreich sein.

8. Viele deutsche *Techniker und Kaufleute* gehen heute ins Ausland. Nach ihrem Leben und Verhalten wird das Christentum beurteilt. Darum ist es nötig, sie vorzubereiten auf die Aufgabe, die sie als Christen in einer nichtchristlichen Welt haben.

Man muß ihnen auch dazu verhelfen, daß sie im Ausland den Anschluß an eine christliche Gemeinde suchen. Die Kurse der Abteilung „Wanderung“ in Innerer Mission und Hilfswerk bedeuten eine wertvolle Hilfe und sollten von jedem, der ins Ausland geht, in Anspruch genommen werden.

Das alles wird sich nur verwirklichen lassen, wenn wir durchdrungen sind von der Liebe Christi, der sein Leben für alle Menschen gab und uns mit der ganzen Welt zu sich ruft. Damit wird die Mission der Kirche zu einem Lobpreis der Gnade Gottes, die sie selbst empfangen hat.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland, die im Mai 1959 in Bad Kreuznach tagte, hatte sich das Thema „Missionierende Kirche“ gestellt. Es ging ihr dabei sowohl um die *Volksmission* als Bemühung um die Wiedergewinnung der der Kirche und dem Gottesdienst entfremdeten Gemeindeglieder als auch um die *Weltmission* als Aufgabe der Evangeliumsverkündigung in nicht-christlicher Welt.

Im Zusammenhang der Verhandlungen über die *volksmissionarische* Aufgabe und Funktion der Kirche spielten die Beratungen über Fragen der kirchlichen Publizistik eine gewichtige Rolle. Die Synode faßte dazu folgenden Generalbeschuß:

Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat sich auf ihrer Tagung in Bad Kreuznach auch mit Fragen der kirchlichen Publizistik beschäftigt. Sie sieht im gedruckten Wort ein wichtiges Mittel, den missionarischen Auftrag der Kirche in der Welt zu erfüllen. Besondere Bedeutung hat die kirchliche Presse. Ihre Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft. Deshalb hat die Synode zunächst eine Reihe von Empfehlungen und Maßnahmen beschlossen. Dabei will sie nicht bevormunden, sondern die vorhandenen Ansätze fördern.

Sie wendet sich an die *Kreissynoden* mit einer Entschließung über Amt und Aufgabe des Pressereferenten eines Kirchenkreises (s. Anlage 1).

Sie wendet sich an die *Presbyterien* mit der Empfehlung von Richtlinien für die Herausgabe von Gemeindebriefen (s. Anlage 2).

Sie wendet sich an die *Theologischen Fakultäten* in Bonn und Mainz und an die Kirchliche Hochschule in Wuppertal mit der Bitte, bei den Vorlesungen und Übungen in der praktischen Theologie die Publizistik (Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film) für das pfarramtliche Wirken zu berücksichtigen.

Sie bittet die *Predigerseminare* der rheinischen Kirche, bei der Vorbereitung auf das Pfarramt auch Fragen des publizistischen Wirkens der Kirche (Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film) durch Fachleute aus der kirchlichen und außerkirchlichen publizistischen Arbeit behandeln zu lassen.

Sie bittet die Kirchenleitung, nach Möglichkeit in jedem Jahr einen geeigneten Vikar oder Hilfsprediger zur Einführung in die Aufgaben der Kirche auf dem Gebiet von Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film für ein halbes Jahr dem Landespressepfarrer zuzuweisen.

Sie bittet die *Kreissynoden und Presbyterien*, im Haushaltsplan einen Posten für die Arbeit und für die Verbreitung der kirchlichen Presse (Freiexemplare für Krankenhäuser, Strafanstalten, Altersheime, Flüchtlingslager, Werbeexemplare für Konfirmanden, Eltern usw.) einzusetzen.

Sie bittet den *Präses*, sich mit einem Schreiben, in dem die Bedeutung der kirchlichen Presse dargelegt wird, an die Gemeindeglieder der Evangelischen Kirche im Rheinland zu wenden.



Sie wendet sich an alle, die in der Pressearbeit unserer Kirche tätig sind, und weist sie auf die Grundsätze, die auf einer Tagung für christliche Journalisten in Europa im Mai 1958 aufgestellt worden sind (s. Anlage 3).

Sie bittet die Mitarbeiter der kirchlichen Presse, um eine publizistische Aussage aus evangelischer Glaubenserkenntnis zu den gegenwärtigen Fragen des christlichen und kirchlichen Lebens noch stärker bemüht zu sein und der kirchlichen Presse eine Form zu geben, die sie für den Menschen der Gegenwart anziehend macht.

#### *Anlage 1 · Amt und Aufgabe des Pressereferenten eines Kirchenkreises*

Die Bedeutung der Tagespresse und der kirchlichen Presse für Leben und Arbeit unserer Kirchengemeinden macht es nötig, auf das Amt des Pressereferenten des Kirchenkreises besonders Gewicht zu legen. Eignung, Gabe und Verständnis für die besondere Art journalistischer Arbeit sind die Voraussetzung für die Berufung in dieses Amt. Die Pressereferenten dürfen neben ihrer Hauptaufgabe als Gemeindepfarrer oder neben ihrem Beruf nicht schon durch andere Nebenämter in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sein.

Dem Pressereferenten sind die notwendigen Arbeitsgrundlagen (Schreibmaschine, wenn nötig Schreibkraft) und die erforderlichen Geldmittel im Etat der Kreissynode zur Verfügung zu stellen.

Im einzelnen hat der Pressereferent des Kirchenkreises folgende Aufgaben:

1. Die im Bereich des Kirchenkreises erscheinende lokale Presse in ihrer Berichterstattung über das kirchliche Leben zu verfolgen;
2. mit den Redakteuren der entsprechenden Zeitungen persönlich Fühlung zu halten und sie über Vorgänge in den Gemeinden des Kirchenkreises zu unterrichten;
3. die lokalen Redaktionen in ihrem Bemühen um Berichterstattung über das kirchliche Leben zu unterstützen und sie bei der Auswahl geeigneter Mitarbeiter zu beraten;
4. insbesondere mit den evangelischen Journalisten ständig Verbindung zu halten;
5. den epd-Landesdienst Rheinland mit Nachrichten aus dem Bereich des Kirchenkreises zu versorgen;
6. an dem im Kirchenkreis verbreiteten Sonntagsblatt (Synodalteil) mitzuarbeiten;
7. sich um geeignete Mitarbeiter für die kirchliche Presse in den Gemeinden und Presbyterien zu bemühen;
8. die Herausgeber von Gemeindebriefen zu beraten;
9. mit dem Presseverband der Evangelischen Kirche im Rheinland und mit dem Landespressepfarrer im Interesse der gesamten kirchlichen Pressearbeit zusammenzuarbeiten und an den Tagungen für Mitarbeiter der kirchlichen Presse teilzunehmen.

Nach Möglichkeit soll der Pressereferent einen für das kirchliche Leben besonders aufgeschlossenen Journalisten aus der Tagespresse zur Beratung und Unterstützung in seinen Aufgaben heranziehen.

#### *Anlage 2 · Richtlinien für Gemeindebriefe*

1. Ein Gemeindebrief ist eine Veröffentlichung, die der Sammlung der Ortsgemeinde dient. Er wird vom Presbyterium oder vom Gemeindepfarrer herausgegeben und erscheint nur in größeren Abständen.

2. Der Gemeindebrief begrenzt seine Aufgabe neben der seelsorgerlichen Anrede auf den örtlichen Nachrichtendienst und die Behandlung von Fragen der Ortsgemeinde. Er weist regelmäßig hin auf die im Bereich der Landeskirche erscheinenden Sonntagsblätter.

3. Ein Gemeindebrief soll alle Gemeindeglieder erreichen, nicht nur die sogenannte Kerngemeinde. Das wird finanzielle Aufwendungen der Kirchengemeinde bedingen.



Es widerspricht der Art des Gemeindebriefes, daß die Kosten durch Bezugsgebühren bestritten werden.

4. Bei der Herausgabe des Gemeindebriefes sind die presserechtlichen und steuerrechtlichen Vorschriften zu beachten.

5. Die Zusammenarbeit des Herausgebers eines Gemeindebriefes mit dem Pressereferenten des Kirchenkreises und dem Presseverband wird empfohlen. Der Herausgeber des Gemeindebriefes sendet die erste Nummer jedes neuen Jahrgangs unter Angabe der Erscheinungsweise an den Pressereferenten des Kirchenkreises. Vor Herausgabe eines neuen Gemeindebriefes ist mit den Pressereferenten des Kirchenkreises Fühlung zu nehmen.

### *Anlage 3*

Im Frühsommer des vergangenen Jahres wurde auf einer von der Informationsabteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen einberufenen Tagung christlicher Journalisten Europas in einem Memorandum zur Aufgabe der kirchlichen Presse folgendes festgestellt:

1. Die christliche Presse darf auch da, wo sie sich ausschließlich der Darstellung der Kirche und ihrer Wirksamkeit widmet, sich nicht darin erschöpfen, bloßes Spiegelbild der Gedankenwelt und der Konzeption der Leitung innerhalb der verschiedenen Kirchen zu sein. Die in solchen Organen tätigen Journalisten sollten in der Gemeinsamkeit mit den Kirchenleitungen im Geiste der Loyalität auf die Förderung des kirchlichen Lebens bedacht sein und sie bei ihrer Aufgabe unterstützen, das Evangelium auch dem „Randsiedler“ zu verkündigen. Damit bekommt der Journalist verantwortlichen Anteil an dem gesamten prophetischen und missionarischen Dienst der Gemeinde Jesu Christi in der modernen Welt.

2. Ebenso aber auch müssen die Christen, die beruflich in der kirchlichen Presse mitarbeiten, als Journalisten – entsprechend dem Ethos ihres Berufs – Objektivität und Unabhängigkeit bewahren. Sie sind es ihrer Berufswelt schuldig, aufrichtige Journalisten zu sein. So vermögen sie ihren christlichen Glauben zu bewähren, besonders wenn sie bemüht sind um ein zeitgerechtes Angebot der christlichen Botschaft an ihre Leser.

3. Der Dienst des christlichen Journalisten ist deutlich unterschieden von dem des Pfarrers, Lehrers oder Sozialarbeiters. Er verlangt eine spezialisierte, fachkundige Berufsausbildung, ohne die eine eindrucksstarke und wirkungsmächtige Entfaltung der großen theologischen Themen nicht möglich ist. Diese Themen bilden die Grundlagen für ein christliches Urteil. Der christliche Journalist sollte ihnen wache Aufmerksamkeit zuwenden.

4. Unsere Kirchenleitungen sollten sich entschiedener und fachkundiger des besonderen Dienstes der Journalisten beim Gemeindeaufbau und ihrer Missionsarbeit bedienen. Angesichts der Bedeutung der Presse in der modernen Welt müssen die Kirchen Ausbildungsmöglichkeiten und Haushaltsmittel bereitstellen, um dafür überhaupt Grundlagen und Voraussetzungen zu schaffen. Bis zur Stunde haben die Kirchen offenbar die ihnen gebotenen Möglichkeiten noch nicht genügend erkannt, um auf dem Wege eigener Publizistik ihr Zeugnis an die Öffentlichkeit zu bringen.

5. Wo immer es heute unabhängige Blätter christlicher Verkündigung gibt, sollten sie durch die Kirche Anerkennung, Anregung und Ermutigung finden. Dadurch leisten sie noch stärker einen eigenständigen Beitrag innerhalb der Christenheit wie auch in der Welt der Journalisten.

In Ausführung des Synodalbeschlusses richtete Präses D. Dr. Beckmann an alle Gemeindeglieder im Rheinland namens der Landessynode und der Rheinischen Kirchenleitung einen Aufruf für die kirchliche Presse:

## *Liebe evangelische Christen im Rheinland!*

Lesen Sie etwa ein evangelisches Blatt? Ihr Sonntagsblatt oder eine evangelische Zeitschrift? Wahrscheinlich nicht. Denn die Auflage der evangelischen Blätter ist so klein, daß nur ein kleiner Kreis evangelischer Christen vorhanden sein kann, die ein evangelisches Blatt beziehen.

Das darf nicht so bleiben! Ein Blick auf die Massenflut von Zeitungen und Zeitschriften zeigt, wie sehr heute von allen Seiten um den Menschen, sein Herz, seine Gedanken und seine Entscheidungen geworben wird. Nicht immer sind es gute Mächte, die auf dem Wege über das gedruckte Wort ihren Einfluß, besonders auch auf unsere Jugend, ausüben. Angesichts dessen müssen wir heute etwas tun, damit das Evangelium, Gottes gute Botschaft an den Menschen, von allen gehört wird. Dazu wollen die evangelischen Sonntagsblätter und Zeitschriften helfen.

Sie bringen das Wort Gottes in unsere Häuser, unterrichten in Wort und Bild über wichtige Ereignisse in Kirche und Welt, sie helfen zu klaren Erkenntnissen und einer christlichen Stellungnahme zu den großen Fragen der Gegenwart. Sie verbinden den einzelnen Christen mit seiner Gemeinde und die Gemeinden mit unserer evangelischen Kirche und mit der Christenheit in der ganzen Welt.

Jeder, dem daran gelegen ist, sich in seiner Kirche auszukennen, und der nach Antworten auf die Fragen des heutigen Lebens sucht, sollte deshalb ein Sonntagsblatt oder eine evangelische Zeitschrift lesen. Was uns als Staatsbürger und in unserem Beruf selbstverständlich ist, daß wir uns durch Lektüre von Zeitungen und Zeitschriften ins Bild setzen und auf dem laufenden halten, das muß auch für uns als Christen und Glieder unserer Kirche gelten.

In jede evangelische Familie gehört ein evangelisches Blatt.

Ich bitte alle, die weder ein Sonntagsblatt noch eine evangelische Zeitschrift haben, daß sie sich dazu entschließen, das eine oder andere oder sogar beides zu bestellen. Wenden Sie sich an Ihren Pfarrer, Ihr Gemeindeamt oder andere Mitarbeiter in der Gemeinde. Sie werden Ihnen zur Bestellung verhelfen. Und wenn jemand zu Ihnen kommt, um Sie zu fragen, ob Sie ein evangelisches Blatt haben wollen, dann weisen Sie ihn nicht zurück, sondern machen Sie den Versuch mit einer Bestellung. Die meisten evangelischen Blätter kosten so wenig, daß es heute kaum jemand geben dürfte, dem es zu teuer wäre.

Ich grüße Sie im Namen der Landessynode und der Kirchenleitung

*D. Dr. Beckmann*

Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland

Alle diese Entschließungen zur kirchlichen Publizistik als einem wichtigen Mittel, den missionarischen Auftrag der Kirche in der Welt zu erfüllen, wollen der grundsätzlichen Erkenntnis zum Durchbruch und zum Ziel helfen, daß die eigentliche Aufgabe der kirchlichen Presse geistlicher Art ist. Im Dienste und Vollzuge des Verkündigungsauftrages der Kirche, Gebot und Gnade, Anspruch und Zuspruch des Evangeliums zu predigen, suchenden Menschen brüderliche Hilfe zum Glauben und zum Leben aus dem Glauben mitten im Getriebe des Alltags zu geben, die Gemeinde in der Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe zu stärken und ihr zur Verwirklichung tätiger Solidarität mit den Fragen, Ängsten, Verlegenheiten und Nöten der Menschen dieser Zeit zu helfen, ist ihr in seiner Gewichtigkeit noch nicht hinreichend erkannter und in seinen Möglichkeiten bei weitem noch nicht ausgeschöpfter Auftrag.

Zu der Frage „Kirche und Mission“ beschloß die Rheinische Landessynode grundsätzliche und praktische Leitsätze, zusammengefaßt in einer

## *Kirche und Mission*

### I.

1. Jesus Christus ist der Herr der Kirche und ihrer Mission. In seiner Sendung ist auch die Sendung seiner Gemeinde begründet. „Gleichwie mich der Vater gesandt hat, so sende ich euch“ (Joh 20, 21).

2. Im Gehorsam gegen den Auftrag des Herrn verkündet die Gemeinde das Evangelium aller Welt. Sie ist bei diesem Dienst seiner Gegenwart gewiß und bleibt dabei, bis daß er kommt. „Es wird gepredigt werden dies Evangelium vom Reich in der ganzen Welt zum Zeugnis für alle Völker; dann wird das Ende kommen“ (Mt 24, 14).

3. So gehört die Mission zum Leben der Kirche in der Zeit zwischen Himmelfahrt und Wiederkunft des Herrn. Als recht verstandene „Evangelisation nach außen“ ist sie nicht eine Teilaufgabe, sondern das umfassende Werk der Kirche. Eine ihrem Herrn gehorsame Kirche ist in allen ihren Lebensäußerungen auf die Ausführung des Missionsauftrages bedacht.

Dieser Missionsauftrag verbietet ihr, nur an sich selbst zu denken. Sie findet ihre Aufgabe in der Welt und an der Welt. Sie ruft die Völker, die Juden und die Heiden, das eigene Volk und die anderen Völker, die Nahen und die Fernen, sich dem Herrn der Welt zu beugen.

4. Wo der Herr in seinem Wort und Sakrament Menschen sammelt, da ist Kirche. Daher gibt es keinen theologisch zu begründenden Unterschied zwischen der sendenden Kirche und den Missionsfeldern. Ältere und jüngere Kirchen finden sich als Partner in der Erfüllung des großen Auftrages im gegenseitigen Nehmen und Geben auch der Gaben, die die gemeinsame kirchliche Aufgabe ihnen stellt.

5. Auch die Evangelische Kirche im Rheinland ist mit ihren Gemeinden berufen, den Missionsauftrag der Kirche Jesu Christi wahrzunehmen. Sie muß sich daher bemühen, die notwendigen Voraussetzungen für eine bessere Ausrichtung der Botschaft an die Welt zu schaffen.

### II.

#### *1. Der missionarische Charakter der Verkündigung*

Voraussetzung für die Wahrnehmung des Missionsauftrages durch unsere Gemeinden ist eine missionarisch ausgerichtete Verkündigung. Das bedeutet:

a) Die Heilige Schrift ist das Buch von den Taten und Verheißungen Gottes für die Völker. Die Schriften der Bibel sind Zeugnisse der missionierenden Kirche. Sie wecken den Missionswillen der Gemeinden.

b) Mission kann nicht nur gelegentliches Thema der Verkündigung sein. Die Verkündigung in Predigt und Unterweisung bezeugt den Christus für uns und für die vielen, die durch ihn gerettet werden. Der Prediger hat über den Blick auf die eigene Gemeinde hinaus an die weltweite Aufgabe der ganzen Kirche zu denken. Der Hörer muß in jeder Predigt den Ruf vernehmen, daß er nicht sich selber leben darf, sondern für den anderen.

c) Die Gemeinde hat ein Recht darauf, zu hören, was in der weltweiten Kirche geschieht. Das verpflichtet den Prediger, so, wie er die Bewegungen und Veränderungen in der eigenen Gemeinde zu beachten hat, auch sich über das Missionsgeschehen ständig zu unterrichten (Materialdienst, Missionsnachrichten).

d) Die theologische Arbeit der Rheinischen Missionskonferenz bedarf einer stärkeren Anteilnahme und einer breiteren Grundlage in der Evangelischen Kirche im Rheinland.

## *2. Die missionarische Aufgabe der Gemeinde*

Zur Wahrnehmung ihrer missionarischen Verantwortung hat die Gemeinde bestimmte Einrichtungen und Dienste nötig:

a) Jede Gemeinde braucht einen Missionsausschuß. Er besteht in der Regel aus einem Pfarrer, zwei Presbytern, zwei Mitgliedern des Gemeindebeirates und je einem Vertreter der Männerarbeit, der Frauenhilfen, der Jugendkreise und der Schulen. Seine Aufgaben sind

1. biblische Zurüstung,
2. Gebet für den Lauf des Evangeliums durch die Welt und für die besondere Missionsaufgabe der Gemeinde,
3. Information und Schulung,
4. Vorbereitung des Missionstages und anderer Missionsveranstaltungen,
5. Ordnung der Gaben und Sammlungen für die Mission.

b) Das Presbyterium muß über die Mission unterrichtet werden. Es beauftragt eines seiner Mitglieder mit der regelmäßigen Berichterstattung.

c) Die gemeindlichen Missionsfeste und -tage sollen nicht nur einige Interessierte versammeln, sondern der ganzen Gemeinde ihre Missionspflicht deutlich machen. Zur Gestaltung sollen die Missionsausschüsse aus der Praxis kommende Richtlinien und Ratschläge erarbeiten.

d) Über allem steht die sonntägliche und werktägliche Fürbitte. Sie kann nicht konkret genug sein. Die Nennung von Namen, die Erwähnung von Aufgaben und Nöten gehören in das Gebet der zum Gottesdienst versammelten Gemeinde hinein.

## *3. Die missionarische Aufgabe des Kirchenkreises*

a) Der Synodalreferent für Äußere Mission ist das Bindeglied zwischen den Gemeinden und den Missionsgesellschaften. Von ihm gehen Anregungen und Hilfeleistungen für die praktische Inangriffnahme der gemeindlichen Aufgaben aus. Er sorgt für Missionsliteratur und anderes Material. Er gewinnt innerhalb des Kirchenkreises Mitarbeiter für Missionsfeste und -tage. Die Unterrichtung des Pfarrkonventes und des Kreissynodalvorstandes, die Verbindung zu den kirchlichen Werken, den Schulen und zum synodalen Pressereferenten gehören zu seinen Obliegenheiten.

b) Zu seiner Unterstützung beruft die Kreissynode einen ständigen synodalen Missionsausschuß, der mindestens einmal im Jahr zusammenkommt. Jedes Presbyterium entsendet in ihn einen Vertreter der Gemeinde. Der synodale Missionsausschuß ist verantwortlich für die Durchführung der von der Synode übernommenen Missionsaufgaben.

c) Ein Missionsrüsttag für den Kirchenkreis ist anzustreben. Er soll durch Predigt und Vortrag eine möglichst große Zahl von Gemeindegliedern zu erreichen suchen.

d) Über das freiwillige Opfer hinaus sollten im Etat des Kirchenkreises Mittel bereitgestellt werden, die für eine besondere übergemeindliche Aufgabe (z. B. Besoldung eines Mitarbeiters der Mission) bestimmt sind.

e) Einen unmittelbaren missionarischen Auftrag haben die Kirchenkreise wahrzunehmen, in deren Bereich afrikanische und asiatische Studenten und Praktikanten ihre Ausbildung erhalten.

## *4. Die missionarische Aufgabe der Landeskirche*

a) Die von der Evangelischen Kirche im Rheinland übernommene Verantwortung für die Kirchen in Südwestafrika und auf Nias bedarf der Vertiefung. Der dort von der Rheinischen Missionsgesellschaft ausgeübte Dienst sollte auch durch Begegnung von Kirche zu Kirche unterstützt werden (Besuchsdienst, Austausch von Predigern und Studenten, Bücherhilfe, gegenseitige Information, Stipendien).



b) Die Mitverantwortung der Evangelischen Kirche im Rheinland für die Rheinische Missionsgesellschaft ist erneut zu durchdenken. Die organische Zusammenarbeit muß sorgfältig gepflegt werden. Dabei soll stets die wirkungskräftigste Organisationsform der Missionsarbeit gesucht werden.

c) Die Verbindung zu anderen Missionsgesellschaften ist aufrechtzuerhalten. Für die Koordinierung ihrer Arbeit innerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland ist Sorge zu tragen. Es kann dabei nicht außer acht bleiben, daß der Schwerpunkt bei der Rheinischen Missionsgesellschaft liegt.

d) Zur Durchführung dieser Aufgaben beruft die Landessynode an Stelle des bisherigen Missionsausschusses eine „Missionskammer“. Zu ihr gehören: zwei Mitglieder der Kirchenleitung, zwei Vertreter der Rheinischen Missionsgesellschaft, je ein Vertreter der Missionsanstalt Neukirchen und der Deutschen Ostasienmission, sechs weitere mit Stellvertretern von der Landessynode zu wählende Mitglieder.

Die Missionskammer hält mindestens einmal im Jahr mit den Synodalreferenten für Äußere Mission eine gemeinsame Arbeitstagung.

e) Die Zusammenarbeit mit der Missionskammer der Evangelischen Kirche von Westfalen ist aufzunehmen.

f) Auch im Haushaltsplan der Landeskirche müssen Mittel für Spezialaufgaben der Mission bereitgestellt werden.

g) Die Missionskammer soll mit den im Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland vorhandenen theologischen Fakultäten und mit der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal erwägen, inwieweit in sämtlichen theologischen Disziplinen der Tatsache Rechnung getragen werden kann, daß der missionarische Auftrag zum Wesen der Kirche gehört.

### *d) Neue Wege der Verkündigung und der Seelsorge*

Allenthalben waren die Gliedkirchen bemüht, neue Wege der Verkündigung und Seelsorge in der durch Säkularisierung, Technisierung, Bürokratisierung, Vermassung, Kontaktarmut, hektisches Tempo des Alltagslebens, Unruhe und Mangel an Stille gekennzeichneten Welt der Gegenwart zu erschließen. Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland erließ eine

#### KUNDGEBUNG ZUM OFFENHALTEN DER KIRCHEN

Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands bittet die Pfarrer und Kirchenvorstände, die Kirchen täglich offenzuhalten.

Wir schulden dem gehetzten und unruhigen Menschen die Möglichkeit der Stille. Oft hat er keinen Raum, in dem er allein sein und sich sammeln kann. Betrieb und Lärm hindern ihn daran, vor Gott still zu werden. Wie könnten wir die Kirchen vor ihm am Alltag verschlossen halten!

Das Gotteshaus lädt dazu ein, auf Gottes Stimme zu hören und ihn im Gebet anzurufen. Manchem fällt das Gebet in der Kirche leichter als anderswo. Die aufgeschlagene Bibel, das Bild des Gekreuzigten, Taufstein und Altar lenken seinen Sinn auf Christus hin.

Mit dem Öffnen der Kirchentüren allein ist es freilich nicht getan. Es wird der Anleitung und Handreichung bedürfen. Bibelworte, Liedverse und Gebete der Kirche können zur stillen Andacht helfen.



Wenn nur *einer* jeden Tag seine Sorge auf Gott werfen oder seine Sünden bekennen würde und wenn nur *einer* fürbittend anderer gedächte oder dankbar und froh an sein Tagewerk ginge, dann hätte sich das Offenhalten der Kirche gelohnt.

Lübeck, den 9. Oktober 1959

Der leitende Bischof  
*D. Lilje*

Zu der Kundgebung der Bischofskonferenz zum „Offenhalten der Kirchen“ vom 9. Oktober 1959 hat der Ausschuß für Fragen des gemeindlichen Lebens der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands praktische Hinweise und Richtlinien erarbeitet, die den Gliedkirchen und Kirchenvorständen der Gemeinden als Hilfen für die praktische Verwirklichung des Aufrufs der Bischofskonferenz zur Verfügung gestellt wurden.

#### OFFENHALTEN DER KIRCHEN

Will die Kirche ihren Gliedern dazu helfen, den Sonntag recht zu feiern und auch in der Unruhe und Hast der Arbeitswoche Stille vor Gott zu finden, so muß das Gotteshaus an allen Tagen – mindestens zu bestimmten Stunden – offenstehen. Seine Glocken rufen zum Gottesdienst, aber auch zum täglichen Gebet.

##### *1. Beschlußfassung*

Das Offenhalten der Kirchen erfolgt auf Beschluß des Kirchenvorstandes, der vorher über Zweck und Ziel dieses Dienstes in ausführlicher Aussprache unterrichtet worden ist.

##### *2. Vorbereitung*

Der Beschluß ist zunächst allgemein bekanntzumachen, und zwar durch Abkündigung im Gottesdienst, durch wiederholte Mitteilungen in der kirchlichen und allgemeinen Presse sowie in Gemeindebriefen. Außerdem ist der Plan in den Gemeindekreisen, im Konfirmandenunterricht, Kinderlehre und Gottesdienst zu besprechen. Die Gemeindekreise und Konfirmanden werden dabei am besten in die Kirche geführt. Es wird ihnen die Kirche erklärt nach Alter, Bau, Einrichtung, besonderen Kunstgegenständen usw. Sodann unterweist man die Versammelten über die Bedeutung der Kirche als Raum für die Gottesdienste der Gemeinde und für die stille Andacht des einzelnen sowie darüber, wie solche Andachten praktisch durchgeführt werden können.

##### *3. Ziel der täglichen Kirchenöffnung*

Von vornherein muß klargestellt werden, daß es nicht in erster Linie darum geht, die Kirchenbesichtigung zu erleichtern, sondern eine Gelegenheit zu schaffen, in der Stille des Gotteshauses zu beten und Andacht zu halten. Das schließt nicht aus, auch ein Wort über die Bedeutung des Kirchengebäudes, seine Besonderheiten und seinen Wert zu sagen. In erster Linie geht es aber darum, den der Unruhe und lärmenden Enge ausgelieferten Menschen für eine kurze Zeit des Tages zur Einkehr und Sammlung einzuladen.

##### *4. Öffnungszeiten*

Die Öffnungszeiten festzusetzen, bleibt dem Kirchenvorstand überlassen. In den Städten wird es zweckmäßig sein, von Anfang an die Kirchen von früh bis zum Einbruch der Dunkelheit offenzuhalten. Auf dem Lande und wo offene Kirchen etwas

völlig Ungewohntes sind, wird man zu diesem Ziel nur stufenweise kommen können. Man beginnt damit, die Kirche den ganzen Sonntag offenzuhalten. Gemeindeglieder, die nicht am Gottesdienst teilnehmen konnten, haben so die Gelegenheit, trotzdem den sonntäglichen „Kirchgang“ zu halten, auch dem Sonntagsbesuch die Kirche zu zeigen. Ausflügler und andere Sonntagsgäste werden die Möglichkeit wahrnehmen, die Kirche aufzusuchen. Als nächste Stufe wird dann die Zeit Sonnabendmittag bis zum Abend und Montagmorgen bis zum Mittag hinzugenommen. Wichtig ist, dann damit eine kurze Andacht zu verbinden als Andacht zum Beginn der Arbeitswoche und Wochenschlußandacht. Auch Schulkinder sind unter Umständen dazu einzuladen. Als weitere Stufe wird man dann die täglich zeitweilig geöffnete Kirche vorsehen (im Sommer nachmittags 16–19 Uhr, im Winter 14–17 Uhr).

### *5. Hinweisschilder*

Es empfiehlt sich, weithin lesbare Hinweise, daß die Kirche offen ist, nicht nur am Haupteingang der Kirche, der normalerweise allein offengehalten wird, sondern auch an den verschlossenen Nebeneingängen anzubringen. Etwa so: „Die (Name) Kirche ist zur stillen Andacht und Besichtigung täglich (an Sonn- und Festtagen) den ganzen Tag über von ... morgens bis abends 19 Uhr (bis zum Anbruch der Dunkelheit) geöffnet.“ Ist die Kirche nicht täglich geöffnet, sollte folgender Zusatz angebracht werden: „Ist die Kirche verschlossen, so kann der Schlüssel bei ... abgeholt werden.“ Oder: „Bei verschlossener Kirche öffnet der Küster (Kirchner) auf Wunsch die Kirche. Seine Wohnung ist ...“ Es empfiehlt sich, in Landgemeinden außer dem Pfarrer- oder Kirchnerhaus noch ein weiteres in der Nähe der Kirche gelegenes Haus anzugeben, bei dem man sicher sein kann, daß immer jemand anwesend ist. Im Vorraum der Kirche bringe man einen Anschlag folgenden Inhalts an: „Wir bitten die Besucher unserer Kirche, die Würde des Gotteshauses durch ihr Verhalten zu achten. Während der Gottesdienste und gottesdienstlichen Handlungen (Taufen, Trauungen und dergleichen) ist eine Besichtigung der Kirche nicht möglich. Dafür laden wir zur Teilnahme am Gottesdienst herzlich ein.“ Dazu noch folgende Aufforderung: „Besichtige diese Kirche nicht nur, weil es ein schönes und altes Bauwerk ist. Werde hier still, sammle Gedanken, richte deinen Blick auf das Kreuz! Und gehe nicht fort, ohne in der Stille gebetet zu haben.“

### *6. Beaufsichtigung*

Die meisten Erfahrungen haben gezeigt, daß bei regelmäßig offengehaltenen Kirchen Diebstähle kaum vorkommen und die Sorge vor Unfug weithin unbegründet ist. Dennoch wird empfohlen, einen Kreis älterer Gemeindeglieder oder Hausfrauen zu sammeln, der sich zur Beaufsichtigung in der Kirche bereitfindet und nach einem festen Plan ablöst. Die Helfer sollten vorher über die Bedeutung bestimmter wertvoller Stücke der Kirche und ihre Geschichte unterrichtet werden, damit sie auf Befragen Fremden und Einheimischen Auskunft geben können. Sie sollten durch zurückhaltendes Benehmen auf die Rücksicht nehmen, die zur stillen Andacht in den Kirchenraum gekommen sind. Vor allem sollten sie selbst zu Gebet und stiller Andacht angeleitet werden.

### *7. Anleitung zur stillen Andacht*

Der Pfarrer und seine Mitarbeiter sollten keine Gelegenheit versäumen, ihrer Gemeinde das stille Gebet und die Meditation nahezubringen. Man darf sich nicht scheuen, diese unseren Gemeindegliedern weithin verlorengegangene Fähigkeit neu zu wecken und in schlichtester Weise zu lehren. Im Gottesdienst müssen für die stille Andacht Andachtshilfen bereitliegen, wie sie der Gemeindeausschuß der Vereinigten Evangelisch-

Lutherischen Kirche für die verschiedenen Erfordernisse erarbeitet hat. An sichtbarer Stelle könnte die bei der Tageslese aufgeschlagene Bibel liegen. Auch Gesangbücher sollen zur Hand sein.

### 8. Büchertisch

Ein Büchertisch oder Bücherschrank sollte dem Aufbau der Gemeinde dienendes Schrifttum, Anleitung zur Hausandacht und das Gemeindeblatt zur Selbstbedienung anbieten.

### 9. Für stille Andacht geeigneter Kirchenbau

Bei Neubau einer Kirche oder bei ihrer Erneuerung sollte darauf Bedacht genommen werden, daß sie auch zur stillen Andacht einläßt.

### 10. Der Dienst des Pfarrers

In unseren Gemeinden wird es sicherlich als eine Ermutigung gefunden werden, die offengehaltene Kirche aufzusuchen, wenn man weiß, daß der Pfarrer dort zu bestimmten Zeiten anzutreffen ist. Es wäre eine Hilfe, wenn er sich mit verantwortlichen Gemeindegliedern selbst gelegentlich an Werktagen in der Kirche einfände und vor dem Altar betete. Auch eine besondere Seelsorgepraxis (Privatbeichte) könnte sich daraus entwickeln, die den Vorzug hat, nicht an das in seinen Zu- und Abgängen viel mehr beobachtete Pfarrhaus gebunden zu sein. Im Anschluß an das Morgengebet (Morgenandacht) sollte – möglichst in der Sakristei – Gelegenheit zum seelsorgerlichen Gespräch und zur Beichte gegeben sein.

### 11. Dienst an der Orgel

Auch der Dienst an der Orgel, zu bestimmten Tagen und Stunden angeboten, kann eine Hilfe zur Sammlung und Andacht sein.

### 12. Tägliche Andachten

Wo es die Verhältnisse erlauben, sollte man bei der täglich geöffneten Kirche auch eine tägliche Andacht einrichten. Die Gemeinde wird es dann lernen, das Gotteshaus auch werktags aufzusuchen, da die Kirche auch dann zu gottesdienstlichen Zusammenkünften ruft, etwa zu täglichen Morgen- und Abendgebeten, zu Schulandachten vor Schulbeginn, zur Andacht für arbeitende Menschen vor Geschäftsbeginn oder nach Büroschluß, zu morgendlichen Kurzandachten in der Nähe eines Geschäfts- und Industriezentrums, zu Andachten an einem Autobahn-Knotenpunkt, zu Wochenschlußgottesdiensten und zu Beichtfeiern als Zurüstung auf den Hauptgottesdienst am Sonntag. Abendliche Veranstaltungen im Gemeindesaal, vor allem auch solche der Jugend, können mit dem Abendgebet in der Kirche schließen. Als Ordnung bieten sich die „Tageszeiten-Gottesdienste“ (Mette und Vesper) an. Weitere Hilfen dafür werden nach Bedarf bereitgestellt werden.

Die Arbeit an der Frage der *Predigt* wurde im Bereich der VELKD mit Nachdruck fortgesetzt. Auf ihrer 3. Tagung im Mai 1957 in Hamburg hatte die 2. Generalsynode dazu eine grundlegende EntschlieÙung gefaßt (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1957, S. 176).

Ein Ausschuß wurde mit der Weiterarbeit an dieser EntschlieÙung beauftragt; er legte das Ergebnis seiner Bemühungen in einer Vorlage nieder, die von der Bischofskonferenz der VELKD entgegengenommen und an die Gliedkirchen als Anregung weitergegeben wurde:

Vom 13./14. Mai 1959

Zu Ziffer 1

...

a) Gespräche zwischen Kirche und Theologie. Führende Vertreter der Kirche und der theologischen Wissenschaft sollten in periodischen Abständen die gemeinsamen Fragen erörtern. Unter anderem sollten folgende Fragen der Kirche an die Theologie erörtert werden: Wie steht es um das Verhältnis von theologischer Aussage und Aussage des Zeugen? Schließt der Dienst des theologischen Lehrers die Verpflichtung ein, selbst zu predigen? In welchem Verhältnis stehen akademisches Lehramt und geistliches Amt?

b) Pflege der Kontakte in den Gliedkirchen zwischen Kirchenleitungen und Fakultäten. Dabei sollten nicht nur personalpolitische Probleme erörtert werden, sondern auch die Situation des Predigers heute und die Fragen des geistlichen Amtes. Die seelsorgerliche Verantwortung der Kirche (vor allem der Bischöfe) schließt auch den theologischen Lehrer ein.

c) Anregung stärkerer Zusammenarbeit in den Fakultäten. Auch die theologischen Fakultäten sind von der Atomisierung bedroht. Dazu kommt der starke Hiatus zwischen exegetischer und systematischer Theologie. Es hat sich bewährt, daß etwa Exegeten und praktische Theologen gemeinsame Seminare durchführen. Das Studium generale bedarf eines gemeinsamen Einsatzes der Fakultäten. Wo innere Spannungen bestehen, sollte die Kirche Hilfe anbieten.

d) Erweiterung des Theologischen Ausschusses. Im Blick auf die Weiterführung des hermeneutischen Gesprächs wäre zu prüfen, ob der Theologische Ausschuß nicht durch Theologen erweitert werden sollte, die der heutigen Problematik stark verhaftet sind.

e) Auftrag an den Theologischen Ausschuß, sich mit dem Thema „Predigt“ zu befassen. Dabei sollten praktische Theologen und Rektoren von Predigerseminaren zugezogen werden, damit das Thema von verschiedenen Aspekten her bearbeitet werden kann.

f) Überprüfung der Ausrichtung der Predigerseminare. Für die Überleitung aus dem akademischen Studium in das geistliche Amt ist der Besuch eines Predigerseminars unerläßlich. Wo dieser Besuch bisher nicht die Regel ist, sollte die kirchliche Ausbildung der Kandidaten entsprechend geändert werden. – Das Predigerseminar hat nicht die Aufgabe, das Universitätsstudium weiterzuführen. Seine Arbeit ist auf den Verkündigungsauftrag abzustellen. Da zur Predigtvorbereitung auch Kenntnis der sachgemäßen Mittel gehört, ist dem Handwerklichen und den präzisen formalen Anweisungen größeres Gewicht beizulegen. Gedruckte Predigten und Bandaufnahmen von Rundfunkpredigten sollten verglichen und besprochen werden.

g) Einführung in die Analyse der Sprache. Es wird eine Arbeitstagung angeregt, bei der die Professoren der praktischen Theologie und die Rektoren der Predigerseminare durch die besten Fachleute in die Analyse der Sprache und des Sprechens (mit Hilfe von Bändern) eingeführt werden.

h) Einrichtung von Lehrvikariaten. Die Erfahrung einzelner Landeskirchen sind für die übrigen Gliedkirchen auszuwerten.

i) Ausbildung geeigneter Pastoren zu Lehrvikariatsvätern. Dabei ist neben der Einführung in die gegenwärtige Situation der einzelnen theologischen Disziplinen Hilfe für die Beurteilung der Predigt zu geben.

k) Erarbeitung einer Anleitung zum Beurteilen der Predigt. Diese Anleitung soll nicht zur Kritik, sondern zum Gespräch über gehörte Predigten helfen. Sie ist vor allem für die Hände von Superintendents (Dekanen, Propsten) und Lehrvikariatsvätern bestimmt. Die Erarbeitung wird als die einem Bischof zustehende Aufgabe erachtet.



1) Einrichtung homiletischer Kurse. Es bestehen die verschiedenartigsten Hilfen für die weitere Ausbildung des Pfarrers bis hin zu den Verwaltungskursen. Es fehlen aber Tagungen, die speziell der Predigt als dem eigentlichen Auftrag des Pfarrers gewidmet sind.

#### *Zu Ziffer 2*

a) Erarbeitung von Grundsätzen für gedruckte Predigtmeditationen. Die Meditation muß die rechte Mitte finden zwischen reiner Exegese und handfestem Predigtaufriß. Sie hat den Sachverhalt herauszuarbeiten und die theologische Besinnung in sauberer Gedankenarbeit bis in unsere Zeit (und Sprache) hinein zu Ende zu führen. Sie hat ferner anzuleiten, sich dem Text einfältig zu überlassen. Sie soll also helfen, den Formalismus und die reine Reflektion zu überwinden und sich dem Text zu stellen. Das schließt die präzise Aussage und das Erarbeiten rationaler Hilfen für den Hörer nicht aus, sondern ein. Bildhaftigkeit und Lebensnähe allein genügen nicht. – Zu fordern ist, daß die Verfasser von Meditationen vor Drucklegung über den Text gepredigt haben.

b) Einwirkung auf Herausgeber von Meditationen. Den Verfassern von Meditationen sowie den Herausgebern von Kommentarreihen sollte vor Augen gestellt werden, daß ihre Arbeit den Prediger und die Predigt stärker im Auge zu haben hat.

c) Edition einer Sammlung „Die Exegese der Väter“. Zu jeder Perikope der Predigttextreihen sollten Auszüge aus der Exegese, der Meditation und der Predigt der Väter zusammengestellt werden.

d) Erarbeitung von Predigthilfen für die neuen Textreihen. In einem Arbeitsteam sollte beispielhaft versucht werden, den unter a) genannten Grundsätzen zu genügen. Dem Bearbeiterkreis sollen angehören: ein Alttestamentler, ein Neutestamentler, ein Predigerseminarrektor, ein Großstadtpfarrer, ein Landpfarrer und ein Laie.

Folgender Arbeitsmodus wird vorgeschlagen: Verteilung der Texte an die Mitarbeiter, Weitergabe der erarbeiteten Predigthilfen an alle Mitglieder des Arbeitskreises, gemeinsame Besprechung jeder einzelnen Meditation in Abständen von drei Monaten.

#### *Zu Ziffer 3*

Vorbemerkung: Dieser Satz ist der Gefahr eines einseitigen Verständnisses ausgesetzt, weil ihm die Polarität fehlt. Der Predigt und der Stille zur Vorbereitung muß die Arbeit im Alltag des Pfarrers zugeordnet werden. Die Predigt gerät in die Isolierung, wenn der Pfarrer nur aus der Studierstube und nicht auch aus dem harten „Betrieb“ des Alltags lebt. Die Predigt entsteht dann über den Kommentar und nicht aus der Seelsorge. Wo der „Betrieb“ in Zucht und Sachlichkeit geschieht, entsteht keine falsche Betriebsamkeit. Es gibt keine feststehenden Schwerpunkte des Dienstes des Pfarrers. Den Schwerpunkt bestimmt der Heilige Geist. Unter diesen einschränkenden Vorzeichen sollte dem Anliegen dieser Ziffer nach verschiedenen Richtungen Rechnung getragen werden.

a) Mahnung an die Pfarrer, den Hausbesuch nicht zu vernachlässigen. Wenn der Pfarrer auch einen Kreis von Gemeindegliedern für den Besuchsdienst einsetzen soll, ist er damit der Pflicht des eigenen Hausbesuches nicht enthoben.

b) Bitte an die Oberhirten und Visitatoren, die Pfarrer bei der Bewältigung ihrer Aufgaben seelsorgerlich zu beraten. Sie sollen mit den Pfarrern die Situation der Gemeinde besprechen und auf die Schwerpunkte gerade ihres konkreten Dienstes hinweisen. Sie sollen Mut machen, die Gaben der Gemeinde zu verlebendigen und auf die Predigt zuzuordnen.

c) Neuverteilung der Aufgaben zwischen Pfarrer und Gemeindegliedern. Was von Gemeindegliedern getan werden kann, soll ihnen auch als Aufgabe zufallen (Mitarbeiterkreise, Stewardship). Dabei ist eine falsche Aufteilung von geistlichen und weltlichen Aufgaben zu vermeiden.



d) Austausch von Erfahrungen mit neuartigen Versuchen des Gemeindeaufbaus.  
 e) Überprüfung des Umfangs der Sprengel. Wenn eine Verkleinerung des Pfarrsprengels auch nicht als Allheilmittel gewertet werden kann, stellt sie doch die wichtigste Voraussetzung für die Verlebendigung der Gemeinde dar. Der engere persönliche Kontakt des Pfarrers zur Gemeinde wird sich dann auch für die Predigt fruchtbar auswirken. Zwar stellt eine Reduktion des Sprengelumfangs vor erhebliche personelle und finanzielle Schwierigkeiten. Dieses Problem bedarf aber dringend eingehender Untersuchung und erfordert weitblickende Maßnahmen. Bei der Neueinrichtung von Pfarrstellen sollten Modelle geschaffen werden.

f) Bereitstellung größerer Geldmittel für Hilfskräfte. Dabei ist an Schreibhilfen für die Pfarrämter (keine halben Kräfte!), an Hilfen für die Verwaltung und Rechnungsführung (Rentmeister für Kirchenkreise bzw. -bezirke) sowie an technische Hilfsmittel zur Rationalisierung der Geschäftsführung zu denken.

g) Maßnahmen zur Sicherung von Freizeit für den Pfarrer. Die Kirchenleitungen sollten durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, daß jeder Pfarrer einen freien Tag in der Woche zur Verfügung hat (etwa den Montag), an dem weder Unterricht gehalten wird noch Sitzungen, Konferenzen oder andere Veranstaltungen stattfinden.

#### *Zu Ziffer 4*

a) Gemeinsame Predigtvorbereitung auf der amtlichen Pfarrkonferenz. Diese Arbeit ist notwendiges Zeichen dafür, daß sich Diener am Wort zusammengefunden haben.

b) Gemeinsame Predigtvorbereitung im kleineren Kreis. Die kirchlichen Oberhirten sollten Mut machen, daß sich die in der gleichen Gemeinde wirkenden Pfarrer sowie kleine Kreise von benachbarten Pfarrern zusammenfinden. Dem größeren Kreis der Pfarrkonferenz mangelt die Intimität, in der man alles aussprechen kann. Der kleinere Kreis (ohne den beurteilenden Superintendenten bzw. Dekan) ist in der Lage, nicht mehr nur objektiv und neutral zu diskutieren, sondern sich persönlich dem Text zu stellen. Es ist dabei erforderlich, daß sich jeder vorbereitet (zumindest durch Studium eines zugewiesenen Kommentars).

An der gemeinsamen Predigtarbeit kann über die kameradschaftliche, gesellschaftliche und amtliche Begegnung hinaus das häufig fehlende geistliche Verhältnis der Amtsbrüder wachsen.

#### *Zu Ziffer 5*

a) Übertragung dieses Dienstes an die Superintendenten (Dekane, Pröpste). Die Kirchenleitungen sollen diese Aufgabe nicht an besonders dafür geeignete und ausgesuchte Kräfte übertragen, sondern den Superintendenten und Dekanen. Damit wird dieses Amt wieder stärker zum geistlichen Amt. Die Übertragung hilft dem Träger dieses Amtes zum tieferen Verständnis seiner Berufung. Wo dieser Dienst zur festen Ordnung gehört und nicht in das Ermessen gestellt ist, bleibt er vor falscher Auslegung bewahrt.

Der Superintendent soll Predigten auch unangemeldet abhören. Er darf auf keinen Fall sofort wegfahren, sondern hat im Anschluß mit dem Pfarrer über die Predigt zu sprechen. Dieses Abhören darf nicht mit einer Qualifikation verbunden werden.

b) Berücksichtigung dieser Aufgabe bei der Auswahl der Superintendenten.

c) Zurüstung der Superintendenten auf einer vom Bischof geleiteten Konferenz.

#### *Zu Ziffer 6*

a) Beschäftigung der Pfarrkonvente mit dem Thema „Predigt“. Die Kirchenleitungen sollen gebeten werden, einen Pfarrkonvent mit dem Thema „Predigt“ zu befassen.

Dabei soll auch die Hamburger Predigterschließung besprochen werden, vor allem hinsichtlich des dialogischen Charakters der Predigt. Die Pfarrer bedürfen der Ermunterung und Ermutigung, an irgendeiner Stelle mit dem Gespräch über die Predigt zu beginnen, um aus der Einsamkeit des Predigers erlöst zu werden.

b) Einbeziehung der Pfarrfrauen in das Gespräch über die Predigt. Die Pfarrfrau muß es lernen, sich als Stimme der Gemeinde ihrem Mann gegenüber zu wissen. Die Freizeiten für Pfarrbräute sollten daher auch die Fragen der Predigt behandeln und zum Gespräch über die Predigt anregen und anleiten. Die Pfarrfrauen sollten an dem Pfarrkonvent über die Predigt teilnehmen, ebenso an den Teilen der Pfarrkonferenzen, die geeignet sind, mit den wesentlichen Aufgaben des Pfarrdienstes vertraut zu machen.

c) Ermunterung der Gemeinden zum Gespräch über die Predigt. Die große Zahl der Briefe an Rundfunkprediger beweist, daß die Hörer das Bedürfnis haben, über die Predigt zu sprechen. Sie müssen aber ermuntert werden, ihren eigenen Pfarrer persönlich auf die Predigt anzusprechen (z. B. durch Stellen von Fragen, Erzählen eigener Beispiele und Erlebnisse zur Predigt). Hier liegt ein Erziehungsauftrag vor, den die Gemeindeblätter, besonders Flugschriften und die Predigt selbst wahrnehmen sollten. Alle Gemeindekreise sollten sich mit dieser Frage beschäftigen und nach Wegen suchen. Dabei ist Verständnis für das Wesen der Predigt zu wecken und Hilfe zur geistlichen Beurteilung zu geben (Zusammenhang mit dem Text; Blick auf das Ganze der Predigt; Konfrontierung mit dem eigenen Leben).

d) Gemeinsame Vorbereitung der Predigt. Hierfür liegt eine Reihe von Modellen vor. Die Pfarrer sollten mit den Möglichkeiten vertraut gemacht werden, mit kleineren Kreisen (etwa Kirchenvorstand oder Gemeindejugend) gemeinsam eine Sonntagspredigt vorzubereiten. Mit den Kreisen sollte gewechselt werden, damit kein Pharisäertum entsteht.

e) Nachbesprechung der Predigt. Die Pfarrer sollten mit den vorliegenden Erfahrungen und Modellen vertraut gemacht werden. Die Nachbesprechung in Gemeindekreisen kann auch dazu helfen, daß die Gemeindeglieder den Pfarrer persönlich auf die Predigt ansprechen.

Mit der Frage nach neuen Möglichkeiten der *Seelsorge* in der modernen Welt hatte sich im Oktober 1958 die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen eingehend befaßt. Im Berichtsjahr gab die Westfälische Kirchenleitung eine eingehende Wegweisung heraus, die grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Durchführung der synodalen Anregungen und Entschlüssen auf dem Boden der Gemeinde enthält. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus dieser Wegweisung.

## I.

Wenn mancherlei Gründe grundsätzlicher und praktischer Art dafür sprechen, an der parochialen Grundstruktur unserer Kirchengemeinden auch weiterhin festzuhalten, ist es um so wichtiger, auf Mittel und Wege zu sinnen, um der zur Zeit ganz allgemein festzustellenden unzureichenden seelsorgerlichen Versorgung in den einzelnen Gemeinden entgegenzuwirken. Ganz abgesehen von dem, was in dieser Hinsicht in Richtung auf die Verkleinerung der Pfarrbezirke geschehen kann und muß, besteht die wirksamste Hilfe in dem, was in diesem Abschnitt programmatisch als „die doppelte Delegation seelsorgerlicher Dienste“ bezeichnet wird. Es ist damit gemeint, daß einerseits die Parochie in ihrer gegenwärtigen Gestalt zu groß und unübersichtlich ist, um viele Aufgaben wahrzunehmen, die den einzelnen Menschen betreffen, und daß sie andererseits zu klein und begrenzt ist, um insbesondere auf dem Gebiet der Milieu- und Standesseelsorge erfolgreich wirken zu können. Wenn es um solche Gegebenheiten der

modernen Gesellschaft geht, deren Kompetenz und Wirkungsbereich über die parochialen Grenzen hinausgeht, weil die Parodie einerseits zu groß und andererseits zu klein ist, ergibt sich die Notwendigkeit, auf dem Wege der doppelten Delegation bestimmte Aufgaben der Seelsorge teils nach „unten“, teils nach „oben“ zu übertragen.

Insbesondere aber wird es darum gehen, die gemeindliche Mitarbeiterschaft in ihre Mitverantwortung an Seelsorge und Verkündigung einzuüben. Die Aufgabe des Gemeindepfarrers wird in zunehmendem Maße – entsprechend der veränderten Stellung, welche der Missionar im Gebiet der jungen Kirchen im Begriff steht – darauf gerichtet sein müssen, Mitarbeiter heranzubilden, einzuweisen und in ihrer Tätigkeit mit Rat und Tat, mit Wegweisung und Trost zu begleiten. In dieser Beziehung verdient der Beschluß einer Kreissynode Beachtung, die für die rechte Zurüstung der gemeindlichen Mitarbeiter auf Kirchenkreisebene ein besonderes Zentrum zu schaffen beabsichtigt.

Es ist nicht die Meinung, daß alle Kirchenkreise ein genau gleiches Vorhaben in die Wege leiten sollen. Wohl aber ist die Aktion der genannten Kreissynode dazu angetan, erneut vor Augen zu führen, daß die Delegation seelsorgerlicher Verantwortung auf einen Mitarbeiterkreis in den Bezirken, Nachbarschaftsgruppen und Hausgemeinschaften, daß überhaupt eine konsequente Durchgliederung der Kirchengemeinden und Pfarrbezirke nur dann sinnvoll und wirksam sein kann, wenn zugleich alle Sorgfalt darauf verwandt wird, die geistliche Zurüstung der bezirklichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu betreiben und unermüdlich fortzusetzen.

Dabei kann die Mithilfe der ordentlichen Instanzen gemeindlicher Leitung, insbesondere des Presbyteriums und des Gemeindebeirats, nicht hoch genug veranschlagt werden. Wir erinnern uns dessen, daß zumindest in früherer Zeit in vielen Gemeinden die Presbyter selbst ihre besonderen Bezirke hatten, und daß sie in diesen Bezirken nicht nur Hauskollekten sammelten, sondern zugleich seelsorgerlich tätig waren, Haus- und Krankenbesuche machten und die Verbindung der einzelnen zum Gottesdienst, zum Ganzen der Gemeinde und zum Pfarrer stärkten. Es mag sein, daß durch das Anwachsen der Gemeinde und durch die vermehrten beruflichen Anforderungen in der heutigen Generation solche Aufgaben nicht jedem Presbyter zugemutet werden können. Trotzdem sollten die Presbyter darauf angesprochen werden, ihr Amt auch und vor allem als ein seelsorgerliches Amt aufzufassen und in der Praxis zu bewähren. Für Neuwahlen der Presbyter sollte der Gesichtspunkt bezirklich gegliederter Presbyterdienste rechtzeitig bedacht werden, wobei im einzelnen mancherlei Möglichkeiten bestehen, dem Presbyter in seinem Bezirk weitere Helfer und Mitarbeiter aus der Frauenhilfe und der Männer- und Jugendarbeit, aus den Besuchsdienstkreisen oder auch sonst aus der tätigen Gemeinde zuzuordnen. Gerade die Evangelische Frauenhilfe ist mit ihrer Organisation der Bezirksfrauen, was die Delegation gemeindlicher Verantwortung auf kleine übersehbare Bezirke angeht, schon seit Jahrzehnten vorbildlich tätig gewesen, und es ist an der Zeit, diese vielbewährte Einrichtung mehr, als das bisher der Fall gewesen ist, für das Ganze der Gemeinde fruchtbar zu machen und durch entsprechende andere gemeindliche Mitarbeiter zu ergänzen und weiter auszubauen. Delegation gemeindlicher Verantwortung nach „unten“ bedeutet also, daß angesichts der Unübersichtlichkeit des heutigen durchschnittlichen Pfarrbezirks eine solche Untergliederung erfolgt, daß sich jedes einzelne Gemeindeglied in seiner jeweiligen Nachbarschaft durch gemeindliche Mitarbeiter angesprochen und eingeladen weiß und sich nicht vereinsamt, ausgestoßen und vergessen vorkommt.

## II.

Der Delegation gemeindlicher Dienste und seelsorgerlicher Verantwortung nach „unten“ entspricht auf der anderen Seite die *Delegation nach „oben“*, wobei die Begriffe unten und oben keineswegs im Sinne einer qualitativen Wertung, sondern nur im Sinne äußerer Ordnung zu verstehen sind. Insbesondere, wenn es um die besonderen Aufgaben der

Standes- und Milieuseelsorge geht, erweist sich der Seelsorgebereich der Parodie in vielen Fällen als zu klein und zu wirkungsschwach. Das ist der Grund, warum etwa die besonderen Aufgaben des Dienstes an Männern und Frauen und Jugendlichen, an ganzen Berufsständen und überörtlichen Institutionen schon längst eine überparochiale Regelung erfahren haben. In diesem Zusammenhang ergibt sich dann das Problem der rechten Zuordnung von Ortsgemeinden und übergemeindlichen kirchlichen Werken, das nicht immer ohne gewisse Schwierigkeiten gelöst werden kann, das aber eine fruchtbare Spannung in sich enthält und sich dann zum Besten des Ganzen auswirkt, wenn die örtliche Gemeinde in Freiheit anerkennt, daß sie der Mithilfe der übergemeindlichen Werke nicht entraten kann, und wenn diese sich stets dessen bewußt sind, daß ihre Arbeit keineswegs Selbstzweck ist, sondern ausschließlich dem zu dienen hat, daß der Dienst der örtlichen Gemeinde seine notwendige Unterstützung und Ergänzung erfährt.

Unter den heutigen Umständen ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die moderne Gesellschaft weitgehend durch Institutionen bestimmt wird, die ihrerseits parochial nicht faßbar sind, die aber das Ganze des Menschen und seiner Weltanschauung so sehr beeinflussen, daß die Kirche um ihrer seelsorglichen Verantwortung willen an ihnen nicht vorbeigehen kann. Wenn sich daher in früherer Zeit die überparochialen kirchlichen Dienste im wesentlichen auf die Einrichtungen der Standesseelsorge, auf die Naturstände der Männer, Frauen und Jugendlichen und auf gewisse überparochiale kirchliche Vereine bezogen, so entspricht es den heutigen Gegebenheiten der modernen Gesellschaft, daß die überparochialen kirchlichen Dienste eine nicht unerhebliche Erweiterung erfahren. Jeder große Betrieb ist heutzutage zum Beispiel ein überparochiales Gebilde. Die in ihm Tätigen kommen aus dem Wohn- und Lebensbereich verschiedenster Ortsgemeinden und sollen, wie bereits ausgeführt, dort auch ihre gottesdienstliche Heimat behalten. Welche Hilfe aber leistet die Kirche zur Entwicklung eines angemessenen Betriebsklimas? Welcher Gemeindepfarrer ist dafür zuständig? Wer kümmert sich um die Ausrichtung des kirchlichen Dienstes in Gewerkschaft und Arbeitgeberverbänden, um die Verbindung zur Presse und den übrigen Massenkommunikationsmitteln, um den Dienst der Kirche in den politischen Parteien, in den Behörden und anderen öffentlichen Körperschaften? Wer ist für höhere Schulen zuständig, deren Schüler- und Lehrerschaft selbstverständlich überparochial zusammengesetzt ist, wer für die vielfältigen Fachschulen und Bildungseinrichtungen, die in der heutigen Gesellschaft eine zunehmend große Rolle spielen usw.? Das sind Fragen, welche die Möglichkeiten der einzelnen Ortsgemeinde ständig überfordern und eine geordnete Übertragung kirchlicher Verantwortung erforderlich machen, wenn anders überhaupt Milieuseelsorge als legitimer Bereich kirchlichen Dienstes anerkannt wird.

Der Bereich, innerhalb dessen die überparochialen Dienste in angemessener Weise primär durchgeführt werden können, ist der Kirchenkreis.

Es wäre eine wichtige Angelegenheit, wenn in unseren Kirchenkreisen im weiteren Verlauf der Beschäftigung mit dem Thema Seelsorge konkret und praktisch erwogen würde, welche geistlichen Aufgaben zur Entlastung der Einzelgemeinde und stellvertretend für deren unzureichende Möglichkeiten auf der höheren Ebene des Kirchenkreises in geordneter Weise in Angriff zu nehmen sind. Dabei wird es sich dann von Fall zu Fall ergeben, ob solche Aufgaben denen, die innerhalb der Kirchengemeinden tätig sind, als kreissynodaler Sonderauftrag zuzumuten sind oder ob besondere hauptamtliche Kräfte dafür in den Dienst gerufen werden müssen oder ob die Aufgabe überhaupt nur auf der Ebene der Gesamtkirche in Angriff genommen werden kann. Dementsprechend wird die Landeskirche als ganze mit ihren zentralen Ämtern da einzutreten haben, wo auch die Ebene des Kirchenkreises zu schmal ist, um den Aufgaben gerecht zu werden, welche die Umweltverantwortung in unserer Zeit unabweisbar fordert.



Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Bemühungen der *Gliedkirchen im Bereich der DDR*, unter den ihren Dienst beengenden und erschwerenden Verhältnissen einer radikal und systematisch entkirchlichten Umwelt und in der Auseinandersetzung mit dem geschlossenen System einer rationalen Daseinsintegration atheistischer Prägung neue Wege zur Verwirklichung ihrer Sendung in Verkündigung und Seelsorge zu erschließen. Aus der Fülle des vorliegenden Materials kann auf die überaus wichtige Denkschrift „Das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik“, die von einem Kreis von Theologen aus dem Gebiet der DDR erarbeitet wurde und der Synode der EKU vorlag, hier nur nachdrücklich hingewiesen werden; ihr Abdruck verbietet sich wegen ihres Umfangs und ihres Kürzungen kaum gestattenden inneren Zusammenhanges aus Gründen des zur Verfügung stehenden Raumes. Diese Denkschrift wurde auf der Synode in einem Ausschuß durchgesprochen, dem Plenum erläutert und als geeignete Grundlage für eine Behandlung des Themas „Christ in der DDR“ innerhalb der evangelischen Pfarrerschaft in der DDR angesehen. Aber auch die Kirchen in der Bundesrepublik sollten diese Denkschrift zum Anlaß und zum Ausgangspunkt nehmen, um die gleichen Fragen in ihren anders gearteten Verhältnissen zu bedenken. Auf diese Weise könnte ein von neuen Ansätzen ausgehendes umfassendes Gespräch über die evangelische Verkündigung und das christliche Leben in der heutigen Welt in Gang kommen.

Da die Lage der Kirche in der DDR Gegenstand eines eigenen Berichtes ist, seien hier nur zwei Problemkreise herausgegriffen, die im Zusammenhang der Besinnung auf neue Wege für Verkündigung und Seelsorge von Bedeutung sind, nämlich einmal die von der Kirchlichen Ostkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommenen Handreichungen und Worte zur Frage der sozialistischen Feiern (Namensgebung, Eheweihung, Jugendweihe, Bestattung vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 175 ff.), zum anderen Erwägungen und Vorschläge zur christlichen Erziehung und Unterweisung der Jugend.

#### HANDREICHUNG ZUR FRAGE DER SOZIALISTISCHEN FEIERN FÜR DIE PFARRER

Angesichts der Anfechtungen, in die Pfarrer und Gemeinden durch die Einführung der sozialistischen Feiern geraten sind, ist von den Pfarrern folgendes zu bedenken:

1. Aller Dienst des Pfarrers ist Weitergabe der Frohen Botschaft von Christus, dem Heiland und Herrn der ganzen Welt. Er steht darum nicht zuerst in Abwehrstellung gegen die gottfeindlichen Mächte, sondern ist Bote dieses Herrn. Er hat seiner Gemeinde die Kirche mit ihren Sakramenten und Amtshandlungen lieb zu machen und ihr den ganzen Reichtum des Evangeliums, der auch in Taufe, Konfirmation, Trauung und kirchlicher Bestattung liegt, immer wieder vor Augen zu stellen.

2. Der Pfarrer muß wissen, daß der Herr keinen ganz verloren gibt. Wer dies erkannt hat, wird die Haltung des rechten Seelsorgers auch gegenüber den Schwachen, Irrenden, ja auch den Feinden der Kirche finden.

3. Dabei ist er es seinem Herrn schuldig, daß das Evangelium glaubwürdig bleibt. Gott ist ein heiliger Gott, darum ist auch seine Gnade keine billige Gnade. Das muß in der Art und Weise, wie ein Pfarrer die kirchlichen Amtshandlungen versieht, deutlich werden.

Diese Handreichung will nicht die in den einzelnen Kirchen geltenden Lebensordnungen ersetzen, sondern nur den Pfarrern konkrete Hinweise auf ihre rechte Anwendung im Blick auf den Sonderfall der sozialistischen Feiern geben.



Christen können sich um ihres Glaubens willen nicht den sozialistischen Feiern der Namensgebung, der Jugendweihe, der Eheschließung und des Begräbnisses unterziehen. Diese Feiern sollen mit dazu dienen, die Weltanschauung des Sozialismus, d. h. den dialektischen Materialismus, als die allein gültige und verbindliche Weltanschauung durchzusetzen. Wer versucht, sie als neutrale Feiern hinzustellen, die den christlichen Glauben nicht berühren, täuscht sich und andere.

In den Gelöbnissen, die bei der Namensgebungsfeier, Jugendweihe und sozialistischen Eheschließung abverlangt werden, ist das Wort „atheistisch“ vermieden worden. Es heißt dort zum Beispiel: Wir verpflichten uns, unser Kind sozialistisch zu erziehen, oder: sozialistisch zu leben. Anderen offiziellen Äußerungen ist klar zu entnehmen, daß damit gemeint ist: atheistisch. (Vgl. z. B. Richtlinien für die sozialistischen Feiern in Stalinstadt.)

Diese Gelöbnisse stehen im Gegensatz zu dem, was Christen mit der Taufe, der Konfirmation und der Trauung bekennen. Es ist der Gemeinde immer wieder deutlich zu machen, daß das ganze Leben der Unwahrhaftigkeit ausgeliefert wird, wenn man meint, neben dem Bekenntnis zum christlichen Glauben Verpflichtungen zum atheistischen Sozialismus abgeben zu können.

Wer dennoch unbedacht und ohne Nötigung an diesen Feiern teilnimmt und die mit ihnen verbundenen Gelöbnisse unterschreibt, sagt dem christlichen Glauben ab und verschreibt sich einer atheistischen Weltanschauung, auch wenn er es nicht beabsichtigt. Wer aber meint, sich einem Druck nicht entziehen zu können und infolgedessen an einer solchen Feier teilnimmt, soll wissen, daß auch er seinen christlichen Glauben verleugnet, selbst dann, wenn er es nicht weiß und nicht will. Er muß damit rechnen, daß er zu immer neuen Bekenntnisakten gezwungen wird, denn die atheistische Weltanschauung beansprucht den ganzen Menschen.

Es ist auch eine Verleugnung des christlichen Glaubens, wenn Christen, um nicht Ärgernis vor der Welt zu erregen, auf die Sakramente und kirchlichen Amtshandlungen für sich und ihre Angehörigen verzichten.

Was sind wir nun den Gliedern der Gemeinde schuldig, die an einer solchen sozialistischen Feier teilgenommen haben?

Keines der uns anvertrauten Glieder der Gemeinde dürfen wir aufgeben. Deshalb ist es unsere Aufgabe in jedem einzelnen Fall, der uns bekannt wird, dem Betroffenen in suchender Liebe nachzugehen. Wir haben uns zu bemühen, ihm im Einzelgespräch zurechtzuhelfen und ihn zur Erkenntnis seines Irrweges zu führen, ihn in besonderer Weise zum Hören von Gottes Wort einzuladen und ihm Wege zu zeigen, wie er in seiner Gemeinde wieder heimisch werden und in einer ihm helfenden und ihn tragenden Gemeinschaft Geborgenheit und Halt finden kann.

Es wäre eine falsch verstandene Barmherzigkeit, wenn wir die Teilnahme an den sozialistischen Feiern für belanglos und die Gelöbnisse, selbst wenn sie unter Druck abgegeben wurden, von vornherein für ungültig erklären würden. Um der Wahrhaftigkeit willen dürfen wir niemanden zur leichtfertigen Abgabe von Versprechen verführen. Es widerspricht auch neutestamentlichem und reformatorischem Sakramentsverständnis und evangelischer Auffassung von den Amtshandlungen, wenn man annimmt, schon durch die Teilnahme an den Sakramenten oder Amtshandlungen würde die Teilnahme an den atheistischen Feiern ungeschehen oder automatisch wirkungslos gemacht. Wir müssen auch der vielfach geäußerten Ansicht entgegentreten, als ob die Zahlung von Kirchensteuern ein „Recht“ auf Amtshandlungen begründet.

Wir sind vielmehr allen Gliedern der Gemeinde das unverkürzte Wort Gottes mit seinem richtenden Ernst *und* seiner vergebenden Gnade schuldig, denn nur die Wahrheit macht uns frei.

Zu den einzelnen Amtshandlungen möchten wir noch folgende Hinweise geben:

## *Die Taufe*

Es bedeutet für die Gesamtgemeinde und für die Eltern, die vor der Taufe eines Kindes stehen, eine entscheidende Hilfe, wenn in neuer Weise in Predigt, Seelsorge und Gemeinderüsten vom Sinn der Taufe gesprochen und über den atheistischen Charakter der Namensgebungsfeier Aufklärung gegeben wird.

Es ist sorgfältiger denn je darauf zu achten, daß die Taufe eines Kindes so rechtzeitig angemeldet wird, daß ein verantwortliches Taufgespräch geführt werden kann. Bei diesem Gespräch sollte die Bedeutung der Taufe (auch im Unterschied zur Namensgebungsfeier) dargestellt werden. Dabei soll der Pfarrer sich vergewissern, daß die christliche Taufe und die nachfolgende christliche Erziehung bejaht wird.

Ist ein Kind bereits zur Namensgebungsfeier gebracht worden, kann die Taufe nicht ohne weiteres vollzogen werden. Der Pfarrer hat dann den Eltern besonders deutlich zu machen, daß durch die Verpflichtung zur sozialistischen Erziehung bei der Namensgebungsfeier eine christliche Erziehung ernstlich gefährdet wird. Er muß mit den Eltern darüber reden, ob sie unter diesen Umständen an ihrem Begehren festhalten, ihr Kind taufen zu lassen, und ihnen dazu helfen, wie sie ihr Kind zur heiligen Taufe führen und es christlich erziehen können.

Besonders wichtig ist heute die Auswahl geeigneter Paten. Darum soll die Ausstellung der Patenbescheinigung möglichst immer von dem Ergebnis eines Einzelgesprächs abhängig gemacht werden. Gemeindeglieder, die bei der Namensgebungsfeier verantwortlich mitgewirkt haben, dürften kaum als geeignete christliche Paten angesehen werden können.

Beim Gespräch mit dem Paten ist ihm die Bedeutung seines Amtes auch für den Fall deutlich zu machen, daß die Eltern ein getauftes Kind nachträglich zur Namensgebungsfeier bringen wollen. Der Pate sollte dem widersprechen und kann selbst auf keinen Fall dabei als Zeuge mitwirken.

## *Die Konfirmation*

Bei allen Erörterungen über die Konfirmationsfrage ist darüber Einmütigkeit erzielt worden, daß die Konfirmation nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern im Zusammenhang mit Taufe und Abendmahl zu sehen ist. Die Entwicklung der jüngsten Zeit zeigt deutlich, daß auch die Jugendweihe nicht für sich genommen werden kann, sondern als ein Glied in einer Kette sozialistischer Bekenntnisakte verstanden werden muß. Damit ist erneut bestätigt, daß Konfirmation und Jugendweihe sich gegenseitig ausschließen. Dies darf nicht eine unverbindliche Erklärung bleiben. Deshalb haben die Kirchenleitungen daraus Konsequenzen gezogen, die in den landeskirchlichen Ordnungen festgelegt sind. Das verpflichtet auch jeden einzelnen Pfarrer, sich von dieser grundsätzlichen Entscheidung im praktischen seelsorgerlichen Handeln bestimmen zu lassen, ohne Rücksicht darauf, ob ihm, zumal in größeren Gemeinden, jeder Einzelfall bekannt wird.

## *Die Trauung*

Die Trauung stellt die Ehe unter die Verheißung und das Gebot Gottes. Bei der sozialistischen Eheschließung wird die Ehe in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft gestellt. Die christlichen Eheleute werden aufgerufen, ihre Ehe als Glieder der Gemeinde im Gehorsam gegen Gottes Wort zu führen. Die sozialistische Eheschließung verpflichtet zu einer atheistischen Lebensgestaltung innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft.

Es ist heute Aufgabe des Pfarrers, den Gliedern der Gemeinde auf allerlei Weise den Reichtum einer christlichen Ehe vor Augen zu stellen und sie auf den Gegensatz der Trauung zur sozialistischen Eheschließung hinzuweisen, der bereits im verschiedenen Grundverständnis der Ehe wurzelt. Dieses sollte schon in der Unterweisung der Jugend

beginnen und in dem Traugespräch mit den Brautpaaren seine eigentliche Zuspitzung finden.

Von diesem Gegensatz aus ergibt sich, daß es nicht möglich ist, zugleich an der Trauung und der sozialistischen Eheschließung teilzunehmen. Wird dem Pfarrer bekannt, daß sich ein Brautpaar auch zur sozialistischen Eheschließung bereit erklärt hat, so ist die Trauung zu versagen.

Begehrt ein Ehepaar einige Zeit nach der Eheschließung, die mit einer sozialistischen Eheschließungsfeier verbunden war, die Trauung, hat der Pfarrer sie auf den Ernst der damit verbundenen Entscheidung hinzuweisen. Erkennt er, daß die Eheleute die Trauung ernstlich begehren, kann er diese nach gewissenhafter Entscheidung nachholen. Diese Trauung kann dann auch mit der Taufe des ersten Kindes verbunden werden.

### *Die kirchliche Bestattung*

Angesichts der sozialistischen Begräbnisfeier gehört es zu den Aufgaben des Pfarrers, mehr als bisher in Predigt und seelsorgerlichen Gesprächen auf den Sinn der kirchlichen Bestattung hinzuweisen.

Eine Beteiligung des Pfarrers an einer sozialistischen Begräbnisfeier ist in keiner Form möglich. Er hat jedoch die seelsorgerliche Pflicht, wenn ein Gemeindeglied im Rahmen einer solchen Feier beigesetzt wird, auf Bitten christlicher Familienangehöriger ihnen in einer besonderen Feier, die nicht im zeitlichen Zusammenhang mit dieser Begräbnisfeier stehen darf, das Wort Gottes zu sagen. Es besteht auch die Möglichkeit, des Heimanges solcher Gemeindeglieder im Gottesdienst zu gedenken.

In den Fällen, in denen bei einer kirchlichen Bestattungsfeier auch noch andere Personen außer dem Pfarrer zu reden wünschen, ist nach den kirchlichen Ordnungen zu verfahren.

Zur rechten, geordneten Handhabung der kirchlichen Lebensordnungen ist es mehr als bisher nötig, bei allen Amtshandlungen die Bestimmungen über das Dimissoriale einzuhalten.

### WORT FÜR DIE GEMEINDEN

Das gesamte Leben des Christen ist von der Liebe und Gnade Gottes umschlossen. In der Heiligen Taufe nimmt der dreieinige Gott unsere Kinder zu seinem Eigentum an. Wir sorgen dafür, daß sie im christlichen Glauben unterwiesen werden. Mit der Konfirmation lädt die Gemeinde ihre jungen Glieder zum Heiligen Abendmahl ein. Christliche Brautpaare hören bei der Trauung vor Gottes Altar sein Wort und empfangen seinen Segen. Die Heimgegangenen werden unter Gottes Wort und Gebet zur letzten Ruhe gebracht.

Wir haben diese Gnadengaben nicht immer recht geachtet. Oft genug haben wir aus ihnen bloße Familienfeiern gemacht und ihren christlichen Sinn vergessen. Wir müssen Gott bitten, daß er uns seine Gaben neu erkennen läßt und wir wieder treuer werden in ihrem Gebrauch.

Jetzt werden als Ersatz für die christlichen Feiern sozialistische Weihehandlungen eingeführt: Namensgebung, Jugendweihe, sozialistische Eheschließung und sozialistisches Begräbnis. Mit diesen Feiern sind Gelöbnisse verbunden, die den Menschen an eine Weltanschauung binden sollen, die Gott grundsätzlich leugnet.

Wenn jemand die atheistische Weltanschauung teilt und aus innerer Überzeugung an diesen Feiern teilnimmt, so hat er das selbst vor Gott zu verantworten. Wenn aber Menschen unter Androhungen von Nachteilen dazu gezwungen werden, gegen ihre Überzeugung zu handeln, so müssen wir dagegen Einspruch erheben.

Alle diese sozialistischen Feiern können sehr festlich und eindrucksvoll gestaltet werden. Aber für uns Christen bleibt es entscheidend, daß sie gottlos sind und als Ersatz

für unsere kirchlichen Feiern eingesetzt wurden. Mag auch immer behauptet werden, es handle sich um neutrale gesellschaftliche Veranstaltungen, für uns gilt das Wort unseres Heilandes: Niemand kann zwei Herren dienen! Wir wissen, wie schwer die Entscheidung im Einzelfall sein kann, deshalb muß einer dem anderen beistehen, seine Last mittragen und ihm zu rechter Entscheidung zurückhelfen.

Wir Christen haben unseren Glauben zu bewähren in einer Welt, die von unserem Herrn nichts wissen will. Wir leben in einem Staat, der für seine atheistische Weltanschauung die führende Stellung in Anspruch nimmt. So ernst ist die Sache, um die es geht, daß wir hier der Entscheidung nicht ausweichen dürfen. Denkt an das Wort Jesu: „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele“ (Mt 16, 26).

#### WORT FÜR GEMEINDEKREISE

Gott spricht zu seiner Gemeinde und damit zu jedem einzelnen: „Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.“ In unserer Zeit, in der es nicht mehr selbstverständlich ist, sich zur Kirche Jesu Christi zu zählen, müssen wir uns neu darauf besinnen, was diese Verheißung bedeutet.

Um uns sind Menschen, die meinen, sie könnten ihr Leben ohne Gott führen. An Stelle der kirchlichen Feiern haben sie andere Feiern gesetzt, bei denen ein Gelöbnis abgelegt wird. Der Inhalt dieser Feiern ist nach ihrer eigenen Aussage „der sozialistische Humanismus, der atheistisch ist“.

Wir wissen, wie auf die Teilnahme an diesen Feiern mit allen Mitteln gedrungen wird. Das gilt sowohl für die sozialistische Namensgebung wie für die Jugendweihe, die sozialistische Eheschließung und die sozialistische Bestattung. Wir wissen auch, daß manche Christen, die von sich aus nicht gottlos leben wollen, unter dem Druck, dem sie ausgesetzt sind, wankend werden. Es bleibt aber dabei: Gott hat uns in der Heiligen Taufe zu seinem Eigentum gemacht. Er hat uns in seine Gemeinde gestellt. Alles, was Gott der ganzen Welt durch den Herrn Christus an Heil geschenkt hat, ist uns im Sakrament persönlich gegeben: Vergebung der Sünden, Erlösung von Tod und Teufel. Und wo Vergebung der Sünden ist, da ist auch Leben und Seligkeit.

Wir können unseren Kindern diese Gottesgabe nicht vorenthalten. Sie sind Gottes Kinder. Wir können sie nicht zu einer Namensgebungsfeier bringen, die die entgegengesetzte Glaubenshaltung, den Atheismus, zur Grundlage hat.

Durch die weltanschaulichen Auseinandersetzungen unserer Zeit ist uns auch unsere Verantwortung für die christliche Erziehung unserer Kinder wieder deutlich geworden. Wir haben es ihnen zu sagen und vorzuleben, was es bedeutet, daß sie getauft sind. Wir wollen die Hausandacht und das Tischgebet ernst nehmen und alle Kinder, auf die wir Einfluß haben, zu treuem Besuch der Christenlehre, des Kindergottesdienstes und des Konfirmandenunterrichtes anhalten, damit sie recht zugerüstet zum Tisch des Herrn kommen und sich als lebendige Glieder seiner Gemeinde bewähren. Wir können sie nicht zur Jugendweihe gehen lassen, die die entgegengesetzte Glaubenshaltung zur Grundlage hat. Wem ein Patenamt übertragen wird, übernimmt eine besondere Verantwortung. Wo Eltern und Paten versagen, da haben wir alle für unsere getauften Kinder einzustehen.

Über unserer Ehe steht von der Stunde der Trauung her Gottes Wort. Je älter wir werden, desto größer wird uns der Trost, daß wir unser Leben, gerade auch in der Ehe und in der Familie, nicht aus eigener Kraft führen müssen und daß wir aus der täglichen Vergebung der Sünden leben dürfen.

Den Gliedern unserer Gemeinden, die die Ehe schließen wollen, sagen wir: Laßt euch nicht um den Segen bringen, der in der kirchlichen Trauung liegt! Stellt euren Ehebund



in Gottes Ordnung und unter Gottes Verheißung! Als Christen könnt ihr euch nicht für eine sozialistische Eheschließungsfeier entscheiden, die die entgegengesetzte Glaubenshaltung, den Atheismus, zur Grundlage hat.

Wir wissen, daß über uns nicht ein dunkles Schicksal und blinder Zufall walten und daß der Tod nicht unser letzter Bezwingen ist. Wir glauben an die Auferstehung und an ein ewiges Leben. Auch über den Tagen des Leidens und über unserem Sterben steht das Wort unseres Gottes: „Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.“ Wenn wir unsere Entschlafenen in Gottes Acker betten, befehlen wir sie der Barmherzigkeit unseres himmlischen Vaters und verkünden den Trauernden den Trost des Evangeliums. Deshalb müssen wir die atheistische Beattigungsfeier für uns ablehnen.

Alle diese sozialistischen Feiern können sehr festlich und eindrucksvoll gestaltet werden. Aber für uns Christen bleibt es entscheidend, daß sie gottlos und als Ersatz für unsere kirchlichen Feiern eingesetzt wurden. Mag auch immer behauptet werden, es handle sich um neutrale gesellschaftliche Veranstaltungen, für uns gilt das Wort unseres Heilandes: Niemand kann zwei Herren dienen!

Gerade in unseren Tagen wird es uns neu deutlich, was für ein hohes Amt uns allen aufgetragen ist: Trostamt und Wächteramt. Kein Glied der Gemeinde Christi bleibt ohne einen solchen Auftrag. Mit jedem von uns hat der Herr etwas Besonderes vor. Wir dürfen mitten in der eigenen Anfechtung die besonders Angefochtenen aufrichten, daß sie ihren Herrn Christus nicht verleugnen und seinen Frieden nicht verlieren.

Laßt euch zu solchem Dienst immer wieder durch Wort und Sakrament und durch die Gemeinschaft im Gottesdienst stärken! Zu seiner ganzen Gemeinde, zu seinem Gottesvolk spricht der Herr: „Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.“

Zu den Fragen der *evangelischen Unterweisung der Jugend* und zu der durch die Lage aufgenötigten Besinnung auf neue Wege und Möglichkeiten machte Landesbischof D. Noth vor der Evangelisch-Lutherischen Landessynode Sachsens Ausführungen, die aufschlußreich für Situation, Aufgabe und Notwendigkeiten des Jugendkatechumenats und die im Gange befindlichen Erwägungen sind:

Bei aller Fragwürdigkeit des kirchlichen Bemühens um den Menschen muß doch gesagt werden: Was mit einer und gelegentlich zwei Wochenstunden Christenlehre gegenüber dem weltanschaulichen Ansturm der ganzen Woche in jungen Menschen in den fünfzehn Jahren nach dem Zusammenbruch gewachsen ist, läßt sich ohne Zweifel schwer fassen und kaum ermessen. Man versuche aber einmal, sich vorzustellen, wie es bei uns aussehen würde ohne diesen Dienst, der eben nicht nach Stunden berechnet werden kann. Das sollten sich vor allem die Kritiker fragen, die diesen unwägsamen und unkontrollierbaren Dingen zuwenig Gewicht geben. Wir haben auf mancher Synode von dem katechetischen Dienst der Kirche und von unseren Mitarbeitern auf diesem Gebiet gesprochen. Auch diesmal haben wir allen Anlaß, dies zu tun. Die Katecheten sind so fehlsam wie alle anderen Männer und Frauen im kirchlichen Dienst. Aber sie haben jahraus, jahrein treulich ihr Amt versehen, oft unter großen Schwierigkeiten. Jeder weiß um die Notwendigkeit, den Stundenplan immer wieder umzurangieren, und um die durch weltanschauliche Beeinflussung mit verursachte spürbar zunehmende Widersetzlichkeit und Disziplinlosigkeit der Kinder und auch um die weitverbreitete Gleichgültigkeit der Eltern. Heute sind diese Tatsachen noch viel profilierter zutage getreten.

Es ist gar kein Zweifel, daß dies alles einen vermehrten Einsatz an Bemühungen um die Kinder und ihre Eltern erforderlich macht. Die schon immer notwendigen Elternbesuche haben ein ganz großes Gewicht bekommen. Wo sie treulich durchgeführt worden sind, sind die bei Beginn des Schuljahres sehr kleinen Klassen wieder erheblich gewach-



sen. Nun trifft aber das alles unglücklicherweise genau mit der Notwendigkeit weitgehender Sparmaßnahmen zusammen. Hier stehen alle verantwortlichen Stellen der Kirche vor ganz ernststen Fragen. Einmütigkeit besteht darüber, daß folgende beiden Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen.

1. Es muß den *Realitäten in finanzieller Hinsicht* Rechnung getragen werden, gerade damit der wesentliche kirchliche Dienst auch für die Zukunft weiterhin getan werden kann.

2. Die Kirche kann nicht nur an rein fiskalische Gesichtspunkte denken, sondern muß alles tun, um den ihr aufgetragenen Dienst gerade auch an der jungen Generation zu leisten. Um des Dienstes an den Menschen willen ist sie da. Für diesen Dienst muß sie *Opfer bringen*. Alle Möglichkeiten zu diesem Dienst muß sie mit heißem Herzen aufnehmen. Darum muß sie in erster Linie ihre finanziellen Mittel dafür einsetzen, daß die Mitarbeiter, um deren Sendung wir ja immer Gott bitten, ihre Aufgaben erfüllen können. Es entspricht deshalb der Sache, daß der größte Teil der kirchlichen Ausgaben Personalausgaben sind. Für die verantwortlichen Stellen der Kirche auf allen Ebenen, von der Gemeinde bis zur Landeskirche, ist es nötig, daß sie bei allen fälligen Entscheidungen niemals einen der beiden genannten Gesichtspunkte aus dem Auge lassen, so gewiß sich diese oftmals widerstreiten. Es ist klar, daß bei einem starken Absinken der Klassenstärke Zusammenlegungen nötig sind. Es ist ebenso klar, daß rein fiskalische Erwägungen und rein rechnerische Überlegungen nicht hinreichend sind, etwa schon angesichts der Tatsache, daß das Bemühen um die junge Generation gerade heute einen ausgedehnten Besuchsdienst erfordert. Es ist ebenso klar, daß die finanziellen Überlegungen nicht die Fürsorge für die Mitarbeiter im kirchlichen Dienst ertönen dürfen. Wie viele Schwierigkeiten die hier angedeuteten Fragen bereiten werden, brauche ich nicht im einzelnen auszuführen. Ich kann nur alle Beteiligten dringend bitten, mit großer Ernsthaftigkeit nach den rechten Wegen zu suchen. Im übrigen bin ich der Überzeugung, daß viele Gemeinden durch erhöhte Opferfreudigkeit das Gemeindeleben tragen werden, wenn ihnen das Herz warm gemacht wird für das, was der Kirche ganz speziell aufgetragen ist, nämlich für den Dienst am Menschen.

Auch die Erziehungskammer der Gliedkirchen in der DDR befaßte sich häufig mit den katechetischen Nöten, Fragen und Aufgaben. Aus den von ihr erarbeiteten Vorschlägen verdient folgendes hervorgehoben zu werden:

Die Unterrichtsarbeit wird in ihrer äußeren Form viel beweglicher gestaltet werden müssen. Mit Nachdruck muß daran gearbeitet werden, für die Christenlehre kircheneigene Räume zu erstellen. Geldmittel für diesen Zweck sollen auch weiterhin bereitgestellt werden. Ziel dieser Aktion muß es sein, in absehbarer Zeit in jeder Gemeinde mindestens einen derartigen Raum zu schaffen.

Es muß erwogen werden, in viel stärkerem Maße Kinder und Jugendliche in Wochenendrüstzeiten und Ferienrüstzeiten zusammenzufassen. An manchen Orten wird es bald nicht mehr möglich sein, geregelten klassenmäßigen Christenlehreunterricht zu geben. Dann wird man viel stärker noch auf die freien Zeiten in den Ferien und im Zusammenhang mit den kirchlichen Festen zurückgreifen müssen. In Zukunft wird der Katechet wahrscheinlich seinen Urlaub nicht während der Ferien, sondern während der Schulzeit nehmen müssen.

Es ist ernsthaft zu prüfen, ob die Christenlehregruppen nicht vom Klassenverbild der Schule gelöst und nach Altersgesichtspunkten zusammengestellt werden müßten.

Es kommt alles darauf an, eine enge Verbindung mit der Arbeit des Kindergottesdienstes herzustellen. Vor allem muß versucht werden, organisatorisch die Arbeit des Kindergottesdienstes enger mit der verantwortlichen Arbeit der Kirche zu verbinden.

Besondere Bedeutung kommt der Elternarbeit zu. Wenn es nicht gelingt, die christ-

lichen Eltern auf ihre Verpflichtung hinzuweisen und sie dazu zu veranlassen, sich intensiver als bisher für die Wahrung ihrer Rechte einzusetzen und die Wahrung ihrer Erziehungspflichten ernster zu nehmen, besteht für die weitere Entwicklung ernste Sorge. Auch in diesem Punkt werden die Gemeinden nach neuen Wegen suchen müssen.

Die Gemeinden müssen auch den Eltern Mut machen, auf ihrem Recht zu bestehen, ihre Kinder in den kirchlichen Unterricht zu schicken, und zwar auch dann, wenn die Kinder den Schulhort besuchen.

Der an einzelnen Orten gegebene Rückgang von Christenlehregruppen darf auf keinen Fall dazu führen, Katecheten abzubauen. Wenn die Erteilung des kirchlichen Unterrichts nicht überall mehr in der bisher gewohnten Form möglich ist, müssen die freiverwendenden Kräfte dafür eingesetzt werden, in anderen Formen den Auftrag der Kirche zu erfüllen, die ihr anvertraute Botschaft an die Kinder heranzubringen.

Die Hausbesuche und die Elternarbeit gewinnen immer größere Bedeutung.

Eine besonders wichtige Aufgabe besteht darin, Pfarrer und Gemeinden sorgfältig über den Sinn des kirchlichen Unterrichts und über die Frage der Konfirmation zu unterrichten.

Der Schulanfängergottesdienst sollte tatsächlich am Tage des Schulanfangs gehalten werden. Allerdings muß die Kirche bei der Zeitansetzung sehr beweglich sein, weil die Schulleiter zum Teil im letzten Augenblick noch einmal die Schulanfangszeiten verlegen, um den Besuch des Schulanfängergottesdienstes zu verhindern. Die Koppelung dieses Gottesdienstes mit dem Kindergottesdienst des benachbarten Sonntags hat sich nicht sonderlich bewährt.

Als neue Form des kirchlichen Lebens und der Unterweisung setzen sich an verschiedenen Orten langsam Familiengottesdienste durch, die in sehr unterschiedlicher Form gehalten werden. Vielerorts hat man mit dieser Einrichtung gute Erfahrungen gemacht.

Offen tritt der anfangs- und bruchstückhafte Charakter der Besinnung auf neue Wege für Verkündigung und Seelsorge in Ost und West zutage. Bei allen diesen Bemühungen um den inneren Bereich der Kirche geht es ihr ja nicht darum, ihren Bestand zu sichern und zu pflegen, sondern um den Vorstoß in die gegenwärtige Weltwirklichkeit, in den Nebel des schleichenden und in die scharfe, kalte Luft des unverhohlenen Atheismus. Es wird noch viel unverdrossener mühsamer Arbeit und zuversichtlichen Betens ohne Unterlaß bedürfen, damit die Kirche in der Zeit des Übergangs und Aufbruchs nicht versage, sondern erkenne und wirke, wozu sie gesetzt und gesandt ist. Ohne Gebet und Arbeit und – ohne Schmerzen kann das von der Treysaer Kirchenkonferenz erhoffte Neue für Verkündigung und Ordnung der Kirche nicht zum Durchbruch kommen.

### *e) Das Ringen um ein neues Selbstverständnis der Kirche*

Alle Gliedkirchen der EKD bemühen sich seit Jahr und Tag auf Grund der durch die neuere Theologie und die Erfahrungen des Kirchenkampfes der Kirche zugemessenen Erkenntnisse um die Klärung ihres Selbstverständnisses und dessen praktische Verwirklichung. In diesem Zusammenhang erwachsen den unierten Kirchen besondere Aufgaben, an deren Bewältigung u. a. in der Evangelischen Kirche in Westfalen seit langem mit Nachdruck gearbeitet wurde. Schon im Anschluß an die Verabschiedung der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen durch die Landessynode 1953 berief die Kirchenleitung den Aus-

schoß „Bekenntnis und Einheit der Kirche“ und beauftragte ihn, das in den Grundartikeln der Kirchenordnung bezeugte Selbstverständnis der Evangelischen Kirche von Westfalen zu überprüfen, in der lutherische, reformierte und unierte Gemeinden in einer Kirche verbunden sind.

Der Ausschuß hat der Westfälischen Landessynode im November 1959 einen zusammenfassenden Bericht über seine fünfjährige Arbeit vorgelegt. In der Einleitung heißt es:

Im Blickpunkt lag die Bemühung, das je Besondere der lutherischen und der reformierten Bekenntnisaussagen zu erfassen und daraufhin zu befragen, wieweit dem kirchentrennende Bedeutung zukomme. Gemäß den Bekenntnissen war der Maßstab der Arbeit das Wort Gottes, wie es in den Schriften Alten und Neuen Testaments zu uns redet. In zunehmendem Maße ergab sich für alle an der Ausschußarbeit Beteiligten, daß die Glaubens- und Lehrunterschiede zwischen Lutheranern und Reformierten sich in den 400 Jahren kirchlicher Geschichte und theologischer Arbeit nicht erledigt haben, daß sie auch nicht nivelliert oder wegdisputiert werden dürfen, daß sie aber keine die Kirchengemeinschaft aufhebende Macht mehr besitzen. Wenn auch an wichtigen Punkten Glaubens- und Lehrunterschiede nach wie vor bestehen, so hat sich ihr die Gewissen bindendes Gewicht offenbar verlagert. Lutheraner, Reformierte und Unierte sind heute in der Lage, durch die Unterschiede hindurch die Einheit in der Kirche des Wortes zu ergreifen.

Die einzelnen Abschnitte des vorgelegten „zusammenfassenden Berichtes“ sind so aufgebaut, daß, ausgehend von der doppelten Front, in welcher sich Lutheraner und Reformierte gegenüber dem römischen Katholizismus und den Schwärmern gemeinsam befanden und noch befinden, die Lehrabweichungen herausgestellt werden, welche im Verhältnis der Kirchen der Reformation zueinander sichtbar werden. „Dabei sind jeweils die Grenzen markiert, jenseits derer nach unserer gemeinsamen Überzeugung die Aussagen nicht mehr Zeugnis der Wahrheit des Evangeliums sind und das Leben in einer Kirche unmöglich wird. Ein Schlußabschnitt sucht jeweils deutlich zu machen, inwiefern Gottes Wort Lutheraner, Reformierte und Unierte heute fordert.“

Nachstehend sind die jeweiligen „Schlußabschnitte“ der einzelnen Hauptabschnitte in gekürzter Fassung wiedergegeben<sup>2</sup>.

#### *A. Das Bekenntnis*

Wir erkennen als Lutheraner, Reformierte und Unierte gleichermaßen, daß unser Bekenntnis vor Gott und den Menschen und die Zeugnisgestalt des Bekenntnisses untrennbar zusammengehören. Darin steht die Aufgabe vor uns, unseren Glauben aus der Wahrheit des Geistes Gottes heraus immer neu zum Bekenntnis werden zu lassen. Unser Bekenntnis zu Gott dem Vater und Christus seinem Sohn im Heiligen Geist steht dabei mit den Vätern unter dem Maßstab der Schrift und will immer erneut Zeugnis des einen Heiles in Christus für die Welt werden. So ist es 1934 in der Barmer Theologischen Erklärung geschehen. Wie die Gültigkeit der reformatorischen Bekenntnisschriften nichts ist ohne gegenwärtiges Bekenntnis der einen Wahrheit, so muß dieses Bekenntnis stets unter der Leitung des Heiligen Geistes die Bekenntnisgestalt finden, die unsere Glaubenserkenntnis an der bewährten Wahrheit der reformatorischen Einsicht nüchtern

2. Der volle Wortlaut des „zusammenfassenden Berichtes“ liegt vor in der Schrift „Bekenntnis und Einheit der Kirche“, Luther-Verlag, Witten/Ruhr, 31 S.

überprüfen läßt und so der Gemeinde einen währenden Gewißheitsgrund in der Welt vermittelt.

### *B. Die Schrift und ihr Gebrauch*

Wir erkennen als Lutheraner, Reformierte und Unierte gleichermaßen, daß nur der lebendige Umgang des Christen mit dem Alten und Neuen Testament Grundlegung des evangelischen Glaubens sein kann. Dabei bedeutet die Historisierung des Schriftzeugnisses eine Erschwerung des Zuganges. Wir erkennen aber auch, daß die heutige Bibelwissenschaft unseren Glauben in neuer Weise auf seinen Gegenstand lenkt, indem sie uns die Eigenart der biblischen Zeugen mit der Zeitbedingtheit ihrer Redeweise in ganz neuer Lebendigkeit vor Augen stellt. Sie vertieft das Schriftverständnis der Reformation, indem sie den raumzeitlichen Rahmen biblischer Zeugenschaft und darin das Herrsein Christi neu erkennen lehrt. Sie zeigt uns einen Umgang mit der Schrift, der an vielen Punkten die Grenzen konfessionell bestimmter Auslegung überschreiten läßt und zu neuem Gesamtverständnis der Schrift führen kann. Wir sind als Lutheraner, Reformierte und Unierte miteinander auf diesem neuen Wege zur Schrift und stehen in der gemeinsamen Verantwortung, unsere Gemeinden dem Worte Gottes und dem Umgang mit der Bibel zuzuführen.

### *C. Gesetz und Evangelium*

Wir erkennen als Lutheraner, Reformierte und Unierte gleichermaßen, daß wir unserer Welt das Wort der Vergebung und zugleich den Anspruch des Gesetzes Gottes schuldig sind, mit dem Gott auch unsere Welt einholt und sie seiner Herrschaft auch über ihre modernen Strukturen innerwerden läßt. Wir haben dieser unserer Welt ihre Gefangenschaft in den Kerkern ihrer Eigenständigkeiten anzusagen und ihr zugleich die Freiheit unter dem Gesetz Gottes zu bezeugen. Wir haben den Menschen in der Welt, den wir bis hinein in die politischen, wirtschaftlichen und biologischen Belange seines Lebens in der Zumutung des Gesetzes Gottes behaften, der heilenden Macht des Evangeliums zu vergewissern. Unsere Kirche aber dürfen wir keiner falschen Beruhigung im Evangelium anheimfallen lassen. Denn nur wo die Kirche das Gesetz Gottes über sich anerkennt, kann die Stimme des Evangeliums weltwirksam werden.

### *D. Die Kirche*

Wir erkennen, daß Lutheraner und Reformierte die Akzente zwischen Erwählung und Vollmacht des Geistes einerseits, Traditionsoffenheit und Schriftbeziehung andererseits verschieden setzen. Wir erkennen aber auch, daß die Verkündigung des Wortes und die Verwaltung der Sakramente uns als Lutheraner, Reformierte und Unierte so tief im Grunde verbinden, daß wir uns miteinander als Glieder der einen Kirche des Wortes wissen. Unter der Gewalt des Wortes Gottes halten wir uns miteinander bereit, den Verführungen kirchlicher Restauration und welthafter Akkomodation zu widerstehen. Wir stehen miteinander in den Anfechtungen einer geschichtlich gewordenen Kirche an der gleichen Aufgabe, Gottes Wort allein die Ehre zu geben und der Welt Gottes Heil zu verkündigen. Wir sind bereit, uns gegenseitig an die eine heilige Kirche mahnen zu lassen, wenn menschliche Doktrinen uns zu Konsequenzen zwingen wollen, die den reformatorischen Ansatz von der allein wirksamen Gnade Gottes verdunkeln.

### *E. Das Amt*

Unsere Arbeit an den in der Evangelischen Kirche von Westfalen geltenden Bekenntnissen hat uns gezeigt, daß, wie das Predigtamt an die Gemeinde gewiesen ist, so die Gemeinde durch den Dienst des Predigtamtes ihr Leben hat.



Wir stehen miteinander im gegenwärtigen kirchlichen Dasein in Not und Gefährdung, wenn das Predigtamt in ein solches Gegenüber zum Priestertum aller Gläubigen und zu den Diensten in der Gemeinde gebracht wird, daß die Alleinzuständigkeit des Amtes die Gemeindeglieder in ihrer Bereitschaft, dem Herrn der Kirche in der Gemeinde zu dienen, lähmt, oder wenn die Gemeinde zur Herrin der Verkündigung gemacht wird. Wir sehen, daß heute viele Träger der Verkündigung vereinsamt sind und von ihren Gemeinden alleingelassen werden, daß sie es aber auch oft versäumen, alles an das Mündigwerden der Gemeinde zu setzen und statt dessen der Selbstdarstellung des Amtes dienen.

Wir erkennen als Lutheraner, Reformierte und Unierte gleichermaßen, wie das Zueinander von Amt und Gemeinde dadurch in Bewegung gerät, daß mündige Christen mit neuer Lebendigkeit und steigendem Verantwortungsbewußtsein in der Gemeinde für die Gemeinde tätig werden. In vielfältiger und neuartiger Weise treten Christen in den Bereich der Gemeinédiakonie und Verkündigung ein. In dem Maße, wie der Träger des Predigtamtes und die Gemeinde dadurch in neue Wechselbeziehung treten, daß Gemeindeglieder zu eigener Tätigkeit erweckt werden, werden konfessionell geschiedene Auffassungen über das Verhältnis von Amt und Gemeinde einander angenähert.

### *F. Die Taufe*

Als Lutheraner, Reformierte und Unierte sind wir miteinander der Überzeugung, daß Gott seine in der Kirche waltende Taufgnade nicht vom menschlichen Verstehen abhängig macht. Durch die Kindertaufe bewährt Gott sein Heilshandeln an dem Menschen. Wo christliche Eltern ihre Kinder nicht zur Taufe bringen, weil sie die Notwendigkeit des Glaubens als Voraussetzung der Taufe betonen, da werden wir mit ihnen nach dem rechten Verständnis der Kindertaufe neu fragen müssen. Wo Eltern, die nicht zu Gottes Wort halten, ihre Kinder zur Taufe bringen wollen, wird die Kirche genötigt sein, die Taufe zu späterem Zeitpunkt – auch als Erwachsenentaufe – ins Auge zu fassen.

### *G. Das Abendmahl*

Wir erkennen als Lutheraner, Reformierte und Unierte, daß Jesus Christus im Abendmahl auch heute unter uns ist und mit seiner Gemeinde handelt. Wir sind überzeugt, daß das Abendmahl zwar eine unter mehreren Weisen ist, in der das in Christus gegründete Heil auf uns zu kommt, daß das Besondere und Eigene des Abendmahls aber gegenüber der Wortverkündigung darin angelegt ist, daß der auf das Kreuz zugehende Jesus dies Mahl uns zum Heil gestiftet hat. Der Gehorsam gegenüber seinen Stiftungsworten bestimmt unser Verstehen und unsere Teilnahme am heiligen Abendmahl. Jesus Christus schenkt uns mit dem Abendmahl seine für uns in den Tod gegebene Leiblichkeit. Er will uns damit gegenwärtig sein als die schöpferische Mitte seines Leibes, zu welchem der Jüngerkreis in der Feier des Mahles durch den Heiligen Geist zusammengefügt wurde und zu dem wir in der gemeinsamen Feier des Abendmahles erbaut werden.

### *H. Die Christologie*

Wir erkennen als Lutheraner, Reformierte und Unierte gleichermaßen, daß alles Heil für die schuldverfallene Menschheit in Jesu Sterben erworben und in Jesu Auferwekung von Gott offenbar gemacht ist. Wir glauben an den menschgewordenen Gottessohn, der mit seinem Dasein in der Welt Gottes Liebeswillen gültig verwirklicht hat, indem er Gottes Liebe ist. Wir erfahren Gottes tröstende und heilende Gegenwart in Jesus, seinem Sohne, wo sein Wort verkündigt, mit seiner Taufe getauft und sein Leib und Blut vergossen wird. Wir erwarten alles Heil für Welt und Menschen von der



Wiederkunft dieses Menschgewordenen und Gekreuzigten und leben miteinander in der Freude auf seinen Tag.

In dem Bekenntnis zu Jesus Christus unserem Herrn, dem einigen Haupt seines Leibes, der das „Ein und Alles“ unseres Daseins in seiner Kirche ist, leben wir unseres Glaubens als in einer Kirche verbunden und befehlen die Last der Unterschiede in der Lehre der wirksamen Gnade dieses einigen Hauptes der Kirche.

### *1. Die Eschatologie*

Wir glauben als Lutheraner, Reformierte und Unierte gleichermaßen, daß Gott nahe ist und daß es eine Eigenart evangelischen Glaubens ist, mit den biblischen Zeugen die Nähe Gottes auch in zeitlicher Hinsicht als bewegende Mitte unseres Daseins in einer vergehenden Welt zu glauben. Auch unser verschiedener Bekenntnisstand und die durch ihn geprägten Kirchen gehören zu dieser vergehenden Welt. Wie der evangelische Christ diese Welt nicht verläßt, weil sie keine bleibende ist, so wird ihm seine Verantwortung für die Welt und auch für die Kirche in ihrer geschichtlichen Gestalt nicht wesenlos. Aus der eschatologischen Erwartung heraus erhalten die Welt und die irdische Gestalt der Kirche die Wichtigkeit, die ihnen zukommt.

### *f) Der 9. Deutsche Evangelische Kirchentag*

Zu den Zeichen einer im Aufbruch zu neuen Ufern befindlichen Kirche gehörte auch der 9. Deutsche Evangelische Kirchentag, der im August 1959 in München stattfand und unter der Losung „Ihr sollt mein Volk sein“ stand.

Kennzeichnend dafür war die Teilnahme zahlreicher Gäste aus der Ökumene; nicht weniger als 3 000 Besucher kamen aus dem Ausland und vertraten 82 Kirchen aus 23 Ländern. Erwies sich der Kirchentag damit als Klammer zwischen den Christen in Deutschland und in der Welt, so konnte sein gesamtkirchlicher Charakter im Blick auf die deutsche evangelische Christenheit und seine Funktion als Klammer zwischen den Christen in Ost und West unseres Vaterlandes dieses Mal nur unzureichend zur Darstellung gebracht werden; das Fehlen vieler Gemeindeglieder aus der DDR, auf deren Kommen man bis zuletzt gehofft hatte, gab dem Münchener Kirchentag eine schmerzliche Signatur. Von 15 000 beantragten Passierscheinen waren nur etwas mehr als 1000 bewilligt worden; 26 Pfarrer aus der DDR, die für den Predigtendienst am Eröffnungssonntag vorgesehen waren, konnten nicht ausreisen. Als Begründung dieser einschneidenden Einschränkungsmaßnahmen erschienen in der Presse der DDR heftige Ausfälle gegen die angeblich völlig westliche Orientierung des Kirchentages, die sowohl im Programm wie in der Auswahl der Referenten zum Ausdruck komme, und die verleumderische Bezeichnung, der Kirchentag unterstütze die Nato-Politik der Bonner Regierung. Angesichts dieser Angriffe sah sich die Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik veranlaßt, eine Verlautbarung herauszugeben, um die Gemeinden in der DDR in die Lage zu versetzen, gegenüber Angriffen in der Öffentlichkeit Aufklärung über Sinn und Ziel des Kirchentages überhaupt und des Münchener Kirchentages im besonderen zu geben:

In der letzten Zeit sind in der Öffentlichkeit und in der Presse sowohl Westdeutschlands als auch bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik verschiedentlich

Stimmen laut geworden, die behaupten, der Deutsche Evangelische Kirchentag in München werde kein gesamtdeutsches Ereignis mehr sein, sondern einseitig die Gedanken der Bundesrepublik und ihrer Regierung vertreten. Damit durch derartige Verlautbarungen nicht Zweifel und Verwirrung in unseren Gemeinden auftreten und unser aller große Freude über den Münchner Kirchentag gemindert werde, stellen wir folgendes fest:

Der Deutsche Evangelische Kirchentag ist ein Geschenk Gottes an seine evangelische Kirche, das uns gerade in der Zeit der Zertrennung unseres Volkes nach dem Kriege gegeben worden ist. Im Osten und Westen unseres Vaterlandes sind die evangelischen Gemeinden vom Aufbruch in Hannover 1949 an gemeinsam den Weg gegangen, der unter dem Zeichen stand: Kirche in Bewegung. Als Gemeinden in Bewegung haben sie sich in der Kirchentagsarbeit der folgenden Jahre gemeinsam gemüht, ihre Verantwortung vor Gott und vor dem Nächsten in den vielfältigen Fragen unseres Lebens, in Kirche und Ökumene, in Volk und Staat, in Dorf und Stadt, in der Familie, in der Wirtschaft und bei der Arbeit zu bedenken und wahrzunehmen. In Ost und West haben sie auf den Kirchentagen gemeinsam den Ruf Gottes gehört, den Ruf zur Bruderschaft in Berlin 1951, den Ruf zum Vertrauen in Hamburg 1953, den Ruf zu fröhlicher Hoffnung in Leipzig 1954 und schließlich den Ruf zur Versöhnung mit Gott in Frankfurt 1956. Gemeinsam schicken wir uns nun an, vom Kirchentag in München 1959 her zu hören: Wir sind Gottes Volk.

Es steht fest: Von Anfang an hat es sich der Deutsche Evangelische Kirchentag zur Aufgabe gemacht, allein vom Worte Gottes her zu den konkreten Fragen unseres täglichen, persönlichen und auch des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen und Wegweiser zu sein – inmitten unserer zerrissenen Welt wirklich eine riskante Aufgabe! Auch der Münchner Kirchentag wird dieser Aufgabe nicht ausweichen. Daß nur wenige Brüder und Schwestern aus unseren Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zum Kirchentag fahren können, daß nur wenige von ihnen als Referenten vorgesehen werden konnten, wird von der Leitung des Kirchentages selbst am meisten bedauert, doch war den Männern und Frauen aus unserem Gebiet die Mitarbeit bei der Vorbereitung des Münchner Kirchentages leider nicht in solchem Maße möglich wie in den früheren Jahren. Dies gilt auch im Blick auf das Vorbereitungsheft. Dabei steht jedoch fest, daß sowohl Thema als auch Gesamtlinie des 9. Kirchentages von Vertretern aller unserer Kirchen gemeinsam festgelegt sind.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. Dr. Reinold von Thadden-Trieglaff, und seine Mitarbeiter genießen das uneingeschränkte Vertrauen aller Gemeinden in Ost und West, weil wir es erfahren haben, daß diese Brüder und Schwestern in der Kirchentagsarbeit nur ihrem Herrn dienen wollen und dabei frei sind von aller Bindung an politische Mächte und Zielsetzungen.

So rufen wir unsere Gemeinden auf, nicht Kritik und Zweifel aufkommen zu lassen, sondern Gott dem Herrn zu danken für das Geschenk des Deutschen Evangelischen Kirchentages und zugleich in Fürbitte und Gedenken unsere Brüder und Schwestern nach München zu begleiten. Das treue Gebet aller Christen in Deutschland wird auch den 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag zu einem wahrhaft gesamtkirchlichen Ereignis machen, von dem wir alle nur Segen haben werden. Wir sind gewiß: entgegen allen anderen Behauptungen wird die Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe, die uns mit unseren Brüdern und Schwestern im Westen bisher in der Arbeit des Kirchentages trotz aller irdischen Schranken verbunden hat, auch in Zukunft uns erhalten bleiben. Denn wir sind in Ost und West das eine Volk Gottes.

Neben dem ökumenischen Charakter, der bedauerlicherweise durch das notgedrungene Fernbleiben einer größeren Teilnehmerzahl aus den Gemeinden in der DDR beeinträchtigt wurde, bestand die aufschlußreiche Besonderheit des Mün-

chener Kirchentages in seiner eindeutigen Innenwendung. Die Mehrzahl der Besucher suchte nicht die Problematik der äußeren Welt, sondern Antwort auf Fragen aus dem inneren menschlichen Bereich. Entgegen anderen Erwartungen hatten von den zehn Arbeitsgruppen diejenigen den stärksten Zulauf, die diesem Bereich zugewandt waren. Demgegenüber war die Arbeitsgruppe „Die Wirtschaft“ relativ schwach besucht, und auch das Thema „Staat“, das von so attraktiven Sprechern wie Kultusminister Osterloh (CDU) und MdB Erler (SPD) in überaus wertvollen und weiterführenden Referaten behandelt wurde – wir berichten darüber an anderer Stelle –, vermochte den vorgesehenen Raum einer großen Halle nicht restlos zu füllen. Dagegen waren die Gottesdienste, Abendmahlsfeiern und Gebetsgemeinschaften auffallend gut besucht; die Möglichkeiten zu seelsorgerlichen Gesprächen, zur Einzelbeichte und zur „Evangelischen Beratung“ – diese wurde auf dem Münchener Kirchentag zum erstenmal eingerichtet – wurden lebhaft in Anspruch genommen.

Sein drittes Kennzeichen als Tag einer Kirche, die sich in einem Übergangszeitalter befindet, empfing der Münchener Kirchentag von der Tatsache, daß er in einem Klima nüchterner Sachlichkeit ohne sensationelle Spannungen ablief. Nicht durch kurzlebige Sensationen, sondern durch das Drängen auf klare und sachkundige Unterrichtung und Vertiefung war er ausgezeichnet. Diese Unterrichtung und Vertiefung meinte aber nicht eine im theoretischen Bereich verbleibende Sache, sondern fragte nach der Mobilisierung der Vielfalt der Gaben und Kräfte innerhalb der evangelischen Christenheit in Deutschland und ihrer Betätigung und Bewährung im Alltag der gegenwärtigen Welt.

Endlich muß als typisch für den 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag als Selbstdarstellung einer Kirche im Aufbruch nach vorn hervorgehoben werden, daß er in stärkerem Maße als die früheren Kirchentage Gegenstand der kritischen, und das heißt letzten Grundes doch der selbstkritischen Betrachtung und Würdigung durch die Kirche selbst war. Kritischen Anfragen unterlagen unter anderem der notwendige Massencharakter einer solchen Veranstaltung und die „Ausuferung“ des Kirchentages, der mit zehn Arbeitsgruppen und 520 Einzelveranstaltungen zu einer überladenen und nicht mehr übersehbaren Schau geworden sei; auch bleibe es eine offene Frage, ob der Kirchentag eines seiner wesentlichsten Ziele, auch an die der Kirche Entfremdeten heranzukommen, wirklich erreicht und an seinem Teil zur Verwirklichung der Sendung der Kirche an und in die glaubens- und kirchenfremde Welt der Gegenwart beigetragen habe. Es gab aber auch innerkirchliche Stimmen, die fragten, ob der Kirchentag nicht doch durch die in der Bundesrepublik vorherrschende kirchliche Mentalität geprägt gewesen sei, und die die Anwesenheit prominenter Bonner Politiker beim Kirchentag und die Anwesenheit prominenter westdeutscher Kirchenführer bei dem Soldatentreffen kritisch notierten. (Auf das Soldatentreffen anläßlich des Kirchentages wird in einem anderen Zusammenhang noch eingegangen werden.) Man sollte diese innerkirchlichen kritischen Anmerkungen zum Kirchentag nicht ärgerlich als parteiische oder gar politisch voreingenommene Urteile abtun, sondern sie sehen und werten als notwendige Lebensäußerungen einer Kirche auf dem Wege des Suchens nach der rechten Verwirklichung ihrer Sendung und ihres Dienstes. „Wir Christen sind Schuldner der Welt, zu der wir gehören und in der wir wirken. Kein reaktionäres Programm

und keine neue Philosophie sind wir unseren Zeitgenossen schuldig, aber eine Botschaft – die frohe Kunde von Gott, dem Herrn, der im Dunkel das Licht scheinen läßt“ (Kirchentagspräsident D. Dr. von Thadden-Trieglaff auf der Schlußkundgebung).

## 2. DIE ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG DER KIRCHE

### A. Die politische Verantwortung der Kirche 1959

Mit angestrenzter Aufmerksamkeit, Sorge und in wacher Verantwortung tat auch im Jahre 1959 die Kirche ihren Dienst am politischen Leben und sprach ihr Wort zu seinen wichtigsten Geschehnissen. Sie trieb damit nicht Allotria, noch durchbrach sie, ihr Wesen verfälschend, den Kreis ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten. Zwar sind die theologischen Begründungen des politischen Amtes und des Dienstes der politischen Diakonie der Kirche verschieden; zwar besteht auch über Wege und Weisen, wie dieses Amt und dieser Dienst wahrzunehmen seien, keine Übereinstimmung, aber einig sind die Vertreter der christokratischen Begründung der politischen Diakonie der Kirche und diejenigen, die eine solche Begründung aus der Zwei-Reiche-Lehre ableiten, darin, daß die Mitverantwortung für die Welt und ihre brennenden Fragen zu den elementaren Wahrheiten gehört, zu deren Erkenntnis und Anerkennung die Kirche geführt worden ist, und daß diese Wahrheit den Christen die Rolle von Zaungästen der Weltgeschichte verwehrt. Von der Selbstbesinnung und der Konzentration auf die Mitte der Verkündigung her wird die Kirche unüberhörbar zum Dienst in der Welt gerufen. Sie „erweist sich gerade dadurch als Kirche Jesu Christi, daß sie solidarisch ist mit den Fragen, den Ängsten, den Verlegenheiten, den Nöten der Menschen ihrer Zeit. Das wäre eine Kirche von Pharisäern, die ihren Weg suchte in der Distanz von den Steinen und dem Schmutz der Straße, auf der die Menschen unserer Tage stolpern und gehen müssen<sup>3</sup>“. Allerdings birgt der kirchliche Dienst am Politischen die Gefahr in sich, daß sich die Kirche vor den Wagen bestimmter politischer Meinungen und Entscheidungen spannen läßt, zumal den politischen Mächten daran gelegen ist, ihre Schützenhilfe, mindestens aber ihr Stillschweigen zu bestimmten Schritten und Maßnahmen zu gewinnen. Darum bedarf jede kirchliche Äußerung zu politischen Vorgängen sorgfältiger theologischer Überlegung und Klärung, um der Verdächtigung auf politische Hörigkeit und der Bezeichnung, Vorspanndienste für eine so oder so geartete politische Richtung, Absicht oder Meinung zu leisten, möglichst geringen Anlaß zu bieten. Sie muß sich auch über die andere Tatsache Rechenschaft ablegen, daß das große öffentliche Interesse an der kirchlichen Erörterung politischer Probleme weniger der Kirche und ihrer Haltung als den politischen Streitfragen an sich gilt.

Es war ein politisch erregendes und bewegtes Jahr, obschon es keine großen, augenfälligen Ereignisse auf dem Gebiet des Lebens und Zusammenlebens der Völker aufzuweisen vermag. Die Chronik von 1959 verzeichnet eine große politische und diplomatische Aktivität im Dienst der Entspannung der Weltlage. Nicht zuletzt wurde diese emsige Betriebsamkeit ausgelöst durch die in

3. H. Kunst: Die politische Aufgabe der Kirche. 1955. S. 6.



den ersten Januartagen erfolgte Überreichung eines Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland an die Westmächte durch die Regierung der UdSSR. Der Ministerpräsident der UdSSR, der Präsident und der Vizepräsident der USA, der Bundeskanzler, der Ministerpräsident der DDR, die Außenminister aller großen und kleinen Mächte und viele andere Persönlichkeiten in verantwortlichen Staatsämtern unternahmen politische Reisen in einem noch nie dagewesenen Ausmaße, um durch persönliche Kontakte und Gespräche die weltpolitischen Spannungen zu beseitigen oder doch abzumindern und der Menschheit zu dem ersehnten Frieden zu verhelfen, der mehr ist als der Zustand ruhender Waffen, mit dem sich der kalte Krieg und damit die ständige Angst leider durchaus vereinigen lassen. Zahllose Briefe und Noten wurden gewechselt, zahlreiche Konferenzen und Besprechungen gehalten, aber die Welt überschritt die Schwelle zum Jahre 1960 mit der gleichen Beklommenheit und Besorgnis, mit der sie das Jahr 1959 begonnen hatte, zumal eine am 11. Mai zusammengetretene Konferenz der Außenminister der Großmächte am 5. August ohne greifbares Ergebnis namentlich im Blick auf die Berlin- und Deutschlandfrage vertagt wurde. Die Regierung der UdSSR ließ den von ihr für die Klärung des Status von Berlin gesetzten Termin verstreichen, ohne irgendwelche Maßnahmen auszulösen, aber dieser Aufschub bedeutet keineswegs den Verzicht auf die russischen Vorschläge zur Berlin- und zur Deutschlandpolitik.

Wieder und wieder hat die evangelische Christenheit in Deutschland zu den politischen Lebensfragen unseres zweigeteilten Volkes, die zugleich Existenzfragen der Welt sind, das Wort genommen. Sie hat sich an die Regierungen der Großmächte und an die verantwortlichen Politiker gewandt, um ihnen im Blick auf die Friedensvertragsverhandlungen ihre Sorgen und Bitten vorzutragen. Zu wiederholten Malen wurde sie vor allem bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorstellig, daß der auf ihren christlichen Bürgern lastende Gewissensdruck aufhören und den vielfältigen Nöten, Schwierigkeiten, Angriffen und Hemmungen, denen Kirche und Christen ausgesetzt sind, ein Ende gemacht werden möge. Die Gemeinden wurden zu Bittgottesdiensten für den Frieden aufgerufen und zur Bewahrung der kirchlichen Gemeinschaft in der EKD ermahnt. Die Erörterungen über die Frage der Stellung des Christen zu den Atomwaffen nahmen ihren Fortgang; über das Problem der Wehrdienstleistung in einer atomar ausgerüsteten Armee bzw. der Verweigerung des Wehrdienstes in einer solchen Truppe und der Möglichkeit der Seelsorge unter der Voraussetzung der Ausstattung der Truppe mit Atomwaffen wurde wieder eine oft leidenschaftliche Diskussion geführt. Die in, mit und unter den Stellungnahmen zu diesen Einzelfragen implizit vollzogene Erörterung von Grundsatzfragen der theologischen Ethik des Politischen stieß an einigen Stellen zur ausdrücklichen Entfaltung der prinzipiellen Problematik vor. Nicht weniger hart als in den besonderen Fragen des politischen Ethos der Christen prallten auch in der Grundsatzdebatte die gegensätzlichen Stellungnahmen und Entscheidungen aufeinander; der heftige Widerstreit diametral entgegengesetzter Meinungen lag lastend auf der evangelischen Christenheit in Deutschland und gab nicht unbegründeten Anlaß zu düsteren Prognosen im Blick auf ihre Einheit als Gemeinschaft des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung. Bis zum Ende der Berichtszeit gelang es trotz angestrengter und sorgsamer Bemühungen nicht, die tief-



gehende Gegensätzlichkeit der Meinungen in grundsätzlichen Fragen, die unter anderem in der an die Obrigkeitsschrift von Bischof D. Dr. Dibelius (s. u.) anknüpfenden Diskussion in kaum noch zu überbietender Schärfe zur Aussprache kam, zu bereinigen.

### *a) Verkündigung als politische Diakonie*

Es war seit jeher die Überzeugung und Übung der evangelischen Kirche, daß ihr entscheidender Dienst im politischen Raum und am politischen Leben in der vollmächtigen Ausrichtung des Anspruchs und des Zuspruchs der Christusbotschaft besteht. „Je nachdrücklicher die Kirche nur Kirche ist und jene Aufgaben erfüllt, die ihr weder von klugen noch von fleißigen Leuten abgenommen werden können, desto fruchtbarer wird sie auch im politischen Raum sein können. Das heißt: Die Verantwortung aller Verantwortungen der Kirche ist die Kraft und Gesundheit ihres Gottesdienstes. Aller Dienst der Kirche, der nicht in dem guten Wort Gottes und in dem Heiligen Sakrament, im Gebet und Lobgesang seine Wurzel hat, ist sicher Häcksel, auch wenn er noch so in die Augen stechend garniert ist ... Im Gottesdienst, und dazu gehören natürlich auch die übrigen geistlichen Dienste einer Gemeinde, reifen jene Früchte, die sich mit der Statistik nicht erfassen lassen. Die Anrede der Predigt, die uns dort übermittelte Botschaft, hat unmittelbar zu tun mit unserem Zusammenleben, also auch mit dem menschlichen Klima des Sozialgefüges, hat es zu tun mit dem Verantwortungsbewußtsein ... Die rechte Predigt hat es zu tun mit dem Wandel des Christen bis hin zur Steuererklärung<sup>4</sup>.“

Der Öffentlichkeitsausschuß der Evangelischen Kirche von Westfalen unterzog sich der Aufgabe, den Fragen des Öffentlichkeitsbezuges der kirchlichen Verkündigung systematisch nachzugehen und vor allem die politische Dimension der Predigt auszuleuchten. Das Ergebnis dieser Bemühungen legte er in einer Thesenreihe vor, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben.

#### THESEN ZUR FRAGE DES ÖFFENTLICHKEITSBEZUGES DER VERKÜNDIGUNG\*

1. Die Gemeinde Christi ist das Volk Gottes auf Erden. Sie steht unter der Herrschaft Christi und ist gehalten, nach seinen Weisungen zu leben. Zugleich ist sie in die Welt gesendet, um öffentlich in allen Völkern die Herrschaft Christi zu proklamieren. Die Gemeinde Christi ist daher nach ihrem Sein und ihrem Auftrage immer eine Größe von höchster politischer Bedeutung. Sie tritt mit diesem ihrem Sein und Auftrag allen gesellschaftlichen und politischen Gebilden der Welt gegenüber und markiert durch ihre Anwesenheit in der Welt die Grenze der Gesellschaft und der Staaten und die Endlichkeit aller politischen Gewalten und Ordnungen. Die Verkündigung des Wortes Gottes ist der größte und heilsamste Dienst, der dem Menschen in seiner politischen Existenz geleistet werden kann. Indem sie sich an den in der Welt lebenden und den Weltmächten verfallenen Menschen richtet, vermag sie ihn aus dieser Gebundenheit zu erlösen und ihn zu neuem Dienst an seinem Nächsten in den irdischen Gemeinschaften zu befreien.

---

4. H. Kunst: Die politische Aufgabe der Kirche. 1955. S. 10f.

\* Die Thesen sind vom Öffentlichkeitsausschuß unter Mitarbeit von Herrn Professor D. Wendland erarbeitet worden.

2. Unter „Predigt“ ist in den folgenden Sätzen in erster Linie die Predigt des Gemeindegottesdienstes zu verstehen. Jedoch ist zu bedenken, daß das gleiche Wort auch auf die volksmissionarische Verkündigung und die christliche Unterweisung sinngemäß angewendet werden sollte. Der Begriff der öffentlichen Verkündigung kann unmöglich auf die Predigt im Sonntagsgottesdienst beschränkt werden, weil das Wort Gottes nicht auf die besonderen Gelegenheiten des Sonntagsgottesdienstes beschränkt ist, sondern auf viele Weisen auch außerhalb des Gottesdienstes verkündigt werden muß.

3. Der Ausdruck „politische Predigt“ ist insofern höchst mißverständlich, als er den Eindruck erweckt, man denke an eine politisierte Predigt, also eine Predigt, welche im speziellen Sinne „Politik“ treibt, die Kirche an eine politische Partei und ihre politische Grundanschauung oder an ein bestimmtes politisches System binden will und auf diese Weise Christus zu politischen Zwecken mißbraucht. Sachgemäß kann „politische Predigt“ nur heißen: Predigt an den Menschen in seiner politischen Existenz, die er immer hat und vollzieht, auch dann, wenn er sich unpolitisch gebärdet. Diese Predigt hat das Gegenüber von Kirche und Welt, Kirche und Staat, Kirche und Politik zur Voraussetzung. Sie ist die Predigt von Gesetz und Evangelium an alle Menschen zur Unterrichtung der Gewissen, insonderheit aber an alle Verantwortlichen, an alle Träger politischer Funktionen.

4. Die Bestimmung des Öffentlichkeitsbezuges der Predigt ist immer davon abhängig, wie wir das Verhältnis von Kirche und Welt verstehen und daß wir der Kirche, weil sie sendungsgemäß Kirche für die Welt ist, die Aufgabe einer gesellschaftlich-politischen Diakonie in der politisch-sozialen Wirklichkeit dieser Welt zugestehen, die über die Diakonie der barmherzigen Liebe im engeren Sinne (z. B. Innere Mission und Hilfswerk) hinausgreift.

5. Bejahen wir das Amt der politischen Diakonie der Kirche, so hat die Predigt in ihrem Öffentlichkeitsbezug insbesondere die Aufgabe, dem Menschen in seiner politischen Existenz die Gebote Gottes (Dekalog!), erleuchtet durch das Liebesgebot Christi und in diesem zusammengefaßt, zu verkündigen. Eine solche Predigt verkündigt, erhellt und begründet die politische Ordnung als Mandat und Anordnung Gottes und die verantwortliche Aufgabe des Menschen als des Trägers und Verwalters dieses göttlichen Mandates. Die Predigt im Dienst politischer Diakonie ist die Aktualisierung jenes politischen Bezuges, die der Verkündigung des Wortes Gottes stets innewohnt. Sie tritt daher auch nicht bloß in der Form von Ansprachen und Erklärungen zu besonderen Anlässen in Erscheinung.

6. Die gegenwärtige Situation stellt uns vor die Frage, ob und in welcher Form wir das Amt des „Hofpredigers“ in der modernen Demokratie erneuern können. Die Belastung des modernen Staates durch die Differenzierung seiner Aufgaben, durch den Pluralismus der Massenverbände und Parteien, durch die politischen Ideologien und Religionen, macht die Unterweisung der unsicher und hilflos gewordenen Gewissen ebenso schwierig wie dringlich. Es ist Unbarmherzigkeit gegenüber dem Menschen in seiner politischen Existenz, wenn sich die Verkündiger des Evangeliums dieses Seelsorgerdienstes politischer Diakonie entziehen.

7. Es ist die Pflicht der sich für die öffentlichen Angelegenheiten verantwortlich wissenden Predigt heute, gegenüber dem praktischen Nihilismus unserer Zeit die Wohltat und heilsame Notwendigkeit der göttlichen Anordnung des Staates zu verkündigen, seine Autorität zu begründen und der Absolutsetzung der Massenorganisationen und ihrer Ideologien kräftig zu widerstreiten, andererseits aber auch die Grenzen der Macht und der Mächtigen deutlich zu kennzeichnen, die Mächtigen an Recht und Gerechtigkeit zu binden und alle streitenden Gruppen in der Gesellschaft an das gemeinsame öffentliche Wohl zu erinnern, das heute im Getümmel des Interessenkampfes sichtbar zu werden droht.

8. Für das Eingreifen der Predigt in konkrete politische Entscheidungen (z. B. deutsche

Wehrgesetzgebung) gibt es keine allgemeine Regel. Wichtig ist die Tragweite und der ideologische Charakter einer politischen Entscheidung. Wichtig ist ferner, daß der Prediger sich von den Fragestellungen und Behauptungen der Parteien und der Presse unabhängig zu machen sucht. Damit ergibt sich

a) die Frage nach dem Verhältnis der Verkündigung zur politischen Vernunft. Eine autonome politische Vernunft gibt es nicht. Immer ist dieselbe von Vorentscheidungen verschiedener Art, z. B. überliefertem Ethos, Weltanschauung, sozialem Standort, wirtschaftlichen Interessen usw., abhängig. So gewiß genaue Sachkenntnis erforderlich und der Glauben nicht dazu da ist, diese zu ersetzen, so gewiß bedarf die politische Vernunft der Hilfe der Gesetz und Evangelium treibenden Verkündigung. Die Verkündigung macht die politische Vernunft sachlich, selbstkritisch, nüchtern.

b) Da heute die Fundamente des Menschseins und der Gesellschaft bedroht sind, rücken auch scheinbar geringfügige Streitfragen weltlich-politischer Natur immer wieder in den Verantwortungsbereich der Verkündigung. Zumal aber wo es um Amt und Autorität des Staates überhaupt, um grundlegende Fragen der Rechtsordnung oder der sozialen Hilfe für gefährdete Bevölkerungsschichten geht, kann die Verkündigung nicht schweigen. Wollte sie in einer Sphäre zeitloser Wahrheiten verbleiben, so höbe sie sich selbst auf und zerstörte den Charakter des Evangeliums als Anrede an den geschichtlichen Menschen.

9. Es gibt eine Fülle politischer Aufgaben, zu deren Bewältigung sehr verschiedene Wege beschritten werden können, über welche auch die Männer der Sachkunde entgegengesetzt urteilen. Auch Christen können hier zu voneinander abweichenden Auffassungen gelangen. Das ist der Bereich der sog. Ermessensurteile. Es kommt aber darauf an, daß wir gerade solche Ermessensurteile am Worte Gottes ständig überprüfen. Aus dem ständigen Dialog der politischen Vernunft mit dem Worte Gottes können konkrete Weisungen der christlichen Gemeinde an ihre Glieder in der politischen Welt entstehen, die über individuelle politische Geschmacksurteile ebenso hinausgehen wie über moralische Allgemeinheiten.

10. Die persönlichen Voraussetzungen für die Predigt im Dienst politischer Diakonie sind vor allem: das Ringen um die Klarheit und Vollmacht zum Worte im Gebet, die intensive Bemühung um Sachkunde, die Prüfung des konkreten Anlasses, der eine besondere Stellungnahme zu erfordern scheint, dazu die Überwindung der vorschnellen Redelust als einer besonderen Versuchung der Prediger.

11. Entscheidend wichtig für die Predigt im Dienst politischer Diakonie ist darüber hinaus, daß der Prediger die Gemeinschaft mit den Brüdern pflegt und sich der damit gegebenen Hilfe dankbar bedient. Dazu gehört:

a) die Beratung der Prediger und aller Amtsträger der Kirche durch Christen, die in der politischen Arbeit tätig sind;

b) die Zusammenarbeit mit Arbeitsgemeinschaften von Christen, die politische Funktionen ausüben, zur Klärung politischer Streitfragen;

c) das Hören auf das Urteil der Brüder im gemeinsamen Pfarramt und die Bemühung um ein gemeinsam zu wagendes und zu verantwortendes Zeugnis insbesondere dann, wenn es notwendig scheint, in große politische Entscheidungsfragen einzugreifen, die um der Ordnung des Staates und des Gemeinlebens willen beantwortet werden müssen. Die immer begrenzte Einsicht des einzelnen Predigers bedarf der Unterstützung durch die Brüder im Amt und in der Gemeinde.

12. Unsere Predigt wird gerade dann im falschen Sinne politisch wirken, wenn sie unpolitisch sein will und damit die Neutralisierung der Kirche im öffentlichen Leben und die Privatisierung des Glaubens betreibt. Die Versäumnisse in der Zeit des Nationalsozialismus legen hiervon beredtes Zeugnis ab. Die Erkenntnis der Bekennenden Kirche, die „den Trugschluß des Unpolitischen“ durchschaut (Delekat), gilt auch heute. Daß „politische Predigt“ eine gefährliche Sache ist, ist richtig! Aber dies gilt von aller

Verkündigung und jeglicher Seelsorge, welche in die wirklichen Konflikte und Nöte der menschlichen Gemeinschaft hineinspricht, die in den Konflikten leidenden und kämpfenden Menschen wirklich anredet und ihnen durch geistliche Weisung beizustehen sucht. Jegliches Haschen nach politischem Effekt wird der rechte Prediger auf das strengste vermeiden.

### *b) Kirche und Staat; Kirche und Parteien*

1. Obwohl dem tiefer eindringenden Blick das Gefälle zur Säkularisation des öffentlichen Lebens in der *Bundesrepublik* nicht verborgen bleiben kann, blieb das Verhältnis von Kirche und Staat gut. Der kirchliche Dienst wurde von den Regierungen in Bund und Ländern entgegengenommen, anerkannt und vielfach gefördert.

Zwischen dem Lande Hessen und den beteiligten Landeskirchen Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck und Rheinland wurde ein *Staatskirchenvertrag* vorbereitet, zu dem die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland wie folgt Stellung nahm:

Die Landessynode nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der evangelischen Landeskirchen im Lande Hessen mit dem Lande Hessen über den Abschluß eines neuen Staatskirchenvertrages. Die Landessynode ist mit der Fortführung der Verhandlungen im Rahmen des bisher erarbeiteten Vertragsentwurfs einverstanden. Die Kirchenleitung wird ermächtigt, den Vertrag zusammen mit den beteiligten Kirchen in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck zu ratifizieren.

#### *Begründung:*

Seit dem Jahre 1955 schweben Verhandlungen zwischen den evangelischen Landeskirchen in Hessen und dem Lande Hessen über den Abschluß eines neuen Staatskirchenvertrages. Die Verhandlungen wurden seinerzeit vom Staate angeboten mit der Zielsetzung, die bisherigen Staatsleistungen an die Kirchen zu fixieren, die Baulastverpflichtungen des Staates an kirchlichen Gebäuden abzulösen und die Restbestände einer Staatsaufsicht gegenüber den Kirchen in dem geltenden Staatskirchenrecht zu beseitigen. Die Kirchen haben zu diesem Programm von vornherein erklärt, daß nicht nur eine Regelung von Einzelfragen oder nur eine Entflechtung der bestehenden staatskirchenrechtlichen Beziehungen ins Auge zu fassen seien, sondern daß die Gesamtstellung der Kirche in der staatlichen Ordnung, wie sie von den Kirchen verstanden und in den Grundsatzbestimmungen des Bonner Grundgesetzes und der Länderverfassungen verankert sei, in einem neuen Staatskirchenvertrag ihren Ausdruck finden müsse. Vor allem gehe es dabei um die Anerkennung der „Selbständigkeit“ der Kirche im Sinne einer durch den Verkündigungsauftrag der Kirche begründeten und inhaltlich bestimmten, durch staatliches Gesetz nicht zu tangierenden Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, um die Anerkennung der Wirklichkeit und Unantastbarkeit des innerkirchlichen Rechtsbestandes, schließlich um die Verwirklichung einer gewissen Kooperation und Partnerschaft von Kirche und Staat in den beide Partner berührenden Angelegenheiten.

Der Vertragsentwurf nach dem Stand der Verhandlungen zu Anfang April 1959 trägt dem Grundanliegen der Kirchen Rechnung. Er lehnt sich weitgehend, zum Teil bis in die Formulierungen hinein, an die vorangegangenen Kirchenverträge von Niedersachsen und Schleswig-Holstein an und betont wie diese Verträge das Festhalten an dem Preußischen Kirchenvertrag von 1931 als der gemeinsamen staatskirchenrechtlichen Grundlage des Rechtsstatus der ehemals preußischen Landeskirchen.



Grundsätzliche Bedenken gegenüber den vorgesehenen Regelungen sind in den bisherigen Verhandlungen nicht zutage getreten. Den in Art. 5 (Staatsleistungen) und Art. 6 (Ablösung der staatlichen Baulast) bestimmten Regelungen haben die beteiligten Kirchen in einem vorläufig geltenden Verwaltungsabkommen bereits zugestimmt. Durch Art. 5 wird die in dem preuß. Kirchenvertrag nicht erreichte vertragliche Sicherung der staatlichen Zuschüsse zur Pfarrbesoldung und -versorgung gegeben. Allerdings bleibt der für die Rheinische Kirche festgesetzte Betrag von 0,25 Millionen hinter den bis dahin tatsächlich geleisteten Beträgen zurück, jedoch wird der Ausfall von 40 000,- DM auf Grund besonderer Abmachung von der kurhessischen Kirche gedeckt. Die Ablösung der staatlichen Baulast (Art. 6) betrifft die Rheinische Kirche – abgesehen von dem Fall des Doms zu Wetzlar, für den eine Sonderregelung mit den übrigen Beteiligten vorbehalten ist – nur in einem Fall (Pfarrhaus Kröffelbach). Über die Schulartikel (Art. 13 und 14) ist unter Zuziehung der beteiligten Schuldezernenten besonders verhandelt worden.

Ob der Vertragsentwurf die Zustimmung der beteiligten Kirchenleitungen und Landesregierungen und die Zustimmung der Synoden und des Landtages finden wird, ist bei der Berichtsabfassung nicht abzusehen. Die Rheinische Kirchenleitung ist der Auffassung, daß der Entwurf durchaus die Linie einhält, welche die Kirchenverträge von Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorgezeichnet haben, und im ganzen auch die positive Würdigung verdient, welche diese Verträge gefunden haben. Sofern also die hauptbeteiligten Kirchen von Hessen-Nassau und Kurhessen-Waldeck dem Vertrag zustimmen, wird die Rheinische Kirche ihre Zustimmung kaum versagen können. Unter diesen Umständen wird die Einberufung der Synode zu einer außerordentlichen Tagung nach Feststellung des endgültigen Vertragstextes nicht für erforderlich gehalten und eine Ermächtigung der Kirchenleitung beantragt, gegebenenfalls den Vertrag zusammen mit den beiden anderen Landeskirchen zu ratifizieren.

Unter den innenpolitischen Ereignissen des Jahres 1959 darf der außerordentliche *Parteitag der SPD* in Bad Godesberg, bei dem ein neues *Grundsatzprogramm* verabschiedet wurde, mit Fug und Recht einen hohen Rang beanspruchen. Von vordringlichem Interesse sind der erste Abschnitt „Grundwerte des Sozialismus“ und der erste Absatz des kulturellen Teils des Programms, der von „Religion und Kirche“ handelt:

#### *„Grundwerte des Sozialismus“*

Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der der einzelne Mensch sein Leben in Freiheit, verantwortlich dem Ganzen, führen und in Gemeinschaft mit anderen das gesellschaftliche Dasein, in das er gestellt ist, politisch, wirtschaftlich und kulturell formen kann.

Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.

Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen verschiedener Glaubens- und Denkrichtungen aus der Gemeinsamkeit ihrer sittlichen Grundwerte und politischen Ziele. Sie erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren ...

Die schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten können. Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muß alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

### *Religion und Kirche*

Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.

Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.

Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

Als bedeutsam an diesem Programm verdienen folgende Aussagen hervorgehoben zu werden: Die Anerkennung einer „wertgebundenen Toleranz“ (Arndt), die das Ja zu Religion und Kirche als wirkenden und wertvollen Kräften der Gesellschaft einschließt, der Verzicht auf die traditionelle These der SPD, daß Religion Privatsache sei, die Nichtwiederholung der früheren Proklamation der Trennung von Kirche und Staat und statt dessen die Erklärung der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen im Sinne einer freien Partnerschaft, endlich die Erklärung, daß der Sozialismus keinen Religionsersatz darstelle.

Einen der Höhepunkte des Münchener Kirchentages und einen beachtlichen Vorstoß in Richtung auf die Durchbrechung erstarrter und verhärteter parteipolitischer Fronten stellten die Referate dar, die der Bundestagsabgeordnete Erler (SPD) und der Kultusminister Osterloh (CDU) in der Arbeitsgruppe 6: Der Staat, hielten. Es ging dabei um die erregende und für das innerstaatliche Leben und Zusammenleben geradezu entscheidende Frage: „Wenn Christen politische Gegner sind ...“ Der Abgeordnete Erler führte aus (das Referat wurde geringfügig gekürzt):

In der Frage steckt schon drin, daß sie also politische Gegner sein können. Muß es nicht vielleicht unter Christen sogar politische Gegner geben? In der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist das sicher der Fall. Ich weiß, wieviel von den kommenden Gedanken nur die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland erfaßt. In der DDR sieht vieles ganz anders aus.

Die moderne Demokratie ist – wie die Engländer sagen – government by discussion,

eine Regierung durch Diskussion. Dazu gehören mehrere Parteien. Nur ihr Vorhandensein sichert dem Staatsbürger die persönliche Freiheit. Die Herrschaft einer einzigen Partei entartet zur Willkür. Das haben wir alle schrecklich erlebt. Deshalb kennt unsere Demokratie verschiedene Parteien, soll Macht nicht nur in einer Hand liegen, sondern in einer vernünftigen Weise verteilt sein. So sollten die verschiedenen Faktoren öffentlicher Macht im Gleichgewicht zueinander stehen, einander kontrollieren und Machtmißbrauch verhüten. In dieser Gewichtsverteilung wirken Parlament, Regierung und Rechtsprechung, Bund, Länder und Gemeinden, Parteien und Organisationen aufeinander ein.

Stunden der Not erzwingen Konzentration der Macht. Die Selbstbehauptung eines Volkes in gefährvoller Zeit kann die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in einer Regierung auf breitester Grundlage gebieten. Dann muß das Parlament als Ganzes seine Aufgabe als Kontrollorgan gegenüber der Regierungsmacht besonders sorgfältig wahrnehmen, müssen auch die Parteien innerhalb der Regierungszusammenarbeit einander in vertrauensvoller Wachsamkeit kontrollieren, um die Freiheit des Staatsbürgers nicht verkümmern zu lassen.

In normalen Zeiten steht aber der von der Mehrheit getragenen Regierung die Opposition als parlamentarische Minderheit gegenüber. Diese Opposition ist mehr als lediglich geduldete Kritik. Ihre heilsame Funktion ist die, die mögliche Regierung von morgen zu sein. Der Staatsbürger muß mit seiner Entscheidung einen Wechsel der Regierung herbeiführen können. Nur diese Möglichkeit hält die Regierung bei der Ausübung ihrer Macht im Zaum und bewahrt die Opposition vor skrupelloser Demagogie, die weil sie jederzeit beim Wort genommen werden kann, falls sie einmal regiert. Dieser Wechsel muß eine ernsthafte Möglichkeit sein. Es genügt nicht, wenn man sich sagt, eine Opposition müsse zwar sein, aber sie dürfe nie regieren. Dann bliebe es ja in Wahrheit bei einer Regierung ohne ernsthafte Kontrolle, das heißt ohne Furcht vor Ablösung.

Man kann manchmal die Meinung hören, Christen sollten auch im politischen Felde immer einig sein. Das geht gar nicht. Das wäre eine Verkümmern der Demokratie. Nicht der Krieg, aber der Kampf ist der Vater vieler Dinge. Im Ringen der Meinungen schält sich der rechte Weg heraus. Die Mehrheit hat zwar nicht immer recht, aber in einer Demokratie hat sie das Recht zur Entscheidung. Das aber bürdet ihr und ihrer Spitze auch eine besonders große Verantwortung auf, bei dieser Entscheidung ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit zu erstreben. Man muß die anstehenden Fragen miteinander erörtern und prüfen, um so den Versuch zu einer guten, von allen Kräften getragenen Lösung zu machen. Bleiben dann immer noch Meinungsverschiedenheiten, dann liegt die letzte Entscheidung bei der frei gewählten Regierung und ihrer Mehrheit.

Erwünscht ist ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in den großen Lebensfragen unseres Volkes. In Notzeiten ist das zwingendes Gebot. Aber eine solche Gemeinsamkeit kann nicht um *jeden Preis* herbeigeführt werden. Das Streben nach Gemeinsamkeit darf nicht eine freimütige Erörterung ersticken. In dem Verlangen nach Einigkeit um jeden Preis steckt noch das Erbe einer obrigkeitsstaatlichen Vergangenheit, steckt Scheu vor der Verantwortung des Staatsbürgers selbst. Wenn die Parteien in allem einig sind, ist die Entscheidung zwischen ihnen gleichgültig. Der Sinn der Entscheidung des Staatsbürgers bleibt nur gewahrt, wenn ihm verschiedene Möglichkeiten vorgetragen werden.

Das geistige Erbe unseres Volkes ist weitgehend durch die verschiedenen Ausformungen des Christentums geprägt. Gewiß ist so mancher unter uns nur ein lauer Christ. Unsere Gesellschaft sähe aber völlig anders aus, wenn sie nicht in so vielen christlichen Traditionen wurzelte. In einem solchen Volke müssen sich Christen in verschiedenen Parteien finden. Wären sie alle nur in einer Partei, dann gäbe es die erdrückende Mehrheit dieser Partei auf der einen Seite gegen eine bedeutungslose Minderheit der Nicht- oder gar Antichristen auf der anderen. Auch dies wäre der Einparteienstaat mit allen

bösen Folgen, selbst wenn sie christlich verbrämt würden. Auch dafür hat die Geschichte schon Beispiele geliefert. Seien wir auf der Hut, damit nicht unversehens im Namen des Christentums totalitäre Ansprüche erhoben werden.

In einem Volke wie dem unseren sollte aus der Zugehörigkeit zum Christentum kein parteipolitisches Kapital geschlagen werden. Was uns allen gehört, das darf man nicht von einem Teil unseres Volkes beschlagnahmen lassen. Denn eine Partei ist immer nur ein Teil, wie schon der Name sagt. Sie ist nicht das Ganze. Ernstes Unheil fängt an, wenn eine Partei sich mit dem Ganzen verwechselt.

Der Artikel 21 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland spricht ausdrücklich von den Parteien, welche an der politischen Willensbildung mitwirken. Damit sind eindeutig mehrere Parteien gemeint und nicht nur eine.

Dort, wo freiheitlich-demokratische Ordnung herrscht, sollten Möglichkeiten des Staates nicht benutzt werden zur Verlängerung der Macht der Partei. Die Entscheidung hierüber liegt nur beim Wähler. Im Kampfe um seine Zustimmung muß mit gleichartigen Waffen gefochten werden. So sollen sich die Parteien der Entscheidung des Souveräns, der Gesamtheit der wahlberechtigten Bürger, stellen. Diese Mahnung geht an alle Parteien in Bund und Ländern.

Auch die Kirche soll sich in den innerpolitischen Machtkampf nicht zugunsten einer politischen Partei einmischen. Natürlich ist sie in den Fragen unserer Zeit nicht zum Schweigen verurteilt. Wir haben gestern gehört, wie es um das Wort, den Ratschlag und die Hilfe der Kirche bestellt ist und um die Abgrenzung von der Weisung. Vor 1918 waren evangelische Kirche und Staat in unserem Lande weitgehend zu einer Einheit verschmolzen. Thron und Altar standen zusammen und repräsentierten die bestehende politische Ordnung. Sie machten Front gegen jede Änderung der innenpolitischen Machtverhältnisse. Jetzt ist das anders. Jetzt identifiziert sich die Kirche nicht mehr mit den konservativen politischen und sozialen Kräften. Damit ist auch ein gut Teil der Ursachen entfallen, die in Deutschland zur Entfremdung zwischen Kirche und Arbeiterschaft geführt hatten.

Christen sollten im politischen Streit nicht die Hilfe ihrer Kirche verlangen. Die evangelische Kirche hält sich, der neugewonnenen Einsicht folgend, im politischen Raum zurück. Nach evangelischem Verständnis kann die Kirche dem einzelnen seine politische Verantwortung nicht abnehmen, auch wenn die katholische Kirche dies tut. Wer das Gewissen des Staatsbürgers an eine bestimmte Partei kettet, zerstört für diesen Staatsbürger die Freiheit der Wahl. Es besteht die Gefahr, daß die politische Auseinandersetzung mit einer Partei, die von der Kirche gestützt würde, zu einer an sich gar nicht notwendigen Entfremdung der politisch Andersdenkenden von jener Kirche führt.

Es muß immer gefragt werden, ob eine Partei wirklich ihren Zielen und Vorstellungen einen Dienst erweist und dem Christentum hilft, wenn sie sich durch ihre Namensgebung auf das Christentum beruft. Weltanschauliche und religiöse Momente können das Ringen politischer Parteien unnötig verschärfen. Die Parteien unterscheiden sich voneinander – wenn man von den zahllosen Zweckmäßigkeitserwägungen in Tagesfragen absieht – im wesentlichen durch ihr Ordnungsbild von der menschlichen Gesellschaft. Die Trennlinie entspricht häufig den uralten Grundströmungen der Beharrung und Bewahrung auf der einen Seite und der Veränderung und Bewegung auf der anderen. Die politischen Unterschiede sollten nicht durch Verwechslung politischer und religiöser Fragen vernebelt werden. Es ist keine Schande, konservativ zu sein und sich auch so zu nennen.

Als Staatsbürger sollten Christen eine politische Meinung haben. Sie sollen Partei ergreifen. Das ist die Pflicht der Freiheit. Demokratie ist kein Zustand, sondern eine Aufgabe. Dabei muß man sich von dem Gerede frei machen, daß nur die jeweiligen Regierungsparteien große Staatspolitik betreiben, während die Opposition schmählicher Parteipolitik verhaftet sei. Dieser Spruch ist nur eine andere Form bequemer Anpas-



sung an die jeweilige Obrigkeit. Er deklariert den Verzicht auf die eigene Meinung. Wer keine Politik macht, entgeht nicht den Folgen der Politik anderer.

Im politischen Felde sind immer verschiedene Lösungen möglich. Ein Denken ohne Alternativen ist unpolitisch. Vor allem aber bietet Gottes Wort kein Rezept zur Lösung politischer Streitfragen. Wohl gewinnen wir aus ihm eine Anleitung, in welchem Geiste wir an die politischen Fragen herangehen und wie wir sie austragen sollen. Die Träger verschiedener Meinungen, die Verfechter verschiedener Lösungsmöglichkeiten sollen einander nicht exkommunizieren. Das Evangelium ist kein Gesetz – es fordert Glauben. Alles *andere* steht zur Debatte. Daraus darf man keine Glaubenstrennung machen. Dies gilt auch für den Kampf um die Atombewaffnung oder für die Frage, wie der Christ sein Christsein behaupten kann gegenüber einer antichristlichen Staatsgewalt. Es gibt keinen christlichen Staat, sondern nur Christen und ihre Kirche im Staat. Es sollte aber auch keinen antichristlichen Staat geben, sondern freien Raum, um als Christ glauben und leben zu können.

Politische Entscheidungen hängen ab von einer Beurteilung der Lage, von der Reihenfolge der Ziele und von der Art und der Zweckmäßigkeit der zu ihrer Erreichung verwendeten Mittel. Solche Entscheidungen lassen sehr verschiedene Varianten zu, und zwar bei gleicher Bindung an die verbindlichen Grundwerte. Da verschiedene Lösungen möglich sind, sollte man die Diskussion nicht vorzeitig unter Berufung auf das Gewissen abbrechen. Wo wirklich das Gewissen befiehlt, hört ja die Diskussion auf. Dann gibt es nur ein „Hier stehe ich und kann nicht anders“. Diesem Befehl gilt es dann auch auf jede Konsequenz hin zu folgen. Allerdings ist ein solcher Gewissensbefehl außerordentlich selten und führt zu einer höchst persönlichen Entscheidung. Natürlich wirken dabei Erfahrungen der Vergangenheit, Lehren der Umwelt, die Einbettung in die Gemeinschaft, die Aussprache mit anderen Menschen mit. Dennoch gibt es kein Kollektivgewissen, das es dem einzelnen abnähme, sich persönlich der Auseinandersetzung zu stellen. Was das Gewissen mir befiehlt, ist Richtschnur für mich selbst. Ob es mich berechtigt, ein gleiches von anderen zu fordern, ist eine andere Frage. Vor allem aber muß man sorgsam prüfen, ob es sich wirklich um einen solchen Befehl des Gewissens handelt oder um eine bloße Beschwörung der eigenen bisher vorgebrachten Argumente. Wir müssen einsehen, daß auch der *Andersdenkende seinem* Gewissensbefehl folgen kann. Gewissenhafte Prüfung ist selbstverständlich. Sie heißt in unserem Sprachgebrauch doch wohl nur sorgfältige Prüfung und dringt nicht in jedem Falle gleich bis zu der Tiefenschicht des Gewissensbefehls vor. Eine wohlbegründete *Überzeugung* ist noch lange kein Gewissensbefehl. Überzeugungen können durch Argumente beeinflusst und verändert werden. Zwischen verschiedenen Überzeugungen kann es Kompromisse geben. Das Gewissen dagegen verlangt Gehorsam und erlaubt weder Diskussion noch Kompromiß.

Politische Auseinandersetzungen werden oft dadurch verschärft, daß sie mit theologischen Argumenten ausgefochten werden, und zwar vor allem dann, wenn auf beiden Seiten in sich geschlossene, also wohlbegründete theologische Auffassungen vorgelegt werden. Manchmal führt das zum Vorwurf, der andere sei ungehorsam gegen Gott. Auch dieser Fall ist denkbar. Dann muß man sich aber seiner Konsequenzen voll bewußt sein. Dann müßte sogar die Gemeinschaft in der gleichen Kirche aufhören. Deshalb gilt es, sehr sorgsam zu prüfen, ob eine solche Situation wirklich gegeben ist oder ob man nicht nur eine harte Diskussion besonders dramatisch zugespitzt hat.

In unseren Parlamenten bilden die politischen Gruppen Fraktionen. Es erregt Ärger, daß sie so oft gruppenweise einheitlich abstimmen. Dennoch ist der sogenannte Fraktionszwang eine Legende. Fraktionen sind Gemeinschaften im politischen Kampf. Da stellt sich oft die Frage, ob man bei einer abweichenden Meinung im Einzelfall eine Politik gefährden darf, die man sonst billigt. Die Regierung muß sich auf stabile Mehrheiten stützen, die Opposition eine in sich geschlossene Alternative darbieten können.

Das ergibt sich aus den Notwendigkeiten des politischen Kampfes. Deshalb wird in den Fraktionen lebhaft diskutiert, aber dann doch in vielen Abstimmungen einheitlich gehandelt, und zwar ohne Zwang, der durch das Grundgesetz ohnehin verboten wäre. Auseinanderfallen bei Abstimmungen gibt es gar nicht selten in reinen Zweckmäßigkeitsfragen. Gerade in den größeren politischen Streitfragen wirkt sich aber die Solidarität der Regierungs- oder Oppositionsgruppe aus. Wirkliche Gewissensfragen sind, wie vorhin dargelegt, selten. Die Entscheidung des einem Gewissensbefehl folgenden Abgeordneten muß dann aber von Freund und Gegner respektiert werden. Die Fraktionen tun das, wie Peter Nellen bei der CDU oder die zwanzig Gegenstimmen aus der SPD bei der Grundgesetzergänzung 1956 beweisen. Laßt uns darauf achten, ob die Parteien bei der Kandidatenaufstellung jene Entscheidung auch respektieren.

Nicht unbedingt schneidet dabei derjenige am besten ab, der den angeblichen Fraktionszwang bei anderen beklagt.

Christen können hart fechten, aber sie sollen in politischen Auseinandersetzungen einander ertragen und dürfen einander dabei nicht verketzern. Das gilt auch für das Verhältnis derjenigen Christen, die vom Evangelium her Widerspruch anmelden zur Obrigkeit oder zu bestimmten Beschlüssen, zu jenen Christen, die glauben, jene Obrigkeit mit tragen zu müssen.

Mit dem politischen Gegner wird gerungen, ja, es wird sogar um ihn gerungen. Deshalb lehne ich die Definierung des Politischen als Freund-Feind-Verhältnis ab. Sie entmenslicht die Politik. Natürlich wird in der Politik zwischen Andersdenkenden, ja Gegnern gerungen. Aber es geht dabei doch immer um die Gestaltung der menschlichen Gemeinschaft, der wir angehören, die auch den politischen Gegner mit umschließt. So ist Politik eben nicht einfach Bekämpfung des anderen oder gar Auslöschung eines Feindes, sondern immer Zusammenleben, möglichst sogar Zusammenwirken.

In der Politik gibt es nicht nur eine Wahrheit. Der Andersdenkende muß nicht irren, selbst wenn ich das meine. Der Glaube hingegen kennt nur eine Wahrheit. Aber in schmerzvoller Geschichte haben wir auch hier Duldsamkeit gelernt gegenüber dem Irrtum und gegenüber dem anderen Glauben. Hüten wir uns vor der Gefahr, überheblich zu sein gegenüber dem Andersdenkenden, auch und gerade gegenüber dem Mitchristen. Gerade der Christ sollte nach harter Auseinandersetzung auch die Bereitschaft zur Vergebung selbst für angetanes Unrecht in sich spüren und entsprechend handeln. Mancher versucht, mit dem Anspruch, ein „besserer Christ“ zu sein, politische Geschäfte zu verbinden. Er kommt damit in die Nähe jenes Satzes von Orwell, alle Menschen seien gleich, aber manche noch gleicher. Uns ziemt Demut, auch gegenüber dem Mitmenschen. Aber sie ist keine, wenn sie zur Schau getragen wird. Christ sein schafft keine Vorrechte, sondern stellt Aufgaben.

Für die Christen im politischen Raume reicht es nicht aus, wenn man ihnen empfiehlt: „Seid nett zueinander.“ Es kommt nicht nur darauf an, wie sie miteinander umgehen, sondern auch und gerade, wie sie mit den anderen umgehen. Gerade dies ist Ausdruck der politischen Verantwortung. Man soll nicht nur den Christen besser behandeln. Die Frage ist nicht, *wer* der *Gegner* ist, sondern *was* ich bin. Für uns gelten die Regeln des politischen Kampfes in der Auseinandersetzung mit jedermann. Man soll nicht mit dem Finger zeigen können und sagen: Seht, wie die miteinander umgehen. Und das wollen Christen sein? Man soll aber auch nicht sagen können: Unter sich Christen benehmen sie sich gerade noch menschlich, aber zu anderen erst, da ist der Teufel los. Unsere Glaubensgemeinschaft zeigen wir in der Art der Auseinandersetzung allen gegenüber und nicht unterpharisäerhafter Betonung der Zugehörigkeit zum christlichen Glauben. Das ist oft nichts anderes als Stimmenfang beim Kirchenvolk.

Im Kampf der Parteien um die Macht sollten sie keine christlichen Postulate beanspruchen. Mancher hört das Wort Macht nicht gern. Politik ist nun einmal Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten, Handeln der Obrigkeit, Handeln der Staatsgewalt,

also Ausübung der Macht. Dabei geht es um die Gewinnung, Bewahrung und Ausübung der Macht. Dieser Kampf ist legitim und notwendig. Macht ist weder gut noch böse. Es kommt darauf an, wie der Kampf geführt und wozu die Macht gebraucht wird. Es geht auch darum, wem die Obrigkeit rechenschaftspflichtig ist. Wenn Gott der Herr der Geschichte ist, dann ist alle Obrigkeit von Gott, auch die böse. Aber uns Menschen ist die Aufgabe gestellt, uns mit dieser Obrigkeit auseinanderzusetzen. Das wollte uns Gott nicht ersparen.

In einem jahrhundertelangen Kampfe ist es durchgesetzt worden, daß die Obrigkeit sich nicht mehr gründet auf ererbte Gewalt, sondern auf von den Bürgern selbst übertragene Macht. Deshalb müssen die Bürger darauf bestehen, daß die Obrigkeit sich ihnen stellt, ihnen rechenschaftspflichtig bleibt. Wir müssen hellhörig sein, wenn die Obrigkeit sich auf *Gott* beruft; denn so mancher tut das, um sich der Rechenschaftspflicht vor den *Bürgern* zu entziehen. Unsere Beamten, Abgeordneten und Minister sind nicht unsere Vorgesetzten, sondern unsere Beauftragten. Jeder Mensch steht in der Gefahr der Sünde. Wer im politischen Leben streitet, für den gilt besonders der Satz: Wir sind allzumal Sünder und ermangeln des Ruhms. Dieses Wir verbindet über die Gegensätze hinweg im Bewußtsein menschlicher Unvollkommenheit.

Mancher von Ihnen wird enttäuscht sein. Hier hat weder der Erler gesagt: Wählt SPD! Noch wird der Osterloh sagen: Wählt CDU! Auch die Kirche ruft nicht zum einen oder zum anderen auf. Sie sagt auch nicht: Hände weg vom politischen Leben, weil politisch Lied ein garstig Lied sei. Sie sagt: Entzieht euch nicht den Aufgaben dieser Welt. Erkennt eure Pflichten und schützt und wahrt eure Rechte. Pakt zu. Ich meine, Politik geht uns alle an. Kaum ein Bereich des menschlichen Lebens kann sich ihr völlig entziehen. Und sie ist aufregend.

Das Referat von Kultusminister Osterloh hatte, ebenfalls geringfügig gekürzt, folgenden Wortlaut:

Wer ein Christ ist, glaubt an das Evangelium von Jesus Christus und liebt seinen Nächsten wie sich selbst. Er weiß, daß sein christlicher Glaube das Entscheidende in seinem Leben ist. Niemand kann einem anderen Wertvolleres geben als die Hilfe, zum Glauben zu kommen oder im Glauben zu bleiben. Darum ist es aber auch das Schlimmste, was geschehen kann, wenn jemand einem Mitmenschen den Weg zum Glauben versperrt oder ihn in seinem Vertrauen zu Christus irremacht.

Das geschieht aber, wenn Christen nicht nur politische Gegner sind, sondern sich als Feinde mit allen erreichbaren Waffen bis zur gegenseitigen Vernichtung bekämpfen.

Wir Christen in Deutschland und in Europa werden von mancher Selbsttäuschung befreit und aus dem Schlaf der Pharisäer aufgeschreckt, wenn wir uns einmal im Spiegel des Urteils betrachten, das die Völker in Afrika und Asien sich über uns gebildet haben. Diese Völker sehen uns Europäer insgesamt als Christen und machen keinen Unterschied, ob wir evangelisch oder katholisch, kirchlich oder unkirchlich, tief religiös oder oberflächlich in unserem Glauben sind. In den Augen der Afrikaner und Asiaten sind die europäischen Völker ziemlich unterschiedslos christliche Völker. Und die Kriege dieser christlichen Völker gegeneinander, die 1914–1918 und noch grauenvoller 1939 bis 1945 die ganze Welt erschüttert haben, sprechen in den Köpfen und Herzen der Nichtchristen aller Erdteile gegen die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft.

Christen und auch sogenannte christliche Staaten, die einander auf Tod und Leben bekämpfen, bedeuten für die nichtchristliche Welt ein schweres Ärgernis. Wenn Christen gegeneinander kämpfen, dann nimmt diese Welt daran tiefer und verhängnisvoller Anstoß, als wenn Nichtchristen Kriege führen. Die christliche Mission macht immer neu die Erfahrung, wie sehr Gegnerschaft und Feindschaft unter Christen auf Nichtchristen abstoßend wirken und die christliche Botschaft in den Verdacht bringen, sie habe keine Kraft und sei wirkungslos.

Wir Christen müssen bei unserem Verhalten bedenken, daß die glaubenlose, halbgläubige oder im Irrglauben befangene Welt um uns – und sie lebt auch in uns selber – eine sehr hohe Meinung vom Evangelium und vom christlichen Glauben hat. Das Evangelium gilt als die Kunde vom Frieden und von der Versöhnung mit Gott und unter den Menschen. Dem Glauben geht gewissermaßen immer schon ein sehr guter Ruf voraus. Jedermann ahnt irgendwie, daß er eine Gabe ist, die nur Gott allein verleihen kann. Und darum spürt man, daß er wertvoller als Hab und Gut, Gesundheit und Glück, Charakter und Ansehen bei den Leuten sein muß. Man traut dem Glauben zu, daß er den Menschen im Innersten seiner Existenz zu erfassen vermag und ihn durch und durch verwandeln kann.

Die Welt hofft im geheimen darauf, Christen zu erleben, die von Gott verwandelt worden sind. Sie erwartet nicht nur Boten und Herolde der Versöhnung und des Friedens. Sie beurteilt uns Christen vielmehr nach der Antwort auf die Frage, ob wir selber Versöhnte sind und solche, die Kraft und Vollmacht haben, den Frieden unter den Völkern und Menschen zu bewahren oder wiederherzustellen.

Wer von uns auf die Stimme Christi, auf das Wort der Apostel und Propheten hört, der muß eingestehen, daß jeder Kampf von Christen gegen Christen und vor allem jede Gegnerschaft im Glauben ein Vergehen gegen die Gemeinschaft der Kirche darstellt und den Namen unseres Herrn diskreditiert.

Weil wir alle denselben Herrn haben, ist es ein Unding, wenn wir als Gegner gegeneinander kämpfen und dann auch noch so tun, als ob wir damit diesem Herrn gehorchten. Wir sollten uns schämen und zum Frieden in der Gemeinde zurückkehren.

Aber die schlichte und eindeutige Richtlinie für alles christliche Tun und Handeln, daß man nämlich Gott mehr gehorchen muß als den Menschen, kann uns zum politischen Handeln zwingen, ohne daß wir als Christen dem Kampf und Streit ausweichen können und dürfen.

In der vergangenen Geschichte und in der Gegenwart gibt es viele Beispiele dafür, daß Christen um ihres Glaubens willen auch zu *politischen* Gegnern von Antichristen werden. Das ist nicht nur im alten römischen Reich überall dort geschehen, wo die Christen mit politischen Mitteln zur religiösen Verehrung der Kaiserbilder gezwungen werden sollten. Das geschieht auch heute in allen totalitären Staaten, in denen das politische System oder die Monopol-Weltanschauung den Rang eines Glaubensbekenntnisses für sich beanspruchen. So wie die altchristlichen Märtyrer von der Staatsgewalt als Revolutionäre oder als politische Saboteure angesehen wurden, so werden auch heute die praktizierenden Christen von den Anhängern einer totalitären intoleranten Weltanschauungspolitik als politische Gegner und Feinde betrachtet.

Wir alle kennen diese drangvolle Lage mit ihren Versuchungen und Anfechtungen aus der Zeit des Kirchenkampfes während des „Dritten Reiches“. Wir wissen, daß wir als Christen nicht um machtpolitischer Ziele willen gekämpft haben. Im Gegenteil: Jede politische Gegnerschaft um des Glaubens willen entspringt aus der gebotenen Verteidigung der Gewissensfreiheit, aus der Liebe zum Nächsten und dem damit gebotenen Dienst am Menschen als dem Ebenbilde Gottes.

Wo der christliche Glaube mit politischen Mitteln bekämpft wird, da werden die politischen Fanatiker jeden bekennenden Christen stets als ihren politischen Gegner behandeln. Aber gerade in dieser Lage des Angegriffenen – und gelegentlich um des Nächsten willen wohl auch in der Lage des Angreifenden – darf der politisch zu Unrecht verdächtige und verfolgte Christ nicht das Gebot vergessen, daß er sogar seine Feinde lieben soll.

Von dieser Feindesliebe soll man keine großen Worte machen. Kein Christ wird damit prahlen, daß er diese Feindesliebe geübt hat oder übt. Aber es wäre Undankbarkeit, wenn wir verschweigen wollten, daß sie sich ereignet. Mitten in bitterster Gegnerschaft, in gefährlichen Verhören und in qualvollen Leiden haben Christen erfahren und be-



wiesen, daß sie ihre Gegner nicht zu hassen brauchen, sondern lieben können. Die zuallerletzt einzig siegreiche Waffe des Christen in der politischen Abwehr gegen das Antichristentum ist die Liebe.

Das hat nichts mit weichlicher Sentimentalität zu tun. Ein so geführter Kampf fordert mehr Mut und Tapferkeit als der gewöhnliche Krieg unter dem Gesetz der verlorenen Welt: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Und es wird auch eine unerbittliche Härte gefordert, allerdings eine Härte mehr gegen sich selbst als gegen den anderen.

Christen als politische Gegner sind für die Antichristen gefährlicher als alle Feinde. Sie können zwar selber geschlagen werden und unterliegen, ihr Glaube aber vermag sogar dem Terror, der Tortur und der Bedrohung durch den Tod standzuhalten.

Christen wissen, daß ihr Herr über Sünde, Tod und Hölle gesiegt hat und immer neu siegen wird. Und dieser Herr bleibt der gute Hirte seiner Diener.

Gegenüber solchen Kämpfen und Konflikten, in denen Christen sich in politischer Gegnerschaft zu bewähren haben, muß das fast als harmloses und friedliches Idyll wirken, worüber wir uns in der Bundesrepublik gewöhnlich aufregen, „wenn Christen politische Gegner sind“. Wir denken dann meistens an die Tatsache, daß Christen als Abgeordnete oder Mitglieder oder Anhänger und Wähler zu verschiedenen politischen Parteien gehören, die miteinander rivalisieren oder sogar, besonders vor Wahlen, einander laut und tumultuarisch bekämpfen. Viele Christen und Nichtchristen nehmen daran schweren Anstoß. Sie finden, Christen sollten auch parteipolitisch *nicht* gegeneinander kämpfen.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus, wenn parteipolitisch tätige Christen bemerken, daß in der oppositionellen Partei auch Christen sind? So ist doch unsere Lage heute: An den christlichen Morgenfeiern im Bundeshaus in Bonn nehmen Abgeordnete aller Parteien teil. Und es gibt in allen Parteien Abgeordnete, die ihnen fern bleiben, ohne daß man sagen darf, dieses Fernbleiben allein bedeute schon eine Ablehnung des christlichen Glaubens. Wir haben im Bundestag keine Partei, die es dem Christen wegen seines Glaubens unmöglich macht, politisch in ihr mitzuarbeiten. Überzeugte Christen sind in den letzten Jahren von einer Partei zu einer anderen übergetreten. Sie haben nicht ihren Glauben gewechselt, sie haben nur entweder andere politische Überzeugungen gewonnen oder ein anderes Urteil über bestimmte politische Parteien.

Ein Christ kann die Entdeckung, daß unter seinen parteipolitischen Gegnern auch Christen sind, als eine beglückende Hilfe erleben. Er kann in dieser Gegnerschaft aber auch eine ihn bedrückende Last und zermürbende Problematik erfahren.

Das hängt nicht nur von der Reife der christlichen Urteilsfähigkeit des einzelnen ab. Ob Christen als parteipolitische Gegner einander das Leben und Glauben erleichtern oder erschweren, wird auch mitentschieden vom allgemeinen Stil der politischen Arbeit.

Zunächst ist es einfach ein Anlaß zur Freude und Dankbarkeit, wenn ich als Christ unter meinen politischen Gegnern einem Mitchristen begegne. Das ist nicht nur das gleiche Glück, das jedes Zusammenkommen von Christen begleitet, sondern es schließt auch eine besondere politische Chance ein:

Politik wird nämlich unrettbar vergiftet, wenn ihre Zielsetzungen verabsolutiert werden. Christen aber werden sich auch als Angehörige entgegengesetzter politischer Parteien von vornherein darüber einig sein, daß die Politik bei all ihrem Schicksals Ernst nur einen relativen Wert hat. Deshalb können parteipolitische Gegensätze für Christen nicht auf Leben und Tod gehen.

Es hat schon rein menschlich für das politische Gespräch und die politische Auseinandersetzung hilfreiche Folgen, wenn mein politischer Gegner und ich der gleichen Glaubengemeinschaft angehören. Wir werden dadurch unseren politischen Parteien, die einander bekämpfen, nicht untreu. Aber wir werden von falschen Scheuklappen befreit und können als politische Gegner von der Gewißheit ausgehen, daß jeder von uns die gleichen göttlichen Gebote respektiert und sich auf dieselbe Verheißung verläßt. Wir

wissen voneinander, daß wir um Gottes und Christi willen auch unseren politischen Einsatz in den Dienst der Mitmenschen stellen. Darum werden einen Christen auch parteitaktische Interessen nicht hindern, seinem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Auch als politische Gegner sind Christen immer Kampfkameraden auf derselben Seite: in der Verteidigung der Menschenwürde. Sie treten mit Zivilcourage für die Gewissensfreiheit ein. Sie sind weder Konformisten noch Nonkonformisten um jeden Preis. Sie bezeugen Respekt vor dem sachlichen Argument und der persönlichen Überzeugung.

Das ist auch im Bundestag bei der Debatte über Wehrpflicht und Gewissensentscheidung in Erscheinung getreten. Christen als politische Gegner haben auf jeden Fall wegen des Inhalts ihres gemeinsamen Glaubens eine besondere Chance, sich zu verständigen.

Es gibt noch ein besonderes Moment im Christenstande, das die realistische Zusammenarbeit politischer Gegner entscheidend zu befruchten vermag. Ich meine die christliche Selbsterkenntnis, daß wir als Sünder handeln und nicht durch unser Tun, sondern durch die Vergebung von der Sünde frei werden. Der Einblick in den Hang des Menschen zu einer um das eigene Ich kreisenden Selbstbehauptung zu Lasten des Mitmenschen, das Eingeständnis unüberwindlicher Ichbefangenheit aller, auch der glaubenden Christen, kann ein wirksamer Schutz sein gegen den Aberglauben an jede endgültige und absolut perfekte Lösung.

Wer von Sünde und Gnade weiß, wird auch politische Entwicklungsmöglichkeiten offenhalten wollen. Und wem die Augen geöffnet worden sind für die tyrannische Macht des eigenen Ich, der wird Verfassungen und Rechtsordnungen verlangen und vertreten, die zur Kooperation und zum Ausgleich verschiedener Standpunkte zwingen. Er wird aus einer tiefen Glaubenserkenntnis heraus das uneingeschränkte Lebensrecht der Opposition als notwendig verfechten. Denn er wird in jeder Form totalitärer Macht die Überheblichkeit des Menschen erkennen, der sich selbst für unfehlbar hält.

In der Demokratie sind Kritik und die Möglichkeit des Regierungswechsels lebensnotwendig. Unter solchen Gesichtspunkten könnte man versucht sein, es als geradezu ideal zu bezeichnen, *wenn Christen politische Gegner sind*. Sie demonstrieren, daß es auf dem Felde der Politik einen Spielraum freier Entscheidungen gibt. Dadurch widerlegen sie den politischen Fatalismus und stärken die Verantwortungsfreude.

Aber das Bild des politischen Alltagsgeschehens bei uns und in anderen Ländern zeigt auch Züge politischer Gegnerschaft von Christen, die nur als häßlich und abstoßend bezeichnet werden können. Wenn mein politischer Gegner mir wegen meiner Parteizugehörigkeit und meiner politischen Überzeugungen den christlichen Glauben abspricht, dann ist das mehr als ärgerlich. Gerade wenn er selber Christ sein will und den Anspruch erhebt, als solcher anerkannt zu werden, macht ein Politiker sich eines Vergehens gegen die Glaubensgemeinschaft der Gemeinde und der Kirche schuldig, wenn er die Entscheidung für oder gegen seine Partei zum Maßstab für die Christenheit macht.

Es ist genauso unchristlich, für eine bestimmte Partei, welchen Namen sie auch immer haben mag, einen Monopolanspruch auf die Anhängerschaft aller Christen zu erheben, als den Christen verbieten zu wollen, sich um ihre besondere politische Verantwortung zu bemühen.

Manch katastrophaler Zusammenstoß von Christen, die parteipolitische Gegner sind, rührt daher, daß Politiker im Durchschnitt nicht bessere Theologen sind als wir alle. Ein Politiker hat gewöhnlich nicht viel Zeit, tiefer über die gedankliche oder gar glaubensmäßige Begründung seines Standpunktes und der von ihm vertretenen praktischen Politik nachzudenken. Er ist häufig zum bloß instinktiven Handeln und auch zum spontanen und impulsiven Reden genötigt. Als Christ gerät er dabei in die Ge-

fahr, seine ganz persönlichen, durchaus ehrlich auch als christlich empfundenen Antriebe als allgemein anerkannte christliche Anliegen auszugeben. Er beansprucht dann eine fremde Autorität, nämlich das Christentum, als Sanktionierung für politische Behauptungen und Forderungen, die bei genauerem Hinsehen mit dem Christentum nur wenig oder gar nichts zu tun haben.

Viele politische Zusammenstöße von Christen, bei denen es heiß hergeht und die bei den Frommen im Lande Ärgernis erregen, beruhen darauf, daß das Verhältnis der Politik zum Glauben und des Glaubens zur Politik nicht sorgfältig genug durchdacht und nicht mit der nötigen Zurückhaltung in Reden und Entschlüssen behandelt worden ist.

Es kann vorkommen, daß ein Christ als Politiker stolz darauf ist, kein Theologe zu sein und keine Theologie zu betreiben. Das mag sein. Wenn er aber Auskunft geben soll oder will, ob und wie sein Glaube und seine Politik etwas miteinander zu tun haben, dann macht er unversehens notgedrungen theologische Aussagen. Viele Politiker haben eine sehr massive Theologie, auch wenn sie es nicht wahrhaben wollen. Wo aber solche mehr oder weniger ungeklärten Theologien zusammenprallen, da kann es unter Umständen noch unchristlicher zugehen, als wenn Berufstheologen aneinander geraten – und bei denen ist es schon unerträglich genug. Da wird dann der Stab im Namen Gottes wechselweise über den jeweiligen Gegner gebrochen. Die schon an sich gespannte politische Atmosphäre wird gerade dann am häufigsten mit religiösen Nebel-schwaden vergiftet, wenn keiner der beteiligten christlichen Politiker über eine auch nur einigermaßen auf ihre Schriftmäßigkeit überprüfte und durchdachte Theologie verfügt.

Politisierende Theologen und theologisierende Politiker begegnen in der Regel berechtigten Zweifeln.

Wenn sich aber Christen als politische Gegner mit Gründen ihres Glaubens bekämpfen, dann hilft nichts weiter, als daß Politiker und Theologen ihre gemeinsamen Probleme gegenseitig stellvertretend durchdenken und ihre Standpunkte miteinander und füreinander abwägen.

Mancher Zusammenprall wird dann auf einen Kurzschluß oder Irrtum im theologischen Denken zurückgeführt und entschärft werden können. Wenn das theologische Denken die politischen Wirklichkeiten ernst nimmt, wird es ernüchtert und häufig zur Revision seiner Aussagen gerade über das Gegenwärtige und Konkrete gezwungen sein. Aber auch das rein politische Denken kann so seine Grenzen kennenlernen und in heilsamer Weise von einer allzugroßen Selbstsicherheit befreit werden.

Nicht immer jedoch läßt sich das eigentlich Schmerzliche an der politischen Gegnerschaft von Christen durch besseres Nachdenken und überzeugende Belehrung beheben. Es gibt ernste – weltlich geredet: unlösbare – politische Gegensätze, in denen Christen gegeneinander stehen, weil ihr Gewissen gerade auf Grund sorgfältigen Überprüfens und Durchdenkens an ein ganz bestimmtes Verständnis des Wortes Gottes gebunden ist.

Weil wir evangelischen Christen keine unfehlbaren Weisungen für den konkreten Glaubensgehorsam besitzen – in der römisch-katholischen Kirche ist das anders –, müssen wir einsehen und in unserem Verhalten beherzigen, daß die Gemeinschaft und Einheit im Glauben keineswegs ohne weiteres zur Einheit im Tun und vor allen Dingen nicht zu denselben politischen Konsequenzen führt.

Wir werden nur solange in einigen Glauben beieinander bleiben, als wir uns gegenseitig zubilligen, daß wir, ein jeder nach seiner gewissenhaften Erkenntnis, auch verschiedene Wege zum gleichen Ziel gehen dürfen. In der Politik geht es immer um diese verschiedenen Wege, im Glauben um das gleiche Ziel. Der Glaube verleiht uns keine Allwissenheit, und in der Bibel stehen keine Rezepte für das politische Handeln im einzelnen. Bis zum jüngsten Tage müssen wir auch als Christen um die Erkenntnis des rechten Weges ringen und eingestehen, daß wir uns alle irren können, solange wir

leben. Daß wir als Christen politische Gegensätze auszutragen haben, soll uns auch daran erinnern, daß wir in einer gefallenen Welt und in einer dem Ende zueilenden Zeit leben.

Gerade der Christ, der seinen Glaubensgehorsam auf dem Felde der Politik bewähren möchte, weiß sich bei jeder in die Tiefe gehenden Nachprüfung seines politischen Redens und Handelns, bei einer Selbstkritik, die keine Rücksicht auf Publizität und Popularität nimmt, getroffen von dem Wort des Paulus: „Denn ich weiß nicht, was ich tue, denn ich tue nicht, was ich will; sondern was ich hasse, das tue ich (Röm 7, 15). Jeder Politiker, der bewußt im christlichen Glauben steht, wird in der Selbstbesinnung mit Luther seufzen: „Wir sind Bettler, das ist wahr.“

Darum wird die politische Gegnerschaft von Christen erst notvoll und Ärgernis erregend, wenn der Glaubensgehorsam in Rechthaberei umschlägt, wenn aus der inneren Gewißheit die unerträgliche Sicherheit der Pharisäer wird, wenn nur noch Toleranz verlangt und nicht mehr Toleranz geübt wird. Verderblich und für die Glaubensgemeinschaft zerstörerisch aber wirkt sich die politische Gegnerschaft von Christen erst aus, wenn sie mit ihren entgegengesetzten Glaubensüberzeugungen prahlen und den Namen Christi als Waffe im rein politischen Streit mißbrauchen.

Um die äußerste Entartung und Diskreditierung des Christentums nach menschlichen Kräften zu vermeiden, sollten wir Christen ein paar geradezu hausbacken schlichte Regeln beachten, wenn wir als politische Gegner miteinander zu tun haben:

Wir Christen sollten mindestens so anständig miteinander umgehen, wie es Nichtchristen als politische Gegner miteinander tun. Politische Gegnerschaft gilt unter Nichtchristen als etwas ganz Normales. Die von ihnen dem Gegner gezeigte Ritterlichkeit und persönliche Achtung sollten uns Christen nicht beschämen.

Wir Christen sollten darin wetteifern, den politischen Gegner vor religiöser und theologischer Verketzerung zu bewahren. Das Wächteramt über die Reinheit der Lehre und die Unterscheidung der Religionen ist nicht Aufgabe des Politikers, auch nicht, wenn er Christ ist.

Wir Christen sollten unsere Ehre und unseren Stolz darin suchen, gerade die politischen Anliegen, die uns als Christen besonders wichtig sind, mit Argumenten zu vertreten, die auch Nichtchristen zu überzeugen vermögen. Es sollte für uns verboten sein, ausgesprochen politische Ziele mit christlichen Begriffen und Gedanken zu verfechten. In der politischen Auseinandersetzung darf der christliche Glaube nur im Notfalle bekannt und angerufen werden, wenn jede andere Möglichkeit ausgeschlossen erscheint, um dem Diskussionspartner das eigene Motiv verständlich zu machen.

Wir Christen sollten uns nicht an persönlichen Diffamierungen beteiligen. Die radikale Ablehnung der persönlichen Diffamierung befreit uns jedoch nicht von der Mitverantwortung für die Sauberkeit des politischen Lebens. Wir werden Folgerungen daraus ziehen müssen, wenn wir beispielsweise erfahren, daß ein Politiker sich des groben Mißbrauchs seiner Machtbefugnisse schuldig macht und die Öffentlichkeit über sein verantwortungsloses Treiben hinwegtäuscht. Wir sollten aber in diesen Notfällen mit offenem Visier und auf direktem Wege vorgehen und jedes heimtückische Fallstellen und den versteckten Hinterhalt als politisches Kampfmittel ablehnen.

Wir Christen sollten es als unsere Pflicht ansehen, uns auch in die Situation unseres politischen Gegners hineinzuversetzen. Wenn wir in unserem Gegner den Mitchristen erkennen, dann wird es uns geradezu begeistern müssen, herauszubekommen, wie er zu seinen entgegengesetzten politischen Ansichten gelangt ist.

Wenn Christen politische Gegner sind, dann dürfen sie den Versuch einer Verständigung untereinander nie endgültig abbrechen. Das Wissen um die gemeinsame Verantwortung muß sich immer stärker auswirken als die Erfahrung des Trennenden und Gegensätzlichen. Christen können es sich leisten, einander unverblümt die Wahrheit zu sagen. Sie sind Realpolitiker um der Wahrheit und um der Nächstenliebe willen.



Darum brauchen sie bestehende Gegensätze und Konflikte nicht zu beschönigen und zu verschleiern. Christen als Politiker sind auch keine Heiligen, sondern fehlsame, in Schuld verstrickte und leidenschaftlich an der Verteilung und Verwaltung staatlicher Macht beteiligte Menschen. Sie können aber beieinander bleiben, das Gespräch fortsetzen und immer neu den jeweils möglichen politischen Ausgleich suchen, solange sie gemeinsam die Glaubenserkenntnis beherzigen: Gott sitzt im Weltregiment und erwartet von den Christen, daß sich in ihrem Verhalten, auch in ihrer Politik, seine Liebe zu allen Menschen widerspiegelt.

Es braucht nicht jeder Christ ein Politiker zu sein. Der politischen Mitverantwortung für unser irdisches Schicksal aber kann niemand entgehen. Politik ist immer spannungsgeladen und voller Gegensätze. Wenn Christen politische Gegner sind, dann können zwar Gefahren entstehen, es ergeben sich aber auch einzigartige Chancen der Bewährung für den Glauben.

Die evangelische Christenheit in Deutschland wäre wohl beraten, wenn sie dem, was auf dem Kirchentag über den Umgang von Christen miteinander, wenn sie politische Gegner sind, gesagt wurde, bleibendes Gehör und dauernde Beachtung schenken würde. Die Bereitschaft und Fähigkeit, über die parteipolitischen Zäune hinweg aufeinander zu hören, miteinander zu reden und gemeinsam zu handeln, könnten wachsen, wenn Christen in Wiederholung des einmal praktisch erprobten Beispiels lernten, auch im politischen Raum und bei politischen Fragen und Entscheidungen als *Mitbürger* und *Mitchristen* miteinander umzugehen.

2. In der Deutschen Demokratischen Republik erfüllten sich die an das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 105) geknüpften Hoffnungen auf eine spürbare Besserung des Verhältnisses von Staat und Kirche nur zu einem Teil, wenn auch die unermüdliche Mittlertätigkeit von Landesbischof D. Mitzenheim und Generalsuperintendent Führ hie und da Erleichterungen erwirkte und da und dort Mißstände behob. Aber es blieb der sich im Laufe der Berichtszeit noch verschärfende ideologische Druck; es blieben die schweren Gewissensnöte christlicher Bürger in der DDR; es blieben mancherlei Beengungen und Erschwerungen des kirchlichen Lebens; auch die böswilligen und gehässigen Angriffe auf führende kirchliche Persönlichkeiten, an erster Stelle auf den Vorsitzenden des Rates der EKD Bischof D. Dr. Dibelius, hörten nicht auf. Der Dienstverkehr staatlicher Stellen der DDR mit der Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik wurde auch im Berichtszeitraum nicht aufgenommen.

Vor allem aber blieb die bange Sorge, ob angesichts der politischen Entwicklung und der fortdauernden Ignorierung der EKD und ihrer Dienststellen durch die staatlichen Stellen der DDR die Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit, wie sie in der Evangelischen Kirche in Deutschland sichtbar wird, erhalten bleibe oder ob nicht der EKD die Wahrnehmung ihrer Funktion als einer die Grenzen übergreifenden Bruderschaft eines Tages unmöglich gemacht werde. Die Berlin-Brandenburger Kirchenleitung traf im Blick auf die Möglichkeit der Spaltung ihrer Landeskirche eine vielumstrittene vorsorgliche Maßnahme, indem sie eine „Notverordnung über einstweilige regionale Synoden“ erließ. Zwar wurde dazu erklärt, diese Maßnahme sei nicht auf Grund einer pessimistischen Beurteilung der politischen Lage getroffen worden, sondern es entspreche dem Dienstgebrauch, rechtzeitig vorsorgend sicherzustellen, daß der

kirchliche Verwaltungsapparat auch dann noch auf gesetzlicher Grundlage funktionieren könne, wenn etwaige politische Ereignisse das Zusammentreten der Provinzialsynode verhindern sollten. Dennoch wird gesagt werden müssen, daß organisatorische und administrative Zweckmäßigkeiten kirchlich, seelsorgerlich, psychologisch und politisch unzweckmäßig sein können. Es fehlte darum nicht an scharfer innerkirchlicher Kritik der Notverordnung.

Das Bild würde jedoch einseitig verzeichnet werden, wenn nicht auch jener kirchlichen Erklärungen aus dem Raum der DDR Erwähnung getan würde, die den Willen bekunden, trotz aller Erschwerungen durch politische Verhältnisse, Entwicklungen und Instanzen an der in der EKD gegebenen innerdeutschen kirchlichen Einheit festzuhalten, sie zu pflegen und zu fördern. So erklärte die Landessynode der Pommerschen Evangelischen Kirche:

Die Landessynode begrüßt dankbar die regen und guten Beziehungen unserer Landeskirche zur Ökumene, zu den anderen deutschen Gliedkirchen in Ost und West unseres Vaterlandes, zur Evangelischen Kirche in Deutschland und zur Evangelischen Kirche der Union sowie die mannigfach zutage getretene Gemeinschaft aller Kirchengemeinden innerhalb unserer Landeskirche. Sie erwartet, daß alle diese die kirchliche Verbundenheit fördernden Beziehungen weiter gepflegt und vertieft werden.

Einer Frage, die über die Grenzen politischer Erwägungen in den Bereich des Menschlichen übergreift, nahm sich die Provinzialsynode der Evangelischen Kirche von Schlesien an, indem sie eine Entschliessung faßte, die durch Bischof D. Hornig dem Staatssekretär für Kirchenfragen mit der Bitte übermittelt wurde, „das darin ausgesprochene Anliegen, das dem Wunsch ungezählter Glieder unserer Kirche entspricht, der Regierung vortragen zu wollen“.

#### ENTSCHLIESSUNG DER PROVINZIALSYNODE VOM 12. 11. 1959 IN GÖRLITZ

Die Kirche sieht mit großer Sorge, daß immer wieder Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik fliehen. Sie hat wiederholt und öffentlich ihren Gliedern abgeraten, diesen Schritt zu tun.

Wir müssen aber feststellen, daß heute viele Menschen deswegen ihre Heimat verlassen, weil ihnen die Möglichkeit genommen ist, mit ihren Eltern, Kindern oder auch Ehegatten zusammenzukommen. Diese Trennung bedeutet eine seelische Belastung für die Menschen, die auf die Dauer unerträglich ist. Wir können uns den vielfachen Notschreien in dieser Sache nicht verschließen und bitten die Regierung, das freie Zusammenkommen der Menschen aus beiden Teilen unseres Vaterlandes nicht weiter zu hindern.

Gegenüber allen politischen Erwägungen bitten wir zu bedenken, daß die Maßnahmen weitgehender Reisebeschränkungen menschliche Grundrechte antasten und bei den Betroffenen ein Maß an Bitterkeit hervorrufen, das nicht verantwortet werden kann.

Die Besprechungen und Verhandlungen zwischen Kirche und Staat im Blick auf die weltanschaulichen Auseinandersetzungen und die für die christlichen Bürger der DDR bestehende und zunehmend drückender werdende Gewissensbelastung nahmen bis zum Ende der Berichtszeit ihren Fortgang, ohne jedoch spürbare Entlastung zu bringen. Im Gegenteil erfuhren sie gegen Jahresende eine Erschwerung durch den Erlaß des „Gesetzes über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 2. Dezem-

ber 1959, der „Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen“ vom 12. November 1959 und der „Verordnung über die Elternbeiräte an den allgemeinbildenden Schulen“ vom 7. Januar 1960, über die an anderer Stelle berichtet wird. Dieses Schulgesetzgebungswerk macht erneut deutlich, daß die Erörterung von Einzelfragen mit einem totalitären Weltanschauungsstaat als Gesprächspartner nur auf dem Boden und vor dem Hintergrund einer in die Tiefe lotenden Auseinandersetzung über Grundsatzfragen geführt werden kann. Es hieße den dialektischen Materialismus nicht ernst nehmen, wenn man verkennen würde, daß die von seiner Position an die Kirche ergehenden kritischen Anfragen die Fragestellung in die Tiefenschichten letzter Radikalität vortreiben. Die kirchlichen Verhandlungsführer werden weder ungeduldig noch müde oder mutlos werden dürfen, wenn dieses Grundsatzgespräch schwer zu führen und anstrengend ist, oft auf der Stelle tritt, rückläufige Phasen aufweist und nur je und dann einen kleinen Schritt vorwärts tut. Es gehört mit zu den Zeichen unserer Zeit als einer Übergangszeit, daß sie mehr nach dem Zentralen als nach dem Peripherischen zu fragen und ihre kritischen Sonden vornehmlich und vordringlich bei den Fundamenten anzusetzen hat.

### *c) Die Wahrnehmung der politischen Diakonie der Kirche im Blick auf aktuelle politische Vorgänge*

*1. Kirchliche Stellungnahmen zu außenpolitischen Vorgängen.* Unmittelbar nach dem öffentlichen Bekanntwerden des Friedensvertragsentwurfs der Regierung der UdSSR wandten sich die Bischöfe der Gliedkirchen im Bereich der DDR an die an kommenden Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland beteiligten Regierungen der vier Großmächte sowie der BRD und der DDR. Der Appell der Bischöfe „Vergeßt den Menschen nicht!“ wurde durch die Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen im Bereich der DDR der Regierung der DDR und der Botschaft der UdSSR in Berlin übermittelt. Die Übermittlung an die Regierung der BRD und an die Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs erfolgte durch Vermittlung des Bundesbeauftragten in Berlin. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Im Blick auf kommende Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland bitten wir im Namen unserer Gemeinden die beteiligten Regierungen:

Vergeßt das eine nicht, was über allen politischen Vorschlägen und Abmachungen nicht vergessen werden darf! Es geht um Menschen! Es geht um Millionen von Menschen, die infolge der Zerspaltung Deutschlands ihr Leben unter ungezählten Nöten äußerer und innerer Art führen müssen. Es geht uns dabei auch um Millionen evangelischer Christen in Deutschland, die danach verlangen, ihren Glauben und ihre Gemeinschaft untereinander und mit den Christen in der Welt frei betätigen zu können. Vergeßt das nicht über all den anderen Fragen, die jetzt zur Entscheidung stehen!

Vergeßt den Menschen nicht!

Berlin, den 27. Januar 1959

*D. Dr. Beste  
D. Dibelius  
D. Hornig  
D. Jänicke*

*D. Krummacher  
D. Mitzenheim  
D. Noth  
Schröter*

Der Bundeskanzler der BRD antwortete:

Für die mir mit Ihrem Schreiben vom 31. Januar 1959 übermittelte Entschließung der Bischöfe der östlichen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland danke ich Ihnen sehr. Sie dürfen versichert sein, daß die Bundesregierung sich bei den kommenden Verhandlungen immer bewußt sein wird, daß es um das Schicksal von Millionen von Menschen geht, die infolge der Spaltung Deutschlands ihr Leben unter ungezählten Nöten äußerer und innerer Art führen müssen. Die Bundesregierung wird die Verhandlungen mit dem Ziele führen, daß es den Menschen in allen Teilen unseres geteilten Vaterlandes gestattet wird, ihr Leben in Freiheit zu gestalten.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

*Adenauer*

Am 18. Februar ging die Antwort des französischen Botschafters ein; sie lautet:

Sie haben mir freundlicherweise den Text einer Verlautbarung übermittelt, welche die Bischöfe der Evangelischen Kirche in der östlichen Zone Deutschlands im Namen ihrer Gemeinden an die Französische Regierung gerichtet haben.

Ich danke Ihnen dafür und werde die Kundgebung noch heute meiner Regierung zustellen.

Kurz darauf antwortete auch die Botschaft Großbritanniens:

S. E. der Britische Botschafter hat mich beauftragt, Ihnen für Ihr Schreiben vom 30. Januar d. J. und die beigelegte Entschließung der evangelischen Bischöfe zu danken. Die Regierung Ihrer Majestät teilt Ihre Sorge um die anhaltende Teilung Deutschlands und insbesondere um die Menschen, die dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie wird weiterhin bemüht sein, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu erwirken.

Einen nicht unumstrittenen Vorstoß in den Bereich konkreter Vorschläge zu ergreifender politischer Maßnahmen stellt das im Bericht über die Evangelische Kirche der Union wiedergegebene „Notwort an das deutsche Volk und an die großen Mächte“ (siehe unten, S. 282) dar, das die Synode der Evangelischen Kirche der Union am 13. Februar 1959 verabschiedete. Über Inhalt, Sinn und Ziel dieses im kirchlichen wie im politischen Bereich unterschiedlich beurteilten Wortes erklärte Präses D. Dr. Beckmann vor der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland:

Das, was in dem sogenannten Notwort der Synode steht, sollte ein ausgesprochener Notruf der dort versammelten Christen sein. Es ist deswegen ausdrücklich gesagt worden, daß er nicht im Namen Gottes oder als Botschaft des Evangeliums geschah, sondern daß Christen, die sich im Februar in die Lage versetzt sahen, daß sie möglicherweise in absehbarer Zeit überhaupt nicht wieder zusammenkommen könnten, dem Ausdruck gegeben haben, daß sie, von West und Ost versammelt, einen gemeinsamen Notruf an alle, die in verantwortlicher politischer Stellung heute stehen, in großer Einmütigkeit richten wollten. Es war also wirklich nichts anderes als politische Diakonie.

Der Bundesregierung in Bonn wurde das Notwort durch den Bevollmächtigten des Rates, Prälat D. Kunst, übermittelt; Generalsuperintendent Führ überreichte es der Regierung der DDR und der Botschaft der UdSSR.



Dem Wort der EKU-Synode zustimmend äußerte sich unter anderem die Synode der Evangelischen Landeskirche Anhalts, die auf ihrer Februartagung folgende EntschlieÙung annahm und sie dem Staatssekretär für Kirchenfragen in Ostberlin, den Räten der Bezirke Halle und Magdeburg sowie einer Reihe von Kirchenleitungen zu übermitteln beschloÙ:

Die zu ihrer Frühjahrstagung 1959 versammelte Synode der Evangelischen Landeskirche Anhalts hat sich von der besonderen Situation bewegen lassen, in der sich unser Volk in dieser Zeit befindet, wie sie ihr in dem vom Landeskirchenrat erstatteten Bericht entgegengetreten ist. Die Synode hat dabei das Wort gehört, das die Synode der Evangelischen Kirche der Union als „Ruf aus der Not“ angesichts der unser Volk bedrängenden Fragen gesprochen hat. Sie sieht in diesem Wort ein echtes evangelisches Zeugnis und macht es sich vollinhaltlich zu eigen. Die Synode beauftragt ihren Präses, der Synode der Evangelischen Kirche der Union, der Kirchenkanzlei der EKD und den staatlichen Stellen, mit denen unsere Landeskirche unmittelbar zu tun hat, diesen Beschluß der Synode mitzuteilen. Die Synode beauftragt den Landeskirchenrat, dafür zu sorgen, daß dieses Wort den Gemeinden unserer Landeskirche bekannt wird.

Auch die Landessynode der Pommerschen Evangelischen Kirche erklärte:

In den großen politischen Fragen unserer Zeit ist sich die Landessynode – trotz der Unmöglichkeit, bestimmte politische Wege vom Evangelium her zu proklamieren – der Sorge und Mitverantwortung der Kirche um die Wahrung des Friedens und um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes bewußt. Sie macht sich das hierzu erlassene Notwort der Synode der Evangelischen Kirche der Union vom 13. 2. 1959 ausdrücklich zu eigen.

Die Anfang Mai 1959 versammelte Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche faÙte folgende EntschlieÙung:

Am Vorabend des Fürbittegottesdienstes, zu dem sich die Gemeinden unserer Kirche in Stadt und Land versammeln, dankt die Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche der Synode der Evangelischen Kirche der Union für das von ihr beschlossene Notwort und den von ihr angebotenen Notdienst.

Kritisch und sich distanzierend nahm das von Landesbischof D. Lilje herausgegebene „Sonntagsblatt“ in seiner Nr. 8 vom 22. 2. 1959 Stellung:

Es steht zu befürchten, daß das „Notwort“, das die Synode der Evangelischen Kirche der Union beschlossen hat, vielen, die am Rande oder außerhalb der Kirche stehen, Not bereiten wird.

Deshalb sei zuerst deutlich unterstrichen, was für ein solches Wort spricht. Das ist die Freiheit des Gewissens und der öffentlichen Meinungsäußerung, die in der evangelischen Kirche allzeit hochgehalten worden ist. Und das ist weiter der Wunsch der Synodalen, eine öffentliche Äußerung zu tun, von der sie annehmen, daß sie das Los der Brüder in der östlichen Hälfte Deutschlands vielleicht erleichtern wird. Und schließlich gibt es keinen vernünftigen Christenmenschen, der nicht mit allen Fasern seines Herzens wünschte, daß die Welt von der Gefahr eines atomaren Krieges befreit wird, und der darum nicht bereit ist, jeden vernünftigen Schritt zu diesem Ziel zu tun.

Aber nachdem dies deutlich ausgesprochen worden ist, muß nun ebenso deutlich gesagt werden, was uns an diesem „Notwort“ Not bereitet, wodurch es unsere Besorgnis, ja Bestürzung hervorruft.

Zuerst: Kann man es dem Außenstehenden übelnehmen, wenn ihm dieses Wort einer Körperschaft innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland, die zwar einen großen Teil der evangelischen Christenheit, aber doch eben nicht ihre Gesamtheit repräsentiert, als ein Zeichen der ständig wachsenden Uneinigkeit des deutschen Protestantismus erscheint?

Weiter: Dadurch, daß dieses Wort als ein „Notwort“ charakterisiert wird, hört es ja nicht auf, das zu sein, was so viele Synoden bereits im Überfluß produziert haben – nämlich eben ein „Wort“. War es den Kindern der Welt schon bisher nicht recht erkennbar, was diese ständigen „Worte“ in der Welt der Tatsachen bewirken sollen, so muß man von diesem „Notwort“ vor allem kritisch sagen, daß es allgemeine Prinzipien proklamiert, die keine unmittelbare Wirkungskraft haben, sich aber gerade wegen dieser Verallgemeinerungen ausgezeichnet zum propagandistischen Mißbrauch durch kirchenfremde Kreise eignen.

Noch schlimmer aber ist, daß hier eine eindeutige politische Stellungnahme, nämlich die Forderung einer einseitigen atomaren Abrüstung Deutschlands, mit dem vollen Gewicht der christlichen Gewissensentscheidung versehen wird. Dem steht die nicht wegzuleugnende Tatsache gegenüber, daß es zahlreiche Christen gibt, die diese Lösung für zu einfach halten. Natürlich kann man der Meinung sein, daß es politisch nicht klug ist, die Bundesrepublik atomar zu bewaffnen, aber man kann eine solche politische Meinung nicht als die einzig mögliche Entscheidung des christlichen Glaubens hinstellen.

Mit der Forderung der einseitigen atomaren Abrüstung geht die Äußerung der Synode der EKU nicht nur hinter alle ökumenischen Aussagen zurück, die an diesem Punkte viel realistischer urteilen, sondern sie bietet unbewußt einen Beitrag zur fortschreitenden Diskreditierung der christlichen Verkündigung in Deutschland. Denn wenn in einer politischen Stellungnahme, die von weiten Kreisen des Volkes als unrealistisch empfunden wird, gesagt wird, daß sie Ausfluß des christlichen Gewissens sei, dann liegt für die „Draußenstehenden“ das Mißverständnis nahe, daß auch das, was die Kirche sonst verkündigt, als unrealistisch zu gelten habe.

Wir bestreiten keinem Gliede der Synode der EKU das Recht zur öffentlichen Äußerung seiner Meinung. Aber wir bitten um Verständnis dafür, daß alle diejenigen, die an dieser Synode nicht teilgenommen haben, vor allem aber diejenigen, die in ihrem konkreten politischen Einzelurteil von der Linie der Synode abweichen, die größten Schwierigkeiten haben, sich und der Welt die Einheit der Kirche Gottes glaubhaft zu machen.

Eindeutig ablehnend war die

#### STELLUNGNAHME DES RHEINISCHEN KONVENTS ZUM „NOTWORT“

Als Glieder der Evangelischen Kirche der Union sind wir von ihrer Synode aufgefordert worden, die „Einsichten und Vorschläge“ einer Entschließung, die sie unter dem Namen „Notwort“ veröffentlicht hat, „mit Ernst zu bedenken“. Diese Aufforderung haben wir befolgt; dabei sind wir zu diesem Ergebnis gekommen:

1. Das „Notwort“ ist nicht geeignet, den von der Synode beabsichtigten politischen Notdienst zu leisten, weil in den vergangenen Jahren zu viele und zum Teil umstrittene kirchliche Worte zur jeweiligen politischen Lage gesagt worden sind.

2. Die Behauptung, die Kirche schulde den politisch Verantwortlichen „politische Diakonie“, wird nur dann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn die kirchlichen Gremien sich in dem erforderlichen Maße mit ihren eigentlichen Aufgaben befassen und nicht einen großen Teil ihrer Zeit und Kraft den ihnen wesensfremden politischen Aufgaben opfern.

3. Der beste politische Dienst, den die Kirche der Union über ihren eigentlichen

Verkündigungsauftrag hinaus für die Erhaltung der äußeren und inneren Einheit des deutschen Volkes tun kann, ist die Existenz und Erhaltung dieser Kirche.

Dieser Dienst wird gefördert, wenn die Kirche der Union bei ihrem wichtigsten Auftrage bleibt: das Evangelium lauter und unverkürzt wirksam zu verkündigen.

Dieser Dienst wird gefährdet, wenn die Kirche sich unterfängt, Dienste zu übernehmen, zu denen ihr keine Vollmacht gegeben ist.

4. Das „Notwort“ ist in sich widerspruchsvoll.

Wenn eingangs gesagt wird: „Die Synode weiß um ihre Ohnmacht und um die Unmöglichkeit, bestimmte politische Wege im Namen Gottes zu proklamieren“ – dann bleibt es unverständlich, wie im folgenden Text dennoch in scheinbar allgemeiner Form ganz konkrete politische Vorschläge gemacht werden können.

5. Es ist eine Selbsttäuschung, wenn man meint, die Kirche könne die Menschen in zwei völlig verschiedenen Gesellschaftssystemen und Staatsformen mit den gleichen Worten konkret verpflichtend anreden, und wenn man dabei wähnt, beide Gruppen verstanden unter den gleichen Worten dasselbe.

6. Es ist besonders bedenklich, daß der Anschein erweckt wird, als ob sich ein Vorschlag an beide Adressaten richten könne – während es in Wirklichkeit nur im Westen Einwirkungsmöglichkeiten auf das öffentliche Leben gibt, die dem Vorschlag entsprechen könnten.

Das „Notwort“ erweist also weder den politisch Verantwortlichen noch der evangelischen Kirche einen Dienst. Es verstärkt lediglich die innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland vorhandenen Spannungen.

Aus Anlaß der *Konferenz der Außenminister der Großmächte in Genf* (Mai bis August 1959) rief der Rat der EKD die Gemeinden in Ost und West zu einem Gebetsgottesdienst auf und bat Landesbischof D. Dietzfelbinger, Kirchenpräsident D. Stempel und Generalsuperintendent Führ, dafür eine Handreichung zu erarbeiten, die den Gliedkirchen zur Verfügung gestellt wurde. In dem über die Sitzung des Rates der EKD am 23./24. April 1959 herausgegebenen Kom-muniqué heißt es:

Nach wie vor versteht sich die Kirche als ein Anwalt der durch die Spaltung des deutschen Volkes hervorgerufenen Not zahlloser Familien. Der Rat wird nicht müde werden, bei jeder sich bietenden Möglichkeit zu bitten: „Sehet den Menschen!“

Er warnt vor jeder Resignation in den Fragen der Wiedervereinigung unseres Volkes. Er bittet die verantwortlichen Politiker und die Gemeinden, sich durch die zur Zeit unüberwindlich erscheinenden Hindernisse nicht irre machen zu lassen in dem Bemühen, einen Beitrag zur Entspannung und zur Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes in Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu leisten. Es ist die Hoffnung des Rates, daß eine Frucht der bevorstehenden Konferenzen die ungehinderte Kommunikation der Deutschen in Ost und West sein wird. Der Rat ist gewiß, daß auch ein zunächst noch so bescheidener Schritt auf die Wiedervereinigung hin Dankbarkeit und Ermutigung auslösen wird ...

„Daß Christus siegt, bleibt ewig ausgemacht. Sein wird die ganze Welt.“

In solcher Zuversicht grüßt der Rat alle Gemeinden in Ost und West und bittet sie, den Gebetssonntag am 3. Mai in den Kirchen und Häusern mit Andacht und Glauben zu feiern. Unsere Gebete sollen auch in den kommenden Wochen die Staatsmänner umgeben, daß sie sich in ihrer Gesinnung und ihren Entschlüssen als Werkzeuge des Friedens bewähren. Gottes Wort bezeugt: „Rufe mich an in der Not, so will ich dich erretten, so sollst du mich preisen.“

Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens beschloß für den 19. April 1959 eine in allen Gemeinden zu verlesende Kanzelabkündigung:

Wir alle sind leidenschaftlich bewegt von den Fragen nach der Zukunft unseres Volkes und der Welt, wie sie namentlich seit der Erklärung der Regierung der UdSSR zur Berlin-Frage und seit der Veröffentlichung eines Friedensvertragsentwurfes akut geworden sind. Wir sind erfreut darüber, daß sich in den letzten Monaten und Wochen überall in der Welt die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, es müsse dem Zustand des kalten Krieges ein Ende bereitet und eine Lösung der internationalen Spannungen herbeigeführt werden. Besonders begrüßen wir es, daß die Bereitschaft im Wachsen ist, dafür den Weg der Verhandlungen zwischen den Großmächten zu wählen und dabei die Deutschlandfrage zu erörtern und einer Regelung zuzuführen.

Es kann keine Rede davon sein, daß wir als Kirche an diesen Bemühungen uninteressiert wären. Die Bischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik haben sich an die verantwortlichen Staatsmänner mit der Bitte gewandt: Vergeßt den Menschen nicht! Gerade darum geht es uns. Wir haben nicht politische Rezepte zu geben, aber wir haben zu bitten und zu mahnen: Denkt an den Menschen!

Um der Menschen willen sehnen wir den Tag herbei, an dem die beiden Teile Deutschlands zusammenkommen, damit der Riß, der heute durch ungezählte Familien geht, geheilt werde.

Um der Menschen willen wenden wir uns gegen die Fortsetzung des Wettrüstens und gegen jeden heißen oder kalten Krieg.

Um der Menschen willen ringen wir um die Herstellung eines neuen internationalen Ethos, um die Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel und wenden uns gegen die Ausdehnung der atomaren Rüstung auf immer neue Länder.

Um der Menschen willen bitten wir, jede Möglichkeit zu Verhandlungen auszunützen und nicht um des Austragens weltanschaulicher und politischer Gegensätze willen die Menschen leiden zu lassen.

Um der Menschen willen bitten wir um Gerechtigkeit und Freiheit für alle.

Um der Menschen willen rufen wir zur Liebe statt zum Haß. Wir wissen, was die Spaltung unseres Volkes für Millionen von Menschen bedeutet. Wir sind uns klar darüber, daß es nur eine friedliche Lösung dieser Frage geben kann und jeder Versuch einer gewaltsamen Lösung unabsehbare Folgen haben müßte.

Dem Beschluß eines Bittgottesdienstes am gleichen Tage in allen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland stimmen wir auch deshalb freudig zu, weil auf diese Weise erneut zum Ausdruck kommt, daß wir in einer Kirche beisammen sind und die äußere Trennung als unsere gemeinsame Not empfinden.

Wir ahnen alle, daß vor uns entscheidungsvolle Monate liegen. Möge in unserer Kirche das Gebet lebendig sein und bleiben, das nach der apostolischen Weisung die Völker und ihre Regierungen ohne Unterlaß der Führung Gottes befehlt.

Die Genfer Außenministerkonferenz und ihr Verlauf wurden von der Kirche mit besorgter Anteilnahme begleitet. Am Vorabend der Fürbittegottesdienste wandte sich die Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche bittend an die Politiker der Großmächte, an die beiden deutschen Regierungen und an die christlichen Gemeinden in Ost und West:

Angesichts der Verhandlungen der Regierungen, die für unser gespaltetes Volk und den gefährdeten Weltfrieden von unabsehbarer Tragweite sind, bittet die Synode die Staatsmänner, bei ihren Beratungen und politischen Lösungen jene Menschenrechte nicht zu vergessen, die Gottes Gnade den Menschen, allen Menschen gönnt.

Die beiden deutschen Regierungen bittet die Synode noch einmal, auf jede atomare Rüstung zu verzichten. Sie weist mit letztem Ernst darauf hin, daß ein Friedensvertrag, der nicht die uneingeschränkte Kommunikation aller Deutschen innerhalb der gegenwärtigen Grenzen unseres Landes sicherstellt, keinen Frieden bringen kann.



Alle aber, die darum wissen, daß bei dem allmächtigen und barmherzigen Gott das Gericht und die Gnade ist, ruft die Synode dazu auf, für den Frieden der Welt und die Heilung des Risses, der durch unser Volk geht, betend einzutreten, nicht nur im gemeinsamen Gottesdienst, sondern ein jeder in seiner Kammer.

Über die Junisitzung des Rates der EKD berichtete das Communiqué:

Der Rat befaßte sich auch mit der schweren Krise, in die die Genfer Konferenz in diesen Tagen geraten ist. Er bedauerte vor allem, daß die Vorstellungen der Kirche über die konkreten Nöte in der Kommunikation des deutschen Volkes in Ost und West bisher keinerlei Folgen gehabt haben. Um so ernster bittet der Rat die Gemeinden, in der Treue des Gebets für die Fülle menschlicher Bedrängnisse, die sich aus der Spaltung unseres Volkes ergeben, und für die Versöhnung der Völker nicht nachzulassen.

Die im Mai 1959 in Bad Kreuznach versammelte Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland wandte sich an die Außenministerkonferenz in Genf:

Die zur Tagung der Landessynode versammelten Vertreter von fast vier Millionen evangelischer Christen im Rheinland richten an die in Genf beratenden Außenminister folgende Adresse:

Wir gedenken Ihrer und Ihrer Beratungen im Gebet vor Gott. Wir bitten Gott, daß es Ihnen gelingt, die Mittel und Wege zu finden, die der Welt den Frieden geben und unserem Volk die Wiedervereinigung ermöglichen.

Wir bitten für Sie, daß Sie aufrichtig, beharrlich und geduldig miteinander verhandeln können.

Denn viele Menschen leiden unter der Friedlosigkeit der Welt und der Zerrissenheit unseres Volkes.

Die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg beschloß:

In einem Augenblick, in dem die Berlin-Frage in Genf zur Entscheidung steht, erwartet die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg im Namen ihrer Gemeindeglieder im Osten und Westen, daß von den Staatsmännern in Genf jede Möglichkeit zur Beseitigung der widernatürlichen Trennung ergriffen wird. Unter gar keinen Umständen sollten die bei dem derzeitigen Status von Groß-Berlin noch verbliebenen Wege zur menschlichen Begegnung und Verständigung abgeschnitten werden. Die Kirchenleitung bittet alle Glieder der Gemeinden, gerade in diesen Tagen in der Fürbitte diese Anliegen vor Gott zu tragen.

An alle Christen in Deutschland und an die Vertreter der Regierungen der BRD und der DDR in Genf richteten einige in der DDR beheimatete Pfarrer und Theologieprofessoren unter dem 17. Mai 1959 folgenden Aufruf:

Wir wenden uns an alle Glieder der evangelischen Kirchen in Deutschland, insbesondere an deren berufene Vertreter, den Rat der EKD, die evangelischen Kirchenleitungen und die theologischen Fakultäten mit der Bitte, zu erwägen, inwieweit das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 uns alle bis heute zu bestimmten Entscheidungen in den Lebensfragen unseres Volkes verpflichtet:

1. Wir meinen, daß wir Deutsche nach einem unsererseits begonnenen Kriege alle Veranlassung haben, nunmehr aus den Fehlern unserer Geschichte zu lernen und aktiv und zielbewußt unsere Mitverantwortung für den Weltfrieden wahrzunehmen. „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ Diese Ein-

sicht nötigt uns, für die Wiederherstellung des Friedens in Europa in Selbstbescheidung und Opferbereitschaft einzutreten. Daher können wir auch in der gegenwärtigen Situation die Vertreter der deutschen Staaten bei der Außenministerkonferenz in Genf nur mit allem Ernst bitten, sich ihrerseits in jeder Weise um eine Verständigung zu bemühen. Am überzeugendsten geschähe das durch Vereinbarungen der Vertreter beider deutscher Staaten untereinander. Minimal sollten sie sich auf die gemeinsame Bereitschaft einigen,

a) die Folgen des von Deutschland begonnenen Krieges auf sich zu nehmen – auch in Anerkennung der neuen Grenzen;

b) fortan auf alle militärischen Machtkonzentrationen und Blockbildungen zu verzichten;

c) die Wiedervereinigung ihres Landes unter dem Aspekt der Erhaltung des Friedens als nationale Aufgabe beider deutscher Staaten in Angriff zu nehmen;

d) vor allem anderen die verschiedenen Pläne für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu unterstützen.

2. Wir meinen, es wäre für die Vertreter des deutschen Volkes unerlaubt, Friedensverhandlungen zu stören, statt sie dankbar zu fördern, wenn gerade ein von Deutschland vertragsbrüchig überfallenes und verwüstetes Land beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag anbietet. Wenn auch bei Friedensverhandlungen die Verantwortung Deutschlands für den letzten Krieg nicht ausgeklammert werden kann, so müssen doch bei Friedensverhandlungen selbstverständlich auch die deutschen Interessen zur Sprache gebracht und verhandelt werden. Es wäre aber verhängnisvoll, wenn Vertreter unseres Volkes versuchten, die Spannungen zwischen den Siegermächten auszunutzen, um unserem Volke die Übernahme der Folgen des letzten Krieges um jeden Preis, selbst auf die Gefahr eines neuen Krieges hin, zu ersparen.

3. Wir meinen, daß die gegenwärtige Situation in West-Berlin ein besonders bedrohlicher Ausdruck für die Ausnutzung der Spannungen zwischen den Siegermächten einerseits, für die Vergiftung der zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb Deutschlands andererseits ist. Darum sollte man ungeachtet bestehender Einwände jeden Vorschlag ernsthaft prüfen, der darauf zielt, West-Berlin aus einem Zentrum der Obstruktion in eine Metropole des geistigen, politischen und wirtschaftlichen Austausches und damit in eine Keimzelle der Verständigung zu verwandeln. Das würde auch positive Folgen für die Entspannung in Europa und für eine friedliche deutsche Einigung haben können.

Eine Tagung christlicher Persönlichkeiten aus Ost und West über das Thema: „Neues Ethos und Friedensordnung“ in Weimar am 24. Juni 1959, an der unter anderem aus der BRD 12 Theologen und 3 Nichttheologen, aus der DDR 8 Theologieprofessoren und 151 Pfarrer sowie 4 Geistliche und Laien aus Ungarn teilnahmen, nahm nachstehend abgedruckte Entschließung an:

Wir Unterzeichneten, Glieder und Amtsträger evangelischer Gemeinden in beiden Teilen Deutschlands, sind eines Sinnes mit allen, die erklären: „Den Menschen, den Gott so geliebt hat, wie es das Evangelium von Jesus Christus uns sagt, als Objekt von Massenvernichtungsmitteln auch nur denken zu wollen, ist Sünde.“

Darum haben wir uns in Weimar zusammengefunden, beunruhigt, daß wir wieder durch einseitiges Schweigen oder unüberlegte Entscheidungen so schuldig werden, wie wir es nach 1945 bekennen mußten.

Wir würden schuldig, wenn wir abermals den Namen Christi dazu mißbrauchten, Frontbildungen irgendwelcher Art zu rechtfertigen, statt uns von ihm dazu befreien zu lassen, unter dem Gebot der Nächstenliebe nach dem Maße menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens Recht und Frieden zu suchen.

Darum treten wir für eine solche vernünftige Politik ein und unterstützen eine solche Politik durch unser Wort und Handeln, wo wir immer dazu Gelegenheit haben. Vernünftige Politik ist heute darauf gerichtet, den kalten Krieg zu beenden, auch gegen den Widerstand derer, denen er nützt, und den durch tiefe Interessengegensätze der Mächte gefährdeten Frieden durch eine auf Verträgen beruhende Friedensordnung zu sichern, die keine Nation vergewaltigt, jedem Volk volle Sicherheit bietet und Raum für zukünftige friedliche Entwicklung läßt.

Wir meinen, daß das deutsche Volk und die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung und spezielle Möglichkeiten haben, eine solche Politik zu fördern. Vernünftige Politik muß heute in Deutschland darauf gerichtet sein, den Kräften ihren politischen Einfluß zu nehmen, die unser Volk und die Völker der Welt bereits zweimal in furchtbare Kriege gestürzt haben. Damit wäre ein wesentliches Hindernis der friedlichen Wiedervereinigung beseitigt. Vernünftige Politik in Deutschland muß zuerst darauf bedacht sein:

Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel einer schrittweisen Wiedervereinigung herbeizuführen;

keine Kernwaffen und Abschußbasen für diese Waffen auf deutschem Boden zu dulden;

beide deutsche Staaten aus den Militärbündnissen herauszulösen und in eine atomwaffenfreie Zone einzugliedern.

Die Regelung dieser besonders Deutschland betreffenden Fragen hat eine weit über Deutschland hinausgehende Bedeutung. Gelingt es an einer weltpolitisch so exponierten Stelle wie in unserem Lande, aus einem Spannungszentrum ein Gebiet der Verständigung und freundschaftlichen Begegnung zu machen, so muß das für die Weltpolitik weitreichende Konsequenzen haben.

Wir begrüßen es, daß es in Genf zu Verhandlungen der Außenminister gekommen ist, und hoffen, daß es ihnen gelingt, eine vertragliche Regelung des Friedens mit Deutschland vorzubereiten.

Wir meinen, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden müssen und daß Möglichkeiten zu einer Verständigung auf höchster Ebene gegeben sind, die entschlossen, geduldig und kompromißbereit genutzt werden müssen.

Diese Erwägungen der Vernunft, die uns mit vielen Nichtchristen in politischer Verantwortung verbinden, sollen ein Beitrag sein zu dem Dienst an der Menschheit, zu dem das Evangelium ruft.

Im Spätherbst 1959 forderten 44 westdeutsche Professoren, unter ihnen mehrere theologische Lehrer, einen deutschen Beitrag zur Befriedung der Welt. Sie erklärten:

Aus Gründen der politischen Vernunft und im Interesse des deutschen Volkes erachten wir es für notwendig, folgendes zu erklären:

Wir stehen am Beginn einer neuen Ära der internationalen Beziehungen. Seit der Genfer Außenministerkonferenz und dem Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in den USA vollzieht sich eine grundlegende Änderung in der Weltpolitik. In einer Reihe von Konferenzen wird man in naher Zukunft nach Vereinbarungen suchen, die die gefährlichen Spannungen im Schatten des allgemeinen Wettrüstens beseitigen oder wenigstens eindämmen sollen.

Die mächtigsten Verbündeten der Bundesrepublik, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, haben sich entschlossen, gegenüber der Sowjetunion eine elastischere, verhandlungsbereite Politik einzuleiten.

Durch diese Entwicklung sind die Grundlagen der bisherigen Außenpolitik unseres Landes vollends erschüttert worden. Es ist deshalb nicht nur falsch, sondern gefährlich,

davon auszugehen, daß sich im Grundsätzlichen nichts zu ändern brauche und alles beim alten bleiben könne. Eine Neuorientierung der deutschen Politik ist dringend geboten. Aber die mannigfachen Vorschläge und Anregungen, die im Laufe dieses Jahres aus allen politischen Parteien und aus Kreisen der deutschen Öffentlichkeit gemacht wurden, um Wege zu einer neuen positiven Außenpolitik aufzuweisen, sind unbeachtet geblieben.

Dieses und der Tatbestand, daß seit anderthalb Jahren, nämlich seit dem verhängnisvollen Atomrüstungsbeschluß vom 25. März 1958, keine außenpolitische Grundsatzdebatte mehr stattfand, muß jeden mit Besorgnis erfüllen, der nach dem Zusammenbruch von 1945 auf die Verwirklichung freiheitlich demokratischer Grundsätze gehofft hatte.

Das deutsche Volk muß heute einen entscheidenden Schritt zur Befriedung Europas und der Welt tun. Statt dessen beobachten wir, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verweigert, Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone abgelehnt, gleichzeitig aber die Aufrüstung der Bundeswehr verstärkt fortgesetzt wird. In unseren westlichen und östlichen Nachbarländern vermerkt man mit zunehmendem Mißtrauen das Auftreten einiger Vertriebenen-Politiker, die ihre Gebietsforderungen mit gefährlichen Maximen verbinden.

Wir dürfen an unserem Verzicht auf Gewaltanwendung und an unserem Willen zur friedlichen Verständigung mit allen Völkern keinen Zweifel lassen. Worte genügen nicht. Taten zählen. Unsere Außenpolitik muß dem Rechnung tragen. Sie muß folgerichtig, klar und vertrauenerweckend sein. Insbesondere muß die Lösung der deutschen Frage neu durchdacht werden. Die Politik, die einzuschlagen wäre, muß daher die Bemühungen um eine allgemeine kontrollierte Abrüstung wirksam unterstützen, indem die atomare Bewaffnung der Bundeswehr eingestellt wird und Verhandlungen über eine militärische Entspannungszone in Europa geführt werden.

Sie muß unseren Friedenswillen durch die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern bekunden und die sogenannte „Hallstein-Doktrin“ endlich aufgeben.

Eine Fortsetzung des bisherigen Regierungskurses bringt unser Land in eine unheilvolle Lage und macht eine friedliche Lösung des deutschen Problems unmöglich. Ein deutscher Beitrag zur Entspannung und Abrüstung ist unentbehrlich. Er kann für unser Volk nur von Nutzen sein.

Die kirchliche Beteiligung an den Fragen und Vorgängen der Außenpolitik führte – wie die abgedruckten Dokumente beweisen – zu höchst unterschiedlichen Stellungnahmen. Der Zerrissenheit der Welt und unseres Volkes entspricht die Zerrissenheit des deutschen Protestantismus. Er lebt in verschiedenen Staatswesen, unter verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen; er denkt und urteilt in entscheidenden Fragen in verschiedener Weise, weil er von verschiedenen politischen, gesellschaftlichen, theologischen und kirchlichen Voraussetzungen ausgeht. Das ihn trotzdem zur Gemeinschaft und Einheit verbindende und darin erhaltende Band ist allein und ausschließlich das *eine* Evangelium, der *eine* Herr, der *eine* Glaube, die *eine* Liebe. Darum sei dieser Abschnitt beschlossen mit dem Wort, das Präses D. Wilm auf der Februarsynode der EKD „im Namen der Brüder und Schwestern aus Westdeutschland“ an die Brüder und Schwestern in der DDR richtete:

1. Wir danken Gott, daß wir mit euch, meine lieben Brüder und Schwestern aus der DDR, hier zusammen sein dürfen und er uns solche brüderliche Gemeinschaft geschenkt hat. Wir nehmen das als ein großes und verpflichtendes Geschenk mit uns nach Hause und in unsere Gemeinden.



2. Wir wollen auch weiterhin mit euch in der Fürbitte für die Gefangenen unserer Kirche zusammenstehen. Wir wollen treuer als bisher für euch beten und unsere Gemeinden dazu anhalten, es zu tun; und wir bitten euch: Betet ihr für uns!

3. Wir haben erneut gelernt, daß eure Fragen und Bedrängnisse auch uns betreffen – nicht nur nach der Weise: Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit –, sondern weil wir als Kirche in der westlichen Welt mit beteiligt sind. Wenn sich die Christenheit im westlichen Teil den vor allem durch die Situation in der DDR der Kirche gestellten Fragen entzieht, wenn sie den hier jetzt laut werdenden Ruf des Evangeliums nicht hören würde, dann würde sie an ihrer Seele Schaden leiden. Wir können darum nicht sagen: Nur im östlichen Teil Europas sind solche Probleme. Wir können höchstens sagen: Es geht bei euch um den am meisten vorgeschobenen Posten in der säkularisierten Welt – aber die säkularisierte Welt ist auch bei uns. Darum wollen wir uns aber auch mit euch freuen über das herrliche Evangelium von unserem Herrn und Heiland Jesus Christus.

4. Wir streben und sehnen uns nach mehr und stärkerer Kommunikation mit euch wie ihr nach der mit uns und werden sie immer wieder suchen und versuchen. Es ist uns schmerzlich, daß zur selben Zeit, wo sich die Türen zu den Kirchen in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern öffnen und eine europäische Ökumene lebendige Gestalt gewinnt, wir in den beiden Teilen unserer Kirche kaum zueinander kommen können und ihr so selten zu ökumenischen Begegnungen herausgelassen werden. Wir bitten die Regierung der DDR, die nicht einmal so viel Raum zur Kommunikation gewährt, wie er in den östlichen Nachbarländern möglich ist, zu bedenken, daß wir nicht nur Menschen eines Volkes sind, sondern auch in einer Kirche zusammengehören. Und aus unseren Herzen kommt der tiefe Seufzer und das Stoßgebet: „Ach, wenn doch endlich bald unser Volk wieder vereinigt würde!“ Wir wollen bereit sein, dafür vieles zu opfern.

5. Wir versprechen euch, soweit es möglich ist, eure Last mitzutragen, dafür Opfer auf uns zu nehmen und unseren Gemeinden diese Verantwortung immer neu aufs Herz zu legen. Auch das, was jetzt auf die Menschen in Berlin gelegt ist, tragen wir mit und wollen bei euch stehen.

6. Wir preisen mit euch den Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der immer wieder über Bitten und Verstehen Gnade, Kraft und Hilfe schenkt und seine Gemeinde nie allein läßt.

*2. Kirchliche Stellungnahmen zu innerpolitischen Vorgängen.* Unter den innenpolitischen Ereignissen in der *Bundesrepublik* beschäftigten auch die evangelischen Bürger die Vorgänge um die Wahl des Bundespräsidenten, ohne daß es zu unmittelbaren öffentlichen Stellungnahmen amtlichen Charakters kam. Die Besorgnisse der evangelischen Christenheit in Deutschland angesichts des Umgehens mit den höchsten politischen Ämtern in Westdeutschland brachte in vorsichtig verhaltener und verantwortungsbewußt zurückhaltender Weise das Kommité über die Juni-Tagung des Rates der EKD zum Ausdruck:

Im Blick auf die innere Situation unseres Volkes bittet der Rat die Gemeinden, die Gründe für die Zerrüttung der staatlichen Autorität in der Zeit von 1933 bis 1945 nicht zu vergessen. Der Rat erinnert die Pfarrer und Gemeinden an die besondere Verantwortung, die die evangelischen Christen für ein gesundes Staatsleben tragen.

In der *Deutschen Demokratischen Republik* war es vor allem eine am 23. März 1959 vor Kulturschaffenden aus der DDR gehaltene Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl, die der Kirche gebot, von ihrem Recht und ihrer Pflicht, in christ-

licher Verantwortung vor Gott für die ihr anvertrauten Menschen ihres Wächteramtes zu walten. Diese Rede enthielt eine eindeutig und einseitig auf den Atheismus festgelegte Deutung des Sozialismus in der DDR und damit eine Begründung und Rechtfertigung des schweren Gewissensdruckes, der seit Jahr und Tag auf die christlichen Bürger durch die politische Führung und die kulturelle Planung im Sinne einer nicht nur gottfernen, sondern gottfeindlichen Heilsideologie ausgeübt wird. Am 15. April erging ein Schreiben der Vorsitzenden der Gliedkirchen der Deutschen Demokratischen Republik an Ministerpräsident Grotewohl; unter dem 9. Mai legten die Bischöfe der in der Deutschen Demokratischen Republik gelegenen Gliedkirchen ein ausführliches Memorandum vor. (Vgl. den Bericht über die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 154 ff.)

Der Vorsitzende des Rates der EKD und Bischof von Berlin-Brandenburg D. Dr. Dibelius richtete unter dem 20. April 1959 einen Offenen Brief an den Ministerpräsidenten der DDR-Regierung:

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

Sie wollen mir gestatten, mich mit diesem Offenen Brief an Sie zu wenden. Da die Regierung der DDR es ablehnt, mit kirchlichen Stellen zu verhandeln, die ihren Wohnsitz in West-Berlin haben, bleibt mir kein anderer Weg, so ungern ich ihn auch gehe.

Am 29. März gab das „Neue Deutschland“ den Wortlaut der Rede bekannt, die Sie einige Tage vorher vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden gehalten hatten. In dieser Rede haben Sie sich mit dem Verhältnis des Staates zur Kirche beschäftigt und haben dabei auf das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 hingewiesen. Wie Sie wissen, sind gegen dies Kommuniqué alsbald nach seiner Veröffentlichung bei den Leitungen der Kirchen ernste Bedenken laut geworden. Ich selbst habe mich, obwohl ich manche dieser Bedenken teilte, am 31. August 1958 vor einer großen Öffentlichkeit ohne Vorbehalt zu dem Kommuniqué bekannt, um den guten Willen der Kirche zu bezeugen.

Ich stelle auch fest, daß seither für die kirchliche Arbeit gewisse Erleichterungen eingetreten sind, die ich auf Ihre Anordnung, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zurückführen darf. An entscheidenden Punkten sind freilich die Beschwerden der Kirche nicht ausgeräumt worden. Nun ist Ihre Rede hinzugekommen. Diese Rede hat durch ihren grundsätzlichen Inhalt überall in der DDR bei der christlich gesinnten Bevölkerung eine tiefe Beunruhigung hervorgerufen. Sie haben ausgeführt, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre und daß sich dieser Sozialismus auf den Lehren des dialektischen Materialismus aufbaue. Dieser dialektische Materialismus, so sagen Sie, sei Grundlage aller echten wissenschaftlichen Erkenntnis, wie denn auch umgekehrt alle exakte wissenschaftliche Erkenntnis in den dialektischen Materialismus einmünden müsse. Nun ist es nicht Aufgabe der Kirche, zu Grundsätzen wissenschaftlicher Forschungsarbeit Stellung zu nehmen. Das Evangelium, das die Kirche verkündigt, bleibt von diesen Grundsätzen unberührt. Wir stellen nur fest, daß naturwissenschaftliche Gelehrte, die in der ganzen Welt das höchste Ansehen genießen, den dialektischen Materialismus ablehnen und der Meinung sind, daß das damit gegebene Erkenntnisprinzip in der Entwicklung unserer Wissenschaft längst überholt sei.

Wenn nun aber von diesem Prinzip her eine Weltanschauung entwickelt wird, die das gesamte Leben der Menschen in Theorie und Praxis bestimmen soll, dann sieht sich die christliche Kirche allerdings gefordert. Denn darüber herrscht allgemeines Einverständnis, daß die Weltanschauung des dialektischen Materialismus weder für Gott noch für das Evangelium von Jesus Christus Raum hat. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, vermeiden zwar in Ihrer Rede das Wort „atheistisch“. Daß aber eine atheistische Weltanschauung und nichts anderes gemeint ist, ergibt sich aus dem ganzen Zusammenhang

der Rede und wird an einzelnen Stellen klar angedeutet. Dadurch wird Ihre Rede zu einer Proklamation atheistischer Denkweise von Staats wegen. Der Staat setzt sich damit in Widerspruch zu seiner christlich gesinnten Bevölkerung. Bitte, täuschen Sie sich nicht darüber. Ein atheistischer Staat kann für den Christen niemals zu einer inneren Heimat werden.

Dieser Gegensatz wird vollends deutlich bei dem, was Sie über die Sittlichkeit sagen. Sie glauben, feststellen zu sollen: „Sittlich ist, was der Sache des Sozialismus dient.“ Dieser Satz ruft peinliche Erinnerungen wach an die Losung der Nationalsozialisten: „Gut ist, was dem deutschen Volke nützt.“ Die christliche Kirche hat jenem Satz damals mit Ernst und Freimut widersprochen. Sie muß auch Ihrer Formulierung widersprechen. Was gut und böse, sittlich und unsittlich ist, bestimmt der lebendige Gott allein, kein Mensch, keine Bewegung, keine Klasse und keine Weltanschauung. Maßstab des Sittlichen sind die Zehn Gebote und die Weisungen des Evangeliums. Neue Zehn Gebote, die vom Menschen verfaßt sind, wird die Christenheit nie entgegennehmen, und niemals wird ihr das als sittlich gelten, was einer menschlich-irdischen Bewegung nützt. Wenn also, um das an einem Beispiel deutlich zu machen, die Nationalen Streitkräfte der DDR von ihren Kommandostellen aufgerufen werden, die andersdenkende Welt zu hassen, so kann die Christenheit Deutschlands dazu nur ihr bestimmtes und unaufgebbares Nein sprechen.

Deshalb müssen wir uns auch dagegen wehren, daß eine sogenannte Sittlichkeit des Sozialismus, um mit Ihren Worten zu reden, „die Grundlage der moralischen Erziehung und Bildung der Jugend“ sein müsse. Wir bestehen darauf, daß unsere Kinder im Glauben an Jesus Christus und im Gehorsam gegen seine Gebote erzogen werden, nicht aber in einer Moral, die aus dem dialektischen Materialismus abgeleitet wird. Wir nehmen das für uns in Anspruch kraft der „vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit“, die jedem Bürger der DDR durch die Verfassung garantiert und in dem Communiqué vom 21. Juli noch einmal ausdrücklich zugesichert worden ist.

Wir wissen uns mit Ihnen darin einig, daß im Unterricht der Schule eine konsequente Wissenschaftlichkeit herrschen soll – wenn das auch nicht der einzige Leitgedanke der Erziehung sein kann. Aber wo Wissenschaftlichkeit zum weltanschaulichen Dogma wird, da überschreitet sie ihre Grenzen. Und wo ein solches weltanschauliches Dogma dann den Kindern mit robuster Selbstherrlichkeit vorgetragen wird, da fordert das notwendig den Protest des christlichen Elternhauses heraus. Von einem Einklang zwischen häuslicher und schulischer Erziehung, wie wir ihn mit Ihnen wünschen, kann so lange nicht die Rede sein, als Kindern, die in ihrem Elternhaus beten gelernt haben, in der Schule erklärt wird, einen Gott gebe es nicht. Das habe die Wissenschaft bewiesen. Wissenschaft erweist ihre Echtheit nicht zuletzt darin, daß sie gegenüber dem, was kein menschlicher Verstand erforschen kann, demütige Zurückhaltung an den Tag legt. Was wir begehren, sind nicht Vorrechte gegenüber solchen, die unseren Glauben nicht teilen. Wir begehren lediglich das eine, daß der Staat nicht mit den Machtmitteln, die ihm zur Verfügung stehen, dem Atheismus den Weg bereitet und den christlichen Glauben in den Winkel zu drücken versucht. Sie, Herr Ministerpräsident, sagen: „Glaubens- und Gewissensfreiheit heißt, daß jeder Bürger selbst entscheiden kann, in welcher Weise er seine Eheschließung oder die Namensgebung eines Kindes begehren will, ob ein Kind an der Jugendweihe, an der Konfirmation oder an beidem teilnimmt.“ Über das „oder an beidem“ werde ich gleich ein Wort sagen. Daß freie Entscheidung herrschen soll, kann die Kirche nur bejahen.

Es ist aber keine freie Entscheidung mehr, wenn der Staat alle Mittel der Propaganda gegen die Einrichtungen der Kirche in die Waagschale wirft. Unausgesetzt haben Lehrer, Parteifunktionäre und andere die Eltern und die Kinder bearbeitet, sie müßten den Weg der Jugendweihe gehen, weil nur dieser Weg zur Oberschule und zur Hochschule, zu Lehrstellen und Fachschulen führe. Die Presse, die in der DDR nach staat-

licher Anordnung zu arbeiten hat, muß auf jede Weise für die Jugendweihe Propaganda machen. Die Wirtschaft desgleichen. In den staatlichen Internaten wird nicht nur kein Religionsunterricht gestattet, sondern die Kinder werden geschlossen der Jugendweihe zugeführt. Jetzt hat sogar die Post besondere Briefmarken und Telegrammformulare zur Jugendweihe herausgebracht. Und die Konfirmation?

Nein, Herr Ministerpräsident, es ist genau umgekehrt, wie Sie es darstellen. Nicht die Kirche versucht, eine Monopolstellung für sich zu fordern, sondern es ist der Staat, der Einrichtungen, die aus dem Gegensatz gegen die christliche Sitte hervorgegangen sind, unter Einsatz seiner Machtmittel Geltung zu schaffen sucht.

Und was das „oder an beidem“ anlangt, so sind die Leitungen aller Kirchen in der DDR zu der Erkenntnis gekommen, daß Jugendweihe und Konfirmation einander ausschließen – was ja auch von den Propagandisten der Jugendweihe im Grunde nicht bestritten wird. Amtshandlungen der Kirche können nicht vollzogen werden, wenn das betreffende Gemeindeglied sich wenige Tage vorher oder nachher zu einer entgegengesetzten Lebenshaltung bekennt. Die Amtshandlungen der Kirche sind nicht öffentliche Theatervorstellungen, zu denen jedermann Zutritt verlangen kann, sondern sie sind Feiern, die auf einer Gemeinschaft des Glaubens beruhen. Die Kirche nötigt niemanden. Sie läßt sich aber auch von niemandem nötigen.

Ich breche ab – soviel zu Einzelheiten Ihrer Rede auch noch zu sagen wäre. Das Gefühl, daß die treuen Glieder der christlichen Kirche in der DDR als Bürger zweiter Klasse gelten, gräbt sich immer tiefer ein. Wollen Sie diese Entwicklung wirklich weitergehen lassen?

Ich bin mit angelegentlichster Empfehlung Ihr ganz ergebener

*Dibelius*

#### *d) Die Atomdiskussion in der EKD*

Die innerkirchliche Atomdiskussion kam auch im Jahre 1959 nicht zur Ruhe, denn sie kam nicht zu einem Ergebnis, das die vorhandenen gegensätzlichen Stellungnahmen und Entscheidungen miteinander auszugleichen geeignet und in der Lage gewesen wäre. Das Thema behielt seinen explosiven Charakter; die Gegensätze blieben tief und reichten nach wie vor „von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen verantwortet werden kann“ (Entschließung der EKD-Synode vom 30. 4. 1958). Wie hart die aus letzten Tiefenschichten theologischer Grundlagen und Grundentscheidungen herrührenden Gegensätze waren und sind, wird daran deutlich, daß schon das Verständnis des letzten Absatzes der Synodalentschließung von 1958 sofort kontrovers wurde:

Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.

Während auf der einen Seite dieser Absatz als Nötigung verstanden wurde, auf jeden Fall vom Evangelium her zu einer einhelligen Auffassung in der Atomwaffenfrage zu kommen, ging die andere Auffassung dahin, daß die Gemeinschaft unter dem Evangelium die Möglichkeit verschiedener Stellungnahmen und



Entscheidungen in der Frage der nuklearen Waffen in sich schließe. Die in diesen unterschiedlichen Interpretationen der Synodalentschließung zutage tretende Gegensätzlichkeit der Standpunkte spricht sich in den einzelnen Verlautbarungen des Jahres 1959 aus dem kirchlichen Raum mit oft unverhohlener Eindeutigkeit aus. Der Eindruck eines Journalisten, der an einer kirchlichen Tagung über die Frage der Atomwaffen teilnahm, die Diskussion sei ihm wie ein „selbstmörderischer Bruderkampf im Stile des Catch-as-catch-can“ vorgekommen, trifft auch auf andere Phasen des innerkirchlichen Gesprächs zu. Ohne unbrüderliche Entgleisungen damit entschuldigen zu wollen, wird aber gesagt werden müssen, daß das Bemühen um die theologische und geistliche Bewältigung der weitausgreifenden und vielschichtigen Problematik der Atomwaffenfrage ohne das Durchschreiten einer Zone des unerbittlichen Aufeinanderprallens schärfster Gegensätze sein Ziel nicht erreicht, wenn dabei nur mit Nachdruck an der Gemeinschaft des Bemühens um Klärung und Klarheit unter dem Evangelium festgehalten wird.

Trotzdem darf als Ertrag der auch im Jahre 1959 harten Auseinandersetzungen als allen gemeinsam gewordene Erkenntnis angesprochen werden, daß die kirchliche Antwort zum Atomwaffenproblem nicht in allgemein gehaltenen Deklamationen eines guten Willens bestehen kann, sondern die angestrenzte und geduldige Bemühung eines sachkundigen, verantwortungsbewußten Durchdenkens einer großen Zahl höchst differenzierter Einzelfragen im Lichte des biblischen Zeugnisses erfordert. Auf Grund dieser sich immer mehr durchsetzenden Einsicht traten im Laufe des Jahres die gegenseitigen Bezeichnungen der kirchenzerstörenden Schwärmerei oder der Sterilität toter theologischer Richtigkeiten sowie die wechselseitigen politischen Verdächtigungen, die Geschäfte des einen oder anderen der weltpolitischen Machtblöcke zu betreiben und theologisch zu legitimieren, in der Diskussion mehr und mehr zurück; statt dessen wuchsen und wachsen langsam, aber dem genauen Hinsehen erkennbar – zwar noch keine wesentliche „Annäherung“ der unterschiedlichen Standpunkte, wohl aber – ein besseres Verstehen und eine echte Respektierung des Urteils und der Entscheidung des anderen sowie die Bereitschaft zu selbstkritischer Durchreflexion des eigenen Standpunktes und seiner theologischen Begründung.

Innerhalb der evangelischen Christenheit in Deutschland und der Weltchristenheit begegnen vier unterschiedliche Entscheidungen innerhalb der Klammer eines grundsätzlichen Nein zu einem mit Atomwaffen geführten totalen Krieg:

1. Die Position eines grundsätzlichen Nein zu jedwedem Umgang mit atomaren Waffen; die Vertreter dieser Meinung als deren Sprecher in Deutschland die Kirchlichen Bruderschaften hervorgetreten sind, lehnen nicht nur die Anwendung, sondern auch die Herstellung, Erprobung, Lagerung und Androhung der nuklearen Waffen ab;

2. die Position eines grundsätzlichen Nein zur Anwendung atomarer Waffen und eines Ja zu ihrer Androhung zwecks Abschreckung des Gegners vor ihrer Anwendung in der Bereitschaft, im äußersten Notfall sie selbst anzuwenden;

3. die Position eines grundsätzlichen Nein zur Anwendung atomarer Waffen und eines Ja zu ihrer Androhung zwecks Abschreckung des Gegners unter Ablehnung der Bereitschaft, sie im äußersten Notfall selbst anzuwenden;

4. die Position eines grundsätzlichen Nein zur Anwendung atomarer Waffen

und eines Ja zu ihrer Androhung zwecks Abschreckung mit dem ernsthaft und aktiv verfolgten Ziel, sie eben damit aus dem Spiel zu bringen.

Wir bringen nun die wichtigsten Verlautbarungen des Jahres 1959 aus dem kirchlichen Raum in chronologischer Reihenfolge.

Die zeitlich erste kirchliche Erklärung zur Atomfrage auf deutschem Boden wurde von einigen Teilnehmern an der Nyborger Konferenz der Europäischen Kirchen (vgl. den Bericht über die Ökumenische Bewegung), die anschließend in Frankfurt zu einer „Konferenz der Verständigung zwischen Ost und West“ zusammentraten, veröffentlicht. Die Entschließung lautet:

Wir sind glücklich und dankbar vor Gott, daß wir in Innigkeit und Brüderlichkeit miteinander tagen, im geduldigen Hören aufeinander auch Wahrheiten, die für uns schmerzlich sind, aussprechen und kirchliche und nationale Fragen erörtern konnten. Wir wissen uns darin als Wegbereiter einer Entwicklung, die zu einem dauerhaften Frieden und einem guten Zusammenleben unserer durch Schuld und Mißverstehen auseinandergerissenen Völker führen könnte. Wir versuchen, in den folgenden Sätzen das Ergebnis unserer Besprechung zusammenzufassen:

1. Wir halten es politisch und menschlich für falsch, den mitteleuropäischen Raum atomar aufzurüsten, da diese Maßnahme der wachsenden Verständigung zwischen Ost und West unabsehbare Schwierigkeiten in den Weg legt und die friedliche Ordnung auf lange Zeit verzögert.

2. Wir sind der Meinung, daß die atomaren Kräfte, die soviel Segen für die schnell anwachsende Menschheit bedeuten könnten, in keinem Fall und in keinem Land für Vernichtungszwecke verwandt werden dürfen.

3. Als Kinder Gottes und deshalb als Brüder dürfen wir die Trennung der einen Welt in Ost und West, in Gerechte und Ungerechte, Erwählte und Nichterwählte, Gläubige und Gottlose nicht anerkennen. Wir wollen mit allen zusammenstehen, denen es um den Abbau des kalten Krieges geht, weil sie an den Sieg der Versöhnung glauben, das Freund-Feind-Denken ablehnen und es als veraltet und abenteuerlich aus dem Reden und Handeln der Politik verbannt sehen möchten.

4. Wir sind dankbar für die ersten Schritte auf diesem Weg der Gemeinschaft unserer Kirchen, die in Liselund, auf der Konferenz von Prag und in dem Treffen von Nyborg in dieser Richtung unternommen sind, und wollen auf diesem Wege entschlossen weitergehen.

Fast gleichzeitig kam es in Württemberg zu starken Spannungen und scharfen Auseinandersetzungen. Sie wurden ausgelöst durch ein Wort zum Landesbußtag, das einige württembergische Pfarrer mit einem Anschreiben an ihre Amtsbrüder versandten. Die beiden Dokumente haben folgenden Wortlaut:

*Liebe Amtsbrüder!*

Wir schicken Ihnen heute dies Wort zur Frage des Atomwehrdienstes zu. Es wurde nach gründlichen Diskussionen erst im kleinen, dann im größeren Kreis von württ. Amtsbrüdern erarbeitet, die lediglich zu diesem Zweck zusammengetreten sind. Dies Wort ist gedacht als Kanzelabkündigung zum Landesbußtag, Sonntag Invokavit, 15. 2. 1959, oder, falls nicht anders möglich, an einem anderen Sonntag. Der Abfassung dieses Wortes ging eine Aussprache mit dem Oberkirchenrat in Stuttgart voraus, in der er seine Bedenken äußerte und wir unsere Beweggründe vortrugen.

Wir machen mit diesem Wort keine Parteipolitik. Wir wollen keine neue Gruppenbildung in der Kirche schaffen. Wir beabsichtigen auch keinen Affront gegen den Oberkirchenrat; vielmehr tun wir etwas, was eigentlich seine Aufgabe wäre, da es inzwischen

klargeworden ist: Synoden und Kirchenleitungen sind schon strukturell heute nicht in der Lage, ein eindeutiges Wort in dieser Sache zu sagen. Darum wollen wir den Amtsbrüdern zu einer evangelischen Gewissensberatung der Gemeinden eine Hilfe geben, wobei es uns völlig fernliegt, irgend jemandem den Glauben abzusprechen, ihn zu verketzern oder einen Gewissensdruck auszuüben. Doch fragen wir jeden Bruder – aus der Solidarität der Sünder heraus –, wie er seine andere Entscheidung in dieser Frage aus Gottes Wort begründen kann ...

#### WORT AN DIE GEMEINDEN ZUM LANDESBUSSTAG

Der Gemeinde wird nun ein Wort zum Wehrdienst verlesen, das ein Kreis von Pfarrern aus der ganzen Württ. Landeskirche verfaßt hat (und das ich mir zu eigen mache).

*Liebe Mitchristen!*

Wehrdienst wird in Zukunft bedeuten: Wehrdienst mit Atomwaffen. Das geht aus einer Erklärung hervor, die der Inspekteur des Bundesheeres vor kurzem abgegeben hat: Wer den Wehrdienst zu leisten bereit sei, könne auch den Atomwehrdienst nicht verweigern; der soldatische Gehorsam sei unteilbar. Der Verteidigungsminister hat sich ausdrücklich hinter diese Erklärung gestellt.

Wir können zu einem solchen Wehrdienst als evangelische Christen nur *Nein* sagen. Denn hier wird etwas gefordert, was gegen Gottes Wort und Gebot steht. „In diesen Massenvernichtungsmitteln – auch wo sie zur Abschreckung eines möglichen Feindes gedacht sind – werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand und die Kräfte der Natur mißbraucht. In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten. In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert“ (Erklärung der Dekane der theologischen Fakultäten und der evangelischen Bischöfe in der DDR).

Wir wissen, daß der Kommunismus ein Gegner des christlichen Glaubens ist. Aber selbst wer ihn für eine Ausgeburt der Hölle halten sollte, kann es aus Gottes Wort nicht rechtfertigen, ihn mit Mitteln zu bekämpfen, die uns selber zu Feinden des Evangeliums machen. Das hieße eine Teufelei mit der anderen austreiben.

Wer heute für seine Nächsten Leben und Frieden gewinnen und bewahren will, muß daher andere Wege und Mittel suchen als die des Massenmordes und unkontrollierbarer Ausrottung gottgewollten Lebens. Wir dürfen darauf trauen, daß sich dem Gehorsam des Glaubens auch neue Wege auftun.

Der Standpunkt der Gleichgültigkeit oder Neutralität in dieser Sache ist nicht zu verantworten.

Alle Wehrpflichtigen sind gefragt, ob sie es noch mit Gottes Gebot vereinbaren können, Atom-Wehrdienst zu leisten. Nach unserer Erkenntnis kann ein Christ nur *Nein* sagen und muß von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen, den Atomwehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Wir erinnern dabei an die Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (1950): „Wer um des Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und Fürbitte der Kirche gewiß sein.“

Alle Christen, die glauben sich anders entscheiden zu müssen, sind gefragt, wie sie ihre Entscheidung aus Gottes Wort begründen können.

Wir bitten, die Einberufenen in dieser schweren Sache nicht allein zu lassen. Wir fordern daher *alle* Gemeindeglieder, Männer und Frauen, auf, dieses unser Zeugnis am Wort Gottes zu prüfen, mit uns getrost und fröhlich den Weg des Gehorsams zu gehen, ihre Erkenntnis *vor jedermann und jederzeit* mit aller Deutlichkeit zu vertreten und – wenn es sein sollte – dafür zu leiden nach dem Wort des Apostels (1 Petr 2, 20): „Wenn ihr um Guttat willen leidet und das ertragt, das ist Gnade bei Gott.“

## Der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart nahm zu dem Vorgehen des Freien Arbeitskreises in einem Rundschreiben vom 11. 2. 1959 Stellung:

An sämtliche Evangelische Dekanat- und Pfarrämter

Einige württembergische Pfarrer unter Federführung von Pfarrer Hans Rücker, Ebersbach, haben dem Oberkirchenrat Ende vergangenen Jahres davon Kenntnis gegeben, daß sie einen Kreis von Amtsbrüdern einladen und ein Wort ausarbeiten wollen, das sämtlichen Pfarrern der Landeskirche mit der Empfehlung einer Verlesung am Sonntag Invokavit zugeleitet werden soll. Am 12. Januar hat zwischen den Initiatoren und Vertretern der Kirchenleitung eine Aussprache über diese Frage stattgefunden. Erst am 9. Februar ist dem Oberkirchenrat das inzwischen gedruckte Wort durch eine Rückfrage des Evangelischen Presseverbandes bekannt geworden. Am 10. Februar erfolgte offizielle Mitteilung durch Pfarrer Rücker.

Der Oberkirchenrat bittet die Pfarrämter dringend, von einer Verlesung abzusehen. Er weist unter anderem auf folgende Gesichtspunkte hin:

1. Die Erklärung sagt: „Wer heute für seine Nächsten Leben und Frieden gewinnen und bewahren will, muß daher andere Mittel und Wege suchen als die des Massenmordes und unkontrollierbarer Ausrottung gottgewollten Lebens.“ Dieser Satz ist unter uns unbestritten. Die ökumenischen Konferenzen haben dieselbe Forderung in den letzten Jahren eindeutig gestellt. Zuletzt haben die europäischen Kirchen aus Ost und West in Nyborg betont: „Es ist Aufgabe der Kirche, zu beten und zu arbeiten, daß alle Atomkräfte auf den Gebrauch der Atomwaffen unter einer effektiven internationalen Kontrolle verzichten und daß die Völker Europas und der ganzen Welt von der Bedrohung des Atomkrieges befreit werden. Europa soll zur Basis der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und nicht nur zur Basis der Vernichtung des Lebens dienen.“

Die Frage, auf die wir Christen bis jetzt weder in Deutschland noch in der Ökumene eine eindeutige Antwort haben, lautet: *Wie* werden „Massenmord und unkontrollierbare Ausrottung gottgewollten Lebens“ vermieden? Ein Nein zu dem uns alle gleichermaßen bedrängenden gegenwärtigen „Gleichgewicht des Schreckens“ könnte gerade die Folgen haben, die die genannten Amtsbrüder von uns abwenden möchten. Wir Christen hätten uns zwar dann nicht direkt am Massenmord beteiligt, während doch alle – nicht nur Pfarrer Rücker und seine Freunde – dem 5. Gebot und der Bergpredigt gehorsam sein wollen.

2. Niemand unter uns vertritt „den Standpunkt der Gleichgültigkeit oder Neutralität“. Es ist auch nicht richtig, daß „es inzwischen klargeworden ist: Synoden und Kirchenleitungen sind schon strukturell heute nicht in der Lage, ein eindeutiges Wort in dieser Sache zu sagen“. Das Gewicht der von den verschiedenen Seiten vorgetragenen Gesichtspunkte ist so schwer, daß ein über die bisherigen Voten hinausgehendes Wort erst gesagt werden kann, wenn es uns gemeinsam geschenkt ist oder wenn der einen der beiden Seiten das Verlassen der biblischen Botschaft nachzuweisen ist. Dies letztere aber wollen auch die Verfasser des „Wortes“ den Andersdenkenden nicht unterstellen. Da sie aber den von diesen immer wieder vorgebrachten Gesichtspunkten nicht gerecht werden, können wir in ihrem Votum nicht „eine Hilfe zu einer evangelischen Gewissensberatung der Gemeinden“ sehen. Sie bleiben vielmehr trotz aller Bemühung bei einer einseitigen Belehrung stehen. Die vorgesehene Kanzelabkündigung hilft nicht zur Klarheit unter dem Evangelium. Sie kann zu Mißdeutungen und falschen Gegensätzen führen.

3. Eine Erklärung, die nur den Gesichtspunkten der einen Seite gerecht wird, gehört nicht in einen Gottesdienst, in dem eine Entgegnung nicht möglich ist. Eine Behandlung der Frage in einer Gemeindeversammlung mit freier Aussprache kann hilfreich sein.



Die Christliche Friedenskonferenz (s. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 9) trat vom 16. bis 19. April 1959 in Prag zu ihrer zweiten Tagung zusammen; sie erließ eine Botschaft an die Christenheit und richtete an den Rat der EKD unter Beifügung der Botschaft folgendes Schreiben:

*Verehrte und liebe Brüder!*

Im Auftrage der vom 16. bis 19. April 1959 in Prag abgehaltenen zweiten Tagung der Christlichen Friedenskonferenz erlauben wir uns, Ihnen die Konferenzbotschaft zu senden. Wir bitten Sie, diese Botschaft in der Liebe und dem brüderlichen Vertrauen, in denen sie verfaßt wurde, aufnehmen zu wollen. Die Botschaft will dem Geiste Ausdruck geben, mit dem unser ganzes Verhandeln durchdrungen war, nämlich dem Bewußtsein der Mitverantwortung für die Lösung der gegenwärtigen schwierigen Fragen, besonders aber für die Anwendung der in den atomaren Waffen enthaltenen Möglichkeit einer allgemeinen Katastrophe der Menschheit. Wir wären Ihnen besonders dankbar, wenn Sie sich mit uns zum gemeinsamen Gebet am Jahrestage des ersten Bombenabwurfes auf Hiroshima verbinden und mit uns zusammen die Einberufung der allgemeinen Christlichen Friedensversammlung im Frühjahr 1961 im Gebet vorbereiten wollten.

Wir hoffen, daß unsere Anregungen bei Ihnen eine brüderliche Aufnahme finden werden, und wir wären Ihnen für Ihr Verständnis und Unterstützung unserer in der Botschaft ausgedrückten Bestrebungen sehr verbunden.

Mit aufrichtigen brüderlichen Grüßen

(Unterschriften)

Die diesem Brief beigefügte Botschaft an die Christenheit lautet:

Gnade sei mit Euch und Friede! Mit diesem apostolischen Gruß grüßen wir Euch, Brüder und Schwestern. Wie im vergangenen Jahre wenden wir uns an Euch in der Not der ganzen Welt.

Gott hat seine Welt so geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn für sie hingab, und er will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Als die Atombombe von Hiroshima über der ahnungslosen Stadt entbrannte, sind wir in ein neues Zeitalter getreten. Ungeahnte Mittel sind heute dem Menschen zum Guten wie zum Bösen in die Hand gegeben. In grauenhafter Weise hat er auch den Tod in seine Regie genommen, er hat ihn auf Lager gelegt, er kann mit Massenvernichtungsmitteln jeglicher Art die ganze Menschheit wie Ungeziefer vernichten. Allein durch die Drohung schon wird alles Leben des Friedens und der Liebe beraubt und in Furcht und Schrecken verwandelt. – Als die Atombombe von Hiroshima über der ahnungslosen Stadt entbrannte, da hat sie auch blitzartig den Weg der Christenheit erhellt. Erst Gottes Wort hat uns die Augen dafür geöffnet: Wir alle sind mit daran schuld, daß der Mensch den Menschen fürchtet, daß der Mensch den Menschen haßt, daß der Mensch den Menschen tötet. Aus Selbstsucht haben wir den, den Gott so geliebt hat, nicht geliebt. In Kleinglauben haben wir Waffen und menschliche Gewalt für unsere Hilfe gehalten. In hoffnungsloser Weise haben wir die gottgeschenkte Zukunft verspielt. Die Bombe, die über der ahnungslosen Stadt entbrannte, ist zum Signal geworden. Wir glauben nun, daß das Schöpferwort, das einst über der wüsten und leeren Erde ertönte, auch stark genug ist, um die Gewissen zu wecken und das Leben auf dieser Erde vor der völligen Zerstörung zu bewahren. Wir glauben, daß Gott den Menschen die Atomkraft entdecken ließ, um sie zum Wohl der Menschheit in Verantwortung einzusetzen. Hiroshima darf nicht wiederholt werden. Es beunruhigt uns aufs tiefste, wenn statt der notwendigen allgemeinen Abrüstung weitere Staaten die atomare Bewaffnung erstreben oder durchführen.

Wenn wir darum schon in diesem Jahre mit unseren Gemeinden und Kirchen am Tage von Hiroshima zu einem Buß- und Fürbittegottesdienst uns versammeln, bitten wir Euch alle, in West und Ost, auf der ganzen Welt, uns Eure Gemeinschaft nicht zu versagen. Laßt uns gemeinsam vor Gottes Angesicht treten und durch seine Vergebung als seine Menschenkinder einen neuen Anfang machen.

Allein das Evangelium vermag uns von dem Terror gegenseitiger Ängstigung und Abschreckung und von dem Verhaftetsein in allerlei Propaganda zu befreien. Es gibt uns die Möglichkeit, die Dinge der Welt wahrhaft realistisch zu sehen. Es gibt uns die Kraft, die Zwietracht bei uns selbst zu erkennen und zu überwinden. Es ruft uns dazu, die brennenden Probleme der Welt ohne Gewalt zu lösen. Es schenkt uns die Vollmacht, die Friedensbotschaft an die Welt glaubwürdig auszurichten und die Welt aus der Zerrissenheit zu rufen, an der wir mitschuldig sind. Denn Christus ist unser Friede, der die Zwietracht beseitigt und den Zaun abgebrochen hat.

In seinem Namen dürfen wir Frieden stiften und müssen dazu bei uns selbst anfangen. Laßt uns darum vor allem dem Kalten Krieg absagen, durch den das Böse den Schein des Guten gewinnt. Angesichts alles dessen, was auch die Atmosphäre in der Christenheit vergiftet, bitten wir:

Sorgt dafür, daß bei uns selbst, in unseren Gemeinden und unseren Kirchen an die Stelle des Mißtrauens das Vertrauen tritt. Laßt uns die Worte des anderen so nehmen, wie er sie sagt. Sorgt dafür, daß das Freund-Feind-Schema unter uns keinen Raum hat. Hüten wir uns davor, daß wir durch ideologische Propaganda im Interesse der Selbstsicherung zur Vorbereitung des heißen Krieges beitragen. Wenn wir hier versagen, wird unser Friedensruf zu einer Phrase.

Wir halten die Zeit für gekommen, daß die Kirchen über die bisherigen Formen ihrer Zusammenarbeit hinaus zu einer gesamtkirchlichen Friedensversammlung zusammen-treten. Ihre Aufgabe wird sein: Die Hilfe bei der Herstellung eines dauerhaften Friedens und beim Abschluß entsprechender Verträge, der Einsatz für allgemeine Abrüstung, insbesondere für die Beseitigung der Nuklearwaffen, und in dem allem der Dienst an der Verständigung und der Versöhnung der Völker. Wir wissen, daß die Erreichung unseres Zieles keine leichte Aufgabe ist. Wir sind jedoch überzeugt, daß eine weise vorbereitete Versammlung die ökumenische Bewegung fördern und alle Kräfte stärken wird, die in der Welt sich für den Frieden einsetzen.

Selig sind die Friedensstifter!

Der Vorsitzende des Rates der EKD antwortete der Christlichen Friedenskonferenz unter dem 2. Juli 1959:

*Verehrte und liebe Brüder!*

Im Namen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland danke ich Ihnen für die Übersendung der Botschaft, die die im April zu der zweiten Tagung der Christlichen Friedenskonferenz in Prag versammelten Brüder an die Christenheit gerichtet haben. Wir wissen uns mit Ihnen und allen denen, die an den Herrn Jesus Christus glauben, der unser Frieden ist, verbunden in der Verpflichtung, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um den Frieden in der Welt zu erhalten und zu sichern. Gott will nicht, daß Krieg sei! Darum sind wir der Überzeugung, daß es notwendig und an der Zeit ist, die kirchlichen Friedensbemühungen mit Nachdruck fortzusetzen. Wir meinen, daß es der Konzentration dieser Bemühungen dienlich sei, wenn sie auf dem Boden und im Rahmen der Weltkirchenkonferenz und der Konferenz der europäischen Kirchen erfolgen. Diese Konferenzen erscheinen uns als der gewiesene Ort einer gesamtkirchlichen Friedensversammlung.

Nachdem der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sonntag Rogate die deutsche evangelische Christenheit zu einem Buß- und Fürbittegottesdienst aufgerufen

hat, möchten wir nach so kurzer Zeit nicht einen ähnlichen Aufruf zum 6. August ergehen lassen. Jedoch haben eine Reihe von Kirchenleitungen unserer Gliedkirchen vorgesehen und angeordnet, daß an dem auf den Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima folgenden Sonntag im gottesdienstlichen Fürbittegebet der Opfer von Hiroshima gedacht und für die Erhaltung des Friedens in der Welt gebetet wird.

Mit aufrichtigen brüderlichen Grüßen

*Dibelius*

Der Rat der EKU empfahl seinen Gliedkirchen, am 6. August das Gedenken an den ersten Atombombenabwurf in besonders eindringlicher Form dem allgemeinen Kirchengebet einzufügen.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche in Baden beriet auf ihrer Frühjahrstagung in dreitägiger Aussprache das Thema: „Die Verschiedenheit der Stellung zur Atomrüstung und die Einheit der Kirche“. Am 29. April 1959 faßte sie folgende, den Gemeinden im Gottesdienst bekanntgegebene EntschlieÙung:

Wir sehen eine schwere Not unserer Kirche in der Tatsache, daß unter den evangelischen Christen trotz grundsätzlicher Übereinstimmung in der Verurteilung des mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieges die einen bei der heutigen Weltlage eine atomare Bewaffnung für vertretbar halten, die andern sie verwerfen. – Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß heute ein evangelischer Christ für oder gegen atomare Bewaffnung eintreten kann, ohne damit den Glauben zu verleugnen. – Wir sind dankbar, daß wir unter dem Evangelium zusammenbleiben können. – Wir bitten die Gemeinden, im Hören auf Gottes Wort und im Vertrauen auf seine Verheißung um die rechte Erkenntnis dessen zu ringen, was Gott von uns will.

Wesentlich anders lautet das gleichzeitig – auf der Tagung vom 28. bis 30. April 1959 in Leer – beschlossene

WORT DES LANDESKIRCHENTAGES DER EVANGELISCH-REFORMIERTEN KIRCHE  
IN NORDWESTDEUTSCHLAND ZU DEN MASSENVERNICHTUNGSMITTELN

I.

Eine tödliche Gefahr bedroht die Menschheit. Es wurden Massenvernichtungsmittel erfunden und am Ende des zweiten Weltkrieges angewandt. Bis auf den heutigen Tag werden sie erprobt, und auch die Streitkräfte unseres Landes sollen mit ihnen ausgerüstet werden. Die Massenvernichtungsmittel sind zu Werkzeugen der Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten geworden. Es steht fest, daß sie im Falle ihrer Anwendung in bisher nicht gekanntem Ausmaß Beteiligte und Unbeteiligte, Freund und Feind treffen. Sie schädigen die Menschheit für Generationen und können sogar das Leben auf dieser Erde überhaupt auslöschen.

Aber die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdboden und was darauf wohnt. Der Mensch ist Gottes Geschöpf. Gott gewährt ihm das Leben in der Welt; er liebt den Menschen, vergibt ihm in Jesus Christus seine Schuld und schenkt ihm das ewige Leben. Jesus will, daß wir die Welt und alle Menschen als Gottes Eigentum glauben, Gott über alle Dinge fürchten und ehren und unsern Nächsten lieben wie uns selbst. Im Gehorsam gegen ihn bekennen wir einmütig mit den im Weltkirchenrat zusammengeschlossenen Kirchen:

Wir verwerfen den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem in Gottes Wort gebundenen Gewissen.

## II.

Die Regierungen, die Parlamente und die in ihnen tätigen Männer und Frauen unterstehen dem gnädigen Willen Gottes. Sie haben den Auftrag, Leben und Frieden, Recht und Ordnung unter den Menschen zu wahren. Dabei gesteht Gott den Regierungen das vorläufige Recht zu, in äußersten Fällen Waffengewalt anzuwenden. Mit dieser Erlaubnis sind aber die Regierungen, die Parlamente und die in ihnen tätigen Menschen sich nicht selbst überlassen. Sie haben kein willkürliches Recht, sondern bleiben – auch wenn sie von der Erlaubnis zur Gewaltanwendung Gebrauch machen – Gottes gnädigem Willen verantwortlich. Ihre Verantwortung erstreckt sich zugleich auf die Mittel, mit denen sie für Leben und Frieden, Recht und Ordnung sorgen wollen. Nicht jedes Mittel ist erlaubt.

Wir warnen daher alle Regierungen vor der atomaren Bewaffnung und bitten jeden, die Hände von den Massenvernichtungsmitteln zu lassen.

Wir verschweigen nicht, daß der kleinere Teil der Synode der Überzeugung ist, derjenige mache sich vor Gott schuldig, der als Befehlender oder als Ausführender Massenvernichtungsmittel herstellt, erprobt oder anwendet. Es ist schwer, hier zu einer klaren Entscheidung zu kommen, wie sie uns im Glaubensgehorsam geboten ist. Gerade darum wollen wir uns gegenseitig beistehen und Gott bitten, daß er uns durch seinen Heiligen Geist zu einhelliger Meinung führe.

## III.

Gott läßt sich die Schöpfung nicht aus der Hand nehmen. Wir bleiben in dem getrosteten Glauben, daß auch in der gegenwärtigen tödlichen Gefahr ohne seinen Willen kein Haar von unserm Haupt fallen kann.

Nach seinem Willen wird Gott diese Welt jedoch einmal vergehen lassen. Wir stehen in der heiligen Furcht, ob nicht in den Schrecken unserer Zeit das Gericht Gottes schon beginnt. Das erfüllt uns mit desto größerem Ernst, dem Herrn Christus gehorsam zu sein, damit wir am jüngsten Tage nicht als ungetreue Knechte erfunden werden, die sich durch Trägheit und Gleichgültigkeit am Blute ihres Bruders Abel schuldig machten.

Die Kirche Jesu Christi darf gerade deshalb nicht müde werden, für die Regierungen zu beten und ständig auf die Weltmächte einzuwirken, daß jede Bemühung um Frieden, Entspannung und Abrüstung geduldig fortgesetzt und die lebenbedrohende Verseuchung unserer Erde, die schon durch die Erprobung von Massenvernichtungsmitteln geschieht, unterbunden werde.

Der Jugendausschuß der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland sandte dieses Wort allen wehrdienstpflichtigen jugendlichen Gliedern der Kirche mit nachstehendem Rundschreiben zu:

An die wehrdienstpflichtigen Jugendlichen

Wir verwerfen den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem in Gottes Wort gebundenen Gewissen, Gott erlaubt uns Menschen nicht, die Erde zu zerstören, die er gemacht hat und die ihm gehört.

Wir schließen uns damit unserem Landeskirchentag an, der die Massenvernichtungsmittel als Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung ablehnt. Wir bitten jeden, der uns hört, in seinem Umkreis davor zu warnen, daß Massenvernichtungsmittel befürwortet, hergestellt, erprobt oder angewendet werden.

Besonders wenden wir uns in diesem Zusammenhang an die jungen Männer, die zum Wehrdienst einberufen werden: Trefft die Entscheidung, ob Ihr Soldat werden könnt, nicht leichtfertig! Ihr müßt diese Entscheidung vor Gott verantworten können und dürft ihm nicht ungehorsam werden. Überlegt deshalb gründlich, was Ihr zu tun habt.



Wir bitten Euch: Tut nichts, wodurch Ihr Euch an Gott und an Euren Mitmenschen schuldig macht.

Vertreter aller Kirchlichen Bruderschaften in den Landeskirchen der EKD traten am 28./29. Mai 1959 in Berlin zusammen. Sie beschlossen folgende

#### VERLAUTBARUNG

1. Die Spandauer Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im April 1958 die Verpflichtung übernommen, sich um die Herstellung eines Konsensus in der Frage des Verhaltens der Christen gegenüber den Massenvernichtungsmitteln zu bemühen. Es ist jedoch in der EKD ein Fortschritt auf diesen Konsensus hin nicht zu verzeichnen.

An Stelle des Suchens nach einer Entscheidung tritt der Versuch, die beiden in Spandau festgestellten miteinander unvereinbaren Antworten als nebeneinander gültig hinzustellen und so den Ausdruck der Ratlosigkeit unterderhand zu verfälschen. Aus der Feststellung der Synode: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und bemühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze“, wird in den Erklärungen verschiedener Landessynoden die Rechtfertigung zweier sich ausschließender Entscheidungen. Wir können hier nur wiederholen: Für uns ist die Nachfolge Christi mit der Beteiligung an der Bereitstellung und Anwendung der Massenvernichtungsmittel unvereinbar. Wir meinen, daß die ganze Kirche allen Mitmenschen die Warnung vor diesem Verbrechen schuldig ist. Wir verwahren uns gegen die Unterstellung, als wollten wir Andersdenkenden die Gemeinschaft aufkündigen. Aber es ist ein Mißbrauch des Evangeliums, einer Auffassung Raum zu geben, die den Menschen freigibt, das Leben auf der Erde zu vernichten. Auch der Standpunkt der Neutralität wäre Ausdruck einer Theologie ungläubiger Verzweiflung. Wir bedauern, daß unsere Frage nach dem verbindlichen Zeugnis der Kirche in dieser Sache immer wieder ausweichend beantwortet wird. Solches Ausweichen, nicht aber unser Fragen nach dem Gehorsam, bedroht die Einheit der Kirche.

2. ...

Die Bischofskonferenz der VELKD ließ sich in ihrer Sitzung vom 13./14. Mai eingehend über den Stand der theologischen Auseinandersetzung zur Frage der Atomwaffenrüstung unterrichten. Sie bekannte sich erneut zu der Entschließung der EKD-Synode von 1958, nach der verschiedene Auffassungen in noch so schwerwiegenden politischen Fragen die Einheit der Kirche nicht aufheben dürfen. „Keineswegs“ – so heißt es in dem herausgegebenen Kommuniqué – „dürfe sich die Kirche dazu hergeben, illusionäre Vorstellungen über den Wert einseitiger radikaler politischer Forderungen zu erwecken. Aufgabe der Kirche sei es vielmehr, an den konkreten politischen Fragen mitzuarbeiten und dabei die christliche Gewissensforderung, die Welt vor einem Krieg zu bewahren, zu verdeutlichen.“

Eine der bedeutsamsten Verlautbarungen des Jahres zur Atomfrage stellt der Bericht<sup>5</sup> einer wissenschaftlichen Kommission dar, die im Frühjahr 1957 auf Anregung von Prälat D. Kunst von der Evangelischen Studiengemeinschaft gebildet und bei deren Zusammensetzung darauf Bedacht genommen wurde, die Mannigfaltigkeit der zum Studium der Atomfrage erforderlichen physikalischen, militärischen, juristischen, biologischen und theologischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Das Ergebnis der Beratungen dieser Kommission ist in folgenden Thesen niedergelegt:

5. Atomzeitalter, Krieg und Frieden. Hg. von Günter Howe. 1959.

### *These 1: Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters*

In der verworrenen Debatte über das Atomproblem suchen die Menschen mit Recht nach einer einfachen Aussage, die zum Leitfaden des Handelns werden könnte. Wir glauben, daß diese Einfachheit nicht in Regeln gefunden werden kann, welche einzelne Handlungen gebieten oder verbieten, wohl aber im Ziel des Handelns. Dieses Ziel muß die Herstellung eines haltbaren Weltfriedens sein.

Früheren Zeiten mußte der Weltfriede als ein wahrscheinlich unerreichbares Ideal erscheinen. Christen mußten geneigt sein, ihn erst mit dem jüngsten Gericht zu erwarten. Für unser technisches Zeitalter aber wird er zur Lebensbedingung. Er beginnt heute genau deshalb möglich zu werden, weil er notwendig wird. Die Atomwaffe ist nur das heute deutlichste Symptom derjenigen Wandlung des menschlichen Daseins, die ihn zur Bedingung unseres Lebens macht. Das ständige Wachstum der Gebiete, die von einer Zentrale aus regiert werden können, die Reduktion der Anzahl wirklich souveräner Staaten, die wachsende wirtschaftliche Verflochtenheit der Welt sind ebenso wie die unablässige Weiterentwicklung auch aller nicht atomaren Waffen andere Symptome desselben Prozesses.

Die Notwendigkeit des Weltfriedens ist kein Satz des Christentums und erst recht kein schwärmerischer Satz, sondern eine Aussage der profanen Vernunft. Der Weltfriede des technischen Zeitalters ist nicht das Paradies auf Erden. Es könnte leicht sein, daß wir ihn nur um den Preis der staatsbürgerlichen Freiheit erhalten werden, zumal wenn er auf dem Wege über einen dritten Weltkrieg zustande käme. Der Friede ist in einer versklavten Welt vielleicht leichter rational zu planen als in einer freien. Äußerster Anstrengung wird es vielleicht bedürfen, nicht damit er überhaupt kommt, sondern damit er nicht über Katastrophen kommt und damit in ihm die Freiheit bewahrt bleibt.

### *These 2: Der Christ muß von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen*

Obwohl die Notwendigkeit des Weltfriedens ein Satz der profanen Vernunft ist, hat die Christenheit auf dem Wege zu ihm eine besondere Aufgabe.

Der rational geplante Friede hat die Zweideutigkeit, die sich zum Beispiel darin zeigt, daß er mit der rational geplanten Sklaverei Hand in Hand gehen könnte. Heute ist die Menschheit hin und her gerissen zwischen der Angst vor dem Krieg, die sie in Versuchung führt, sich der Sklaverei zu ergeben, und der Angst vor der Sklaverei, die sie in Versuchung führt, den Krieg, zu dem sie gerüstet ist, ausbrechen zu lassen. Die Angst ist der schlechteste Ratgeber. Die Angst ist aber ein Attribut der Welt, und die Steigerung der technischen Mittel, die uns von der Angst vor so vielen Naturkräften befreit hat, hat die Angst vor dem Mitmenschen mit gutem Grund erhöht. Gerade unser vom Verstand erhelltes Zeitalter leidet an dumpfer Angst vor seiner eigenen Unberechenbarkeit. Den Christen und durch sie allen ihren Brüdern ist gesagt: In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden. Durch die Christen sollte der Friede Gottes in der Welt wirksam werden, der allein den Frieden der Welt zum Segen werden lassen kann.

Wie kann das geschehen? Wir wenden uns zunächst wieder zu der Aufgabe, die die profane Vernunft vorschreibt.

### *These 3: Der Krieg muß in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden*

Die Erkenntnis der Notwendigkeit der Abschaffung des Krieges ist nicht identisch mit seiner tatsächlichen Abschaffung. Seit 1945 finden ständig begrenzte Waffengänge statt.

Daß in zukünftigen begrenzten Konflikten Atomwaffen eingesetzt werden, ist möglich, ja wachsend wahrscheinlich. Daß ein solcher Kampf in den totalen Weltkrieg umschlägt, ist jederzeit möglich.

Die Fortdauer der Kriege macht es nötig, ständig weiter an der Humanisierung des Krieges zu arbeiten. Hierzu gehört der unerläßliche Versuch, auch in Zukunft den Einsatz von Atomwaffen in lokalen Konflikten zu verhindern. Wir würden es aber für einen verhängnisvollen Irrtum halten, wollte man in der Fortdauer begrenzter Kriege einen stabilen Zustand sehen. Nicht die Ausschaltung der Atomwaffen aus dem Krieg, sondern die Ausschaltung des Krieges selbst muß unser Ziel sein.

In den Berichten dieses Bandes sind die realen Ansätze besprochen, die hierfür heute bestehen. Die Kapitulation gegenüber einer diktatorischen Weltmacht rechnen wir nicht zu den realen Möglichkeiten. Die Menschheit ist heute dazu nicht bereit. Im übrigen würde die Kapitulation vor der Gewalt, auch wenn sie zunächst äußere Ruhe herstellen mag, den Frieden schwerlich dauerhaft sichern, da siegreiche Gewalt mit sich selbst und mit den Unterdrückten in Konflikt kommen wird. Alle anderen Wege aber sind langwierig, und ihr Erfolg ist ungewiß.

Wir dürfen nicht überrascht sein. Die Gegenwart des Krieges in der Menschheit gleicht einer tausendjährigen chronischen Krankheit. Zahllose Institutionen und Reaktionsweisen setzen seine Möglichkeit voraus. Das gegenwärtige Gleichgewicht des Schreckens bedient sich der fortdauernden Kriegsfähigkeit des Menschen, um den Kriegsausbruch hintanzuhalten; es gleicht einer gefährlichen Schutzimpfung mit dem Krankheitsserum selbst. Was wir als Äußerstes von ihm erwarten dürfen, ist, daß es uns eine Zeitspanne zur konstruktiven Arbeit am Frieden gewährt.

#### *These 4: Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht*

Die größte Gefahr für den Frieden ist, daß die Zeitspanne, die uns das gegenwärtige Kräftegleichgewicht läßt, in träger Resignation vertan wird. Lähmung ist die schlimmste Wirkung der Angst, Satttheit ist meist nur ihr Deckmantel. Weite und Unsicherheit des Wegs rechtfertigen nicht den Verzicht auf den ersten Schritt.

Über die Aufzählung der bestehenden politischen und völkerrechtlichen Ansätze hinaus ein konkretes Aktionsprogramm zu entwerfen, ist nicht die Aufgabe dieses Berichts; dies würde seine nicht unter diesem Gesichtspunkt ausgesuchten Verfasser überfordern. Wir glauben aber eines sagen zu dürfen: Für jeden Menschen, zumal wenn er im Besitz staatsbürgerlicher Freiheit ist, bietet sich wenigstens eine Stelle, an der er seinen eigenen Beitrag leisten kann, mag dieser Beitrag auch nur in Handlungen individueller praktischer Nächstenliebe bestehen. Jede Lösung eines Krampfes trägt zur Ermöglichung des Friedens, jeder sinnvolle aktive Gebrauch von Freiheit trägt zur Bewahrung der Freiheit bei. Rings um jeden Menschen, der die Angst überwunden hat, bildet sich eine Zone, in der die Lähmung aufhört. Die Unterschätzung dieser scheinbar kleinen menschlichen Schritte ist eine der tödlichsten Gefahren für die großen Ziele.

#### *These 5: Der Weg zum Weltfrieden führt durch eine Zone der Gefährdung des Rechts und der Freiheit, denn die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt*

Es ist seit langem die herrschende Lehre der Christenheit gewesen, daß der Christ, auch wenn er auf die Gewalt zum Selbstschutz zu verzichten bereit ist, ihrer zum Schutz seiner Mitmenschen nicht entraten könne. Ihre Anwendung wurde durch Regeln des rechten Gebrauchs eingeschränkt. In bezug auf den Krieg waren diese in der Lehre vom gerechten Krieg zusammengefaßt, die ja nicht eine Rechtfertigung, sondern eine Begrenzung des als unvermeidlich anerkannten Übels des Krieges bezweckte. Krieg

sollte nur zur Abwehr größeren Übels und nur so geführt werden, daß er nicht selbst zum größeren Übel wurde. Niemand kann leugnen, daß dieses Prinzip in der Christenheit durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder flagrant verletzt worden ist. Aber wenigstens war sein prinzipieller Sinn klar; wenigstens die Möglichkeit seiner Anwendung bestand.

Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip auf den Atomkrieg noch angewandt werden kann. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt. Wie können wir die Erhaltungsordnung, die der Schöpfer gewollt hat, zur Rechtfertigung atomarer Kriegführung in Anspruch nehmen? Wir brauchen die subjektive Aufrichtigkeit derer nicht in Zweifel zu ziehen, die von der Entwicklung kleiner und sauberer Atomwaffen eine Humanisierung des Atomtodes erhoffen, ebenso wenig wie die Möglichkeit, daß einmal begrenzte Konflikte mit diesen Waffen ausgefochten werden können; aber auch ihre Wirkung ist schlimm genug, und die Gefahr einer Überschreitung so künstlich gezogener Grenzen des Einsatzes vorhandener Waffen ist groß genug, um uns die Errichtung einer neuen stabilen Ordnung humaner Kriegführung mit ihnen als ausgeschlossen erscheinen zu lassen.

Dies aber bedeutet, daß in unserer Welt Lagen eintreten, in denen das Recht keine Waffe mehr hat. Die ultima ratio der kriegерischen Selbsthilfe wird durch die Mittel, deren sie sich bedienen müßte, lebensgefährlich und moralisch unerträglich; eine Instanz, an die sich das bedrängte Recht, die bedrängte Freiheit mit Aussicht auf Erfolg wenden könnte, besteht aber für viele Fälle nicht. Einzelne Völker und Gruppen waren immer in der Geschichte in dieser Lage; heute gewinnt sie eine universelle Bedeutung.

Zusammengefaßt erscheint sie den Bürgern der westlichen Welt in dem Dilemma, ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben sollen. Wir glauben zwar, daß die Berufung auf dieses Dilemma in vielen Fällen ein bloßer Vorwand für eine Politik ist, die in Wahrheit nationale oder persönliche Macht zum Ziel hat. Auch verkennen wir nicht, daß die Bürger kommunistischer Staaten die Überzeugung haben können, daß sie sich bezüglich des Schutzes der ihnen wichtigen Züge ihrer Gesellschaftsordnung in einem entsprechenden Zwiespalt befinden. Wie aber auch immer das Dilemma ausgedrückt oder umgedeutet werden mag – wir können nicht leugnen, daß es heute tatsächlich die Welt-politik überschattet.

Wir wenden uns nun zu den Entscheidungen, die dieses Dilemma von uns fordert.

*These 6: Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen*

Die Spandauer Synode der EKD von 1958 hat zu diesen Entscheidungen die Sätze gesagt:

„Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.“

Es ist bisher nicht gelungen, diese Auffassungen miteinander auszugleichen, und es hat nicht den Anschein, als ob es bald gelingen werde. Die Verfasser des vorliegenden Berichts haben in ihre Kommissionsarbeit Überzeugungen mitgebracht, die einen erheblichen Teil der Spannweite überdecken, die in dem Wort der Synode angedeutet ist. Sie haben an sich selbst erfahren, wie schwer es ist, diese Differenzen zu überwinden,



und sie haben sich über manche wichtigen Punkte nicht geeinigt. Aus der Erfahrung ihres zweijährigen ständigen Gesprächs heraus glauben sie jedoch, daß der Satz „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen“ eine tiefere Bedeutung hat als die einer bloßen gegenwärtigen Duldung des Unversöhnbaren.

Die Liebe muß uns drängen, die Gründe des Bruders, der sich anders entscheidet als wir, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und sie zu verstehen, auch wo wir sie verwerfen. Freilich gibt es Fälle, in denen Verstehen nicht zu duldender Anerkennung führen darf. Wir glauben jedoch, daß es für nach außen entgegengesetzte Entscheidungen im Atomproblem einen gemeinsamen Grund geben kann, von dem aus verstanden sie einander geradezu fordern.

Der gemeinsame Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich. In der gefährdeten und vorbildlosen Lage unserer Welt können aber Menschen von verschiedenem Schicksal und verschiedener Erkenntnis verschiedene Wege zu diesem Ziel geführt werden. Es kann sein, daß der eine seinen Weg nur verfolgen kann, weil jemand da ist, der den anderen Weg geht (vgl. These 11). Mit einem aus der Physik entlehnten Wort nennen wir solche Wege komplementär.

Wir schildern diese Wege und ihre Zusammengehörigkeit, so wie wir sie sehen.

*These 7: Die Kirche muß den Waffenverzicht  
als eine christliche Handlungsweise anerkennen*

Der absolute Waffenverzicht der Friedenskirchen ist in früheren Zeiten von den herrschenden Kirchen verurteilt worden. Die Überzeugung breitet sich heute auch bei denen aus, die nicht Pazifisten sind, daß dieser Verzicht als eine den Christen mögliche Haltung anerkannt werden muß. Die Schrecken der Atomwaffen sind so groß, daß wir es als unbegreiflich empfinden müßten, wenn sich ihnen gegenüber ein Christ nicht wenigstens ernstlich prüfe, ob der Verzicht auf sie, ohne Rücksicht auf die Folgen, nicht unmittelbar verständliches göttliches Gebot ist.

Die einzige uns begreifliche Rechtfertigung des Besitzes von Atomwaffen ist, daß ihre Anwesenheit heute den Weltfrieden vorläufig schützt. Ihre Anwesenheit wirkt aber nur, wenn mit ihrer Anwendung für bestimmte Fälle gedroht wird. Die Drohung wirkt nur, wenn die Bereitschaft, Ernst zu machen, vorausgesetzt werden kann. Eine Rechtfertigung ihres tatsächlichen Einsatzes durch die traditionelle Kriegsethik vermögen wir aber (vgl. These 5) nicht mehr zu geben.

Dieser Gedankengang hat nach unserer Ansicht jedenfalls eine allgemeine und eine individuelle Konsequenz.

Die allgemeine Konsequenz ist, daß die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkriegs nach der Lehre vom gerechten Krieg ausdrücklich anerkannt werden muß. Über die Frage, ob Atomrüstung gleichwohl gerechtfertigt werden kann, siehe These 8.

Die individuelle Konsequenz ist, daß jeder, den sein Gewissen drängt, hieraus die Konsequenz eines vollen freiwilligen Verzichts auf jede Beteiligung an diesen Waffen zu ziehen, von der Kirche in dieser Haltung anerkannt werden muß. Auch wer die entgegengesetzte Entscheidung trifft, weiß nicht, ob nicht jener den Weg gewählt hat, der mehr im Sinne des Evangeliums ist. In Lagen wie diesen erschließt oft genug erst das Wagnis die Erkenntnis, zeigt erst der getane Schritt den festen Boden, auf den der Fuß beim nächsten Schritt gesetzt werden kann.

Daß diese Entscheidung die einzige dem Christen mögliche sei, behaupten wir jedoch nicht. Ob oder unter welchen Umständen sie von der des vollen Verzichts auf jeden Kriegsdienst noch getrennt werden kann, erörtern wir nicht.

*These 8: Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch,  
durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern,  
als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen*

Verzichtete die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegelt. Wir können nur glauben, daß derjenige, der sich zum *persönlichen* Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines *allgemeinen* Verzichts der einen Seite klarmacht. Vorauswissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, daß es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, daß unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verlorengingen. Wie weit oder unter welcher Voraussetzung in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht.

Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges. Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jeder politische Vorschlag, der in der absehbaren Zukunft Aussicht auf Verwirklichung haben soll, die Beibehaltung dieser Rüstung zum mindesten seitens Amerikas voraussetzen muß.

Dies allein brauchte die Kirche nicht zu bewegen, diese Haltung anzuerkennen. Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muß. Uns scheint jedoch, daß, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muß nur unbedingt feststehen, daß sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und daß nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

*These 9: Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat,  
muß damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!*

Für den Christen stellt sich die Frage der atomaren Bewaffnung oft weniger als die ihm praktisch entzogene politische Entscheidung über Ja oder Nein solcher Rüstung, sondern als die seines persönlichen Wehrdienstes. Wir glauben, daß hier die Entscheidung im wesentlichen schon mit seinem Eintritt in den Wehrdienst fällt und daß dies öffentlich gesagt werden müßte. Innerhalb einer Armee, die Atomwaffen besitzt, besondere Gruppen von Atomdienstverweigerern zuzulassen, dürfte für eine Wehrmacht kaum möglich sein; die Forderung danach scheint uns auch die Entscheidung an die falsche Stelle zu verlegen. Wir halten es zwar für einen Christen für unmöglich, in einer solchen Armee zu dienen, wenn er diesen Dienst anders als im Sinne der Friedenserhaltung versteht und wenn er nicht annehmen darf, daß seine Regierung ihn ebenso auffaßt. Aber indem er sich dem militärischen Gehorsam unterstellt, erklärt er sich bereit, die größten vorhandenen Waffen gegebenenfalls auch anzuwenden; die Drohung, die ja den Frieden schützen soll, ist sonst illusorisch. Wiederum muß zwar in unserer Lage die militärische Führung mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Soldat gewisse Befehle, vom Gewissen gehindert, nicht ausführen wird; auch darum wehe denen, die leichtfertige Befehle geben. Die Maschinerie des Militärs kann sich aus der Teilhabe an der unerträglichen Zwiespältigkeit unserer Situation nicht ausschließen. Aber dies kann für den Soldaten nicht eine grundsätzliche *reservatio mentalis* rechtfertigen; er kann, so scheint uns, nicht den grauen Rock anziehen, wenn er von vornherein entschlossen ist, im Ernstfall dem Befehl nicht zu folgen.

Wir sprechen hier vom Soldaten, weil sich, zumal für das allgemeine Bewußtsein, an seiner Lage dieses Problem am deutlichsten zeigt. Dieselben Gewissensfragen stellen sich in oft unscheinbarer Form vielen anderen Menschen, zum Beispiel dem, der Waffen herstellt oder herstellen könnte, den Büromitarbeitern und Arbeitskräften in Fabriken und an Baustellen und letzten Endes dem Politiker, dem Parlamentarier und dem Wähler.

Wie fragwürdig diese Lage immer bleibt, zeigt jedoch die folgende Überlegung: sollte es zum Ausbruch eines atomaren Krieges kommen, so könnten wir als Rechtfertigung des Einsatzes dieser Waffen – da wir die traditionelle Rechtfertigung dafür ausdrücklich verworfen haben – nur die Feststellung zulassen, daß die Drohung ohne Bereitschaft zum Ernstmachen sinnlos gewesen wäre; daß also nun die Folgen des Versagens des Friedensschutzes durch diese Drohung eingetreten und von uns zu tragen sind. Der Christ wird dies nicht anders denn als ein Gericht Gottes über uns alle verstehen können.

*These 10: Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahebringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben*

Die politische Wirksamkeit der Kirche scheint uns nicht dort am stärksten und am heilsamsten zu sein, wo sie direkt zu politischen Entscheidungen das Wort nimmt. Es gibt aber immer wieder Lagen, in denen der Verzicht auf eine Stellungnahme selbst eine Stellungnahme ist. Nur in diesem Sinne scheint es uns nötig, zu präzisieren, was die Kirche gegebenenfalls den Regierungen sagen soll.

Es schiene uns sinnlos, wenn die Kirche die Weltmächte heute zum Verzicht auf die Atomrüstung bereden wollte. Hingegen ist es ihre Aufgabe, das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf. Ihre Sache war es immer, sich auch dann mit einem Zustand nicht zufriedenzugeben, wenn die Welt ihn für unabänderlich hielt. Leider sind heute oft die Nichtchristen eher bereit, solche Änderungen für möglich zu halten, als die Majorität der Christen.

Den noch nicht atomar gerüsteten Ländern kann die Kirche, so scheint uns, vom Streben nach dieser Rüstung nur abraten. Sie muß den Blick über die Grenzen der einzelnen Nationen auf die Gefahren des „Atomaren Chaos“ richten. Sie wird das können, ohne in politischen Einzelfragen über das Maß ihrer tatsächlichen Information hinaus Partei zu nehmen.

*These 11: Nicht jeder muß dasselbe tun, aber jeder muß wissen, was er tut*

Wir sind auf die Kritik gefaßt, das in den obigen Thesen Gesagte sei zu wenig und vermeide die Härte der Entscheidung. Einzelne unter uns haben sich persönlich weitergehend entschieden, als es in einer Formulierung eines mühsam erarbeiteten consensus ausgesprochen werden kann. Niemand kann schärfer als wir empfinden, wieviel wir unentschieden gelassen haben, vermutlich weil wir es nicht tief genug erkannt haben.

Wir wünschen aber klar zu sagen, daß wir eine bloß äußerliche Einheitlichkeit der Entscheidung für noch schlechter hielten als divergierende Entscheidungen, in denen jeder weiß, was er tut. Faktisch stützt heute jede der beiden Haltungen, die wir angedeutet haben, die andere. Die atomare Bewaffnung hält auf eine äußerst fragwürdige Weise immerhin den Raum offen, innerhalb dessen solche Leute wie die Verweigerer der Rüstung die staatsbürgerliche Freiheit genießen, ungestraft ihrer Überzeugung nachzuleben. Diese aber halten, so glauben wir, in einer verborgenen Weise mit den geistlichen Raum offen, in dem neue Entscheidungen vielleicht möglich werden; wer weiß, wie schnell ohne sie die durch die Lüge stets gefährdete Verteidigung der Freiheit in nackten Zynismus umschlüge.

Solche Erwägungen rechtfertigen den heutigen Zustand nicht anders denn als rasch vorübergehenden Übergang. Die Kirche muß sich sagen, daß es erschreckend ist, wie wenig sie vermag. Wir tragen die Sünden der Vergangenheit an unserem Leib. Das Kollektivbewußtsein ist nur zu wenigen und groben Bewegungen fähig. Das Gewissen und die Disziplin einzelner müssen ihm stets vorangehen. Diese zu entfalten ist der Sinn unserer letzten These: Jeder muß wissen, was er tut.

Der diese Thesen tragende Begriff zur Überbrückung der innerkirchlichen Gegensätze in der Atomwaffenfrage ist der der Komplementarität, aber er ist zugleich auch der strittigste und zu gewichtigen kritischen Fragen Anlaß gebende Begriff. Zweifellos darf er nicht vorschnell als lösende Formel angesehen, sondern muß hinsichtlich seiner Brauchbarkeit zur Versöhnung konträrer ethischer Entscheidungen sorgfältig geprüft werden.

Unter keinerlei Aspekt zeichnet sich ein baldiger Abschluß des innerkirchlichen Atomgesprächs ab, aber daß es trotz der Härte der Gegensätze nicht zu einem Abbruch, vielmehr zum Übergang in einer Phase gemeinsamer Arbeit der Kontrahenten an dieser schwierigsten und dornigsten Frage der theologischen Ethik gekommen ist, verdient dankbare Erwähnung.

#### *e) Wehrdienstleistung bzw. Wehrdienstverweigerung und Militärseelsorge in atomar ausgerüsteten Truppen*

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Atomwaffenproblem steht die Frage nach der Wehrdienstleistung in einer atomar ausgerüsteten Truppe bzw. der Wehrdienstverweigerung um eben dieser Ausstattung willen und die der Militärseelsorge in mit nuklearen Vernichtungsmitteln ausgestatteten Verteidigungskräften. Auch diese Frage fand im Jahre 1959 lebhaftes, ja leidenschaftliches Erörterung im Raum der Kirche.

1. Die „Kasseler Rede“. Ausgelöst und eröffnet wurde die Diskussion durch eine Rede, die Kirchenpräsident D. Niemöller am 25. Januar 1959 in Kassel auf einer Kundgebung der Organisation „Christen gegen Atomgefahren“ hielt und die das erregte Echo der breitesten Öffentlichkeit auslöste. Mit ihr beschäftigten sich die höchsten politischen Stellen des Staates; die Redaktionen der Zeitungen bis hin zur kleinen und kleinsten Lokalpresse wurden mit Leserzuschriften begeistert zustimmenden oder schroff ablehnenden Inhalts förmlich überschüttet. Die umstrittenen Sätze, deren authentischer Wortlaut zunächst nicht bekannt und in manchen Presseberichten entstellt wiedergegeben war, lauteten nach der Tonaufnahme folgendermaßen:

Hier war die Rede von den gerechten Mitteln, die im Kriege angewandt werden müssen. Nun, wir haben dieser Theorie längst den Abschied gegeben, seitdem der General Ludendorff uns im ersten Weltkrieg den totalen Krieg vordemonstriert und dann aufgenötigt hat; und da sind eben die Mittel total, das heißt jedes Mittel ist recht, catch as catch can. Jedes Mittel, womit man seinen Gegner kleinkriegen kann, kann angewandt werden. Und darum ist heute die Ausbildung zum Soldaten, die Ausbildung der Kommandos im zweiten Weltkrieg, die Hohe Schule für Berufsverbrecher. Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden.



Der Bundesverteidigungsminister stellte bei der Staatsanwaltschaft Kassel gegen Kirchenpräsident D. Niemöller Strafantrag wegen Beleidigung der Bundeswehr und erhielt daraufhin vom Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier folgendes Schreiben, das vom 28. 1. 1959 datiert ist:

*Sehr geehrter Herr Bundesminister!*

Presseberichten entnehme ich, daß Sie gegen den Kirchenpräsidenten D. Dr. Niemöller Strafantrag gestellt haben wegen Beleidigung der Bundeswehr. Wenn die Berichte über die Äußerungen des Kirchenpräsidenten Niemöller, die Sie zu diesem Strafantrag veranlaßten, zutreffen, halte ich Ihr Vorgehen für berechtigt.

Für bedauerlich aber halte ich es, daß in einer Presseverlautbarung Ihres Hauses die Erwartung ausgesprochen ist, „daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland von diesen Äußerungen des Kirchenpräsidenten D. Dr. Niemöller distanziert“. Ich halte dieses Verlangen nicht nur für unbegründet, sondern auch für unberechtigt, weil erstens die Evangelische Kirche in Deutschland sowohl nach den in ihr geltenden Bekenntnissen wie auch nach ihren synodalen Verlautbarungen keinen Zweifel daran gelassen hat, daß sie den Waffengebrauch im Verteidigungsfall mindestens für erlaubt, wenn nicht für geboten erachtet. Zweitens kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß der Kirchenpräsident Niemöller die in Frage stehenden Äußerungen nicht in Wahrnehmung seines kirchlichen Amtes getan hat – selbst wenn er der Überzeugung sein sollte, sie seinem Amt schuldig zu sein. Es muß in ihnen vielmehr eine politische Äußerung erblickt werden, mit der die Evangelische Kirche in Deutschland nichts zu tun hat. Die evangelische Kirche kann unter keinen Umständen eine Verantwortung für politische Äußerungen und Maßnahmen ihrer Glieder oder ihrer Amtsträger übernehmen. Sie stellt das vielmehr in das persönliche, verantwortliche Ermessen des einzelnen.

Wenn die Evangelische Kirche in Deutschland darum in dieser Sache zu einer Erklärung aufgefordert wird, dann müssen Sie sich auf eine entsprechende Zurückweisung gefaßt machen. Damit wäre niemandem gedient. Würden die leitenden Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland sich jedoch zu der von Ihnen gewünschten Stellungnahme bereit finden, dann wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, der meines Erachtens zu großen Belastungen nicht nur des kirchlichen, sondern auch des politischen Lebens führen müßte. Ich würde darin zum Beispiel eine untragbare Belastung auch meiner eigenen nichtkirchlichen politischen und amtlichen Tätigkeit erblicken.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener *D. Dr. Gerstenmaier*

Der Bundesverteidigungsminister antwortete dem Bundestagspräsidenten in einem vom 29. Januar 1959 datierten Schreiben:

*Sehr geehrter Herr Präsident!*

Ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom 28. Januar 1959 und spreche meine Befriedigung darüber aus, daß Sie mein Vorgehen, zu dem ich als höchster Dienstvorgesetzter der Bundeswehr veranlaßt war, für berechtigt halten. Denn ich verstehe die Sorgen, die Ihnen die Äußerungen des Kirchenpräsidenten Niemöller bereiten. Ich halte es auch für sehr bedeutsam, daß Sie in Ihrem Brief auf die Einstellung der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Waffengebrauch im Verteidigungsfalle hingewiesen haben.

Was die Kritik an einem Teil der Presseverlautbarung des Verteidigungsministeriums betrifft, darf ich Sie darauf hinweisen, daß Sie ebenso wie die drei hessischen SPD-

Abgeordneten Dr. Arndt, Dr. Heinemann und Metzger von einer nicht zutreffenden Voraussetzung ausgehen. Das Bundesministerium für Verteidigung hat weder eine Aufforderung noch eine Erwartung ausgesprochen, „daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland von diesen Äußerungen des Kirchenpräsidenten D. Dr. Niemöller distanziert“.

In der von Ihnen erwähnten Presseverlautbarung ist auf die zahlreichen Anrufe von Soldaten aller Konfessionen hingewiesen worden, die sich durch die bekannten Äußerungen aus dem Munde eines evangelischen Geistlichen in hoher kirchlicher Position tief getroffen fühlen und ihre Empörung ausgedrückt haben. In diesem Zusammenhang ist als Feststellung einer Tatsache, nicht als Aufforderung des Ministeriums gesagt worden, daß die Soldaten der Bundeswehr es ablehnen, sich als Berufsverbrecher diffamieren zu lassen und daß sie eine Distanzierung der Evangelischen Kirche Deutschlands von diesen Äußerungen des Kirchenpräsidenten erwarten.

In dieser Verlautbarung ist lediglich der Wahrheitspflicht Genüge getan, denn es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Empörung vorhanden ist und daß diese Erwartung gehegt wird. Bis zur Stunde laufen neue Proteste von Soldaten aller Dienstgrade, von den Eltern der Soldaten und den ehemaligen Soldaten ein. Es gibt also keine Aufforderung oder keinen Ausdruck einer Erwartung des Ministeriums, die zurückzuweisen wären. Darauf darf ich Sie aufmerksam machen.

Ich teile Ihre Auffassung, daß der Kirchenpräsident Niemöller die in Frage stehenden Äußerungen nicht in Wahrnehmung seines kirchlichen Amtes getan hat, darf Sie aber in diesem Zusammenhang auf ein Gespräch des Kirchenpräsidenten mit einem Vertreter des „Evangelischen Pressedienstes“ hinweisen, das von neuem großes Aufsehen erregt hat und im Bonner „General-Anzeiger“ von heute wiedergegeben ist. Es heißt dort – nach Niemöller –, „es sei unerträglich, daß ein leitender Kirchenmann Gefahr laufe, wegen seiner Verkündigung vor den Richter gestellt zu werden ...“.

Ich bin ebenso wie Sie der Meinung, daß die evangelische Kirche unter keinen Umständen eine Verantwortung für politische Äußerungen und Maßnahmen ihrer Amtsträger übernehmen kann. Bischof D. Dibelius hat in seiner Stellungnahme die Grenze der Verantwortung der Kirche für die Äußerungen des Kirchenpräsidenten Niemöller jedermann verständlich gemacht. Nach den mir zugänglichen Informationen ist seine Äußerung von den Soldaten der Bundeswehr sehr begrüßt worden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung      Ihr sehr ergebener *Strauß*

Wenig später veröffentlichte der Bundesminister für Verteidigung folgende Mitteilung:

Der Präsident des Deutschen Bundestages D. Dr. Eugen Gerstenmaier und der Bundesminister für Verteidigung Franz-Joseph Strauß haben ... nach einem Gespräch über die Äußerungen, die Kirchenpräsident Niemöller in Kassel getan haben soll, festgestellt: Der Bundestagspräsident hat mit Befriedigung und Zustimmung davon Kenntnis genommen, daß der Bundesminister für Verteidigung in keiner Weise beabsichtigt habe, die Evangelische Kirche Deutschlands in Sachen Niemöller zu irgendeiner Erklärung aufzufordern. Die Verlautbarung des Ministeriums hat – wie sich aus ihrem Wortlaut ergibt – die Meinung der Soldaten ausgedrückt, die an das Ministerium in zahlreichen Briefen und Anrufen herangetragen wurde. Der Bundestagspräsident hat seinerseits erklärt, daß er die Stellung des Strafantrags gegen D. Niemöller für berechtigt halte.

Auch der Bundestagsausschuß für Verteidigung befaßte sich mit der Kasseler Rede und nahm bei Nichtbeteiligung der SPD-Abgeordneten an der Abstimmung mit 15 Stimmen der Koalitionsparteien einen Antrag an,

... der mit Empörung von einer Äußerung Kenntnis nimmt, die Kirchenpräsident Niemöller gemacht haben sollte, die Ausbildung zum Soldaten sei eine hohe Schule für Berufsverbrecher. Falls er sich in diesem Sinne geäußert habe, weist der Ausschuß diese schwere Beleidigung der Bundeswehr scharf zurück. Er versichert die Bundeswehr seiner Achtung und Fürsorge.

Ungefähr gleichzeitig begannen kirchliche Stellungnahmen zu erscheinen. Als erste distanzierte sich im Einvernehmen mit Bischof D. Wüstemann die Leitung der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Sie erließ eine – auszugsweise wiedergegebene –

#### ERKLÄRUNG

Die Evangelische Akademie Hofgeismar gehört zur Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck (Nordhessen: Bischof D. Wüstemann), nicht zur Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Süd Hessen: Kirchenpräsident D. Niemöller). Die Kasseler Äußerungen D. Niemöllers sind in einer außerkirchlichen Versammlung gefallen, für die die Landeskirche keinerlei Verantwortung trägt.

Im Bewußtsein der seelsorgerlichen Verantwortung der Evangelischen Kirche für die Angehörigen der Bundeswehr distanziert sich die Akademieleitung entschieden von der durch die Presse veröffentlichten These Niemöllers: „Die Ausbildung zum Soldaten ist heute die hohe Schule für Berufsverbrecher.“ Dieser Satz wird ausdrücklich verworfen. Die Akademieleitung wird im Einvernehmen mit Herrn Bischof D. Wüstemann bei den entsprechenden Stellen der Evangelischen Kirche in Deutschland auf eine Klärung der ganzen Angelegenheit dringen.

Militärbischof Prälat D. Kunst veröffentlichte in der „Jungen Stimme“ folgende Erklärung:

Wir alle sind in der vergangenen Woche erregt worden von einer Äußerung, die Kirchenpräsident D. Dr. Niemöller in Kassel über die Bundeswehr getan haben soll. In einer Stellungnahme zu den Pressemeldungen hat er nachträglich bestritten, daß seine Äußerungen zutreffend wiedergegeben worden sind. Wir alle hoffen auf eine möglichst schnelle und unzweideutige Klärung.

In jedem Fall hat D. Dr. Niemöller seine Auffassung über die Möglichkeit, auch heute noch mit unverletztem Gewissen Soldat sein zu können, weder im Auftrag noch im Namen der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) getan. Das können nur die Synoden, die sich bemühen, der Gemeinde ein helfendes und orientierendes Wort für die Nöte und Fragen der Gegenwart zu geben. Die Weisungen dafür erhält die evangelische Christenheit aus der Heiligen Schrift, die für die Kirche in den Glaubensbekenntnissen ausgelegt ist.

Bis heute haben die Bekenntnisse der Kirche und die Beschlüsse der Synoden keinen Zweifel daran gelassen, daß die Verteidigung des Volkes durch die Soldaten mindestens erlaubt, wenn nicht geboten ist. Keiner von uns verbirgt sich den schweren Ernst und die harte Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, die sich durch die Erfindung der atomaren Waffen auf die Völker, ihre Staatmänner und besonders die Soldaten gelegt haben.

Es ist uns deshalb in der Bundeswehr wahrhaftig begreiflich, wenn die Frage um die neuen Waffen mit Leidenschaft diskutiert wird. Wenn aber Menschen in solcher Situation nach sorgfältiger Gewissensprüfung bereit sind, ihrem Volk als Soldat zu dienen, muß ihnen auch der Beistand der Kirche gehören. Es gehört zur Bürde, aber auch zur Würde des Soldaten, daß er die schwere Spannung, in der sein Dienst heute

steht, aushält. Er hat einen Anspruch darauf, daß seine Gewissensentscheidung respektiert wird.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik sieht in Artikel 4, 3 vor, daß niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Die EKD hat 1950 dem Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen Fürsprache und Fürbitte zugesagt. Dies hebt aber nicht auf, daß die Evangelische Kirche in ihrer Mehrheit bis heute das Recht zur Verteidigung mit Klarheit vertreten hat.

So gegensätzlich die Gewissensentscheidungen der Bürger in Sachen des Dienstes als Soldat sein mögen, eines geht nicht: daß auch nur der Anschein gegenseitiger Diffamierung erlaubt wird. Das muß nicht nur das Zusammenleben unseres Volkes vergiften, es muß auch die Gemeinschaft von uns Christen in der Kirche zerbrechen.

Ich werde nichts versäumen, um mitzuhelfen, daß das geschieht, was die letzte Synode der EKD 1958 nach langer und sorgfältiger Prüfung der atomaren Frage beschloß: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen.“ Dazu gehört aber auch, daß wir nach der Weisung der Heiligen Schrift verfahren: „Einer komme dem anderen mit Ehrerbietung zuvor.“

Gleichzeitig erklärte der Vorsitzende des Rates der EKD Bischof D. Dr. Dibelius:

Die Zeitungen melden, daß Kirchenpräsident Niemöller in einer Rede in Kassel die Ausbildung zum Soldaten und zu Führerpositionen in militärischen Kommandostellen als eine „hohe Schule des Berufsverbrechers“ bezeichnet haben soll. Mir liegt eine Äußerung von D. Niemöller vor, in der er nachdrücklich bestritt, die Äußerung getan zu haben. In jedem Fall hat er als Privatmann gesprochen und keine Stellungnahme der EKD vertreten. Es ist sicher, daß kein verantwortliches Gremium der EKD den zitierten Satz vertritt oder auch nur entschuldigen würde.

Die Kirchlichen Bruderschaften antworteten darauf in einem der Öffentlichkeit übergebenen Offenen Brief an Bischof D. Dr. Dibelius:

*Sehr geehrter Herr Bischof!*

Düsseldorf, den 2. Februar 1959

Auf Grund von Zeitungsmeldungen über angebliche Äußerungen von Kirchenpräsident D. Niemöller haben Sie erklärt: „In jedem Falle hat er (Niemöller) als Privatmann gesprochen“ (epd-Zentralausgabe vom 29. 1. 1959). Sie wissen genauso wie wir, daß Niemöller seine Äußerungen nie als „Privatmann“ tut, sondern als Christ in der Verantwortung vor seinem Herrn für die Menschen. Sie und wir alle, einschließlich der Institutionen der Evangelischen Kirche in Deutschland, hätten darum Veranlassung, erst einmal hinzuhören und zu prüfen, was Niemöller gesagt hat. Statt dessen distanzieren Sie sich voreilig und öffentlich. Hat das Ansinnen eines Ministers, der erst kürzlich die Kriegsdienstverweigerer als potentielle Kriegsverbrecher bezeichnete, genügt, um die gemeinsame christliche Verantwortung mit Ihrem Amtsbruder preiszugeben?

Das ist um so unverständlicher, als wir und jeder Christ und Staatsbürger sehen, daß unsere Söhne und Konfirmanden in der Bundeswehr jeden Tag in die Situation kommen können, an den atomaren Massenvernichtungsmitteln ausgebildet zu werden. Ist das aber nicht eine Ausbildung zum Verbrechen? Sie haben doch auch ausgesprochen, daß die Massenvernichtungsmittel Massenmord bedeuten!

Sollen und dürfen Sie schweigen, wenn wir wissen, daß unsere Kinder in ihrem sittlichen und christlichen Bewußtsein total umerzogen werden müssen, um die Massenvernichtungsmittel gutzuheißen oder sie sogar zu gebrauchen? Auch Sie müssen den Vätern und Müttern sagen, daß sie in diesen Frevel an ihren Kindern nicht einwilligen dürfen!

Wir erlauben uns, diesen Brief als Offenen Brief der Öffentlichkeit zu übergeben.



Auf diesen Offenen Brief antwortet der Rheinische Konvent am 7. Februar 1959 mit einer Erklärung, in der die Angriffe der Bruderschaften gegen Bischof D. Dr. Dibelius zurückgewiesen wurden. Darin heißt es:

Die Kirchlichen Bruderschaften haben zu dem neuen „Fall Niemöller“ einen Offenen Brief an den Vorsitzenden des Rates der EKD, Bischof D. Dr. Dibelius, gerichtet. Sie werfen ihm unter anderem Preisgabe christlicher Verantwortung vor. Der Vorstand des Rheinischen Konvents stellt fest, daß dieses Vorgehen der Kirchlichen Bruderschaften von dem überwiegenden Teil der evangelischen Christen schärfstens zurückgewiesen wird. Dem Ansehen und der Arbeit der Kirche ist es abträglich, wenn Wortführer einer kleinen Gruppe, die sich Kirchliche Bruderschaft nennt, in dieser aufdringlichen Weise den Ratsvorsitzenden Bischof Dibelius in der Öffentlichkeit angreifen. Der Widerspruch des Rheinischen Konvents richtet sich auch dagegen, daß die Kirchlichen Bruderschaften sich ein ausschließliches Urteil über christliche Verantwortung anmaßen.

Inzwischen hatte sich Kirchenpräsident D. Niemöller in einem Brief an die Pfarrer und Gemeinden der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gewandt:

BRIEF AN DIE PFARRER UND GEMEINDEN  
DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU

Zum ersten Mal in meiner Amtszeit als Kirchenpräsident sehe ich mich genötigt, von meinem in der Kirchenordnung vorgesehenen Recht Gebrauch zu machen, „das Wort an die Pfarrer und Gemeinden zu richten“. Meinen Beitrag zur Leitung der Kirche habe ich immer nur als Vorsitzender und als Mitglied der Kirchenleitung und des Leitenden Geistlichen Amtes geleistet, im übrigen aber in den Gemeinden selbst gepredigt und das Gotteswort ausgelegt, durch das allein der Heilige Geist die Gemeinden recht leitet und regiert.

Anlaß zu meinem heutigen Schritt ist eine Aussprache in der gestrigen Sitzung der Kirchenleitung, der ich entnehmen mußte, daß unter Pfarrern und Gemeinden Unruhe entstanden ist im Zusammenhang mit einer Rede, die ich am 25. Januar 1959 abends auf einer Kundgebung der Organisation „Christen gegen Atomgefahren“ in Kassel gehalten habe.

Am folgenden Tage brachte die Frankfurter Zeitung „Abendpost“ einen Artikel mit der Überschrift: „Niemöller: Die Ausbildung zum Soldaten muß als eine hohe Schule für Berufsverbrecher bezeichnet werden.“ In dem Artikel selbst ist der Wortlaut dieses *einen* Satzes (und nur um diesen handelt es sich) erweitert wiedergegeben: „Die Ausbildung zum Soldaten und zu Führerpositionen in militärischen Kommandostellen muß als eine hohe Schule für Berufsverbrecher bezeichnet werden.“

Ich selber habe diese Meldung erstmalig am nächsten Morgen im Wiesbadener Tagblatt gelesen und hörte am gleichen Abend, daß im Bundesverteidigungsministerium in Bonn wegen dieser Meldung Aufregung herrsche. Daraufhin habe ich noch am gleichen Abend die in der Anlage beigefügte „Formlose Erklärung“ aufgesetzt und sowohl dem bevollmächtigten Vertreter der EKD bei der Bundesregierung in Bonn als auch dem Evangelischen Presseverband in Hessen und Nassau zugeleitet.

Ohne daß von irgendeiner amtlichen Stelle eine Anfrage nach dem tatsächlichen Sachverhalt bei mir erfolgt wäre, wurde – wie ich wiederum aus der Zeitung erfuhr – am 28. Januar 1959 von seiten des Bundesverteidigungsministers Strafantrag gestellt wegen „Beleidigung der Bundeswehr“.

Es wird nun Sache der Justiz sein, die erforderlichen Ermittlungen anzustellen und gegebenenfalls Anklage zu erheben.

Es ist mir schmerzlich, daß unsere Gemeinden und meine Brüder im Amt durch diese Vorgänge und ihre Behandlung in der Öffentlichkeit naturgemäß in eine fragende Unruhe geraten sind, zumal ja die Pressefehde in dieser Angelegenheit so weit geht, daß an der Wahrhaftigkeit des hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten öffentlich Zweifel geäußert werden konnten.

In dieser Lage und bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge kann ich lediglich zwei herzliche Bitten aussprechen:

Ich muß einmal darum bitten, Geduld zu üben, bis das Gericht gesprochen hat, da ja dieses allein befugt und imstande ist, zwischen dem Verteidigungsminister und mir Recht zu sprechen.

Sodann darf ich auch darum bitten, daß die evangelische Christenheit in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau mir und meinen Feststellungen Glauben schenken möge, bis die Feststellungen des Gerichts vorliegen. Daß ich zu dem stehe, was ich gesagt habe, meine ich, in meinem Leben genügend unter Beweis gestellt zu haben; und von dieser Haltung werde ich auch jetzt nicht abgehen.

Vielleicht wäre es ein Gewinn, wenn Sie, die Sie mit mir dem Herrn Jesus Christus an seiner Kirche zu dienen berufen sind, diese Zeit eines unvermeidlichen Abwartens dazu benutzen würden, die beigelegten Vorträge einmal zur Kenntnis zu nehmen, zu prüfen und zu besprechen, zumal es in ihnen um die eigentliche Sache geht, in der wir evangelischen Christen von heute, vor allen anderen Fragen, nach dem rechten, der Nachfolge Jesu Christi entsprechenden Gehorsam gefragt werden.

Darmstadt, den 5. Februar 1959

*D. Niemöller*

Diesem Rundschreiben ist als Anlage beigegeben eine

#### FORMLOSE ERKLÄRUNG

Die Äußerung, wie sie im Wiesbadener Tagblatt erschien (die einzige, die ich selbst gelesen habe), brachte zwei Dinge zusammen, die in meiner Rede nicht zusammengeordnet waren, nämlich die Beurteilung des Soldatseins und der soldatischen Ausbildung und eine Aussage über die Unmöglichkeit der „Verteidigung“ im Zeitalter der Wasserstoff- und Kobaltbombe.

In dem ersten Teil der berichteten Aussage wurde der Satz in Anführungsstriche gesetzt: „Die Ausbildung zum Soldaten und zu Führerpositionen in militärischen Kommandostellen muß als eine hohe Schule für Berufsverbrecher bezeichnet werden.“ Diese Formulierung ist nicht, wie die Anführungsstriche glauben machen sollen, eine wörtliche Wiedergabe meiner Worte. Ich habe vielmehr an dem Beispiel der Ausbildung der Kommandotrups im letzten Kriegsjahr deutlich gemacht, daß diese Ausbildung zum Soldaten zugleich Ausbildung im Verbrecherhandwerk ist und daß sich von da her für Christen und christliche Mütter die Frage ergibt, ob sie das wollen und gutheißen. Ich habe also diese Ausbildung als „hohe Schule für Berufsverbrecher“, und zwar ausdrücklich mit dem sarkastischen Zusatz „für potentielle Berufsverbrecher“ bezeichnet, da Professor Hagemann, Münster, der vor mir gesprochen hatte, auf die Äußerung des Herrn Verteidigungsministers Dr. Strauß von den „potentiellen Kriegsverbrechern“, nämlich den Pazifisten, Bezug genommen hatte. Dagegen habe ich von „Führerpositionen in militärischen Kommandostellen“ überhaupt nicht gesprochen. Offensichtlich hatte der Berichterstatter von „Kommandotrups“ keine Ahnung und daraus „militärische Kommandostellen“ gemacht.

Die ganzen Äußerungen wurden getan in einem Abschnitt meiner Darlegungen, die unter dem Gesamthema „Sie wissen, was sie tun“ das Problem „Christ und Krieg“ sowie „Christ und Kriegsdienst“ behandelten.

27. Januar 1959

Zur gleichen Zeit erging eine Verlautbarung der Kirchlichen Bruderschaften in Hessen und Nassau:

In letzter Zeit ist unser Kirchenpräsident D. Niemöller in besonders heftiger Weise die Zielscheibe mannigfacher Angriffe und Verleumdungen von seiten derer geworden, die seine offene, klare Warnung vor der Sünde des Massenmordes an unserem wie an andern Völkern nicht hören wollen.

In einer Rede in Kassel hatte Kirchenpräsident Niemöller Ende Januar am Beispiel gewisser Kommandotrupps des letzten Krieges deutlich gemacht, wie schnell der Soldat zum unmenschlichen und verbrecherischen Morden mißbraucht werden kann, wenn im Kriege die herkömmlichen Gesetze der sogenannten humanen Kriegführung im Sinne des Völkerrechtes und der Haager Konvention außer acht gelassen werden. Die atomaren Vernichtungsmittel entlarven vor aller Augen den Krieg als Massenmord.

Wir sind unserem Kirchenpräsidenten dafür dankbar, daß er so eindringlich warnt, und rufen alle Christen in unserem Volk auf, nicht wieder – wie im Dritten Reich – durch bequemes Schweigen und Mitmachen an neuem Elend mitschuldig zu werden.

Wir können es nicht verstehen, wie sogar staatliche Organe auf Grund entstellter Wiedergabe der Niemöller-Rede in der Presse behaupten können, Niemöller habe die Bundeswehr beleidigt und behauptet, sie bilde in Bausch und Bogen die Soldaten zu Berufsverbrechern aus. Am meisten aber bedauern wir es, daß sich sogar einige Männer, die an leitender Stelle der Evangelischen Kirche in Deutschland stehen, wie Bischof Dibelius und Bischof Wüstemann, Kassel, auf ein bloßes Gerücht hin von ihrem Amtsbruder distanziert haben, anstatt in brüderlicher christlicher Solidarität mit ihm die helfende, warnende Botschaft des Evangeliums laut werden zu lassen.

Die Kirche kann und darf in der Frage der atomaren Vernichtungsmittel nicht in den überlieferten Formen denken, sie muß heute auch in der Frage des Krieges bekennen, daß Jesus Christus nicht gekommen ist, die Menschen zu verderben, sondern sie zu bewahren und zu retten.

Der Synodalvorstand der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gab am 10. Februar 1959 folgende von dem Präses der hessen-nassauischen Kirchensynode Dr. Wilhelmi unterschriebene Erklärung ab:

Der Herr Kirchenpräsident hat dem Synodalvorstand in seiner Sitzung vom 9. Februar den vollständigen Text seiner in Kassel am 25. Januar gehaltenen Rede auf Grund einer Tonbandaufnahme zur Kenntnis gebracht.

Der Synodalvorstand hat den seelsorgerlichen Charakter der Rede festgestellt; er ist auch im übrigen der Meinung, daß kein Grund zur Einberufung einer außerordentlichen Synode besteht. Es ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die Rede in ihrem vollen Wortlaut von dem Herrn Kirchenpräsidenten veröffentlicht wird.

Die Tatsache, daß diese Erklärung der gedruckten Veröffentlichung der Kasseler Rede vorangestellt wurde, veranlaßte Präses Dr. Wilhelmi zu nachstehender Erklärung:

In der Broschüre, mit der die Rede des Herrn Kirchenpräsidenten D. Niemöller vom 25. Januar in Kassel der Öffentlichkeit übergeben wird, ist die von mir unterzeichnete Erklärung des Synodalvorstandes vom 10. Februar 1959 der Rede vorangestellt. Dadurch muß gewollt oder ungewollt der Eindruck entstehen, daß ich den Inhalt und die Formulierungen, die diese Rede enthält, billige. Dies ist nicht der Fall. Tatsächlich ist in der von mir unterzeichneten Erklärung lediglich festgestellt, daß die Rede einen seelsorgerlichen Charakter hat.

Der Synodalvorstand hat bewußt davon Abstand genommen, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob in den einzelnen Formulierungen der Rede eine Beleidigung zu erblicken ist, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob er in das eingeleitete staatliche Verfahren eingreifen wolle.

Die weitere Feststellung, daß kein Grund zur Einberufung einer außerordentlichen Synode besteht, beruht darauf, daß entsprechend der Kirchenordnung von Hessen und Nassau eine Synode zunächst keine andere Möglichkeit hat, als den Tatbestand festzustellen.

Dies schien mir dadurch gesichert, daß nach den Erklärungen des Herrn Kirchenpräsidenten dieser seine Rede in ihrem vollen Wortlaut in absehbarer Zeit veröffentlichten werde. Es besteht für mich kein Zweifel daran, daß sich die Synode nach Abschluß des staatlichen Verfahrens spätestens in ihrer nächsten ordentlichen Tagung im April dieses Jahres anläßlich des von dem Herrn Kirchenpräsidenten der Synode zu erstattenden Rechenschaftsberichtes auch mit dieser Rede befassen wird.

Auf der im April tagenden hessen-nassauischen Kirchensynode wurde nach mehrstündiger, lebhafter Debatte, in der weniger zur Kasseler Rede im einzelnen Stellung genommen als um die Klärung der Sachfragen gerungen wurde, mit 113 gegen 33 Stimmen bei 16 Enthaltungen ein „Klärendes Wort an den Bruder im grauen Rock“ angenommen.

In der Diskussion nahm Kirchenpräsident D. Niemöller einen ablehnenden Standpunkt ein.

Die Synodalerklärung lautet:

#### KLÄRENDES WORT AN DEN BRUDER IM GRAUEN ROCK

24. April 1959

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat sich im Grundartikel ihrer Kirchenordnung zu der Theologischen Erklärung von Barmen von 1934 bekannt. These 5 dieser Erklärung lautet:

„Fürchtet Gott, ehret den König!“ (1 Petrus 2, 17). Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.

Mit dieser These ist die Aufgabe auch unseres Staates klar als eine Anordnung Gottes in der Welt festgestellt. Der Christ kann sich der Verantwortung nicht entziehen, daß der damit gegebene Auftrag recht ausgeführt werde. Wenn er daher als Politiker oder Soldat innerhalb dieses Auftrages tätig wird, hat er darin seinen Glaubensgehorsam und seine Liebe zu den Mitmenschen zu bewähren.

Der Christ hat als Politiker und als Soldat eine besonders schwere Verantwortung vor Gott. Er hat deshalb in der Kirche Anspruch auf mittragendes Verständnis und



stetige Fürbitte. Je stärker dieses Mittragen sichtbar wird, desto eher wird die Warnung der Kirche gehört werden können, die infolge der modernen Waffenentwicklung und weltpolitischen Situation notwendig ist.

Zum rechten Mittragen gehört, daß sich die Kirche vor die stellt, welche heute aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe verweigern. In gleicher Verantwortung hat die Kirche mit ihrem seelsorgerlichen Dienst den Politikern und Soldaten zur Seite zu stehen, die ihr Gewissen zwingt, um der Erhaltung des Friedens willen „nach dem Maße menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“ schwerste Entscheidungen auf sich zu nehmen.

Herabsetzende und mißverständliche Äußerungen sind in keinem Fall ein einladender Ruf zum Glauben und Gehorsam. Die Kirche hat vielmehr die Aufgabe, allen in gleicher Liebe Warnung und Trost des Wortes Gottes zu verkündigen und ihnen zur Klärung ihres Gewissens zu verhelfen.

Ferner faßte die Synode mit großer Mehrheit folgenden Beschluß:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau drückt ihre Verwunderung darüber aus, daß ein Bundesminister einen Strafantrag gegen ihren Kirchenpräsidenten D. Niemöller gestellt hat, ohne sich mit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Verbindung gesetzt zu haben.

Das Ermittlungsverfahren gegen Kirchenpräsident D. Niemöller wurde durch Beschluß der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main vom 20. Mai eingestellt. Der *Einstellungsbeschluß* lautet:

Das Ermittlungsverfahren gegen den Kirchenpräsidenten Pfarrer D. Martin Niemöller, in Wiesbaden, Brentanostraße 3, wegen der Beschuldigung verfassungsverräterischer Zersetzung (§ 91 StGB), Verleumdung der Bundeswehr (§ 109 StGB) und Beleidigung (§§ 185 ff. StGB) wird eingestellt.

Der Beschuldigte ist neben seiner Eigenschaft als Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau unter anderem Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft – Bund der Kriegsgegner e. V. Am 25. Januar 1959 hielt er auf einer als Mahnstunde gedachten Veranstaltung der Vereinigung „Christen gegen Atomgefahr“ in Kassel eine Rede, in der er aus der Sicht eines evangelischen Christen zu der religiösen Problematik der Atombewaffnung Stellung nehmen sollte. Zu Beginn der Veranstaltung, die unter dem Leitwort stand: „... denn sie wissen, was sie tun ...“, wurden sieben Mahnkerzen angezündet, darunter auch eine „den Soldaten aller Nationen zur Mahnung, sich von dem Irrtum zu befreien, daß die Not der Menschen durch blutige Gewalt gewendet werden könne, und zu erkennen, daß ihr Irrtum nur neue und größere Not schafft und uns endlich in das letzte Inferno durch Menschenhand führen wird“.

Der Beschuldigte sprach ohne Manuskript, nur an Hand einiger Notizen.

Am folgenden Tage wurde in der Presse berichtet, der Beschuldigte habe in seiner Rede „die Ausbildung zum Soldaten und zu hohen Führerpositionen in militärischen Kommandostellen“ als „eine hohe Schule für Berufsverbrecher“ bezeichnet. Auf Grund dieser Pressemeldungen erstattete der Bundesminister für Verteidigung am 28. Januar 1959 Anzeige wegen möglicher Vergehen nach §§ 91 und 109 d StGB (verfassungsverräterischer Zersetzung und Verleumdung der Bundeswehr) und stellte gleichzeitig als Inhaber der Kommandogewalt (Artikel 65 a GG) und damit als Dienstvorgesetzter (§ 196 StGB) Strafantrag wegen Beleidigung der Bundeswehr. Auch die Fraktion der Deutschen Partei im Bundestag erstattete Anzeige. Von Angehörigen der Bundeswehr, von Offizieren der ehemaligen Wehrmacht sowie von Vätern einzelner Bundeswehrsoldaten wurden in der Folge zahlreiche weitere Strafanträge wegen Beleidigung gestellt.

Die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht ergibt sich aus § 74 a GVG.

Die Rede des Beschuldigten ist von Vertretern der sowjetzonalen Deutschen Filmgesellschaft mbH (DEFA) – ohne Wissen des Beschuldigten – auf Tonband aufgenommen worden und liegt im Text vor. Gegen die Übereinstimmung des Tonbandtextes mit dem Wortlaut der Rede haben weder der Beschuldigte noch die als Zeugen vernommenen Zuhörer Einwendungen erhoben.

Danach hatten die umstrittene Äußerung und die ihr unmittelbar vorangehenden Ausführungen des Beschuldigten folgenden Wortlaut: „... Über die Wehrpflicht läßt sich streiten, denn das ist ein Problem, wie weit ein Staat das Recht hat, seine Bürger zu zwingen, andere Leute zu töten. Ein echtes Problem! Aber jedenfalls: wir haben nun seit 150 Jahren den Zwang, daß jeder, der dazu nicht bereit ist, nun, wenn's gnädig abgeht, im Frieden ins Gefängnis oder im Dritten Reich ins Konzentrationslager oder im Krieg aber an die Wand geschickt und gestellt wird. Und das ist auch eine Frage, die mitspricht bei der Frage, ob wir wissen, was wir tun, und ob wir's wohl wissen wollen, was wir eigentlich tun. Wenn ich Unrecht tue unter Zwang, dann will ich ja gar nicht wissen, daß ich Unrecht tue, sonst wär's ja nicht auszuhalten. Hier war die Rede von den gerechten Mitteln, die im Kriege angewandt werden müssen. Nun, wir haben dieser Theorie längst den Abschied gegeben, seitdem der General Ludendorff uns im ersten Weltkrieg den totalen Krieg vordemonstriert und dann aufgefordert hat; und da sind eben die Mittel total, das heißt, jedes Mittel ist recht, catch as catch can. Jedes Mittel, womit man seinen Gegner kleinkriegen kann, kann angewandt werden. Und darum ist heute die Ausbildung zum Soldaten, die Ausbildung der Kommandos im zweiten Weltkrieg, die Hohe Schule für Berufsverbrecher. Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden ...“ (Damit sollte wohl zum Ausdruck gebracht werden, daß heute die Ausbildung zum Soldaten als Hohe Schule für Berufsverbrecher anzusehen sei.)

Diese Erklärung erfolgte im ersten Teil der Rede, nachdem der Beschuldigte zuvor kurz auf die Fragwürdigkeit der Begriffe „gerechter“ und „ungerechter“ Krieg eingegangen war. Anschließend führte er sinngemäß aus, die Zeiten, da man „gerechte“ Kriege habe führen können, seien längst, jedenfalls aber seit der Erfindung der Kobaltbombe im Jahre 1954, vorbei. Seit der Existenz solcher Waffen, die nicht mehr der Ermittlung des Schwächeren, sondern der unterschiedslosen Totalvernichtung des Gegners dienten, sei jeder Krieg – auch der Verteidigungskrieg und der zunächst örtlich begrenzte Krieg – ein Verbrechen, denn er werde unweigerlich dazu führen, daß derjenige, der zu unterliegen drohe, zu diesen Waffen greifen werde. Daher müsse mit den Denkgewohnheiten der Vergangenheit gebrochen werden. Es sei zu hoffen, daß auch die verantwortlichen Politiker, die jetzt wohl noch nicht wüßten, was sie tun, dies zu wissen bekämen und ihre bisherigen Denkgewohnheiten änderten. Erst angesichts dieser Gefahr einer Vernichtung allen Lebens werde die bisher mißverständene Botschaft der absoluten Gewaltlosigkeit Jesu Christi in ihrer wahren Bedeutung erkennbar.

Hinreichender Tatverdacht eines Vergehens gegen § 91 StGB liegt deshalb nicht vor, weil jedenfalls dem Beschuldigten die insoweit erforderliche Absicht nicht nachzuweisen ist, die pflichtgemäße Bereitschaft der Bundeswehrangehörigen zum Schutz des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben.

Ein Vergehen nach § 109 d StGB scheidet deshalb aus, weil der Beschuldigte keine unwahren oder gröblich entstellten Behauptungen tatsächlicher Art aufgestellt, sondern Werturteile abgegeben hat. Die Äußerung, daß die Ausbildung zum Soldaten heute die hohe Schule für Berufsverbrecher sei, mag zwar geeignet sein, die Tätigkeit der Bundeswehr zu beeinträchtigen. Sie ist jedoch keine Tatsachenbehauptung, sondern ein aus den Tatsachenbehauptungen bezüglich der Massenvernichtungswaffen gefolgertes Werturteil.

Hingegen stellt die Äußerung des Beschuldigten eine Verunglimpfung der Bundeswehr und ihrer Soldaten dar. Ihnen wird – mit allen anderen Soldaten – zum Vorwurf gemacht, sie bildeten zum Verbrecher aus oder aber sie ließen sich zum Verbrecher ausbilden.

Es ist zwar niemandem verwehrt, für Gewaltlosigkeit einzutreten und angesichts der modernen Waffentechnik über den bereits seit langem als verbrecherisch geltenden Angriffskrieg hinaus auch einen Verteidigungskrieg für verwerflich zu halten. Hierdurch wird er aber nicht von der im Gemeinschaftsleben geltenden Verpflichtung befreit, den Achtungsanspruch zu respektieren, der jeder Einzelpersönlichkeit oder einer als ehrfähig anzuerkennenden Kollektivpersönlichkeit auf Grund ihres sittlichen oder sozialen Wertes zukommt. Dieser Wert wird von der Volksgesamtheit her bestimmt, ist also objektiv zu verstehen, das heißt, er wird bestimmt durch die Summierung der subjektiven Auffassungen der Mehrheit. In einer Gemeinschaft, in der nicht die Auffassung überwiegt, daß ein Verteidigungskrieg etwas Verbrecherisches sei, wird den zur Landesverteidigung berufenen Streitkräften ein solcher sozialer Wert zuerkannt, daß eine Gleichsetzung ihrer Angehörigen mit den unter der Bezeichnung „Verbrecher“ verstandenen Gesellschaftsfeinden eine ehrenrührige Herabsetzung darstellt.

Der Beschuldigte sprach aber als Seelsorger und als Präsident einer Vereinigung, die der Allgemeinheit durch ihr Eintreten für absolute Gewaltlosigkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern zu dienen hofft. In dieser doppelten Eigenschaft richtete er einen Appell an die Öffentlichkeit, sich des – seiner Auffassung nach – Unheilvollen der gegenwärtigen politischen Entwicklung bewußt zu werden und auf die wahre Mission Jesu Christi zu besinnen. Die Berufung, sich dieses Anliegens – in Wahrung berechtigter Interessen (§ 193 StGB) – öffentlich anzunehmen, kann ihm nicht wohl abgesprochen werden. Der Beschuldigte nimmt nicht nur als hoher kirchlicher Amtsträger eine besondere Stellung im öffentlichen Leben ein. Er wird wegen seiner Haltung während der nationalsozialistischen Zeit von weiteren Kreisen der Bevölkerung und als führender Pazifist auch für berufen erachtet, sich zu den Vorgängen im öffentlichen Leben zu äußern.

Auch bei Wahrung berechtigter Interessen ist jeder Täter verpflichtet, die Ehre anderer zu achten. Überschreitet er diese Grenze, so ist er wegen Beleidigung nur strafbar, wenn die Absicht zu beleidigen sich nachweisen läßt oder die über das notwendige Maß hinausgehende Diffamierung einer selbständigen, vom Rechtfertigungsgrund nicht getragenen Beleidigung enthält. Dieser letztere Fall ist hier nicht gegeben. Die Tatsache, daß sich der vorzutragende Gedanke auch ohne beleidigende Ausdrücke hätte wiedergeben lassen können (Exzeß), genügt nicht, um den Rechtfertigungsgrund des § 193 StGB auszuschließen, vielmehr ist der Exzeß erst daraufhin zu prüfen, ob er Rückschlüsse auf die innere Einstellung des Täters, nämlich auf die Absicht zu beleidigen, zuläßt (vgl. Schönke, Komm. zum StGB 1957, Anm. IV 2 zu § 193 StGB). Der Zusammenhang seiner Rede spricht nicht für die beleidigende Absicht. Der Beschuldigte billigte insbesondere jedem Soldaten Gutgläubigkeit und ehrliche Überzeugung zu. Damit wiederholte er die Gedanken der Mahnkerze. Auch warnte er nur die Soldaten vor der Ausübung ihres Berufes in einem etwaigen Kriege. (Bei dieser Würdigung des Gesamtinhaltes der Rede muß von der nicht zu widerlegenden Verteidigung des Beschuldigten ausgegangen werden; und er hat sich darauf berufen, er habe keinen Soldaten beleidigen wollen, weil es darauf ankomme, wie der Soldat, der ausgebildet wird, „in der Praxis von seiner Ausbildung Gebrauch macht.“) Auch spricht manches dagegen, daß er Wert und Wirkung seiner von der Sorge um das Gemeinwohl veranlaßten Ausführungen dadurch gefährden wollte, daß er sie mit Beleidigungen belastete. Eine solche Beleidigung hätte sich notwendig auch auf eine Vielzahl ihm anvertrauter Kirchengemeindeglieder bezogen.

Diese Gesichtspunkte finden ihre Bestätigung darin, daß der Beschuldigte bei seiner

Vernehmung ausdrücklich erklärt hat, es habe ihm völlig fern gelegen, die Bundeswehr oder einen ihrer Soldaten persönlich zu beleidigen.

Da hiernach mit einer Verurteilung des Beschuldigten nicht zu rechnen ist, war das Verfahren einzustellen.

Frankfurt a. M., den 20. Mai 1959

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht

Durch das „Klärende Wort an den Bruder im grauen Rock“ und den Einstellungsbeschuß der Staatsanwaltschaft wurde die durch eine Reihe weniger amtsakten- als pressekundig gewordener Begleiterscheinungen der Auseinandersetzung über die Kasseler Rede vergiftete Atmosphäre bereinigt und vieles wieder ins Lot gebracht. Rückblickend wird man sagen müssen, daß die überspitzte Form, in der Kirchenpräsident D. Niemöller sein Anliegen zur Sprache brachte, mancherlei ungute Unruhe gebracht hat, andererseits aber ist zuzugeben, daß eben die Schroffheit seiner Äußerung dazu beigetragen hat, dem ernsthaften Nachdenken über die Frage, ob die Entscheidung für den modernen Waffendienst mit dem christlichen Gewissen vereinbar sei, neuen Antrieb zu geben.

*2. Das Nachspiel der Kasseler Rede.* Leider hatte die Kasseler Rede ein sehr unwürdiges und beschämendes Nachspiel: Unter dem Pseudonym H. S. Brebeck erschien eine in großen Mengen verteilte Schmähchrift: „Martin Niemöller – Bekenner, Politiker oder Demagoge?“, die von Wahrheitsverdrehungen, böswilligen Verleumdungen und schmutzigen Anwürfen strotzt – eines der übelsten Pamphlete, die je in der deutschen Öffentlichkeit erschienen. Seine erste kirchenamtliche Abweisung erfuhr dieses nur als gemein und schmutzig zu beurteilende Druckerzeugnis durch das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr:

Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr

Bonn, den 13. Juli 1959

Seit einigen Wochen wird eine Broschüre „Martin Niemöller – Bekenner, Politiker oder Demagoge?“, Verfasser H. S. Brebeck, in großem Umfange vertrieben. Dabei werden viele Exemplare auch in der Bundeswehr versandt und von manchen Stellen sogar auch offiziell verteilt.

Sämtliche Standortpfarrer werden darauf hingewiesen, daß vor dieser Schrift und ihrer Methode gewarnt werden muß. Die Standortpfarrer mögen dies den Soldaten ihres Bereiches, vor allem auch den Kommandeuren, wenn das Gespräch darauf kommt, in geeigneter Weise zum Ausdruck bringen. Die Gründe hierfür sind folgende:

1. Durch die Quellenangaben will die Broschüre den Eindruck der Wissenschaftlichkeit erwecken. Die Angaben der Quellen sind aber zum größten Teil ungenau bzw. unzureichend und vage. Wesentliche Niemöllerzitate werden überhaupt nicht belegt. Vieles wirkt als bloße Verdächtigung. Auf die Weise ist Wahrheit, Halbwahrheit und Unwahrheit so vermischt, daß der unbefangene Leser keine Möglichkeit hat, sie zu unterscheiden.

2. Der Verfasser der Broschüre läßt durch seine Art des Urteils erkennen, daß er der Evangelischen Kirche nicht angehört. Jedenfalls hat er keine Ahnung von ihren Problemen. Viele Angaben über evangelische Stellungnahmen zu Niemöller sind einfach nicht wahr, andere ungenau oder so mißverständlich zitiert, daß sie ein völlig falsches Bild geben.

3. Viele wesentliche Argumente, die zum Problem Niemöller gerade auch gegen ihn gesagt werden könnten und die erheblich mehr durchschlagen würden, werden überhaupt nicht erwähnt.



4. Die Broschüre tut der notwendigen Auseinandersetzung über die mit dem Namen Niemöller gemeinten Probleme einen schlechten Dienst, sie trägt nicht zur sachlichen Auseinandersetzung bei, hilft auch nicht zur Klärung, sondern bringt im Gegenteil weitere Schwierigkeiten.

Die evangelische Militärseelsorge muß sich von einer derartigen Form der Polemik distanzieren.

Kurz darauf erfolgte die Stellungnahme des Leitenden Geistlichen Amtes der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau:

An die Herren Pfarrer und Pfarrvikare der Evangelischen Kirche  
in Hessen und Nassau

Das Leitende Geistliche Amt hat in Abwesenheit des Herrn Kirchenpräsidenten mit Empörung von einer Schmähschrift Kenntnis genommen, die kürzlich unter dem Titel „Martin Niemöller – Bekenner, Politiker oder Demagoge?“ wohl den meisten Pfarrämtern kostenlos zugeschickt worden ist. Als Verfasser ist ein H. S. Brebeck angegeben, ein Verlag ist nicht genannt, der Druck erfolgte in Hennef/Sieg, der Versand aus Bonn. Ob der genannte Verfasser tatsächlich existiert und aus welchen Mitteln die offenbar in großer Zahl im ganzen Bundesgebiet verbreitete Broschüre finanziert wurde, ist vorerst unbekannt.

Nachdem Präses Dr. Wilhelmi bereits vor kurzem erklärt hat: „Ich verurteile den darin durch Unwahrheiten und Entstellungen unternommenen Versuch einer persönlichen Verunglimpfung entschieden“, hat in den letzten Tagen auch Bischof D. Dibelius die Broschüre als „eine Mischung von politisch-historischen Halbwahrheiten und persönlicher Verunglimpfung“ bezeichnet, als „ein Schulbeispiel dafür, wie unter anständigen Menschen nicht gekämpft werden dürfte“.

Das Leitende Geistliche Amt hat bisher zu gelegentlichen derartigen Versuchen persönlicher Herabsetzung geschwiegen, in der Hoffnung, daß die Leser selbst erkennen würden, was davon zu halten ist. Dieser neueste Versuch jedoch verbindet in derart heimtückischer Weise halbe Wahrheiten mit erfundenen Behauptungen und gibt sich zudem den Anschein einer historisch belegten Darstellung, daß darüber nicht stillschweigend hinweggegangen werden kann. Was von den angegebenen „Belegen“ zu halten ist, zeigt sich freilich bei näherem Zusehen sofort. Wer zum Beispiel Parolen, die in einem Kriegsgefangenenlager umliefen, als historische Quelle betrachten will, wird noch ganz andere unsinnige Behauptungen aufstellen können.

Das Leitende Geistliche Amt weist diesen unwürdigen und böswilligen Versuch persönlicher Verdächtigungen des Kirchenpräsidenten mit allem Nachdruck zurück. Es ist sich bewußt, daß die Fragen, die D. Niemöller in der Öffentlichkeit aufgeworfen hat, und die Schärfe seiner Aussagen für viele anstößig und nur schwer zu verkraften sind. Aber es ist beschämend und für die Geisteshaltung der Urheber der Broschüre kennzeichnend, wenn darauf mit unwahren persönlichen Angriffen bis hin zur Verleumdung von Familienangehörigen geantwortet wird. Niemandem soll eine harte und sachliche Auseinandersetzung verwehrt werden. Aber nur blinder Haß kann es übersehen, daß es D. Niemöller darum geht, die Frage nach der rechten Erfüllung des Willens Jesu Christi in den Entscheidungen unserer Zeit mit unbedingtem Ernst zu stellen.

Auch wer die Auffassung D. Niemöllers nicht zu teilen vermag, wird als Christ versuchen müssen, sich den aufgeworfenen Fragen zu stellen und sie im Hören auf die Heilige Schrift zu durchdenken. Wir bitten Pfarrer und Gemeindeglieder, sich durch solche Methoden der Brunnenvergiftung nicht beeinflussen und nicht zum bequemen Ausweichen vor den Sachfragen verleiten zu lassen. Wir bitten zugleich die Pfarrer unserer Kirche, auch an ihrem Teil derartigen Versuchen persönlicher Herabsetzung

nachdrücklich zu widersprechen und einer Verwirrung der Gemeinden wie einer Vergiftung der öffentlichen Meinungsbildung auf geeignete Weise entgegenzuwirken.

Darmstadt, den 23. Juli 1959.

*3. Die Arbeit an den Fragen der Wehrdienstleistung bzw. -verweigerung und der Militärseelsorge in modernen Truppen.* Während die Kasseler Rede und die durch sie ausgelöste Diskussion in der Öffentlichkeit hohe und erregte Wellen schlug, nahm die Weiterarbeit an den Fragen der Wehrdienstleistung bzw. Wehrdienstverweigerung und der Militärseelsorge an atomar ausgerüsteten Truppen ihren Fortgang. Am 12. Mai 1959 veröffentlichte die Kirchliche Bruderschaft in Hessen und Nassau folgenden Aufruf:

*Liebe Christen – liebe Soldaten und Politiker, die Ihr Christen seid!*

Wir stehen miteinander vor der Frage, ob es uns, die wir den Namen unseres Herrn Christus tragen, erlaubt ist, Menschen notfalls mit konventionellen Waffen oder gar mit Atombomben auszurotten. Die Botschaft der Liebe Gottes zu allen Menschen, die uns Jesus Christus ausgerichtet und vorgelebt hat, läßt keinen Zweifel, daß wir das nicht dürfen. „Wisset ihr nicht, welches Geistes Kinder ihr seid?“ – so fragt Christus auch uns. Seid Euch bewußt, daß Ihr auch in Eurem öffentlichen und politischen Handeln Jünger Jesu Christi seid. Darum dürfen wir Christen uns nicht für den Mord an anderen Menschen auch nur vorbereiten lassen. Das Evangelium läßt uns keine andere Wahl.

Liebe Brüder, wir wollen einander helfen, in der Nachfolge Jesu von dem Vertrauen auf die Gewalt loszukommen. Wir wollen einander helfen, von dem bösen Geist der Angst frei zu werden, der uns einredet, wir müßten notfalls andere umbringen, um selbst am Leben bleiben zu können und unsere Freiheit zu retten. Christus ruft uns zu einem anderen und besseren Dienst. Er will nicht, daß wir der Feind der Menschen, sondern der Bruder aller Menschen sind. Wer Euch das nicht lehrt, sagt Euch nicht die Botschaft Jesu. Wir stehen als Christen vor der Entscheidung: unserem Herrn nachzufolgen oder ihn zu verleugnen. Das Evangelium gibt uns die Kraft, unser Leben und das unseres Volkes auf die Verheißung Jesu Christi zu gründen und seine guten Gebote zu halten.

Im Juli 1959 wurde dem Rat der EKD und der Öffentlichkeit die von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gebilligte Stellungnahme übergeben, die von einem auf Beschluß der Kirchenleitung durch das Leitende Geistliche Amt eingesetzten Ausschuß erarbeitet wurde und sich zu „den Folgerungen, die sich für die evangelische Kirche im Blick auf Wehrdienst und Wehrmachtseelsorge aus der atomaren Bewaffnung ergeben“, äußert. Die Stellungnahme hat folgenden Wortlaut:

Die Organe der EKD bzw. die Organe der Gliedkirchen, falls der Militärseelsorgevertrag in deren Zuständigkeit überführt werden sollte, sollten dem Staat gegenüber folgende Feststellungen treffen:

1. Einem Soldaten, der in den atomaren, bakteriologischen oder chemischen Waffen unerlaubte Kampfmittel (nach der Haager Landkriegsordnung) sieht und in ihrer Anwendung eine Verletzung der Menschenwürde oder ein Verbrechen erblickt, muß der Schutz des Paragraphen 11 des Soldatengesetzes vom 11. März 1956 zuerkannt werden, wenn er einen Befehl zur Anwendung solcher Waffen nicht ausführt. Solchen Soldaten müßte die Möglichkeit gegeben werden, die Befreiung von der Ausbildung an solchen Waffen bzw. die Versetzung zu einer anderen Einheit zu erwirken.

2. Ein Wehrpflichtiger, der – auch ohne grundsätzlicher Pazifist zu sein – um der Weiterentwicklung der Waffentechnik zur atomaren Bewaffnung und um ihres drohenden Einsatzes willen sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt, muß nach Paragraph 25 des Wehrpflichtgesetzes als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden.

3. Der Militärpfarrer hat die Pflicht, dem Soldaten, der sich in solchen Gewissensnöten an ihn wendet, in Ausübung seiner Seelsorge zur Klärung seiner Gewissensentscheidung zu helfen. Es kann ihm das Recht nicht bestritten werden, den Fragenden auf die unter 1. und 2. genannten Möglichkeiten hinzuweisen oder ihm gegebenenfalls auch zur Verweigerung eines von ihm als Unrecht erkannten Befehls zu raten.

4. Dem Militärpfarrer ist durch Artikel 4 und 16 des Militärseelsorgevertrages die Selbständigkeit seines Dienstes und in Erfüllung seines geistlichen Auftrages die Unabhängigkeit von staatlichen Weisungen zugesichert. Kommt ein Militärpfarrer zu der Überzeugung, daß dem Christen aus Gewissensgründen die Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten unmöglich ist, wird er seinen Militärseelsorgeauftrag zurückgeben. Jedoch kann es einem Militärpfarrer nicht verwehrt werden, die von Organen der EKD und der Ökumene mehrfach ausgesprochene Erkenntnis von der Verwerflichkeit der Anwendung von Massenvernichtungsmitteln in seiner gesamten Amtsführung zu vertreten.

Zu der die westdeutsche Öffentlichkeit erheblich bewegenden militärischen Erfassung des Jahrgangs 1922 erließ die Kirchliche Bruderschaft in Hessen und Nassau einen Aufruf:

#### AN DIE WEHRPFLICHTIGEN DES JAHRGANGES 1922

Die Kirchliche Bruderschaft in Hessen und Nassau wendet sich an Euch, die Ihr zu diesem Jahrgang gehört, mit der Bitte:

Überlegt Euch, was Ihr tut, wenn Ihr Euch ein zweites Mal zu den Waffen holen laßt! In jugendlichem Idealismus und in gutem Glauben seid Ihr damals hinausgezogen; in Frankreich, Rußland und Afrika mußtet Ihr erkennen, daß Ihr für eine schlechte und sinnlose Sache mißbraucht wurdet und verheizt werden solltet.

Heute seid Ihr Männer, die durch eigene Erfahrung gelernt haben, daß man politische Fragen nicht durch Gewaltanwendung lösen kann. Jeder weiß, daß der nächste Krieg unser Vaterland in eine Wüste verwandelt.

Wir bitten Euch darum: Prüft Euer Gewissen, laßt Euch nicht wieder von Propaganda umnebeln!

Unsere Verfassung gibt Euch die Möglichkeit, zum Wehrdienst „Nein“ zu sagen.

Wir evangelischen Pfarrer und Gemeindeglieder in der Kirchlichen Bruderschaft stellen uns zu denen, die den Wehrdienst verweigern. Wir rufen Euch, Friedensdienst zu leisten.

Der dritten Tagung der zweiten Synode im April 1958 lag ein Antrag des Synodalen Dr. Dr. Heinemann vor, bei der Bundesregierung und dem Bundestag auf eine Abänderung des § 25 des Wehrpflichtgesetzes zu dringen mit dem Ziel, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und den entsprechenden Rechtsschutz auch dann zu gewähren, wenn die Wehrdienstverweigerung unter Berufung auf die Atomwaffenausrüstung und den atomaren Waffendienst erfolge. Dieser Antrag wurde von dem Antragsteller zurückgezogen, als der Vorsitzende des Rates der EKD die Erklärung abgab, daß er sich die in dem Antrag ausgesprochene Bitte zu eigen mache und diesen Antrag im Rat vertreten werde. In ihrer Verlautbarung vom 28./29. Mai 1959 erinnerten die Bruder-

schaften an die Einlösung dieser Zusage, aber zu einer Beschlußfassung und zu entsprechenden Schritten des Rates kam es erst nach Ablauf der Berichtszeit.

Die *Militärseelsorge* war im Berichtsjahr nicht nur Gegenstand der Beratung des auf Beschluß der Synode 1958 eingesetzten Ausschusses (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 100f.) zur Überprüfung der Möglichkeit ihrer Überleitung in die ausschließliche Zuständigkeit der beteiligten Landeskirchen, um eine entsprechende Beschlußfassung der nächsten Synodaltagung vorzubereiten, sondern auch heftiger Angriffe und scharfer Kritik.

In besonderer Weise wurde das *Sondertreffen der Soldaten* und Militärpfarrer im Rahmen des Münchener Kirchentages kritischen Anfragen und Ausstellungen unterzogen. Sie betrafen einmal die Frage, ob ein solches Treffen dem gesamtdeutschen Charakter des Kirchentages zuträglich sei, zum anderen die Frage, ob nicht die große Zahl uniformierter Teilnehmer eine bestimmte Atmosphäre hinsichtlich des Problems Kirche und Aufrüstung geschaffen habe, endlich die Frage, ob die Anwesenheit prominenter evangelischer Kirchenführer bei dem Soldatentreffen nicht dem Kirchentag undienliche politische Auswirkungen in einer bestimmten Richtung haben mußte. Auch wurde die Frage gestellt, ob das Soldatentreffen unter der Verantwortung der Kirchentagsleitung oder in der eigenen Regie der Veranstalter gestanden habe, und verschieden beantwortet. Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr erklärte zu den kritischen Anfragen und Auslassungen:

Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr stellt fest, daß Meldungen, die in einem Teil der Presse erschienen sind, eine falsche Berichterstattung zur Grundlage haben. Das Kirchenamt erklärt dazu:

1. Es hat zu keiner Zeit Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages und den Veranstaltern dieses Treffens über Planung und Durchführung gegeben.

2. Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages trägt keine Bedenken dagegen, daß auch bei zukünftigen Kirchentagen ein solches Sondertreffen durchgeführt wird.

3. Es trifft nicht zu, daß auf diesem Treffen Meinungen vertreten wurden, die zu Mißverständnissen hätten Anlaß geben können oder die das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages veranlaßt hätten, sich von dem Sondertreffen für Soldaten und ihre Pfarrer zu distanzieren.

4. Eine derartige unrichtige Berichterstattung kann nur die Wahrnehmung des kirchlichen Auftrages am Soldaten stören und leistet damit den Mißdeutungen des Kirchentages Vorschub, die in der Presse der DDR mehrfach erschienen sind.

Ein gutes Wort für den Dienst der Militärseelsorge und die in ihr tätigen Pfarrer sprach der Arbeitsbericht 1948–1959 der Württembergischen Evangelischen Landeskirche:

Es liegt nahe, daß die Militärpfarrer von der inneren Spannung in der evangelischen Kirche (scil. in der Atomfrage) besonders stark belastet sind. Es ist schmerzlich, daß ein Teil unserer Amtsbrüder diese zu den mehr oder weniger bedenkenlosen Bejahern eines Atomkrieges rechnen und sich deswegen von ihnen innerlich und oft auch äußerlich distanzieren. Die Tatsache, daß die Freiheit der Verkündigung im Militärseelsorgevertrag garantiert ist wie in keinem Land der Welt, begegnet in diesen Kreisen nur offener Skepsis. Die Landeskirche hat bisher allen Grund, den Militärpfarrern für ihren treuen und wachsamten Dienst ausdrücklich zu danken.



## *f) Das Verhalten des Christen gegenüber Staat und Obrigkeit*

Schon seit langem wurde in der Kirche die Frage des Verhaltens des Christen gegenüber Staat und Obrigkeit, insbesondere gegenüber der Obrigkeit eines betont atheistischen Staates erörtert. Es sei an die in anderem Zusammenhang schon genannte Handreichung erinnert, die der EKU-Synode vorlag und die sich jetzt im innerkirchlichen Gespräch befindet. Auch auf der Ebene der EKD und der der VELKD waren Bemühungen um Klärung der gleichen Frage im Gange, aber über Verlauf und Ergebnis der Beratungen drang nichts an die Öffentlichkeit. Eine öffentliche Diskussion auf breitester Basis und unter Entbindung aller politischen und theologischen Leidenschaften aber entbrannte, als der Ratsvorsitzende Bischof D. Dr. Dibelius eine als Manuskript in beschränkter Anzahl gedruckte und als Gruß zum 60. Geburtstag von Landesbischof D. Lilje (20. August 1959) gedachte Schrift: „Obrigkeit? Eine Frage an den 60jährigen Bischof“ herausgab. Obwohl der Verfasser schon sehr bald ihre Vervielfältigung und Verbreitung untersagte, wurde sie überall bekannt und überall diskutiert. Ihr publizistisches Echo übertraf noch das der Kasseler Rede. Von der sachlichen theologischen – zumeist kritischen – Erörterung des Problemkreises über harte und heftige Reaktionen bis zu gehässigen und verleumderischen Angriffen gegen die Persönlichkeit des Autors reicht die Skala der zahlreichen Verlautbarungen. Daß die aufgebrochenen Meinungsverschiedenheiten trotz aller angestrebten und sorgsamten Bemühungen um Klärung bis heute nicht bereinigt werden konnten, deutet auf den ebenso bedeutsamen wie notvollen Rang der von Bischof D. Dr. Dibelius gestellten Fragen. Seinen Höhepunkt erklomm das theologische und theologisch-politische Streitgespräch nach Ende des Berichtsjahres; es wird im nächsten Kirchlichen Jahrbuch darüber zu berichten sein. Deutlich aber war schon zum Jahresende, daß die für Anfang 1960 einberufenen Synoden der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg und der Evangelischen Kirche in Deutschland sich dem Obrigkeitsthema zu stellen haben würden.

Mit ausdrücklicher Erlaubnis von Bischof D. Dr. Dibelius drucken wir nachstehend die Obrigkeitsschrift auszugsweise ab. Die in der Diskussion besonders angegriffenen Beispiele, von denen der Bischof D. Dr. Dibelius später selbst erklärte, sie sollten getrost in die Havel geworfen werden, sind durch besonderen Druck gekennzeichnet.

### OBRIGKEIT?

Eine Frage an den 60jährigen Landesbischof von *Otto Dibelius*

*Berlin 1959*

...  
Und nun, verehrter und lieber Herr Landesbischof Lilje, komme ich zu Ihnen nicht mit einem Geschenk, sondern mit einer Frage. Es handelt sich um die Frage, wie im Brief des Paulus an die Römer der Anfang des 13. Kapitels zu übersetzen ist. Das ist eine Frage, die uns heute alle umtreibt. Und diese Frage, so meine ich, gehört recht eigentlich vor Ihre Füße.

Genau und wörtlich übersetzt lautet der Satz, um den es geht, folgendermaßen:

„Jedermann soll sich den Mächten unterordnen, die über die andern emporragen.“  
Man könnte auch sagen: „Jedermann sei den übergeordneten Gewalten untertan!“

„Mächte“ oder „Gewalten“ – das ist zunächst einmal ganz allgemein gesagt. Paulus braucht das Wort – griechisch: *Exusie* – des öfteren in einem allgemeinen Sinn: „hat nicht der Töpfer Macht ...“ und dergleichen. Wo er es aber im Plural schreibt – auch im Singular kommt es vor –, da meint er die dämonischen Mächte, die in der unsichtbaren Welt ihr Spiel treiben. Es war also keineswegs ganz abwegig, wenn *Martin Dibelius* und später *Günther Dehn* mehr oder weniger vorsichtig die Meinung äußerten, daß Paulus „hinter der heidnischen Obrigkeit wohl Gewalten aus dem Geisterreich gesehen“ habe. Aber wenn hier, im Römerbrief, ein wenig später von den Archonten, also von den hohen Beamten geredet wird, die nicht für den Guten, sondern für den Bösen zu fürchten sind, so ist doch wohl deutlich, daß, jedenfalls für unser menschliches Auge, die „Mächte“, denen man sich unterordnen soll, etwas sehr Konkretes und Sichtbares sein müssen.

Diese Mächte ragen über die andern empor. Sie haben also mehr zu sagen als andere. Und im Folgenden wird deutlich, daß sie die Macht haben, das Gute zu belohnen und das Schlechte zu bestrafen. Sie tragen das Schwert und tragen es nicht umsonst. Deshalb – freilich nicht deshalb allein! – soll man sich ihnen unterordnen. Entscheidend ist, daß diese Mächte nichts anderes sind als Diener Gottes, von ihm zu unserm Besten eingesetzt.

Es handelt sich also wohl vornehmlich um die politische Gewalt. „Staatsgewalt“ sollte man nicht ohne Vorbehalt sagen, weil der antike „Staat“ nicht die Geschlossenheit eines modernen Staatswesens hatte. Es hat damals mancherlei kommunale, religiöse und andere Machthaber gegeben, denen das Schwert mehr oder weniger locker in der Scheide saß. Und von dem Staat, der als „Lebensform der Nation“ alles reglementiert, vom Schulbesuch an bis zum Naturschutz, so daß einem die übergeordneten Mächte auf Schritt und Tritt als Staatsbehörden begegnen – davon war damals nicht die Rede. *Exusien* – das Wort ist ganz allgemein. Immerhin wird man sagen dürfen, daß Paulus, indem er an die Römer schreibt, vor allen anderen „Mächten“ – wenn auch nicht ausschließlich – an die römische Staatsmacht gedacht haben wird, die damals der Welt ihren Willen aufgezwungen hatte und die in der Stadt Rom ihr Zentrum besaß.

Dabei setzt Paulus voraus, daß die Machthaber das Gute belohnen und das Böse bestrafen werden. Was „das Gute“ und was „das Böse“ ist, darüber stellt er keine Betrachtungen an. Sein Denken und sein Gewissen sind an der Heiligen Schrift geschult. Da steht, klar und deutlich für jedermann, was gut und böse ist. Beim Propheten Micha steht es und an tausend anderen Stellen. Da gibt es kein Schwanken und kein Problem. Und Nicht-Christen und Nicht-Juden wissen es auch. Im Anfang des Römerbriefs hat er das ausdrücklich gesagt. Daß Lüge und Unkeuschheit, Betrug und Hader, Treulosigkeit und Gottlosigkeit böse sind und das Gegenteil davon gut – darüber also ist kein Streit zwischen Machthabern und Untergeordneten. Und eben darum sind die Machthaber, die das Gute belohnen und das Böse bestrafen, Diener Gottes, den Menschen zu gut.

Soweit ist alles klar.

Es wäre höchstens noch hinzuzufügen, daß die Weisung von Römer 13 nicht zu den speziellen, sondern zu den allgemeinen Weisungen des Apostels gehört. Paulus gibt nämlich Weisungen in beiderlei Gestalt. Er ordnet und mahnt zuweilen bis ins einzelne hinein und erwartet, daß alles so befolgt wird, wie er es gesagt hat. Das geschieht in der Regel dann, wenn er gefragt worden ist und nun seine Entscheidung trifft. Die meisten Beispiele dafür stehen in seinen Briefen nach Korinth. Aber er gibt auch Weisungen anderer Art. Er schreibt – wenn der Ausdruck gestattet ist – seine Losungen mit Leuchtschrift an den Himmel und überläßt es den Gemeinden, wie sie die Losungen auf der Erde zu konkretisieren haben. Er tut das vornehmlich in denjenigen Briefen, die wir heute recht eigentlich als „Hirtenbriefe“ bezeichnen würden, bei den Haus-

tafeln und bei anderen serienweisen Ermahnungen. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese allgemeinen Weisungen weniger bedeutsam und wichtig wären oder daß ihnen weniger Autorität innewohnte als den anderen. Es ist ja kein Unterschied. Nur muß man die Verschiedenheit der Form gesehen haben. Man muß sich klargemacht haben, daß hinterher, wenn es gilt, die allgemeinen Weisungen auf das konkrete Leben anzuwenden, noch ein besonderer Akt geistlicher Entscheidung nötig ist und daß für diese Entscheidung der einzelne Christ nach geistlicher Hilfe wird Ausschau halten müssen.

Paulus sagt also Römer 13 nicht: Wenn ihr wegen eurer Versammlungen Schwierigkeiten bekommt, dann sollt ihr so und so verfahren; wenn ein allgemeines Fest für die Stadtgottheit angeordnet wird oder wenn der Stadtkämmerer euch ungerecht besteuert, dann sollt ihr es folgendermaßen halten. Sondern er sagt ganz allgemein: ihr sollt euch unterordnen; wie? – da müßt ihr selber zusehen! Gottes Geist wird euch die Wege zeigen, wenn ihr ihn darum bittet!

Dies Wort „übergeordnete Mächte“ übersetzt nun Luther mit „Obrigkeit“. Und das ist die Frage, um die es sich hier handeln soll: ob dies Wort dasjenige wirklich wiedergibt, was Paulus gemeint hat, oder ob es gar den Bibelleser zu einem falschen Verständnis einer wichtigen biblischen Weisung verführt?

„Obrigkeit“ oder „Oberkeit“, „Oeberkeit“ oder „Ubirkeit“ – sagt Martin Luther! Das ist er, der Reformator, wie er leibt und lebt! Die Engländer sagen, nüchtern wie immer: „higher powers“, die Franzosen sagen ähnlich: „puissances superieures“. Luther aber sagt: „Obrigkeit.“ Man bemerke den Singular! Von ihm haben es die Skandinavier übernommen. In der schwedischen Bibel steht: „Var och en vare underdånig den överhet som han har över sig.“

Obrigkeit – das ist ein schönes Wort. In dem Wort ist Seele und Gemüt. Es ist etwas von väterlicher Autorität darin – wie denn auch Martin Luther nicht müde geworden ist, die Parallele zu ziehen zwischen der väterlichen Autorität und der Autorität der Obrigkeit. Die Obrigkeit findet man vor, wenn man zur Welt kommt. Man kann sie sich nicht machen, ebensowenig, wie man sich seinen Vater selber machen kann. Sie steht da, von Gott gesetzt. Sie mag von guten oder schlechten Menschen dargestellt werden, von Christen oder Türken – sie ist da, und wir müssen uns ihr willig beugen. Und dahinter steht, durch alles hindurchscheinend, Gottes Wille. „Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, Kurfürst von Brandenburg ...“ Das ist Obrigkeit!

Es war begnadetes Sprachgefühl, das dies Wort gewählt hat. Nur – die Sache, die das Wort bezeichnete, die gibt es heute in Deutschland nicht mehr. Und darum führt es die Menschen allzuleicht von dem ab, was Paulus hat sagen wollen.

Es ist kein Zufall, daß das Wort praktisch aus unserer Sprache verschwunden ist. Kein Mensch redet mehr von „Obrigkeit“ – höchstens daß der Polizei-Wachtmeister einmal von einer fröhlichen Tisch-Gesellschaft begrüßt wird: Da kommt die hohe Obrigkeit! Nur die Kirche, altmodisch, wie sie glücklicherweise ist, bewahrt das Wort noch in ihrer Liturgie, in ihren Liedern und in ihrer Bibel. Das Wort ist verschwunden, weil die Sache verschwunden ist. Und zwar ist sie seit dem Tage verschwunden, an dem man eine Staatsordnung aufgerichtet hat, die sich auf Parteien aufbaut. Jetzt setzt die Partei, die die meisten Stimmen hat, die Obrigkeit ein. In Amerika geschah das noch vor kurzem bis hinunter zum Briefträger. Jetzt pflegt man so weit nicht mehr zu gehen. Jedenfalls aber wechseln die Inhaber der Macht, je nachdem die Wahlen ausfallen.

Wenn ich nun zu der Minderheit gehöre, die an der Macht *nicht* beteiligt ist – und das pflegt in den meisten Ländern, auch in Deutschland, eine sehr erhebliche Minderheit zu sein –, so sehe ich die Machthaber stets mit dem Gedanken an: Ich werde tun, was ich kann, daß ihr bei der nächsten Gelegenheit von euren Thronen herunterkommt! Ich werde das vielleicht nicht in allen Fällen tun. Ob der Wasserbauinspektor Müller sich zur CDU oder zur Sozialdemokratie rechnet, wird mir wahrscheinlich sehr gleichgültig

sein. Aber sobald es sich um Machthaber handelt, die in mein persönliches Leben eingreifen oder durch die ich mich in lebenswichtigen Fragen repräsentiert fühlen soll, wird es mir nicht mehr gleichgültig bleiben. Ich werde den Wunsch haben, daß die Inhaber der Macht anders eingestellten Personen weichen möchten. Und das wird nicht nur ein frommer Wunsch bleiben dürfen. Sondern ich weiß mich – und zwar ganz legitim, auf Grund der Verfassung meines Staates, in vielen Fällen um der klaren Weisung meines Gewissens willen – verpflichtet, auf ihren Sturz hinzuarbeiten. Wie aber kann jemand, auf dessen Sturz ich hinarbeite, für mich Autorität sein? Wo aber die Autorität im alten Sinne weggefallen ist, da ist aus dem Begriff der Obrigkeit ein wesentliches Stück herausgebrochen. Um es ganz konkret zu sagen: *Der Regierende Bürgermeister von Berlin, wenn er zu einer anderen Partei gehört als ich, kann für mich nicht in dem Sinne Autorität sein, wie es für Martin Luther der Kanzler Brück war und der Kurfürst, der hinter seinem Kanzler stand.*

Das ist kein Streit um Worte. Es handelt sich auch mitnichten um eine Sache, die man leichtnehmen dürfte. Theodor Heuss hat mir einmal gesagt, er betrachte es als wesentliche Aufgabe seines Amtes, die Staatsautorität in Deutschland wieder zu festigen. Das wird ihm jeder abnehmen. Und jedermann wird anerkennen, daß er dazu ein gutes Stück geholfen hat. Aber Staatsautorität ist etwas anderes als die Autorität der Machthaber. Der Staat ist die Lebensform der Nation, zu der wir alle gehören. Für den Staat *als Ganzes* darf es keinen Unterschied der Parteien geben. Daß der Staat mit seiner Ordnung bejaht, respektiert und in seiner Würde geachtet werde, ist unser aller gemeinsames Interesse. Und wir glauben als Christen, daß das auch Gottes Wille ist. Aber das ist keineswegs gleichbedeutend mit Autoritätsstellung derer, die die staatliche Macht jeweils verwalten und die ich bekämpfen muß, weil sie nach meiner Meinung nicht begriffen haben, was unserem Volke nottut.

Paulus denkt offenbar auch nur an einen eng begrenzten Kreis von Machthabern, nämlich an die, die berechtigt sind, das Schwert zu führen, direkt oder indirekt. Er denkt also nicht an das Heer von Beamten, das es in jedem Staate gibt – also, im modernen Deutsch gesprochen, nicht an den Regierungsrat im Kultusministerium, der nicht mit umgürtetem Schwert an seinem Schreibtisch zu sitzen pflegt, sondern an die Träger der vollziehenden Gewalt. Das ist bei uns zunächst einmal die Polizei. Daneben sind es noch einige wenige andere: der Richter, der den Haftbefehl erläßt, der Kapitän, der auf seinem Schiff grundsätzlich Herr über Leben und Tod ist, der Förster, der dem Wilddieb begegnet, und dergleichen.

Aber auch diese alle sind nicht persönlich Obrigkeit. Sie sind nicht einmal, als Personen betrachtet, „überragende Mächte“. Der Kriminalbeamte, der das Recht hat, mich vom Fleck weg zu verhaften, ist deswegen noch keine über andere hinausragende Macht. Was er in seinem Amt ist – wohlgemerkt: in seinem legitimen Amt! –, das ist er durch die Mächte, die hinter ihm stehen. Um diese Mächte als Ganzes geht es. Es geht um das System. Und dieses System ist heute nicht mehr ungebrochene, sondern gebrochene Autorität. Das entscheidende Problem unserer Tage ist aber noch etwas anderes.

Wir haben den totalen Staat erlebt und erleben ihn noch. Für den totalen Staat ist zweierlei kennzeichnend. Nämlich erstens das, daß er sozusagen quantitativ total ist. Das heißt, ihm gehört schlechterdings alles. Nicht nur, was ein Volk an materiellen Gütern besitzt, sondern ihm gehören die Menschen. Ihm gehören Arbeitskraft und Lebensleistung. Ihm gehört die Kindheit und das Alter. Ihm gehört das Reden, das Denken und das Fühlen der Menschen. Ihm gehört die Arbeit und die Erholung. Ihm gehört alles. Alles wird von oben her geplant, gelenkt und bewirtschaftet.

Und zweitens – das ist für uns das Wichtigste –: Der Staat bestimmt die Normen. Er bestimmt auch, was gut und böse ist. Gut ist, was dem Regime förderlich ist; schlecht



ist, was dem Regime schaden könnte. Das hat der Ministerpräsident der DDR mit klaren Worten gesagt. Die christlichen Begriffe von gut und böse sind überholter Plunder. Lügen ist gut, wenn das Regime davon Vorteil hat; es ist schlecht, wenn es den Machthabern schadet. Treubruch wird belohnt, wenn er im Interesse des Staates liegt; er wird bestraft, wenn er dem Staat Nachteil bringt. Und dies alles nicht als Ausnahme, sondern als Norm, als Regel, als Grundsatz sozialistischer Sittlichkeit.

Der Staat aber – das ist die kleine Gruppe derer, die die Macht an sich genommen haben. Darüber hat Milovan Djilas das Nötige gesagt.

Es geht hier nicht so sehr darum, ob der Staat die Kirche verfolgt oder die Christen unter Gewissensdruck setzt, indem er von ihnen etwas verlangt, was sie mit ihrer inneren Einstellung nicht vereinbaren können. Jeder totale Staat tut das, der eine in massiver, der andere in weniger krasser Form. Das Entscheidende ist vielmehr, daß durch eine neue Ordnung der Werte das gesamte sittliche Denken und Fühlen umgestaltet werden soll. Der Untergebene soll dahin gebracht werden, die Kategorien der reinen Macht allmählich innerlich zu bejahen.

Es steht also nicht so, wie immer wieder behauptet wird, daß auch in einem widerchristlichen Machtbereich „ein Minimum von Recht“ geschützt werde. In einem totalitären Bereich gibt es überhaupt kein Recht im christlichen Sinn des Wortes. Weder ein Maximum noch ein Minimum, sondern überhaupt kein Recht. Es ist doch kein Zufall, daß in der DDR das Wort „Recht“ mehr und mehr in Fortfall kommt. Es gibt nur noch eine „Gesetzlichkeit“ – das heißt also eine Anzahl von Bestimmungen, die die Machthaber im Interesse ihrer Macht erlassen und nun mit ihren Machtmitteln durchsetzen. Das „dir zu gut“ des Paulus ist ebenso außer Kraft gesetzt wie das Wort von der „Dienerin Gottes“. Der atheistische Totalstaat bestreitet das natürlich. Für ihn ist es selbstverständlich, daß es auch mein persönliches Glück und meine persönliche Freiheit bedeuten wird, wenn ich gleichgeschaltet werde. Ein wenig Gehirnwäsche wird daher „mir zugut“ vorgenommen. Aber der Christ kann da nun einmal nicht mit!

Natürlich wirkt in der Praxis die alte zweitausendjährige „bourgeoise“ Vorstellung noch nach, daß es wenigstens in gewissen Dingen gleiches Recht für alle geben müsse. Aber dieses alte Recht wird auf jede Weise bekämpft. Das neue „Recht“ ist ein Mittel, um die Macht der herrschenden Klasse aufrechtzuerhalten. Für die herrschende Klasse – nicht für den Menschen als solchen! – ist es wichtig, daß eine gewisse Ordnung herrscht. Wenn jeder geht und fährt und baut und Geschäfte macht, wie er will, dann ist diese Herrschaft nicht aufrechtzuerhalten. Deshalb – grundsätzlich *nur* deshalb! – muß Ordnung sein!

Das ist die radikale Verneinung von allem, was Römer 13 geschrieben steht. Das Wort „Obrigkeit“, so wie der Deutsche dies Wort empfinden muß, hat hier seinen Sinn verloren. Von Machthabern eines totalen Staates soll man nicht als von „Obrigkeit“ reden. Es kann sich lediglich um die Frage handeln, ob und wie weit Römer 13, so wie es Paulus geschrieben hat – nicht, wie es Luther übersetzt hat! – auf diese Machthaber noch angewandt werden kann!

Davon aber wollen wir jetzt nicht reden.

*Um auch hier ganz konkret zu sein: Wenn ich in der sogenannten freien Welt einem Straßenschild begegne, das mich nötigen will, nur 15 km zu fahren, dann werde ich mich ohne weiteres danach richten. Denn ich weiß, daß diese Vorschrift für alle gilt, daß also ein Grund dafür vorhanden sein wird, und zwar ein Grund, der auch mich direkt oder indirekt vor Schaden bewahren will („Dir zu gut“ – sagt Paulus!). Wenn ich diese Vorschrift übertrete, habe ich als Christ ein schlechtes Gewissen. Vielleicht ist die Vorschrift aufreizend dumm. Vielleicht hat nur ein bornierter Bürgermeister die Tafel hingesezt, um seine Gänse zu schützen oder um seiner Gemeindekasse durch Straf-gelder aufzuhelfen. Aber das System, das dahinter steht, ist legitim. Irgendwie scheint*

Gottes gnädiger Wille durch die Torheit der Menschen hindurch. Diesen Willen Gottes muß ich ehren. Und wenn ich ihm entgegen handle, habe ich ein schlechtes Gewissen.

Indem ich aber dasselbe Schild auf einer Autobahn der DDR sehe, rast schon ein russisches Auto mit 100 Sachen an mir vorbei, von einem ostzonalen Behördenwagen gefolgt. Die dürfen; ich darf nicht, weil ich nicht Parteifunktionär bin. Und nicht nur das! Warum soll ich nicht schneller fahren? Weil da gerade die Umgehungsstraße gebaut wird, die – ohne daß das offen gesagt wird – der Aushungerung West-Berlins dienen soll? Oder weil die Elbbrücke nach 15 Jahren immer noch nicht fertig ist – nicht weil man kein Geld und kein Material hätte, sondern weil Geld und Material für die Frauenbataillone gebraucht werden, die für die Besetzung West-Berlins im Straßenkampf geschult werden müssen? Ein solches Verbot hat für mich keinerlei verpflichtende Kraft, weil ich es nicht für legitim erachten kann. Ich werde also sehen, wie ich ohne Schaden für mich selbst über die Wegstrecke hinwegkomme. Ich werde auch sorgfältig Ausschau halten, ob ich nicht jemanden gefährde. Denn „die Liebe tut dem Nächsten nichts Böses“, sagt Paulus einige Verse weiter. Aber wenn ich dann wirklich angehalten werde, weil ich zu schnell gefahren sei, so werde ich meine 10 DM stillschweigend bezahlen; aber mein Gewissen wird völlig frei sein von jeglichem Bewußtsein einer Schuld!

Warum ist das so? Das ist deshalb so, weil ich weiß, daß jene Anordnungen im Bereich eines totalitären Staates unter bewußter Ausschaltung Gottes, unter bewußter Ausschaltung von allem, was ich als Christ sittlich zu nennen imstande bin, lediglich aus dem Machtwillen des totalitären Regimes heraus erlassen sind – eines Regimes, das ich um Gottes und um des Herrn Jesus Christus willen überwunden sehen möchte.

Nun mag jemand einwenden, es sei doch ganz unerheblich, welche Anschauungen im fernsten Hintergrunde hinter einer solchen Anordnung stünden; die Anordnung sei da und helfe Unfälle verhüten; für diesen Beitrag zur Ordnung des menschlichen Lebens müsse ich Gott und Menschen dankbar sein! Jawohl, es mag einer das einwenden. Nur soll er nicht in demselben Atemzug behaupten, er bilde seine Gedanken an der Heiligen Schrift! Paulus sagt eben nicht: Jedermann solle den Machthabern untertan sein; denn sie sorgten jedenfalls für Ordnung, und ohne Ordnung könne eine menschliche Gemeinschaft nicht existieren. Er ist kein Positivist. Sondern er fragt nach dem Woher und Wohin; er fragt nach dem Wesen und nach der Legitimation der Mächte, mit denen er es zu tun habe, Gottes Dienerin, sagt er, Vollstreckung des göttlichen Willens, Werkzeug für das, was Gott gut nennt, und gegen das, was Gott böse nennt. Nicht unbewußtes, sondern bewußtes Werkzeug – soweit Menschen jemals gereinigte und bewußte Werkzeuge Gottes sein können. Und wenn wirklich unbewußt – nun: „Die Dämonen knirschen Ja!“ Aber sie bleiben, was sie sind, nämlich Dämonen! Legitime Mächte werden sie nie!

Machthaber eines totalitären Regimes als „Obrigkeit“ zu bezeichnen, wäre ein Hohn auf die deutsche Sprache. Es wäre vor allem – und darauf muß es den Theologen ankommen – etwas völlig anderes, als was Paulus Römer 13 hat sagen wollen.

Man kann von diesem allen nicht reden, ohne wenigstens noch einen kurzen Blick auf das ungeheure Wort geworfen zu haben, das der Kirchenvater Augustin um das Jahr 420 im vierten Buch seines großen Werkes über den „Gottesstaat“ geschrieben hat: „Wo es kein Recht mehr gibt – was sind da die Staaten anders als Räuberbanden?“

Es ist hier nicht der Ort, Augustins Lehre vom Staat zu entwickeln. Es ist ebenso wenig der Ort, darüber zu sprechen, ob und wie weit das „Recht“ etwas mit dem christlichen Evangelium zu tun hat. Und wenn man Augustin heranziehen will, um ein Wort des Apostels Paulus verständlich zu machen, so darf man keinen Augenblick vergessen, daß der Begriff des Rechts, so wie er dem Professor am Athenäum, der

kaiserlichen Universität in Rom, in Fleisch und Blut übergegangen ist, dem Apostel aus dem Orient völlig fremd ist.

Aber in dem einen stehen sie doch zusammen, der Apostel und der Kirchenlehrer, daß die Ordnung, die die Machthaber im Auftrag Gottes aufrechterhalten, durch die Gebote Gottes bestimmt sein muß, bewußt oder unbewußt, daß sie legitime Ordnung sein muß, wenn sie respektiert werden soll, und daß die Gebote Gottes allen Menschen ohne Unterschied gelten. Und auch darin werden sie zusammenstehen, daß die Gebote Gottes seiner Liebe entspringen und daß sie irgendwie im Sinne seiner Liebe wirken sollen. „Dir zugut!“

Das aber ist es, was der Christ als Grundlage alles Rechtes verstehen muß. Dies christlich verstandene Recht ist die Voraussetzung dafür, daß er eine Ordnung als verbindlich anerkennen kann. Nicht danach hat er zu fragen, auf welche Weise ein Staat nun einmal da ist. Nicht danach hat er zu fragen, ob die Menschen, die in diesem Staat etwas zu sagen haben, rechtschaffene Menschen oder gewissenlose Agitatoren sind. Nicht danach hat er zu fragen, ob die Ordnung, die der Staat aufrichtet, gute oder böse Ordnung ist. Aber danach, ob Recht in Geltung ist oder nicht – danach hat er allerdings zu fragen. Und wo das nicht der Fall ist, wird ihm jener Satz Augustins immer vor der Seele stehen.

Wie also sollen wir übersetzen?

„Obrigkeit“ – das kommt nicht mehr in Frage. Für die westliche Welt nicht, und für die östliche Welt vollends nicht, sowohl grundsätzlich wie praktisch.

Bei der neuesten Bibelrevision haben wir das Wort stehenlassen. Und ich denke, wir haben recht daran getan. Man soll den Bibelleser nicht mit Überlegungen beschweren, wie wir sie hier angestellt haben. Und man soll vor allem nichts ändern, ehe man nicht etwas Besseres an die Stelle zu setzen hat.

Aber man könnte sich vielleicht auf eine Auslegung einigen, die das, was Paulus hat sagen wollen, treffsicher zum Ausdruck bringt, und könnte diese Auslegung in Predigten und Andachten und Bibelstunden ständig anwenden, bis sie sich im Bewußtsein der Gemeinde durchgesetzt hat. Dann mag die Stunde kommen, zu der man sie auch in die Lutherbibel hineinnehmen kann.

Welches ist aber diese „richtige“ Übersetzung?

Mit dieser Frage komme ich zu Ihnen, lieber Herr Landesbischof. Sie haben das Sprachgefühl, das hier nötig ist. Sie wissen, was es um Kirche und Staat ist. Und Ihnen fällt nicht ganz selten etwas ein – was nicht von allen Menschen gesagt werden kann.

Ich selbst könnte hier nur stümpfern. Also etwa so: „Jeder füge sich in die Ordnungen ein, die von der rechtmäßigen Gewalt gesetzt sind!“

Oder: „Rechtmäßige Gewalt soll bei jedermann Gehorsam finden!“

Oder so ähnlich. Ihnen wird schon etwas Besseres einfallen.

Es bleibt dann die Frage, wie der Gehorsam praktisch aussehen muß, den der Christ den rechtmäßigen und den unrechtmäßigen Gewalten zu leisten hat. Aber das ist ein weites Feld, wie der Herr von Briest sagt. Damit möchte ich Sie an Ihrem 60. Geburtstag nicht beschweren.

In alter Verbundenheit

Ihr getreuer *Dibelius*

Von den Stellungnahmen, die zu der Obrigkeitsschrift noch im Laufe der Berichtszeit ergingen, können wir angesichts der Fülle des Materials außer den kirchenamtlichen Verlautbarungen nur eine charakteristische Auswahl bringen.

Schon bald nach Erscheinen der Obrigkeitsbroschüre schrieben Berliner und Brandenburger Theologen und Gemeindeglieder nachstehenden Brief an den im Urlaub befindlichen Bischof:

*Hochwürdigster Herr Bischof!*

In unseren Händen ist eine von Ihnen verfaßte, wie es scheint als Manuskript gedruckte Schrift. Sie trägt den Titel „Obrigkeit“ mit dem Untertitel „Eine Frage an den 60jährigen Bischof“. Die Tatsache, daß Sie an Bischof Lilje die Frage richten, wie im Brief des Paulus an die Römer der Anfang des 13. Kapitels zu übersetzen sei, würde uns solange nichts angehen, als es sich um einen Privatbrief von Ihnen an Ihren Mitbischof handelte. Nun aber ist der gedruckte, von Ihrem Namenszug signierte Brief in den Räumen des Konsistoriums einem schon nicht mehr übersehbaren Kreis von Personen zugänglich gemacht worden. Sie werden zugeben müssen, daß dies einer inoffiziellen Publikation gleichkommt. Angesichts des Inhalts dieses Briefes können und dürfen wir nicht schweigen, sondern sehen uns zu unserem Schmerz genötigt, Ihnen in aller Offenheit unseren Protest dagegen auszusprechen.

Sie fragen nach der rechten Übersetzung der ersten Verse im 13. Kapitel des Römerbriefes. Jeder Theologe wird Ihnen darin zustimmen, daß dies ein echtes, nicht nur sprachliches, sondern auch sachliches Problem ist. Ja, fast alle werden auch darin mit Ihnen einig sein, daß der von Luther gebrauchte, tradierte Begriff „Obrigkeit“ nicht nur im Gehör des modernen Menschen eine bis zur Unverständlichkeit gehende Verwandlung erfahren hat, sondern daß seine Anwendbarkeit durch die gänzliche Veränderung der politischen und staatlichen Strukturen unseres Zeitalters zu einer ersten Frage geworden ist. Die Erörterung der damit gegebenen Problematik beschließt eine solche Fülle von sprachlichen, theologischen, aber auch geschichtlichen Fragen in sich, daß sie die Möglichkeit eines Briefes überschreiten würden. Wir müssen uns darum auf das Entscheidende konzentrieren. Um die Sache gleich bei den Seiten Ihres Briefes anzugehen, die uns zu unserem Protest nötigen: Sie legen dar, wie es Ihnen ginge, wenn auf einer Autostraße des Westens Ihnen durch ein Straßenschild eine Verminderung der Fahrgeschwindigkeit zugemutet würde. Sie sagen, daß Sie eine solche Vorschrift respektieren würden, selbst wenn sie Ihnen im Einzelfall einmal unsinnig erscheinen könnte. Ihr Exempel gipfelt in den Sätzen: „Aber das System, das dahinter steht, ist legitim. Irgendwie scheint Gottes gnädiger Wille durch die Torheit der Menschen hindurch. Diesen Willen Gottes muß ich ehren. Und wenn ich ihm entgegen handle, habe ich ein schlechtes Gewissen.“ Und dann führen Sie sich und den Leser in dieselbe Situation auf einer Autobahn in der DDR. Kaum daß Sie solch ein Verkehrsschild sehen, „rast schon ein russisches Auto mit hundert Sachen“ an Ihnen vorbei, von einem ostzonalen Behördenwagen gefolgt. „Die dürfen; ich darf nicht, weil ich nicht Parteifunktionär bin. Und nicht nur das! Warum soll ich nicht schneller fahren? Weil da gerade die Umgehungsstraße gebaut wird, die – ohne daß das offen gesagt wird – der Aushungerung West-Berlins dienen soll? Oder weil die Elbbrücke nach 15 Jahren immer noch nicht fertig ist – nicht weil man kein Geld und kein Material hätte, sondern weil Geld und Material für die Frauenbataillone gebraucht werden, die für die Besetzung West-Berlins im Straßenkampf geschult werden müssen? Ein solches Verbot hat für mich keinerlei verpflichtende Kraft, weil ich es nicht als legitim erachten kann.“ Herr Bischof! Daß die Regierung der DDR im Endzweck die Eingliederung von West-Berlin in den Staatsbereich der DDR wünscht, mag wohl wahr sein; daß Sie aber die Frage der Verkehrsregeln – ob man sie hält oder nicht hält, ob man ein schlechtes oder ein gutes Gewissen bei seinem Verhalten hat – mit dieser Perspektive und diesen Konsequenzen verkoppeln, kann nicht ohne scharfen Widerspruch hingenommen werden. Im Grunde sagen Sie mit nackten, dünnen Worten: die Gesetze eines westlichen Staates, insbesondere der Bundesrepublik, werde ich respektieren und nur mit schlechtem Gewissen übertreten, weil der gnädige Wille Gottes darüber und dahinter geehrt sein will und kann. Die Gesetze eines östlichen Staates, in diesem Falle der DDR, werde ich gegebenenfalls ohne schlechtes Gewissen übertreten, weil sie letzten Endes gar nicht



den Menschen zugut, sondern dem totalen atheistischen Staat zugut gegeben sind. Wir wollen nicht überlesen haben, daß Sie sich ausdrücklich in jedem Falle zu einem Verhalten bekennen, das dem Wohl des Nächsten dient. Und keiner von uns, Herr Bischof, würde Ihnen je das Gegenteil unterstellen. Wir wollen auch nicht überhört haben, daß Sie die Frage, ob Römer 13, so wie es Paulus geschrieben hat, auf einen Staat wie die DDR noch angewandt werden kann, wenigstens offenlassen. Faktisch sagen Sie von solch einem Staatswesen nicht nur, daß das Wort „Obrigkeit“ auf dasselbe nicht mehr anwendbar wäre, sondern daß es die radikale Verneinung von allem sei, was Römer 13 geschrieben steht. *Faktisch* vermögen Sie ein kommunistisches Staatswesen, das Sie mit dem totalen Staat identifizieren, eben nicht unter der Anordnung des Gottes zu sehen, dessen Gnade, Langmut und Geduld, wie wir meinen, keineswegs bloß über einem westlichen Staat, sondern auch über einem östlichen Staat *geglaubt* sein will. So wahr wir uns in der Verneinung aller totalen Ansprüche irgendwelcher menschlicher Instanzen einig sind, so wahr müssen wir dem, was Sie über das Verhalten zu den Gesetzen eines Staates sagen, gerade von diesem 13. Kapitel des Römerbriefes her widersprechen.

Das Kapitel ist eine von jenen „Paraklesen in Christus“, jenen tröstlichen Vermahnungen, über denen die Gemeinde, die dem Gekreuzigten und Auferstandenen gehört, dabei behaftet wird, daß sie ihm gehört. Sie wird kurz vor Beginn dieses 13. Kapitels dazu gerufen: „Laß dich nicht das Böse überwinden, sondern überwinde das Böse zum Guten.“ Die Mahnung, der „Obrigkeit“ „untertan“ zu sein und ihre Gesetze zu respektieren, endet in dem Hinweis auf die Liebe, die „des Gesetzes Erfüllung ist“. Diese Mahnung ist an Christen gerichtet, die es mit dem Staat eines Caligula, Claudius und Nero zu tun hatten. Der erste war ein grausamer Wollüstling, der zweite hat eine Judenverfolgung, der dritte jene berüchtigte Christenverfolgung auf dem Gewissen. Alle drei fungierten als „Gott-Kaiser“ und also als die eigentlichen Hierarchen einer politischen Religion, deren Gesetz der ganze Staatsbereich unterworfen war. Wir brauchen Ihnen, Herr Bischof, doch nicht zu sagen, zu welchen furchtbaren Konflikten das in der Geschichte der ersten Jahrhunderte für die Christen geführt hat, die dem Kaiser nicht zu geben vermochten, was Gott allein gehört. Die Christen, an die sich Paulus wendet, müssen wir uns von Fragen bewegt denken wie etwa der, ob man einem solchen Staat die Steuern zahlen mußte und dürfte, da er sie ja doch auch zu solchen Zwecken verwendet, die für einen Christen unverantwortlich sind. Hätte es damals schon Autostraßen gegeben, so hätte der Apostel auch das Beispiel der Verkehrsregelung anziehen können. Die für viele seiner Leser höchst anstößige und unbegreifliche Antwort des Apostels geht dahin, daß man die Steuern zu zahlen und die Gesetze zu achten hat, und zwar nicht nur aus äußeren „politischen“ Gründen, „nicht allein um der Strafe willen, sondern auch um des Gewissens willen“. Das geradezu Ungeheuerliche in der Vermahnung, die ein Stück praktizierter Kreuzesnachfolge darstellt, liegt darin, daß der Apostel die „Obrigkeit“ als „Gottes Dienerin dir zugut“ bezeichnet und behauptet: „Es ist keine Obrigkeit ohne von Gott, wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.“ Keine – hören Sie, Herr Bischof! – *keine!* Das ist sehr hart zu hören, auch für uns. Nicht nur, wenn wir an Staatsgebilde denken, die sich der Propagierung und Durchsetzung der atheistischen Weltanschauung verschrieben haben, sondern auch, wenn wir uns an einige der allerchristlichsten Obrigkeiten im Laufe der Kirchengeschichte erinnern. Zum Beispiel an die französischen Könige, die die Hugenotten, an die Habsburger, die die protestantischen Ungarn und Tschechen auf dem Gewissen haben, und nun doch auch an einige protestantische Fürsten, die das „von-Gottes-Gnaden“ in einer Weise an sich rissen, als ob es ein Kapital wäre, von dem die vererbte Monarchie leben könnte! Wollen Sie im Ernst behaupten, daß der Apostel unter dem „dir zugut“ einfach dasselbe verstanden hätte, was die jeweiligen Machthaber – wann und wo nur immer – darunter verstanden!? Welche

Instanz soll dann eigentlich darüber entscheiden, ob ein Gesetz oder eine Verordnung dem Menschen dient oder der Staatsmacht, die dahinter steht – das subjektive Gewissensurteil des einzelnen!? Sind wir nicht auf der ganzen Linie an Gottes Wort gewiesen, das uns dann freilich gegebenenfalls dem, was ein Staat will, nicht folgen läßt, dann nämlich, wenn es wider Gottes Wort ist? Dann wird der Christ – und darin sind wir uns von den Zeiten des Kirchenkampfes her doch einig – Gott mehr gehorchen müssen als den Menschen. Dieser unser „Ungehorsam“ wird dann auch gegenüber der „Obrigkeit“ der wahre Gehorsam sein, selbst wenn die Träger staatlicher Verantwortung und Macht eine solche Haltung mißverstehen und sehr merkwürdig zu belohnen pflegen. Was aber unmöglich, einem Christen verboten und unverantwortbar ist, das ist die Diskriminierung aller Gesetze und Verordnungen, die ein Staat erläßt, und nun selbst der Verkehrsregeln nach der Weise: er meint ja doch nur sich selbst und nicht das, was für den Menschen gut ist. Christen werden gerade dazu gerufen, den Staat nicht bei dem Bösen, sondern bei dem Guten anzusprechen, bei der Wohltat, die er nach Gottes, aller menschlichen Bosheit hoch überlegenem guten gnädigen Willen trotz allem bedeuten soll und darf. So wird ein Christ geradezu auf der Suche sein nach dem, was er in dem Verhalten, in den Anordnungen und Gesetzen seines Staates gut nennen könnte nämlich in dem Sinne, daß es zur Erhaltung des menschlichen Lebens in der menschlichen Gemeinschaft, zur Abwehr des Chaos und des selbstsüchtigen Kampfes aller gegen alle dienlich ist. Um es gleich höchst konkret zu sagen: Wir finden die Verkehrsregeln der DDR gut, in vieler Hinsicht besser als die des Westens, und wir könnten Ihnen auch noch einiges andere, schwerer Wiegende nennen, was innerhalb des Bereichs sozialistischer Staaten dem Menschen zugute kommt. Sie werden doch nicht im Ernst die Logik Ihrer Erörterung der Verkehrsregeln auf das Verhalten etwa in Steuerfragen übertragen wollen! Sie würden sich jedenfalls damit im diametralen Gegensatz zu dem befinden, was der Apostel sagt und meint. Und wenn ein Staat bzw. die ihn tragende Partei hundertmal atheistisch ist, und wenn wir als Christen seiner Auffassung vom Recht keineswegs zustimmen können, so folgt doch daraus nicht, daß ein Christ seine Gesetze mit gutem Gewissen mißachten könnte – es sei denn, daß sie uns zumuteten, was wider Gottes Wort ist.

Ein Letztes zu der Frage nach der Anwendbarkeit des mit dem Begriff „Obrigkeit“ Gemeinten auf moderne Staatsgebilde und ihre Vertreter. Wir wollen nicht näher fragen, was der Regierende Bürgermeister von West-Berlin zu dem ihm gewidmeten Satz sagen wird. Eins aber muß klar sein: Die Antwort auf die Frage, ob eine Staatsmacht und ihre personalen Vertreter im Sinne des Paulus unter Römer 13 verstanden werden können, beruht nicht auf einem Werturteil, sondern auf einem Glaubensurteil. Damit im Zusammenhang beruht eine solche Entscheidung auch nicht auf dem Zustandekommen und der Struktur politischer Macht, sondern – wir wiederholen, was die Synode der EKD von 1956 im Hören auf das Zeugnis der Barmer Synode so klar eingeschärft hat – auf einem *Glaubensurteil*! Soll wirklich die vererbte Monarchie gegenüber einer aus Parteiwahlen hervorgegangenen Regierung eine besondere Chance haben, unter Gottes gnädiger Anordnung als „Obrigkeit“ verstanden zu werden, unangesehen die Art und Weise, wie sie einst an die Macht kam?! Die Frage, ob man an dem Begriff „Obrigkeit“ festhält oder nicht, ist dabei sekundär. Entscheidend aber ist für uns alle, in welchem Staatsbereich wir auch leben, die Frage, ob wir diesen unseren Staat unter Römer 13 zu glauben und darum seine Gesetze zu respektieren haben.

Wir müssen Ihnen nicht ohne Schmerz sagen, daß wir Ihren Brief nicht nur von der Schrift her ablehnen müssen, sondern ihn auch im Blick auf seine möglichen Folgen für die Gemeinden und Christenmenschen in dem Ihnen als Pastor pastorum anvertrauten Bereich nicht verstehen können. Wir können Sie nur bitten, das in dieser verhängnisvollen Schrift Gesagte einer Revision aus der Wurzel heraus, und das will sagen, unter Römer 13 zu unterziehen. In unserer Mitverantwortung für die Kirche lassen wir die-

sen Brief auch der Kirchenleitung zugehen mit der Bitte, zu der Sache Stellung zu nehmen. Wir werden ihn dann ebenfalls, und zwar auf persönlichem Wege, einer Anzahl von Amtsträgern unserer Kirche zugehen lassen, von denen wir annehmen müssen, daß Ihr Brief in ihre Hände gelangt ist.

In der Ehrerbietung, die wir Ihrem Amt schulden, und in der Brüderlichkeit, zu der wir unter dem Kreuz Jesu Christi gerufen sind, die Unterzeichneten:

(Unterschriften)

Der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof D. Lilje, erklärte in seinem der in Lübeck am 6. Oktober tagenden Generalsynode erstatteten Tätigkeitsbericht:

Es ist schon angedeutet worden, daß unseren Brüdern in dem östlichen Teil unseres Vaterlandes das Nachdenken über die aktuelle Bedeutung der Vokabel Obrigkeit gerade in diesen Tagen besonders naheliegt, und jeder weiß, ohne daß ich das aussprechen muß, daß diese Diskussion in der letzten Zeit eine unvermutete Aktualität gefunden hat. Es ist eine ernste Frage an die Christenheit, was sie unter Obrigkeit versteht. Es ist ein naheliegender, aber nicht erlaubter Irrtum, zu meinen, man könne überhaupt das Vorhandensein von Obrigkeit in der Welt ignorieren. Ich versuche, an dieser Stelle die Gewichte so gerecht zu verteilen, wie es möglich ist. Man hat den Eindruck, daß es manchem schon theologisch verdächtig erscheint, wenn jemand sich relativ unbefangen über die Obrigkeit im Westen ausspricht. Man weist kritisch darauf hin, daß die Obrigkeit auch im Westen eben doch nur ein Provisorium sei. Provisorium oder nicht – sie ist Obrigkeit, und Obrigkeit ist eine Anordnung Gottes, um die Welt vor dem Chaos zu bewahren. Ein Staatswesen, wie auch immer es sei, ohne Obrigkeit, die Autorität hat, ist ein zum Untergang verurteiltes Staatswesen. Es gehört nun einmal zur lutherischen, und ich meine zur christlichen Theologie, diese Ordnung Gottes, die er gegeben hat „ut genus humanum maneat“, damit der Fortbestand der menschlichen Gesellschaft gesichert sei, anzuerkennen. Das muß natürlich auch gelten, wenn der Christ nicht einem Staatsmann in der Prägung westlicher Demokratie gegenübersteht, zumal es ja nicht ganz einfach sein würde, zu sagen, in welchem Maße westliche Demokratien auf den Titel eines christlichen Staates Anspruch erheben könnten. Diese Frage ist unabweisbar in der anderen Hälfte unseres Vaterlandes. Es ist kein einfaches Problem für den Christen, wenn er sich einem Staatswesen gegenüber sieht, das eine eindeutige ideologische Voraussetzung hat, von der kein Verständiger bestreiten kann, daß sie mit den Grundvoraussetzungen des christlichen Glaubens nicht zusammengeht; das wird ja auch offen ausgesprochen. Es gehört vielleicht sehr viel dazu, um deutlich zu machen: Auch das ist Obrigkeit, eine Anordnung Gottes „ut genus humanum maneat“, damit die menschliche Gemeinschaft erhalten bleibt. Man kann auf der Straße nicht fahren wie man will; man kann auch viele andere Dinge nicht ohne Rücksicht auf die gemeinsame Ordnung tun, wenn man eine staatliche Ordnung erhalten will. Dem Christen ist auferlegt, um des Bruders willen solch eine Ordnung ernst zu nehmen. Dabei kann ihn eine doppelte Erwägung auf seinem Wege stärken. Erstens: Selbst eine Obrigkeit, die von Gott nichts wissen will, verwaltet einen Auftrag Gottes, ob sie es weiß oder nicht, ob sie es bejaht oder nicht. Wer das menschliche Gemeinschaftswesen in Ordnung hält, tut, was Gott dieser Welt als eine ursprüngliche primäre Anordnung mitgegeben hat. Und der Christ kann sich davon nicht willkürlich dispensieren. Zweitens: Eines der schönsten Worte von Martin Luther heißt, daß die Heiligen (damit meint er einfach die Christen) die wahren Atlantes heißen (der Riese Atlas, der das Himmelsgewölbe trug, Plural Atlantes), die durch ihr Gebet und ihren christlichen Wandel das Gewölbe der Welt tragen – und also auch in einer Umwelt, in der ganz andere geistige Voraussetzungen

gelten, am Bestand des Lebens und der Ordnung in der Welt entscheidenden Anteil haben.

Ich sage noch einmal, daß das nicht einfach ist. Was dem Gewissen des einzelnen auferlegt und zugemutet wird, das können wir nur mit unserer stärksten Fürbitte begleiten. Daß der einzelne einer Fülle von Fragen, handfesten politischen Entscheidungen ausgesetzt ist, das steht fest. Daß die Christenheit sich nicht dem Problem entziehen kann, das steht auch fest. Und ich will, ohne daß ich es in der Kürze der Zeit begründen kann, noch einmal ausdrücklich gesagt haben, daß Luthers Lehre von den zwei Reichen ein ausgezeichnete Wegweiser für bedrängte Gewissen sein kann und daß wir nur wünschen können, es würde uns geschenkt, was Luther damals so ausgezeichnet ausgeführt hat, für unsere Zeit noch einmal neu zu formulieren.

Die erste Stellungnahme der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg erging am 1. Oktober 1959:

Die Evangelische Kirchenleitung  
Berlin-Brandenburg

Berlin, den 1. Oktober 1959

Zum 60. Geburtstag des hannoverschen Landesbischofs D. Lilje hat Herr Bischof D. Dr. Dibelius eine Schrift mit dem Titel „Obrigkeit?“ herausgegeben, die als Privatdruck erschienen ist. Ihre Verteilung ist inzwischen vom Verfasser eingestellt. Nachdem uns die Schrift bekannt geworden ist, haben wir eine Aussprache mit dem Herrn Bischof beschlossen und vorbereitet. Sie ist aber noch nicht möglich gewesen, da sich der Herr Bischof auf Urlaub im Ausland befindet. Um die Brüder und Schwestern im Amt nicht unorientiert zu lassen, weisen wir jetzt schon auf folgendes hin: Zur Frage der Obrigkeit hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1956 folgendes beschlossen:

„Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gewalt.“

An diesem Beschluß der Synode hält die Kirchenleitung fest. Es gibt innerhalb der Evangelischen Kirche verschiedene, zum Teil stark umstrittene theologische Interpretationen von Römer 13. Bischof Dibelius hat von seinem theologischen Verständnis aus bestimmte praktische Konsequenzen hinsichtlich der Wertung einer Obrigkeit gezogen und diese – zum Teil bildhaft – dargelegt. Diese Wertungen können wir uns nicht zu eigen machen. Der uns von der Heiligen Schrift gebotene Gehorsam gegenüber jeder Obrigkeit gilt auch heute gegenüber den bestehenden Regierungen. Dieser Gehorsam schließt einen von der Heiligen Schrift gebotenen geistlichen Widerspruch da nicht aus, wo es um die Ehre Gottes und das Menschsein des Menschen geht.

Nachdem Bischof D. Dr. Dibelius von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt war, gab die Kirchenleitung folgenden am 22. Oktober gefaßten Beschluß bekannt:

Die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg hat unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius über die Auswirkungen seiner Schrift „Obrigkeit?“ beraten.

In der Beratung hat Bischof Dibelius festgestellt: daß er seine Frage an den Landesbischof D. Lilje als Privatdruck herausgegeben hat, habe deutlich machen sollen, daß er niemanden in der Kirche auch nur auf die Fragestellung habe festlegen wollen; wichtig sei ihm allein gewesen, darauf hinzuweisen, welche grundsätzliche Bedeutung es für den Charakter des Staates habe, wenn die Rechtsprechung in ihm an bestimmte menschliche Programme gebunden werde.

Auf Grund der Beratung stellt die Kirchenleitung fest, daß manche Mißverständnisse



geklärt werden konnten. Vor allem ist deutlich geworden, daß Bischof Dibelius nicht zu faktischem Ungehorsam des Staatsbürgers hat aufrufen wollen.

Die Beratung führte noch nicht dazu, die sachlichen Differenzen zwischen Bischof und Kirchenleitung zu überwinden. Sie ergab vielmehr, daß diese weiter mit Ernst auszutragen sind. Die daraus zu ziehenden Folgerungen bleiben weiterer Erörterung vorbehalten.

Bischof und Kirchenleitung bejahen in brüderlicher Verbundenheit den gemeinsamen Auftrag, den sie von ihrem Herrn empfangen und in der Kirche und gegenüber der Welt wahrzunehmen haben.

In der besonderen Frage, um die es in der Beratung ging, stehen sie miteinander zu dem Beschluß der Synode der EKD vom 27.-29. 6. 1956, in dem es unter anderem heißt:

„Das Evangelium widerstreitet jedem Versuch, eine bestimmte menschliche Gesellschaftsordnung als absolut zu behaupten und sie mit Gewalt als letztes Ziel der Menschheit durchzusetzen.

Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt.

Das Evangelium befreit uns dazu, im Glauben nein zu sagen zu jedem Totalitätsanspruch menschlicher Macht, für die von ihr Entrechteten und Versuchten einzutreten und lieber zu leiden als gottwidrigen Gesetzen und Anordnungen zu gehorchen.

Das Evangelium ist die große Hoffnung von Gott her, daß der kommende Herr das letzte Wort behalten wird im Himmel und auf Erden.“

An dem Streitgespräch über das Obrigkeitsthema, das von Woche zu Woche lebhafter wurde, ohne spürbare Annäherungen der Standpunkte herbeizuführen, beteiligten sich Theologen beider Konfessionen, Kirchenführer, Politiker, Publizisten und – in Leserzuschriften – Angehörige aller Schichten und Stände. Es kam zu einer entscheidenden Sachklärung insofern, als Bischof D. Dr. Dibelius die von vielen Interpreten seiner Schrift gezogene politische Schlußfolgerung, er habe zur Auflehnung gegen die Gesetze der DDR aufrufen wollen, wiederholt nachdrücklich zurückwies und die von ihm angeführten Beispiele preisgab.

Eine schroffe politische Note kam in die Auseinandersetzung hinein, als die Presse der DDR nach anfänglicher Zurückhaltung begann, den Bischof in gehässiger und verleumderischer Weise anzugreifen. Jedoch wurden aus der Drohung des Predigtverbotes in Ost-Berlin keine Folgerungen gezogen.

Abschließend dürfen folgende Feststellungen getroffen werden:

a) Die Obrigkeitsschrift wirft eine theologisch-ethische Sachfrage von eminent grundsätzlichem und praktischem Rang auf.

b) Sie bemüht sich um eine Antwort in evangelischer und seelsorgerlicher Verantwortung, bedarf aber hinsichtlich ihrer theologischen Grundlegung, wie die anschließende Diskussion ausweist, eines eingehenden und sorgfältigen theologischen, exegetischen, dogmatischen und ethischen Durchdenkens wie auch der kritischen Überprüfung hinsichtlich ihrer tatsächlichen und eventuellen kirchlichen und politischen Folgerungen.

c) Die Auswirkungen der Obrigkeitsschrift, zumal sie in eine gespannte politische Situation eintraf, waren und sind zwiespältiger und darum notvoller Art.

## B. Die soziale Verantwortung der Kirche 1959

Seit mehr als einem Jahrzehnt hat die evangelische Christenheit in Deutschland in einer regen und vielfältigen Tätigkeit ihre Mitverantwortung und Mitarbeit an den Fragen und Vorgängen des sozialen Lebens wahrgenommen. Sie ist dabei weder auf die Entfaltung einer speziellen christlichen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre noch auf die Erarbeitung und Proklamation einer bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedacht gewesen, vielmehr hat die kirchliche Sozialarbeit nach dem Menschen in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft gefragt und zu fragen. Es ist doch unbestreitbar, daß die Daseinsordnung des industriellen Zeitalters mit den Verhaltensweisen, die sie dem Menschen aufdrängt, mit den Arbeitsformen, die sie ihm auferlegt, und mit den Anpassungen, zu denen sie ihn zwingt, tief in das Innere seines Menschseins, seiner Persönlichkeit eingreift. Der Beruf in der arbeitsteiligen Gesellschaft verliert mehr und mehr seinen Persönlichkeitsbezug und wird zu einer erwerbsbestimmten, anonymen Teilfunktion; die Arbeitsordnung in der Maschinenwelt der technischen Perfektion und der Automation wird zu einer entpersönlichenden Zwangsordnung, die auch den Menschen mehr und mehr in einen Automaten umwandelt. Eben an dieser Stelle setzt die Aufgabe der Kirche ein, dazu zu helfen, daß der Mensch in den Zwangsabläufen und Zwangsläufigkeiten des modernen Wirtschaftslebens Raum bekommt und behält, Mensch zu sein und zu bleiben. Darum und nur darum geht es der Kirche, wenn sie in Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung das Wort und praktische Maßnahmen ergreift.

Auch 1959 hat sie geredet und gehandelt.

### *a) Die kirchliche Teilnahme am Weltflüchtlingsjahr*

In zahlreichen Ländern der Erde begann am 1. Juli 1959 das Weltflüchtlingsjahr. Es wird von den Vereinten Nationen durchgeführt. Die EKD beteiligt sich an seiner Durchführung.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof D. Dr. Dibelius, richtete einen Aufruf an die Gemeinden:

#### AUFRUF DES VORSITZENDEN DES RATES DER EKD

Eine solche Sturmflut der Flüchtlinge, wie sie jetzt über die Erde geht, hat die Weltgeschichte niemals vorher gesehen. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, so sagen die Illusionisten, diese ewig Unverbesserlichen, führe zu immer höheren Stufen der Vervollkommenung. In Wirklichkeit beweisen die Millionen derer, denen man das Leben in der Heimat unmöglich gemacht hat, ohne mit der Wimper zu zucken, daß ein neues Zeitalter der Barbarei, ein Zeitalter der Unmenschlichkeit im Anbrechen ist. Es sind nur wenige Länder, die von der Flüchtlingsnot nicht berührt werden. Am schwersten hat Deutschland zu leiden.

Man ist in Deutschland nicht untätig geblieben. Für Millionen hat man Raum geschaffen und hat ihnen neue Möglichkeiten der Existenz aufgetan. Das ist wie ein Wunder. Aber noch leben Ungezählte ohne rechtschaffene Arbeit in Flüchtlingslagern, fünf Jahre, zehn Jahre lang schon, und ständig kommt neuer Zufluß von Osten her. Vor

allem aber: Damit, daß die Flüchtlinge schließlich irgendwo unterkommen, irgendwo die Möglichkeit finden, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen – damit ist es ja nicht getan. Hat jemand lange Zeit im Flüchtlingslager leben müssen, dann ist in ihm fast immer innerlich etwas zerbrochen. Man kommt aus dem Lager nicht als derselbe Mensch wieder heraus, als der man hineingegangen war – wenigstens wenn der Aufenthalt lange gedauert hat –, und in der neuen Heimat, die nun auf einmal auf lange hinaus noch keine echte Heimat sein kann, wird man nicht leicht wieder der alte.

Hier setzt die Verantwortung der Kirche ein. Die Not aus der Welt schaffen, das kann die Kirche nicht, dazu ist die Not viel zu groß. Sie kann nur an das Gewissen derer appellieren, bei denen die großen Möglichkeiten sind. Das hat die Kirche getan. Sie tut es noch heute. Aber sie ist dankbar, daß die Vereinten Nationen jetzt zu einem Weltflüchtlingsjahr aufgerufen haben, um das Verantwortungsgefühl aller Völker für diese eine große Frage aufzurütteln. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat zwei Hauptanliegen. Das erste ist das, daß es der Flüchtlingslager mit jedem Jahr weniger werden möchten und daß für die Flüchtlinge menschenwürdige Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Der Aufruf darf nicht verstummen: Baut auch für die Flüchtlinge anständige Wohnungen, damit die Schande der Flüchtlingslager von uns genommen werde.

Das zweite richtet sich nicht an Regierungen und nicht an Organisationen, sondern an die Gemeinden unserer Kirche. Die Flüchtlinge sind fast alle einsam. Man mutet ihnen zuviel zu, wenn man erwartet, daß sie selber die Initiative ergreifen sollen, um in der neuen Heimat zu echter Gemeinschaft zu kommen. Man muß ihnen die Hand reichen. Die neue Heimat muß die Initiative ergreifen. Anders geht es nicht. Das heißt: Jede Kirchengemeinde muß sich einen Flüchtlingsbeauftragten schaffen – ehrenamtlich natürlich –, der die neu zuziehenden Flüchtlinge besucht, der ein gutes Wort für sie hat und sie in das Leben der Gemeinde einführt. Viele sind dankbar, wenn sie spüren, daß man ihnen in der neuen Heimat entgegenkommt. Aus den Besuchen wird sich dann alles Weitere ergeben, vor allem die Einwurzelung in das kirchliche Leben, die von allen Hilfen die beste ist, für die Alteingesessenen wie für die Neuhinzukommenden.

Das Weltflüchtlingsjahr soll für uns kein Ruf ins Leere sein. Es soll mit Gottes Hilfe auch bei uns etwas passieren. Nicht reden, sondern etwas tun, im Namen unseres Herrn Jesu Christi etwas Tapferes und Rechtschaffenes tun!

### *b) Die Sorge für die deutschen Flüchtlinge*

Über der Beteiligung am Weltflüchtlingsjahr wurde die Verantwortung und Sorge für die deutschen Flüchtlinge, Umsiedler und Spätheimkehrer nicht vergessen.

Der Beauftragte der EKD für Umsiedler- und Vertriebenenfragen, Bischof D. Wester, richtete einen „Appell an die Gemeinden“:

#### BRÜCKENSCHLAG ZWISCHEN OST UND WEST

Appellare heißt auffordern, herausfordern, unter Umständen auch klagen. Wir verbinden mit diesem Wort keine guten Erinnerungen. Wir denken an Besichtigungen, Kontrollen, eine Aussonderung für unangenehme, schwere Dienste, wenn nicht sogar zu noch ärgerem, schicksalhaftem Geschehen. Wer mag sich daran erinnern lassen? Nein, wir lieben solche Appelle nicht!

Um einen Appell aber bin ich gebeten worden. Darum soll das erste Wort dieses

„Appells“ ein Wort des Dankes sein. Kürzlich habe ich in einem großen Flüchtlingslager mit Verwunderung gesehen, wie hier geradezu Berge von Paketen zur Verfügung standen, alle dazu bestimmt, fremde Not zu lindern. Dabei war es nur ein Rest der Spende, die zum Weihnachtsfest eingegangen war, die sich da vor uns auftürmte. Der Großteil der Gaben war also schon weitergereicht worden, und nun sollte auch der Rest noch Freude bereiten. Wieviel Liebe sprach aus all diesen Paketen! Es ist also wahrlich Grund genug vorhanden, dankbar zu sein. Ich möchte mich bei diesem Appell einmal zum Dolmetscher der vielen machen, die es bei den Lagerbesuchen immer wieder bekunden: in Friedland und Wentorf, in Wipperfürth, in Hanau und Osthofen oder wo sonst immer wurden wir eingekleidet und reich beschenkt. Dank dafür!

Vielleicht hilft auch solch ein Dank dazu, daß wir nicht müde werden, sondern auch künftig je und dann mit unseren Schränken und Truhen Zwiesprache halten und sozusagen einen „Spindappell“ durchführen. Ich bin sicher, daß dann noch manches Paket gepackt werden wird. Doch gute und wirklich brauchbare Sachen sollten es schon sein, die wir schicken, Sachen, über die auch wir selbst uns freuen würden, wenn sie uns jemand zuwenden würde! Man wird uns sicher Dank dafür wissen.

Die schwierigste Aufgabe ist jedoch erst dann zu lösen, wenn unsere Brüder und Schwestern aus den Lagern zu uns in die Gemeinden kommen und unsere *Nachbarn* werden. Denn jetzt muß sich die Liebe zu den Fernen in „Nächstenliebe“ verwandeln! „Die Liebe wächst mit dem Kilometer der Entfernung“, so hören wir es gelegentlich. Diese scherzhafte Glosse erinnert daran, wie schwer es uns oft wird, gerade dem „Nächsten“ Opfer zu bringen: einen Teil unserer Zeit, wenn er uns sein Leid klagen möchte; oder ein Zimmer, das wir eigentlich abgeben könnten; oder ein wenig Gemeinschaft, und wäre es nur die Bereitschaft, den neuen Nachbarn ein wenig an unserem Leben mit teilhaben zu lassen, an einem Sonntagnachmittag etwa oder einen Abend lang, oder vielleicht auch nur auf Wegen, die wir ohnehin zu machen haben. Es gehört wirklich nicht viel dazu! Es können dann freilich auch ganz konkrete Bitten folgen, etwa die Bitte um einen Gang zum Arbeitsamt oder um ein gemeinsames Vorsprechen bei den Landsmannschaften oder anderes mehr. Vielleicht wartet manch einer auch darauf, daß wir ihn zum Gottesdienst abholen oder in die Gemeindekreise einführen und es ihm so leichter machen, die Fremdheit zu überwinden, an der er trägt. Mit den äußeren Gaben und Geschenken ist es also nicht getan, so wichtig sie auch sind. Mehr, viel mehr ist es, wenn wir dem anderen das *Herz* auf tun und ihm uns *selbst* schenken. *Die christliche Gemeinde sollte sich als die zuverlässigste Brücke zwischen Ost und West erweisen.* Wir sind doch Brüder ...

Eine Aufforderung? Eine Herausforderung? Eine Klage? Jedenfalls ein Appell! „Der Herr behütet die Fremdlinge“ (Ps 146, 9); darum dürfen auch wir uns ihnen nicht versagen.

März 1959

### *c) Die Aktion „Brot für die Welt“*

Im Sommer 1959 beschloß der Rat der EKD, unter dem Motto „Brot für die Welt“ alle evangelischen Christen in Deutschland in der Advents- und Weihnachtszeit um ein Opfer für notleidende, hungernde und kranke Menschen in aller Welt zu bitten.

Die EKD und die evangelischen Freikirchen in Deutschland nahmen sich gemeinsam dieser die Grenzen unseres Volkes, unseres Erdteils, ja selbst der Ökumene überschreitenden Aktion an. Der Vorsitzende des Rates der EKD und Bischof Dr. Wunderlich für die evangelischen Freikirchen in Deutschland unterzeichneten den Aufruf zu dieser Hilfsmaßnahme.



*Aufruf an die evangelische Christenheit in Deutschland**Menschen hungern nach Brot!*

Von den 2,85 Milliarden Erdbewohnern sind 56 % unzureichend ernährt. 20 % – das sind rund 575 Millionen Menschen! – leben am Rande des Verhungerns. Mehrere Millionen sterben jährlich an den Folgen des Nahrungsmangels. Nur 24 % der Weltbevölkerung – es sind im wesentlichen die Weißen – haben genug zu essen. Das darf keinen Menschen in unserem Lande gleichgültig lassen. Wer darüber hinwegzusehen versucht, veründigt sich.

Unsere Generation in Deutschland weiß, was hungern heißt. Bilder aus den ersten Nachkriegsjahren stehen vor uns, eigene bittere Erfahrungen werden wach. Aber Gott ist barmherzig mit uns gewesen. Wir haben viele Hilfe anderer Völker erfahren. Besonders ihre Kirchen haben geholfen. Durch unserer Hände Arbeit haben wir dann wieder unser Brot verdienen können, teilweise reichlich. Deutschland gilt draußen in der Welt wieder als wohlhabendes Land. Vergleicht man unseren Lebensstandard mit dem vieler anderer Länder, besonders in Asien, Afrika und Südamerika, dann sieht man, daß dies Urteil nicht ganz unberechtigt ist.

Deshalb rufen wir die evangelische Christenheit unseres Landes zu einem besonderen Opfer der Dankbarkeit. Wir dürfen nicht blind und hartherzig an den Millionen vorübergehen, denen es an Brot fehlt. Wir müssen nach Kräften Hilfe leisten!

Es ist gut und nötig, die Frage nach den Wurzeln dieser weltumspannenden Not zu stellen, um ihre ganze Tragweite ermessen zu können. Dabei werden wir immer wieder voll Erschrecken auf viele Schuld der weißen Völker in der Vergangenheit stoßen. Eben dies aber legt uns eine besondere Verantwortung für die Hungernden und heimatlosen Menschen heute und morgen auf. Evangelische Christen sollten sich im helfenden Dienst für den Mitmenschen von niemand beschämen lassen.

So geht unser Ruf an alle Gemeinden unserer Kirchen in Ost und West: Legt in den Wochen der Advents- und Weihnachtszeit, in den Tagen der Erwartung und der Freude über das Kommen des Gottessohnes, ein reichliches Opfer zusammen, damit an vielen Orten der Not Menschen Heilung und Hilfe erfahren. Laßt uns das, was wir seit einigen Jahren an Hilfe jenseits unserer Grenzen zu tun begonnen haben, vervielfachen. Tut es um dessen willen, den Gott als Brot des Lebens in unsere Welt gab und durch dessen Liebe allein auch wir in Ewigkeit satt werden.

Wir sind gewiß, daß viele Glieder unserer Kirchen schon ungeduldig auf diesen Ruf gewartet haben: Reizt und übertrefft einander im Gutestun und Eifer bei diesem Dienst, der „Brot für die Welt“ schaffen soll. Seid erfinderisch! Es geht um keine Kleinigkeit! Verzichtet auf die Erfüllung eines wesentlichen Wunsches auf dem Gabentisch. Wer einen neuen Mantel kaufen will, überlege sich, ob es der alte nicht noch ein Jahr tut, und helfe mit der gesparten Summe. Wer meint, einen Einrichtungsgegenstand jetzt erstehen zu müssen, denke an die verhungern Kinder in Asien. Wer an die Weihnachtseinkäufe für seine Familie denkt, teile den Betrag so ein, daß auch einer der Darbenden mitbedacht wird. Wollen wir zum Fest der Geburt unseres Herrn und Heilandes einander mit Luxus überhäufen und im Überfluß des Genießens leben, während Millionen in anderen Erdteilen kaum eine Handvoll Reis zu essen haben? Gott bewahre uns davor, daß wir uns der unermesslichen großen Not der Menschen hartherzig oder gleichgültig verschließen!

Das Diakonische Werk unserer Kirche haben wir um die Wahrnehmung der Vorbereitung dieser besonderen Sammlung gebeten; es soll auf Grund seiner Erfahrungen auch dafür sorgen, daß Eure Gaben schnell und recht verteilt werden. Die Leitungen der Landeskirchen und Freikirchen werden sich demnächst an Euch wenden. Weist nicht

in Satttheit und Sicherheit diesen Ruf ab, damit Ihr nicht schuldig werdet. Gott braucht Eure Hilfe für viele Mitmenschen! Laßt uns nicht gedankenlos im Vaterunser beten: „Unser täglich Brot gib uns heute!“

Für die evangelischen Freikirchen in Deutschland  
Bischof Dr. Wunderlich

Für den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland  
Bischof D. Dr. Dibelius

Der Vorsitzende des Rates der EKD unterrichtete den Bundespräsidenten Professor Dr. Heuss über Sinn und Zweck der Aktion und des Appells:

*Hochverehrter Herr Bundespräsident!*

Darf ich mir erlauben, Ihnen einen Aufruf des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu übersenden, durch den wir die evangelische Christenheit unseres Volkes um ein besonderes Weihnachtsoffer für notleidende, hungernde und kranke Menschen in den außereuropäischen Ländern bitten.

Vielleicht ist es Ihnen in Ihren letzten Amtswochen eine gewisse Genugtuung, darum zu wissen, daß wir uns auch seitens unserer Kirche bemühen, die Menschen unseres Volkes, die unser Wort hören, zum Dienst und Opfer für ihre „fernen Nächsten“ zu rufen. Gerade weil die seltsame Gefahr besteht, daß nach Jahren schrecklicher Nöte und unter fortwirkenden inneren und politischen Belastungen viele Menschen unseres Volkes in ihrem neuen Wohlstand innerlich ersticken und dem Geist des Materialismus verfallen, scheint es uns so wichtig, Nachdenken und Opfersinn auf die zu richten, die es sehr viel schwerer im Leben haben als die meisten von uns.

Es wäre mir jedenfalls eine besondere Freude, wenn Sie, hochverehrter und lieber Herr Bundespräsident, an diesem Schritt unserer evangelischen Kirche freundlichen und zustimmenden Anteil nehmen würden.

In alter Verehrung und Verbundenheit

Ihr Dibelius

Der Bundespräsident antwortete:

*Verehrter Herr Bischof!*

Für Ihren Brief vom 5. August und den so eindrucksvoll formulierten Aufruf des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Brot für die Welt“ danke ich Ihnen. Zu dem Zeitpunkt, da er Glieder der Evangelischen Kirche erreichen wird und ihre Seele bewegen soll, werde ich ja nicht mehr das Amt des Bundespräsidenten verwalten, die quasi „offizielle Repräsentation“ fällt also hinweg, aber da Sie so freundlich sind, meine, wenn ich so sagen darf, moralische Unterstützung des Planes offenbar für nicht so unwichtig halten, sage ich gern meine Mitwirkung zu.

Ich folge nun Ihrer Aufforderung nicht aus konventioneller Höflichkeit, sondern weil das Unterfangen mich innerlich berührt. Sie kennen mich ja nun seit Jahrzehnten und wissen, daß ich mich für theologische Detailinterpretationen nie sehr interessiert habe, aber trotz aller tragischen historischen Begebenheiten, die man beliebig summieren kann, eine wesenhafte Kraft des Christentums darin sehe, daß es die Liebe für den Nächsten, die Agape, zur geschichtskonstituierenden Macht erhoben hat. Der „Nächste“ aber ist in dieser Gegenwart nicht mehr bloß der Nachbar oder die Gemeinde, in der man private Not zu lindern sucht – das bleibt –, sondern der „Jedermann“, der in Nöten ist, gleich in welcher Farbe und mit welcher Sprache er Mensch ist. Ich finde das Wort Ihres Briefes vom „fernen Nächsten“ so besonders schön.

Es geht in diesem Fragenkreis um mancherlei: ob der „Nachholbedarf“ der Deutschen, wie ich das nenne, nicht bereits befriedigt sein müßte an zusätzlichen Konsumgütern und „Angabe“; ob die Ökumene, unabhängig von ihren mannigfachen historischen Färbungen, zu einer Gesinnungsrealität geworden ist; ob Fragwürdigkeiten der christlichen Praxis in der Welt durch ein spontanes Tun gemildert, wenn nicht gerade ausgelöscht werden können.

So sehe ich im überindividuellen Rahmen den Sinn der Aktion „Brot für die ganze Welt“. Mag ein rechtes Gelingen den großen Versuch rechtfertigen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Theodor Heuss

Auch der Nachfolger von Professor Dr. Heuss, Bundespräsident Dr. Lübke, begrüßte in einem Schreiben an das Diakonische Werk die kirchliche Hilfe für die Hungernden der Welt als „eine dankbar empfundene Bestärkung“ seiner eigenen Bemühungen. In seinem Brief heißt es:

Ich schätze den Beitrag der Evangelischen Kirchen zur Bewältigung dieser Aufgabe um so höher ein, als ich tief davon überzeugt bin, daß uns dieser Auftrag aus christlicher Mitverantwortung für die Not unseres Nächsten erteilt ist.

Es liegt im Wesen staatlicher Hilfsmaßnahmen für die Entwicklungsländer, daß bei ihnen politische Gründe im Vordergrund stehen. Sie bedürfen der Ergänzung durch das Opfer des einzelnen, um ihnen menschliche Wärme zu verleihen und sie im Bewußtsein des Notleidenden als echte Hilfe wirksam werden zu lassen. Daß unsere christlichen Kirchen diese Opferbereitschaft im deutschen Volke wecken und stärken wollen, läßt mich zuversichtlich hoffen, daß unser Volk seine Verpflichtung zur Linderung der Not und des Elends in der Welt erkennt und daß sich dieses Werk der Nächstenliebe nicht nur zum Wohle der notleidenden Menschheit, sondern auch zum Segen für unser eigenes Volk auswirken wird. Der eindrucksvolle Inhalt Ihrer Broschüre „Brot für die Welt“ stärkt mich in dieser Zuversicht.

#### *d) Kirchliche Verlautbarungen und Maßnahmen zu Einzelfragen des Soziallebens*

In zahlreichen Fällen nahm die Kirche Stellung zu speziellen Fragen und Anliegen des sozialen Lebens. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, geben wir einige dieser Verlautbarungen wieder:

1. *Die Sorge um den Menschen in überbeschäftigten Wirtschaftszweigen.* Der Sozialausschuß der Evangelischen Kirche von Westfalen beschloß auf seiner Jahressitzung am 22. Januar 1959 folgendes Wort zur konjunkturellen Lage:

Die Verlautbarungen über die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik im Jahre 1958 vermitteln im allgemeinen kein beunruhigendes Bild. Diese allgemeine Situation sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in einigen Wirtschaftszweigen unseres Landes die Lage vieler Menschen besorgniserregend geworden ist. Dies gilt in Westfalen besonders für den Steinkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlerzeugung und die Textilindustrie. Entlassungen, Feierschichten und Kurzarbeit gefährden den Arbeitsplatz und schmälern das Einkommen einer beachtlichen Anzahl von Arbeitnehmern und ihrer Familien.

Hinzu kommt die Gefahr, daß der Druck der Arbeitsmarktlage die Arbeitnehmer in

eine stärkere Abhängigkeit bringt und die innerbetriebliche Zusammenarbeit stört, auch wenn eine Wahrnehmung nach außen hin nicht spürbar wird. Wie die Erfahrung zeigt, hat jede falsche Ausnutzung der konjunkturellen Lage durch die Sozialpartner einen nachhaltigen Einfluß auf die Zusammenarbeit von Betriebsleitungen und Belegschaften und auf die gesellschaftliche Entwicklung schlechthin.

Der Sozialausschuß will und kann nicht in Sachentscheidungen eingreifen. Aus Sorge um die arbeitenden Menschen und ihre Familien appelliert er an die soziale Verantwortung derjenigen, die in den unterbeschäftigten Wirtschaftszweigen Entscheidungen zu fällen haben, und an die, die mit der Führung von Menschen beauftragt sind. Gerade jetzt darf die Arbeitsmarktlage nicht als Mittel der Menschenführung mißbraucht werden, vielmehr muß sich erweisen, daß der Mensch in der wirtschaftlichen Dynamik seinen Rang hat.

Der Sozialausschuß bittet Regierung, Städte und Ortsgemeinden, weiterhin mit Ernst darauf bedacht zu sein, wie für Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, durch Heranziehung anderer Betriebe neue Arbeitsmöglichkeiten beschafft werden können.

In gleicher Weise spricht der Sozialausschuß die Kirche auf ihre Verantwortung für die Menschen an, die infolge der konjunkturellen Entwicklung in Bedrängnis gekommen sind. Die Sorge der Kirche um das Schicksal der Menschen wird nur dann glaubwürdig, wenn sie sich wirksam der Betroffenen annimmt.

**2. Wort zu den Betriebsratswahlen 1959.** Zu den Betriebsratswahlen 1959 gab der Sozialausschuß der Evangelischen Kirche von Westfalen folgende Stellungnahme bekannt:

Der Sozialausschuß ruft die evangelischen Arbeitnehmer auf, sich an den Wahlen aktiv zu beteiligen und solche Kolleginnen und Kollegen zu wählen, die geeignet sind, die Arbeitnehmerinteressen sachlich zu vertreten und mit den Betriebsleitungen zusammen zu arbeiten. Die Gemeinsamkeit im Glauben erfordert nicht, daß evangelische Christen in allen sozialpolitischen Fragen einer Meinung sein müssen. Darum lehnt der Sozialausschuß Bestrebungen ab, bei den diesjährigen Betriebsratswahlen die Christen in einer politischen Einheitsfront zusammenzuschließen.

**3. Ehe- und Familienberatung.** Um der großen Rat- und Hilflosigkeit in den Ehe-, Familien- und Erziehungsfragen, ausgelöst durch die tiefgreifenden Strukturveränderungen des gesellschaftlichen Gefüges durch das industrielle Zeitalter, zu begegnen, sind vielerorts evangelische Ehe- und Erziehungsberatungsstellen eingerichtet worden. Als erste Landeskirche hat die Evangelische Kirche im Rheinland eine Zentralstelle für die Fragen der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung geschaffen, die weniger selbst Beratungen durchführen als den Beratern und Beratungsstellen zur Verfügung stehen soll. Damit soll die Möglichkeit gegeben werden, die Beratungsarbeit, die ein notwendiger Bestandteil des diakonischen und seelsorgerlichen Dienstes der Kirche geworden ist, für ihre Aufgabe sachgemäß zuzurüsten. Die Erfahrung zeigt, daß evangelische Beratung einem Bedürfnis der Menschen unserer Tage entspricht und daß sie konkrete Hilfe zu leisten vermag. Sie ist als Sonderform seelsorgerlicher Verkündigung ein Teil sowohl der kerygmatischen wie der diakonischen Aufgabe der Gemeinde und verdient nachdrückliche Förderung. Ihr will die Errichtung der „Hauptstelle der Evangelischen Kirche im Rheinland für Ehe- und Familienfragen“ dienen. Der entsprechende Beschluß der Rheinischen Kirchenleitung lautet:



Die Kirchenleitung hat mit Beschluß vom 18. Januar 1959 der Errichtung einer Hauptstelle der Evangelischen Kirche im Rheinland für Ehe- und Familienfragen mit dem Sitz in Düsseldorf zugestimmt und für diese die hierunter abgedruckten Richtlinien gebilligt. Zum Direktor dieser Hauptstelle ist Herr Dr. med. Guido Groeger bestellt worden.

HAUPTSTELLE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IM RHEINLAND  
FÜR EHE- UND FAMILIENFRAGEN

Im Zuge der Entwicklung und Entstehung evangelischer Ehe- und Erziehungsberatungsstellen im Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland hat sich schon seit geraumer Zeit die Notwendigkeit ergeben, eine landeskirchliche Hauptstelle für dieses neue Gebiet diakonischer Tätigkeit zu schaffen, die dem synodalen Aufbau und Ausbau dieser Arbeit dienen soll. Die evangelische Ehe- und Erziehungsberatungsstelle im Kirchenkreis Düsseldorf war von Anfang an als Modelleinrichtung für das Gebiet der rheinischen Kirche vorgesehen und wurde unter Berücksichtigung dieses Auftrages aufgebaut. Um diesen Auftrag zu erfüllen, wird eine landeskirchliche Hauptstelle für Ehe- und Familienfragen im Rheinland mit dem Sitz in Düsseldorf errichtet. Sie soll mit der evangelischen Beratungsstelle für Erziehungs-, Ehe- und Lebensfragen im Kirchenkreis Düsseldorf verbunden bleiben. Die Zusammenarbeit beider Stellen wird durch ein Kuratorium gewährleistet, das aus Vertretern beider Stellen gebildet wird.

*I. Aufgaben*

*A. Allgemeine Aufgaben*

1. Förderung der evangelischen Erziehungs-, Jugend-, Ehe- und Lebensberatung in den einzelnen Kirchenkreisen; Durchführung dafür geeigneter Maßnahmen (Vorträge, Tagungen, Kurse, Seminare).
2. Durchführung eines Öffentlichkeitsdienstes. a) Vorträge, b) Druckschriften und Publikationen, c) Rundfunk- und Fernseharbeit.
3. Verbindung und gegebenenfalls Zusammenarbeit mit ähnlichen Institutionen und Verbänden (kirchlichen, kommunalen, staatlichen und ausländischen Stellen).

*B. Ausbildung*

Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der in den einzelnen Kirchenkreisen arbeitenden hauptamtlichen, neben- und ehrenamtlichen Ehe- und Erziehungsberater.

*C. Beratung der kreiskirchlichen Beratungsstellen*

1. Beratung vor der Errichtung kreiskirchlicher Stellen. Vorschlag und Votum vor der Einstellung von Beratern.
2. Laufende Beratung und Förderung der kreiskirchlichen Beratungsstellen.
3. Regelmäßige Zusammenführung der evangelischen Ehe- und Erziehungsberatungsstellen.

*D. Wissenschaftliche Aufgaben*

1. Sammlung, Auswertung und Weitergabe der Arbeitsergebnisse.
2. Bearbeitung wissenschaftlicher Aufgaben, die sich aus der Erziehungs-, Jugend-, Ehe- und Lebensberatung ergeben.

*E. Ehehilfe*

Durchführung von Aufgaben, die mit der evangelischen Ehehilfe zusammenhängen.

## II. Zur Organisation

Der Hauptstelle wird ein Beirat beigegeben. Diesem soll angehören:

Ein Vertreter der Kirchenleitung als Vorsitzender; zwei Vertreter der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Ehe- und Erziehungsberater im Rheinland; ein Vertreter der Jugendarbeit; ein Vertreter der Männerarbeit; ein Vertreter der Frauenarbeit; ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft „Arzt und Seelsorger“.

Weitere Berufungen erfolgen durch die Kirchenleitung. Der Dienststellenleiter der Hauptstelle führt die Bezeichnung Direktor.

Das Landeskirchenamt

**4. Sorge für die Familie.** Die „Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen“ nimmt sich der im Zusammenhang der Familienpolitik begegnenden Fragen in evangelischer Verantwortung an. Auf ihrer Hauptversammlung am 20. Oktober 1959 in Frankfurt beschloß sie nachstehende

### ERKLÄRUNG

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Deutschland bedauert zutiefst, daß die Erklärungen von Bundespapament und Bundesregierung, bei der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes den dortigen sozialen Besitzstand zu wahren, gerade bei den Anliegen nicht erfüllt worden sind, die das Kindergeld betreffen, während bei allen anderen Fragen keine Bedenken gegen eine Ausnahmeregelung bestanden haben.

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft bekennt sich erneut zu der Auffassung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß auch weiterhin fühlbare konstruktive Entlastungsmaßnahmen für die Familie nötig sind. Sie hält es für erforderlich, daß nach mehrjähriger Verzögerung endlich wieder ein sichtbarer familienpolitischer Schritt in dieser Richtung getan wird, den der Herr Bundeskanzler in der Kundgebung im Kölner Gürzenich vom April 1958 ausdrücklich proklamiert hat.

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen bekräftigt insbesondere ihre wiederholt abgegebene Erklärung, daß das Kindergeld für die zweiten Kinder ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Forderungen ist, und erwartet, daß dem Bundestag noch in dieser Legislaturperiode eine entsprechende Gesetzesvorlage gemacht wird. In dieser Erwartung weiß sich die Aktionsgemeinschaft mit den erklärten Zielsetzungen des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen engstens verbunden. Das bisherige Verhalten von Bundespapament und Bundesregierung nötigt zu der ersten Befürchtung, daß die beiden Körperschaften sich über die neue Lage der Familie in der industriellen Gesellschaft, wie sie aus zahlreichen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen ersichtlich ist, noch nicht genügend informiert haben.

In dem Zusammenhang spricht die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Deutschland ihr Bedauern aus, daß die vom Herrn Bundeskanzler zu Beginn dieses Jahres gewünschte und in Auftrag gegebene Denkschrift des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen über die heutige wirtschaftliche Situation der Familie in der Bundesrepublik der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich gemacht wurde, obwohl sie seit langer Zeit fertiggestellt ist. Nachdem diese Denkschrift wiederholt in der Öffentlichkeit angekündigt wurde, spricht die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen die Erwartung aus, daß die Ergebnisse der angestellten Erhebungen nunmehr dem Bundespapament und der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

**5. Wort zum Thema der Illustrierten.** Die Klage über die unguten Einflüsse, die von gewissen illustrierten Zeitungen und Wochenendblättern zumal auf die

Jugend ausgeübt werden, ist von verantwortungsbewußten Menschen und Kreisen in Welt und Kirche häufig laut geworden. Im Raum der EKD hat die Kammer für Publizistische Arbeit sich wiederholt mit der Sache beschäftigt. Am 2. September 1959 veröffentlichte sie ein

#### WORT ZUM THEMA DER ILLUSTRIRTEN

Die „Kammer für Publizistische Arbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland“ hat sich anläßlich ihrer letzten Sitzung in Hannover mit der besorgniserregenden Entwicklung auf dem Gebiet der deutschen Illustrierten und Wochenendblätter befaßt.

Wenn man auch dankbar einige wenige Blätter nennen kann, die der offensichtlichen Entwicklung zum Negativen bisher widerstanden haben, so läßt demgegenüber die Mehrzahl der heute in Westdeutschland erscheinenden Illustrierten und Wochenendzeitschriften bedauerlicherweise eine anhaltende Tendenz zum Negativen erkennen.

Die immer wieder festzustellende Verletzung des allgemeinen Gefühls für Sauberkeit und Anstand durch Bilder, Texte und vor allem durch die abgedruckten Romane ist beklagenswert und läßt die durch ihre Millionenauflage bedeutsame Wirkung der Illustrierten in wachsendem Maße als abträglich erscheinen. Soll es dahin kommen, daß unsere Kinder und Jugendlichen, die häufig in den Familien Zugang zu dergleichen Presseerzeugnissen haben oder sie in Lesemappen finden, durch derartige Blätter gefährdet werden?

Die „Kammer für Publizistische Arbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland“ bittet daher die Gemeinden und die kirchliche Presse, diese Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen und um Aufklärung über diese Situation, vor allem unter den Gemeindegliedern, bemüht zu sein.

## II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

### Vom Herausgeber

Das Jahr 1959 wird wahrscheinlich einmal nicht als eines der „großen“ Jahre der Kirchen in der DDR fortleben. Ereignisse, von denen etwa neue Impulse auf das kirchliche Leben ausgehen könnten, haben gefehlt. Auch der Münchener Kirchentag konnte, da nur etwa 1 000 Glieder der evangelischen Gemeinden in der DDR offiziell an ihm teilnehmen konnten, nicht zu einer spürbaren Belebung des kirchlichen Lebens führen. Im Raum der DDR fanden daneben keine über den Rahmen der einzelnen Landeskirche hinausgehenden größeren kirchlichen Veranstaltungen statt. Über ökumenische Begegnungen und Impulse wird besonders berichtet werden. Von einer „Bewegung“ hier zu sprechen, hieße aber den Mund zu voll nehmen. Es war auf Grund der einschneidenden Paßgesetze und ihrer teilweise recht rigorosen Handhabung den Landeskirchen in der DDR weithin nicht möglich, in einem ausreichenden Maße an den Diskussionen über die die ganze Kirche bewegenden Fragen des öffentlichen und weltpolitischen Lebens, also etwa der Auseinandersetzung über die Atomfrage usw., mitzuarbeiten; in ihrem Gebiet konnten eigene Diskussionen über diese Fragen kaum durch-

geführt werden. Es muß darum wohl doch als ein Zeichen der Weisheit angesehen werden, wenn die Kirchen in der DDR angesichts solcher Beschränkungen ihrer gesamtkirchlichen Mitarbeit gegenüber den Impulsen, die von der sogenannten „Prager christlichen Friedenskonferenz“ ausgingen, stärkere Zurückhaltung übten, um sich nicht ihrerseits einseitig festzulegen.

Die Gefahr, daß bei dem Fehlen der Gesprächspartner aus der DDR die Diskussionen solcher Probleme in der EKD unwillkürlich ausgesprochen westdeutsche Diskussionen wurden, war damit immer gegeben, sie ist auch von manchem kirchlichen Vertreter aus der DDR so empfunden worden. Doch wurde diese Gefahr von allen verantwortlichen Männern gesehen und entschieden bekämpft. Manche Einrichtung, die in aller Stille Begegnungen von Christen aus Ost und West herbeiführt, hat auch 1959 sehr gute Dienste getan. Daß in diesem Zusammenhang Berlin eine besondere Bedeutung zukommt, ist deutlich. Es ist von der EKD als ein Gottesgeschenk empfunden und erfahren, daß ihr dieser Ort trotz mancher weltpolitischer Bedrohung als Ort möglicher Begegnungen von Christen aus Ost und West erhalten geblieben ist.

Der folgende Bericht verzichtet auf die Darlegung solcher größeren Zusammenhänge und beschränkt sich auf eine Darstellung des inneren Lebens der Kirchen in der DDR und ihrer Probleme. Dabei nimmt die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat naturgemäß einen sehr großen Raum ein. In einem zweiten, kürzeren Teil soll aber auch versucht werden, die innerkirchlichen Auseinandersetzungen, die sich auf Grund der besonderen Situation der östlichen Gliedkirchen ergeben, wenigstens anzudeuten und mit einigen Beispielen zu belegen.

## 1. AUSEINANDERSETZUNGEN ZWISCHEN STAAT UND KIRCHE

### *a) Grundsätzliche Stellung der Kirche und der Christen im Staat*

1959 sind keine Versuche und Verhandlungen unternommen, um zu einer neuen grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von Staat und Kirche und einer rechten Einordnung der Christen in die Gesellschaft und den Staat zu kommen, wie diese 1958 stattfanden, die zu dem bekannten Kommuniqué vom 21. Juli 1958 geführt haben. Es wurde vielmehr im täglichen Leben der Kirchen und Christen geprüft, wieweit die damals erreichte Basis tragfähig war. Dabei zeigte sich schon bald nach dem 21. Juli 1958, daß von einem wirklich fruchtbaren Miteinander von Staat und Kirche noch nicht geredet werden konnte. Nicht nur, daß eine ganze Reihe von Einzelfragen nach wie vor offenblieben, auch in der grundsätzlichen Stellung des Staates und der Regierung zur Kirche und zum Christentum überhaupt war durch das Kommuniqué keine eigentliche Änderung zu verzeichnen, wenn auch nicht verkannt werden kann, daß namentlich auf unterer Ebene manche Erleichterungen und Entspannungen eintraten. Man kann nicht von einer Wendung im Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR sprechen, etwa analog derjenigen, die 1944 in der UdSSR zwischen der orthodoxen Kirche und der Regierung eintrat.

Die leitenden geistlichen Amtsträger der Gliedkirchen in der DDR sahen sich



bereits am 21. November 1958 dazu veranlaßt, an Ministerpräsident Grotewohl folgendes Schreiben zu richten:

Berlin, den 21. November 1958

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

Seit den Verhandlungen, die zur Beseitigung von Mißständen in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche mit Ihnen geführt wurden, sind vier Monate vergangen. Wir haben das Unsere getan, um unsere kirchlichen Amtsträger und Gemeindeglieder von Geist und Inhalt dieser Verhandlungen zu unterrichten. Wir können aber nicht verschweigen, daß die Erwartungen der christlichen Staatsbürger, die sich an die damals in Aussicht gestellten klärenden Aussprachen knüpften, bislang enttäuscht worden sind.

Wir sehen, daß hie und da Erleichterungen zu spüren sind, daß in einzelnen Bezirken Mißstände behoben wurden und daß Gespräche mit Organen des Staatsapparates auf den verschiedenen Ebenen in einer freundlicheren Atmosphäre als früher verlaufen.

In den schweren Gewissensnöten christlicher Bürger ist aber keine entscheidende Erleichterung zu spüren. Der Druck auf die christlichen Eltern, ihre Kinder gegen ihren Willen zur Jugendweihe zu schicken, verstärkt sich von Monat zu Monat. Lehrstellen werden vorenthalten, weil der betreffende Jugendliche sich hat konfirmieren lassen. Söhnen und Töchtern aus christlichen Häusern wird der Zugang zu Ausbildungsstätten verschlossen, obwohl doch in unserem Staat jedem Kind die allseitige Entfaltung seiner Gaben ermöglicht werden soll. Von angehenden Lehrern, von Offizieren, von Funktionären des Staates und der Partei und von anderen wird verlangt, daß sie aus der Kirche austreten und auch ihre Familienangehörigen zu dem gleichen Schritt bewegen. Die Erschwerungen, die sich für den kirchlichen Unterricht und für die Kinder selber durch die bekannte Anordnung des Volksbildungsministers ergeben haben, sind nur in geringem Maße behoben worden. Ungezählte Eltern stehen nach wie vor in dem Zwiespalt zwischen erzieherischer Verantwortung eines christlichen Elternhauses und der Tatsache, daß der Staat es sich durch die Schule zur Aufgabe macht, die Kinder in einem atheistischen Geist zu beeinflussen. Über die Frage der Studentenverpflichtung, die einen christlichen Studenten in Konflikt mit seinem christlichen Glauben bringen muß, haben unsere Vertreter das erbetene Gespräch bisher nicht führen können.

Wir bitten zu verstehen, warum wir Ihnen diese Beschwerden erneut vorlegen. Wir haben aus Ihrem Munde, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, wie aus dem des Herrn Staatssekretärs für Kirchenfragen vernommen, daß die Schule Kenntnisse zu vermitteln, aber nicht Bekenntnisse zu fordern habe. Sie haben uns am 21. Juli 1958 den Satz der Verfassung von der vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie der ungestörten Religionsausübung aufs neue bekundet. Wir sind dafür dankbar; aber wir empfinden es als einen schwer zu ertragenden Widerspruch, wenn im Gegensatz dazu der Staatsapparat immer mehr zur Durchsetzung der marxistisch-atheistischen Weltanschauung eingesetzt wird, wenn diese Weltanschauung immer mehr als die allein wahre Wissenschaft durch den Staat propagiert wird, obwohl jedermann weiß, wieviel hervorragende wissenschaftliche Leistungen – auch auf dem Gebiet der Naturwissenschaft! – von Männern hervorgebracht werden, die dem christlichen Glauben fest verbunden sind. Wir empfinden es als schwer zu tragenden Widerspruch, daß man von den Christen erwartet, daß sie Sozialismus und Humanismus fördern und bejahen, während das Politbüro des ZK der SED durch seinen Beschluß vom 4. März 1958 eindeutig erklärt, daß die Erziehung zum sozialistischen Menschen und zum Humanismus ohne die atheistischen Voraussetzungen des Marxismus-Leninismus nicht möglich sei.

Diese inneren Widersprüche sind der Grund, weshalb christliche Eltern und Kinder tief beunruhigt sind, daß die Jugendweihe immer mehr als eine für alle geltende staatliche Einrichtung behandelt wird, während die Richtlinien zu den Jugendstunden

deutlich erkennen lassen, daß sich die Jugend zu einem *atheistisch* verstandenen Sozialismus bekennen soll.

Diese inneren Widersprüche sind auch der Grund, weshalb viele Pfarrer und andere Christen sich nicht imstande gesehen haben, am 16. November ihre Stimme Männern und Frauen zu geben, von denen sie annehmen müssen, daß sie diese Gleichsetzung des Staates mit einem sich atheistisch verstehenden Sozialismus weiterhin fördern werden. Wir können nur dringend bitten, die freie Gewissensentscheidung christlicher Staatsbürger, und zwar sowohl solcher, die Wahlenthaltung geübt, wie derer, die sich an der Wahl beteiligt haben, so zu verstehen, daß hier für den Christen, der den Staat bejahen will, aber den Atheismus ablehnen muß, ein in tiefe Gewissensnot führender Konflikt aufgebrochen ist.

Wir bitten, unsere Darlegungen recht zu verstehen. Es ist nicht unsere Meinung, daß die atheistische Überzeugung anderer Staatsbürger in ihren Äußerungen gehemmt oder unterbunden werden soll. Es mögen sich ein kämpferischer Atheismus und eine missionierende Kirche in freier geistiger Auseinandersetzung begegnen. Das kann für beide Seiten fruchtbar sein. Aber eben in einer freien Auseinandersetzung geistigen Charakters ohne einseitigen Einsatz staatlicher Machtmittel und staatlich geförderter Propaganda!

Aus allen diesen Gründen bitten wir, Herr Ministerpräsident, aus den bedrängten Herzen vieler Christen, die als Staatsbürger ohne Gewissensbedrängnis leben und arbeiten wollen:

Setzen Sie seitens der Regierung dem fortschreitenden Prozeß einer Identifizierung des Staatsapparates mit der marxistisch-atheistischen Weltanschauung eine Grenze!

Geben Sie uns Christen die Gewißheit, daß der Staat, der den Sozialismus aufbauen will, diesen Sozialismus nicht dem atheistischen Materialismus gleichsetzt!

Geben Sie uns die Zuversicht, daß in der sozialistischen Erziehung der Jugend der Glaube an den Menschen als Schöpfer nicht den christlichen Glauben an Gott den Schöpfer durch staatliche Macht- und Erziehungsmittel verdrängen will!

Helfen Sie uns, daß ein Weg gefunden wird, auf dem christliche Staatsbürger, die zum Staat, aber nicht zu einer atheistischen Weltanschauung ja sagen wollen, ihres Glaubens leben können.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Ihre sehr ergebenen

*D. Dr. Beste*, Landesbischof

*D. Jänicke*, Bischof

*D. Mitzenheim*, Bischof

*D. Scharf*, Präses

*D. Hornig*, Bischof

*D. Krummacher*, Bischof

*D. Noth*, Landesbischof

*Schroeter*, Kirchenpräsident

Am 27. Januar 1959 richteten die leitenden geistlichen Amtsträger im Zusammenhang mit den wieder beginnenden Gesprächen der Weltmächte untereinander an die Regierungen der vier Großmächte, der Bundesrepublik und der DDR folgenden Appell:

Im Blick auf kommende Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland bitten wir im Namen unserer Gemeinden die beteiligten Regierungen:

Vergeßt das eine nicht, was über allen politischen Vorschlägen und Abmachungen nicht vergessen werden darf: Es geht um Menschen! Es geht um Millionen von Menschen, die infolge der Zerspaltung Deutschlands ihr Leben unter ungezählten Nöten äußerer und innerer Art führen müssen. Es geht uns dabei auch um Millionen evangelischer Christen in Deutschland, die danach verlangen, ihren Glauben und ihre Gemeinschaft untereinander und mit den Christen in der Welt frei betätigen zu können.

Vergeßt das nicht über all den anderen Fragen, die jetzt zur Entscheidung stehen!  
Vergeßt den Menschen nicht!

Berlin, den 27. Januar 1959

*D. Dr. Dibelius*  
*D. Krummacker*

*D. Noth*  
*D. Dr. Beste*

*D. Mitzenheim*  
*D. Hornig*

*D. Jänicke*  
*Schröter*

Der Appell fand im ganzen erhebliche Beachtung. Daß er nicht dazu führte, auf seiten der Regierung der DDR nach einem echten Neubeginn im Verhältnis von Staat und Kirche zu suchen, wurde jedoch aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 23. März 1959 vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden deutlich, aus der folgende Auszüge wiedergegeben seien (Neues Deutschland, Nr. 87, vom 29. März 1959):

Der Sozialismus erfordert den neuen Menschen mit den besten menschlichen Eigenschaften. Und diese neuen Menschen muß man sorgfältig heranbilden, mit großer Geduld, aber auch Beharrlichkeit formen und erziehen. Der jungen, heranwachsenden Generation muß dabei das stärkste und intensivste Bemühen gehören.

Ihr muß vor allem im Interesse der Beherrschung der Praxis des sozialistischen Aufbaues die sozialistische Theorie, die marxistisch-leninistische Wissenschaft überzeugend erläutert werden. Die Methode zur Verbreitung der dialektisch-materialistischen Weltanschauung ist die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Natur, über die Gesellschaft und über das Denken selbst. Damit wird eine wissenschaftliche Weltanschauung geformt, die das Selbstvertrauen der Menschen stärkt, sie zum Kampf für die Beherrschung der Naturkräfte ausrüstet, zur Gestaltung der Geschichte, zur bewußten Leitung der gesellschaftlichen Prozesse befähigt und die Überzeugung vom unendlichen Fortschritt und Aufstieg des Menschengeschlechts stärkt. Diese wissenschaftliche Erkenntnis schließt auch den Kampf gegen alle Arten von Furcht, Vorurteilen, Wunder- und Aberglauben ein, die eine falsche Vorstellung von der Welt vermitteln.

Die kulturell-erzieherische Funktion des Staates des Sozialismus manifestiert sich zuerst und vor allem in der Erziehung der Menschen im Geiste exakter Wissenschaftlichkeit, der gesetzmäßigen Entwicklung in Natur und Gesellschaft und im Bewußtsein der Menschen selbst ohne jede fremde, unnatürliche Zugabe. Nur der wissenschaftlich denkende neue Mensch kann den Erfordernissen der höheren Entwicklung im Sozialismus voll gerecht werden. Das gesamte Gebiet der Strahlen- bzw. Elektronentechnik, der Anwendung neuer Antriebskräfte, die friedliche Anwendung der Atomenergie, der kühne Vorstoß der Menschheit über den Erdkreis hinaus ins Weltall, all diese großen Entwicklungslinien werden die gesamte materielle Produktion, die ganze Lebensweise der Menschen grundlegend umgestalten. Diese neue Entwicklungsstufe muß unvermeidlich auch tiefgreifende Wandlungen im geistigen Leben, im Bewußtsein der Menschen herbeiführen. Man kann und darf diese Entwicklung jedoch nicht dem Selbstlauf überlassen. Sie muß gelenkt und gefördert werden in Übereinstimmung mit den Interessen einer friedlichen und glücklichen Zukunft des Volkes.

In allen diesen wichtigen Erziehungsfragen werden durch einige Kirchenführer Schwierigkeiten konstruiert, die sich nicht nur hemmend auf die fortschrittliche Entwicklung unserer Jugend auswirken können, sondern die vor allem bei großen Teilen der fortschrittlichen christlichen Bevölkerung unserer Republik zu inneren Konflikten führen müssen. Diese Kirchenführer erheben völlig ungerechtfertigt Vorwürfe gegenüber unserem Staat und tun so, als ob die in unserer Verfassung für alle Bürger garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit allein für die Kirche gelten würde, als ob die Kirche

eine Monopolstellung in unserem Arbeiter- und Bauernstaat einzunehmen berechtigt wäre. Glaubens- und Gewissensfreiheit heißt jedoch, daß jeder Bürger selbst entscheiden kann, in welcher Weise er seine Eheschließung oder die Namensgebung eines Kindes begehnen will, ob ein Kind an der Jugendweihe, an der Konfirmation oder an beidem teilnimmt. Jede Einschränkung dieser Rechte und jeder Versuch einer Monopolisierung durch die Kirchenführer bedeutet Gesinnungszwang und erzeugt künstliche Spannungen. Wir können solche Versuche, unsere Verfassung zu verstümmeln und die demokratischen Rechte unserer Bürger einzuschränken, nicht dulden. Wer die Stabilisierung alter Rechte von vorgestern fordert, fordert nicht Rechte, sondern Vorrechte für die Kirche.

Wir können die Diffamierung unserer Demokratie durch einige Kirchenführer, die sich schützend hinter Agenten der westlichen Geheimdienste stellen, nicht zulassen. Die Verhaftung solcher Verbrecher an den Interessen des Volkes durch unsere Sicherheitsorgane ist zum Schutze unserer Republik dringend notwendig und gibt niemandem das Recht, unsere sozialistische Ordnung zu verleumden. Wir haben darum auch kein Verständnis für die Reden des katholischen Bischofs Döpfner, der im Zusammenhang mit der Verhaftung von Agenten in Rathenow alle Katholiken aufruft, sich stark zu machen, „wenn es sein muß bis zur Blutvergießung“. Mit derartigen Reden tragen die Kirchenführer nicht zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche bei, wie es von uns angestrebt wird. Wir haben die Einrichtungen der Kirche in keiner Weise angegriffen noch haben wir deren Gottesdienste behindert. Es handelt sich deshalb bei solchen Reden um einen einseitigen politischen Angriff einiger Kirchenführer, die eine Art Kulturkampf zu inszenieren versuchen. Das ist eine böse Absicht, die wir auf das schärfste verurteilen. Wir sind sicher, dabei auch die große Mehrheit der christlichen Bevölkerung auf unserer Seite zu haben.

In den Beratungen, die ich mit Vertretern der Evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik führte und die mit einem gemeinsamen Kommuniqué am 21. Juli 1958 ihren Abschluß fanden, wurden Wege für eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen kirchlichen Ämtern und unseren staatlichen Organen festgelegt. Es wäre wünschenswert, daß sich alle Kirchenleitungen den Geist und den Inhalt dieses Kommuniqués in vollem Maße zu eigen machen. Das entspricht auch dem Wunsche und den Interessen der christlichen Bevölkerung, die am Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und am Kampf gegen die Atomaufrüstung der westdeutschen Militaristen aktiv teilnimmt. Dieses Kommuniqué ist eine geeignete Grundlage für die sachliche Klärung aller Probleme, wie sie in der täglichen Praxis zwischen Staat und Kirche auftreten können.

Die Kirche hat sich schon öfter darüber beschwert, daß sie von mir so wenig Antworten erhält. Hier ist eine Antwort! Eine Antwort, die aus unserer grundsätzlichen Einstellung geboren ist, die frei ist von Kleinlichkeiten und Gehässigkeiten und die – wie das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 – die Möglichkeit zur Verständigung bietet.

### *Der heranwachsenden Generation unser Herz und unsere Hilfe*

Der Beitrag der Volksbildung zur Lösung der höheren Aufgaben beim Sieg des Sozialismus besteht vor allem darin, allseitig entwickelte, hochgebildete Menschen mit einer festen sozialistischen Überzeugung, echter Moral und entwickelten Kulturansprüchen sowie körperlich gesunde Menschen heranzubilden. Sie muß Kader erziehen, die für ihre Aufgaben in der Wirtschaft genügend gewappnet bzw. für das Studium an Fach- und Hochschulen gut vorbereitet sind und den vielfältigen Anforderungen, die Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der sozialistischen Gesellschaft an den Menschen stellen, gerecht werden. Wir brauchen Kader, die es meisterhaft verstehen, Theorie und Praxis zu vereinigen.



Die Entwicklung der sozialistischen Schule, die allen diesen Anforderungen gerecht wird, setzt voraus, das Programm der polytechnischen Bildung und Erziehung, der Einführung einer zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule umfassend zu realisieren, wie es in den Thesen des Zentralkomitees der SED „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“ vorgeschlagen wird.

Die konsequente Wissenschaftlichkeit des Unterrichts ist die erste und unabdingbare Forderung, die an die sozialistische Schule gestellt werden muß. Von dieser Forderung kann und wird nichts abgestrichen werden. Die materialistisch-dialektische Weltanschauung muß innerhalb aller Fächer anerzogen werden. Gegenwärtig ist es notwendig, den Unterricht besonders in den naturwissenschaftlichen Fächern zu modernisieren und zu verbessern.

Hand in Hand mit der geistigen Erziehung und der gesamten Bildungsarbeit der Schule muß auch die moralische Erziehung durchgeführt werden. Gleichzeitig mit der Veränderung in der Gesellschaftsordnung wandeln sich auch die Sitten und Gebräuche der Menschen und ihre Auffassungen von der Gerechtigkeit, von Gut und Böse. Die Sittlichkeit dient dazu, daß die menschliche Gesellschaft höher steige und sich von der Ausbeutung der Arbeit befreit. Sittlich ist daher, was der Sache des Sozialismus dient. Darin besteht die Grundlage der moralischen Erziehung und Bildung der Jugend. In diesem Sinne müssen die grundlegenden Regeln der sozialistischen Moral in die alltägliche Erziehungsarbeit an allen schulischen Einrichtungen eingehen, angepaßt dem Entwicklungsalter der Kinder. Wenn die sozialistische Moral vor allem die Ideen des proletarischen Internationalismus, des neuen, wahren Patriotismus, einer sozialistischen Einstellung zum gesellschaftlichen Eigentum und zur Arbeit einschließt, dann gehört dazu auch, daß unsere Kinder in Achtung vor den Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens und zu Ehrlichkeit, Mut, Kameradschaft, Opferbereitschaft und Disziplin erzogen werden.

Wir müssen auch der Familienerziehung der Kinder mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. In der Schule steht die gesamte Erziehungs- und Bildungsarbeit im Zeichen der Wissenschaftlichkeit und der materialistisch-dialektischen Erkenntnislehre. Den Eltern ist die häusliche religiöse Erziehung der Kinder und innerhalb der Religionsgemeinschaften im Geiste unserer Verfassung natürlich gewährleistet. Das Familienleben und die Familienerziehung können aber vom Staat nicht als eine lediglich und ausschließlich private Sache angesehen werden.

Die Eltern tragen eine große Verantwortung für den sittlichen Zustand ihrer Kinder. Wie sehr sie auch beschäftigt sein mögen, nie haben sie das Recht, sich dieser Verantwortung zu entziehen. Die Verwirklichung des Sozialismus schafft Verhältnisse, die eine Festigung der Familie begünstigen. Unser Staat bietet den Kindern eine Erziehung und Betreuung, die den Interessen aller Werktätigen entspricht. Der Staat hat daher wohl auch das Recht, von den Eltern die Erfüllung ihrer häuslichen Erziehungspflicht zu fordern, die immer mehr in Einklang und in Kontakt mit der schulischen Erziehung kommen muß. Darin müssen die Volksbildungsorgane auch durch alle Parteien, die Nationale Front und alle demokratischen Organisationen unterstützt werden, damit die sozialistische Erziehung und Bildung in der Schule ihre Vorbereitung und ihre Ergänzung durch die häusliche Erziehung finden kann. Das ist der beste Schutz der heranwachsenden Generation vor schlechten Einflüssen und dient nur dem Wohle der Eltern und Kinder selbst.

Die Vertreter der Kirchen konnten sich mit der ihnen hier vor der Öffentlichkeit erteilten Antwort auf ihre Schreiben vom 21. November 1958 und 27. Januar 1959 nicht zufriedengeben, im Gegenteil mußten sie in den Worten des Minister-

präsidenten als des obersten Repräsentanten des Staates eine Gefährdung nicht nur jeglicher vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, sondern darüber hinaus den Versuch erblicken, von Staats wegen den atheistischen Sozialismus als die alleingültige Weltanschauung durchzusetzen. Bischof D. Dr. Dibelius richtete als Evangelischer Bischof von Berlin am 20. April 1959 einen Offenen Brief an den Ministerpräsidenten, der festgehalten sei:

OFFENER BRIEF AN HERRN MINISTERPRÄSIDENTEN GROTEWOHL

20. April 1959

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

Sie wollen mir gestatten, mich mit diesem Offenen Brief an Sie zu wenden. Da die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik es ablehnt, mit kirchlichen Stellen zu verhandeln, die ihren Wohnsitz in Westberlin haben, bleibt mir kein anderer Weg, so ungern ich ihn auch gehe.

Am 29. März gab das „Neue Deutschland“ den Wortlaut der Rede bekannt, die Sie einige Tage vorher vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden gehalten hatten. In dieser Rede haben Sie sich mit dem Verhältnis des Staates zur Kirche beschäftigt und haben dabei auf das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 hingewiesen.

Wie Sie wissen, sind gegen dieses Kommuniqué alsbald nach seiner Veröffentlichung bei den Leitungen der Kirchen ernste Bedenken laut geworden. Ich selbst habe mich, obwohl ich manche dieser Bedenken teilte, am 31. August 1958 vor einer großen Öffentlichkeit ohne Vorbehalt zu dem Kommuniqué bekannt, um den guten Willen der Kirche zu bezeugen.

Ich stelle auch fest, daß seither für die kirchliche Arbeit gewisse Erleichterungen eingetreten sind, die ich auf Ihre Anordnung, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zurückführen darf. An entscheidenden Punkten sind freilich die Beschwerden der Kirche nicht ausgeräumt worden.

Nun ist Ihre Rede hinzugekommen. Diese Rede hat durch ihren grundsätzlichen Inhalt überall in der Deutschen Demokratischen Republik bei der christlich gesinnten Bevölkerung eine tiefe Beunruhigung hervorgerufen.

Sie haben ausgeführt, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre und daß sich dieser Sozialismus auf den Lehren des dialektischen Materialismus aufbaue. Dieser dialektische Materialismus, so sagen Sie, sei Grundlage aller echten wissenschaftlichen Erkenntnis, wie denn auch umgekehrt alle exakte wissenschaftliche Erkenntnis in den dialektischen Materialismus einmünden müsse.

Nun ist es nicht Aufgabe der Kirche, zu Grundsätzen wissenschaftlicher Forschungsarbeit Stellung zu nehmen. Das Evangelium, das die Kirche verkündigt, bleibt von diesen Grundsätzen unberührt. Wir stellen nur fest, daß naturwissenschaftliche Gelehrte, die in der ganzen Welt das höchste Ansehen genießen, den dialektischen Materialismus ablehnen und der Meinung sind, daß das damit gegebene Erkenntnisprinzip in der Entwicklung unserer Wissenschaft längst überholt sei.

Wenn nun aber von diesem Prinzip her eine Weltanschauung entwickelt wird, die das gesamte Leben der Menschen in Theorie und Praxis bestimmen soll, dann sieht sich die christliche Kirche allerdings gefordert. Denn darüber herrscht allgemeines Einverständnis, daß die Weltanschauung des dialektischen Materialismus weder für Gott noch für das Evangelium von Jesus Christus Raum hat. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, vermeiden zwar in Ihrer Rede das Wort „atheistisch“. Daß aber eine atheistische Weltanschauung und nichts anderes gemeint ist, ergibt sich aus dem ganzen Zusammenhang der Rede und wird an einzelnen Stellen klar angedeutet. Dadurch wird ihre Rede zu einer Proklamation atheistischer Denkweise von Staats wegen. Der

Staat setzt sich damit in Widerspruch zu seiner christlich gesinnten Bevölkerung. Bitte, täuschen Sie sich nicht darüber: ein atheistischer Staat kann für den Christen niemals zu einer inneren Heimat werden!

Dieser Gegensatz wird vollends deutlich bei dem, was Sie über die Sittlichkeit sagen. Sie glauben feststellen zu sollen: „Sittlich ist, was der Sache des Sozialismus dient!“ Dieser Satz ruft peinliche Erinnerungen wach an die Losung der Nationalsozialisten: „Gut ist, was dem deutschen Volke nützt!“ Die christliche Kirche hat jenem Satz damals mit Ernst und Freimut widersprochen. Sie muß auch Ihrer Formulierung widersprechen. Was gut und böse, sittlich und unsittlich ist, bestimmt der lebendige Gott allein, kein Mensch, keine Bewegung, keine Klasse und keine Weltanschauung. Maßstab des Sittlichen sind die Zehn Gebote und die Weisungen des Evangeliums. Neue Zehn Gebote, die von Menschen verfaßt sind, wird die Christenheit nie entgegennehmen, und niemals wird ihr das als sittlich gelten, was einer menschlich-irdischen Bewegung nützt. Wenn also, um das an einem Beispiel deutlich zu machen, die nationalen Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik von ihren Kommandostellen aufgerufen werden, die andersdenke Welt zu hassen, so kann die Christenheit Deutschlands dazu nur ihr bestimmtes und unaufgebbares Nein sprechen!

Deshalb müssen wir uns auch dagegen wehren, daß eine sogenannte Sittlichkeit des Sozialismus, um mit Ihren Worten zu reden, „die Grundlage der moralischen Erziehung und Bildung der Jugend“ sein müsse. Wir bestehen darauf, daß unsere Kinder im Glauben an Jesus Christus und im Gehorsam gegen seine Gebote erzogen werden, nicht aber in einer Moral, die aus dem dialektischen Materialismus abgeleitet wird. Wir nehmen das für uns in Anspruch kraft der „vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit“, die jedem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik durch die Verfassung garantiert und in dem Kommuniqué vom 21. Juli noch einmal ausdrücklich zugesichert worden ist.

Wir wissen uns mit Ihnen darin einig, daß im Unterricht der Schule eine konsequente Wissenschaftlichkeit herrschen soll – wenn das auch nicht der einzige Leitgedanke der Erziehung sein kann. Aber wo Wissenschaftlichkeit zum weltanschaulichen Dogma wird, da überschreitet sie ihre Grenzen. Und wo ein solches weltanschauliches Dogma dann den Kindern mit robuster Selbstherrlichkeit vorgetragen wird, da fordert das notwendig den Protest des christlichen Elternhauses heraus. Von einem Einklang zwischen häuslicher und schulischer Erziehung, wie wir ihn mit Ihnen wünschen, kann so lange nicht die Rede sein, als Kindern, die in ihrem Elternhaus beten gelernt haben, in der Schule erklärt wird: einen Gott gebe es nicht; das habe die Wissenschaft bewiesen! Wissenschaft erweist ihre Echtheit nicht zuletzt darin, daß sie gegenüber dem, was kein menschlicher Verstand erforschen kann, demütige Zurückhaltung an den Tag legt.

Was wir begehren, sind nicht Vorrechte gegenüber solchen, die unseren Glauben nicht teilen. Wir begehren lediglich das eine, daß der Staat nicht mit den Machtmitteln, die ihm zur Verfügung stehen, dem Atheismus den Weg bereitet und den christlichen Glauben in den Winkel zu drücken versucht. Sie, Herr Ministerpräsident, sagen: „Glaubens- und Gewissensfreiheit heißt, daß jeder Bürger selbst entscheiden kann, in welcher Weise er seine Eheschließung oder die Namensgebung eines Kindes begehren will, ob ein Kind an der Jugendweihe, an der Konfirmation oder an beidem teilnimmt.“ Über das „oder an beidem“ werde ich gleich ein Wort sagen. Daß freie Entscheidung herrschen soll, kann die Kirche nur bejahen.

Es ist aber keine freie Entscheidung mehr, wenn der Staat alle Mittel der Propaganda gegen die Einrichtungen der Kirche in die Waagschale wirft. Unausgesetzt haben Lehrer, Parteifunktionäre und andere die Eltern und die Kinder bearbeitet, sie müßten den Weg der Jugendweihe gehen, weil nur dieser Weg zur Oberschule und zur Hochschule, zu Lehrstellen und Fachschulen führe. Die Presse, die in der Deutschen

Demokratischen Republik nach staatlicher Anordnung zu arbeiten hat, muß auf jede Weise für die Jugendweihe Propaganda machen. Die Wirtschaft desgleichen. In den staatlichen Internaten wird nicht nur kein Religionsunterricht gestattet, sondern die Kinder werden geschlossen der Jugendweihe zugeführt. Jetzt hat sogar die Post besondere Briefmarken und Telegrammformulare zur Jugendweihe herausgebracht. Und die Konfirmation?

Nein, Herr Ministerpräsident, es ist genau umgekehrt, wie Sie es darstellen. Nicht die Kirche versucht, eine Monopolstellung für sich zu fordern, sondern es ist der Staat, der Einrichtungen, die aus dem Gegensatz gegen die christliche Sitte hervorgegangen sind, unter Einsatz seiner Machtmittel Geltung zu schaffen sucht.

Und was das „oder an beidem“ anlangt, so sind die Leitungen aller Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zu der Erkenntnis gekommen, daß Jugendweihe und Konfirmation einander ausschließen – was ja auch von den Propagandisten der Jugendweihe im Grunde nicht bestritten wird. Amtshandlungen der Kirche können nicht vollzogen werden, wenn das betreffende Gemeindeglied sich wenige Tage vorher oder nachher zu einer entgegengesetzten Lebenshaltung bekennt. Die Amtshandlungen der Kirche sind nicht öffentliche Theatervorstellungen, zu denen jedermann Zutritt verlangen kann, sondern sie sind Feiern, die auf einer Gemeinschaft des Glaubens beruhen. Die Kirche nötigt niemanden; sie läßt sich aber auch von niemandem nötigen.

Ich breche ab – so viel zu Einzelheiten Ihrer Rede auch noch zu sagen wäre.

Das Gefühl, daß die treuen Glieder der christlichen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik als Bürger zweiter Klasse gelten, gräbt sich immer tiefer ein. Wollen Sie diese Entwicklung wirklich weitergehen lassen?

Ich bin mit angelegentlichster Empfehlung Ihr ganz ergebener

*Dibelius*

Am 15. April richteten die leitenden Amtsträger der Gliedkirchen in der DDR folgenden, zunächst vertraulich behandelten Brief an Grotewohl:

Berlin, den 15. April 1959

*Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!*

Am 23. März d. J. haben Sie in öffentlicher Rede vor den Berliner Künstlern und Kulturschaffenden aus grundsätzlicher Einstellung eine Antwort an die Kirche gegeben. Sie haben sich dabei auf das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 bezogen und es als eine geeignete Grundlage für die sachliche Klärung aller Probleme zwischen Staat und Kirche bezeichnet.

Auch die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik haben die Absicht des Kommuniqués so verstanden und sich bemüht, es in diesem Sinne zu handhaben. Sie haben zu ihrem schmerzlichen Bedauern erfahren, daß die Klärung und Erledigung offener Einzelfragen, wie das Kommuniqué sie dem Staatssekretär für Kirchenfragen zugewiesen hat, seit Monaten weithin nicht möglich waren und daß ihnen ein Weg zu den anderen in Frage kommenden Organen des Staates trotz ständiger Vorstellungen – von Einzelfällen abgesehen – nicht eröffnet wurde.

Wir meinen Ihnen nicht verschweigen zu dürfen, daß wir durch diese Erfahrung, die wir Ihnen vielfach belegen können, enttäuscht sind und daß der Wert der im vergangenen Sommer mit Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, geführten eingehenden Verhandlungen davon tangiert wird.

Ihre Rede enthält nicht nur in dem Teil, in dem Sie sich ausdrücklich an uns wenden, Aussagen über den Menschen, über das Ziel seiner Erziehung in der neuen Gesellschaft, über Recht und Grenze seines Gewissens, die in schroffem Gegensatz zu dem stehen, woran der Christ in seinem Glauben gebunden ist.



Um das Verhältnis der Kirche zum Staat und um der Ihnen und uns anvertrauten Menschen willen halten wir ein erneutes Gespräch mit Ihnen für unerlässlich. Wir sehen es um so dringlicher an, als wir mit Ihnen darin einig sind, daß die gegenwärtige Stunde für unser Volk und den Frieden der Völker von entscheidender Bedeutung ist. Deshalb bitten wir Sie, einen möglichst nahe liegenden Termin für ein solches Gespräch zu benennen.

Mit vorzüglicher Hochachtung namens der Kirchenleitungen der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

*D. Mitzenheim*

*D. Dr. Beste*

*D. Krummacher*

*D. Scharf*

*D. Noth*

*H. Fleischhacke*

*W. Schroeter*

*D. Hornig*

Der Rat der EKD gab über seine Sitzung vom 23./24. April folgendes Kom-muniqué:

#### KOMMUNIQUE

##### *über die Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 23./24. April 1959*

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland tagte unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius am 23. und 24. April d. J. in Berlin. Er nahm einen ausführlichen Bericht über die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland von deren Vorsitzenden Frau Hildegard Ellenbeck entgegen. Der Rat sprach seine Dankbarkeit für die viel-gestaltige und in großer Treue geleistete Arbeit aus und sagte jede ihm mögliche Förderung zu.

Einen breiten Raum nahm in den Verhandlungen die Prüfung der Lage der Evan-gelischen Kirche in Ost und West angesichts der bevorstehenden internationalen Ver-handlungen über Berlin und die Zukunft Deutschlands ein. Nach wie vor versteht sich die Kirche als ein Anwalt der durch die Spaltung des deutschen Volkes hervorgeru-fenen Not zahlloser Familien. Der Rat wird nicht müde werden, bei jeder sich bieten-den Möglichkeit zu bitten: „Sehet den Menschen!“

Er warnt vor jeder Resignation in den Fragen der Wiedervereinigung unseres Volkes. Er bittet die verantwortlichen Politiker und die Gemeinden, sich durch die zur Zeit unüberwindlich erscheinenden Hindernisse nicht irre machen zu lassen in dem Bemühen, einen Beitrag zur Entspannung und zur Wiederherstellung der Einheit un-seres Volkes in Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu leisten. Es ist die Hoffnung des Rates, daß eine Frucht der bevorstehenden Konferenzen die ungehinderte Kommuni-kation der Deutschen in Ost und West sein wird. Der Rat ist gewiß, daß auch ein zunächst noch so bescheidener Schritt auf die Wiedervereinigung hin Dankbarkeit und Ermutigung auslösen wird.

Der Rat nahm Kenntnis von der tiefen Beunruhigung in den Gemeinden der Deut-schen Demokratischen Republik, die dadurch entstand, daß maßgebende Persönlich-keiten in jüngster Zeit Äußerungen taten, die als gegen den christlichen Glauben ge-richtet verstanden werden müssen. Der Rat bittet die Gemeinden, demgegenüber nicht bitter zu werden, sondern ungebeugt in der Gewißheit der Treue Gottes freimütig und fröhlich den Glauben in Wort und Tat zu bekennen. Auch angesichts der Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung und der daraus folgenden Bedrängnis sollte die Christenheit in österlicher Gelassenheit darauf beharren: „Daß Christus siegt, bleibt ewig ausgemacht. Sein wird die ganze Welt.“

In solcher Zuversicht grüßt der Rat alle Gemeinden in Ost und West und bittet sie, den Gebetssonntag am 3. Mai in den Kirchen und Häusern mit Andacht und Glauben

zu feiern. Unsere Gebete sollen auch in den kommenden Wochen die Staatsmänner umgeben, daß sie sich in ihrer Gesinnung und ihren Entschlüssen als Werkzeuge des Friedens bewähren. Gottes Wort bezeugt: „Rufe mich an in der Not, so will Ich dich erretten, so sollst du Mich preisen.“

Der Ministerpräsident antwortete am 30. April Landesbischof D. Mitzenheim auf das Schreiben der leitenden Geistlichen vom 15. April wie folgt:

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik  
Der Ministerpräsident

Berlin, den 30. April 1959

*Sehr geehrter Herr Landesbischof!*

Ihr Schreiben vom 15. 4. 1959 habe ich erhalten und aufmerksam gelesen. Zu meinem Bedauern ist es mir aber unmöglich, Grund und Ziel Ihrer Darlegungen zu erkennen.

Für Bürger unserer Republik, die über ein durchschnittliches politisches Urteilsvermögen verfügen, dürfte meine Rede vom 23. 3. 1959 keinen Anlaß für eine solche Auslegung geben, wie sie Ihrem Schreiben zugrunde liegt.

Auch die „Klärung und Erledigung von Einzelfragen“ sehe ich ganz anders. Wenn die Kirchenleitungen die ihnen gegebenen Möglichkeiten ausnutzen, besteht kein Anlaß zu „schmerzlichem Bedauern“.

Sie werden wohl verstehen, daß ich in diesen Wochen nicht in der Lage bin, Ihrem Wunsche entsprechend die Zeit für ein Gespräch über die von Ihnen aufgeworfenen Fragen zu finden. Trotz aller Beanspruchung werde ich aber diese Dinge im Auge behalten und überprüfen, wann die Möglichkeit für eine Aussprache besteht. Es ist aber zweckmäßig, den Gesprächsgegenstand zu präzisieren und dem Staatssekretär für Kirchenfragen zuzuleiten, damit eine gute Vorbereitung des Gesprächs gesichert ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

O. Grotewohl

Landesbischof D. Mitzenheim antwortete darauf am 9. Mai folgendermaßen:

Landesbischof D. Mitzenheim

Eisenach, den 9. Mai 1959

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

Mit verbindlichem Dank bestätige ich den Eingang Ihrer Antwort vom 30. April d. J. auf das Schreiben, das die leitenden Geistlichen der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik am 15. April d. J. an Sie gerichtet hatten. Ich habe Ihre Antwort den Vertretern der Gliedkirchen zur Kenntnis gebracht.

Wir haben Verständnis dafür, daß Sie in diesen Wochen, in denen die internationalen Verhandlungen über die Frage des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands im Mittelpunkt des Interesses nicht nur der politisch verantwortlichen Männer, sondern des ganzen Volkes stehen, stark in Anspruch genommen sind. Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie gleichwohl unsere vorgetragenen Anliegen im Auge behalten und überprüfen wollen, wann die Möglichkeit für eine Aussprache besteht. Verstehen Sie bitte, Herr Ministerpräsident, daß uns an einer solchen Aussprache zu einem möglichst nahen Termin weiterhin liegen muß, da wir ein solches Gespräch als einen Beitrag zur Entspannung und zur Erhaltung des inneren Friedens unseres Volkes für nötig erachten.

Außerungen führender Staatsmänner und besonders die Rede, die Sie, Herr Ministerpräsident, als Vorsitzender des Ministerrats am 23. März d. J. gehalten haben, lassen die Frage nach der Existenzmöglichkeit der Christen in unserem Staate und die

Frage nach Möglichkeit und Umfang des kirchlichen Dienstes wieder aufleben, wie wir dies Ihnen schon in unserem Schreiben vom 21. November 1958, besonders in seinem letzten Teil, vorgetragen haben.

Ihrer Anregung entsprechend, haben wir dem Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen eine Präzisierung der Gesprächsgegenstände zugeleitet. Auch eine Darlegung unseres Standpunktes zu den oben erwähnten Äußerungen, die wir den Pfarrern zur Orientierung zugehen zu lassen für nötig halten, haben wir dem Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen zur Kenntnis gebracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

D. Mitzenheim

Am gleichen Tage richteten Landesbischof Mitzenheim und Generalsuperintendent Führ an Staatssekretär Eggerath folgendes Schreiben:

Landesbischof D. Mitzenheim

Eisenach, den 9. Mai 1959

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär!*

Der Herr Ministerpräsident hat dem mitunterzeichneten Landesbischof auf die namens der Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik am 15. April 1959 vorgetragene Bitte um ein Gespräch – wie Ihnen bekannt – am 30. April einen positiven Bescheid zukommen lassen. Die Bischöfe haben unter dem heutigen Datum dem Herrn Ministerpräsidenten geantwortet. Eine Abschrift dieses Briefes erlauben wir uns beizufügen.

Wie der Herr Ministerpräsident anregt, sollen die Verhandlungsgegenstände schon vorher Ihnen zur Vorbereitung des Gesprächs präzisiert werden. Wir haben den Auftrag, Ihnen daher folgendes darzulegen:

Das wichtigste Anliegen für die vorgesehene Besprechung ist für uns der Fragenkomplex, der durch die Rede des Herrn Ministerpräsidenten am 23. März 1959 zu unserer Überraschung öffentlich behandelt worden ist. Bei den Verhandlungen im vorigen Sommer hatte der Herr Ministerpräsident erklärt, der Sozialismus, zu dessen Aufbau die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich verpflichtet weiß, sei nicht wesensmäßig atheistisch und die Regierung wolle keinesfalls allen Staatsbürgern den Atheismus aufnötigen. Jetzt sind in der erwähnten Rede Ausführungen enthalten, die nach unserer Überzeugung im Gegensatz zu den Erklärungen im vorigen Sommer stehen. In der Erwartung, daß sich sehr bald die Möglichkeit zu einer Aussprache ergeben würde, haben unsere Kirchenleitungen gezögert, ihre Stellungnahme den Gemeinden bekanntzugeben. Obwohl die angerührten Fragen durch die Veröffentlichung der Rede zur allgemeinen Diskussion gestellt wurden, haben die Bischöfe bis jetzt davon abgesehen, mit dem uns so dringenden Anliegen in die Öffentlichkeit zu gehen. Wir können aber unsere Pfarrer über diese für das Leben der Christen so wesentlichen Fragen nicht länger ununterrichtet lassen. Die Bischöfe haben daher den Pfarrern ein Memorandum mitgeteilt, das wir für den Herrn Ministerpräsidenten und für Sie zur Kenntnis beifügen.

Darüber mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu sprechen, ist unser dringendes Anliegen. Es geht uns darum, daß unsere christliche Bevölkerung ohne Verletzung ihres Gewissens und ohne Verleugnung ihres Glaubens in der Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik leben kann.

Darüber hinaus bitten wir, darüber zu sprechen, wie die am Ende des Kommuniqués vom 21. März 1958 vorgesehenen Verhandlungen zur Behebung von Mißständen und Mißverständnissen befriedigender als bisher durchgeführt werden können. Unsere Bemühungen, über bestimmte Fragen zur Klärung zu gelangen, haben bisher nicht zu dem Ergebnis geführt, das wir auf Grund des Kommuniqués erhofften.

1. Unsere Vertreter haben bei den Verhandlungen auf eine Klärung der mit der Anordnung des Volksbildungsministers vom 12. Februar 1958 zusammenhängenden Fragen gedrungen. Während inzwischen mancherorts uns gewisse Erleichterungen gemeldet worden sind, wird der kirchliche Unterricht in vielen Orten weiterhin erschwert und behindert. Durch die mechanische Einhaltung der Zweistundenpause werden den Kindern oft weite Schulwege zugemutet. Die Schulräume sind noch heute in vielen Orten für den kirchlichen Unterricht verschlossen. Auch jetzt werden den Katecheten von den Schulleitern Erlaubnisscheine zum Erteilen des kirchlichen Unterrichts aufgenötigt. Unser Anliegen ist es, daß die Christenlehre in den Eckstunden und in den Schulräumen stattfinden kann.

2. Die seit November 1958 immer wieder erbetenen Besprechungen über den Kirchentag 1959 in München haben bisher zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Eine weitere Verzögerung der Entscheidung würde für die organisatorische Vorbereitung Schwierigkeiten bringen, die wir sowohl im Interesse des Staates als auch der Kirche vermieden wissen möchten.

3. Seit dem 29. Januar 1959 sind Besprechungen über die *Bibelrüstzeiten* im Sommer 1959 erbeten worden. In den Besprechungen am 2. und am 16. April wurde uns zugesagt, daß das Staatssekretariat für Kirchenfragen zu der demnächst ergehenden Anordnung des Volksbildungsministers über Feriengestaltung eine Anweisung ergehen lassen werde, nach der die Bibelrüstzeiten als Teil der kirchlichen Unterweisung als genehmigt gelten würden. Uns ist nicht bekannt, ob diese Anweisung ergangen ist. Unser Anliegen ist es, daß die Bibelrüstzeiten für unsere Jugend ungestört gehalten werden können.

4. Seit Anfang des Jahres beobachten wir weitere Erschwernisse bei der Erteilung von *Drucklizenzen* für das kirchliche Schrifttum, obwohl der amtierende Minister für Kultur erklärt hatte, daß der Marxismus nicht Maßstab für die Beurteilung evangelischen Schrifttums sein könne. Vorgelegte Manuskripte über das Thema „Glaube und Wissen“ sind abgelehnt worden.

5. Am 29. Januar und am 2. April d. J. wurde eine Fortsetzung der am 18. Juli 1958 begonnenen Verhandlungen über die *Krankenhausseelsorge* erbeten. Am 14. April wurde von dem unterzeichneten Landesbischof ein konstruktiver Vorschlag unterbreitet, dessen schnelle Erledigung wir für dringend nötig halten.

6. Seit Januar 1959 bemühen wir uns vergeblich um Besprechungen mit dem Staatssekretär für das Hochschulwesen über die Auswirkungen, die sich für den *theologischen Nachwuchs* durch die Neuordnung der Zugangswege zum Hochschulstudium ergeben.

7. Die von uns seit Januar 1959 erbetenen grundsätzlichen Verhandlungen über Fragen der Bewirtschaftung des kirchlichen Landbesitzes mit dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf und der Staatlichen Plankommission sind bis jetzt nicht zustande gekommen. Unser Anliegen ist es, Wirtschaftsbedingungen zu vereinbaren, die die Rentabilität der kirchlichen Ländereien und eine Produktionssteigerung ermöglichen.

8. Die von der Landeskirche Mecklenburg erbetenen Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien über grundsätzliche Bodenrechtsfragen zu vermitteln, hat das Staatssekretariat für Kirchenfragen abgelehnt. Unser Anliegen ist es, dem Oberkirchenrat in Schwerin solche Verhandlungen zu ermöglichen.

Der bisher unbefriedigende Gang der Verhandlungen hat nach unserer Meinung seine Ursache weithin auch darin, daß die von den Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik beauftragten und der Regierung am 25. September 1958 notifizierten Vertreter seitens des Staatssekretariats für Kirchenfragen nicht in vollem Maße als vertretungsberechtigt anerkannt werden.

Wir hoffen, daß das Gespräch mit dem Herrn Ministerpräsidenten auch über diese für uns wichtige Frage Klarheit bringt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

D. Mitzenheim Führ



Die evangelischen Bischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik haben in einem Schreiben vom 21. November 1958 den Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl gebeten: „Setzen Sie seitens der Regierung dem fortschreitenden Prozeß einer Identifizierung des Staatsapparates mit der marxistisch-atheistischen Weltanschauung eine Grenze! Geben Sie uns Christen die Gewißheit, daß der Staat, der den Sozialismus aufbauen will, diesen Sozialismus nicht dem atheistischen Materialismus gleichsetzt! Helfen Sie uns, daß ein Weg gefunden wird, auf dem christliche Staatsbürger, die zum Staat, aber nicht zu einer atheistischen Weltanschauung ja sagen wollen, ihres Glaubens leben können.“ Zu unserem Bedauern haben die Kirchenleitungen darauf keine Antwort erhalten.

Nach seinen eigenen Worten hat der Ministerpräsident in einer Rede vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden am 23. März d. J. der Kirche eine Antwort gegeben, und zwar aus grundsätzlicher Einstellung.

Er hat darin Ausführungen über die weltanschaulichen Grundlagen des Staates gemacht, die auf die Bitte der Kirche nicht eingehen. Erklärungen über die materialistisch-atheistische Grundlage des Staates, die bisher nur von der Sozialistischen Einheitspartei abgegeben wurden, sind nunmehr vom höchsten Vertreter der Staatsregierung der Deutschen Demokratischen Republik selbst ausgesprochen worden und haben damit offiziellen staatlichen Charakter erhalten.

Eine Regierung, die zwar den christlichen Kultus im Kirchengebäude noch zuläßt, aber die Möglichkeit, das Alltagsleben nach christlichen Grundsätzen zu gestalten, entscheidend einschränkt und zu einer Erziehung der jungen Generation auf atheistischer Grundlage nötigen will, beschwört unter ihren Bürgern ernste Auseinandersetzungen herauf, die gerade in einer Stunde, in der die Welt nach Frieden ruft, vermieden werden sollten. So ist durch die erwähnte Rede für unsere Kirche eine Lage entstanden, die die Bischöfe am 15. April d. J. genötigt hat, erneut um ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zu bitten.

# I.

Mit dem Artikel 41 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich der Staat gebunden, jedem Bürger die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zu gewähren. Auch die evangelische Kirche steht auf dem Standpunkt, daß, wie es in der Rede des Ministerpräsidenten heißt, „jeder Bürger selbst entscheiden kann, in welcher Weise er seine Eheschließung oder Namensgebung eines Kindes begehnen will“. Im November v. J. haben die Bischöfe an den Ministerpräsidenten geschrieben: „Es mögen sich ein kämpferischer Atheismus und eine missionierende Kirche in freier geistiger Auseinandersetzung begegnen.“ Dieser Satz widerlegt die Behauptung des Ministerpräsidenten, die Kirche beanspruche „Vorrechte“ oder eine „Monopolstellung“ in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Kirche kann niemand zwingen, bei ihr zu bleiben. Sie will es auch gar nicht. Unsere Kirche will nichts anderes, als ungestört und ungehindert ihren Dienst tun.

Die Kirche ist aber keine Einrichtung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse, denen wahllos nachzukommen sie nach Wunsch der Staatsbürger oder auf Weisung staatlicher Stellen verpflichtet wäre. Der Ministerpräsident sagt, Glaubens- und Gewissensfreiheit bedeute, daß jeder Bürger selbst entscheiden könne, ob sein Kind an der Jugendweihe und Konfirmation zugleich teilnimmt. Jede Einschränkung dieses Rechtes sei „Gesinnungszwang“ und müsse als Einschränkung der „demokratischen Rechte unserer Bürger“ bezeichnet werden, die der Staat „nicht dulden“ könne. Der Ministerpräsident überträgt damit die Verpflichtung des Staates, Glaubens- und Gewissensfreiheit zu gewähren, auf die Kirche und kehrt so den Sinn des Artikels 41 der Verfassung um. Er verlangt von der Kirche, daß sie weltanschaulich neutral sein soll,

wenn er die vom Staate zu gewährende Glaubens- und Gewissensfreiheit zum Grundsatz für die Kirche macht. Die Kirche ist der Leib Christi und ist an den Auftrag gebunden, den Christus selbst ihr gegeben hat. Sie muß von ihren Gliedern das eindeutige Bekenntnis zum christlichen Glauben und dessen Bewährung im Alltag erwarten, wenn sie an ihnen kirchliche Handlungen vollzieht und ihnen die Sakramente darreicht. Die Kirche muß nach ihren eigenen Glaubensgrundsätzen frei entscheiden, wen sie konfirmieren und wem sie um seiner Teilnahme an Handlungen willen, die der Konfirmation entgegengesetzt sind, die Konfirmation versagt. Das gehört zur ungestörten Religionsausübung, die ebenfalls nach Artikel 41 der Verfassung unter dem Schutz der Republik steht. Dieser Auffassung entspricht, daß auf der sächsischen Landessynode in Dresden Anfang April dieses Jahres der Rechtslehrer Professor Jacobi, Leipzig, unter Berufung auf seine Fachkenntnis öffentlich erklärt hat, der Verfassungsartikel von der Glaubens- und Gewissensfreiheit sei nur als Bindung des Staates zu verstehen, daraus seien aber nicht die Kirchen zu einer Haltung gleicher Art in Glaubensfragen verpflichtet, und es dürfe den Kirchen nicht der Vorwurf des Gewissenszwanges gemacht werden, wenn sie Jugendweihe und Konfirmation als unvereinbar bezeichneten und entsprechend handelten.

## II.

Die Antwort des Ministerpräsidenten an die Kirche ist eingebettet in grundsätzliche Ausführungen über die staatlichen Erziehungsaufgaben, die „mit dem Eintritt in die neue Entwicklung unseres Arbeiter- und Bauernstaates in die Periode des vollen Sieges des Sozialismus“ gegeben sind. Mit diesen Ausführungen hat er die dialektisch-materialistische Weltanschauung zur geistigen Grundlage der kulturell-erzieherischen Funktionen des Staates des Sozialismus proklamiert und im Blick auf die Schule in der Deutschen Demokratischen Republik gesagt: „Die materialistisch-dialektische Weltanschauung muß innerhalb aller Fächer anerzogen werden.“ Damit wird der Beschluß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei vom Juli 1958 aufgenommen, in dem es heißt: „Im Arbeiter- und Bauernstaat kann nur der dialektische Materialismus die herrschende Weltanschauung sein, die alle Bereiche des geistigen Lebens – Wissenschaft, Erziehung, Kunst und Literatur – durchdringt.“

Der atheistische dialektische Materialismus gibt aber zugleich auch die Begründung für die neue sozialistische Ethik und Moral. Das hat Walter Ulbricht zum V. Parteitag programmatisch erklärt und wörtlich hinzugefügt: „Nur derjenige handelt sittlich und wahrhaft menschlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt“ (Neues Deutschland, 11. 7. 58, Nr. 163, S. 11 B). Auch diese These überträgt der Ministerpräsident auf den Staat. Er erklärt, Hand in Hand mit der geistigen Erziehung und der gesamten Bildungsarbeit der Schule müsse auch die moralische Erziehung durchgeführt werden. Gleichzeitig mit der Veränderung in der Gesellschaftsordnung, so sagt er, wandelten sich auch die Auffassungen des Menschen von der Gerechtigkeit, von Gut und Böse. Nach diesen Äußerungen fährt er wörtlich fort: „Die Sittlichkeit dient dazu, daß die menschliche Gesellschaft höher steige und sich von der Ausbeutung der Arbeit befreie. Sittlich ist daher, was der Sache des Sozialismus diene. Darin besteht die Grundlage der moralischen Erziehung und Bildung der Jugend. In diesem Sinne müssen die grundlegenden Regeln der sozialistischen Moral in die alltägliche Erziehungsarbeit an allen schulischen Einrichtungen eingehen.“

Mit der Verkündigung dieses ethischen Grundsatzes werden letzte sittliche Maßstäbe einer irdischen Zwecksetzung unterworfen. Dagegen ist es christliche Lehre und der Auftrag der Kirche, darauf zu sehen, daß der unwandelbare Wille Gottes als letzte Autorität über alle Menschen erkannt und geachtet werde. Der Sozialismus, in dem wir leben, ist eine ernst zu nehmende irdische Größe. Aber er kann nicht der *letzte Maßstab* für Recht und Moral sein.

Mit dem Dogma von der Materie als der einzigen Wirklichkeit und mit der daraus folgenden Ethik vom Sozialismus als höchstem sittlichem Maßstab tritt uns der dialektische Materialismus als eine weltliche Religion gegenüber, die es unternimmt, einen neuen Menschen zu schaffen. Wenn diese atheistische Religion des dialektischen Materialismus mit ihrer dem Willen Gottes entgegengesetzten Moralauffassung nach den Äußerungen des Ministerpräsidenten in die gesamte geistige und moralische Erziehung und Bildung der Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik „eingehen“ soll, wird der atheistische Materialismus zur Staatsreligion.

Wenn jetzt erklärt wird: „Den Eltern ist die häusliche religiöse Erziehung der Kinder und innerhalb der Religionsgemeinschaften im Geiste unserer Verfassung natürlich gewährleistet“, dann bedeutet häusliche religiöse Erziehung nach christlichem Verständnis, daß die Kinder dazu erzogen werden, ihr Leben in der Zuversicht zu Gott und in der Verantwortung vor ihm zu führen und sich in allen Bereichen des Lebens als Christen zu bewähren. Trifft eine solche christliche Erziehung im Elternhause mit der materialistisch-atheistischen Erziehung der Schule zusammen, so muß ein unheilvoller Zwiespalt aufbrechen, der alle Erziehung auflöst und den jungen Menschen im Grunde verdirbt. Dem müssen wir als Christen widerstehen.

„Der Staat“ – so erklärt der Ministerpräsident – „hat daher wohl auch das Recht, von den Eltern die Erfüllung ihrer häuslichen Erziehungspflicht zu fordern, die immer mehr in Einklang und in Kontakt mit der schulischen Erziehung kommen muß, damit die sozialistische Erziehung und Bildung in der Schule ihre Vorbereitung und ihre Ergänzung durch die häusliche Erziehung finden kann.“

Die christliche Erziehung im Elternhaus kann aber keinesfalls die Vorbereitung der sozialistischen Erziehung und Bildung in der Schule sein. Denn der Ministerpräsident sagt: „In der Schule steht die gesamte Erziehungs- und Bildungsarbeit im Zeichen der Wissenschaftlichkeit und der materialistisch-dialektischen Erkenntnislehre“, wobei feststeht, daß mit dieser Wissenschaftlichkeit und dieser Erkenntnislehre der Glaube an Gott abgelehnt wird.

An der Nötigung christlicher Eltern zu einer Erziehung im Sinne der materialistisch-dialektischen Erkenntnislehre, die atheistisch ist, wird deutlich, daß Weltanschauung als Äußerung der Staatsmacht Glaubens- und Gewissensfreiheit praktisch ausschließt.

Noch bei den vorjährigen Verhandlungen mit Kirchenvertretern hat der Ministerpräsident erklärt, daß der Sozialismus, den der Staat vertritt, nicht notwendigerweise den Atheismus einschließen müsse. Heute aber müssen wir ihn so verstehen, daß im Staat des Sozialismus nur die materialistisch-dialektische Weltanschauung Geltung haben könne.

Auch jetzt bedeutet unser Widerspruch keinen politischen Widerstand. Wir sehen Gott als Herrn der Geschichte auch darin wirksam, daß er uns in einem Staat mit sozialistischer Wirtschaftsform Leben und Auftrag gibt. Wir wollen uns als Christen in diesem Staate zum allgemeinen Besten bewähren, aber eben diese Bewährung des Glaubens läßt es nicht zu, daß wir Gott verleugnen. Wir haben in Wort und Tat zu bekennen, daß der Sinn des menschlichen Lebens im Gehorsam gegen Gott liegt. Gott Raum zu geben, ist auch für den sozialistischen Staat das Beste und Förderlichste, das wir ihm wünschen und für ihn erbitten können.

Berlin, den 9. Mai 1959.

Das diesem Schreiben beigefügte Memorandum ist inzwischen von den Kirchenleitungen ihren Pfarrern und kirchlichen Amtsträgern bekanntgegeben worden.

Am 19. Mai hat Staatssekretär Eggerath das Schreiben von Bischof D. Mitzenheim wie folgt beantwortet:

Berlin W 8, den 19. Mai 1959

*Sehr geehrter Herr Landesbischof!*

Ihr Schreiben vom 9. 5. 1959 mit den zwei Exemplaren eines Memorandums und der Durchschrift Ihres Schreibens an den Herrn Ministerpräsidenten ging hier ein. Die Mitteilung, daß dieses Memorandum den Amtsträgern der evangelischen Kirche übersandt wurde, nahm ich zur Kenntnis.

Es dürfte den Beteiligten bekanntgeworden sein, daß Herr Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Erholungsurlaub antrat. Daraus ergibt sich, daß vorerst keine Möglichkeit für die Festsetzung eines Termins zur Durchführung der von Ihnen gewünschten Aussprache besteht.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir die Feststellung, daß die in Ihrem Schreiben angeführten Besprechungsthemen ungenügend konkretisiert wurden und zum Teil überholt sind. Zu der im vorletzten Absatz Ihres Schreibens aufgeworfenen Frage wurde wiederholt eine klare und eindeutige Antwort gegeben, so daß sich eine Wiederholung der Fragestellung erübrigt. Dasselbe trifft auch zu für den Absatz 3 auf Seite 2 Ihres Schreibens. Mißstände und Mißverständnisse sind in erster Linie mit den auf Grund des Gesetzes vom 17. 1. 1957 verantwortlichen örtlichen Organen zu behandeln.

Solange einige Kirchenleitungen diesen Weg ablehnen, werden auch Beratungen mit zentralen Organen des Staates wenig Aussicht auf Erfolg haben. Leider muß ich erneut feststellen, daß auch in diesem Schreiben sichtbar wird, daß Sie falsch informiert wurden. Solche Fragen, wie Sie sie in Punkt 7 und 8 aufwerfen, machen außerdem sorgfältige Untersuchungen durch die beteiligten Ministerien notwendig.

Sehr geehrter Herr Landesbischof, Sie werden verstehen, daß ein Gespräch mit dem Herrn Ministerpräsidenten nur dann für alle Beteiligten befriedigend verlaufen kann, wenn die zu behandelnden Fragen gut vorgeklärt sind. Es kann dem Ministerpräsidenten auch nicht zugemutet werden, sich mit Fragen zu beschäftigen, die in die Zuständigkeit anderer staatlicher Organe fallen, solange diese sich nicht geäußert haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Eggerath, Staatssekretär*

Bischof D. Mitzenheim hat darauf am 28. Mai folgendermaßen geantwortet:

Landesbischof D. Mitzenheim

Eisenach, den 28. Mai 1959

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär!*

Mit Dank bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 19. 5. 1959 und nahm zur Kenntnis, daß wegen des Urlaubs des Herrn Ministerpräsidenten ein Termin für ein Gespräch mit ihm zur Zeit nicht festgesetzt werden kann.

Ich begrüße den im letzten Absatz Ihres Schreibens ausgesprochenen Vorschlag, die Punkte, über die den evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik eine grundsätzliche Beratung mit dem Herrn Ministerpräsidenten notwendig erscheint, möglichst umfassend vorzuklären.

Es ist mir auch bekannt, daß Mißverständnisse und Mißstände im Verhältnis zwischen kirchlichen und staatlichen oder politischen Stellen in erster Linie auf Grund des Gesetzes vom 17. 1. 1957 mit den örtlichen Organen zu klären sind. Aber eben in erster Linie! Wenn ein solcher Klärungsversuch auf der Kreis- oder Bezirksebene nicht zu Ergebnissen führt, sei es, weil diese Stellen sich von zentralen Weisungen gebunden oder abhängig fühlen, sei es, weil sie nicht die Entschlußfreudigkeit zu wirklich weiterführenden und der Entspannung dienenden Entscheidungen im Einzelfall aufbringen, muß doch das Sachgespräch über grundsätzliche Fragen und gegebenenfalls auch einmal über



einen paradigmatischen Einzelfall auf zentraler Ebene in Berlin möglich bleiben. Sie selbst wissen, daß ich aus meinem Thüringer speziellen Aufgabenbereich keine Sache an Sie brachte, die nicht vorher entweder ich selbst oder meine Mitarbeiter örtlich, d. h. im Kreis oder im Bezirk, zu klären versuchten.

Darf ich Ihren Vorschlag der Vorklärung der in unserem Schreiben vom 9. 5. 1959 aufgeworfenen Fragen gleich für einen Punkt aufgreifen in der Hoffnung, daß damit vielleicht diese Angelegenheit überhaupt abschließend geklärt werden könnte. Ich meine Ziffer 3 der Aufzählung in diesem Schreiben. Meine Superintendenten und Pfarrer fragen mich immer wieder, wie denn nun die Frage der Bibelrüsten für junge Gemeindeglieder in diesem Jahre geklärt sei. Enttäuschende Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren und unterschiedliche Behandlung durch örtliche Staatsorgane haben bei den kirchlichen Mitarbeitern und in der Gemeinde den berechtigten Wunsch geweckt, diese Frage möchte doch nun endlich einmal möglichst abschließend von den verantwortlichen Kirchenleitungen bei den zentralen Stellen grundsätzlich geklärt werden. In dem Gespräch in Ihrer Dienststelle am 14. 4. wurde zum Ausdruck gebracht, daß Bibelrüsten und Freizeiten für junge Gemeindeglieder als eine besondere Form und ein Bestandteil der verfassungsmäßig der Kirche garantierten religiösen Unterweisung keiner besonderen Genehmigung bedürften. Voraussetzung sei, daß wirklich die kirchliche Unterweisung und die Gespräche über religiöse Fragen mit den jungen Menschen Hauptinhalt und Zweck der Freizeiten und Rüstzeiten seien. Es wurde Ihrerseits in Aussicht gestellt, daß vom Staatssekretariat eine entsprechende Anleitung der örtlichen Organe veranlaßt würde. Darf ich annehmen, daß diese Anleitung inzwischen erfolgte. Ich habe bisher davon abgesehen, die mir unterstellten Dienststellen vom Inhalt unseres Gespräches zu unterrichten, wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Sie gegen eine Unterrichtung der Pfarrer im obigen Sinne keine Bedenken haben. Da die Vorbereitung der Rüstzeiten anlaufen muß, wäre ich für eine baldige Antwort zu diesem Punkte dankbar.

Im übrigen bin ich gern bereit, auch zur Vorklärung der übrigen Punkte meinerseits beizutragen. Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie treffen in Ihrem Schreiben vom 19. 5. die Feststellung, aus unserem Schreiben vom 9. 5. werde deutlich, ich sei in einigen Punkten falsch informiert worden. Ich wäre dankbar, wenn diese Andeutung präzisiert werden könnte. Ich darf darauf hinweisen, daß mit Schreiben vom 9. 5. ja nur Materien für die Sachverhandlung aufgeführt werden sollten. Darf ich bitten, mir mitzuteilen, welche Methode Sie als die zweckmäßigste für die erforderliche Vorklärung vorschlagen. Ich darf doch wohl annehmen, daß diese Vorklärung nicht nur intern innerhalb des Staatsapparates, sondern im vorbereitenden Austausch mit kirchlichen Stellen erfolgen soll. Nehmen Sie nochmals die Versicherung, daß ich jederzeit bereit bin, dazu zu helfen, daß eine sachliche Klärung der offenen Fragen vom Boden des geltenden Rechts aus erfolgt, denn ich meine, mit einer solchen, möglichst umfassenden Befriedung wäre nicht etwa nur der Kirche, sondern in erster Linie unserem Volke ein guter Dienst getan.

Ich grüße Sie mit den besten Wünschen für Ihr verantwortungsvolles Amt.

*D. Mitzenheim*

Zu einer erneuten mündlichen Verhandlung der Bischöfe mit der Regierung und besonders dem Ministerpräsidenten ist es 1959 nicht mehr gekommen. Der Wunsch und die Bitte der Bischöfe, ein solches Gespräch zu führen, ist geblieben und durch die Entwicklung besonders des Schulwesens (s. u.) noch dringlicher geworden.

Zum Erweis dafür, wie stark auf seiten der SED und von ihr beeinflusst in der Öffentlichkeit und von Staatsorganen auch in grundsätzlichen Fragen die

Botschaft des Evangeliums attackiert wird, seien folgende Beweisstücke festgehalten:

SENDUNG DES DEUTSCHLANDSENDERS VOM 24. 6. 1959 ZU DEM THEMA  
KIRCHE UND POLITIK

In unserer Sendereihe „Gedanken zur Zeit“ spricht heute Karl Mollnau über das Thema „Kirche und Politik“.

*Meine Hörerinnen und Hörer!*

Kirche und Politik sind für viele Menschen zwei Phänomene, die voneinander säuberlich zu trennen sind und miteinander nichts zu tun haben. Im Denkschema dieser Menschen sind Religion und Kirche vornehmlich nur der Geistlichkeit zugewandt und ausschließlich um das Seelenheil ihrer Gläubigen bemüht, während die Politik mit den Dingen des sogenannten tristen Alltags befaßt ist und den Charakter verdirbt. Untersuchungen, die ernsthaft die Problematik von Kirche und Politik in ihrem Verhältnis zueinander aufwerfen, werden deshalb von ihnen häufig von vornherein als verfehlt betrachtet.

Ganz Boshafte sehen darin sogar verleumderische Unternehmungen von Marxisten und Atheisten. Aber wie dem auch sei, in der Konfrontation mit der Wirklichkeit erweist sich die Meinung von der apolitischen Existenz bzw. von der politischen Abstinenz der Kirchen in jedem Falle als unhaltbar. Religion und Kirche sind wesentlich politische Größen, und zwar in zweifacher Hinsicht: Einmal sind Religion und Kirche Überbauerscheinungen gesellschaftlicher Formationen, die auf Ausbeutung beruhen, und in dieser Eigenschaft erfüllen sie ganz bestimmte gesellschaftliche Funktionen, die den Produktionsverhältnissen dieser Gesellschaftsordnungen adäquat sind. Eine politische Wirkung von Religion und Kirche ist eine wesensmäßige Zwangsläufigkeit, eine Wirkung eo ipso, die überall dort anzutreffen ist, wo Religion und Kirche existieren. – Zum anderen können Religion und Kirche dann politisch relevant werden, wenn ihre Vertreter die seelsorgerisch-theologischen Bezirke verlassen und in die Politik unmittelbar eingreifen, um die Gläubigen zu einer Parteinahme für politische Ereignisse, Vorgänge oder Vorhaben zu veranlassen.

Allein diesen Aspekt der Problematik hat unser Vortrag im Auge. Das Verhältnis von Kirche und Politik unter diesem Blickwinkel einmal grundsätzlich zur Debatte zu stellen, scheint uns vor allem deshalb geboten, weil in Deutschland maßgebliche Funktionsträger der beiden Konfessionen ihre Kirchen auf politisch außerordentlich fragwürdige Positionen festlegen wollen. Bei unserer Betrachtung gehen wir davon aus, daß Religion und Kirche als gesellschaftliche und historische Erscheinungen unter uns bestehen. Obwohl die evangelische und die katholische Religion eschatologisch und jenseitig orientiert sind, existieren ihre Kirchen inmitten unserer irdischen Welt als sichtbare organisatorisch institutionelle Zusammenschlüsse von mehr oder weniger gläubigen Menschen. – Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Kirchen gegenüber den Daseins- und Lebensfragen der Menschen nicht gleichgültig sein können. Es sei denn, sie brächten Unnatürlichkeit zustande, gleichgültig gegenüber der eigenen Existenz zu sein.

Da nun ein großer Teil der menschlichen Daseins- und Lebensfragen politischer Natur ist, d. h. Lebensfragen des Volkes und der Nation sind, können die Kirchen gegenüber der Politik nicht gleichgültig sein. Dies heißt aber: Es muß als ein durchaus legitimes Recht der Kirchen angesehen werden, ihre innerweltliche Praxis auch auf den politischen Bereich auszudehnen und sich zu politischen Fragen zu äußern.

Die Rechtsordnung unseres Staates berücksichtigt dies in vorbildlicher Weise in dem Art. 41 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, der den Religions-

gemeinschaften das Recht sichert, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen.

Eine politisch praktizierende katholische oder protestantische Kirche ebenso wie jede beliebige Kirche anderer Glaubensbekenntnisse, die politisch tätig wird, ist demnach nicht von vornherein verwerflich, wobei hier anzumerken ist, daß mit dieser Feststellung in gar keiner Weise das Prinzip der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche berührt worden ist. Die Fragwürdigkeit kirchlicher Betätigung und politisierender Kirchenvertreter beginnt dort, wo das Wie und Wozu in Betracht gesetzt werden muß.

Dies wird besonders in Deutschland sichtbar. Hier haben sich die beiden großen Konfessionen nach 1945 politisch breit in Szene gebracht, und in der Bundesrepublik sind der politische Katholizismus und der politische Protestantismus zu integrierenden Bestandteilen des öffentlichen Lebens geworden. Sowohl der politische Katholizismus wie auch der politische Protestantismus treten in zwei Arten auf. Die Scheidungslinie beider Arten ist gegenwärtig in ihrer Haltung zum Grundproblem der Weltpolitik, zur Frage Krieg oder Frieden durch Koexistenz, zu sehen. – Die eine Art des politischen Katholizismus und politischen Protestantismus erkennt, daß Kriege nicht unvermeidbar sind und daß der deutsche Militarismus den Frieden in Europa bedroht. Ihre Vertreter, Männer wie Martin Niemöller und Walter Hagemann, Karl Barth und Emil Fuchs, beteiligten sich deshalb aus christlichem Ethos heraus am Friedenskampf. Diese Kräfte finden daher auch die achtungsvolle Unterstützung aller friedenswilligen Menschen. Hingegen werden sie von entscheidenden Mitgliedern des hohen katholischen Klerus und der protestantischen Hierarchie, wie beispielsweise Frings, Hengsbach, Dibelius und Asmussen, diffamiert und bekämpft. Es sind dies zugleich jene Leute, die die andere, die reaktionäre Abart des politischen Katholizismus und des politischen Protestantismus vertreten. Jene Abart also, die im Bündnis mit der imperialistischen Reaktion steht, den gesellschaftlichen Fortschritt bekämpft und die die Religion, die Kirche und die religiösen Gefühle der Gläubigen im großbürgerlichen Klasseninteresse mißbraucht und zum politischen Klerikalismus degeneriert. Was ist unter dem Terminus politischer Klerikalismus zu verstehen? Der politische Klerikalismus ist keine kirchliche Erscheinung; mit der Kirche hat er nur mittelbar etwas zu tun, und zwar insofern, als er sie pervertiert und der imperialistischen Politik dienstbar zu machen bestrebt ist. Der politische Klerikalismus ist eine internationale Erscheinung des Imperialismus. Er ist eine ökonomische, politische, institutionell-organisatorische und ideologische Allianz nationaler und internationaler katholischer und protestantischer Gremien bzw. einzelner hoher Kirchenführer mit dem Finanzkapital. Diese Allianz verfolgt das Ziel, die bürgerliche Gesellschaftsordnung vor ihrem historisch notwendigen Untergang zu retten. Der politische Klerikalismus setzt sich also aus der reaktionären politisch-katholischen und aus der reaktionären politisch-protestantischen Komponente zusammen, wobei die politisch-katholische tonangebend ist. Träger des politischen Klerikalismus sind vor allem reaktionäre Kräfte, die sich aus den nationalen und internationalen Führungsgremien der katholischen und protestantischen Kirche rekrutieren. Aber auch einfache Gläubige treten in dieser Funktion in Erscheinung. Allerdings gehören sie dann meist der kapitalistischen Oberschicht an. Die sozial-ökonomischen Wurzeln des politischen Klerikalismus sind in der ökonomischen Verflechtung beispielsweise des Vatikans und anderer kirchlicher Einrichtungen mit dem Monopolkapital zu sehen. So ist es bereits seit langer Zeit kein Geheimnis mehr, daß der Vatikan ein finanzkapitalistischer Ausbeuter internationalen Formats ist. Der politische Klerikalismus ist ein imperialistisches System der Menschenbeherrschung und der Massenverführung, das alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens durchdringt. Allgemeine Charakteristika sind, daß er die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre marxistisch-leninistische Weltanschauung bekämpft, daß er gegenüber dem sozialistischen Lager konterrevolutionä-

näre Wühlarbeit und Diversion betreibt, daß er sich völlig auf den amerikanischen Imperialismus als das Führungszentrum der Weltreaktion orientiert hat, daß er den Kolonialismus unterstützt, daß er demokratiefeindlich und profaschistisch ist und daß er die Weltherrschafts- und Atomkriegspläne der Imperialisten ideologisch rechtfertigt. Der Kern der Ideologie des politischen Klerikalismus ist die These von der Unerkennbarkeit der Welt. Die politisch-klerikale Ideologie propagiert die Ohnmacht der Vernunft und die Machtlosigkeit des wissenschaftlichen Denkens. Sie will das menschliche Denkvermögen einem Mechanismus irrationaler Mythen ausliefern. Nach Ansicht der politisch-klerikalen Ideologen entwickelt sich die Welt nicht nach objektiven Gesetzen, sondern nach vorgegebenen Strukturvorschriften des göttlichen Schöpfers. Ins Gesellschaftliche übertragen, führt dies zum Ausschluß des subjektiven Faktors aus der menschlichen Geschichte. Der politische Aspekt dieser klerikalen Spontanitätstheorie besteht darin, daß sie die gesellschaftlichen Verhältnisse des Imperialismus mit dem Glorionschein der Heiligkeit und Göttlichkeit umhüllt und daß sie mit allen Mitteln zu verhindern sucht, daß sich die Menschen auf etwas anderes als auf irrationale Mythen orientieren. Der politische Klerikalismus und seine Ideologie sind also genau auf die imperialistischen Bedürfnisse zugeschnitten. Nichts zeigt dies deutlicher als die Praxis des politischen Klerikalismus in Westdeutschland, wo er in engster Koalition mit dem Militarismus steht und als willfähiges Werkzeug der ideologischen Kriegsvorbereitung fungiert. Mit welch lebensverachtender Brutalität er sich in dieser Hinsicht betätigt, dafür steht als ein Beispiel die klerikale Rechtfertigung eines nuklearen Krieges. Die systematische Befürwortung eines Atomkrieges gegenüber den sozialistischen Ländern begannen die führenden Vertreter des politischen Klerikalismus im Mai vergangenen Jahres mit einem moral-theologischen Gutachten über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, das als Wort der Kirche ausgegeben und bezeichnenderweise im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht wurde. Hierin wird gesagt, die Verwendung atomarer Kampfmittel widerspreche nicht notwendig der sittlichen Ordnung und sei nicht in jedem Falle Sünde. War dieses moral-theologische Gutachten in der Diktion noch bis zu einem gewissen Grade maßvoll, so ließen die führenden Vertreter des politischen Klerikalismus während einer Tagung in Würzburg zu Beginn dieses Jahres alle taktischen Rücksichten beiseite. Sie priesen die bürgerliche Gesellschaft als göttliche Rechts- und Friedensordnung, die mit Hilfe eines atomaren Angriffskrieges gegenüber den sozialistischen Staaten gesichert und ausgedehnt werden müsse. Die zerstörerischen Gewalten, die ein solcher Atomkrieg entfesseln würde, müßten auch dann mit in Kauf genommen werden, wenn, wie der Jesuit Gustav Gundlach erklärte, von der Welt nur noch eine Manifestation der Majestät Gottes und seiner Ordnung als Erfolg bliebe. Und im Verlauf seines Referats sagte Gundlach wörtlich: „Ja, wenn die Welt untergehen sollte dabei, dann wäre das auch kein Argument gegen unsere Argumentation.“ – „Denn“, so meinte der Pater weiter, „wir haben erstens sichere Gewißheit, daß die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt. Wir können dann sagen, daß Gott der Herr, der uns durch seine Vorsehung in eine solche Situation hineingeführt hat oder hineinkommen ließ, wo wir dieses treue Bekenntnis zu seiner Ordnung ablegen müssen, dann auch die Verantwortung übernimmt.“ So weit Gustav Gundlach, ein führender Jesuit und weiland politischer Berater Papst Pius' XII. Dieser Menschenverächter im Ordenskleid hat damit den Bonner Militaristen für ihre atomkriegsverbrecherischen Vorhaben eine Blankovollmacht ausgestellt und Generalabsolution im voraus erteilt. Gundlach ermuntert die Militaristen geradezu zum Atomkrieg, indem er sie von jeglicher Verantwortung dafür freispricht und diese Gott zuschiebt. Ja, er drängt sogar auf die Verwandlung der Welt in eine atomare Schreckenslandschaft, indem er sie als eine Art des nach seiner Ansicht planmäßig zu erwartenden jüngsten Gerichts ausgibt. Wie diese ungeheuerlichen Gedankengänge des atomkriegssüchtigen Paters mit der Frohbotschaft Jesu Christi in Einklang



oder auch nur in leiseste Berührung gebracht werden können, bleibt uns unerfindlich. Doch mit diesem Problem sich näher auseinanderzusetzen, überlassen wir jenen, die die dafür nötigen theologischen Legitimationsgrundlagen mitbringen.

Brechen wir hier unseren Gang durch die Niederung der politisch klerikalen Menschenverachtung und ihres atomkriegsbesessenen Antihumanismus ab und ziehen wir das Resümee unserer Betrachtung. Ein politischer Katholizismus sowie ein politischer Protestantismus, der für den Frieden eintritt und sich nicht imperialistisch engagiert hat, ist nicht verwerflich. Im Gegenteil, es ist zu wünschen, daß sich die Kirchen und ihre Vertreter in diesem Sinne mutig auf das politische Parkett wagen. Unsere Kampf-ansage gilt aber dem politischen Klerikalismus als einer imperialistisch-militaristischen Erscheinung. Dabei sind wir gewiß, diesen Kampf mit den vielen gutwilligen einfachen Gläubigen und den friedenswilligen Kirchenfunktionären Seite an Seite erfolgreich zu bestehen. Wenn wir dem politischen Klerikalismus so entschlossen entgegentreten, so tun wir auch dies in der Überzeugung, daß es endlich an der Zeit ist, friedfertige Weltzustände einzurichten und aufrechtzuerhalten.

#### ABSCHRIFT EINES EHESCHIEDUNGSRURTEILS

*des Stadtgerichtsbezirkes Berlin-Prenzlauer Berg vom 19. Mai 1959 (Auszug)*

Die Ehe der Parteien wird geschieden.

Der zwischen den Parteien geschlossene Vergleich wird bestätigt, soweit er sich auf die Ehewohnung bezieht. Hinsichtlich des Unterhaltungszuschusses wird die Bestätigung versagt.

Die gerichtlichen Kosten des Rechtsstreites werden den Parteien je zur Hälfte auf-erlegt.

Die außergerichtlichen Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

#### *Tatbestand*

...

Der Kläger behauptet, daß die anfangs gute Ehe dadurch getrübt worden sei, daß sich die Verklagte im Jahre 1946 der Kirche anschloß. Sie habe sich in steigendem Maße dieser zugewendet. Sie besuche jeden Sonntagvormittag den Gottesdienst und sei außerdem mindestens zweimal in der Woche bei kirchlichen Veranstaltungen tätig. Das Verhalten der Verklagten habe dazu geführt, daß sie sich innerlich fremd geworden seien. Die Ehe bestehe nur noch rein äußerlich. Sie habe deshalb ihren Sinn für die Beteiligten verloren.

Der Kläger beantragt daher die Scheidung der Ehe.

Die Verklagte stellt zur Klage keine Anträge. Sie ist mit der Scheidung einver-standen.

Das ihr zur Last gelegte Verhalten wird von ihr zugegeben mit dem Hinweis, daß sie ohne Gottes Wort nicht leben könne. Sie führt im übrigen an, daß auch ihre Toch-ter sich der Kirche zugeneigt habe. Ihr Schwiegersohn sei Sohn eines Pfarrers und sei ebenfalls im Kirchendienst tätig.

Gegenseitige Unterhaltungsansprüche aus § 13 der EheVO werden nicht geltend ge-macht. Der Kläger ist jedoch willens, der Verklagten einen Unterhaltzuschuß zu gewähren.

Über diesen Unterhaltzuschuß und die Ehewohnung ist ein Vergleich geschlossen worden, der aber nur hinsichtlich der Wohnung Bestätigung erlangt hat.

Hinsichtlich des Hausrates haben sich die Parteien außergerichtlich geeinigt. Sie ver-zichten ausdrücklich auf Durchführung eines Hausratsverfahrens.

Im übrigen wird auf den sonstigen Akteninhalt verwiesen.

Nach der EheVO kann eine Ehe geschieden werden, wenn hierfür ein ernstlicher Grund besteht. Das von der Verklagten glaubhaft zugegebene Verhalten stellt sich als der ernsthafte Grund dar, der Voraussetzung für die Scheidung einer Ehe ist.

In unserem Staat der Arbeiter und Bauern kann einem fortschrittlich denkenden Menschen nicht zugemutet werden, einem Ehepartner verbunden zu bleiben, wenn dieser sich in ständig steigendem Maße der Kirche zuneigt. Bei diesem Sachverhalt ist es unmöglich, daß die in der Präambel zur EheVO als Ziel einer Ehe herausgestellte gemeinsame Weiterentwicklung der Ehepartner verwirklicht wird.

Aus diesem Grunde kann auch die Richtlinie des Obersten Gerichtes vom 1. Juli 1957, die die Scheidung einer jahrzehntelang bestehenden Ehe sehr erschwert, nicht zum Zuge kommen, weil sich das Verhalten der Verklagten eben als der andere schwerwiegende Grund darstellt, der in solchen Fällen die Möglichkeit einer Scheidung gibt.

Auch die Zerrüttung der Ehe muß als gegeben angesehen werden. Dies ergibt sich einmal daraus, daß die Parteien zueinander keine Bindung mehr haben. Der Umstand, daß 1946 der letzte eheliche Verkehr stattgefunden hat, dürfte dies noch unterstreichen.

Die Folgen der Scheidung müssen der Verklagten zugemutet werden, weil diese durch ihre Einstellung zur Kirche das Auseinanderleben der Ehepartner herbeigeführt hat.

Damit sind die Voraussetzungen für die Scheidung dieser Ehe gegeben. Dem Klageantrage konnte daher der Erfolg nicht versagt bleiben.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 19 der EheVO. Eine Veranlassung, von der gesetzlich geregelten Kostenverteilung abzuweichen, war nicht gegeben.

Der Vergleich konnte nur hinsichtlich der Ehewohnung bestätigt werden. Eine Bestätigung hinsichtlich des vom Kläger angebotenen Unterhaltungszuschusses konnte nicht erfolgen, weil der Kläger, der bereits im 66. Lebensjahr und bereits auf Rente gesetzt ist, sich mit dieser Verpflichtung zuviel zugemutet hat. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß der Kläger auf Grund dieser freiwilligen Zahlungsverpflichtung sich mehr zumutet, als seiner Gesundheit zuträglich ist.

Über weitere Nebenanträge war nicht zu entscheiden, weil solche nicht geltend gemacht worden sind.

AUSZUG AUS EINEM ARTIKEL IM „NEUEN DEUTSCHLAND“ VOM 19. 9. 1959

„Ist die Bibel überholt?“ Von Harald Wessel. Polemische Bemerkungen zu dem von Bischof Lilje auf dem Münchener Kirchentag gehaltenen Vortrag „Der Sputnik und der liebe Gott“.

Bischof Lilje ging es in seinem Münchener Vortrag um die Verteidigung klerikaler Glaubenssätze. Seine rhetorisch wohlgeschliffenen Sätze galten nicht der offensiven Auseinandersetzung mit dem dialektischen Materialismus, sondern sie bemühten sich, von der klerikalen Dogmatik das zu retten, was Lilje glaubt, noch retten zu können. Im Blick auf die Erklärung Liljes, daß die Bibel in einem literargeschichtlichen Prozeß entstanden sei, stellt Wessel fest: „Die Einsicht, daß die Bibel ein historisches Dokument und kein überzeitliches Offenbarungsbuch ist, verdankt die Menschheit u. a. dem historischen Materialismus. Daß sich ein Bischof diese Einsicht nunmehr zu eigen macht, ist also gar nicht so natürlich und selbstverständlich, wie Lilje es hinzustellen versucht. Bekanntlich wird der christliche Glaube aus einem sogenannten Offenbarungsbuch, der Bibel, hergeleitet. Den Offenbarungscharakter der Bibel zu bezweifeln, bedeutet also, den christlichen Glauben anzuzweifeln! Es ist also sehr verwunderlich, wenn ein Bischof die Bibel zum zeitgeschichtlichen Dokument erklärt und dabei seinen Zuhörern verheimlicht, welche Konsequenzen das für die Offenbarung hat. Entweder ist Lilje ein verkappter Materialist oder ein Demagoge.“ Weiter interpretiert der Verfasser: „In

Wahrheit stützen sich die wichtigsten Lehren des christlichen Glaubens auf jene uralte Vorstellung, nach der die Erde der Mittelpunkt der Welt und der Mensch die privilegierte ‚Krone der Schöpfung‘ sein soll. Ohne diese Vorstellung wird das christliche Menschenbild, das jahrhundertlang den jeweils herrschenden Ausbeuterklassen ideologisch diente, hinfällig. Deshalb haben die klerikalen Ideologen jene uralte biblische Vorstellung auch mit unerbittlicher Härte verteidigt ... Obgleich schon im 16. Jahrhundert nachgewiesen war, daß die Erde nicht der Mittelpunkt der Welt ist und der Mensch mithin keine Sonderstellung innehat, haben die Kleriker das überholte Weltbild der Babylonier – wie es Lilje jetzt plötzlich nennt – bis in unser Jahrhundert hinein mit den vielfältigsten Mitteln propagiert. Und als dann die Sputniks für jedermann sichtbar am Himmel standen, da gab es natürlich den großen Schock ... Die kosmischen Errungenschaften zwingen die Kleriker, die Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung irgendwie in ihre Massenpropaganda einzubeziehen ... Lilje möchte nun plötzlich den Eindruck erwecken, als sei die alte biblische Vorstellung von der Erde und vom Menschen kein integrierender und unabdingbarer Bestandteil des christlichen Glaubens. Ein Blick in die Ideengeschichte des Christentums beweist das Gegenteil.“ Im Zusammenhang mit Liljes Frage, welchen Sinn die Ausflüge in den Himmel haben, „wenn wir nicht die Kraft haben, diese friedlose Welt in Ordnung zu bringen“, wirft Wessel dem Bischof vor, daß er „verschiedentlich sein bischöfliches Wort zugunsten der Bonner Atomordensritter in die Waagschale geworfen“ habe. „Es gibt Kleriker, die einerseits im Namen des Jenseits die Bonner Atomrüstung einsegnen und einen Atomkrieg gutheißen, weil Gott ihn angeblich eingeplant habe, und die andererseits, wenn die Existenz Gottes diskutiert wird, auf eben diese von ihnen selbst geförderte ‚Friedlosigkeit‘ der Welt hindeuten, um diese ‚Friedlosigkeit‘ als Beweis für die Existenz überirdischer Kräfte vorzuführen. Aber dieser ebenso demagogische wie logisch widerspruchsvolle Teufelskreis klerikal-militaristischer Propaganda wird nicht mehr lange vorhalten.“

Die Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen in der DDR sah sich veranlaßt, durch ihren Referenten an den Vorsitzenden des staatlichen Rundfunkkomitees zum Karfreitagsprogramm des demokratischen Rundfunks folgenden Brief zu schreiben:

Evangelische Kirche in Deutschland  
Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen in der  
Deutschen Demokratischen Republik

Berlin C 2, den 23. März 1959

*Sehr geehrter Herr Professor!*

Da wir bereits bei früherer Gelegenheit die Möglichkeit hatten, Ihnen die Auffassungen der evangelischen Kirche, ihre Sorgen und Beschwerden hinsichtlich der Arbeit des Staatlichen Rundfunks vorzutragen, und bei Ihnen auch ein Verständnis für unsere Anliegen fanden, möchte ich als der zuständige Referent in der Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in diesem Schreiben Ihre Aufmerksamkeit auf das Programm des Staatlichen Rundfunks für den diesjährigen Karfreitag lenken.

Es wird Ihnen bekannt sein, daß der Karfreitag einer der größten und auch populärsten kirchlichen Feiertage und zugleich in besonderer Weise ein Bußtag der evangelischen Kirche ist. Auch Menschen, die im allgemeinen nicht sehr aktiv am Leben ihrer Kirche teilnehmen, möchten den besonderen Charakter des Karfreitags auf jeden Fall erhalten wissen. Ich brauche ja nur auf den starken Besuch aller Passionsaufführungen zu verweisen.

Wenn ich unter diesem Gesichtspunkt das Programm des Staatlichen Rundfunks für den diesjährigen Karfreitag, wie es im „Rundfunk- und Fernsehprogramm“ Nr. 13/59

angekündigt ist, betrachte, muß ich feststellen, daß hier die Eigenart des Karfreitags so gut wie gar nicht berücksichtigt ist. Radio DDR I bringt gewiß um 7.30 Uhr eine Morgenfeier der evangelischen Kirche. Der Deutschlandsender bringt die Matthäuspassion von Johann Sebastian Bach. Aber das ist auch alles. Dabei werden die beiden Teile – Teil I 15.40 Uhr–17.00 Uhr, Teil II 22.30 Uhr–24.00 Uhr – der Matthäuspassion sehr weit auseinandergerissen. Zwischen beiden Teilen spielt von 17.25 bis 17.50 Uhr die Kapelle Adalbert Luther Tango- und Walzermelodien, vor allem die eigentliche Abendveranstaltung von 19.50–22.00 Uhr steht unter dem Motto: Musik, die nie verklingt, Unvergessliches aus Oper, Konzert, von der Operettenmelodie bis zum Evergreen. Die übrigen Sender des Staatlichen Rundfunks nehmen in ihren Sendungen vom Karfreitag kaum Notiz, bringen alle unter anderem auch Tanzmusik.

Sehr geehrter Herr Professor, Sie werden verstehen, daß für Christen dieses Programm eine bittere Enttäuschung darstellt. Wir werden weithin auf westliche Sender angewiesen sein, wenn wir am Karfreitag Sendungen, die dem Tage entsprechen, hören wollen.

Die Frage des Karfreitagsprogramms ist vor Jahren schon einmal zwischen Ihrem Vorgänger, Herrn Heiß, und uns erörtert. Auf unsern Einwand damals, es sei befremdlich, wenn zwischen den beiden Teilen der Matthäuspassion die Sendung „Heut tanzen wir zu Hause“ gebracht würde, versicherte uns Herr Heiß, das sei ein Druckfehler, er bitte uns, allen, die uns daraufhin ansprechen würden, zu erklären, daß eine solche Sendung keinesfalls zwischen den beiden Teilen der Passion gebracht würde. Ich muß leider feststellen, daß in diesem Jahr die Sendung „Heute tanzen wir zu Hause“ zwar über einen anderen Sender kommt, daß aber der Deutschlandsender in seiner großen Abendsendung u. a. Evergreens bringt. Der zweite Teil der Matthäuspassion ist zudem so spät angesetzt, daß er wahrscheinlich nur noch von wenigen gehört werden wird.

Ich bin mir darüber klar, daß mein Schreiben nichts mehr an dem Programm für den diesjährigen Karfreitag ändert. Ich hielt mich aber doch dazu verpflichtet, Ihnen offen zu sagen, wie traurig und enttäuscht wir über das Programm sind. Zu der Enttäuschung darüber, daß am Heiligabend keine Christvesper gesandt wurde, kommt nun die neue, daß dem Karfreitag in seinem besonderen Charakter so gut wie gar nicht Rechnung getragen wird. Wir fragen uns auch, ob ein solches Karfreitagsprogramm des Rundfunks, der doch in vieler Hinsicht eine Visitenkarte seines Landes ist, der Deutschen Demokratischen Republik Ehre macht und Zeugnis von einem hohen kulturellen Niveau ablegt. Daß das Land, in dem die Matthäuspassion zum erstenmal erklang, sie heute bei einer Rundfunkübertragung am Karfreitag in einer derartigen Weise auseinanderreißt, daß in der Pause Tangomusik und Evergreens Platz haben, kann nur enttäuschen.

Abschrift meines Schreibens gebe ich an die Chefredaktionen der Rundfunksender, an die Kirchenredaktionen und an verschiedene kirchliche Persönlichkeiten.

Daß auch dieser Vorstoß ohne Erfolg blieb, wurde Weihnachten deutlich. Trotz vieler Vorstellungen wurde wieder keine Christvesper im östlichen Rundfunk übertragen.

Die Vertreter der Kirchen sind sich völlig darüber im klaren, daß angesichts der immer deutlicher werdenden Entwicklung des gesamten öffentlichen Lebens zu einem Sozialismus marxistisch-atheistischer Prägung nicht mit einem überraschenden grundsätzlichen Wandel im Verhältnis von Staat und Kirche zu rechnen ist. Es kann immer nur darum gehen, einen Modus vivendi für die Kirche und für den einzelnen Christen in dem Staat zu finden. Es gilt zu erreichen, daß die in der Verfassung der DDR garantierte und im Kommuniqué vom 21. Juli 1958 noch einmal ausdrücklich zugesagte Glaubens- und Gewissensfrei-



heit nun auch im täglichen Leben des Christen und der Kirche insgesamt von staatlicher Seite praktiziert wird. Es kann nicht erwartet werden, daß der Staat dem Evangelium Raum schafft, bestenfalls, daß er ihm Raum läßt ... Es geht dabei nicht allein darum, daß die Kirche ihre „Positionen“ wahren möchte, sie will vielmehr, indem sie scheinbar in erster Linie für ihre eigenen Belange eintritt, den Staat auf seine Verantwortung für alle seine Bürger, letzten Endes auf seine Verantwortung vor Gott hin anreden.

Ein typisches Beispiel dafür, daß die Kirche auch „Mund der Stummen“ in allgemeinmenschlichen Fragen ist, ist etwa die Entschliessung der schlesischen Provinzialsynode vom 12. November 1959 zur Frage der Reisebeschränkungen:

#### ENTSCHLIESSUNG DER PROVINZIALSYNODE VOM 12. NOVEMBER 1959 IN GÖRLITZ

Die Kirche sieht mit großer Sorge, daß immer wieder Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik fliehen. Sie hat wiederholt und öffentlich ihren Gliedern abgeraten, diesen Schritt zu tun.

Wir müssen aber feststellen, daß heute viele Menschen deswegen ihre Heimat verlassen, weil ihnen die Möglichkeit genommen ist, mit ihren Eltern, Kindern oder auch Ehegatten zusammenzukommen. Diese Trennung bedeutet eine seelische Belastung für die Menschen, die auf die Dauer unerträglich ist. Wir können uns den vielfachen Notschreien in dieser Sache nicht verschließen und bitten die Regierung, das freie Zusammenkommen der Menschen aus beiden Teilen unseres Vaterlandes nicht weiter zu hindern.

Gegenüber allen politischen Erwägungen bitten wir zu bedenken, daß die Maßnahmen weitgehender Reisebeschränkungen menschliche Grundrechte antasten und bei den Betroffenen ein Maß an Bitterkeit hervorrufen, das nicht verantwortet werden kann.

#### *b) Das neue Schulgesetz und die neue Schulordnung*

Am 12. November 1959 erließ der Ministerrat der DDR die „Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen – Schulordnung –“; am 2. Dezember 1959 verabschiedete die Volkskammer das „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“. Um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen seien beide Dokumente wörtlich festgehalten:

#### VERORDNUNG ÜBER DIE SICHERUNG EINER FESTEN ORDNUNG AN DEN ALLGEMEINBILDENDEN SCHULEN

##### *– Schulordnung –*

*Vom 12. November 1959*

Die sozialistische Schule hat die Aufgabe, der Jugend ein allseitiges, lebensnahes und anwendungsbereites Wissen zu vermitteln und sie zu aktiven Staatsbürgern zu erziehen. Das ist ein bedeutsamer Beitrag der Schule bei der Verwirklichung des Siebenjahresplanes. Ein wesentliches Mittel zur Lösung dieser großen Bildungs- und Erziehungsaufgabe ist eine feste Ordnung in der Schule, die als Ergebnis einer planmäßigen und zielstrebigsten Arbeit entsteht und diese fördert.

Voraussetzung für eine feste Ordnung in der sozialistischen Schule sind die vorbild-

liche politisch-pädagogische Arbeit des einheitlich handelnden Pädagogenkollektivs, ein lebensnaher, methodisch qualifizierter und die schöpferische Aktivität der Schüler fördernder Unterricht, die planvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Schulhorten und eine interessante Gestaltung der außerunterrichtlichen Tätigkeit.

Die kameradschaftliche Zusammenarbeit der Lehrer, Erzieher, Eltern und Schüler, die ständige Festigung des Schülerkollektivs sowie die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen den Lehrern und Arbeitern, Genossenschaftsbauern und Angehörigen der Intelligenz und den demokratischen Organisationen sind wichtige Grundlagen für die Sicherung von Ordnung, Stetigkeit und Planmäßigkeit in der Schule.

Bei der Entwicklung einer von allen Pädagogen und Schülern bewußt unterstützten Ordnung und einer planmäßigen Arbeit in unserer Schule stützen sich der Direktor oder Schulleiter und alle Lehrer und Erzieher auf die Mitarbeit der Eltern sowie auf die Initiative der Mitglieder der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, die den aktiven Kern des Schülerkollektivs bilden.

Die feste Ordnung an der Schule entwickelt das Verantwortungsbewußtsein der Schüler und gewöhnt sie frühzeitig daran, sich die Normen des sozialistischen Gemeinschaftslebens zu eigen zu machen und nach ihnen zu leben.

Es wird daher folgendes verordnet:

## *I. Planung und Durchführung der Bildungs- und Erziehungsarbeit*

### § 1

(1) Das Ministerium für Volksbildung, die Bezirks- und Kreisschulräte und die Direktoren oder Schulleiter tragen die volle Verantwortung für die Planmäßigkeit, Stetigkeit und Ordnung der Arbeit in der Schule. Die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden sind verpflichtet, den planmäßigen Bildungs- und Erziehungsprozeß an den Schulen zu sichern. Ohne Genehmigung des Ministeriums für Volksbildung darf nicht in den planmäßigen Bildungs- und Erziehungsprozeß eingegriffen werden.

(2) Der Unterricht erfolgt auf der Grundlage der staatlichen Lehrpläne und Stunden- tafeln. Alle Lehrer und Erzieher sind verpflichtet, durch die gewissenhafte Erfüllung der in den Lehrplänen festgelegten Bildungs- und Erziehungsaufgaben die Voraussetzungen zu schaffen, daß jeder Schüler das Ziel der Klasse und der Schule erreicht.

### § 2

(1) Der gesamte Bildungs- und Erziehungsprozeß der Schule ist sorgfältig zu planen. An den Schulen sind folgende Pläne aufzustellen:

a) Der Jahresarbeitsplan der Schule; er enthält die Hauptaufgaben der Bildungs- und Erziehungsarbeit sowie die Maßnahmen und Methoden zu ihrer Lösung und Aufgaben zur Verbesserung der materiellen Lage der Schule.

b) Die Pläne der Klassenleiter; sie legen Maßnahmen fest, die den systematischen Bildungs- und Erziehungsprozeß der Schüler einer Klasse bestimmen und gewährleisten, daß alle Schüler allseitig entwickelt werden, das Klassenziel erreichen können und die Arbeiter- und Bauernkinder besonders gefördert werden.

c) Die Stoffverteilungspläne der Lehrer; sie enthalten für jedes Fach die genaue Stoffverteilung sowie Hinweise für die pädagogisch-methodische Gestaltung des Unterrichts.

d) Die Pläne der Leiter und der Erzieher in Schulhorten und Internaten; sie enthalten Maßnahmen zur Unterstützung der Lernarbeit der Schüler und Festlegungen für eine interessante Freizeitgestaltung.

(2) Der Jahresarbeitsplan der Schule ist in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsgruppe auszuarbeiten und im Pädagogischen Rat zu beraten. Die Pläne der Klassenleiter, des Leiters des Schulhortes, des Internats und der Erzieher in Schulhorten sind

vom Direktor oder Schulleiter zu bestätigen. Die Durchführung der Pläne ist in regelmäßigen Abständen zu kontrollieren.

### § 3

(1) Die organisatorische Grundlage für den Unterricht ist der Stundenplan. Er ist nach pädagogischen, psychologischen und hygienischen Grundsätzen für die einzelnen Klassen aufzustellen.

(2) Der Unterricht der Schule beginnt in der Regel um 8 Uhr. Ausnahmen bedürfen der Bestätigung des Kreisschulrates.

(3) Die Pausenordnung ist entsprechend den pädagogischen und hygienischen Erfordernissen vom Direktor oder Schulleiter nach Konsultation des Schularztes festzulegen. Dabei sollten in der Regel die Kurzpausen 10 Minuten umfassen. Eine größere Pause ist für die Pausengymnastik zu nutzen. Bei einer Gesamtunterrichtszeit von 6 Stunden sind die Unterrichtsstunden durch Pausen zu unterbrechen, für die insgesamt 70 Minuten vorzusehen sind. Die Aufteilung dieser Pausenzeit ist nach den örtlichen Bedingungen vorzunehmen. Es darf nicht mehr als 6 Stunden ohne Unterbrechung durch eine ausreichende Mittagspause an einem Tage hintereinander unterrichtet werden. Die Ausgabe der Schulspeisung soll in der Regel nach Schluß des Vormittagsunterrichts erfolgen.

(4) Die zeitliche Beanspruchung der Schüler und die einzelnen Fachstunden sind in allen Klassen gleichmäßig auf die einzelnen Wochentage zu verteilen. Die 1. und 2. Klassen dürfen an einem Tage nicht mehr als 4 Stunden, die 3. Klassen nicht mehr als 5 Stunden unterrichtet werden.

(5) Die Stundenpläne sind im Pädagogischen Rat und mit dem Elternbeirat zu beraten und vom Direktor oder Schulleiter dem Kreisschulrat vorzulegen.

### § 4

(1) Die Hauptform des Unterrichts ist die Unterrichtsstunde. Daneben sind auch andere Unterrichtsformen, wie Unterricht in der Produktion, Exkursionen u. a., anzuwenden. Die Unterrichtsstunde dauert 45 Minuten. Sie ist pünktlich zu beginnen und zu beenden und ausschließlich für die Bildungs- und Erziehungsarbeit zu nutzen. Für den Unterricht in den 1. Klassen ist im Ablauf der Stunde auf einen pädagogisch durchdachten Wechsel des Unterrichtsgegenstandes, der Unterrichtsmethoden und Formen zu achten.

(2) Jeder Unterricht ist zur Erreichung einer hohen Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit gut vorzubereiten. Die Unterrichtsmethoden müssen geeignet sein, die Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit der Schüler zu entwickeln, ihre Initiative zu fördern und sie daran zu gewöhnen, theoretische und praktische Aufgaben selbständig zu lösen und sie zur eigenen systematischen Beobachtung sowie zur Durchführung von Versuchen zu befähigen. Die altersmäßigen und individuellen Besonderheiten der Schüler sind zu beachten, Übungen und Wiederholungen regelmäßig durchzuführen.

(3) Der Unterricht darf nicht gestört werden. Unterrichtsbesuche können nur mit Zustimmung des Direktors oder Schulleiters erfolgen. Es ist untersagt, während des Unterrichts

- a) dem Lehrer zu seiner Arbeit Bemerkungen zu machen;
- b) Lehrer von ihrer unmittelbaren Arbeit abzulenken;
- c) Versammlungen und Sitzungen jeglicher Art durchzuführen.

(4) Nach Beginn der Unterrichtsstunde dürfen nur der Direktor oder Schulleiter, sein Vertreter oder Mitarbeiter der staatlichen Organe für Volksbildung in Ausnahmefällen die Klasse betreten.

### § 5

(1) Für alle Schüler ist die planmäßige Bildungs- und Erziehungsarbeit außerhalb des

Unterrichts in Schulhorten zu ermöglichen. Der Schulhort ist ein fester Bestandteil der Schule. Er gliedert sich entsprechend den altersmäßigen Besonderheiten in der Regel in folgende Stufen:

- a) Stufe für die Klassen 1 bis 4,
- b) Stufe für die Klassen 5 bis 8,
- c) Stufe für die Klassen 9 bis 10.

(2) Die Hauptaufgabe des Schulhortes ist es, den Schülern beim Lernen zu helfen und sie in einer sinnvollen Freizeitgestaltung erzieherisch zu betreuen. Die Arbeit im Schulhort muß in den verschiedenen Stufen die altersmäßigen Besonderheiten der Schüler berücksichtigen. Dabei ist mit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der Freien Deutschen Jugend eng zusammen zu arbeiten.

(3) Der Schulhort ist ganztägig geöffnet. Beginn und Ende der Arbeit des Schulhortes richten sich nach den örtlichen Erfordernissen.

(4) Der Direktor oder Schulleiter ist für die Arbeit des Schulhortes verantwortlich. Der Schulhort soll von einem Lehrer geleitet werden. Weitere Lehrer sind im Rahmen ihrer Pflichtstundenzahl im Schulhort einzusetzen. Darüber hinaus sind pädagogisch ausgebildete Gruppenerzieher und ehrenamtliche Kräfte im Schulhort einzusetzen.

## § 6

(1) Die Arbeit der Schule ist durch den Direktor oder Schulleiter so zu gestalten, daß ein kontinuierlicher Ablauf des Unterrichts, der Hort- und Internatserziehung sowie der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften, Kurse und Schulsportgemeinschaften gesichert ist.

(2) Die Schüler dürfen durch Veranstaltungen, die außerhalb des Unterrichts liegen, erst 2 Stunden nach Schluß des lehrplanmäßigen Unterrichts und anderer verbindlicher Veranstaltungen der Schule beansprucht werden.

(3) Soweit sich aus dieser Regelung für die Tätigkeit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der Freien Deutschen Jugend besondere Vereinbarungen erforderlich machen, sind diese mit dem Direktor oder Schulleiter zu treffen.

## II. Schule und Betriebe

### § 7

Die allgemeinbildende polytechnische Schule hat durch systematische und planmäßige Verbindung der Bildung und Erziehung mit dem Leben, besonders mit der produktiven Arbeit, die Schüler zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen zu erziehen. Die Schule hat den Schülern fundierte Kenntnisse und Fertigkeiten in den Grundlagen der Wissenschaften, Technik und Kultur und das Verständnis für die gesetzmäßige Entwicklung der Natur und Gesellschaft zu vermitteln. Die Schüler sollen befähigt werden, die in Schule und Betrieb erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten in der Praxis anzuwenden.

### § 8

(1) Die Direktoren und Schulleiter sind für die polytechnische Bildung und Erziehung der Schüler verantwortlich und haben die systematische und planmäßige Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit auf der Grundlage der Lehrpläne für die Grundlehrgänge und das Fach „Einführung in die sozialistische Produktion“ zu sichern. Mit den Arbeitern, Meistern und Ingenieuren der Betriebe, den Polytechnischen Beiräten und den Einrichtungen der Berufsausbildung ist eng zusammen zu arbeiten.

(2) Die Direktoren und Schulleiter haben durch Patenschaftsverhältnisse mit den sozialistischen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft, durch enge Zusammenarbeit



mit den gesellschaftlichen Organisationen und durch andere geeignete Maßnahmen die Verbindung der Schule mit dem sozialistischen Aufbau zu gewährleisten.

### § 9

(1) Die Leiter der Betriebe sind für die planmäßige und kontinuierliche Durchführung der Grundlehrgänge und des Unterrichtsfaches „Einführung in die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft“ in ihrem Betrieb verantwortlich. Sie sollen erfahrene Arbeiter, Meister und Ingenieure als Betreuer der Schüler einsetzen und deren fachliche und im Zusammenwirken mit der Schule deren pädagogische Qualifikation fördern.

(2) Die Leiter der Betriebe haben für den Unterrichtstag in der Produktion ständige Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen oder Lehrabteilungen mit den erforderlichen Ausrüstungen einzurichten und die notwendigen Werkstoffe und Arbeitsgeräte bereitzustellen. Der Unterrichtstag in der Produktion darf nicht früher als der sonstige lehrplanmäßige Unterricht der Klasse beginnen.

(3) Die Leiter der Betriebe sind außerdem verpflichtet, die Schulen bei der Schaffung und Instandsetzung von Unterrichtsräumen und Lehrmitteln, bei der Ausrüstung der Kabinette und Lehrmittelsammlungen und bei der Ausstattung mit Sportgeräten wirksam zu unterstützen. Sie sollen zur Ausrüstung der Schulhorte und Internate beitragen und betriebliche Einrichtungen für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung stellen.

(4) Es ist anzustreben, daß die Verpflichtungen der Leiter der Betriebe in die Betriebskollektivverträge aufgenommen werden.

### § 10

(1) Die Räte der Kreise sind dafür verantwortlich, daß den Schulen sozialistische Betriebe in Industrie und Landwirtschaft zur Durchführung des Unterrichtstages in der Produktion zugeordnet werden.

(2) Die Räte der Kreise haben ferner mit Hilfe der LPG-Beiräte dafür zu sorgen, daß auch die Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die Erfüllung der Aufgaben gemäß § 9 gewonnen werden.

### § 11

(1) In den Betrieben sind Polytechnische Beiräte zu bilden.

(2) Die Polytechnischen Beiräte beraten die Leiter der Betriebe und Schulen bei der Planung, Durchführung und Kontrolle der Grundlehrgänge. Sie wirken bei der Auswahl und Qualifizierung der Betreuer und bei der polytechnischen Qualifizierung der Lehrer mit. Sie helfen, die materiellen Voraussetzungen für den Werkunterricht, die Grundlehrgänge und das Fach „Einführung in die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft“ zu sichern.

(3) Den Polytechnischen Beiräten sollen u. a. angehören:

Vertreter der Betriebsleitung, der BGL und der FDJ, erfahrene Arbeiter, Meister und Ingenieure, der Betriebsarzt, Lehrmeister und Lehrer der Betriebsberufsschulen, Lehrer der Schulen, die die Grundlehrgänge in dem Betrieb durchführen, sowie Vertreter der Elternbeiräte.

(4) Für Polytechnische Beiräte in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gilt § 10 Abs. 2 entsprechend.

(5) Bei den Räten der Bezirke und Kreise sind Polytechnische Beiräte zu bilden, die entsprechend den Polytechnischen Beiräten gemäß Abs. 3 zusammengesetzt sein sollen. Sie haben insbesondere die Aufgabe, den Erfahrungsaustausch zwischen den Betrieben und den Polytechnischen Beiräten zu organisieren.

### *III. Die Aufgaben des Direktors und Schulleiters, seines Stellvertreters, des Leiters des Schulhortes und des Leiters des Internats*

#### § 12

(1) Der Direktor oder Schulleiter ist Dienstvorgesetzter aller pädagogischen und technischen Kräfte seiner Schule.

(2) Der Direktor oder Schulleiter muß ein politisch und pädagogisch erfahrener Lehrer und guter Organisator sein, der es versteht, ein kameradschaftliches und zielstrebiges Kollektiv zu schaffen. Er hat ständig an der Verbesserung seiner wissenschaftlichen Qualifikation auf politisch-ideologischem und fachlichem Gebiet zu arbeiten. Er erfüllt seine Aufgaben in engster Zusammenarbeit mit der Bevölkerung.

(3) Der Direktor oder Schulleiter wird vom Vorsitzenden des Rates des Kreises im Rahmen der arbeitsrechtlichen Bestimmungen für Lehrer berufen und abberufen. Er ist vom Kreisschulrat der örtlichen Volksvertretung vorzustellen und in sein Amt einzuführen. Die Berufung als Direktor oder Schulleiter kann vom erfolgreichen Besuch eines Lehrganges abhängig gemacht werden.

(4) Der Direktor oder Schulleiter ist Vorsitzender des Pädagogischen Rates, organisiert dessen Arbeit und sichert die Einheitlichkeit des Handelns aller Lehrer und Erzieher.

(5) Der Direktor oder Schulleiter vertritt die Schule nach außen. Er übt das Hausrecht aus.

#### § 13

(1) Der Direktor oder Schulleiter ist für die gesamte politische, pädagogische, schulorganisatorische und verwaltungsmäßige Leitung seiner Schule einschließlich des Schulhortes und des Internats verantwortlich.

(2) Der Direktor oder Schulleiter ernennt die Klassenleiter, stützt sich in seiner Leitungstätigkeit auf ihre aktive Mitarbeit und sichert mit ihrer Hilfe die Einheitlichkeit des Handelns aller Lehrer und Erzieher.

(3) Der Direktor oder Schulleiter hat die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Schulpflicht zu kontrollieren und gemeinsam mit den Klassenleitern die Erfüllung der Lehrpläne und des Stundenplanes zu gewährleisten.

(4) Zu den Aufgaben des Direktors oder Schulleiters gehört insbesondere:

a) Er sorgt für den richtigen Einsatz der Lehrer und Erzieher in der Schule, im Hausaufgabenzimmer, im Schulhort und im Internat. Ihm obliegt die sorgfältige und systematische Entwicklung aller pädagogischen und technischen Kräfte seiner Schule, wobei er der Förderung der Frauen besondere Aufmerksamkeit zu schenken hat;

b) er ist berechtigt, jedem Lehrer im Rahmen der schulischen Arbeit Aufträge und Funktionen zu übertragen. Eine Überlastung, besonders der Lehrerinnen, die Kinder und einen Haushalt zu versorgen haben, ist zu vermeiden;

c) er ist für die Durchführung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches der Klassenleiter, Fachlehrer und der Erzieher im Schulhort und im Internat verantwortlich. Er berät und unterstützt die Lehrer und Erzieher bei ihrer Qualifizierung. Er ist verpflichtet, die Unterrichtsvorbereitung und den Unterricht zu kontrollieren, wöchentlich zu hospitieren, die Hospitationen mit den Lehrern und Erziehern zu besprechen und die Ergebnisse regelmäßig im Pädagogischen Rat auszuwerten. Er hilft besonders den jungen Lehrern und setzt für ihre Anleitung erfahrene Lehrer als Mentoren ein;

d) er überzeugt sich davon, daß der Unterricht pünktlich begonnen und beendet wird, und entscheidet über Stundenverlegungen. Jede Verspätung und jeder Stundenausfall sind ihm sofort zu melden;

e) er ist verpflichtet, regelmäßig Dienstbesprechungen mit allen pädagogischen und technischen Kräften durchzuführen;

f) er entwickelt das Schülerkollektiv und lenkt dessen Tätigkeit in enger Zusammen-

arbeit mit den Leitungen der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der Freien Deutschen Jugend. Er hat alle erzieherischen Maßnahmen zu koordinieren und für eine normale zeitliche Beanspruchung der Schüler Sorge zu tragen;

g) er sichert die Feriengestaltung der Schüler sowie die Erledigung aller Aufgaben der Schule auch in den Ferien, insbesondere die Vorbereitung des neuen Schuljahres;

h) er sorgt für die Aufstellung und Einhaltung der Hausordnung;

i) er ist verantwortlich für die Sauberkeit und die geschmackvolle Ausgestaltung der Schule, des Schulhortes und des Internats und sichert die Einhaltung der Bestimmungen über den Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz;

k) er ist verantwortlich für die regelmäßige Durchführung von Übungen im Verhalten bei Katastrophengefahr und für Erste Hilfe bei Unfällen;

l) er arbeitet mit den im Einschulungsbereich seiner Schule liegenden Kindergärten und Kinderheimen eng zusammen;

m) er soll einmal jährlich vor allen Mitarbeitern der Schule über die Durchführung der sich für die Schule aus dem Volkswirtschaftsplan und dem Haushaltsplan der Schule ergebenden Aufgaben und über die Erfüllung des Jahresarbeitsplanes der Schule Rechenschaft geben.

#### § 14

(1) Der Direktor oder Schulleiter hat die Schule nach dem Prinzip der Einzelleitung auf der Grundlage kollektiver Beratungen zu leiten. Er stützt sich auf den Pädagogischen Rat, den Elternbeirat, den Polytechnischen Beirat des Betriebes, die Schulgewerkschaftsgruppe und die Leitungen der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. Er muß die Hilfe der Bevölkerung organisieren und sie in die Lösung der Aufgaben einbeziehen.

(2) Der Direktor oder Schulleiter muß die kritischen Hinweise und Vorschläge von Lehrern, Eltern und Werktätigen sowie von Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und von Schülern beachten, sorgfältig auswerten und beantworten.

(3) Der Direktor oder Schulleiter vertritt die Interessen der Lehrer und Erzieher seiner Schule und ist berechtigt und verpflichtet, ungerechtfertigte Beschuldigungen, die die Autorität des einzelnen Lehrers oder des Pädagogenkollektivs mindern, zurückzuweisen.

#### § 15

(1) Der Direktor oder Schulleiter ist berechtigt, den an seiner Schule Beschäftigten für vorbildliche Leistungen Belobigungen auszusprechen und dem Kreisschulrat Vorschläge für eine Auszeichnung zu unterbreiten. Belobigungen sind aktenkundig zu machen. Im Pädagogischen Rat sind solche vorbildlichen Leistungen auszuwerten.

(2) Der Direktor oder Schulleiter ist berechtigt und verpflichtet, Verstöße gegen die Ordnung der Schule zu unterbinden und Lehrer, Erzieher und andere Mitarbeiter zur Verantwortung zu ziehen. Verstöße gegen die Ordnung sind von ihm im Pädagogischen Rat gründlich auszuwerten, um durch die Mithilfe des Kollektivs für die Verbesserung der Arbeit zu sorgen. Bei wiederholten Verstößen gegen die Dienstpflichten kann der Direktor oder Schulleiter dem Lehrer oder Erzieher eine Mißbilligung aussprechen. Solche Mißbilligungen sind aktenkundig zu machen. Eine aktenkundige Mißbilligung ist nach 6 Monaten durch den Direktor oder Schulleiter zu löschen, wenn es nach den Ergebnissen der Arbeit und nach der persönlichen Haltung des Betroffenen als gerechtfertigt erscheint.

(3) Die Vorschriften der Verordnung vom 10. März 1955 über die Pflichten und Rechte der Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane – Disziplinarordnung – (GBl. I, S. 217) werden durch Abs. 2 nicht berührt. Disziplinarverfahren nach dieser Verordnung sind vom Direktor oder Schulleiter beim Kreisschulrat zu beantragen.

(4) Der Direktor oder Schulleiter ist verpflichtet, bei den Maßnahmen gemäß Absätzen 1 bis 3 die Meinung der Gewerkschaftsgruppe zu hören.

#### § 16

(1) Der stellvertretende Leiter der Schule unterstützt den Leiter der Schule bei der Erfüllung der Aufgaben und ist sein ständiger Vertreter.

(2) Der stellvertretende Leiter der Schule wird vom Kreisschulrat ernannt.

(3) Der Direktor oder Schulleiter überträgt seinem Stellvertreter einen angemessenen, fest umrissenen Teil seiner Aufgaben, die für eine längere Zeit festzulegen sind. Die Übertragung der Aufgaben ist so vorzunehmen, daß sein Stellvertreter im Zeitraum von 2 Jahren mit allen Aufgaben der Leitung der Schule vertraut gemacht wird.

#### § 17

(1) Der Leiter des Schulhortes soll ein ausgebildeter Lehrer sein. Er wird auf Vorschlag des Direktors oder Schulleiters vom Kreisschulrat ernannt.

(2) Die Hauptaufgabe des Leiters des Schulhortes ist es, auf der Grundlage des Jahresarbeitsplanes der Schule die Planung der pädagogischen Arbeit durch die im Hort tätigen Lehrer und Gruppenerzieher anzuleiten sowie den pädagogisch-methodischen Erfahrungsaustausch zwischen ihnen und den Klassenleitern zu fördern.

(3) Er hat den ehrenamtlichen Helfern in den Schulhorten und Hausaufgabenzimmern pädagogisch-methodische Hilfe zu geben.

(4) Zur Sicherung einer engen Zusammenarbeit mit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der Freien Deutschen Jugend bei der Freizeitgestaltung der Schüler hat er die Arbeitspläne des Schulhortes mit den Plänen der zuständigen Leitungen zu koordinieren.

(5) Für den Leiter des Internats gelten die Absätze 1 bis 4 sinngemäß.

### *IV. Die Aufgaben des Klassenleiters*

#### § 18

(1) Der Klassenleiter hat eine besonders verantwortungsvolle Arbeit zu leisten. Er gewährleistet die planmäßige Erziehungsarbeit in der Klasse, die Einheitlichkeit in den Anforderungen und erzieherischen Einflüssen auf die Schüler seiner Klasse.

(2) Der Klassenleiter ist in seiner Klasse für die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit, für die Erreichung der Lehrplanziele, für die besondere Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder und für die außerunterrichtliche Arbeit verantwortlich.

(3) Der Klassenleiter soll seine Klasse in der Regel mehrere Jahre führen.

#### § 19

Zu den Aufgaben des Klassenleiters gehört insbesondere:

a) Er kontrolliert, wie die in seiner Klasse unterrichtenden Lehrer die Lehrpläne erfüllen. Er ist berechtigt und verpflichtet, bei Nichterfüllung der Aufgaben in der Bildungs- und Erziehungsarbeit durch die Fachlehrer Maßnahmen zur Durchsetzung der Lehrplanforderungen und zur Sicherung der festgelegten Ordnung zu ergreifen, und informiert darüber den Direktor oder Schulleiter;

b) er überzeugt sich von den Unterrichtsvorbereitungen und von der Qualität des Unterrichts der Lehrer in seiner Klasse. Er ist berechtigt und verpflichtet, zur Förderung zurückbleibender Schüler den Fachlehrern und Erziehern im Schulhort und Internat Hinweise zu geben und Forderungen zu stellen. Er entscheidet über besondere erzieherische Maßnahmen;



c) er achtet darauf, daß die in seiner Klasse unterrichtenden Lehrer ihren Fachunterricht mit den von den Schülern am Unterrichtstag in der Produktion und bei gesellschaftlichen Veranstaltungen erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen verbinden. Er hat eng mit den Betreuern seiner Klasse am Unterrichtstag in der Produktion zusammen zu arbeiten und ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben und bei ihrer pädagogischen Qualifikation durch Hinweise und Empfehlungen zu helfen;

d) er analysiert regelmäßig den Leistungsstand der Schüler seiner Klasse und sorgt dafür, daß die Hausaufgaben und die gesellschaftliche Arbeit in einem dem Alter der Schüler entsprechenden Verhältnis stehen. Er führt zu Fragen der Arbeit in der Klasse Beratungen mit den Lehrern und Erziehern im Schulhort und Internat, dem Klassenpaten und Elternaktiv und dem Gruppenpionierleiter oder der FDJ-Gruppenleitung durch;

e) er führt im Zusammenwirken mit der Pionier- oder FDJ-Gruppe die Schüler an die verschiedenen Formen der Selbsttätigkeit in der Schule und in der Freizeit heran. Er unterstützt die Arbeit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der Freien Deutschen Jugend und wertet mit den Schülern periodisch alle Fragen aus, die die Arbeit in seiner Klasse betreffen;

f) er achtet auf den Gesundheitszustand seiner Schüler, fördert ihre sportliche Betätigung, organisiert gemeinsam mit dem Gruppenpionierleiter oder der FDJ-Gruppenleitung die Ferienarbeit und hält ständige Verbindung zum Schularzt.

## § 20

(1) Der Klassenleiter hat pädagogisch-psychologische Aufzeichnungen anzufertigen, die der kontinuierlichen Beobachtung und Beurteilung der Schüler dienen. Sie bilden die Grundlage für die Führung des Schülerbogens. Die Fachlehrer und Erzieher sind verpflichtet, dem Klassenleiter bei der Einschätzung der Schüler zu helfen. Der Klassenleiter arbeitet hierbei eng mit den Erziehern im Schulhort und Internat, den als Betreuer eingesetzten Arbeitern und Genossenschaftsbauern, dem Klassenpaten und Elternaktiv und dem Gruppenpionierleiter oder der FDJ-Gruppenleitung zusammen.

(2) Der Klassenleiter ist für richtige Zensurierung in seiner Klasse verantwortlich. Er hat seinen Schülern die Zeugnisse in würdiger Form zu überreichen.

## § 21

Der Klassenleiter hat zur Beratung der wichtigsten Erziehungsprobleme der Klasse mindestens dreimal im Schuljahr gemeinsam mit den Erziehern im Schulhort und Internat, dem Klassenpaten, dem Elternaktiv und dem Gruppenpionierleiter oder der FDJ-Gruppenleitung Elternabende vorzubereiten und durchzuführen. Er führt Elternbesuche durch und gewährleistet eine enge und ständige Zusammenarbeit mit den Eltern.

## § 22

(1) Der Klassenleiter hat gemäß § 2 Abs. 1 einen Arbeitsplan aufzustellen. Der Inhalt des Planes wird von den Aufgaben des Jahresarbeitsplanes der Schule, den altersmäßigen Besonderheiten der Schüler und dem Entwicklungsstand der Klasse bestimmt. Bei der Aufstellung des Planes sind die Arbeitspläne der Erzieher im Schulhort und Internat sowie der Pionier- oder FDJ-Gruppe zu berücksichtigen.

(2) Der Klassenleiter hat dem Direktor oder Schulleiter, gegebenenfalls dem Pädagogischen Rat über den Stand der Unterrichts- und Erziehungsarbeit zu berichten. Am Ende des Schuljahres ist nach den Weisungen des Direktors oder Schulleiters eine Analyse über die Ergebnisse der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Klasse anzufertigen.

## *V. Die Aufgaben des Lehrers*

### *§ 23*

(1) Der Lehrer hat die verantwortungsvolle Pflicht, die ihm anvertrauten Schüler sozialistisch zu bilden und zu erziehen und ihr Vorbild zu sein. Er ist für die gesamte Erziehungs- und Bildungsarbeit in seiner Schule mitverantwortlich.

(2) Der Lehrer hat durch eine hohe Qualität seines Unterrichts für die sorgfältige Erfüllung der Bildungs- und Erziehungsziele zu sorgen. Der Lehrer ist für die Erfüllung des Lehrplanes und des Stundenplanes dem Klassenleiter und dem Direktor oder Schulleiter verantwortlich.

(3) Der Lehrer muß sich bemühen, ständig seine politische und fachliche Bildung zu vervollkommen. Er ist verpflichtet, die für seine Arbeit notwendige Literatur zu beziehen.

### *§ 24*

(1) Die gründliche Vorbereitung des Lehrers auf den Unterricht gehört zu seinen wichtigsten Pflichten. Bei der Vorbereitung auf den Unterricht soll der Lehrer systematisch die Lehrpläne, Lehrbücher, die pädagogische und methodische Literatur studieren, den zweckmäßigen Einsatz der Lehrmittel planen und Wege suchen, wie er den Unterricht mit dem Leben verbinden und die Schüler zur aktiven Mitarbeit heranziehen kann.

(2) Die methodischen Schritte der Unterrichtsstunde sind schriftlich festzuhalten. Form und Umfang der schriftlichen Vorbereitung richten sich nach der Berufserfahrung des Lehrers und den Erfordernissen des jeweiligen Faches.

(3) Der Lehrer entwickelt während seiner unterrichtlichen Tätigkeit und in seiner Arbeit mit den Schülern außerhalb des Unterrichts die schöpferische Mitarbeit und bewußte Disziplin der Schüler. Er stützt sich dabei auf die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und die Freie Deutsche Jugend und arbeitet eng mit den Eltern und den sozialistischen Betrieben zusammen. Er soll Ratgeber und Helfer der gewählten FDJ- und Pionierfunktionäre sein.

## *VI. Die Aufgaben des Lehrers und Gruppenerziehers im Schulhort*

### *§ 25*

(1) Der Lehrer und der Gruppenerzieher im Schulhort sind für ausreichende Hilfe bei der Anfertigung der Hausaufgaben und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung der Schüler der Gruppe verantwortlich. Grundlagen dafür sind der Jahresarbeitsplan der Schule, das „Programm der Jungen Generation für den Sieg des Sozialismus“ und das Stufenprogramm der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“.

(2) Der Gruppenerzieher muß seinen Plan mit dem Arbeitsplan des Klassenleiters, der Pioniergruppe oder der FDJ-Gruppe abstimmen.

(3) Gemeinsam mit dem Klassenleiter hat der Gruppenerzieher die allseitige Entwicklung der Schüler zu fördern und alle wichtigen Beobachtungen, vor allem im Hinblick auf Leistungsschwankungen, dem Klassenleiter zu melden.

(4) Der Gruppenerzieher hat gemeinsam mit dem Klassenleiter Hospitationen bei Fachlehrern und Elternbesuche durchzuführen.

## *VII. Der Pädagogische Rat*

### *§ 26*

(1) An allen allgemeinbildenden Schulen sind Pädagogische Räte zu bilden, die auf der Grundlage des Statuts des Pädagogischen Rates und staatlicher Weisungen arbeiten.

(2) Der Pädagogische Rat ist ein beratendes Organ des Direktors oder Schulleiters. Die Beschlüsse des Pädagogischen Rates bedürfen der Bestätigung des Direktors oder Schulleiters.

(3) Die persönliche Verantwortung des Direktors oder Schulleiters wird durch den Pädagogischen Rat nicht aufgehoben oder eingeschränkt.

## § 27

(1) Alle an der Schule tätigen Lehrer und Erzieher sowie der Vorsitzende des Elternbeirates sind Mitglieder des Pädagogischen Rates.

(2) Aus den Reihen der Betreuer, die die Schüler während des Unterrichtstages in der Produktion bilden und erziehen, sind durch den Leiter der Schule erfahrene Facharbeiter, Genossenschaftsbauern, Ingenieure und Meister als Mitglieder des Pädagogischen Rates zu berufen.

(3) Dem Charakter der sozialistischen Schule entsprechend sind besonders Produktionsarbeiter, Genossenschaftsbauern und Angehörige der Intelligenz an der Arbeit des Pädagogischen Rates zu beteiligen.

## § 28

(1) Der Pädagogische Rat berät den Arbeitsplan der Schule, nimmt die Berichte des Direktors oder Schulleiters, der Klassenleiter, der Fachlehrer und der Erzieher im Schulhort und Internat über die Erfüllung der Lehrpläne, über den Stand der Bildungs- und Erziehungsarbeit sowie über die Disziplin der Schüler entgegen.

(2) Der Pädagogische Rat berät über die Probleme der Verbindung des Unterrichts mit dem Leben und der Produktion, der Vervollkommnung der Unterrichtsmethoden und der Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder.

(3) Der Pädagogische Rat wertet die Erfahrungen der besten Lehrer der eigenen Schule und anderer Schulen aus, er fördert den wissenschaftlichen Meinungsstreit und schafft damit Voraussetzungen für die verantwortungsbewußte Arbeit seiner Mitglieder.

(4) Die Arbeit des Pädagogischen Rates muß auch darauf gerichtet sein, in der Öffentlichkeit wirksam zu werden, um die Bevölkerung für die Bildung und Erziehung der Jugend zu interessieren und in die Arbeit der Schule einzubeziehen.

## VIII. Schule und Eltern

### § 29

(1) Schule und Eltern tragen eine große Verantwortung bei der allseitigen Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen und müssen aus diesem Grunde eng zusammen arbeiten. An allen allgemeinbildenden Schulen bestehen Elternbeiräte.

(2) Die Elternbeiräte beraten und unterstützen die Schule und die Eltern bei der sozialistischen Bildung und Erziehung der Schüler. Grundlage für die Arbeit der Elternbeiräte ist die Verordnung über die Elternbeiräte an den allgemeinbildenden Schulen.

(3) Zur Verbesserung der Arbeit mit den Eltern sind in allen Klassen Elternaktive zu bilden. Hauptaufgabe der Elternaktiven ist es, die Eltern der Klasse zur weiteren Verbesserung der Arbeit der Schule zu gewinnen. Es muß eine enge Zusammenarbeit der Eltern mit der Schule, der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ bzw. der Freien Deutschen Jugend erreicht werden.

### § 30

Die Direktoren oder Schulleiter und die Klassenleiter haben alle wichtigen Maßnahmen zur Sicherung der Planmäßigkeit und Stetigkeit des Bildungs- und Erziehungsprozesses und einer festen Ordnung mit den Elternbeiräten und Elternaktiven zu beraten

und mit ihnen bei der Verwirklichung dieser Maßnahmen und der Durchführung der gemeinsamen Beschlüsse eng zusammen zu arbeiten.

## *IX. Die Schüler*

### § 31

(1) Alle Schüler sollen sich aktiv am Leben der Schule beteiligen. Bei der Erziehung zur bewußten Disziplin ist die Hilfe des Schülerkollektivs zu nutzen. Die Schüler sind zur Einhaltung der Normen des sozialistischen Gemeinschaftslebens sowie zu einer gesunden Lebensweise zu erziehen.

(2) Der Direktor oder Schulleiter, die Lehrer und Erzieher stützen sich in ihrer Arbeit auf die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ als den aktiven Kern des Schülerkollektivs. Der Direktor oder Schulleiter, die Lehrer und Erzieher sind verpflichtet, die Tätigkeit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der FDJ zu unterstützen und die Entwicklung der Selbsttätigkeit und der Initiative der Jungen Pioniere und der Mitglieder der FDJ zu fördern.

### § 32

(1) Die Schüler müssen den Unterricht und andere schulische Veranstaltungen regelmäßig und pünktlich besuchen, fleißig und beharrlich lernen, die Hausaufgaben selbständig und sorgfältig anfertigen und den Forderungen des Direktors oder Schulleiters, der Lehrer, Erzieher und Betreuer nachkommen. Die Schüler sind verpflichtet, sich im Schulgebäude diszipliniert zu verhalten und die Hausordnung einzuhalten. Sie sollen den Erwachsenen mit Achtung begegnen und sich ihnen gegenüber höflich und anständig benehmen.

(2) Während des Unterrichtstages in der sozialistischen Produktion sind die Schüler verpflichtet, die ihnen übertragenen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen und die Vorschriften des Gesundheits- und Arbeitsschutzes zu beachten.

(3) Die Schüler sollen das Volkseigentum achten und pfleglich behandeln. Sie sind verpflichtet, durch eigene Arbeit die leichtsinnig oder mutwillig dem Volkseigentum zugefügten Schäden wiedergutzumachen, soweit das möglich ist. Im übrigen richtet sich die Verantwortlichkeit der Erziehungspflichtigen für Beschädigung des Volkseigentums nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

(4) Die Haftpflicht der Lehrer, Erzieher und Betreuer bei der Verletzung der Aufsichtspflicht wird durch Abs. 3 nicht berührt.

### § 33

(1) Den Schülern können durch Lehrer und Erzieher besondere, ihren Fähigkeiten entsprechende Aufträge erteilt werden, die geeignet sind, die Selbständigkeit, Selbsttätigkeit und Mitverantwortung der Schüler besonders zu entwickeln. Solche Aufträge können zum Inhalt haben:

Hilfe für die schwachen und jüngeren Schüler, Mithilfe bei der Pausenaufsicht, Selbstbedienung im Speiseraum, Ausgestaltung der Klassen- und Horträume, Pflege der Lehrmittel und des Beschäftigungsmaterials, Mithilfe bei der Reinigung der Räume, besonders in Schulhorten und der Wohnräume in Internaten.

(2) Bei der Erteilung derartiger Aufträge sind die Bestimmungen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes streng zu beachten.

### § 34

(1) Wichtige Mittel zur Erreichung der Bildungs- und Erziehungsziele sind Belobigungen und Auszeichnungen der Schüler. Besondere Formen der Belobigung sind:



a) Lob vor der Klasse mit Eintragung in das Klassenbuch durch den Klassenleiter,

b) Lob vor dem gesamten Schülerkollektiv mit Eintragung in den Schülerbogen durch den Direktor oder Schulleiter,

c) Lob vor der Elternversammlung mit Eintragung in den Schülerbogen durch den Direktor oder Schulleiter,

d) Auszeichnung mit Urkunden und Medaillen.

(2) Schüler, die ohne triftige Gründe den Unterricht häufig versäumen, trotz Ermahnungen nicht fleißig und beharrlich lernen, die Disziplin und Ordnung verletzen, können wie folgt bestraft werden:

a) Verwarnung vor der Klasse durch den Lehrer,

b) Tadel vor der Klasse mit Eintragung in das Klassenbuch durch den Klassenleiter,

c) Verweis durch den Direktor oder Schulleiter vor allen Schülern mit Eintragung in den Schülerbogen,

d) Verweis des Schülers vor dem Pädagogischen Rat und dem Elternbeirat in Gegenwart des Erziehungspflichtigen mit Eintragung des Verweises in den Schülerbogen.

(3) In besonders schwerwiegenden Fällen können folgende Maßnahmen getroffen werden:

a) Antrag auf Umschulung des Schülers an den Kreisschulrat,

b) Antrag auf Erziehungshilfe an das Referat Jugendhilfe der Abteilung Volksbildung des Rates des Kreises.

(4) In der erweiterten Oberschule können in der Klasse 11 und 12 zusätzlich folgende Strafen ausgesprochen werden:

a) Androhung der Verweisung von der erweiterten Oberschule,

b) Ausschluß von sämtlichen erweiterten Oberschulen der Deutschen Demokratischen Republik auf Antrag des Bezirksschulrates durch das Ministerium für Volksbildung.

(5) Bei Anwendung der genannten eintragungspflichtigen Formen der Belobigung und Bestrafung sind die Erziehungspflichtigen vom Klassenleiter bzw. Direktor oder Schulleiter schriftlich zu benachrichtigen. Bei Anwendung der in den Absätzen 3 und 4 vorgesehenen Maßnahmen sind die Eltern vorher zu hören.

(6) Die Anwendung der körperlichen Züchtigung oder anderer ehrverletzender Strafen widerspricht den sozialistischen Erziehungsprinzipien unserer Schule und ist verboten.

(7) Die Maßnahmen für Belobigungen und Strafen stellen keine schematisch einzuhaltende Rangfolge dar. Eingetragene Strafen im Klassenbuch oder Schülerbogen können auf Beschluß der Klassenkonferenz oder des Pädagogischen Rates gelöscht werden.

(8) In jedem Falle sind Auszeichnungen und Strafen zu allgemeinen Erziehungszwecken vor dem Kollektiv auszuwerten. In besonderen Fällen sind Auszeichnungen oder Strafen den gesellschaftlichen Organisationen, den Leitungen der Betriebe, denen die Eltern angehören, den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front und den Referaten Jugendhilfe mitzuteilen oder darüber hinaus in der Tagespresse zu veröffentlichen.

## *X. Gesundheits- und Arbeitsschutz*

### **§ 35**

Die sozialistische Schule hat die Aufgabe, gesunde und lebensfrohe Menschen zu erziehen. Deshalb sind in der gesamten Bildungs- und Erziehungsarbeit die Prinzipien und Bestimmungen der Schulhygiene und des Gesundheits- und Arbeitsschutzes gewissenhaft einzuhalten. Dabei ist eng mit dem Schularzt bzw. dem Betriebsarzt zusammen zu arbeiten.

## *XI. Die Aufgaben der örtlichen Räte*

### *§ 36*

(1) Die örtlichen Räte haben zu sichern, daß die staatlichen Aufgaben der Volksbildung und die zentralen Beschlüsse zur Entwicklung des sozialistischen Schulwesens planmäßig und zielstrebig an jeder Einrichtung erfüllt werden. Sie sind für die ordnungsgemäße Durchführung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule, für Ruhe und Stetigkeit im Ablauf des Schuljahres und für die Sicherung der materiellen Voraussetzungen verantwortlich.

(2) Die örtlichen Räte haben die Abteilungen Volksbildung in die Lage zu versetzen, die staatliche Anleitung und Kontrolle des Bildungs- und Erziehungswesens in vollem Umfange durchführen zu können. Aufträge an Mitarbeiter der Abteilungen Volksbildung, die sie der Anleitung, Kontrolle und Sicherung der Planmäßigkeit, Stetigkeit und Ordnung an den Schulen entziehen, sind unzulässig.

(3) Jede Zweckentfremdung von Volksbildungseinrichtungen und die Störung der Bildungs- und Erziehungsarbeit sowie alle Maßnahmen, die zum Ausfall von Unterrichtsstunden führen, sind untersagt. Änderungen der Lehrpläne oder der Ferienordnung, die Einrichtung von Spezialschulen oder die Durchführung von Schulversuchen sind nur mit Genehmigung des Ministeriums für Volksbildung zulässig.

### *§ 37*

(1) Die Räte der Bezirke und Kreise haben regelmäßig die Berichte der Leiter der Abteilungen Volksbildung, die Räte der Städte und Gemeinden die Berichte der Direktoren oder Schulleiter über den Stand der Bildungs- und Erziehungsarbeit entgegenzunehmen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

(2) Die örtlichen Räte haben eine rechtzeitige und qualitativ gute Vorbereitung jedes neuen Schuljahres zu garantieren und dabei mit den Direktoren und Schulleitern und Leitern der Betriebe eng zusammen zu arbeiten. Sie haben alljährlich vor Beginn des Schuljahres Tage der Bereitschaft durchzuführen.

### *§ 38*

Die örtlichen Räte sind verpflichtet, jedem Lehrer und Erzieher im Dienstort, spätestens innerhalb eines Jahres nach Dienstantritt, angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

### *§ 39*

(1) Die Räte der Kreise, Abteilung Volksbildung, sind verpflichtet, die Leiter der allgemeinbildenden Schulen ständig anzuleiten und zu kontrollieren und ihre politisch-pädagogische Leitungstätigkeit zu verbessern. Sie haben gemeinsam mit den gesellschaftlichen Organisationen Maßnahmen zu treffen, um eine übermäßige außerunterrichtliche Beanspruchung der Lehrer, Erzieher und Schüler zu vermeiden. Die Räte der Kreise, Abteilung Volksbildung, haben jede ihnen unterstehende Einrichtung der Volksbildung mindestens einmal im Jahr zu kontrollieren.

(2) Die Kreisschulinspektoren sind verpflichtet, vorwiegend die Direktoren und Schulleiter und die Leiter der anderen unterstellten Einrichtungen der Volksbildung anzuleiten und zu kontrollieren. Sie haben die Pflicht, mindestens 30 Stunden monatlich zu hospitieren und die Hospitationen gründlich auszuwerten.

## *XII. Schlußbestimmungen*

### *§ 40*

Durchführungsbestimmungen erläßt der Minister für Volksbildung.

(1) Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt außer Kraft:

die Schulordnung vom 24. Mai 1951 für die allgemeinbildenden Schulen der Deutschen Demokratischen Republik (MinBl. S. 71).

Berlin, den 12. November 1959

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Der Ministerpräsident      Der Minister für Volksbildung  
*Grotewohl*                      *Prof. Dr. Lemmnitz*

GESETZ ÜBER DIE SOZIALISTISCHE ENTWICKLUNG  
DES SCHULWESENS IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Vom 2. Dezember 1959

Die Schule hat eine große Bedeutung für die gesellschaftliche Erziehung und Bildung der Menschen. In Deutschland besteht schon seit über einem Jahrhundert die Schulpflicht. Aber in der Vergangenheit bis 1945 diente die Schule nicht den Interessen des Volkes. Sie war eine Standesschule und schloß die Kinder der Werktätigen von der höheren Bildung aus.

Die Arbeiterbewegung kämpfte zu allen Zeiten gemeinsam mit fortschrittlichen Pädagogen und demokratischen Kräften der Bevölkerung gegen dieses Bildungsprivileg. Durch den Hitlerfaschismus wurde die Schule zu einer Stätte der Verbreitung des Rassenhasses und der Völkerverhetzung erniedrigt und zur Vorbereitung der Jugend auf den Eroberungskrieg mißbraucht.

Nach der Zerschlagung des Faschismus kam es deshalb darauf an, im Zusammenhang mit der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auch eine neue Schule zu schaffen, frei von der faschistischen und militaristischen Ideologie der Vergangenheit.

Im gemeinsamen politischen Handeln aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte unseres Volkes wurde die demokratische Schulreform durchgeführt und ein zutiefst humanistisches Bildungs- und Erziehungswesen aufgebaut. Dadurch wurden zugleich die Voraussetzungen für eine schöpferische Tätigkeit der pädagogischen Wissenschaft gegeben.

Die demokratische Einheitsschule verwirklichte zum erstenmal in der deutschen Geschichte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Berlin die Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte nach einer einheitlichen Schule und nach gleichen Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder des Volkes in Stadt und Land. Damit wurden die fortschrittlichen Ideen solcher großen Pädagogen wie Comenius, Pestalozzi, Diesterweg und Wander erfüllt und weiterentwickelt.

Diese erfolgreiche Entwicklung des Schulwesens war nur möglich, weil in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den anderen demokratischen Kräften des Volkes die Macht ausübt.

In Westdeutschland und Westberlin dagegen, wo die alten monopolkapitalistischen Verhältnisse beibehalten und die Macht der Militaristen wiederhergestellt wurden, besteht weiterhin das Bildungsprivileg. Die Schule wurde zu einem Instrument der volksfeindlichen Politik der Militaristen und Imperialisten. In ihr werden die Kinder mit dem Ungeist der Revanche und Kriegshetze verseucht und im Unterricht gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten aufgehetzt.

Bereits der erfolgreiche Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Schule in der Deutschen Demokratischen Republik war eine nationale Tat und ein Beispiel für die fortschrittliche Lösung des Schulproblems in ganz Deutschland.

Mit dem Aufbau des Sozialismus begann eine neue Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft erforderte auch die sozialistische Erziehung der jungen Generation.

Das kann nur durch eine Schule geschehen, die aufs engste mit dem gesellschaftlichen Leben, vor allem mit der sozialistischen Produktion, verbunden ist. Besonders dadurch wird die Kluft zwischen der geistigen und körperlichen Arbeit und zwischen der Theorie und der Praxis überwunden.

Diese Aufgabe vermochte die antifaschistisch-demokratische Schule trotz aller Fortschritte nicht zu lösen, denn ihr Unterricht war noch vom Leben getrennt, und sie gewährte im wesentlichen nur eine einseitige intellektuelle Bildung und Erziehung.

Der Sozialismus aber braucht Menschen, deren geistige und körperliche Fähigkeiten allseitig entwickelt sind, denen die Arbeit zum Lebensinhalt wird und die eine hohe Achtung vor den arbeitenden Menschen haben.

Zur Verwirklichung des Sozialismus wurde deshalb der Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Schule zur sozialistischen Schule historisch notwendig. Der erfolgreiche Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung erfordert eine hohe Arbeitsproduktivität in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Diese wird erreicht, indem in immer stärkerem Maße die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft und die Errungenschaften der hochentwickelten Technik in der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft angewandt werden.

Die schnelle Entwicklung der Mechanisierung und Automatisierung, die Anwendung moderner chemischer Verfahren, die Entwicklung der Elektrotechnik und die Ausnutzung der Kernenergie verändern die Produktionsprozesse und den Charakter der Arbeit.

Die komplizierten Maschinen, die Meß- und Steuerungsgeräte können nur gemeistert werden und die Organisation und Kontrolle der modernen technologischen Prozesse ist nur möglich, wenn die Werktätigen eine hohe Allgemeinbildung haben und möglichst viele Arbeiter ingenieurtechnische Kenntnisse besitzen. Auch die Genossenschaftsbauern benötigen zur Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der modernen Technik in der sozialistischen Landwirtschaft hohe fachliche Kenntnisse.

Der Erfüllung dieser Aufgaben dient der Aufbau der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule für alle Kinder. Die allgemeinbildende polytechnische Oberschule vermittelt ein umfassendes lebensnahes und anwendbares Wissen. Sie erzieht die jungen Menschen zu Staatsbürgern, die aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen.

Die allgemeinbildende polytechnische Oberschule baut auf den fortschrittlichen Traditionen der deutschen Pädagogik auf und entspricht den geschichtlichen Erfahrungen.

Die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit der Schüler führt zu einer neuen Qualität der Bildung und Erziehung. Durch den polytechnischen Unterricht wird die Kluft zwischen Theorie und Praxis, Schule und Leben überwunden. Auf der Grundlage der polytechnischen Bildung wird das wissenschaftliche Niveau des gesamten Unterrichts, besonders in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, wesentlich erhöht.

Die allgemeinbildende polytechnische Oberschule erzieht die heranwachsende Generation zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und trägt zur allseitigen Entwicklung ihrer geistigen und körperlichen Fähigkeiten bei. Sie vermittelt der jungen Generation die Lehren aus der deutschen Geschichte und erzieht sie im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft, insbesondere zur Freundschaft mit der Sowjetunion.

Der Unterricht erfolgt auf der Grundlage der fortgeschrittenen Wissenschaft und der



Produktionspraxis und ist eng mit der produktiven Arbeit verbunden. Während der gesamten Schulzeit nehmen die Schüler, entsprechend ihrem Alter, an gesellschaftlich-nützlicher Arbeit teil.

Die allgemeinbildende polytechnische Oberschule erzieht die Schüler zur sicheren Beherrschung der Muttersprache. Die Vermittlung von Fremdsprachen, besonders der russischen Sprache, dient der Vertiefung der Völkerfreundschaft und befähigt die Schüler, sich mit den fortschrittlichen Errungenschaften anderer Völker bekannt zu machen. Auch Literatur und Kunst, Körperkultur und Sport sollen ihnen zu einem echten Lebensbedürfnis werden.

Die weitere sozialistische Entwicklung des Schulwesens der Deutschen Demokratischen Republik ist von großer nationaler Bedeutung. Die Erhöhung des Bildungsniveaus und die großen Perspektiven, die sich der gesamten Jugend eröffnen, sind Ausdruck der Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die auf große wirtschaftliche und kulturelle Leistungen zur Sicherung des Friedens und der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat gerichtet ist.

Eine solche Schule kann nur mit Erfolg gestaltet werden, wenn ihr Aufbau zur Sache des ganzen Volkes wird. Die Aussprache über die Thesen der 4. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur sozialistischen Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik hat sich zu einer Volksbewegung für den Aufbau der sozialistischen Schule entwickelt. Das zeigt, daß der Vorschlag, die allgemeinbildende polytechnische Oberschule zu schaffen, den Forderungen entspricht, die von der Nationalen Front des demokratischen Deutschland aufgestellt wurden.

Die neue Schule ist das Vorbild für die Entwicklung der Schule ganz Deutschlands, da sie den historischen Bedingungen der Entwicklung unseres Vaterlandes entspricht und schöpferische Menschen erzieht, deren ganzes Streben auf die Arbeit für den Frieden, den Fortschritt und die Völkerfreundschaft gerichtet ist.

Die Errichtung der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule ist deshalb eine erstrangige Aufgabe für alle in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, in den Gewerkschaften, der Freien Deutschen Jugend und allen anderen Massenorganisationen vereinigten Schichten und Kräfte unseres Volkes.

Die Volkskammer beschließt daher:

### *1. Die allgemeinbildende Schule in der Deutschen Demokratischen Republik, ihr Charakter und ihre Aufgaben*

#### § 1

(1) Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder in der Deutschen Demokratischen Republik ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, im folgenden Oberschule genannt. Für diese Schule besteht allgemeine Schulpflicht.

(2) Die Oberschule ist bis zum Herbst des Jahres 1964 planmäßig und schrittweise, den ökonomischen Bedingungen und Perspektiven in den einzelnen Bezirken entsprechend, aufzubauen.

#### § 2

(1) Die schulische Erziehung und Bildung der Jugend ist ausschließlich Angelegenheit des Staates.

(2) Es besteht Schulgeldfreiheit.

#### § 3

(1) Bildung und Erziehung in der sozialistischen Schule sind eng mit der produktiven Arbeit und der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu verbinden. Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig

polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation.

(2) Die Schule hat dafür zu sorgen, daß alle Schüler das Bildungs- und Erziehungsziel der sozialistischen Schule erreichen. Sie muß dabei besonders sorgfältig und planmäßig die Arbeiter- und Bauernkinder fördern und ausbilden. Die Kinder berufstätiger Mütter müssen wirksame Unterstützung und Hilfe erhalten.

(3) Die Schule auf dem Lande hat die besondere Aufgabe, junge Menschen heranzubilden, die an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und damit an der allmählichen Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land aktiv teilnehmen können. Die Jugend muß durch die Schule befähigt werden, in der sich auf dem Dorfe entwickelnden sozialistischen Großproduktion erfolgreich tätig zu sein.

(4) Der Schulhort und das Internat haben, als ein fester Bestandteil der Schule, den Schülern beim Lernen zu helfen und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung und gute Betreuung der Schüler während des ganzen Tages zu sorgen. Dafür sind Lehrer und Erzieher einzusetzen.

#### § 4

(1) Die polytechnische Bildung und Erziehung ist Grundzug und Bestand des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Entsprechend dem Alter der Kinder ist der Unterricht mit gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit bzw. mit produktiver Arbeit zu verbinden. Im Mittelpunkt des polytechnischen Unterrichts steht in den untersten Klassen der Werkunterricht und von der Klasse 7 ab der Unterricht in der sozialistischen Produktion.

(2) Der Unterricht ist nach dem staatlichen Lehrplan zu erteilen, der Wissenschaftlichkeit und Systematik des Unterrichts gewährleisten muß. Im Unterricht ist von den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft auszugehen, die Verbindung von Theorie und Praxis zu sichern und eine fortschrittliche Unterrichtsmethodik anzuwenden, die auf der Aktivität und Selbsttätigkeit der Schüler beruht und sie fördert. Die Einhaltung der Regeln der Schulhygiene und die Erziehung zu einer gesunden Lebensweise müssen zum festen Bestandteil der Arbeit der Schule werden.

### *II. Bildungsgang und Schulpflicht in der Deutschen Demokratischen Republik*

#### § 5

(1) Die Oberschule hat eine Unterstufe (Klasse 1 bis 4) und eine Oberstufe (Klasse 5 bis 10).

(2) Die Oberschule schafft die Grundlage für die berufliche Ausbildung und für alle weiterführenden Bildungseinrichtungen. Sie hat den Schülern eine hohe Allgemeinbildung, die auf der polytechnischen Bildung beruht, und sichere Kenntnisse in den Grundlagen der Wissenschaft, der Technik und der Kultur zu vermitteln.

#### § 6

Der Weg von der Oberschule über die Berufsausbildung ist der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses. Für die weiterführende Schulbildung gibt es folgende Wege:

1. Abschluß der Oberschule und Erwerb einer qualifizierten Berufsausbildung. Eine mindestens zweijährige Berufsausbildung befähigt zur Aufnahme eines Fachschulstudiums. Es sind Möglichkeiten zu schaffen, die bei einem Berufsschulbesuch und gleichzeitiger Berufsausbildung den Erwerb des Abiturs ermöglichen, das zur Aufnahme eines Universitäts- oder Hochschulstudiums befähigt.

## 2. Abschluß der Oberschule und

- a) Besuch einer Betriebsoberschule (mit Abschluß Abitur) oder
- b) Besuch einer Abendoberschule (mit Abschluß Abitur) oder
- c) Teilnahme an einem Lehrgang zur Vorbereitung auf eine Sonderreifeprüfung.

Auf diesem Wege kann ebenfalls die Befähigung zur Aufnahme eines Fachschul- oder Hochschul- bzw. Universitätsstudiums erworben werden. Die Teilnahme an den weiterführenden Oberschulen und Lehrgängen erfolgt ohne Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit. Zur Teilnahme sind auch junge Werktätige, die vor der Einführung der Oberschule die Grund- oder Mittelschule absolviert haben, zuzulassen.

3. Besuch von Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten zur Vorbereitung auf ein Direktstudium an einer Universität oder Hochschule durch junge Werktätige mit abgeschlossener Berufsausbildung, besonders durch Jugendliche, die vor Einführung der Oberschule die Grund- oder Mittelschule absolviert haben.

## § 7

(1) Außer der Oberschule besteht die 12klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, im folgenden erweiterte Oberschule genannt.

(2) Die erweiterte Oberschule mit naturwissenschaftlichem, neu- oder altsprachlichem Zweig führt zur Hochschulreife. Sie hat durch enge Verbindung des Unterrichts mit der Produktion die Schüler auf ihre berufliche Tätigkeit oder auf das Studium an einer Fach- oder Hochschule bzw. Universität vorzubereiten. In der erweiterten Oberschule sind den Schülern auf der Grundlage der polytechnischen Bildung die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, besonders in den Naturwissenschaften, zu vermitteln.

(3) Der Weg von der erweiterten Oberschule zur Hochschule oder Universität führt nach dem Abschluß der Schule (Abitur) über ein berufspraktisches Jahr unter Anleitung der Hochschule oder Universität.

## § 8

(1) Nach Errichtung der Oberschule für alle Kinder in den einzelnen Bezirken und Kreisen besteht für den Bereich der betreffenden Bezirke und Kreise allgemeine Schulpflicht für den Besuch dieser Schule im Sinne des § 1 Abs. 1 und anschließend – soweit nicht die erweiterte Oberschule besucht wird – eine mindestens zweijährige Berufsschulpflicht.

(2) Die Schulpflicht besteht vom beginnenden 7. Lebensjahr für alle Kinder, deren Erziehungspflichtige ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik haben; sie ist in den staatlichen Schulen der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen.

(3) Die Schulpflicht erstreckt sich auf den regelmäßigen Besuch des lehrplanmäßigen Unterrichts, die Teilnahme an den vom Ministerium für Volksbildung für obligatorisch erklärten Veranstaltungen der Schule und die Befolgung der Schulordnung.

(4) Die Erziehungspflichtigen haben dafür zu sorgen, daß der Schulpflichtige seine Schulpflicht erfüllt.

(5) Körperlich oder geistig behinderte Schulpflichtige erfüllen die Schulpflicht in den für sie vorgeschriebenen staatlichen Sonderschuleinrichtungen.

## III. Der Lehrer der sozialistischen Schule

## § 9

(1) Der Lehrer in der Deutschen Demokratischen Republik trägt eine große Verantwortung. Er hat die ehrenvolle Aufgabe, in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse die Jugend im Geiste des Sozialismus zu erziehen und auf das Leben im Sozialismus

vorzubereiten und sich ständig um seine politische und fachliche Weiterbildung zu bemühen.

(2) Es ist eine qualifizierte Lehrerbildung zu sichern, die den Forderungen der sozialistischen Gesellschaft an die Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generation gerecht wird. Die gründliche Weiterbildung der Lehrer ist durch ein auf lange Sicht geplantes System zu sichern.

(3) Die verantwortliche gesellschaftliche Stellung des Lehrers erfordert die allseitige Unterstützung und Wertschätzung seiner für das ganze Volk wichtigen Arbeit durch alle staatlichen Organe und durch die gesamte Bevölkerung.

#### *IV. Die Aufgaben der staatlichen Organe und die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Ausbildung und Erziehung der Jugend*

##### § 10

(1) Die sozialistische Entwicklung des Volksbildungswesens ist zielstrebig und sachkundig vom Ministerium für Volksbildung und von den örtlichen staatlichen Organen entsprechend den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus zu leiten.

(2) Für alle Fachorgane sind ständig die konkreten Aufgaben zu weiteren Entwicklungen der sozialistischen Schule festzulegen. Die örtlichen Volksvertretungen beraten regelmäßig die Grundfragen der Schulpolitik und arbeiten unmittelbar an deren Verwirklichung mit. Sie erarbeiten Pläne zum Aufbau der zehnklassigen Oberschule, die mit der Bevölkerung zu beraten sind, und organisieren ihre Durchführung in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit.

##### § 11

(1) Die örtlichen Volksvertretungen organisieren und leiten die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung beim Aufbau des sozialistischen Schulwesens. Sie stützen sich dabei auf die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die Gewerkschaften, den Demokratischen Frauenbund Deutschlands, die Freie Deutsche Jugend und die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. Durch die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den volkseigenen Betrieben und den Schulen ist die Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die Ausbildung und Erziehung der Jugend sowie auf die gesamte Schularbeit zu verstärken.

(2) Die Schulen und die staatlichen Organe sind verpflichtet, mit den Betrieben der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft in allen Fragen der Ausbildung und sozialistischen Erziehung der Jugend sowie bei der Vorbereitung und Durchführung der Feriengestaltung eng zusammen zu arbeiten. Die volkseigenen Betriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind für die Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung des polytechnischen Unterrichts, insbesondere bei der Durchführung des Unterrichts in der sozialistischen Produktion, verantwortlich.

(3) Die Eltern und anderen Erziehungspflichtigen haben die hohe Pflicht, die Kinder so zu erziehen, daß sie fähig und bereit sind, am Leben und an der Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft aktiv teilzunehmen. Ihre Aufgabe ist es, die Schulen bei der allseitigen Bildung und Erziehung der Kinder zu unterstützen.

(4) Die Eltern nehmen an der Schularbeit durch gewählte Elternbeiräte und Elternaktivs der Klassen teil. Die Arbeit der Elternbeiräte und ihrer Aktivs dient der Verwirklichung der sozialistischen Schulpolitik.

(5) Die Schulen und die staatlichen Organe sind zur engen Zusammenarbeit mit den Elternbeiräten und Elternaktivs der Klassen verpflichtet. Sie treffen vielfältige Maßnahmen, um den Elternbeiräten und der Bevölkerung in den Wohngebieten zu helfen, die sozialistische Bildungs- und Erziehungsarbeit wirkungsvoll zu unterstützen.



## § 12

Die Schulen und die staatlichen Organe haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, insbesondere mit der Gewerkschaft, der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ zusammen zu wirken.

## *V. Die Aufgaben in anderen Erziehungseinrichtungen der Volksbildung*

### § 13

In Kindergärten und anderen Einrichtungen der vorschulischen Erziehung sind die drei- bis sechsjährigen Kinder auf die Schule vorzubereiten, an das sozialistische Leben heranzuführen und mit dem Schaffen der werktätigen Menschen bekannt zu machen. Die besondere Fürsorge gilt den Kindern berufstätiger Mütter.

### § 14

Die Erziehung der Schüler in Heimen muß die sozialistische Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule unterstützen und fortführen.

### § 15

Für die Arbeit der Erziehungseinrichtungen gelten die §§ 10 bis 12 und für die Erzieher der § 9 dieses Gesetzes sinngemäß.

## *VI. Unterstützung der sozialistischen Erziehung und Bildung durch die Wissenschaft*

### § 16

(1) Es ist die Aufgabe der Wissenschaftler und der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Schule und den Erziehungseinrichtungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu helfen.

(2) Die pädagogischen Wissenschaftler haben die Erfahrungen der Lehrer und Erzieher gründlich auszuwerten und zu verallgemeinern. Es ist ihre Aufgabe, den Lehrern und Erziehern bei der sozialistischen Entwicklung der Schule umfassende Hilfe zu erweisen. Die pädagogische Wissenschaft soll sich dabei auf die fortschrittlichen Traditionen der deutschen Pädagogik stützen und die Erkenntnisse und Erfahrungen der Pädagogik in der Sowjetunion sowie in den anderen sozialistischen Ländern nutzen.

## *VII. Schulen und Erziehungseinrichtungen im zweisprachigen Gebiet*

### § 17

Im zweisprachigen Gebiet der Bezirke Cottbus und Dresden sind auch Oberschulen und erweiterte Oberschulen mit sorbischem Sprachunterricht und sorbische Oberschulen und erweiterte Oberschulen sowie entsprechende Einrichtungen der Vorschulerziehung und der Lehrer- und Erzieherausbildung zu unterhalten.

## *VIII. Schlußbestimmungen*

### § 18

(1) Der Ministerrat wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieses Gesetzes zu treffen.

(2) Durchführungsbestimmungen erläßt der Minister für Volksbildung.

(1) Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

die Verordnung der Provinz Sachsen vom 22. Mai 1946 zur Demokratisierung der deutschen Schule (Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, Nr. 23, S. 228);

das Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1946 zur Demokratisierung der deutschen Schule (Amtsblatt der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 3, S. 71);

das Gesetz des Landes Sachsen vom 31. Mai 1946 zur Demokratisierung der deutschen Schule (Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen der Landesverwaltung Sachsen, Nr. 15, S. 210);

das Gesetz der Provinz Mark Brandenburg vom 31. Mai 1946 zur Demokratisierung der deutschen Schule (Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 9, S. 155);

das Gesetz des Landes Thüringen vom 2. Juni 1946 zur Demokratisierung der deutschen Schule (Regierungsblatt für das Land Thüringen, I, Nr. 20, S. 113);

das Gesetz vom 15. Dezember 1950 über die Schulpflicht in der Deutschen Demokratischen Republik (Schulpflichtgesetz) (GBL., S. 1203);

die Durchführungsbestimmungen vom 29. Dezember 1950 zum Gesetz über die Schulpflicht in der Deutschen Demokratischen Republik (GBL. 1951, S. 6);

die Vierte Durchführungsbestimmung vom 20. Januar 1955 zum Gesetz über die Schulpflicht in der Deutschen Demokratischen Republik (GBL. I, S. 99).

Das vorstehende, vom Präsidenten der Volkskammer im Namen des Präsidiums der Volkskammer unter dem dritten Dezember neunzehnhundertneunundfünfzig ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den siebenten Dezember neunzehnhundertneunundfünfzig

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

*W. Pieck*

Es ist noch zu früh, eine abschließende Beurteilung dieser beiden Gesetze zu geben. Daß sie für das ganze Erziehungswesen der DDR von entscheidender Bedeutung sind, ist klar. Hier sind Weichen gestellt worden, die die gesamte Erziehung der Jugend in der DDR in eine bestimmte Richtung lenken sollen. Gerade an diesem Punkt, der für ein ganzes Volk von so großer Wirkung auch auf die Zukunft hin ist, wird das Auseinanderklaffen der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland am eklatantesten und schmerzlichsten deutlich. Eine erste Durchsicht zeigt schon jetzt, daß für den Gesetzgeber nicht nur die Kirche selber völlig als Erziehungsfaktor ausgeschaltet ist, sie ist einfach nicht mehr in seinem Blickfeld; daneben ist jedoch auch das Elternhaus als letztlich verantwortlicher Erziehungsträger der Kinder nicht mehr vorgesehen. Die Eltern sind nur noch die Gehilfen des Staates. Wenn man dabei bedenkt, daß auch Eltern, die keine Kinder mehr auf den betreffenden Schulen haben, in die Elternbeiräte gewählt werden können, in denen außer ihnen auch die sogenannten Patenbetriebe der Schulen vertreten sind, kann nur noch von einer Ausschaltung des Elternhauses gesprochen werden. Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß in einem auffälligen Maße im Anschluß an die Verabschiedung des Schulgesetzes durch die Volkskammer in der Presse Propaganda für die Ganztagschule gemacht wird. Die Bestimmungen über den Schulhort in der Schulordnung und dem Schulgesetz

sind noch ziemlich allgemein gehalten. Zweifellos ist der Staat momentan, sowohl was Lehrkräfte als auch was Räume anlangt, noch nicht in der Lage, alle Schüler in Horte und Internate zusammenzufassen. Man wird auch nicht grundsätzlich gegen die Einrichtung von Horten, Tagesstätten, Internaten usw. Stellung nehmen können. Die industrielle Entwicklung, die weithin beide Eltern in den Arbeitsprozeß hineinstellt, hat das Problem der „Schlüsselkinder“ in sehr vielen Staaten akut werden lassen. Seitens der Kirche wird man allerdings immer wieder dazu die Frage stellen müssen, ob das Problem nicht auch durch die stärkere Einrichtung der Halbtagsarbeit der verheirateten Frau und Mutter gelöst werden könnte. Es ist bedauerlich, daß sich hier erst so wenig Ansätze zeigen. Für christliche Eltern in der DDR wird die ganze Frage aber dadurch erschwert, daß sie damit zu rechnen haben, daß bei einer ganztägigen Erziehung ihrer Kinder durch den Staat diese den ganzen Tag unter den Einfluß einer materialistisch-atheistischen Weltanschauung gestellt werden. Zu welchen Konsequenzen dieses führt, sei an einem Bericht eines Gemeindepfarrers über die Situation an der Oberschule seines Ortes demonstriert:

Bezugnehmend auf das Gespräch über die Werbung des theologischen Nachwuchses an Oberschulen, gebe ich dazu zur Lage an der hiesigen Oberschule folgenden Bericht:

Während es vor Jahren noch möglich war, größere Scharen von Oberschülern regelmäßig in den Kreisen der Jungen Gemeinde zu haben, hat sich dieses Bild seit etwa reichlich einem Jahr vollständig geändert. Es ist kaum noch möglich, daß ein Oberschüler am kirchlichen Leben seiner Kirchengemeinde teilnehmen kann. Auch die, die guten Willens sind, können es nicht und wagen es nicht. Die Gründe dafür sind folgende: Bis auf wenige Schüler, deren Eltern am Ort wohnen, sind alle übrigen im Internat untergebracht oder haben Zimmer in der Stadt, aber sind dabei in voller Verpflegung bei der Schule. In den letzten Jahren ist es immer mehr so geworden, daß der Tag des Oberschülers vom Aufstehen bis zum Schlafengehen vollständig eingeteilt ist. Auch Schüler, denen der Besuch kirchlicher Veranstaltungen wirklich am Herzen liegt, haben mir persönlich erklärt, daß es ihnen beim besten Willen nicht möglich sei. Wie mir berichtet wurde, hat allein die hiesige Oberschule 10–20 Morgen Land „freiwillig“ in ständige Bewirtschaftung übernommen. Daneben unterhält sie eine Geflügelzucht, die von den Schülern betreut wird. Die Schüler machen während der Schulzeit die landwirtschaftliche Facharbeiterprüfung, ganz zu schweigen von den „freiwilligen Einsätzen“, die auf LPGs usw. „spontan“ gemacht werden. So werden zum Beispiel in diesem Jahr, wie ich sehen kann, die Herbstferien in der Weise von den Schülern verlebt, daß ein Teil in der Zuckerfabrik arbeitet, während der andere Teil mit der Einbringung der Hackfruchternte beschäftigt ist. Ist der Tag so schon völlig von der Schule genau eingeteilt, so werden auch die Abende festgelegt, einmal mit „freiwilligem“ Kinobesuch, dann wieder mit dem Besuch anderer Veranstaltungen. Natürlich würde, wenn ich Beschwerde erheben würde, daß die Schüler an der Teilnahme ihrer kirchlichen Veranstaltungen gehindert würden, mir sofort klargemacht werden, wie das in der Zeit schon geschah, als ich diese Einsprüche mal erhob, daß das in keiner Weise der Fall ist und selbstverständlich üble Hetze gegen die DDR darstellt. Es würde natürlich niemand jemals gehindert werden, wenn er den Wunsch äußerte, zur Kirche zu gehen. Aber das tut eben kein Schüler mehr. Es bestehe eben unter den Schülern gar nicht das Bedürfnis, am kirchlichen Leben teilzunehmen. So ist die Situation nun so gediehen, daß das „Getto“ der Schüler geradezu perfekt ist.

Wenn kirchlich leitende Stellen uns dann die Weisung geben, wir sollten bemüht sein, auf Oberschüler Einfluß zu gewinnen, um einige zum Theologiestudium zu gewinnen, so kann ich dazu nur sagen, daß offenbar die kirchenleitenden Stellen die wahre Lage an

den Oberschulen nicht mehr übersehen. Mag sein, daß es an anderen Oberschulen noch nicht ganz so weit ist wie hier, da bekannt sein dürfte, daß ... Modell ist; aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis zu der auch an den anderen Oberschulen die Entwicklung so weit gediehen ist.

Es bleibt zu fragen, ob die kirchlich leitenden Stellen diese Entwicklung, die sich, davon bin ich überzeugt, auch auf die anderen vorhandenen Schulen in gleicher Weise erstrecken wird, so ohne weiteres schweigend hinnehmen wollen. Ich hielt mich jedenfalls für verpflichtet, aus ernster Sorge über diese Entwicklung das zu berichten.

Wie stark auch der Schulhort im Dienste der Propaganda für den Sozialismus-Atheismus und speziell für die Jugendweihe steht, zeigt folgender Beitrag aus „Sozialistische Erziehung“, 5. Jg., Heft 3, Februar 1959:

#### HORT UND JUGENDWEIHE

Es dauerte eine ganze Weile, ehe wir erkannten, daß die Jugendweihe unserer „Großen“, die vor drei Jahren den Hort verlassen haben, im Leben unserer Hortkinder (1. bis 4. Schuljahr) Beachtung finden muß, um die Kinder schon von der Unterstufe an darauf vorzubereiten, daß sie später auch das Gelöbnis gegenüber ihrem Arbeiter- und Bauernstaat ablegen.

Unsere Kolleginnen haben mittlerweile viele Gelegenheiten wahrgenommen, um für die Kinder entsprechende Erlebnisse zu schaffen. So nahmen die Kinder an einer sozialistischen Eheschließung in einem Betrieb teil, wobei sie unsere Lieder sangen und Tänze aufführten. Ihr schönstes Erlebnis war wohl, dabeizusein, wie anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution drei Neugeborene einer Hausgemeinschaft in einer Feierstunde ihren Namen erhielten.

Seit dem letzten Schuljahr veranstaltet die Schule in unserm Hort regelmäßig die Jugendstunden zur Vorbereitung auf die Jugendweihe. Jede Woche kamen dadurch viele Gäste aus den achten Klassen zu uns. Inzwischen wissen die Kinder längst, warum die Großen zu uns kommen, ja, sie fragen sogar, was in der Jugendstunde los ist, worüber gesprochen wird. Es ist also erforderlich, daß wir Erzieher genau Bescheid wissen, um unsere Kinder über den Inhalt der Stunden zu informieren. Je mehr Aussprachen wir mit den Kindern führten, desto klarer erkannten wir, wie notwendig es ist, die Anteilnahme der Kinder für die Jugendweihe so früh wie möglich zu wecken. Schon bei den Kleinen gilt es, deren Fragen, die sich auf ein wissenschaftliches Weltbild beziehen, zu beantworten. Von den Fragen: „Gibt es einen Himmel?“, „Müssen alle Menschen sterben?“, bis zu dem örtlich verbreiteten Aberglauben sowie der Erklärung der Naturerscheinungen spannt sich der Interessenkreis der Kinder. Nicht alle Fragen können erschöpfend behandelt werden. Das Wissen der Kinder reicht oft nicht dazu aus. Der Hinweis: „Das wirst du in der Schule und bei den Jugendstunden genauer kennenlernen“ hält das Interesse wach.

Eine weitere Verbindung zur Jugendweihe konnten wir dadurch schaffen, daß wir mit einer unserer Agitprop-Gruppen auf einer Veranstaltung im Rahmen der Jugendstunden auftraten. Dort erzählte die Gruppe in Lied, Gedicht und Tanz vom Fleiß der Arbeiter und Bauern, vom Sputnik, von der Hilfsbereitschaft und vom frohen Leben der Jungen Pioniere.

Wir müssen erreichen, daß das Elternhaus auch bei der weltanschaulichen Erziehung tatkräftig mitarbeitet. Durch Elternabende und Einzelaussprachen ist es uns gelungen, in der weltanschaulichen Erziehung bis auf wenige Ausnahmen auch die Unterstützung der Eltern zu erhalten.

*Inge Holtreter, Hort der Altstädtischen Schule, Rostock*



Sämtliche Kirchenleitungen sind unmittelbar nach Verabschiedung der Schulordnung durch den Ministerrat und bei Bekanntwerden der geplanten Verabschiedung des Schulgesetzes durch die Volkskammer bei den zuständigen Stellen, in erster Linie dem Volkskammerpräsidenten Dr. Dieckmann, vorstellig geworden. Im folgenden sei als Beispiel ein Schriftwechsel des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes Dresden mit dem Volkskammerpräsidenten Dr. Dieckmann wiedergegeben, das Einblick in die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche in dieser Frage gibt.

Evangelisch-Lutherisches  
Landeskirchenamt Sachsens

Dresden A 27, am 28. November 1959

An die Volkskammer, zu Händen des  
Herrn Volkskammerpräsidenten Dr. Dieckmann

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens hat von der Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen vom 12. November 1959 (Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I S. 823 ff.) Kenntnis genommen. Sie sieht sich genötigt, dagegen *Einspruch* zu erheben, daß in dieser Verordnung das der Kirche in der Verfassung (Art. 41 und 44) gewährleistete Recht auf kirchliche Unterweisung nicht gewährt wird.

Die Schulordnung ordnet in § 6 Abs. 2 an, daß Schüler durch Veranstaltungen, die außerhalb des Schulunterrichts liegen, erst zwei Stunden nach Schluß des lehrplanmäßigen Unterrichts und anderer verbindlicher Veranstaltungen der Schule beansprucht werden dürfen.

Die kirchliche Unterweisung *muß* oft im Anschluß an den Schulunterricht angesetzt werden. Ein zweiter Weg außer dem Schulweg ist Kindern im Interesse ihrer Gesundheit nicht zuzumuten, insbesondere dort nicht, wo sie auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind.

Bei der stetig steigenden Zahl der „anderen verbindlichen Veranstaltungen der Schule“ gibt es an vielen Tagen oft keine andere Zeit mehr zur Ansetzung der kirchlichen Unterweisung als im Anschluß an den lehrplanmäßigen Unterricht. Zwei Stunden nach Schluß des lehrplanmäßigen Unterrichts beginnen die anderen verbindlichen Veranstaltungen der Schule, zwei Stunden danach ist der Abend da.

Deshalb hat die Kirche wiederholt und dringend gegen die Anordnung zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der allgemeinbildenden Schulen vom 12. Februar 1958 (Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik S. 236) bereits ihre Einsprüche geltend gemacht. Indem die Schulordnung in § 6 Abs. 2 noch darüber hinausgeht, ist die Gefahr gegeben, daß mit dieser Totalbeanspruchung der Kinder durch die Schule die christliche Unterweisung aus der Gesamterziehung herausgedrängt wird. Das ist für die Kirche unannehmbar. Es gehört zum Wesen der Kirche und dem ihr von ihrem Herrn Jesus Christus gegebenen Auftrag, daß sie die getauften Kinder in einem geordneten Unterricht unterweist.

Schwere Bedenken müssen auch gegen § 5 der Schulordnung erhoben werden. Dort wird der Schulhort zu einem festen Bestandteil der Schule gemacht, dem grundsätzlich alle Kinder zugeführt werden sollen. Die Kirche erkennt an, daß für *die* Kinder Horte geschaffen werden, die an den Nachmittagen ohne elterliche Betreuung sind. Sie kann sich aber nicht damit abfinden, daß der Ersatz elterlicher Erziehung durch Horterziehung zum Normalfall gemacht wird. Elternerziehung ist eine verbindliche Ordnung Gottes. Auch Artikel 30 der Verfassung erkennt Ehe und Familie als die Grundlage des Gemeinschaftslebens an.

D. Noth                      Dr. Harzer

An den Ministerrat  
der Deutschen Demokratischen Republik

Im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I S. 823 ff. ist die Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen vom 12. November 1959 abgedruckt worden, die mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft getreten ist. Die Kirche vermag den darin enthaltenen Bestimmungen nicht allenthalben beizupflichten. Da jedoch die Verordnung vom Ministerrat erlassen worden ist, hat sie keine andere Möglichkeit als die, bei der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik Einspruch einzulegen. Sie hat dies mit dem heutigen Tage getan.

Zu Ihrer Unterrichtung überreichen wir Durchschlag dieser Eingabe.

D. Noth Dr. Harzer

Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik  
Der Präsident

Berlin N 4, den 2. Dezember 1959

*Sehr geehrte Herren!*

In Schreiben und Telegrammen fast gleichlautenden Inhalts, die mir von Ihnen in der oben angeführten Reihenfolge zugegangen sind, sind mir von Ihnen Bedenken gegen gewisse Bestimmungen des heute von der Volkskammer verabschiedeten Schulgesetzes bzw. der von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kürzlich erlassenen Schulordnung vorgetragen worden.

In meinem Antwortschreiben an Herrn Generalsuperintendenten Führ vom 30. November 1959 habe ich u. a. folgendes ausgeführt:

Das Schulgesetz und die Schulordnung (letztere ist kein Gesetz, sondern wurde im Rahmen der Verordnungsbefugnis der Regierung erlassen) bilden seit Monaten den Gegenstand einer breiten Diskussion in unserer Bevölkerung. Unsere einschlägigen, jedermann zugänglichen pädagogischen und Schulzeitschriften usw. haben zu dem geplanten Inhalt des Schulgesetzes eingehend Stellung genommen. An der öffentlichen Diskussion dieser Fragen in Elternbeiratsversammlungen, in Beratungen der Lehrerkollegien haben rund 2 1/2 Millionen unserer Bürger teilgenommen. Darunter befanden sich als Lehrer wie als Eltern ohne jeden Zweifel eine sehr große Anzahl christlicher Bürger unserer Republik. Von keinem dieser Bürger ist mir bisher irgendeine Einwendung gegen den geplanten Inhalt des Schulgesetzes vorgetragen worden. Das geschah ebensowenig in der Sitzung des Jugendausschusses und des Volksbildungsausschusses der Volkskammer, in der das Gesetz seine endgültige Fassung erhielt, obwohl auch an dieser Sitzung mehrere christliche Bürger unserer Republik in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete der Volkskammer teilgenommen haben. Ich muß deshalb mit einiger Verwunderung feststellen, daß die von Ihnen vorgetragenen Bedenken erst zu einem Zeitpunkt an mich herangetragen werden, in dem die Beratung des Gesetzes praktisch schon abgeschlossen ist. Diese Feststellung soll nicht bedeuten, daß ich diese Bedenken damit schon als gegenstandslos betrachten wollte, aber es verwundert mich in hohem Maße, daß solche Bedenken bisher von keiner andern Seite erhoben worden sind. Dabei darf ich noch bemerken, daß in der Vergangenheit stets dann, wenn christliche Bürger unserer Republik ihre Interessen irgendwie angefochten glaubten, mir aus diesen Kreisen stets mehr oder minder zahlreiche Zuschriften zugegangen sind, die in jedem Falle von mir ernstlich geprüft wurden und die mich mehr als einmal in die Lage versetzten, andere Stellen mit Erfolg auf derartige Bedenken aufmerksam zu machen. Ich wiederhole deshalb, daß mir im vorliegenden Falle von keiner Seite ein Bedenken irgendwelcher Art vorgetragen worden ist. Ich kann das heute nur wiederholen. Der

Ministerpräsident hat in seiner heute vor der Volkskammer gegebenen Begründung des Schulgesetzes u. a. darauf hingewiesen, daß die im Schulgesetz berührten Fragen in nicht weniger als 70 000 Versammlungen zur Aussprache gestanden haben und daß bei der Regierung rund 5 000 Vorschläge zur Ausgestaltung des Schulgesetzes und der Schulordnung eingegangen sind. An diesen Beratungen haben ohne jeden Zweifel eine sehr große Anzahl christlicher Lehrer und Eltern teilgenommen. Kein einziger von ihnen hat die mir jetzt von Ihnen ziemlich einheitlich mitgeteilten Bedenken vorgebracht. Die Sitzung der beiden Ausschüsse der Volkskammer, die das Schulgesetz berieten, wurde von der Frau Abgeordneten Friedrich (Dresden) geleitet, die Mitglied der Fraktion der CDU in der Volkskammer ist, außer ihr haben weitere christliche Abgeordnete der Volkskammer an den Ausschußberatungen teilgenommen. Auch hier sind, was ich nochmals unterstreiche, die von Ihnen jetzt vorgebrachten Bedenken mit keinem Wort erwähnt worden, während andererseits – wie aus dem heute vor der Volkskammer gegebenen Bericht des Berichterstatters der Ausschüsse hervorgeht – eine ganze Reihe anderer Zweifelsfragen eingehend diskutiert worden sind.

Bei dieser Sachlage bestand schon verfahrenstechnisch keine Möglichkeit mehr, in dem in diesem Zeitpunkt allein zuständigen Ausschuß der Volkskammer Ihre Bedenken zur Aussprache zu stellen.

Darüber hinaus dürfte aber auch ein sachlicher Grund dafür in keiner Weise gegeben sein. Hierzu verweise ich darauf, daß der Ministerpräsident in seiner heutigen Begründung des Schulgesetzes mit Recht ausgesprochen hat, daß gerade die Schulhorte als künftig allgemeine Einrichtung unseres Schulwesens nicht zuletzt auch von christlichen Eltern gefordert worden sind, und daß er weiter, was selbstverständlich nicht zufällig geschehen ist, mit betontem Nachdruck auf die unveränderte Geltung der zwischen ihm und den Repräsentanten der Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik im Sommer letzten Jahres getroffenen Vereinbarung hingewiesen hat. Mit dieser sicherlich von niemandem überhörten Feststellung dürften die mir vorgetragenen Bedenken, soweit sie mehr oder minder grundsätzlicher Art sind, durchaus hinfällig geworden sein.

Daneben könnte jedoch die Möglichkeit bestehen, daß die Durchführung der im Interesse unserer Kinder und ihrer ständig verbesserten Bildungsmöglichkeiten nunmehr erforderlichen Maßnahmen, wie sie im Gesetz und in der Ordnung vorgesehen sind, hier und da zu gewissen örtlichen Schwierigkeiten führen könnten. Solche Schwierigkeiten werden ohne Zweifel aber dort nicht auftreten bzw. leicht beseitigt werden können, wo die örtlichen Kirchenleitungen sich in einem richtigen Verhältnis zu unserem Friedensstaat und seinen örtlichen amtlichen Vertretern befinden, wo also der berichtigten These des Bischofs Dibelius, wonach die christlichen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik den Gesetzen ihres Staates nicht nur keinen Gehorsam schulden, sondern ihnen den Gehorsam verweigern sollen, mit Klarheit und Entschiedenheit von den Repräsentanten der Kirche entgegengetreten wird. Dies ist nach meiner tiefen Überzeugung der beste, aber auch der einzige Weg, die mir von Ihnen vorgetragenen Bedenken vollends gegenstandslos zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Dr. Dieckmann*

An den Generalsuperintendenten von Berlin – Sprengel II –, Berlin; an das Landeskirchenamt der Evangelischen Landeskirche Anhalts, Dessau; an den Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Schwerin; an das Evangelische Konsistorium zu Görlitz, Görlitz; an den Herrn Bischof zu Greifswald, Greifswald; an das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsens, Dresden; an die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg.

Die Kirchen werden diese Fragen keineswegs als abgeschlossen hinnehmen können, sondern hier sich immer wieder zu Worte melden. Es bleibt festzustellen,

daß vor Erlaß dieser Gesetze von so entscheidender Bedeutung keinerlei Verhandlungen zwischen Staat und Kirche stattgefunden haben. Zwar sind in Elternversammlungen Diskussionen über die 10-Klassen-Schule und die polytechnische Ausbildung der Kinder durchgeführt. Doch können diese lediglich auf Spezialfragen abzielenden Diskussionen nicht, wie der Volkskammerpräsident behauptet, als Diskussionen über das ganze Gesetz angesehen werden. Daß auch die Ost-CDU nicht als legitimer Sprecher des gesamten christlichen Teils der Bevölkerung in der DDR anzusprechen ist, ist für jeden, der mit den Verhältnissen etwas vertrauter ist, selbstverständlich.

### *c) Die Jugendarbeit der Kirche*

Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß das Jahr 1959 nicht nur Erschwerungen und Behinderungen gebracht hat, sondern an einigen Punkten auch gewisse Erleichterungen. Dazu gehören vielleicht in erster Linie die sogenannten *Bibelrüstzeiten für die Junge Gemeinde*. Sosehr die Junge Gemeinde zunächst ihren Mittelpunkt in der Ortsgemeinde hat, so gehören zu ihren Lebensäußerungen notwendig auch die Zusammenkünfte auf übergemeindlicher Ebene und namentlich in den Ferien auch ihre Rüstzeiten. Während hier 1958 laufend Verbote und Behinderungen zu verzeichnen waren, ist es 1959 zu einer gewissen Klärung gekommen, die die Durchführung von Kreis- und Landeskirchentagen und vor allem Bibelrüstzeiten möglich machte. Im Verlauf der Verhandlungen, die vor allem Landesbischof D. Mitzenheim führte, war diese Frage seitens der Kirche als eine sehr dringliche der Regierung vorgestellt worden. An diesem Punkt wenigstens ist eine im allgemeinen als tragbar empfundene Regelung erreicht. Es sei hier das Sammelrundschreiben des Landeskirchenrates in Eisenach vom 8. Juni, das Einblick in die Verhandlungen gibt, und ein Abschnitt aus einem Rundbrief von Landesbischof D. Mitzenheim an seine Pfarrer wiedergegeben:

Der Landeskirchenrat  
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen

Eisenach, den 8. Juni 1959

Sammelrundschreiben an alle Pfarrämter,  
Superintendenturen und Kreiskirchenämter

Wie allen Pfarrern in den Anlagen zum 60. Rundbrief vom 30. Mai 1959 mitgeteilt wurde, sind im Schreiben vom 9. Mai 1959 an den Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen eine Reihe von Sachgebieten aufgeführt, über die ein Gespräch zwischen Regierung und Vertretern der Kirchen erforderlich erscheint. Unter Ziff. 3 in diesem Schreiben war angemeldet, daß über die Bibelrüstzeiten eine Klärung erfolgen müsse. (Wir verweisen insoweit auf das Material XIX Blatt 3). Um die Klärung dieses Punktes weiter zu fördern, wurde in einem Schreiben vom 28. 5. an den Herrn Staatssekretär Eggerath von dem unterzeichneten Landesbischof u. a. folgendes ausgeführt:

„Darf ich Ihren Vorschlag der Vorklärung der in unserem Schreiben vom 9. 5. 1959 aufgeworfenen Fragen gleich für einen Punkt aufgreifen in der Hoffnung, daß damit vielleicht diese Angelegenheit überhaupt abschließend geklärt werden könnte. Ich meine Ziff. 3 der Aufzählung in diesem Schreiben. Meine Superintendenten und Pfarrer fragen



mich immer wieder, wie denn nun die Frage der Bibelrüsten für junge Gemeindeglieder in diesem Jahre geklärt sei. Enttäuschende Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren und unterschiedliche Behandlung durch örtliche Staatsorgane haben bei den kirchlichen Mitarbeitern und in der Gemeinde den berechtigten Wunsch geweckt, diese Frage möchte doch nun endlich einmal möglichst abschließend von den verantwortlichen Kirchenleitungen bei den zentralen Stellen grundsätzlich geklärt werden. In dem Gespräch in Ihrer Dienststelle am 14. 4. wurde zum Ausdruck gebracht, daß Bibelrüsten und Freizeiten für junge Gemeindeglieder als eine besondere Form und ein Bestandteil der verfassungsmäßig der Kirche garantierten religiösen Unterweisung keiner besonderen Genehmigung bedürften. Voraussetzung sei, daß wirklich die kirchliche Unterweisung und die Gespräche über religiöse Fragen mit den jungen Menschen Hauptinhalt und Zweck der Freizeiten und Rüstzeiten seien. Es wurde Ihrerseits in Aussicht gestellt, daß vom Staatssekretariat eine entsprechende Anleitung der örtlichen Organe veranlaßt würde. Darf ich annehmen, daß diese Anleitung inzwischen erfolgte. Ich habe bisher davon abgesehen, die mir unterstellten Dienststellen vom Inhalt unseres Gesprächs zu unterrichten, wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Sie gegen eine Unterrichtung der Pfarrer im obigen Sinne keine Bedenken haben. Da die Vorbereitung der Rüstzeiten anlaufen muß, wäre ich für eine baldige Antwort zu diesem Punkte dankbar.“

Zu diesem Punkt des Schreibens hat der Staatssekretär für Kirchenfragen am 3. 6. 1959 folgendes mitgeteilt:

„Auch Ihre Auffassung über Rüstzeiten findet bei mir keinen Widerspruch, und ich habe keine Bedenken, wenn Sie eine diesen Darlegungen entsprechende Information an die Amtsträger weitergeben (siehe auch Anlage ‚Rüstzeiten‘).“

Diese in Bezug genommene Anlage lautet:

„Rüstzeiten (Schreiben des Herrn Landesbischofs Mitzenheim v. 9. 5. 1959, Punkt 3).

Das Eingreifen staatlicher Organe machte sich in den vergangenen Jahren notwendig, weil in einigen Bezirken als Rüstzeiten getarnte ungesetzliche Ferienlager durchgeführt wurden.

In der Besprechung am 14. 4. 1959 wurde den Vertretern der Kirchenleitungen in der DDR durch den Stellvertreter des Staatssekretärs die gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Ferienlagern erläutert und darauf hingewiesen, daß eine Umgehung der gesetzlichen Regelung durch Ferienlager, die als Rüstzeiten getarnt wurden, nicht geduldet werden kann.

Zu der Anordnung des Ministers für Volksbildung vom 2. 4. 59 wurde den Räten der Bezirke (Referenten für Kirchenfragen) eine Empfehlung des Staatssekretärs für Kirchenfragen gegeben.

Darin ist festgelegt, daß

a) ordentliche Rüstzeiten, die entweder der Zurüstung für ein bestimmtes kirchliches Amt dienen oder die bestimmte theologische Aufgaben unterstützen, ein Teil der Religionsausübung sind und nicht behindert werden dürfen;

b) die von dieser Grundlinie abweichenden Einrichtungen, also Ferienlager, die als Rüstzeiten getarnt werden, können nicht geduldet werden. Das trifft auch für sogenannte Freizeiten zu, in denen solche Themen behandelt werden wie: ‚Das Menschenbild in der Geschichte‘, ‚Vom Ursprung des Menschen‘, ‚Die geistige und weltanschauliche Situation der heutigen Jugend‘ usw.“

Für unsere kirchliche Praxis ist daher folgendes festzuhalten: Ferienlager führt die Kirche nicht durch. Ordentliche Bibelrüstzeiten, die entweder der Vorbereitung von Gemeindegliedern für einen kirchlichen Laiendienst dienen oder die kirchlich-theologische Aufgabe der religiösen Unterweisung unterstützen, dürfen als ein Bestandteil der Religionsausübung nicht behindert werden.

Es wird entsprechend b) der Empfehlung des Staatssekretärs wichtig sein, daß schon bei der Formulierung der Themen für die Rüstzeiten klar erkennbar wird, daß es sich bei

diesen Rüstzeiten um die Durchführung einer kirchlichen Aufgabe handelt und daß kirchliche Unterweisung und die Erörterung von Fragen, die unser Glaubensleben betreffen, bei den Rüstzeiten im Mittelpunkt stehen.

Wir teilen hiermit den Pfarrern diesen Schriftwechsel mit, damit sie danach handeln und sich ggf. darauf berufen können. Der Landesjugendpfarrer und die verantwortlichen Mitarbeiter in den Werken wurden von uns unterrichtet.

D. Mitzenheim

Der Landesbischof der  
Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen

Eisenach, den 20. Juni 1959

*Rundbrief an alle Pfarrer unserer Thüringer Landeskirche*

*Liebe Amtsbrüder!*

...

Das Sammelrundschreiben Nr. 7 betr. Bibelrüstzeiten wird Sie erreicht haben. Bei der schriftlichen und mündlichen Diskussion darüber mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen ging es um die Anordnung des Volksbildungsministers über die Feriengestaltung. Die Frage, ob Bibelrüstzeiten unserer Jugend auch in den Ferien sein können, ist also positiv entschieden. Unsere Bibelrüstzeiten stehen als ein Teil und eine besondere Form kirchlicher Unterweisung unter dem Schutz der Verfassung und dürfen nicht behindert werden. Das ist für unsere Jugendarbeit sehr wichtig. Die Rüstzeiten, früher Freizeiten genannt, sind seit 40 Jahren für unsere Jugend ein wahres Geschenk. Die frohe Gemeinschaft um die Bibel hat vielen Jugendlichen zu lebendigem Glauben verholfen. Wir dürfen uns darüber freuen, daß sie nun wieder unbehindert gehalten und besucht werden dürfen. Es gilt für sie zu werben, nicht nur in unseren Jugendkreisen, sondern überhaupt in der Jugend unserer Gemeinden, gerade auch bei den einzelnen Jugendlichen. Ich bitte Sie, dieses Anliegen auf Ihr Herz zu nehmen und nicht zu zögern mit der Einladung der Jugendlichen. Die Kreisjugendpfarrer haben ein Verzeichnis der geplanten Bibelrüstzeiten für jeden Amtsbruder ihrer Superintendentur. Die Sache ist sehr eilig.

...

Es hat zwar noch verschiedener Einzelverhandlungen bedurft, um Schwierigkeiten zu beheben, ganz sind diese auch nicht in allen Fällen ausgeräumt. Aber auf das Ganze gesehen, ist hier ein Fortschritt zu verzeichnen. Es ist zu hoffen, daß die hier erreichte Regelung auch in den nächsten Jahren beibehalten wird. Die Schockwirkung der Maßnahmen von 1958 hat 1959 noch gewisse Zurückhaltung der Jungen Gemeinde zur Folge gehabt. Vielleicht gelingt es, diese zu beheben und vor allem auch die Elternhäuser, aus denen in erster Linie diese etwas ängstliche Zurückhaltung kam, zu ermutigen, ihre Kinder auf solche Rüstzeiten zu schicken. Diese stellen nun einmal einen sehr wesentlichen Teil der kirchlichen Jugendarbeit dar. Es bleibt allerdings zu fragen, ob die Junge Gemeinde angesichts der Entwicklung von Konfirmation und Jugendweihe usw. noch genügend Kraft behält, die sich ihr hier auftuenden Möglichkeiten voll zu nützen.

Ein Sorgenkind der kirchlichen Jugendarbeit war immer auch die Arbeit der Evangelischen Studentengemeinde. Im ganzen kann festgestellt werden, daß auch sie im Jahr 1959 verhältnismäßig unangefochten ihren Dienst tun konnte. Die Verpflichtungserklärung, die zu Beginn des Studienjahres 1959/60 den Studierenden vorgelegt wurde, beseitigte sicher nicht alle Bedenken junger Christen, war vor allem so gummiartig gehalten, daß sie mancher Auslegung fähig ist, sie

unterschied sich auf der anderen Seite in so wesentlichen Punkten von jener Erklärung, die den Studenten 1958 vorgelegt worden war, daß sie von allen Neu-Immatrikulierten unterschrieben wurde.

Für die Arbeit der Studentengemeinden ist die Beobachtung typisch, daß an den Hochschulorten, wo eine große Studentenschaft vorhanden ist, keine nennenswerten Behinderungen der kirchlichen Arbeit zu verzeichnen sind. Grundsätzlich wird zwar von staatlicher Seite immer wieder der Vorwurf erhoben, die Studentengemeinden seien illegale Organisationen, man läßt sie jedoch ungestört arbeiten. An den Hoch- und Fachschulorten mit geringer Studentenzahl jedoch versuchen namentlich die örtlichen Parteiorganisationen der SED immer wieder, die Arbeit der Studentengemeinden lahmzulegen, und zwar in der Weise, daß man einige führende Köpfe der Gemeinden herausgreift, gegen sie durch Flugblätter, Versammlungen und ähnliches Stimmung macht und sie in ein Verfahren mit dem Ziel der Relegierung von der Hochschule verwickelt. Ein Beispiel dafür sind etwa die Vorgänge an der Chemiefakultät in Merseburg. Es sei hier der Text eines Flugblattes gegen den Studenten W. wiedergegeben; er hat inzwischen die Hochschule verlassen müssen.

Wolf im Schafspelz. W. hatte das Vertrauen der Gruppe. Er wurde deshalb deren Delegierter.

W. vertrat eine Konzeption, die eindeutig der Schwächung unserer Staatsmacht diene, und deklarierte diese als Meinung der Gruppe. Das ist Lüge, das ist Vertrauensbruch!

Seine Auffassungen:

Zur CDU in der DDR: Das einzige Gute an dieser Partei ist, daß es keine Christen sind. Zu Wirtschaftswissenschaften, politischer Ökonomie und Pädagogik: Das sind Berufe, die kein junger Christ mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Zu Fragen der Erkennbarkeit der Welt: Das sind „wissenschaftliche Erkenntnisse“, die einfach erlogen sind.

Das ist infame Verleumdung!

Abiturienten, die nicht sofort zum Hochschulstudium zugelassen wurden, wird mit W.s Billigung der „Rat“ erteilt: Es gibt Beispiele, wo Abiturienten aus der DDR nach Westdeutschland gingen, wieder zurückkehrten und anschließend ihr Studium aufnehmen konnten. „Das erzähle ich Euch, um Euch Mut zu machen.“

Das ist indirekte Aufforderung zur Republikflucht.

Die Verhaftung der Gruppe Thiele, Lohde und Dölling nannte er „einen Akt der Unterdrückung“, „er kann ihre Handlungsweise verstehen und bewundert ihren Mut“.

Solche Verbrecher wie Speidel und Schmutzler „schließt er in sein Gebet ein“.

W. ist also der Befürworter von Konterrevolutionären und Verbrechern! Für diese und andere Taten wurde W. relegiert. Deshalb und nicht, weil er vorgibt, Christ zu sein! Das ist die Wahrheit über W.!

Wir fragen Euch: Gibt es bei uns noch weitere „Wappler“?

W.s Ausbildung kostete unserer Arbeiter- und Bauernmacht bisher ca. 45 000 DM.

Wollen wir noch mehr Geld für Unwürdige ausgeben? Deshalb Schluß mit ideologischer Koexistenz, mit falscher Kameradschaft, mit Verstößen gegen die sozialistische Moral und Ethik!

Die Arbeit der Kirche an ihrer Jugend ist 1959 also dadurch gekennzeichnet, daß nicht eigentlich von einschneidenden Behinderungen gesprochen werden kann, so gewiß die Glieder der Jungen Gemeinde wegen der mancherlei Schikanen und Erschwerungen der Arbeit namentlich auf örtlicher Ebene nie das Gefühl loswerden konnten, daß die Junge Gemeinde im Grunde als Fremdkörper und im

letzten der Entwicklung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens feindlich betrachtet wird. In den Schulen werden die Kinder planmäßig gegen die christliche Botschaft beeinflusst, und außerhalb der Schule wird ihr Leben beargwöhnt. Das hat dazu geführt, daß der Mangel an Nachwuchs zu den kirchlichen Berufen äußerst ernste und kritische Formen annimmt, und zwar in allen Sparten, sowohl was die diakonischen Berufe betrifft als auch in den Berufen, die der Verkündigung dienen, Katecheten, Predigerschüler und Theologiestudenten. An den 6 Theologischen Fakultäten in der DDR sind im Studienjahr 1959/60 nicht einmal voll 100 Neu-Immatrikulationen an Theologiestudenten und -studentinnen erfolgt. Sicher muß berücksichtigt werden, daß das Einrücken der geburtschwachen Jahrgänge zum Studium einen ähnlichen Rückgang an allen und besonders den geisteswissenschaftlichen Fakultäten zur Folge hat. Für die Arbeit der Kirchen können sich jedoch aus dieser Entwicklung Konsequenzen von weitreichender Bedeutung ergeben. Der Kräftermangel kann noch mehr als der Finanzmangel zu Maßnahmen führen, die die gesamte Struktur der kirchlichen Arbeit entscheidend verändern.

#### *d) Die Schriftumsarbeit der Kirche*

Die Situation des kirchlichen Schrifttums in der DDR hat sich 1959 nicht wesentlich verändert. Grundsätzlich ist es der Kirche weiterhin verwehrt, in ihrem Schrifttum die offene geistige Auseinandersetzung mit der Weltanschauung des Marxismus aufzunehmen und auch ihren Gliedern, namentlich ihrer Jugend, für solche Auseinandersetzung, in der sie täglich steht, das nötige Rüstzeug in die Hand zu geben. Manuskripte, die solchen Fragen gewidmet sind, werden fast ausnahmslos nicht zum Druck genehmigt. Im Gegenteil, es erfolgen immer wieder Eingriffe der Zensurstellen auch in rein geistliches und biblisches Schrifttum, wo auch nur Ansätze einer solchen Auseinandersetzung vermutet werden. Die Kirchliche Ostkonferenz vom 24. Juni sah sich deshalb in ihrer Presseverlautbarung veranlaßt, dazu folgendes zu erklären:

#### PRESSEVERLAUTBARUNG

Die Pressestelle teilt mit: Die Konferenz hat mit Bestürzung davon Kenntnis genommen, daß für die evangelische Schriftumsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik Erschwerungen grundsätzlicher Art eingetreten sind. Diese führen so weit, daß bei eingereichten Manuskripten z. B. an die Theologie des Paulus die Maßstäbe des dialektischen und historischen Materialismus angelegt werden und eine Umformung paulinischer Aussagen im Blick auf die gegenwärtige Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gefordert wird. Eine sachliche Auseinandersetzung zu dem Thema „Glaube und Weltbild“ wird nicht gestattet, da die zuständigen staatlichen Dienststellen hierin eine Polemik gegen die ideologischen Grundlagen des sozialistischen Aufbaus erblicken. Besonderen Einschränkungen unterliegt das Schrifttum auf dem Gebiet der Mission, der christlichen Kinder- und Jugendliteratur, der kirchlichen Kunst und der Krankenseelsorge. Für eine Druckgenehmigung der Amtskalender 1960 wird die Entfernung der Namen und Adressen bestimmter kirchlicher Werke gefordert.

Es ist die Auffassung der Konferenz, daß diese systematisch einengenden und verkür-



zenden Maßnahmen die Freiheit der Verkündigung der christlichen Botschaft auf dem Gebiete des evangelischen Schrifttums aufheben.

Evangelische Kirche in Deutschland  
Kirchenkanzlei  
für die Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Es haben daraufhin sehr eingehende Verhandlungen mit dem Staatssekretär im Ministerium für Kultur stattgefunden, die zwar noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind, in denen aber doch in einigen Fragen eine gewisse Klärung erreicht werden konnte. Es ging dabei auch um den Vertrieb des kirchlichen Schrifttums und damit das Schicksal des evangelischen Buchhandels. Die staatliche Anordnung vom 25. Mai 1959, daß der gesamte Vertrieb des Schrifttums nur über den „Leipziger Kommissions-Großhandel“ (LKG) erfolgen soll, hätte sehr weitreichende Folgen für den evangelischen Buchhandel haben können. Es ist den Verhandlungen des Landesbischofs D. Mitzenheim gelungen, in dieser Frage ein gewisses Stillhalteabkommen zu schließen. Es gilt, die weitere Entwicklung der Angelegenheit aufmerksam zu verfolgen.

### *e) Die sozialistischen Feiern*

Im Kirchlichen Jahrbuch 1958 war ausführlicher über den Aufbau einer „atheistischen Gegenkirche“ in der DDR berichtet worden. Die Auseinandersetzungen über diese Fragen sind mit ungeminderter Heftigkeit weitergegangen. Um ein klareres Bild zu gewinnen, sei zunächst die Frage der *Jugendweihe* besonders herausgegriffen. Allerdings wurde deutlich, daß diese richtig nur im Zusammenhang mit dem gesamten Komplex der sozialistischen Feiern gesehen werden darf. Auf der anderen Seite ist die Frage „Konfirmation und Jugendweihe“ in der Auseinandersetzung zwischen Staat, Partei und Kirche nun doch einmal der große Brennpunkt geworden.

Von politischer Seite wird immer wieder die These von der Vereinbarkeit von Konfirmation und Jugendweihe proklamiert. Die Kirche hat die innere Unwahrscheinlichkeit dieser These von Anfang an betont. Am 7. Februar 1959 hat die Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen in der DDR noch einmal in einer ausführlichen Stellungnahme, die von den zuständigen Referenten aller Gliedkirchen gebilligt war, auf Grund einer Zeitungsmeldung der „Neuen Zeit“ vom 29. Januar den Standpunkt der Kirche dargelegt.

Die „Neue Zeit“ vom 29. Januar 1959 bringt auf Seite 4 unter der Überschrift „Notwendige Klarstellung zur Jugendweihe“ einen Bericht über eine Pressekonferenz des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe, bei der der Sekretär dieses Ausschusses, Herr Walter Muth, und andere Mitglieder des Sekretariats Auskunft gaben. Es ist bemerkenswert, daß, soweit wir sehen, außer der „Neuen Zeit“ zwar die „Berliner Zeitung“ auf diese Pressekonferenz mit wenigen Zeilen einging, dagegen „Neues Deutschland“ von ihr überhaupt nicht Notiz genommen hat.

#### I.

Ziel dieser Pressekonferenz war nach der „Neuen Zeit“, auf Grund der Arbeitsentschließung des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe darzulegen, daß die Jugendweihe und

das Jugendweihegelöbniß „als sich *ausschließlich auf ein gesellschaftliches Verhalten und eine gesellschaftliche Entscheidung* beziehend“ auszulegen sei. Es wären nur die „Konstruktionen NATO-höriger Kirchenleitungen“, wenn die Teilnahme an der Jugendweihe als Bekenntnis zu der Aussage: „Es gibt keinen Gott“ gedeutet werde. Es seien „diejenigen Kräfte zu entlarven, die im Dienst der NATO Inhalt und Charakter der Jugendweihe bewußt zu entstellen suchen, um vor allem *christliche* Bevölkerungskreise irrezuführen, in Gewissenskonflikte zu bringen und unseren sozialistischen Aufbau zu stören“.

Demgegenüber ist festzustellen: Wenn auch das Wort „Atheismus“ im Jugendweihegelöbniß nicht vorkommt, so ist doch mit der Gelöbnißformulierung, die „ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen“, eindeutig die Gottesleugnung mit gemeint und gefordert. Der 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Herr Walter Ulbricht, hat in seiner Rede auf dem V. Parteitag im Juli 1958 authentisch erklärt: „Der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung des Sozialismus“ (Neues Deutschland vom 11. 7. 1958, S. 11 B). In seiner Sonneberger Rede zur Jugendweihe hat Walter Ulbricht ausdrücklich gesagt: „Wer sich heute daran hindern läßt ... überlebte, alte Glaubenssätze über Bord zu werfen, der schadet sich selbst.“ In diesem Zusammenhang hat er auch den Glaubenssatz „Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen“ abgelehnt und den Jugendlichen zugerufen: „Das Gelöbniß, das ihr in einigen Monaten bei eurer Jugendweihe sprechen werdet, ist kein leeres Wort“ (Neues Deutschland, 1. Oktober 1957, S. 4). Dieses Gelöbniß verpflichtet also auch zur Ablehnung des christlichen Gottesglaubens.

Wir fragen: Wessen Aussagen haben das größere Gewicht – diejenigen des Sekretärs vom Zentralen Ausschuß für Jugendweihe oder diejenigen des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der SED? Zweifellos ist das, was Walter Ulbricht über die Jugendweihe sagt, maßgebend. Darum kann ein Christ das Jugendweihegelöbniß nicht ablegen, auch wenn er eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bejahen möchte.

## II.

Nach der „Neuen Zeit“ nennt Walter Muth als umfassende positive Zielsetzung des Jugendweheausschusses „*die Bildung des sozialistischen Bewußtseins*“. Gerade damit aber bestätigt er, daß die Kirchenleitungen dem Jugendweihegelöbniß die richtige Auslegung geben, die keineswegs als „eine lügenerische und verleumderische Entstellung“ gekennzeichnet werden kann, wie er das behauptet. Denn „die Bildung des sozialistischen Bewußtseins“ hat es entscheidend mit der Bildung der atheistischen Weltanschauung, mit der Erziehung zum dialektischen Materialismus zu tun. Im „Neuen Deutschland“ ist zwei Tage nach der Veröffentlichung des Artikels der „Neuen Zeit“ von „der Verbreitung des dialektischen Materialismus und damit der sozialistischen Bewußtseinsbildung“ die Rede und in diesem Zusammenhang ferner davon, daß sich dadurch „die Menschen unserer Republik von abergläubischen, mystischen und religiösen Einstellungen befreien“ (Neues Deutschland, 31. 1. 1959, Beilage S. 3).

Walter Ulbricht hat in seiner Rede zum V. Parteitag der SED im Blick auf nicht zur SED Gehörige gesagt: „So wollen wir sie davon überzeugen, daß die Aneignung des dialektischen Materialismus auch für sie wichtig ist ... für die Heranbildung des sozialistischen Bewußtseins“ und ferner „bei der Bildung des sozialistischen Bewußtseins ist die Aneignung des dialektischen Materialismus erforderlich“ (Neues Deutschland, 11. 7. 1958, S. 11 B). Wenig später stellt Walter Ulbricht fest, der dialektische Materialismus „ist eine Weltanschauung, die sich streng an die Tatsachen hält und die Welt so widerspiegelt, wie sie ist, die unerschaffbar und unzerstörbar ist, sich in Raum und Zeit bewegt und zu ihrer Entwicklung keines Schöpfergottes bedarf“.

„Die Bildung des sozialistischen Bewußtseins“ ist Bildung eines Bewußtseins im dialektisch-materialistischen Sinne, das keinen Schöpfergott anerkennen kann. Der Christ glaubt aber an diesen Gott. Die Kirchenleitungen haben also in das Gelöbniß zur Jugendweihe

nicht etwas hineingedeutet, das nicht enthalten ist, sondern haben es in der richtigen Weise gekennzeichnet als ein Bekenntnis zum Atheismus.

### III.

Im Bericht der „Neuen Zeit“ über jene Pressekonferenz ist aus der Zeitschrift „Jugendweihe“ vom Dezember 1958 folgender Satz zitiert: „Es ist daher selbstverständlich, daß sich alle Jungen und Mädchen, *ganz gleich welcher Weltanschauung*, zur Zielstellung dieses Gelöbnisses bekennen können.“ Das trifft für Christen nicht zu. Denn Christen können sich nicht zur „Zielsetzung eines Gelöbnisses *bekennen*“, das die Leugnung Gottes zum Inhalt hat.

Daß an eine solche ideologische Koexistenz auch gar nicht gedacht ist, geht eindeutig aus den Ausführungen von W. Neugebauer (Mitglied des ZK und Leiter der Abteilung Volksbildung beim ZK der SED) bei der Schulkonferenz der SED hervor, in denen es u. a. heißt:

„Genosse Wandel vertrat da eine konfliktlose Auffassung. Er wollte die Jugendweihe so entwickeln, daß die Gewinnung der Masse der Kinder auf der Grundlage eines Programms erfolgt, gegen das letztlich auch die Kirche nichts einzuwenden hat ... Wir haben unsere Auffassungen dann mit Hilfe der ganzen Partei durchgesetzt, mit der Verkündigung der richtigen Auffassungen, wie sie Genosse Walter Ulbricht in seiner Rede in Sonneberg zur Jugendweihe ausgesprochen hat, daß wir alle Kinder gewinnen wollen, aber auf der Grundlage der sozialistischen Ideologie und Weltanschauung! Genossen! In den vergangenen Jahren, in denen wir die Jugendweihe durchführten, hat sich diese unsere offensive Linie als richtig erwiesen gegenüber dem Leisetreten und Zurückweichen. Bestimmte Leute sagten uns völlig grundlos: Verletzt nicht die religiösen Gefühle! Wir müssen ihnen sagen: Wir sind Marxisten-Leninisten. Wir sind auch z. B. der festen Überzeugung, daß es keinen Gott gibt. Doch wenn die Vertreter religiöser Auffassungen immer wieder von ihrer religiösen Lehre und von Gott sprechen, dann werden dadurch auch unsere Gefühle einmal verletzt! ... Sicher werden noch nicht alle Teilnehmer an der Jugendweihe sofort von dem ganzen Ideengut überzeugt sein, das wir dort vortragen. Aber wir haben sie für uns gewonnen, und sie sind auf unserer Seite. Wir werden diesen Weg mit ihnen weitergehen und sie auch nach der Jugendweihe nicht in der Weise ins Leben entlassen, daß wir sie dann freilassen von unserer sozialistischen Ideologie und wieder den alten rückständigen Kräften aussetzen“ (Beilage zur „Deutschen Lehrerzeitung“, Nr. 20/1958, S. 6 und 7).

Auch die Tatsache, daß bei der Jugendweihe das Buch „Weltall, Erde, Mensch“ übergeben wird, unterstreicht den atheistischen Charakter dieser Feier. Ein bezeichnendes Licht fällt auf die Jugendweihe von den im bewußt atheistischen Sinn durchgeführten Feiern der Namensgebung, Eheweihung und Beerdigung, in deren Zusammenhang auch die Jugendweihe zu sehen ist.

Aus allem wird deutlich, daß die Pressekonferenz vom 28. Januar 1959 und der Bericht der „Neuen Zeit“ vom 29. Januar 1959 keineswegs eine Klarstellung zur Jugendweihe geben, sondern im Gegenteil den Versuch einer Verschleierung der wirklichen Lage bedeuten.

Alle evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik sind sich über den atheistischen Charakter der Jugendweihe einig. Konfirmation und Jugendweihe sind für alle Kirchen unvereinbar. Eine verschiedenartige Durchführung der Konfirmation in den einzelnen Kirchen ändert nichts an dieser gemeinsamen Überzeugung.

Die Kirchenkanzlei fügte ihrer Stellungnahme einen Artikel bei, den Präses D. Scharf in der „Potsdamer Kirche“ veröffentlicht hatte. Wir geben auch diesen Artikel zur Kenntnis.

Unter der Überschrift „Notwendige Klarstellung zur Jugendweihe“ berichtet die „Neue Zeit“ vom 29. Januar 1959 über eine Pressekonferenz, die der Zentrale Ausschuß für Jugendweihe am Tage zuvor im Studienkabinett des „Hauses der Presse“ durchgeführt habe. Der Bericht endet mit einer Frage an „gewisse Kirchenleitungen, Synoden und kirchliche Amtsträger“. Die Frage soll nicht ohne Antwort bleiben.

Im Bericht und auch in der am Schluß formulierten Frage werden die genannten kirchlichen Stellen beschuldigt, dem Jugendweiheakt und insbesondere dem Jugendweihegelübde wider besseres Wissen eine atheistische Tendenz unterstellt zu haben, „um die christliche Bevölkerung zu beunruhigen und in Gewissenskonflikte zu bringen“. Zweimal im Bericht wird den kirchlichen Stellen in diesem Zusammenhang Lüge vorgeworfen. Es ist nicht ganz leicht, ruhig und sachlich zu antworten, wenn die Frage, auf die geantwortet werden soll, derart beleidigend formuliert worden ist. Wir wollen uns bemühen, von der Form der Frage abzusehen.

Aber auch die Sache selbst, die im Bericht dargestellt wird, ist keineswegs eindeutig und klar. Es wird behauptet, daß die Pressekonferenz und die vorausgegangene Sitzung des erweiterten Zentralen Ausschusses für Jugendweihe eindeutige Klarheit über das Wesen des Gelübdes erbracht hätten. Dadurch seien die kirchlichen Gegner der Jugendweihe entlarvt worden.

Wir stellen dazu fest: Die Auseinandersetzung um die Jugendweihe hat die kirchliche und eine weitere Öffentlichkeit seit über zwei Jahren auf das stärkste bewegt. Warum sind Klärungen der behaupteten Art von den für die Jugendweihe verantwortlichen Stellen nicht früher gegeben worden? Aber auch nachdem der Zentrale Ausschuß in der genannten Pressekonferenz Erläuterungen zum Verständnis des Jugendweihegelübdes bekanntgegeben hat, ist die Lage nicht klarer als zuvor. Nicht nur wegen der Form der Frage, sondern auch wegen der Art dessen, was inhaltlich angeboten wird, ist es nicht leicht für die Kirche, Antwort zu geben, es sei denn, die „Neue Zeit“ und der Zentrale Ausschuß für Jugendweihe gestatten uns zuvor einige Rückfragen zu dem, was in der „Neuen Zeit“ vom 29. Januar 1959 veröffentlicht wurde.

Wir glauben gern, daß die, die für die Feiern der Jugendweihe verantwortlich sind, nicht daran interessiert sind, daß sich die Erörterungen auf religiöse Fragen konzentrieren. Wir glauben auch, daß der Jugendweiheausschuß eine Beteiligung an der Jugendweihe für „jeden Menschen“ für möglich hält, „unabhängig von seiner Weltanschauung“. Wir hören in einer offiziellen Verlautbarung des Jugendweiheausschusses — wie schon erwähnt, zum erstenmal! —, daß das Gelöbnis einzig und allein das *Handeln* des sich verpflichtenden Menschen im Auge habe und daß der Glaube des Menschen dabei keine Rolle spiele, oder, wie es mehrfach ausgedrückt wird, es gehe im Gelöbnis nicht um ein *Bekennen*, sondern um ein *Versprechen*, um eine Verpflichtung zum Tun. Im selben Bericht lesen wir, daß der Ausschuß für Jugendweihe eine Auslegung des Jugendweihegelübdes bestätigt, die der „Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR“ gegeben hat. Die entscheidenden Sätze aus diesen „Thesen“ werden zitiert. Wenn wir recht zu lesen vermögen, geben diese Sätze zu, daß der Marxismus-Leninismus eine atheistische Weltanschauung ist und daß diese auch „einigen Jugendstunden“ zugrunde gelegt wird. Sie behaupten aber, daß es in dem Gelöbnis selbst nicht um diese Lehrgrundlage gehe, daß sie jedenfalls im Gelübde nicht in Erscheinung trete, sondern um eine Willenserklärung, um ein Versprechen zu einem bestimmten gesellschaftlichen Verhalten.

Wir kennen den Lehrplan der Jugendstunden; er ist der Öffentlichkeit wiederholt mitgeteilt worden. Wir kennen auch Auslassungen bedeutender marxistischer Lehrer, etwa der Professoren Duncker und Havemann, die zum Stoffplan der auf die Jugendweihe vorbereitenden Jugendstunden sich geäußert, das Wesen dieses Unterrichts charakterisiert und Material dafür dargeboten haben. Sie haben dies nicht als Privatmänner getan,



sondern ihre Äußerungen sind in der „Deutschen Lehrerzeitung“ und in den Handreichungen für die Jugendstunden abgedruckt worden. Wir wissen auch, daß das Standardwerk „Weltall, Erde, Mensch“, nachdem es eine Zeitlang zurückgezogen war, vom Jugendweiheausschuß wieder zum entscheidenden Lehrbuch für den Unterricht erklärt worden ist und den Kindern in die Hand gegeben wird, damit ihnen in Erinnerung bleibt, worum es in den Jugendstunden und im Jugendweiheakt ging. Es ist wirklich so: Neben Fabrikbesichtigungen, Wanderungen und mancherlei anderem Unterricht sind im Lehrplan der Jugendstunden regelmäßig „einige Stunden“ vorgesehen, denen die atheistische Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ausdrücklich zugrunde gelegt ist.

Wir fragen nun: Kann man den Akt des Gelübdes von dem vorbereitenden Unterricht trennen? Kann der Akt einer so feierlichen Verpflichtung von der Belehrung innerlich gelöst werden, die durch Wochen oder Monate hindurch zu ihm hinführen soll? Im Bericht der „Neuen Zeit“ wird der Parteivorsitzende der CDU, August Bach, und eine Äußerung von ihm vor dem 9. Parteitag der CDU in Dresden zitiert. In dieser Erklärung des Parteivorsitzenden der CDU wird die Jugendweihe entgegen dem, was vorher im Bericht über die Pressekonferenz zu lesen war, nun doch wieder ein „Bekenntnis“ genannt, ein Bekenntnis zum Frieden, ein Bekenntnis zur Politik unserer Deutschen Demokratischen Republik und – ein Bekenntnis zum Sozialismus. Die vorher genannten Lehrer des Sozialismus haben in den Handreichungen für den Unterricht mehr als einmal ausgesprochen: Sozialismus ist Marxismus-Leninismus; Marxismus-Leninismus ist Atheismus, beide können nur von ihren atheistischen Voraussetzungen her verstanden werden.

Der Parteivorsitzende der CDU hat recht: Ein Gelübde hat es nicht mit einzelnen Taten zu tun; ein Gelübde ist zugleich ein Bekenntnis. Es ist nicht nur die Lehre der christlichen Kirche, daß das Handeln des Menschen die Frucht seines Glaubens ist, daß die Taten eines Christen von seinem Bekenntnis und seinem Glauben nicht zu trennen sind. Es ist auch eine der Grundauffassungen des Marxismus selbst, daß sozialistisches Bewußtsein die unerläßliche Voraussetzung für das rechte gesellschaftliche Verhalten ist. Würde der Jugendweiheausschuß lediglich Wert darauf legen, daß Christen und Marxisten im „ethischen Kompromiß“ zu einem gemeinsamen Handeln kommen, warum fordert er dann, daß christliche Jungen und Mädchen im Unterricht, wenn auch ausdrücklich nur in einigen Stunden des Lehrplanes, Atheismus lernen? Warum gestaltet er den Akt des Versprechens so feierlich? Eben weil er weiß, daß für das Verhalten eines Menschen im ganzen für ein konsequentes, auf ein Ziel gerichtetes Handeln von entscheidender Bedeutung ist, daß es einer Überzeugung entspringt, die gar nicht tief genug gegründet sein kann. Und in der Tiefe der Überzeugung, da eben gehen unsere Wege auseinander. Nicht – dies sei mit aller Bestimmtheit und ausdrücklich erklärt – im Handeln, in der Arbeit des Berufes, in der Art der wissenschaftlichen Forschung, auch im Mittragen öffentlicher Verantwortung!

Dies sind die Rückfragen auf die wir eindeutig Antwort erbitten müssen, ehe wir die Frage beantworten können, die die „Neue Zeit“ den Kirchenleitungen am 29. Januar 1959 gestellt hat. Bevor nicht eine wirkliche Klarstellung über den Charakter der Jugendweihe erfolgt ist, können die Kirchenleitungen und kann die Berlin-Brandenburger Synode ihre Stellungnahme zur Jugendweihe nicht ändern. Wir handeln in unserem Gewissen gebunden an Gottes Wort.

Eins sei im Blick auf den ausführlichen Bericht der „Neuen Zeit“ aufrichtig dankbar festgestellt: Der erweiterte Arbeitsausschuß hat sich dazu bekannt, seine Auffassung von der Jugendweihe und vom Weihegelöbnis in einer „offensiven und geduldigen Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit“ zu propagieren. Er verschmäht es also offenbar, sich Kinder zuführen zu lassen, die mit innerem Widerstreben unter irgendeinem Zwang zur Jugendweihe kommen würden. Er nimmt damit auf, was das Kommuniqué des Ministerpräsidenten vom 21. Juli 1958 für alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik

neu proklamiert hat: „Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“

Wir meinen, wenn die Auseinandersetzung zwischen dem Jugendweiheausschuß und den Kirchen in diesem Sinne geführt wird, könnte sie den jungen deutschen Menschen, um die es uns miteinander geht, von innerem Gewinn sein, ganz gleich, wie sie sich dann entscheiden.

*Kurt Scharf*

In der „Deutschen Lehrerzeitung“ vom 10. Juli 1959, 6. Jg., Nr. 28, findet sich das Programm der „Jugendstunden“, also der „Konfirmandenstunden des Atheismus“. Für den, der namentlich zwischen den Zeilen zu lesen versteht, dürfte dies Programm ein einziger Beweis für die Richtigkeit der Behauptung der Kirchen sein, daß die Jugendweihe die jungen Menschen zum Atheismus führen will. So sei dies Programm hier abgedruckt:

#### DAS PROGRAMM DER JUGENDSTUNDEN

Das vorliegende Programm der Jugendstunden ist die Grundlage für die sozialistische Erziehungs- und Bildungsarbeit in Vorbereitung auf die Jugendweihefeiern 1960.

Es entstand nach gründlichen Aussprachen mit den Jugendstundenkommissionen und den Mitgliedern des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe.

Wir bitten alle Freunde in den Kreisen und Orten, die in irgendeiner Weise an der Gestaltung der Jugendstunden beteiligt sind – sei es als Jugendstundenleiter und Gesprächspartner oder als Mitglied von Ausschüssen und Betriebsaktivs für Jugendweihe –, ihre Erfahrungen und Gedanken über das Programm, aber auch Verbesserungsvorschläge der Jugendstundenkommissionen beim Zentralen Ausschuß für Jugendweihe, Berlin W 8, Clara-Zetkin-Straße 93, mitzuteilen.

Uns liegt daran, bis spätestens Ende Januar 1960 zahlreiche Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge zu erhalten, damit rechtzeitig eine eventuell notwendige Überarbeitung des Jugendstundenprogramms für das Jugendweihejahr 1960/61 erfolgen kann.

Die Jugendstunden zur Vorbereitung auf die Jugendweihe dienen der sozialistischen Erziehung und allseitigen Bildung unserer Jugend. Sie ergänzen die sozialistische Erziehungs- und Bildungsarbeit des Elternhauses, der polytechnischen allgemeinbildenden Schule und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ mit vielseitigen eigenen Formen und Methoden.

Das Gelöbnis zur Jugendweihe und die Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral bestimmen den Inhalt der Jugendstunden. Sie tragen vor allem zur weltanschaulichen und politisch-moralischen Erziehung der Jungen und Mädchen, zur Vertiefung ihrer Kenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft bei. Die Jugendstunden erweitern den Gesichtskreis der Jugendlichen und wecken die Bereitschaft zum Besuch der polytechnischen allgemeinbildenden Oberschule. Alle Jugendstunden sollen unmittelbar mit den praktischen Fragen des Lebens und Wirkens in unserem sozialistischen Staat verbunden werden. Dabei ist von den örtlichen Gegebenheiten und Erfahrungen auszugehen.

Die Jugendstunden helfen mit, den sozialistischen Gemeinschaftsgeist zu entwickeln und unsere jungen Menschen sorgfältig vorzubereiten, daß sie den vielfältigen Anforderungen in der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere bei der Lösung ökonomischer Aufgaben, gerecht werden. Die Jugendlichen sollen die Arbeit lieben, treu zu unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht stehen und nach der sozialistischen Losung handeln: „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“

Der 10. Jahrestag der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik wird für alle Teilnehmer an den Jugendstunden 1959/60 ein besonderes Erlebnis sein.

Die Jugendstunden finden mit den Jugendweihefeiern und dem Gelöbnis der Jugendlichen, einem Bekenntnis für Frieden, Völkerfreundschaft und Sozialismus, ihren Abschluß- und Höhepunkt. Die Jugendstunden und die Jugendweihe sind also untrennbar miteinander verbunden. Die Ausschüsse und Betriebsaktive für Jugendweihe müssen deshalb bemüht sein, durch eine kontinuierliche und zielstrebige Aufklärungs- und Überzeugungstätigkeit die überwiegende Mehrheit der in Frage kommenden Jugendlichen bereits vor Beginn der Jugendstunden für die Teilnahme an diesen Vorbereitungsstunden und damit an der Jugendweihe zu gewinnen. Es ist anzustreben, daß alle Persönlichkeiten, die am Tage der Jugendweihe die Festansprache halten, vorher mit den Kindern Verbindung aufnehmen, am besten durch die Gestaltung einer Jugendstunde.

Eine systematische und erfolgreiche Erziehungs- und Bildungsarbeit macht es erforderlich, daß alle zehn Themen des Programms behandelt werden. Dafür sind 16 Jugendstunden vorgesehen. Um die Durchführung aller Jugendstunden zu gewährleisten, finden die Eröffnungsveranstaltungen in den Orten und Kreisen unserer Republik in der ersten Septemberhälfte statt.

Die Eröffnungsveranstaltungen, die Jugendstunden und die Jugendweihefeiern müssen in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsaktiven für Jugendweihe vorbereitet und durchgeführt werden.

Die Ortsausschüsse für Jugendweihe stellen auf der Grundlage der verbindlichen Thematik eigene örtliche Jugendstundenprogramme auf und stimmen sie inhaltlich und zeitlich mit den Plänen der Pionierleitungen an den Schulen ab. In Einzelfällen ist es möglich, die Reihenfolge der Themen des zentralen Programms zu verändern. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Themen 1 bis 3, 4 und 5, 6 bis 8 jeweils eine Einheit bilden.

Die Jugendstunden können durch Veranstaltungen verschiedener Art ergänzt werden. Sie haben die Aufgabe, die Jugendlichen auf die Thematik einer Jugendstunde vorzubereiten bzw. die in den Jugendstunden zu leistende sozialistische Erziehungs- und Bildungsarbeit zu vertiefen. Nach Möglichkeit sollten solche Veranstaltungen wie Besichtigungen von Kulturstätten, Besuche sozialistischer Betriebe der Industrie und Landwirtschaft, Exkursionen u. a. m., die in den Vorjahren vielfach losgelöst von den Jugendstunden stattfanden, unmittelbar verbunden werden. Außerdem ist zu empfehlen, auch Sonnabende und Sonntage für zusätzliche Veranstaltungen in Anspruch zu nehmen.

Für die Gestaltung der Jugendstunden sollten Persönlichkeiten aus allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens gewonnen werden. Die Jugendstunden müssen vielseitig, interessant und erlebnisreich sein und bei den Jugendlichen dauerhafte Eindrücke hinterlassen. Es geht nicht darum, den Mädchen und Jungen umfangreiche neue Kenntnisse zu vermitteln, sondern sie zu tieferen Erkenntnissen über die Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft zu führen. Jede Jugendstunde soll mit Elementen der Kunst, Literatur oder Musik durchdrungen sein und das ästhetische Empfindungsvermögen der Jugendlichen entwickeln helfen.

Zu allen Themen des zentralen Jugendstundenprogramms gibt der Zentrale Ausschuß für Jugendweihe Materialien zur methodischen Anleitung heraus. Durch vorbereitende Aussprachen mit den Geschäftsführenden über Inhalt und Methode der Jugendstunden ist zu sichern, daß diese Zusammenkünfte nicht schulmäßig durchgeführt werden. Die Ausschüsse für Jugendweihe sorgen dafür, daß die Jugendstunden in Kulturhäusern, Forschungsstätten, in Häusern der Jungen Pioniere und der FDJ, in Bauernstuben, in Klubräumen der Betriebe und gesellschaftlichen Organisationen stattfinden können.

Den Jugendstundenleitern und nach Möglichkeit auch den Persönlichkeiten, die ein-

zelne Jugendstunden gestalten, wird anlässlich der Eröffnungsveranstaltungen, in Gegenwart der Jugendlichen und deren Eltern, in feierlicher Form der gesellschaftliche Erziehungsauftrag zur Jugendweihe übertragen und das Versprechen abgenommen, alle Kräfte für die Erfüllung ihrer bedeutenden Aufgabe einzusetzen. Ein Vertreter der Arbeiterklasse wird sie auf ihre hohe Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bei der Erziehung der Jungen und Mädchen zu Kämpfern für Frieden und Sozialismus hinweisen. Dabei muß ihnen bewußt werden, daß die Vorbereitung auf die Jugendweihe, die unsere Jugend im Sinne der besten humanistischen Ideale der Menschheit erzieht, auch auf die Werktätigen in Westdeutschland und Westberlin Einfluß ausüben soll.

Die Thematik der einzelnen Jugendstunden:

Thema 1: Vom Glutball zum belebten Planeten (2 Jugendstunden). 1. Jugendstunde: Eine Glaskugel erstarrt. 2. Jugendstunde: ... und sie bewegt sich doch! Die Entstehung und Entwicklung der Erde im All.

Die Welt ist ihrem Wesen nach materiell, sie ist erkennbar. Die Materie ist unendlich.

Das jahrhundertalte Sehnen, Ringen und Kämpfen bedeutender Wissenschaftler führt zur Wahrheit. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Kopernikus, Galilei, Giordano Bruno, Kepler, Lamarck, Darwin, Haeckel u. a. dienen dem Fortschritt der Menschheit. Die philosophische Verallgemeinerung der wissenschaftlichen Erkenntnisse durch Marx und Engels ermöglichte die Anwendung der Resultate der wissenschaftlichen Forschung im Kampf der Arbeiterklasse um die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Hochachtung vor der Parteinahme, der Opferbereitschaft und dem Mut großer Wissenschaftler der Vergangenheit und Gegenwart.

Thema 2: Woher kommt das Leben auf der Erde und welche Formen nimmt es an? (1 Jugendstunde).

Der Ursprung des Lebens ist kein mythenumwittertes Geheimnis mehr. Die Erkenntnisse der Wissenschaft beweisen, daß das Leben auf der Erde auf natürliche Art und Weise entstanden ist.

Die Entstehung und Entwicklung des Lebens sind gesetzmäßige Vorgänge. Sie vollziehen sich vom Einfachen zum Komplizierten, vom Niederen zum Höheren.

Der Mensch ist ein Teil der ihn umgebenden Natur, er ist aus ihr hervorgegangen (Darwinismus).

Thema 3: Wie der Mensch zum Riesen wurde (2 Jugendstunden). 1. Jugendstunde: Wie der Mensch die Natur beherrschen lernte. 2. Jugendstunde: Die Natur und die Arbeit sind Quelle aller Kultur, allen Reichtums und Wohlstandes.

In der Arbeit ist die Grundbedingung allen menschlichen Lebens zu erblicken, „und zwar in einem solchen Grade, daß wir im gewissen Sinne sagen müssen: sie hat den Menschen selbst geschaffen“ (Friedrich Engels).

Die Rolle und Bedeutung der Produktivkräfte für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung unterscheiden sich von den Naturgesetzen.

Die Rolle der Arbeit als natürliches Element der Erziehung. Erst im Sozialismus ist die Arbeit eine Sache der Ehre und des Ruhmes, weil die kapitalistische Ausbeutung beseitigt ist und die Menschen im Sinne der sozialistischen Moral erzogen werden.

Thema 4: Einen zuverlässigen Wegweiser braucht jeder Mensch – brauchst auch du! (1 Jugendstunde).

Die Ergebnisse der Naturwissenschaften und die Geschichte der Menschheit haben unwiderlegbar bewiesen, daß der Mensch in der Lage ist, seine Umgebung und sein Leben unter Beachtung der in Natur und Gesellschaft wirkenden objektiven Gesetze selbst zu gestalten. Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin verdanken wir die wissenschaftliche Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Lebens und die Gewißheit, daß die Volksmassen die Schöpfer aller materiellen Güter und die Gestalter der Geschichte sind.



„Die Philosophen haben bisher die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern“ (Karl Marx).

Thema 5: Die Sowjetmenschen – Erbauer des Kommunismus – beste Freunde des deutschen Volkes (2 Jugendstunden). 1. Jugendstunde: Ein Land verändert sein Gesicht. 2. Jugendstunde: Das erste Atomkraftwerk der DDR – ein Freundschaftsbeweis der Sowjetunion.

Die Erfolge der sowjetischen Wissenschaft und Technik beim Aufbau des Kommunismus sind nur möglich, weil in der Sowjetunion die Arbeiter und Bauern unter Führung der KPdSU die Macht in ihre Hände nehmen und den Sozialismus zum Siege führten.

Jede neue wissenschaftlich-technische Großtat des Sowjetvolkes (Sputnik, Sonnenrakete u. a.) ist ein Beweis, daß in der sozialistischen Gesellschaft die schöpferischen Fähigkeiten der Menschen in einem Maße entwickelt werden, wie das in keiner anderen Gesellschaftsordnung möglich ist. Voraussetzung für die volle Entfaltung des einzelnen ist der sozialistische Gemeinschaftsgeist, der den Menschen die Kraft und die Begeisterung für den Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit beim Aufbau des Kommunismus gibt.

Wir sind stolz auf die feste, brüderliche Freundschaft mit dem sowjetischen Volk und allen Völkern des mächtigen sozialistischen Lagers, mit denen wir in sozialistischer Solidarität eng verbunden sind.

Thema 6: „Brüder, seht die rote Fahne ...“ (1 Jugendstunde).

Die deutsche Arbeiterklasse kämpfte unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands für Sozialismus und Frieden gegen Militarismus, Faschismus und imperialistischen Krieg. Wofür die Besten der deutschen Arbeiterklasse – August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Clara Zetkin, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht – an der Spitze des werktätigen Volkes gekämpft haben, das wird in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit.

Was uns die Arbeiter-und-Bauern-Macht gibt, wurde in harten Kämpfen errungen. Wir wollen es bewahren und die Erfolge mehren.

Thema 7: Der Sozialismus siegt! (3 Jugendstunden). 1. Jugendstunde: Plane mit, arbeite mit, regiere mit! 2. Jugendstunde: Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit. 3. Jugendstunde: Das Jahr 2000, es ist euer Jahr!

Die revolutionäre Umgestaltung in einem Teil Deutschlands und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik waren nur möglich durch die geeinte Arbeiterklasse, geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, durch das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, mit der fortschrittlichen Intelligenz und allen anderen Werktätigen sowie durch die brüderliche Hilfe unserer sowjetischen Freunde. Die Ideen des Sozialismus beflügeln die Gedanken und Hände der Arbeiter und Genossenschaftsbauern, so daß wahre Heldentaten beim Aufbau vollbracht werden.

Die Verwirklichung der Beschlüsse des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, insbesondere die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, hängt entscheidend von der stärkeren Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung und Lenkung unseres Staates ab.

Die Deutsche Demokratische Republik ist das Vorbild für das künftige einheitliche, friedliebende und demokratische Deutschland. Unser Arbeiter-und-Bauern-Staat ist das Vaterland der gesamten deutschen Jugend. Wir sind stolz auf unsere Republik. Wir sind bereit, sie zu stärken und zu schützen.

Wir verändern die Natur und Gesellschaft bewußt und planmäßig zum Wohle der Menschen. Die Erfüllung des Siebenjahresplanes gewährleistet den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Dabei kommt der Verwirklichung des Chemieprogramms besondere Bedeutung zu.

In der kommunistischen Gesellschaft wird jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten und

nach seinen Bedürfnissen leben. Um dieses Ziel zu erreichen, muß noch viel Arbeit geleistet werden. Arbeit, die den Menschen emporhebt und befriedigt.

Thema 8: Das neue Leben erfordert neue Menschen (2 Jugendstunden). 1. Jugendstunde: Wahres Heldentum. 2. Jugendstunde: „Einen Finger kann man zerbrechen, aber fünf Finger sind eine Faust“ (Ernst Thälmann).

Wahres Heldentum ist mutiger Einsatz und Opferbereitschaft im Kampf um den Fortschritt der Menschheit. Das Leben und Wirken bewährter Kämpfer für Frieden und Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart verpflichtet, ihnen nachzueifern.

Unter den Bedingungen unserer neuen Produktionsverhältnisse und durch die sozialistische Erziehung und Umerziehung der Menschen entwickelt sich bei uns die neue, sozialistische Moral. „Sittlich ist, was der Befreiung der Menschheit dient“ (Lenin).

Die sozialistische Moral wendet sich gegen Egoismus und Individualismus. Der Mensch, der bestrebt ist, im Sinne der sozialistischen Moral zu arbeiten, zu lernen und zu leben, achtet seine Familie, lebt sauber und anständig und erzieht, wenn er selbst eine Familie gegründet hat, seine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus; er ist stets auf eine Verbesserung seiner Leistungen bedacht, er ist sparsam und festigt die sozialistische Arbeitsdisziplin; er schützt und mehrert das Volkseigentum; er vollbringt gute Taten für den Sozialismus, handelt im Geiste der gegenseitigen Hilfe und kameradschaftlichen Zusammenarbeit, achtet das Kollektiv und beherzt dessen Kritik; er hilft, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen; er liebt sein Vaterland und ist stets bereit, mit ganzer Kraft und all seinen Fähigkeiten die Arbeiter- und Bauern-Macht zu schützen; er setzt sich für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder ein; er übt Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern.

Thema 9: Wir wollen von allem Wahren und Schönen Besitz ergreifen und kulturell leben (1 Jugendstunde).

Diese Jugendstunde soll helfen, den Teilnehmern die Schätze der sozialistischen Kultur nahezubringen. Die Jugendlichen sollen erkennen: die sozialistische Kunst und Literatur sind tief im Leben der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, verwurzelt. Sie erheben das Fühlen, Denken und Wollen der Menschen und geben ihnen die Kraft zur Vollbringung sozialistischer Taten.

Das Erlebnis der Jugendstunde soll zur Gestaltung eines kulturvollen Lebens, einer sozialistischen Lebensweise unserer Jugend beitragen.

Thema 10: Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden kein Geschenk (1 Jugendstunde).

Der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stellte fest, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die reale Möglichkeit zur Vermeidung weiterer Kriege gegeben ist.

Die Sowjetunion ist die führende Kraft im weltweiten Friedenskampf. Die Grundlage der Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems und zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien sind die Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Wir sind bereit, für die Freundschaft der Völker einzutreten und mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen.

Jugendstundenkommission des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe

Die Kirchen sahen sich darum nicht in der Lage, ihren grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben. Die Provinzialsynode von Berlin-Brandenburg hat auf ihrer außerordentlichen Tagung im Januar 1959 neben anderen Fragen auch dieses

notvolle Problem noch einmal gründlich beraten. Wir bringen nachstehend die beiden von ihr dazu gefaßten Beschlüsse, eine grundsätzliche Erklärung und einen Brief an die Eltern.

#### BESCHLUSS DER PROVINZIALSYNODE BERLIN-BRANDENBURG

*auf ihrer außerordentlichen Tagung vom 19. bis 23. Januar 1959*

#### *Zur Ordnung der Konfirmation*

werden unserer Kirche, nicht erst heute, wichtige Fragen gestellt.

Es ist vielen Pfarrern und Gemeinden zur Last geworden, daß jährlich große Scharen von Konfirmanden zum heiligen Abendmahl zugelassen werden, die sich später vom Leben der Gemeinde abwenden, weil sie sich über die Bedeutung ihrer Zugehörigkeit zur Abendmahlsgemeinde nicht klargeworden sind.

Dazu kommt: Das Gemeinschaftsleben in unserer modernen Welt hat sich grundlegend verändert. Staat und Gesellschaft erheben schon früh den Anspruch auf das ganze Leben der Jugendlichen. Werbung zur Jugendweihe und zu nichtchristlichen Weltanschauungen fordern von den jungen Menschen weittragende Entscheidungen. Das kann nicht ohne Einfluß auf Gestalt und Durchführung der Konfirmation sein.

In der allgemeinen Umformung, die im Leben unserer Kirche seit vielen Jahrzehnten vor sich geht, wird eine gemeinsame Ordnung der Konfirmation heute besonders schwierig. In den einzelnen Gemeinden und Kirchengebieten bestehen sehr verschiedene äußere und innere Verhältnisse: *Hier* scheint zunächst kein unmittelbarer Anlaß gegeben zu sein, die bisherige Ordnung zu ändern; *dort* ist eine Beibehaltung der bisherigen Ordnung nicht mehr möglich. Diesen verschiedenen Verhältnissen wird die Durchführung der Konfirmation schon in diesem Jahre Rechnung tragen müssen.

Auch die in unserer Kirche Berlin-Brandenburg getroffenen Maßnahmen (Weisung der Kirchenleitung vom 29. August 1958 – K. Ia Nr. 2708/58 –) werden den Pfarrern und Gemeinden, je nach ihrer besonderen Lage, entweder als unentschieden oder als zu revolutionär erscheinen. Wir mahnen daher alle Pfarrer, Gemeindekirchenräte und Gemeinden, Eltern und Konfirmanden, sich auf die unveränderlichen Grundlagen der Zulassung zum heiligen Abendmahl zu besinnen. Gottes Wort hilft uns zu einer evangelischen Ordnung, die in der Unterweisung und im gemeinsamen Leben den Weg des Christen von der Taufe zum Abendmahl bestimmt.

Die Einflüsse von außen und die Erkenntnisse aus dem eigenen Leben der Kirche können zu einer schrittweisen Erneuerung der Konfirmation führen. Die Konfirmation bedeutet keine Weihe junger Menschen auf ihrem Weg ins Leben. Vielmehr werden die Getauften und die zur Taufe Geladenen im Evangelium unterwiesen und zur Gemeinschaft der Heiligen im Abendmahl eingeladen. Die Konfirmanden empfangen auf ihr Bekenntnis unter Handauflegung und Fürbitte der Gemeinde den Segen des Herrn. Wer so zum Tisch des Herrn geladen ist, soll beides erfahren: die Größe der ihm geschenkten Gnadengaben und die zum Gehorsam verpflichtende Lebensgemeinschaft mit dem erhöhten Herrn und seiner Gemeinde. Damit ist er zur Entscheidung gerufen: entweder in der Konfirmation bekennen: „Ich bleibe bei Jesus Christus“ oder durch die Teilnahme an der Jugendweihe bekennen: „Es gibt keinen Gott.“

Eine neue Ordnung kann in dieser Lage für jede Gemeinde nur heilsam sein. Wir heben deshalb den Abschluß der christlichen Unterweisung stärker als bisher von der Vorbereitung und Zulassung zum Abendmahl ab. Es wird Konfirmanden geben, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Unterricht zum Tisch des Herrn kommen. Anderen wird die Kirche in ihrer Verantwortung für die rechte Verwaltung des Sakraments und um der persönlichen Aufrichtigkeit willen raten müssen, mit dem ersten

Abendmahlsgang zu warten. Den Jungen und Mädchen, die an der Jugendweihe teilnahmen, muß die Kirche vorerst die Zulassung zum Abendmahl verwehren.

Die Konfirmation im Jahre 1959 hat hiernach folgende Gestalt:

a) Die durch die Taufe und den Taufauftrag geforderte Unterweisung wird durch ein abschließendes Gespräch mit allen Kindern – auch denen, die zur Jugendweihe gehen wollen – beendet. Vor Eltern, Ältesten und kirchlichen Mitarbeitern sollen die Kinder zeigen, daß sie über Leben und Lehre der Kirche Bescheid wissen. Dieses Gespräch findet nicht in einem Gottesdienst statt.

b) Diejenigen Konfirmanden, die zum Abendmahl zugelassen werden, sollen zu einer besonderen Zurüstung zu Beichte und Abendmahl eingeladen werden. Die Konfirmation wird nach der üblichen Ordnung gehalten.

c) Kinder, die zur Jugendweihe gegangen sind oder aus anderen Gründen an der Konfirmation nicht teilgenommen haben, ruft die Kirche dazu, durch Teilnahme am kirchlichen Leben (Gottesdienst, Junge Gemeinde, Rüstzeiten, Beichte usw.) ihren Glauben im Sinne einer Bejahung ihres Taufstandes zu bekunden. Ist dies geschehen, so werden diese Jugendlichen nach einer entsprechenden Zurüstung in einem Gemeindegottesdienst in die Abendmahlsgemeinde aufgenommen. Unter Absage an andere Glaubensbindungen und gottloses Wesen bekennen sie sich zu dem dreieinigen Gott in dem Bekenntnis der Gemeinde. Ihnen wird unter Fürbitte die Hand aufgelegt. Dabei erbittet und erwartet die Gemeinde, daß Gott die Hörenden, Glaubenden und Bekennenden mit seinen Gaben für die Dienste in der Gemeinde ausstattet.

Die Gemeinde kann nicht von der Verpflichtung entbunden werden, ihren jungen Gliedern, die fremde Glaubensbindungen eingegangen sind, nachzugehen und sie nicht allein zu lassen. In der Verantwortung für die rechte Verwaltung des Sakraments wird die Zulassung zum heiligen Abendmahl in der Regel erst nach einem Jahr erfolgen können.

### *Liebe Eltern!*

Wir kennen Ihre Fragen und Ihre Nöte in bezug auf die Konfirmation. Es hat sich in den letzten Jahren einiges geändert. Wir leben in einer Welt, die nicht mehr christlich sein will, und können deshalb vieles nicht mehr so tun, wie es unsere Eltern oder Großeltern gewohnt waren. Dazu gehören z. B. unsere großen Konfirmationsfeiern, an denen früher fast selbstverständlich alle Jungen und Mädchen im entsprechenden Alter teilnahmen. Das ist heute so nicht mehr möglich.

Bei der Konfirmation geht es vor allem um den Unterricht, das Bekenntnis und den ersten Gang zum heiligen Abendmahl. Denn ein rechter Christ muß Bescheid wissen in der Bibel und in der Kirche; er muß lernen, wie man als Christ in der Welt leben und wie man ein Glied der Abendmahlsgemeinde werden kann. Und jeder, der das gelernt hat, muß wissen, wie gerade er mit seinen Gaben in der Gemeinde unseres Herrn Jesus Christus helfen kann.

Darum bitten wir Sie zu verstehen, daß man als Christ nicht – auch nicht unter Druck – ein öffentliches Bekenntnis ablegen kann, das verstanden wird als ein Bekenntnis in dem Sinne „es gibt keinen Gott“. Viele von Ihnen meinen, dem Druck nicht mehr widerstehen zu können. Sie trauen es Christus nicht zu, daß er ihnen in dieser Existenznot helfen kann. Wer aus diesem Grunde sein Kind zur Jugendweihe schickt, muß sich klarmachen, daß er dann ehrlicherweise seinem Kinde nicht zumuten darf, zu gleicher Zeit – in der Konfirmation – zu sagen: „Ich glaube an Gott, den Allmächtigen, meinen Schöpfer und Heiland.“

Wir tragen solche Schuld und Last mit Ihnen und Ihren Kindern zusammen und wollen uns nicht von Ihnen trennen. Niemand soll in seinem Kleinmut und Kleinglauben denken, er sei allein und ohne Hilfe. Aber wir bitten auch herzlich: Trennen Sie



sich nicht von uns! Lassen Sie uns zusammenbleiben! Helfen Sie Ihren Kindern, daß sie zu Rüststunden und zur Jungen Gemeinde kommen, bis sie zur Konfirmation zugelassen werden können. Kommen auch Sie mit ihnen zum Gottesdienst. Wir werden diejenigen, die in der Gemeinde Jesu Christi Heimat haben wollen, nicht allein lassen; denn wir gehören um Christi willen zusammen.

Wir grüßen Sie mit der Jahreslosung 1959: „Glaubet Ihr nicht, so bleibet Ihr nicht.“

Der frontale Angriff der politischen Stellen und praktisch damit des Atheismus in der Frage der Jugendweihe hat aber nun im ganzen Gebiet der DDR zu einer schweren Einbuße des kirchlichen Lebens geführt. Daß man sich dabei wahrhaftig nicht nur der Methode einer geduldigen Überzeugungsarbeit bediente, sondern auch ganz andere Mittel anwandte, sei nur an einem Beispiel erläutert. Ein Pfarrer berichtet seiner Kirchenleitung:

Heute bin ich in ... auf eine Art staatlicher „Werbung“ für die Jugendweihe gestoßen, die ich bisher nicht kannte und von der ich annehme, daß sie auch dem Konsistorium nicht bekannt ist. Eine altapostolische Frau erklärte mir im Gespräch, sie dürfe ihr sechstes Kind nicht taufen lassen, da sie für das Kind die „Patenschaft“ des Präsidenten der DDR angenommen habe. Dabei sei ihr eröffnet worden, die Patenschaft des Präsidenten werde nur dann übernommen, wenn sich die Eltern verpflichten, das Kind nicht taufen zu lassen und es später zur Jugendweihe zu schicken. Die Frau behauptete, vom Präsidenten ein Sparbuch für das Kind erhalten zu haben mit einem Sperrvermerk, der besagt, daß der Betrag (100,- DM) erst nach erfolgter Jugendweihe abgehoben werden dürfe. Der Ehemann der Frau war im Herbst vorigen Jahres gestorben. Frau ... erklärte mir, man habe ihre damalige Verzweiflung und Kopflosigkeit, auch finanzielle Notlage nach der Geburt des Kindes geschickt ausgenutzt. Unter normalen Verhältnissen hätte sie die Patenschaft abgelehnt. Sie wisse, daß sehr viele Familien die auf ähnliche Weise ihnen angetragene Patenschaft des Präsidenten ablehnten.

Einem derartigen Druck waren die Gemeinden in der DDR kaum noch gewachsen. Die Zahlen der Konfirmanden sind erschreckend zurückgegangen. Man muß in vielen Gemeinden von einem Ende der Konfirmation als einer der bekanntesten Akte volkskirchlicher Sitte sprechen. Die Kirchenleitungen haben sich angesichts dieser Entwicklung immer wieder die Frage vorgelegt, ob die Lehrentscheidung, die sie getroffen hatten, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar seien, richtig war. Aber auch bei Berücksichtigung aller hier auftretenden Fragen sind sie bei ihrer Entscheidung geblieben. Daneben haben sie sich darum bemüht, Wege zu suchen, um den getauften Kindern auch den Weg zum zweiten Sakrament unserer Kirche, zum heiligen Abendmahl, offenzuhalten, doch so, daß sie es mit unverletztem Gewissen empfangen können.

Ein ähnliches Bemühen, die innere Glaubwürdigkeit der Verkündigung auf der einen Seite zu erhalten und andererseits das Gebot seelsorgerlicher Liebe nicht zu verletzen, hat die Kirchenleitungen bei ihrer Stellungnahme zu den *sozialistischen Feiern* erfüllt. Sie haben es sich dabei nicht leicht gemacht, so daß die Erklärung der Kirchlichen Ostkonferenz vom 21. Oktober 1959 erst verhältnismäßig spät erschienen ist. Wir bringen in folgendem die drei dazu verabschiedeten Dokumente, das erste vornehmlich gedacht als grundsätzliche Erklärung, das zweite als Arbeitsmaterial für Gemeindekreise und das dritte als Handreichung für die Pfarrer:

Das gesamte Leben des Christen ist von der Liebe und Gnade Gottes umschlossen. In der heiligen Taufe nimmt der dreieinige Gott unsere Kinder zu seinem Eigentum an. Wir sorgen dafür, daß sie im christlichen Glauben unterwiesen werden. Mit der Konfirmation lädt die Gemeinde ihre jungen Glieder zum heiligen Abendmahl ein. Christliche Brautpaare hören bei der Trauung vor Gottes Altar sein Wort und empfangen seinen Segen. Die Heimgegangenen werden unter Gottes Wort und Gebet zur letzten Ruhe gebracht.

Wir haben diese Gnadengaben nicht immer recht geachtet. Oft genug haben wir aus ihnen bloße Familienfeiern gemacht und ihren christlichen Sinn vergessen. Wir müssen Gott bitten, daß er uns seine Gaben neu erkennen läßt und wir wieder treuer werden in ihrem Gebrauch.

Jetzt werden als Ersatz für die christlichen Feiern sozialistische Weihehandlungen eingeführt: Namensgebung, Jugendweihe, sozialistische Eheschließung und sozialistisches Begräbnis. Mit diesen Feiern sind Gelöbnisse verbunden, die den Menschen an eine Weltanschauung binden sollen, die Gott grundsätzlich leugnet.

Wenn jemand die atheistische Weltanschauung teilt und aus innerer Überzeugung an diesen Feiern teilnimmt, so hat er das selbst vor Gott zu verantworten. Wenn aber Menschen unter Androhungen von Nachteilen dazu gezwungen werden, gegen ihre Überzeugung zu handeln, so müssen wir dagegen Einspruch erheben.

Alle diese sozialistischen Feiern können sehr festlich und eindrucksvoll gestaltet werden. Aber für uns Christen bleibt es entscheidend, daß sie gottlos sind und als Ersatz für unsere kirchlichen Feiern eingesetzt wurden. Mag auch immer behauptet werden, es handle sich um neutrale gesellschaftliche Veranstaltungen, für uns gilt das Wort unseres Heilandes: Niemand kann zwei Herren dienen! Wir wissen, wie schwer die Entscheidung im Einzelfall sein kann, deshalb muß einer dem anderen beistehen, seine Last mittragen und ihm zu rechter Entscheidung zurückhelfen.

Wir Christen haben unseren Glauben zu bewähren in einer Welt, die von unserem Herrn nichts wissen will. Wir leben in einem Staat, der für seine atheistische Weltanschauung die führende Stellung in Anspruch nimmt. So ernst ist die Sache, um die es geht, daß wir hier der Entscheidung nicht ausweichen dürfen. Denkt an das Wort Jesu: „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele“ (Matth. 16, 26).

#### WORT FÜR GEMEINDEKREISE

Gott spricht zu seiner Gemeinde und damit zu jedem einzelnen: Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein. In unserer Zeit, in der es nicht mehr selbstverständlich ist, sich zur Kirche Jesu Christi zu zählen, müssen wir uns neu darauf besinnen, was diese Verheißung bedeutet.

Um uns sind Menschen, die meinen, sie könnten ihr Leben ohne Gott führen. An Stelle der kirchlichen Feiern haben sie andere Feiern gesetzt, bei denen ein Gelöbniß abgelegt wird. Der Inhalt dieser Feiern ist nach ihrer eigenen Aussage „der sozialistische Humanismus, der atheistisch ist“<sup>1</sup>.

Wir wissen, wie auf die Teilnahme an diesen Feiern mit allen Mitteln gedrungen wird. Das gilt sowohl für die sozialistische Namensgebung wie für die Jugendweihe, die sozialistische Eheschließung und die sozialistische Bestattung. Wir wissen auch, daß manche Christen, die von sich aus nicht gottlos leben wollen, unter dem Druck, dem sie ausgesetzt sind, wankend werden. Es bleibt aber dabei: Gott hat uns in der heiligen

1. Richtlinien zur Gestaltung von sozialistischen Feiern (Stalinstadt).

Taufe zu seinem Eigentum gemacht. Er hat uns in seine Gemeinde gestellt. Alles, was Gott der ganzen Welt durch den Herrn Christus an Heil geschenkt hat, ist uns im Sakrament persönlich gegeben: Vergebung der Sünden, Erlösung von Tod und Teufel. Und wo Vergebung der Sünden ist, da ist auch Leben und Seligkeit.

Wir können unseren Kindern diese Gottesgabe nicht vorenthalten. Sie sind Gottes Kinder. Wir können sie nicht zu einer Namensgebungsfeier bringen, die die entgegengesetzte Glaubenshaltung, den Atheismus, zur Grundlage hat.

Durch die weltanschaulichen Auseinandersetzungen unserer Zeit ist uns auch unsere Verantwortung für die christliche Erziehung unserer Kinder wieder deutlich geworden. Wir haben es ihnen zu sagen und vorzuleben, was es bedeutet, daß sie getauft sind. Wir wollen die Hausandacht und das Tischgebet ernst nehmen und alle Kinder, auf die wir Einfluß haben, zu treuem Besuch der Christenlehre, des Kindergottesdienstes und des Konfirmandenunterrichtes anhalten, damit sie recht zugerüstet zum Tisch des Herrn kommen und sich als lebendige Glieder seiner Gemeinde bewähren. Wir können sie nicht zur Jugendweihe gehen lassen, die die entgegengesetzte Glaubenshaltung zur Grundlage hat. Wem ein Patenamts übertragen wird, übernimmt eine besondere Verantwortung. Wo Eltern und Paten versagen, da haben wir alle für unsere getauften Kinder einzustehen.

Über unserer Ehe steht von der Stunde der Trauung her Gottes Wort. Je älter wir werden, desto größer wird uns der Trost, daß wir unser Leben, gerade auch in der Ehe und in der Familie, nicht aus eigener Kraft führen müssen und daß wir aus der täglichen Vergebung der Sünden leben dürfen. Den Gliedern unserer Gemeinden, die die Ehe schließen wollen, sagen wir: Laßt euch nicht um den Segen bringen, der in der kirchlichen Trauung liegt! Stellt euren Ehebund in Gottes Ordnung und unter Gottes Verheißung! Als Christen könnt ihr euch nicht für eine sozialistische Eheschließungsfeier entscheiden, die die entgegengesetzte Glaubenshaltung, den Atheismus, zur Grundlage hat.

Wir wissen, daß über uns nicht ein dunkles Schicksal und blinder Zufall walten und daß der Tod nicht unser letzter Bezwingen ist. Wir glauben an die Auferstehung und an ein ewiges Leben. Auch über den Tagen des Leidens und über unserem Sterben steht das Wort unseres Gottes: Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein. Wenn wir unsere Entschlafenen in Gottes Acker betten, befehlen wir sie der Barmherzigkeit unseres himmlischen Vaters und verkünden den Trauernden den Trost des Evangeliums. Deshalb müssen wir die atheistische Bestattungsfeier für uns ablehnen.

Alle diese sozialistischen Feiern können sehr festlich und eindrucksvoll gestaltet werden. Aber für uns Christen bleibt es entscheidend, daß sie gottlos und als Ersatz für unsere kirchlichen Feiern eingesetzt wurden. Mag auch immer behauptet werden, es handle sich um neutrale gesellschaftliche Veranstaltungen, für uns gilt das Wort unseres Heilandes: Niemand kann zwei Herren dienen!

Gerade in unseren Tagen wird es neu uns deutlich, was für ein hohes Amt uns allen aufgetragen ist: Trostamt und Wächteramt. Kein Glied der Gemeinde Christi bleibt ohne einen solchen Auftrag. Mit jedem von uns hat der Herr etwas Besonderes vor. Wir dürfen mitten in der eigenen Anfechtung die besonders Angefochtenen aufrichten, daß sie ihren Herrn Christus nicht verleugnen und seinen Frieden nicht verlieren.

Laßt euch zu solchem Dienst immer wieder durch Wort und Sakrament und durch die Gemeinschaft im Gottesdienst stärken! Zu seiner ganzen Gemeinde, zu seinem Gottesvolk spricht der Herr: Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.

#### HANDREICHUNG FÜR DIE PFARRER

Angesichts der Anfechtungen, in die Pfarrer und Gemeinden durch die Einführung der sozialistischen Feiern geraten sind, ist von den Pfarrern folgendes zu bedenken:

1. Aller Dienst des Pfarrers ist Weitergabe der Frohen Botschaft von Christus, dem Heiland und Herrn der ganzen Welt. Er steht darum nicht zuerst in Abwehrstellung gegen die gottfeindlichen Mächte, sondern ist Bote dieses Herrn. Er hat seiner Gemeinde die Kirche mit ihren Sakramenten und Amtshandlungen lieb zu machen und ihr den ganzen Reichtum des Evangeliums, der auch in Taufe, Konfirmation, Trauung und kirchlicher Bestattung liegt, immer wieder vor Augen zu stellen.

2. Der Pfarrer muß wissen, daß der Herr keinen ganz verloren gibt. Wer dies erkannt hat, wird die Haltung des rechten Seelsorgers auch gegenüber den Schwachen, Irrenden, ja auch den Feinden der Kirche finden.

3. Dabei ist er es seinem Herrn schuldig, daß das Evangelium glaubwürdig bleibt. Gott ist ein heiliger Gott, darum ist auch seine Gnade keine billige Gnade. Das muß in der Art und Weise, wie ein Pfarrer die kirchlichen Amtshandlungen versieht, deutlich werden.

Diese Handreichung will nicht die in den einzelnen Kirchen geltenden Lebensordnungen ersetzen, sondern nur den Pfarrern konkrete Hinweise auf ihre rechte Anwendung im Blick auf den Sonderfall der sozialistischen Feiern geben.

Christen können sich um ihres Glaubens willen nicht den sozialistischen Feiern der Namensgebung, der Jugendweihe, der Eheschließung und des Begräbnisses unterziehen. Diese Feiern sollen mit dazu dienen, die Weltanschauung des Sozialismus, d. h. den dialektischen Materialismus, als die allein gültige und verbindliche Weltanschauung durchzusetzen. Wer versucht, sie als neutrale Feiern hinzustellen, die den christlichen Glauben nicht berühren, täuscht sich und andere.

In den Gelöbnissen, die bei der Namensgebungsfeier, Jugendweihe und sozialistischen Eheschließung abverlangt werden, ist das Wort „atheistisch“ vermieden worden. Es heißt dort z. B.: „Wir verpflichten uns, unser Kind sozialistisch zu erziehen“, oder: „sozialistisch zu leben“. Anderen offiziellen Äußerungen ist klar zu entnehmen, daß damit gemeint ist: atheistisch. (Vgl. z. B. Richtlinien für die sozialistischen Feiern in Stalinstadt.) Diese Gelöbnisse stehen im Gegensatz zu dem, was Christen mit der Taufe, der Konfirmation und der Trauung bekennen. Es ist der Gemeinde immer wieder deutlich zu machen, daß das ganze Leben der Unwahrhaftigkeit ausgeliefert wird, wenn man meint, neben dem Bekenntnis zum christlichen Glauben Verpflichtungen zum atheistischen Sozialismus abgeben zu können.

Wer dennoch unbedacht und ohne Nötigung an diesen Feiern teilnimmt und die mit ihnen verbundenen Gelöbnisse unterschreibt, sagt dem christlichen Glauben ab und verschreibt sich einer atheistischen Weltanschauung, auch wenn er es nicht beabsichtigt. Wer aber meint, sich einem Druck nicht entziehen zu können, und infolgedessen an einer solchen Feier teilnimmt, soll wissen, daß auch er seinen christlichen Glauben verleugnet, selbst dann, wenn er es nicht weiß und nicht will. Er muß damit rechnen, daß er zu immer neuen Bekenntnisakten gezwungen wird, denn die atheistische Weltanschauung beansprucht den ganzen Menschen.

Es ist auch eine Verleugnung des christlichen Glaubens, wenn Christen, um nicht Ärgernis vor der Welt zu erregen, auf die Sakramente und kirchlichen Amtshandlungen für sich und ihre Angehörigen verzichten.

Was sind wir nun den Gliedern der Gemeinde schuldig, die an einer solchen sozialistischen Feier teilgenommen haben?

Keines der uns anvertrauten Glieder der Gemeinde dürfen wir aufgeben. Deshalb ist es unsere Aufgabe in jedem einzelnen Fall, der uns bekannt wird, dem Betreffenden in suchender Liebe nachzugehen. Wir haben uns zu bemühen, ihm im Einzelgespräch zuzuhelfen und ihn zur Erkenntnis seines Irrweges zu führen, ihn in besonderer Weise zum Hören von Gottes Wort einzuladen und ihm Wege zu zeigen, wie er in seiner Gemeinde wieder heimisch werden und in einer ihm helfenden und ihn tragenden Gemeinschaft Geborgenheit und Halt finden kann.



Es wäre eine falsch verstandene Barmherzigkeit, wenn wir die Teilnahme an den sozialistischen Feiern für belanglos und die Gelöbnisse, selbst wenn sie unter Druck abgegeben wurden, von vornherein für ungültig erklären würden. Um der Wahrhaftigkeit willen dürfen wir niemanden zu leichtfertigen Abgabe von Versprechen verführen. Es widerspricht auch neutestamentlichem und reformatorischem Sakramentsverständnis und evangelischer Auffassung von den Amtshandlungen, wenn man annimmt, schon durch die Teilnahme an den Sakramenten oder Amtshandlungen würde die Teilnahme an den atheistischen Feiern ungeschehen oder automatisch wirkungslos gemacht. Wir müssen auch der vielfach geäußerten Ansicht entgegenreten, als ob die Zahlung von Kirchensteuern ein „Recht“ auf Amtshandlungen begründet.

Wir sind vielmehr allen Gliedern der Gemeinde das unverkürzte Wort Gottes mit seinem richtenden Ernst *und* seiner vergebenden Gnade schuldig, denn nur die Wahrheit macht uns frei.

Zu den einzelnen Amtshandlungen möchten wir noch folgende Hinweise geben:

### *Die Taufe*

Es bedeutet für die Gesamtgemeinde und für die Eltern, die vor der Taufe eines Kindes stehen, eine entscheidende Hilfe, wenn in neuer Weise in Predigt, Seelsorge und Gemeinderüsten vom Sinn der Taufe gesprochen und über den atheistischen Charakter der Namensgebungsfeier Aufklärung gegeben wird.

Es ist sorgfältiger denn je darauf zu achten, daß die Taufe eines Kindes so rechtzeitig angemeldet wird, daß ein verantwortliches Taufgespräch geführt werden kann. Bei diesem Gespräch sollte die Bedeutung der Taufe (auch im Unterschied zur Namensgebungsfeier) dargestellt werden. Dabei soll der Pfarrer sich vergewissern, daß die christliche Taufe und die nachfolgende christliche Erziehung bejaht werden.

Ist ein Kind bereits zur Namensgebungsfeier gebracht worden, kann die Taufe nicht ohne weiteres vollzogen werden. Der Pfarrer hat dann den Eltern besonders deutlich zu machen, daß durch die Verpflichtung zur sozialistischen Erziehung bei der Namensgebungsfeier eine christliche Erziehung ernstlich gefährdet wird. Er muß mit den Eltern darüber reden, ob sie unter diesen Umständen an ihrem Begehren festhalten, ihr Kind taufen zu lassen, und ihnen dazu helfen, wie sie ihr Kind zur heiligen Taufe führen und es christlich erziehen können.

Besonders wichtig ist heute die Auswahl geeigneter Paten. Darum soll die Ausstellung der Patenbescheinigung möglichst immer von dem Ergebnis eines Einzelgesprächs abhängig gemacht werden. Gemeindeglieder, die bei der Namensgebungsfeier verantwortlich mitgewirkt haben, dürften kaum als geeignete christliche Paten angesehen werden können.

Beim Gespräch mit dem Paten ist ihm die Bedeutung seines Amtes auch für den Fall deutlich zu machen, daß die Eltern ein getauftes Kind nachträglich zur Namensgebungsfeier bringen wollen. Der Pate sollte dem widersprechen und kann selbst auf keinen Fall dabei als Zeuge mitwirken.

### *Die Konfirmation*

Bei allen Erörterungen über die Konfirmationsfrage ist darüber Einmütigkeit erzielt worden, daß die Konfirmation nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern im Zusammenhang mit Taufe und Abendmahl zu sehen ist. Die Entwicklung der jüngsten Zeit zeigt deutlich, daß auch die Jugendweihe nicht für sich genommen werden kann, sondern als ein Glied in einer Kette sozialistischer Bekenntnisakte verstanden werden muß. Damit ist erneut bestätigt, daß Konfirmation und Jugendweihe sich gegenseitig ausschließen. Dies darf nicht eine unverbindliche Erklärung bleiben. Deshalb haben die Kirchenleitungen daraus Konsequenzen gezogen, die in den landeskirchlichen Ordnungen

festgelegt sind. Das verpflichtet auch jeden einzelnen Pfarrer, sich von dieser grundsätzlichen Entscheidung im praktischen seelsorgerlichen Handeln bestimmen zu lassen, ohne Rücksicht darauf, ob ihm, zumal in größeren Gemeinden, jeder Einzelfall bekannt wird.

### *Die Trauung*

Die Trauung stellt die Ehe unter die Verheißung und das Gebot Gottes. Bei der sozialistischen Eheschließung wird die Ehe in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft gestellt. Die christlichen Eheleute werden aufgerufen, ihre Ehe als Glieder der Gemeinde im Gehorsam gegen Gottes Wort zu führen. Die sozialistische Eheschließung verpflichtet zu einer atheistischen Lebensgestaltung innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft.

Es ist heute Aufgabe des Pfarrers, den Gliedern der Gemeinde auf allerlei Weise den Reichtum einer christlichen Ehe vor Augen zu stellen und sie auf den Gegensatz der Trauung zur sozialistischen Eheschließung hinzuweisen, der bereits im verschiedenen Grundverständnis der Ehe wurzelt. Dieses sollte schon in der Unterweisung der Jugend beginnen und in dem Traugespräch mit den Brautpaaren seine eigentliche Zuspitzung finden.

Von diesem Gegensatz aus ergibt sich, daß es nicht möglich ist, zugleich an der Trauung und der sozialistischen Eheschließung teilzunehmen. Wird dem Pfarrer bekannt, daß sich ein Brautpaar auch zur sozialistischen Eheschließung bereit erklärt hat, so ist die Trauung zu versagen.

Begehrt ein Ehepaar einige Zeit nach der Eheschließung, die mit einer sozialistischen Eheschließung verbunden war, die Trauung, hat der Pfarrer sie auf den Ernst der damit verbundenen Entscheidung hinzuweisen. Erkennt er, daß die Eheleute die Trauung ernstlich begehren, kann er diese nach gewissenhafter Entscheidung nachholen. Diese Trauung kann dann auch mit der Taufe des ersten Kindes verbunden werden.

### *Die kirchliche Bestattung*

Angesichts der sozialistischen Begräbnisfeier gehört es zu den Aufgaben des Pfarrers, mehr als bisher in Predigt und seelsorgerlichen Gesprächen auf den Sinn der kirchlichen Bestattung hinzuweisen.

Eine Beteiligung des Pfarrers an einer sozialistischen Begräbnisfeier ist in keiner Form möglich. Er hat jedoch die seelsorgerliche Pflicht, wenn ein Gemeindeglied im Rahmen einer solchen Feier beigesetzt wird, auf Bitten christlicher Familienangehöriger ihnen in einer besonderen Feier, die nicht im zeitlichen Zusammenhang mit dieser Begräbnisfeier stehen darf, das Wort Gottes zu sagen. Es besteht auch die Möglichkeit, des Heimanges solcher Gemeindeglieder im Gottesdienst zu gedenken.

In den Fällen, in denen bei einer kirchlichen Bestattungsfeier auch noch andere Personen außer dem Pfarrer zu reden wünschen, ist nach den kirchlichen Ordnungen zu verfahren.

Zur rechten, geordneten Handhabung der kirchlichen Lebensordnungen ist es mehr als bisher nötig, bei allen Amtshandlungen die Bestimmungen über das Dimissoriale einzuhalten.

Aus vielen Gemeinden und Kirchenkreisen wird von einem spürbaren Rückgang auch der Taufen und Trauungen berichtet, ohne daß die Menschen darum nun alle schon die sozialistischen Feiern mitmachen. Das Trommelfeuer der antichristlichen Propaganda hat dazu geführt, daß eine volkskirchliche Sitte immer mehr im Schwinden ist; die Vornahme einer Taufe und Trauung, ja sogar schon

vielfach einer kirchlichen Bestattung bedeutet heute schon in manchen Gemeinden einen Bekenntnisakt. Zur Zeit ist noch nicht das Ende der Entwicklung abzusehen. Man wird von einem „Zwischenzustand“ zwischen „Volkskirche“ und „Gemeindekirche“ sprechen müssen. Die Fülle der Probleme, die damit gegeben sind, bestimmen das Leben der Kirchen in einem sehr starken Maße.

Die Entwicklung hat darüber hinaus dazu geführt, daß die beiden großen Konfessionen, die evangelische und die katholische Kirche, näher zusammengerückt sind, als dieses vielleicht in Westdeutschland der Fall ist. In den Verlautbarungen der katholischen Bischöfe in der DDR werden dieselben Probleme angesprochen, sicher in der spezifischen Eigenart ihrer Kirche, aber eben doch in einer sehr ähnlichen Weise. Für das Verhältnis der Konfessionen bezeichnend ist auch, daß etwa in der Frage des Übertritts von einer Konfession zur anderen in der DDR neue Wege gesucht und gefunden sind. Der offizielle Austritt aus der einen Kirche, der beim staatlichen Notariat zu vollziehen wäre, um sich zur anderen Konfessionskirche zu bekennen, soll vermieden werden, da von politischer Seite jeder Kirchaustritt auf der Plusseite der atheistischen Propaganda notiert wird. Die neue Regelung ergibt sich aus dem im folgenden wiedergegebenen Schriftwechsel zwischen dem Commissariat der Fuldaer Bischofskonferenz und dem Leiter der Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen in der DDR:

Commissariat der Fuldaer Bischofskonferenz

Berlin N 4, den 10. April 1959

*Sehr geehrter Herr Präsident!*

Im Auftrage Sr. Eminenz des Herrn Kardinal Dr. Döpfner beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß entsprechend Ihrer Anregung die Herren Ordinarien der Katholischen Kirche in der DDR am 7. April 1959 die Frage einer innerkirchlichen Regelung von Übertritten der Mitglieder der katholischen Kirche zu einer der evangelischen Landeskirchen und umgekehrt erörtert haben.

Die Ordinariatenkonferenz hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß die gleiche Regelung, wie sie für das Gebiet des Erzbischöflichen Commissariats Magdeburg auf Grund einer Vereinbarung mit dem Evangelischen Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg seit dem Frühjahr 1957 durchgeführt wird, auch für die anderen Ordinariate und Commissariate der katholischen Kirche in der DDR und im demokratischen Sektor von Berlin bei entsprechender Zustimmung der zuständigen evangelischen Landeskirchen zur Durchführung kommt.

Hiernach wird einheitlich beim Übertritt eines nichtkatholischen Christen in die katholische Kirche von einer öffentlich-rechtlichen Austrittserklärung vor dem staatlichen Notar als Nachweis des Austritts abgesehen. Das zuständige katholische Pfarramt wird vielmehr den Übertritt des bisherigen evangelischen Gemeindegliedes zur katholischen Kirche der zuständigen evangelischen Kirchengemeinde pfarramtlich mitteilen mit dem Ersuchen, von dem übergetretenen Steuerpflichtigen keine Kirchensteuer mehr zu erheben. In analoger Weise ist beim Übertritt eines Katholiken seitens des evangelischen Pfarramtes zu verfahren.

Etwa auftretende Schwierigkeiten bei der Handhabung dieses Verfahrens wären durch das zuständige Ordinariat (Commissariat) und das zuständige Konsistorium zu klären.

Wir teilen Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, diese Stellungnahme der Ordinariatenkonferenz mit, damit Sie in der Lage sind, die am 15. April zusammentretende Ostkirchenkonferenz entsprechend zu unterrichten.

In ausgezeichneter Hochachtung Ihr ergebener

Zinke, Prälat

Berlin C 2, den 20. April 1959

*Sehr geehrter Herr Prälat!*

Mit verbindlichem Dank bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 10. April 1959 betr. die Frage einer innerkirchlichen Regelung von Übertritten der Mitglieder der katholischen Kirche zu einer der evangelischen Landeskirchen und umgekehrt.

Die Konferenz der Evangelischen Landeskirchen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik hat sich am 15. April 1959 ebenfalls grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß die gleiche Regelung, wie sie für das Gebiet der Kirchenprovinz Sachsen auf Grund einer Vereinbarung mit dem Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg seit dem Frühjahr 1957 durchgeführt wird, auch für die anderen Landeskirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Berlin zur Durchführung kommt.

Hiernach wird einheitlich beim Übertritt eines katholischen Christen in die evangelische Kirche von einer öffentlich-rechtlichen Austrittserklärung vor dem Staatlichen Notariat als Nachweis des Austritts abgesehen. Das zuständige evangelische Pfarramt wird vielmehr den Übertritt des bisherigen katholischen Gemeindegliedes zur evangelischen Kirche dem zuständigen katholischen Pfarramt mitteilen mit dem Ersuchen, von dem übergetretenen Steuerpflichtigen keine Kirchensteuer mehr zu erheben. In analoger Weise ist beim Übertritt eines Evangelischen seitens des katholischen Pfarramtes zu verfahren.

Etwa eintretende Schwierigkeiten bei der Handhabung dieses Verfahrens wären durch die zuständigen leitenden Verwaltungsbehörden der Landeskirchen (Konsistorium, Landeskirchenamt, Oberkirchenrat) und das zuständige Ordinariat (Kommissariat) zu klären.

Ich erlaube mir, Ihnen, sehr geehrter Herr Prälat, von diesem Beschluß der Konferenz der Evangelischen Landeskirchen in der Deutschen Demokratischen Republik Mitteilung zu machen, und wäre dankbar, wenn Sie Se. Eminenz, den Herrn Kardinal Dr. Döpfner, sowie die Herren Ordinarien der katholischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik hiervon unterrichten würden.

Wir werden unsererseits den Kirchenleitungen der Evangelischen Landeskirchen Abschrift Ihres Schreibens vom 10. April 1959 und dieses Schreibens mitteilen mit dem Ersuchen, in vorkommenden Fällen nach der hierdurch getroffenen Vereinbarung ab sofort zu verfahren.

In ausgezeichneter Hochachtung

*Pettelkau, Vizepräsident*

## 2. INNERKIRCHLICHE AUSEINANDERSETZUNGEN

Die eben aufgezeigte Entwicklung hat die Kirchen genötigt, auch ihre eigenen Positionen immer erneut einer Überprüfung zu unterziehen. Das Jahr 1959 ist innerkirchlich gekennzeichnet durch ein intensives theologisches Bemühen um den rechten Weg einer evangelischen Kirche inmitten einer atheistischen Umwelt.

Es wurde oben schon dargelegt, wie angesichts der Entwicklung der sozialistischen Feiern die Frage nach dem rechten Verhältnis von wahrhaftiger und glaubwürdiger Verkündigung und seelsorgerlicher Liebe gestellt ist.

Die soziologische Neustrukturierung des gesamten öffentlichen und gesellschaft-



lichen Lebens, der Übergang von der Privatwirtschaft zu der Kollektivwirtschaft, sowohl in den Städten als auch namentlich auf dem Lande, stellte die Kirche vor neue Probleme auch in ihrer Verkündigung und Seelsorge.

Alle diese theologischen Bemühungen sind kaum stärker an die Öffentlichkeit gedrungen, so sehr sie innerkirchlich mit großer Leidenschaft geführt wurden und weiter geführt werden. Ein Problem hat jedoch außerordentlich stark nicht nur die Kirche und ihre Theologen, sondern darüber hinaus die Öffentlichkeit bewegt, das ist die sogenannte „Obrigkeitsfrage“.

Die Vorgänge als solche sind bekannt. Es bleibt dabei festzuhalten, daß der Brief des Ratsvorsitzenden an Landesbischof D. Dr. Lilje die Diskussion nicht ausgelöst hat, wie vielfach behauptet wird. Durch diesen Brief ist der Öffentlichkeit nur bekanntgeworden, daß es innerhalb der evangelischen Kirche schon seit langem eine lebhafte Diskussion über die Frage nach der Stellung des Christen zur Obrigkeit gibt. Der Brief des Ratsvorsitzenden versucht, die Diskussion aus der Atmosphäre der Tagespolitik und der akuten Frage: „Der Christ in einem atheistischen Staat“ auf die grundsätzliche Frage: „Der Christ und die übergeordneten Mächte“ zurückzuholen. Die schwere Problematik, die sich für den Christen heute ergibt, der solchen „übergeordneten Mächten“ nicht nur in der Gestalt der Polizeiorgane seines Staates, sondern auch in der der Funktionäre seiner Gewerkschaft usw. begegnet, ist von der Kirche weithin noch gar nicht ernsthaft in Angriff genommen. Aber natürlich kulminiert die ganze Frage in dem Problem der Stellung des Christen zum Staat. Dabei konnte es einfach nicht ausbleiben, daß die Situation des Christen und der Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik als einem ideologisch auf die Weltanschauung des Marxismus festgelegten Staat die Kirchen in besonderer Weise zwang, um eine klare biblische und theologische Erkenntnis und dann auch Wegweisung für Pfarrer und Gemeinden bemüht zu sein.

Derartige Bemühungen sind von den verschiedensten Seiten unternommen worden. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat einen Ausschuß beauftragt, sich intensiv gerade dieser Frage zu widmen. Die Evangelische Kirche der Union hat ihre „Handreichung“ erarbeitet und ihren Gliedkirchen zur Prüfung vorgelegt, die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands hat für ihren Bereich etwas Ähnliches getan. Auch in den einzelnen Gliedkirchen wird über dieser Frage gearbeitet. Da jedoch noch kein abschließendes Ergebnis vorliegt, soll von einer Besprechung dieser Schriftstücke in diesem Zusammenhang eines Berichtes über die Lage der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik abgesehen werden.

In der Öffentlichkeit sind die Diskussionen über den bekannten „Dibeliusbrief“ im Jahre 1959 in unverminderter Heftigkeit weitergegangen und noch nicht abgeschlossen. Sie haben sich sehr stark auf die Frage: „Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik“ beschränkt und gerade nicht so sehr das Gesamtproblem erfaßt. Um den Hintergrund der Debatte in der Deutschen Demokratischen Republik verstehen zu können, ist es notwendig, sich immer wieder vor Augen zu halten, was es bedeutet, daß ein Staat ideologisch festgelegt ist, welche Rolle also neben der Frage der Erziehung (s. Grotewohl-Erklärung) etwa dem *Recht* in einem solchen Staat zufällt.

Es seien hier aus der Zeitschrift „Neue Justiz“, dem amtlichen Organ des

Ministeriums für Justiz und des Generalstaatsanwaltes der Deutschen Demokratischen Republik, Auszüge aus einigen wenigen Artikeln, die sich beliebig vermehren lassen, wiedergegeben: 1. Josef Streit, Berlin: Einige Gedanken zur Vorbereitung der Richterwahl („Neue Justiz“, Nr. 2, S. 38 ff.); 2. Die Rolle des Strafrechts bei der Lösung der Aufgaben im sozialistischen Handel, vorgelegt von einem Kollektiv des Instituts für Strafrecht an der Juristenfakultät der Karl-Marx-Universität in Leipzig („Neue Justiz“, Nr. 24, S. 830 ff.); 3. Konzeption über die zukünftige Arbeit der Justizorgane, ausgearbeitet von Teilnehmern eines Sonderlehrgangs von Richtern und Staatsanwälten („Neue Justiz“, Nr. 14, S. 469 ff.).

#### EINIGE GEDANKEN ZUR VORBEREITUNG DER RICHTERWAHL

Der Richter in der Deutschen Demokratischen Republik muß ein verlässlicher politischer Funktionär sein, er muß sich auf der Höhe der Aufgaben befinden und in seiner richterlichen Tätigkeit die Politik der Partei, der Nationalen Front und der Regierung durchsetzen helfen. Der in Zukunft gewählte Richter wird vor dem Antritt seiner Funktion ein Gelöbnis ablegen, das ihn zur Treue zum Volk, zum Staat der Arbeiter und Bauern und dessen sozialistischer Entwicklung verpflichtet. Das bedeutet, daß die Richter sich niemals über das Volk erheben oder dessen Interessen zuwiderhandeln dürfen.

Der Zweck der Strafe ist in unserem Staat in erster Linie die Unschädlichmachung der Feinde des werktätigen Volkes. Personen, die sich außerhalb unseres Staates stellen, indem sie die Fundamente des Staates angreifen, werden an der Ausübung weiterer Verbrechen gehindert und hart bestraft. Auch bei Straftaten deklassierter Elemente und notorisch Rückfälliger sind harte Strafen notwendig. Anders verhält es sich mit Personen, die aus mangelnder Disziplin oder aus einem zurückgebliebenen Verantwortungsbewußtsein einen Rechtsbruch begangen haben; in solchen Fällen hat das Gericht Erziehungsmaßnahmen anzuwenden.

Wir sehen also, daß bei der Festlegung der Strafe und des Strafmaßes eine Reihe von Gesichtspunkten berücksichtigt werden müssen:

1. der Grad der Gefährlichkeit der Tat für die Gesellschaft unter besonderer Beachtung der Art der Durchführung der Straftat;
2. die Folgen der Tat;
3. der Grad der Schuld des Täters;
4. die Persönlichkeit des Täters;
5. erschwerende oder mildernde Umstände und die Möglichkeiten der Besserung des Täters.

Bei der Würdigung der Tat und des Täters durch das Gericht und bei der Findung der Strafe ist aber die richtige klassenmäßige Einstellung des Richters zur Person des Täters entscheidend. In dieser Hinsicht gibt es noch einige ernste Mängel. Die Richter an unseren Gerichten müssen verstehen, zwischen Tätern aus den Reihen der Werktätigen und Tätern aus den Reihen der Klassenfeinde und sonstigen deklassierten Elementen zu trennen.

Völlig anders aber müssen unsere Gerichte an die Bestrafung eines Werktätigen herangehen, der sich einmal einer Straftat schuldig gemacht hat. Hier wird in der Regel eine einmalige Entgleisung in einem sonst ordentlichen Leben vorliegen, als Folge noch nicht völlig überwundener Muttermale der alten kapitalistischen Gesellschaft. Wenn auch eine solche Handlung selbstverständlich nicht zu loben ist, so sind doch für einen Menschen, der sonst seinen Anteil am Aufbau des Sozialismus leistet, Erziehungsmaßnahmen die richtigere Form der gesellschaftlichen Reaktion. In bestimmten Fällen kann auch von einer Bestrafung überhaupt abgesehen werden. Eine andere Einstellung

können die Gerichte in der sozialistischen Gesellschaft nicht haben. Mögen die bürgerlichen Ideologen unsere Gerichte auch verleumden, an unseren Prinzipien wird sich nichts ändern. Eine andere Frage aber ist es, wie lange die Völker noch an das Ammenmärchen einer über den Klassen stehenden Justiz in den kapitalistischen Ländern glauben werden, denn ständig steigt die Zahl der Menschen, die auf Grund eigener Erfahrungen zu einer besseren Einsicht gelangen.

#### DIE ROLLE DES STRAFRECHTS BEI DER LÖSUNG DER AUFGABEN IM SOZIALISTISCHEN HANDEL

(Auszug)

#### II.

Die Tätigkeit der Rechtsprechungsorgane steht nicht beziehungslos neben der Tätigkeit, die die übrigen Organe des volksdemokratischen Staates bei der Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Siebenjahrplans und der sozialistischen Umgestaltung im Handel leisten. Die Rechtsprechungsorgane sind ein Teil der einheitlichen, volksdemokratischen Staatsgewalt. Die sozialistische Staatsmacht aber ist in all ihren Teilen, einschließlich der Organe der Rechtsprechung, das Instrument zur Lenkung und Leitung des revolutionären Prozesses der Ablösung der alten Gesellschaft und der Errichtung der neuen, sozialistischen Gesellschaft, zur Lösung der Aufgaben, die in der Übergangsperiode vor der Arbeiterklasse und ihrer Partei stehen. Die Tätigkeit der Straforgane muß ebenso wie die Tätigkeit aller anderen Staatsorgane der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft dienen.

Der V. Parteitag der SED stellte die Aufgabe, die Justizorgane zu sozialistischen Staatsorganen zu entwickeln. Das erfordert, die Tätigkeit der Straforgane voll und ganz auf den Boden der Dialektik zu stellen, die Kluft zwischen ihrer Tätigkeit und der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu überwinden und sie immer stärker in Organe der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu verwandeln.

Die Straforgane werden zum Unterschied von anderen staatlichen Organen nicht nur zur Lösung bestimmter Aufgaben in bestimmten Bereichen tätig; sie haben durch die Rechtsprechung sowohl zur Lösung der ökonomischen als auch der anderen gesellschaftlichen Aufgaben in allen Bereichen beizutragen. Die Unterstützung der Aufgaben des Handels spielt dabei eine wesentliche Rolle. Aber ebenso wenig wie in irgendeinem anderen Bereich des gesellschaftlichen Lebens können die Straforgane hier das hauptsächlichste Instrument der staatlichen Leitung bei der sozialistischen Umgestaltung im Handel sein. Dazu sind die eigens dafür geschaffenen zentralen und örtlichen Organe berufen. Die politisch-ideologische Führungstätigkeit der Straforgane muß ergänzend zur Leitungstätigkeit dieser Organe hinzutreten und so die werktätigen Menschen zur Überwindung der Widersprüche und Mängel mobilisieren, die die Verwirklichung der Aufgaben im sozialistischen Handel hemmen.

#### KONZEPTION ÜBER DIE ZUKÜNFTIGE ARBEIT DER JUSTIZORGANE

Das vom V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossene Programm des Kampfes für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Programm, das alle Seiten der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung umfaßt.

Bei der Durchsetzung dieses Programms spielen das Recht und die Rechtsprechung eine große Rolle. Der V. Parteitag hat daher die Forderung erhoben, die Justizorgane zu sozialistischen Staatsorganen zu entwickeln.

In Verwirklichung dieser Forderung wurde ein Lehrgang mit Richtern und Staats-

anwältin durchgeführt. Auf der Grundlage der Vorlesungen und Seminare, des Erfahrungsaustauschs und der in Beratungen und Exkursionen gewonnenen Erkenntnisse legen die Teilnehmer des Lehrgangs nachfolgende Konzeption über die zukünftige Arbeit der Staatsanwaltschaft, der Gerichte und Notariate vor:

1. Die Tätigkeit der Justizorgane ist ein Bestandteil der Tätigkeit der einheitlichen Staatsorgane und der Tätigkeit der Machtorgane untergeordnet. Die Aufgaben der Machtorgane sind durch die Tätigkeit der Justizorgane (Anklage, Rechtsprechung und Allgemeine Aufsicht) durchzusetzen.

2. Das Haupthindernis für die Qualifizierung der Justiztätigkeit ist das Weiterwirken der bürgerlichen formalistisch-normativistischen Positionen. Die Hauptaufgabe ist daher, die Justizpraxis ganz auf den Boden des Marxismus-Leninismus zu stellen.

Indem es uns gelingt, die Justizpraxis ganz auf den Boden des Marxismus-Leninismus zu stellen, wird ihre Loslösung von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, von der Entwicklung der Gesellschaft und ihren Gesetzmäßigkeiten, von den Klassen und den Klassenkämpfen überwunden.

3. Die Verwirklichung der Forderung des V. Parteitags auf Weiterentwicklung des sozialistischen Rechts bedeutet nicht nur, neue Gesetze zu schaffen, sondern bedeutet zugleich auch eine neue, höhere Qualität der staatlichen Leitungstätigkeit der Justizorgane.

Das Recht und seine Anwendung müssen stets mit dem Grad der gesellschaftlichen Entwicklung in Einklang stehen und ihr dienen, d. h., das Recht muß eine aktive Rolle spielen, Hebel bei der sozialistischen Umwälzung sein.

4. Das Recht und die Rechtsanwendung dienen der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen und haben große Bedeutung für die Herausbildung der neuen, sozialistischen Gesellschaft mit ihren neuen Beziehungen der Menschen zur Gesellschaft und zueinander. Die Überwindung der alten Lebensgewohnheiten und Traditionen – ein Erbe aller bisherigen Ausbeutergesellschaften – wird auch mittels des Rechts und der Rechtsprechung vorangetrieben.

Recht und Rechtsprechung dienen auch der Entwicklung eines neuen Rechtsbewußtseins, machen den Werktätigen bewußt, daß es ihr Recht ist, das sie freiwillig einhalten und über dessen parteiliche und unbürokratische Anwendung sie selbst wachen.

In uns ist jetzt die Erkenntnis gereift, daß das Ziel und der Inhalt der Rechtsprechung durch die Hauptaufgaben des Staates bestimmt und diesen bewußt untergeordnet werden.

Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß das Recht planmäßig und konstruktiv als Instrument zur Führung und Organisierung der Massen bei der Lösung der Widersprüche, bei der Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung und damit in der Praxis auf die Höhe der Theorie des Marxismus-Leninismus gehoben werden kann.

5. Die Grundlage der Tätigkeit der Justizorgane, die Garantie für die Stabilität und Sicherung des sozialistischen Rechts ist der demokratische Zentralismus.

Der demokratische Zentralismus gewährleistet, die gesellschaftliche Entwicklung beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bewußt zu leiten, und ist ein Hauptmittel zur Erreichung einer hohen Qualität der Leitungstätigkeit.

Der demokratische Zentralismus in der Justiz gewährleistet zugleich, die Gesetzlichkeit auf eine höhere Stufe zu heben, indem die neue Gesetzlichkeit die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in sich aufnimmt.

6. Die Diskrepanz im Zusammenwirken der örtlichen Justizorgane mit den örtlichen Staatsorganen ist zu beseitigen. Ihre gemeinsame Arbeit muß vorausschauend auf die Perspektive des Sozialismus, auf die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans, die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens und des Bewußtseins der Menschen gerichtet sein.

7. Die schädliche Trennung zwischen der Rechtsprechung und der politischen Massenarbeit ist zu überwinden. Das wirkliche Wesen der Rechtsprechung besteht nicht darin, einen bloßen Fall zu entscheiden, sondern in der Wirkung einer Entscheidung auf die Festigung der Disziplin und auf die Entwicklung einer hohen sozialistischen Moral.



Die entscheidende massenpolitische Wirkung der Rechtsprechung besteht darin, daß sie genau in die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung einschlägt.

8. Die auf dem Boden dieser Konzeption arbeitenden Justizorgane werden sich zu sozialistischen Justizorganen entwickeln. Die Rechtsprechung dieser Organe – von sozialistischem Humanismus durchdrungen – drückt den Menschen nicht nieder, sondern hebt ihn empor.

Angesichts der in diesen Schriftstücken zum Ausdruck kommenden totalen Ideologisierung und Verpolitisierung des gesamten öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens und der damit verbundenen Auflösung jeder festen Rechtsbasis stand und steht die Kirche vor der Frage, in welcher Weise hier für den Christen Römer 13 noch in Geltung ist, jedenfalls wie weit sein Gehorsam zu gehen hat und wo er seine Grenze findet. Damit zugleich ist die Frage gestellt, wieweit ein Christ in einem solchen Staat politisch mitarbeiten kann. Daß dabei die Tatsache der Teilung Deutschlands in zwei sich gegenseitig bekämpfende Staatsgebiete außerordentlich gravierend mitwirkt, kommt für die Beurteilung der Situation noch hinzu. Theologie kann eben niemals in einem luftleeren Raum stattfinden, sondern hat sich auch den konkreten Gegebenheiten zu stellen.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß in dem, was an kirchlichen Verlautbarungen, Erklärungen und Briefen einzelner Kirchenmänner und Gremien gerade im Jahre 1959 herausgegeben wurde, nicht nur der große Spannungsbogen dessen, was nach Meinung der Verfasser theologisch und kirchlich verantwortbar ist, deutlich geworden ist, sondern daß diese Auseinandersetzungen auch zu einer schweren Belastung für die innere Geschlossenheit der Kirchen und ihres Handelns geführt haben. Aus der Fülle des Materials seien wiedergegeben: 1. Die Stellungnahme der sogenannten „Weimarer Konferenz“; 2. eine Thesenreihe zum Thema „Obrigkeit“, die von einem Theologenkreis erarbeitet ist, der dem sogenannten Weißenseer Arbeitskreis, damit den Kirchlichen Bruderschaften, nahesteht; 3. der Brief von Landesbischof D. Mitzenheim an Ministerpräsident Grotewohl vom 13. April 1959; 4. die Ansprache von Landesbischof D. Mitzenheim auf der Zehnjahresfeier der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Oktober 1959; 5. die Erklärung der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 1. Oktober 1959; 6. die Erklärung der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 23. Oktober 1959.

#### STELLUNGNAHME DER „WEIMARER KONFERENZ“

Weimar (NZ). Mit einer Erklärung, die im Anschluß an eine mehrstündige Aussprache, an der sich über 20 Diskussionsredner beteiligten, angenommen wurde, schloß die Beratung der christlichen Persönlichkeiten über das Thema „Neues Ethos und Friedensordnung“ in Weimar. An der Tagung hatten sich aus der DDR 8 Theologieprofessoren, 11 Superintendents, 151 Pfarrer, 16 Theologen, mehrere Theologiestudenten und 51 Gäste aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Leben unserer Republik beteiligt. Aus Westdeutschland waren 12 Theologen und 3 Nichttheologen anwesend; aus Ungarn nahmen 2 Geistliche und 2 Laien teil. Von insgesamt 262 Teilnehmern der bedeutsamen Tagung waren 211 Theologen.

Die angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Wir Unterzeichneten, Glieder und Amtsträger evangelischer Gemeinden in beiden Teilen Deutschlands, sind eines Sinnes mit allen, die erklären: „Den Menschen, den Gott

so geliebt hat, wie es das Evangelium von Jesus Christus uns sagt, als Objekt von Massenvernichtungsmitteln auch nur denken zu wollen, ist Sünde.<sup>6</sup>

Darum haben wir uns zusammengefunden, beunruhigt, daß wir wieder durch unzeitiges Schweigen oder unüberlegte Entscheidungen so schuldig werden, wie wir es nach 1945 bekennen mußten.

Wir würden schuldig, wenn wir abermals den Namen Christi dazu mißbrauchten, Frontbildungen irgendwelcher Art zu rechtfertigen, statt uns von ihm dazu befreien zu lassen, unter dem Gebot der Nächstenliebe nach dem Maße menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens Recht und Frieden zu suchen.

Darum treten wir für eine solche vernünftige Politik ein und unterstützen eine solche Politik durch unser Wort und Handeln, wo wir immer dazu Gelegenheit haben. Vernünftige Politik ist heute darauf gerichtet, den kalten Krieg zu beenden, auch gegen den Widerstand derer, denen er nützt, und den durch tiefe Interessengegensätze der Mächte gefährdeten Frieden durch eine auf Verträgen beruhende Friedensordnung zu sichern, die keine Nation vergewaltigt, jedem Volk volle Sicherheit bietet und Raum für zukünftige friedliche Entwicklung läßt.

Wir meinen, daß das deutsche Volk und die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung und spezielle Möglichkeiten haben, eine solche Politik zu fördern. Vernünftige Politik muß heute in Deutschland darauf gerichtet sein, den Kräften ihren politischen Einfluß zu nehmen, die unser Volk und die Völker der Welt bereits zweimal in furchtbare Kriege gestürzt haben. Damit wäre ein wesentliches Hindernis der friedlichen Wiedervereinigung beseitigt. Vernünftige Politik in Deutschland muß zuerst darauf bedacht sein: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel einer schrittweisen Wiedervereinigung herbeizuführen; keine Kernwaffen und Abschußbasen für diese Waffen auf deutschem Boden zu dulden; beide deutsche Staaten aus den Militärbündnissen herauszulösen und in eine atomwaffenfreie Zone einzugliedern.

Die Regelung dieser besonders Deutschland betreffenden Fragen hat eine weit über Deutschland hinausgehende Bedeutung. Gelingt es an einer weltpolitisch so exponierten Stelle wie in unserem Lande, aus einem Spannungszentrum ein Gebiet der Verständigung und freundschaftlichen Begegnung zu machen, so muß das für die Weltpolitik weitreichende Konsequenzen haben.

Wir begrüßen es, daß es in Genf zu Verhandlungen der Außenminister gekommen ist, und hoffen, daß es ihnen gelingt, eine vertragliche Regelung des Friedens mit Deutschland vorzubereiten. Wir meinen, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden müssen und daß die Möglichkeiten zu einer Verständigung auf höchster Ebene gegeben sind, die entschlossen, geduldig und kompromißbereit genutzt werden müssen.

Diese Erwägungen der Vernunft, die uns mit vielen Nichtchristen in politischer Verantwortung verbinden, sollen ein Beitrag sein zu dem Dienst an der Menschheit, zu dem das Evangelium ruft.

Weimar, den 24. Juni 1959“

Die Annahme der Entschließung erfolgte in der Weise, daß – als nach ausgiebiger Diskussion das Wort nicht mehr gewünscht wurde – das Plenum bei nur sehr wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen die Erklärung zur Unterschrift freigab.

#### THESEN ZUM THEMA „OBRIGKEIT“

Ein Kreis von Theologen hat kürzlich auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg in der Stoeckerstiftung zu Berlin-Weißensee die gegenwärtig viel diskutierte Frage des christlichen Verständnisses der Obrigkeit behandelt und nach-

stehende theologische Thesen erarbeitet, die auch dem Präses der Berlin-Brandenburgischen Provinzialsynode, Superintendent Figur, übermittelt wurden. Die Thesen lauten:

Die Schrift lehrt, daß es staatliche „Mächte nicht anders als unter Gott gibt“ (Röm. 13, 1; Offb. 13, 5–7).

1. Darum erkennen wir im Glauben,

a) daß sie immer und überall gnädige Einsetzung (ordinatio dei) des Gottes sind, der in seiner Selbsterniedrigung uns zugute zum Herrn aller Herrn wurde (Phil. 2, 5–11);

b) daß sie unabhängig von ihrem Selbstverständnis Gottes Diener sind (Röm. 13, 4);

c) daß ihre Herrschaft keinen Menschen je von Gottes Liebe scheiden kann (Röm. 8, 38 f.).

2. Zugleich erkennen wir im Glauben,

d) daß diese Mächte als „weltlich Ding“ Menschenwerk sind (1. Petr. 2, 13), von Menschen in der Geschichte eingesetzt und veränderlich (institutio hominum);

e) daß Christen, an keine bestimmte politische Ordnung gebunden, frei sind, sich einer jeden als Diener Gottes einzuordnen und hier zur Förderung von Recht und Frieden mitzugestalten (1. Petr. 2, 15 f.);

f) daß wir um der Herrschaft Christi willen widersprechen müssen, wenn Äußerungen und Handlungen in der Kirche Menschen dazu verführen, Staaten als christlich, gottlos oder dämonisch anzusehen.

Die Schrift lehrt, daß es Gnade bei Gott ist, geduldig zu sein in Leiden und Tun des Guten (1. Petr. 2, 20).

D. MITZENHEIM AM 13. 4. 1959 AN GROTEWOHL

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

Es ist mir ein aufrichtiges Anliegen, Ihnen zu danken für Ihre erneute Initiative in der Frage des Friedensvertrages und der Wiedervereinigung, wie sie in Ihrem Brief an den Herrn Bundeskanzler zum Ausdruck kommt.

Verkennen Sie bitte das Anliegen meines Schreibens nicht. Ich möchte nicht über politische Schritte Werturteile fällen. Ihr Schreiben aber geht über den Rahmen einer politischen Aktion hinaus und bringt überzeugend zum Ausdruck, was viele Bürger in beiden Teilen Deutschlands, Christen und Nichtchristen, empfinden.

Die Kirchen haben durch verschiedene Gremien wiederholt ausgesprochen, daß ein neues Verhältnis der Menschlichkeit und des Vertrauens zwischen den Völkern wachsen müsse, um unsere kranke Welt zu heilen. Ich selbst durfte in einem vor kurzem der Presse gegebenen Interview zum Ausdruck bringen, daß ein neues Ethos im zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Verkehr not tue. In Ihrem Schreiben sehe ich einen Ausdruck dieses neuen Ethos. Ihnen dies in aller Schlichtheit sagen zu dürfen, ist das Anliegen meines Schreibens.

Ich werde Gelegenheit nehmen, in Kirche und Gemeinde, so bei der demnächst stattfindenden Tagung unserer Thüringer Synode, meine Zustimmung zu der von Ihnen entwickelten Argumentation zum Ausdruck zu bringen.

Möchte endlich unter Zurückstellung überholter völkerrechtlicher Fiktionen ein gutes Gespräch der Deutschen miteinander beginnen!

Ich grüße Sie mit guten Wünschen für Ihr verantwortungsvolles Amt.

*D. Mitzenheim*

REDE DES LANDESBISCHOFS D. MITZENHEIM AM 6. 10. 1959

*Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren!*

Wenn mir als dem ältesten unter den evangelischen Bischöfen in der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit gegeben wurde, vor dieser festlichen Versammlung

ein Wort des Grußes zu sprechen, so möchte ich damit beginnen, daß ich all denen danke, die durch ihre Arbeit dazu beigetragen haben, unser Volk aus der Tiefe der Katastrophe von 1945 herauszuführen, die dazu geholfen haben, die Lebensbedingungen in unserer Heimat zu verbessern, die durch ihre Arbeit erreichten, daß unser Staat im Verkehr der Völker ein geachteter Faktor wurde.

Diese Dank gilt den leitenden Männern im Staate ebenso wie den schlichten Bürgern in Stadt und Land, die unbekannt und ungenannt für den Aufbau unseres Volkslebens und für die Erhaltung des Friedens sich eingesetzt haben.

Ich weiß, daß unter denen, die jahraus, jahrein in treuer Pflichterfüllung das Ihre getan haben, die Glieder der christlichen Gemeinden und Kirchen sind, und ich begrüße das. Nicht, daß die Kirche sich dessen rühmen wollte. Wenn ich diese Tatsache erwähne, so nur deshalb, um dem Irrtum zu wehren, als ob der Mensch, der von der Botschaft des Evangeliums ergriffen ist, sein Leben abseits von den großen Aufgaben der Zeit führen müßte oder gar aus Glaubensgründen für eine andere Ordnung als die, die in der Deutschen Demokratischen Republik gilt, einzutreten verpflichtet sei.

Die Verhandlungen der offiziellen Vertreter der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik mit den Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die unter dem Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten über die Stellung der Kirchen und Christen in der Deutschen Demokratischen Republik um die Mitte des vorigen Jahres geführt wurden, schlossen mit dem bedeutsamen Communiqué, in dem einerseits erneut bekräftigt wurde, daß jeder Bürger Glaubens- und Gewissensfreiheit genieße und die freie Religionsausübung unter dem Schutz der Republik stehe. Andererseits aber erklärten die Vertreter der Kirchen, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern diene und daher grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmen, daß die Christen ihrem Glauben entsprechend ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen, die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beitragen. So wollen wir es halten. Wir Christen erkennen in jeder Ordnung, die das Miteinander der Menschen formt und dem Chaos wehrt, Gottes gnädige, bewahrende Güte, für die wir den Dank in täglicher, treuer Pflichterfüllung gegenüber der Forderung des Tages erstatten.

Gott schütze unsere Heimat, unser geliebtes deutsches Volk! Er erhalte und schenke uns den Frieden.

#### ERKLÄRUNG DER KIRCHENLEITUNG BERLIN-BRANDENBURG

*vom 1. Oktober 1959*

An die Geistlichen der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg

Zum 60. Geburtstag des hannoverschen Landesbischofs D. Lilje hat Herr Bischof D. Dr. Dibelius eine Schrift mit dem Titel „Obrigkeit?“ herausgegeben, die als Privatdruck erschienen ist. Ihre Verteilung ist inzwischen vom Verfasser eingestellt. Nachdem uns die Schrift bekannt geworden ist, haben wir eine Aussprache mit dem Herrn Bischof beschlossen und vorbereitet. Sie ist aber noch nicht möglich gewesen, da sich der Herr Bischof auf Urlaub im Ausland befindet. Um die Brüder und Schwestern im Amt nicht unorientiert zu lassen, weisen wir jetzt schon auf folgendes hin:

Zur Frage der Obrigkeit hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1956 folgendes beschlossen:

„Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt.“

An diesem Beschluß der Synode hält die Kirchenleitung fest. Es gibt innerhalb der



Evangelischen Kirche verschiedene, zum Teil stark umstrittene theologische Interpretationen von Röm. 13. Bischof Dibelius hat von seinem theologischen Verständnis aus bestimmte praktische Konsequenzen hinsichtlich der Wertung einer Obrigkeit gezogen und diese – zum Teil bildhaft – dargelegt. Diese Wertungen können wir uns nicht zu eigen machen. Der uns von der Heiligen Schrift gebotene Gehorsam gegenüber jeder Obrigkeit gilt auch heute gegenüber den bestehenden Regierungen. Dieser Gehorsam schließt einen von der Heiligen Schrift gebotenen geistlichen Widerspruch da nicht aus, wo es um die Ehre Gottes und das Menschsein des Menschen geht.

Die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg  
i. V.: *Figur*

Evangelisches Konsistorium  
Berlin-Brandenburg

Berlin, den 23. Oktober 1959

An die Geistlichen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

In der Anlage übersende ich Ihnen die Erklärung, die die Kirchenleitung unter dem Vorsitz des Herrn Bischofs in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen hat.

Wir bitten Gott, unsern Herrn, daß die Erörterung dieser notwendigen und bedeutsamen Frage der Auferbauung der christlichen Gemeinde in unserem Lande diene. Die Erörterung geschehe in Pfarrkonventen und Gemeindekreisen wie in allen übrigen Gremien unserer Kirche mit dem Ernst, den die Sache erfordert, und in der ungefärbten Bruderliebe, die das Evangelium uns schenkt.

Ihr D. Scharf

#### ERKLÄRUNG DER KIRCHENLEITUNG BERLIN-BRANDENBURG

*vom 23. Oktober 1959*

Die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg hat unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius über die Auswirkungen seiner Schrift „Obrigkeit?“ beraten.

In der Beratung hat Bischof Dibelius festgestellt: daß er seine Frage an den Landesbischof D. Lilje als Privatdruck herausgegeben hat, habe deutlich machen sollen, daß er niemanden in der Kirche auch nur auf die Fragestellung habe festlegen wollen; wichtig sei ihm allein gewesen, darauf hinzuweisen, welche grundsätzliche Bedeutung es für den Charakter des Staates habe, wenn die Rechtsprechung in ihm an bestimmte menschliche Programme gebunden werde.

Auf Grund der Beratung stellt die Kirchenleitung fest, daß manche Mißverständnisse geklärt werden konnten. Vor allem ist deutlich geworden, daß Bischof Dibelius nicht zu faktischem Ungehorsam des Staatsbürgers hat aufrufen wollen.

Die Beratung führte noch nicht dazu, die sachlichen Differenzen zwischen Bischof und Kirchenleitung zu überwinden. Sie ergab vielmehr, daß diese weiter mit Ernst auszutragen sind. Die daraus zu ziehenden Folgerungen bleiben weiterer Erörterung vorbehalten.

Bischof und Kirchenleitung bejahen in brüderlicher Verbundenheit den gemeinsamen Auftrag, den sie von ihrem Herrn empfangen und in der Kirche und gegenüber der Welt wahrzunehmen haben.

In der besonderen Frage, um die es in der Beratung ging, stehen sie miteinander zu dem Beschluß der Synode der EKD vom 27.–29. Juni 1956, in dem es u. a. heißt:

„Das Evangelium widerstreitet jedem Versuch, eine bestimmte menschliche Gesellschaftsordnung als absolut zu behaupten und sie mit Gewalt als letztes Ziel der Menschheit durchzusetzen.“

Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in

Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt.

Das Evangelium befreit uns dazu, im Glauben nein zu sagen zu jedem Totalitätsanspruch menschlicher Macht, für die von ihr Entrechteten und Versuchten einzutreten und lieber zu leiden als gottwidrigen Gesetzen und Anordnungen zu gehorchen.

Das Evangelium ist die große Hoffnung von Gott her, daß der kommende Herr das letzte Wort behalten wird im Himmel und auf Erden.“

Die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg

*Dibelius      Figur*

Daß vor allem die Presse der Deutschen Demokratischen Republik mit aller Heftigkeit sich in die Diskussion einschalten würde, war zu erwarten. Durch die Schrift des Ratsvorsitzenden war der Staat an seinem empfindlichsten Nerv getroffen. Die Begründung eines Gehorsams des Christen gegenüber seinem Staat lediglich auf dem Gebot der Nächstenliebe, die Bestreitung jeglichen göttlichen Mandats oder jedenfalls doch die Behauptung, dieses Mandat verwirkt zu haben, ist für einen totalen Staat unerträglich. So ist eine beispiellose Hetze gegen den Ratsvorsitzenden zu beobachten. Es hat allerdings nicht so weit geführt, daß ihm die Möglichkeit, in seiner im Ostsektor gelegenen Marienkirche zu predigen, verwehrt wurde, wie es eine Zeitlang erschien.

Die Kirchen sind durch die Vorgänge 1959 auf diesem Gebiet aufgerufen, das Thema „Obrigkeit“ mit allem Ernst weiter durchzuarbeiten. Latent war es schon seit 1933 vorhanden. Je und dann trat es an die Öffentlichkeit. Man kann sich jedoch nicht des Eindrucks erwehren, als ob man kirchlicherseits gerade angesichts der politischen Zertrennung unseres Vaterlandes lange, wenn nicht gar zu lange, einer wirklichen Klärung ausgewichen ist. Die Fülle der täglichen kleinen und großen Probleme hat es nicht dazu kommen lassen, in dieser brennenden grundsätzlichen Frage eine klare biblische Stellung zu erarbeiten und von hier aus auch den Pfarrern und Gemeinden eine entsprechende Wegweisung zu geben. Von daher ist es zu erklären, daß nicht nur die Aussagen der Kirchen und ihrer Pfarrer auch in konkreten Fragen des politischen Lebens so mannigfach, so widerspruchsvoll und oft auch so konturlos sind, sondern daß die Kirche selber vielfach an Vertrauen in der Bevölkerung verloren hat. Nach Meinung vieler Menschen gibt es nichts im öffentlichen Leben, das nicht auch einen Befürworter aus den Reihen kirchlicher Amtsträger findet. Das macht weithin das Wort der Kirche unglaubwürdig. Vielleicht ist es ein unmögliches Unterfangen, eine eindeutige, biblisch gegründete Stellung der Kirche zum Problem Obrigkeit und besonders Obrigkeit in einem marxistischen Staat zu erarbeiten. Die evangelische Kirche kennt auch kein unfehlbares Lehramt. Aber jedenfalls mit allem Nachdruck hier weiterzuarbeiten, diesen Auftrag nahmen die Kirchen aus dem Jahre 1959 mit hinein in das Jahr 1960.

Eine Not aller kirchlichen Auseinandersetzungen ist auch 1959 in manchen kirchlichen Äußerungen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik deutlich geworden: die zu schnelle Verkettung des Andersdenkenden. Sicher stellen alle Diskussionen um die Lehre auch die Frage nach der Irrlehre. Ausgangspunkt der Diskussion muß jedoch sein, dem anderen, auch wenn er zu sehr gegensätzlichen Ergebnissen kommt, zuzugestehen, daß es auch ihm um die

Kirche des 3. Artikels geht. Es war schmerzlich, besonders in der Debatte um den Dibeliusbrief diesen Ton nicht immer zu finden.

## ZUSAMMENFASSUNG

Der Bericht über die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1959 wird abschließend nur feststellen können, daß diese Kirchen mit einer Fülle von Problemen und Aufgaben, sowohl was das Verhältnis von Staat und Kirche betrifft als auch innerkirchlicher Art, in das neue Jahr hineingehen. Es ist schwer, jetzt schon zu sagen, welches die Schwerpunkte der künftigen Auseinandersetzungen sein werden, wenn sich auch manche Fragen sehr klar abzeichnen. Gegenüber dem staatlich geforderten Trend zum Kollektivismus als der allein möglichen Lebensform und Denkstruktur des Menschen wird die Kirche berufen sein, für die Möglichkeit des Mensch-Seins des Menschen einzutreten, wirklich als „Mund der Stummen“. Die sich schon Ende des Jahres 1959 abzeichnenden Methoden bei der Sozialisierung der Landwirtschaft zeigen diese Aufgaben als von größter Aktualität.

In ihrem speziellen kirchlichen Bereich wird ihre Aufgabe an ihrer getauften Jugend sicher auch in Zukunft ihre ganze Kraft erfordern. Trotz aller Rückschläge wird sie nicht müde werden dürfen, gerade dem jungen Christen den Raum für ein Leben unter dem Evangelium freizukämpfen.

Die Kirche wird weiterhin bemüht sein müssen, ihre Brückenfunktion zwischen Ost und West durchzuhalten, selbst bei schwerster äußerer und innerer Belastung; das heißt, sie wird nicht nur um die ideelle Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland, sondern auch um ihre tatsächliche Einheit zu kämpfen haben.

Innerkirchlich werden die Kirchen, wie schon ausgeführt, sich dem Problem der Auswirkungen des Kollektivismus auf Verkündigung und Seelsorge stellen müssen. Der große Wandlungsprozeß des öffentlichen Lebens, in den auch die Struktur des kirchlichen Lebens mit hineingezogen ist, bringt neue Aufgaben auch hinsichtlich der Ordnung des kirchlichen Lebens mit sich. Der Prozeß der Auflösung der „Volkskirche“ in dem bisher üblichen Verständnis dieses Wortes wird notwendig Folgen haben, die sich bisher noch nicht übersehen lassen.

Hinter all diesen Aufgaben und zugleich mit diesen Aufgaben verknüpft steht die Auseinandersetzung über die Frage nach der Stellung des Christen und der Kirche in einem marxistischen Staat als das große, noch ungelöste Problem. Die Kirchen werden an all diese Aufgaben heranzugehen haben, inmitten einer durch die Vorgänge der Weltpolitik zutiefst unsicher gewordenen Welt. Es kann nicht ausbleiben, daß die Weltpolitik ihre Auswirkungen auch auf die Lage der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik haben wird.

# III. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands

Von Erwin Wilkens

## 1. ALLGEMEINES

Die VELKD hat im Jahre 1959 ihre weitverzweigte Ausschuß- und Konferenzarbeit noch weiter ausgebaut. Hier vollzieht sich zusammen mit dem gemeinsamen Pastorkolleg, dem Kandidatinnenseminar und dem Hilfsgeistlichenaustausch das Zusammenwachsen der einzelnen Gliedkirchen zu der von der Verfassung intendierten vereinigten Kirche in wirksamer und auch in einer am meisten sachentsprechenden Weise. Die Einrichtung der VELKD ist noch so jungen Datums, daß es verwunderlich wäre, wenn sie in der Realisierung der weitgesteckten Ziele schon über die ersten Anfänge und tastenden Versuche hinausgekommen wäre. Die Grundtendenz einer Überwindung des Landeskirchentums unter der Prävalenz gleicher Bekenntnisbindung und eines von da abgeleiteten Kirchenverständnisses bleibt erhalten. Daneben bestimmen aber territorialkirchliche und volkskirchliche Elemente im Erbe des deutschen Kirchenwesens die Wirklichkeit des kirchlichen Lebens und die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung, von der engen Verbindung aller deutschen Landeskirchen in der EKD, die von der VELKD bewußt bejaht und gefördert wird, ganz abgesehen.

Dem geschichtlichen Ort der VELKD entspricht es, daß viel Kraft auf die Förderung gemeinsamer Rechtsordnungen verwandt wird. Die Vorarbeiten für ein gemeinsames Pfarrer- und Disziplinarrecht sowie für eine Präzisierung des übergreifenden Gesetzgebungsrechtes der VELKD und andere Rechtsgegenstände wurden zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Als theologisch bedeutsam wird sich in der bevorstehenden öffentlichen Verhandlung hierzu der Versuch erweisen, gestützt auf mancherlei Vorarbeiten das Verständnis des geistlichen Amtes, sein Verhältnis zu den übrigen Ämtern und Diensten in der Kirche sowie zum allgemeinen Priestertum und auch das Gegenüber von Amt und Gemeinde zusammenfassend klar zu umschreiben.

Daneben ist gerade für das Jahr 1959 aus der Arbeit der VELKD auf die starke Intensität zu verweisen, mit der man das innere kirchliche Leben in Verkündigung, Predigt und Volksmission, in Gemeindeaufbau und Gottesdienst, in Seelsorge- und Jugendfragen zu fördern versuchte. Man muß den großen Umfang hinzunehmen, den die ökumenischen, karitativen und politischen Fragen, die Bemühungen um einen wirksamen kirchlichen Beitrag zum Ost-West-Verhältnis sowohl in Deutschland wie in der Welt, die Förderung publizistischer Angelegenheiten, die Zusammenarbeit und auch Auseinandersetzung mit der römisch-katholischen Kirche und nicht zuletzt die Arbeit am rechten Verhältnis von theologischer Wissenschaft und gemeindlicher Praxis immer mehr einnehmen.

Aus dem Zusammenleben aller Kirchen in der EKD drängen sich dem Beobachter die Unterscheidungen und Auseinandersetzungen immer wieder besonders stark auf. Um so weniger darf verschwiegen werden, daß die vorstehend aufgeführten kirchlichen Arbeitsgebiete so gut wie ohne Ausnahme in allen Glied-



kirchen der EKD bestimmend sind. Das gilt für die Ordnungsfragen nicht weniger als für die Fragen des geistlichen Lebens in den Gemeinden, so daß die tatsächliche Zusammenarbeit, der Austausch von Arbeitsergebnissen und das Ausmaß personeller Querverbindungen größer ist, als man unter dem Eindruck vorhandener Differenzen vermuten sollte. Man sollte daher hinsichtlich des Selbstverständnisses der Kirchen und ihrer Aufgabenstellungen keine Strukturunterschiede innerhalb der EKD konstruieren, wo in Wahrheit keine sind. Die Frage, die angesichts solcher umfassenden praktischen Nähe zueinander zu stellen ist, ist vielmehr die, ob nicht das Gespräch über den Abbau der noch verbleibenden Differenzen in den Grundlagen wesentlich intensiver geführt werden müßte.

Kritisch ist anzumerken, und das gilt sicher für die gesamte EKD, daß mit der Arbeitsfülle der kirchlichen Organe schon fast die Grenze einer sinnvollen und fruchtbaren Arbeitsökonomie erreicht ist. Es gehört auch zur Beschreibung kirchlicher Zeitgeschichte, daß die allgemeine Entwicklung zum Verwaltungszentralismus der modernen Welt und das Erlahmen von Eigeninitiative zur Förderung von Selbstverwaltungseinrichtungen immer mehr Aufgaben immer weniger Menschen und Organen auferlegen. Symptomatisch für diese Entwicklung ist die starke Abwanderung von Aktivitäten und auch intellektuellen Potenzen in den übergemeindlichen Dienst sowie die Überbetonung des Außerordentlichen im Leben der Kirche. Die Gefahr dieser ganzen perfektionistischen Überorganisation liegt darin, daß sich das kirchliche Leben in den zwei Stockwerken der kirchlichen Führungsstellen und des gemeindlichen Lebens vollzieht, die sich immer mehr auseinanderleben. Durch das Übermaß des Angebotes, durch die Fülle der Pläne, Einfälle, Vorschläge, Erwartungen und Neuordnungen wird die Hilfeleistung, den die kirchlichen Leitungsstellen dem eigentlichen Geschehen in der Gemeinde geben sollten, immer problematischer. Hier wird man notgedrungen zu einer stärkeren geistlichen Konzentration und zu einer wirksamen Unterscheidung des Wesentlichen vom Unwesentlichen kommen müssen. Das alles ist auch der Grund dafür, daß die VELKD im Jahre 1959 verschiedentlich für eine geringere Häufigkeit der großen Synodaltagungen und gesamtkirchlichen Kongresse, die zu bisher schon nicht aufgearbeiteten Aufgaben immer neue hinzufügen, eingetreten ist.

Diese allgemeinen Erwägungen seien mit einem Auszug aus dem Tätigkeitsbericht, den der Leitende Bischof D. Lilje der Generalsynode der VELKD am 6. Oktober 1959 in Lübeck erstattet hat, abgeschlossen:

Ich möchte zunächst einiges über die Einheit der Kirche sagen. Ich möchte – antik gesprochen – mit dem *ceterum censeo* beginnen, oder – wenn ich bei Paulus eine Anleihe machen darf – sagen: „Lasset euch nicht verdrießen, lieben Brüder, daß ich immer das-selbe sage.“ Nämlich, daß ich an dieser Stelle noch einmal meine Überzeugung ausspreche, daß die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands sich als ein tragfähiger Pfeiler der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland überhaupt erwiesen hat. Das wollten wir, und wir haben die Überzeugung, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten das auch getan haben. Es ist ja seltsam gewesen, daß die Kritik vorweg sozusagen, ehe wir wirklich zu Stand und Wesen kamen, angezweifelt hat, ob eine Vereinigte Lutherische Kirche das überhaupt könne. Ich möchte noch einmal feststellen, daß wir uns, solange es uns gibt, bemüht haben, in echter geistlicher Loyalität mit allen Brüdern der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammen zu arbeiten. Diese Feststellung könnte an sich genügen, ich möchte aber doch noch auf ein eigentümliches

Phänomen aufmerksam machen. Das ist ein seltsamer, leiser und manchmal auch offenkundiger Hang, an die lutherischen Mitbrüder einen etwas schärferen Maßstab der Kritik anzulegen, als es sonst üblich ist. Nun ist es ja sicher, daß man dem Herzen Gottes besonders nahe steht, wenn man der Kritik der Welt und der Brüder regelmäßig ausgesetzt wird! Aber vielleicht dient es doch der Klarheit unserer Urteilsbildung, wenn wir einige zurechtrückende Bemerkungen machen. Wir teilen Fehler und Hoffnungen unserer anderen Brüder – da ist kaum ein Unterschied. Wir teilen ihre Fehler. Wenn also z. B. ein deutsches Nachrichtenmagazin neulich gesagt hat, daß gerade die Lutheraner sich besonders im westdeutschen Wohlstand „räkelten“ – eine offenbar literaturfähige Vokabel –, dann wüßte ich noch Leute genug, die sich auch und vielleicht noch mehr als lutherische Pastoren im Wohlstand des Westens räkeln. Und es ist nicht ohne weiteres glaubhaft, daß die lutherischen Kirchen, die mehr in den wirtschaftlich bescheideneren Landstrichen zu Hause sind, gerade an dieser Stelle Rekorde aufstellen sollten! Aber auch die Hoffnungen, die andere haben, teilen wir. Ich habe mit großer innerer Freude den Bericht gelesen über den Vortrag, den unser Bruder Präses Beckmann auf dem Pfarrertag gehalten hat, und kann nur mit dankbarer Zustimmung feststellen: Das, was ihm an Reformvorschlägen vorschwebt, das erfüllt unser Herz schon lange. Genauso denken wir uns manches, das in der Kirche in ihrer äußeren Organisation und in der Ausrichtung ihres Dienstes verbesserungsfähig ist. An dieser Stelle ist kein großer Unterschied. Und daß an unserer praktischen Arbeit gerade auch unsere Gäste (wir vergessen fast, daß sie Gäste sind) regelmäßig teilnehmen (z. B. an unseren Bischofskonferenzen unsere Brüder Haug, Jacobi und Krummacher), das ist ein weiterer Beweis dafür, daß auch wir die Einheit der Kinder Gottes in der EKD meinen und ja zu ihr sagen, so wie wir es als lutherische Kirche tun können, indem wir unseren Beitrag vor dem Angesichte Gottes sorgfältig und genau zu geben versuchen.

Das kann nicht immer nur in Form der hemmungslosen Zustimmung geschehen. Es ist in der Kirche nicht anders als in der Welt, daß sie von Spannungen durchzogen ist und daß man dankbar sein muß, wenn es sich um fruchtbare Spannungen handelt. Wir haben uns dem Gespräch über diese schwierigen Themen nicht entzogen, sondern uns bemüht, in sorgfältiger und gründlicher genauer Arbeit an ihnen beteiligt zu bleiben. Ich erwähne nur zwei von den Problemen, die die evangelische Christenheit in Deutschland besonders beschäftigen. Das eine ist das Gespräch über Abendmahl und Abendmahlsgemeinschaft. Es verbietet sich von selbst, daß ich hier in diese ausgebreitete Fragestellung ausführlich eintrete; ich darf auf den gedruckten Bericht verweisen, der an dieser Stelle ausführlich und sorgfältig ist. Selbstverständlich ist es jederzeit möglich, in der Diskussion die weiteren Fragen aufzugreifen, die damit in Verbindung stehen. Jeder weiß von dem anderen großen Problemkreis, der die evangelische Christenheit vor eine fast untragbare Zerreißprobe stellt. Das ist die Frage nach unserer Stellung zu den Problemen unseres gegenwärtigen politischen Weges, die Frage nach der Aufrüstung und dem Verhältnis der Christenheit zu atomaren und nuklearen Waffen. Ich kann wiederum nur sagen: Wir haben uns diesem Gespräch nicht entzogen, auch wenn wir vielleicht in der öffentlichen Diskussion manchmal den Eindruck der Zurückhaltung erweckt haben. Es gehört zu den Voraussetzungen lutherischer Theologie, daß eine solche Frage niemals die entscheidende Frage nach dem Zentrum des Evangeliums zurückdrängen darf. Es ist nach dem Urteil lutherischer Theologie ein schwerer Schaden geschehen, wenn die Welt den Eindruck gewinnen kann, daß die Frage nach der atomaren Rüstung wichtiger wäre als die Frage, wie diese zum Tod und Untergang verurteilte Welt von der Kraft der Auferstehung Jesu Christi überhaupt wissen kann, um aus ihr leben zu können. Und deswegen kann ein echter brüderlicher Beitrag zu dieser Diskussion darin bestehen, daß wir um der Wahrheit willen manchen Äußerungen öffentlich und sonderlich Widerstand entgegensetzen, von denen wir meinen, daß sie das Urteil der Gemeinde von dem eigentlichen Auftrag der Kirche abzulenken geeignet sein könnten. An diesen Problemen,

die eine wirkliche Hypothek auf die Einheit der evangelischen Christenheit darstellen, haben wir, wie ich hoffe, sagen zu dürfen, in der neutestamentlichen Verbindung von Wahrheit und Brüderlichkeit mitgearbeitet.

## 2. DIE GENERALSYNODE DER VELKD IN LÜBECK VOM 5. BIS 9. OKTOBER

Die Lutherische Generalsynode 1959 in Lübeck knüpfte unmittelbar an die vorjährige Synode an. Ausgehend vom Sendungsauftrag der Kirche und von der in der vollzogenen Taufe beschlossenen geistlichen Wirklichkeit, versuchte man 1958, den missionarischen Dienst nach innen, das heißt, die Erweckung der lauen und toten Glieder sowie die Ertüchtigung der Gemeinde zum Dienst in der Welt theologisch überzeugend und zwingend zu verankern sowie für die praktische Arbeit klare Grundsätze festzustellen.

Das Hauptthema der Generalsynode 1959 „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“ riß die Perspektiven der Wirklichkeit der gegenwärtigen Welt-situation und des Weltauftrages der Kirche noch wesentlich weiter auf. Die Synode stand „nahe am brausenden Strom der Zeit“ (Landesbischof D. Lilje). Es zeigte sich, daß die Missionsleute wie niemand sonst in der Kirche neben biblischer Erkenntnis vom Wesen und Auftrag der Gemeinde Jesu Christi über Einblicke in die Welt der Gegenwart und über die geistliche Kraft zur Neuorientierung allen kirchlichen Lebens an der Missionsaufgabe verfügen. Es war die Absicht der Synodaltagung, diese in weiten Teilen der Volkskirche kaum geahnten Schätze für das eigene kirchliche Leben fruchtbar zu machen und neue Anstöße, als Gemeinde Jesu Christi im Weltaspekt zu denken, zu vermitteln.

Diese Bemühungen der VELKD und einiger Landeskirchen, die in den letzten Jahren ebenfalls Synodaltagungen über Fragen der Äußerer Mission gehalten haben, stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem kräftigen Anstoß, den die ökumenische Zusammenarbeit in Fragen der Weltmission und die groß-zügige Planung neuer Wege in der Mission überhaupt durch das Vorhaben erhalten haben, auf der Dritten Weltkirchenversammlung in Neu-Delhi 1961 den Ökumenischen Rat der Kirchen und den Internationalen Missionsrat miteinander zu vereinigen. Es hat sich dabei gezeigt, in welch überraschend starker Weise die Aufgeschlossenheit der Gemeinden und auch der größeren Öffentlichkeit wieder neu zu gewinnen ist, wenn die Missionsaufgabe der Kirche in der rechten Weise mit den Problemen der Welt von heute konfrontiert wird. Das hat sich auch an dem unerwartet großen Echo gezeigt, das der Plan des Lutherischen Weltbundes, in Addis Abeba einen Missionssender zu errichten, im Berichtsjahre bei den beteiligten deutschen Landeskirchen und ihren Gemeinden gefunden hat.

Was die Missionsleute wollen, zeigen die Themaformulierungen der beiden grundsätzlichen Synodalvorträge in Lübeck: „Die Landeskirche als Teil der Weltmission“ (Professor Walter Freytag, Hamburg) und „Die Erneuerung der Gemeinde durch die Freude an der Sendung“ (Prof. Georg F. Vicedom, Neuen-dettelsau). Die Kirche ist nicht dadurch missionarisch, daß sie Mission treibt, sondern daß sie Mission ist; die Mission gehört nicht nur zum Wesen der Kirche,

sondern sie ist geradezu ihr Lebensrhythmus; das Leben der Gemeinde wächst proportional mit ihrem Zeugnis: das war der Grundton dieser Referate, voller Dynamik und geeignet, sich unmittelbar in tiefes Unbehagen über die Wirklichkeit unseres Gemeindelebens umzusetzen.

Man darf nicht verschweigen, daß diese Sicht eine Reihe von theologischen Fragen aufwirft, die noch sorgfältig zu erörtern sein werden. Gibt es nicht einen missionarischen Aktivismus, der das Leben der Gemeinde in bloße Funktionen und Zweckbestimmungen auflöst? Hat die Gemeinde nicht ein eigenes unmittelbares Leben zu Gott, wie es sich in der Anbetung, in der Erbauung durch Lehre, Sakrament und Ermahnung sowie in dem Dienst der Liebe ausdrückt? Sicherlich wird man die Identifizierung von Kirche, Gemeinde und Mission präzise zu qualifizieren haben. Aber es ist deutlich, daß die Gemeinde Jesu Christi ohne die Dimension der Weltmission aufhört, das zu sein, was sie zu sein beansprucht und wozu sie gesetzt ist. Dem Zeugnischarakter eignet eine wichtige Kontrollfunktion für die Echtheit geistlichen Lebens und die Kraft tatsächlichen Gehorsams.

Wie weit die Mission davon entfernt ist, einem Enthusiasmus christlicher Welteroberung zu erliegen, zeigte der norwegische Missionsdirektor Fridtjov Birkeli in seinem Referat über „Die neue Welt Asiens und Afrikas als Frage an die Kirchen des Abendlandes“. Der Rückzug der Weißen aus den früheren Kolonialländern, die Flutwelle von Nationalismus und Kommunismus; die rasant fortschreitende Technisierung mit ihren gewaltigen gesellschaftlichen Problemen: das sind Merkmale einer neuen Epoche in Asien und Afrika. Die Welt ist eine große Einheit geworden; ihre darüber nur noch explosiver gewordenen Spannungs-herde sind darum auch Gefahrenquelle für alle. Mitten darin steht die Weltmission. Durch ihre Arbeit hat das Evangelium von Jesus Christus zwar in fast allen Völkern der Erde Wurzeln schlagen können. Zugleich aber sind die Weltreligionen, getragen vom Selbstbewußtsein der Völker, kräftig wieder aufgelebt.

Durch diese Entwicklung ist die Mission auf ihre ursprünglichen Motive zurückgeführt worden, auf die Errettung der Welt in Jesus Christus und auf die Sendung der Jünger. Sie ist Mission unter dem Kreuz geworden, zu deren Kennzeichen Leiden und Verachtetwerden gehören. Das Ansehen des Missionars beruht nur noch auf Dienst, Demut und Bereitschaft zur Mitarbeit unter der Führung durch die Jungen Kirchen. Die Autorität der Verkündigung ist nicht mehr die des weißen Kolonialherren, sondern die der Kraft des Wortes Gottes. Aber darin liegt auch die große Chance, den Kern der reformatorischen Evangeliums-erkenntnis wieder neu herauszuschälen und auf die Missionsarbeit anzuwenden. Heute heißt das konkret, den sich hektisch gebärdenden Selbsterlösungsreligionen und Heidentümern östlicher, westlicher und afrikanisch-asiatischer Observanz die Rechtfertigung des Sünders aus Gnaden mit ihrer frei machenden Wirkung anzubieten. In diesem Sinne ist heute die Stunde der Weltmission wie nie zuvor. Deshalb bezeichnete Dr. Birkeli die Missionsleistungen der letzten 250 Jahre als Vorpostengefechte. In den kommenden Jahren wird die Hauptschlacht der Mission in Afrika und Asien geschlagen.

Auf diesem Hintergrunde, der das missionarische Verständnis der Kirche und die drängende Weltwirklichkeit von heute miteinander konfrontiert, wird deutlich, wie dringend eine kritische Überprüfung des gesamten organisatorischen Instrumentariums der praktischen Missionsarbeit erforderlich ist. In Lübeck ge-



sah das durch eine Beschäftigung mit der Arbeit der Kommission des Lutherischen Weltbundes für Weltmission, über die deren Vorsitzender Bischof Meyer, Lübeck, berichtete. Zu den wesentlichen Ergebnissen der Lübecker Beratungen gehört die Aufforderung an die deutschen Mitgliedkirchen des Lutherischen Weltbundes, sich in Zukunft regelmäßig in nennenswerter Weise aus Gemeindespenden und Etatmitteln an den finanziellen Projekten dieser Kommission zu beteiligen, wie das im Jahre 1959 bereits bei dem geplanten Missionssender geschah.

Ebenso wichtig aber ist auch eine Überprüfung des Verhältnisses von Landeskirchen und Missionsgesellschaften. Die Vereinsform, in der besonders von Deutschland aus Missionsarbeit geschieht, erklärt sich aus Besonderheiten des 19. Jahrhunderts. Diese Form hat sich bewährt. Sie hat aber vielfach auch dazu geführt, daß die Missionsgesellschaft nicht nur Arbeitsform, sondern Existenzweise der Mission in der Landeskirche wurde. So wird die Mission zur Insel für Liebhaber, Fachleute und Mitleidige. Die Überwindung dieses Zustandes kann man nicht mit „Verkirklichung der Mission“ bezeichnen, wenn man damit lediglich eine organisatorische Umordnung meint. In Wahrheit geht es weniger um eine Frage der äußeren Ordnung als vielmehr um ein geistliches Problem. Wenn deutlich ist, daß die Kirche Jesu Christi von ihrer Sendung her zu beschreiben ist, verlieren die Organisationsfragen den Rang, der ihnen manchmal zugewiesen wird, ohne daß sie damit nebensächlich werden. Es gilt, den Missionsaspekt für die Landeskirchen und ihre Gemeinden als strukturnotwendig wiederzugewinnen. Das muß dann freilich auch zu bestimmten Konsequenzen für die praktische Zusammenarbeit von Kirchenleitung und Missionsgesellschaft führen. Hierzu erarbeitete die Generalsynode eine Reihe von Einzelvorschlägen.

Eine wichtige Anleitung für eine Bewährungsprobe missionarischen Dienstes, die jedem einzelnen unvermittelt zufallen kann, gab auf der Synode in Lübeck schließlich Pastor Jan Hermelink, Hamburg, mit einem Referat über „Ungekannte Missionsaufgaben in unserer Mitte“. Neben der Judenmission ging es dabei um die christliche Begegnung mit Studenten und Praktikanten aus Ländern der Jungen Kirchen und umgekehrt um das Bild, das die Techniker und Facharbeiter aus Europa und Amerika in jenen Ländern von der geistlichen Situation ihrer heimatlichen Kirchen ermitteln. Hier gibt es viele bittere Erfahrungen, aus denen heraus der Vorwurf entstanden ist, die Christen Europas übten geradezu eine Gegenmission.

Die Generalsynode versuchte, ihre grundsätzliche Sicht der Dinge und die sich daraus ergebenden praktischen Folgerungen in einer Kundgebung an die Gemeinden sowie in einer Reihe von Beschlüssen zusammenzufassen. Diese Beschlüsse stellen ein umfangreiches Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre dar.

GOTT IST AM WERK

*Kundgebung der Generalsynode der Vereinigten  
Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands an die Gemeinden*

*Vom 9. Oktober 1959*

Die zweite Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat sich auf ihrer 5. Tagung in Lübeck mit dem Thema „Die Sendung der Kirche

in die Welt der Völker“ befaßt. Im Einvernehmen mit der Bischofskonferenz möchte sie durch das folgende Wort die Gemeinden an ihren Beratungen und Erkenntnissen teilnehmen lassen.

Gott ist am Werk in aller Welt, auch in der Welt der nichtchristlichen Religionen und des Atheismus. Er hat als Frucht der Mission Kirchen in Asien und Afrika wachsen lassen; in fernen Völkern und in einer Welt, die sich rasch verändert, fragt man nach dem Evangelium.

Gott hat seinen Sohn gesandt, damit durch sein Kreuz und seine Auferstehung alle gerecht werden. Seine Gemeinde, die aus dieser Gottestat lebt, ist darum nicht für sich, sondern für alle Völker da.

Wir sind mitbeteiligt an Gottes Wirken in der Welt. Wir sind mit allen Menschen auf der Erde hineinverflochten in die Schuld vor Gott dem Schöpfer und Erlöser. Aber Gott läßt uns durch die Mission der Kirche teilnehmen an seinem rettenden Handeln an der Welt.

Wir sollen wissen, daß sein Werk gerade da vorangeht, wo die Gemeinde leidet. Im Zeugnis und im Leiden nimmt uns Gott hinein in seinen Plan und in sein Ziel für die Welt.

Darum rufen wir den Gemeinden zu: Steht nicht beiseite. Werdet Gottes Mitarbeiter bei seinem Wirken in der Welt. Beteiligt euch so an der Arbeit der Mission, daß ihr nicht nur Boten sendet, sondern Boten Christi seid. Versäumt die Freude nicht, die eine missionarische Gemeinde empfängt.

#### BESCHLÜSSE DER GENERALSYNODE

*der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zu dem Hauptthema ihrer Tagung 1959 „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“*

*Vom 9. Oktober 1959*

Die 2. Generalsynode hat auf ihrer 5. Tagung in Lübeck zu dem Hauptthema „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“ folgende Beschlüsse gefaßt:

#### *A. Gemeinsame missionarische Aufgaben des Weltluthertums*

##### *Grundsätzliches*

Gott sendet seine Kirche in die Welt. Deshalb lebt die Kirche nicht für sich selbst, sondern damit das Heil Gottes in Jesus Christus allen Menschen verkündigt wird.

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands ist Kirche, darum ist die Sendung der Kirche auch ihre Sendung. Sie lebt selbst von der Rechtfertigung des Sünders und weiß sich damit verpflichtet, auch heute gemeinsam mit den lutherischen Kirchen Asiens und Afrikas gerade diese Botschaft in die Welt der Völker zu tragen.

##### *Empfehlungen*

1. Die Welt ist trotz ihrer Zerrissenheit heute mehr denn je eine Einheit. Wir können deshalb Weltmission nur in gemeinsamer Verantwortung betreiben. Heute offene Türen können sich morgen schließen. Daher müssen vorhandene Missionsmöglichkeiten schnell und mit größtmöglichem Einsatz genutzt werden. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und die Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes in Deutschland sollten sich daher in ihrem missionarischen Einsatz durch das Missionsorgan des Lutherischen Weltbundes, die Kommission für Weltmission, beraten lassen und ihre Arbeit dementsprechend tun.

2. Das Hilfsprogramm der Kommission für Weltmission unterstützt zu mehr als 80 % ehemalige deutsche Missionsarbeit und aus solcher Arbeit erwachsene asiatische und afrikanische Kirchen. Die Mittel wurden bisher zu 98 % durch das Opfer der amerikanischen und kanadischen Lutheraner aufgebracht. Für das Jahr 1960 bleiben bei einem Etat von etwa 2,9 Millionen DM trotz erheblicher Kürzungen 527 000 DM ungedeckt. Wir können es als lutherische Kirchen in Deutschland nicht verantworten, daß die durch dieses Defizit besonders betroffene deutsche lutherische Missionsarbeit leiden muß. Wir können es auch nicht verantworten, daß die amerikanischen und kanadischen lutherischen Kirchen fast allein dieses Hilfsprogramm finanzieren. Und nicht zuletzt müssen unsere Kirchen um ihrer selbst willen an dem Sendungsauftrag der lutherischen Kirche unmittelbar beteiligt sein.

3. Damit die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und ihre Gliedkirchen verantwortlich an der gemeinsamen Aufgabe teilhaben, wird empfohlen:

a) Die Vereinigte Kirche möge über das Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes die deutschen Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes auffordern, Jahr für Jahr ihre Gemeinden zu einem Opfer für eine gesamtkirchliche missionarische Aufgabe aufzurufen.

Zu nennen wären u. a. folgende Aufgaben: Das theologische Seminar in Marang (Südafrika); die höhere Schule in Debre Zeit (Äthiopien); der missionarische Ausbau in Ost-Neuguinea; die Unterhaltung eines Hospitals und Einrichtung von Handwerkerschulen in Indonesien; Entsendung und Besoldung von Dozenten an Seminaren und akademischen Ausbildungsstätten; Stipendien für asiatische und afrikanische Theologen; Übersetzung und Drucklegung anerkannt guter deutscher theologischer Literatur, z. B. in der Serie „World Christian Books“.

b) Außerdem möge die Vereinigte Kirche die Gliedkirchen auffordern, bestimmte Projekte des Hilfsprogramms der Kommission für Weltmission in den gliedkirchlichen Haushalt zu übernehmen. Dabei wird es das natürlichste sein, daß die Gliedkirchen solche Aufgaben übernehmen, die ihnen durch die in ihrem Bereich beheimateten Missionen naheliegen.

4. a) Es wird empfohlen, daß die Vereinigte Kirche sowohl wie die Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes in Deutschland, wenn sie so unmittelbare Verantwortung für missionarische Arbeit übernehmen, auch durch Entsendung von Vertretern in die Kommission für Weltmission an deren Arbeit teilnehmen.

b) Außerdem wird vorgeschlagen, daß der ökumenisch-diakonische Einsatz und die zwischenkirchliche Hilfe des Lutherischen Weltdienstes in regelmäßiger brüderlicher Beratung mit dem Missionsausschuß der Vereinigten Kirche bzw. der Kommission für Weltmission geschehen, soweit es sich um Hilfe für Asien und Afrika handelt.

### *B. Landeskirche und Missionsgesellschaft*

Weil die Kirche in ihrer Sendung lebt, haben Landeskirchen und Missionsgesellschaften teil an der Weltmission, wenn auch beide in besonderer Weise. Von daher sind, bei allen Unterschieden der örtlichen und geschichtlichen Gegebenheiten, die Fragen ihrer gegenseitigen Zuordnung bestimmt.

#### *I. Empfehlungen an die Gliedkirchen*

1. Es wird empfohlen, in jeder Gliedkirche einen Missionsreferenten zu bestellen.

2. Es wird empfohlen, Gremien für die Zusammenarbeit mit den Missionsgesellschaften, soweit sie in einzelnen Gliedkirchen noch nicht vorhanden sind, einzurichten und diese allgemein so auszubauen, daß sie über bloß beratende Funktionen hinaus in der Arbeit der Kirche unmittelbar wirksam werden.

3. Zu der Aufgabe solcher gliedkirchlicher Gremien (Missionsbeiräte, Missionsausschüsse) gehört es:

a) die zentralen gliedkirchlichen Organe und Amtsstellen in allen Angelegenheiten der Mission zu beraten,

b) die Missionsarbeit in den Dekanaten (Propsteien, Kirchenkreisen) und in den Gemeinden personell und fachlich anzuregen und zu unterstützen,

c) die Verbindung zu den in der Landeskirche arbeitenden Werken zu festigen,

d) die in der heimatlichen Missionsarbeit tätigen Kräfte zu koordinieren und bei der Verteilung der Kollekten und Zuwendungen beratend mitzuwirken,

e) Handreichungen für die Träger der kirchlichen Arbeit, für den Gebrauch in der Evangelischen Unterweisung und für die Gemeinden zu vermitteln,

f) besondere Aufgaben in den Kirchen Asiens und Afrikas aufzunehmen und sich für sie in der Gliedkirche einzusetzen (vgl. A 3 b).

4. Es wird empfohlen, daneben eine stetige Verbindung der Gliedkirche zu den einzelnen Missionsgesellschaften, die in ihrem Bereich arbeiten, zu sichern.

5. Es wird empfohlen, die Missionswissenschaft (einschließlich Evangelischer Religionskunde) und Ökumenische Kirchenkunde in den gliedkirchlichen Ausbildungsstätten (vor allem in den Predigerseminaren) und im Pastoralkolleg eingehend zu behandeln und bei den Prüfungen zu berücksichtigen. Auf die Möglichkeit, Theologen auf die Missionsakademie in Hamburg zu entsenden, wird nachdrücklich hingewiesen.

6. Es wird empfohlen, die Lage der Weltmission und die Mitarbeit der Gemeinde an ihr bei den Visitationen zu behandeln und dies in der Visitationsordnung zu verankern.

7. Es wird empfohlen, finanzielle Zuwendungen für die Missionsarbeit in den ordentlichen Haushalt der Landeskirche aufzunehmen.

8. Es wird empfohlen, daß Pastoren, die in den Dienst der Mission treten, von ihrer Gliedkirche nach deren Recht hierfür freigestellt werden, aber in geordneter rechtlicher Verbindung zur Landeskirche bleiben.

9. Es wird empfohlen, die Frage der Rechtsstellung der Missionare, die durch die Missionsgesellschaften ausgebildet worden sind, zu überprüfen und ihre Altersversorgung im Rahmen der geordneten Altersversorgung der Gliedkirche zu regeln.

10. Es wird empfohlen, zu erwägen, in welchem Maße die Rechtsstellung und Altersversorgung der anderen hauptamtlichen Mitarbeiter der Missionsgesellschaften im Rahmen gliedkirchlicher Ordnungen geregelt werden kann.

11. Es wird empfohlen, für Studierende aus den Kirchen Asiens und Afrikas Stipendien und Reisestipendien regelmäßig zur Verfügung zu stellen.

12. Es wird empfohlen, weitere Wohnheime für asiatische und afrikanische Studenten in Verbindung mit den Studentengemeinden an den Hochschulorten zu errichten.

## *II. Bitten an die Missionsgesellschaften*

Die folgenden Bitten werden in der Erkenntnis vorgetragen, daß sie nicht überall in gleichem Maße verwirklicht werden können, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gesellschaften verschieden liegen.

1. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, den jeweiligen Kirchenleitungen eine wirksame Beteiligung an der Arbeit ihrer Vorstände zu ermöglichen.

2. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, im Blick auf die zu erstrebende Klärung der Rechtsverhältnisse der Missionare (vgl. I, 9) deren Ausbildung mit der Landeskirche abzusprechen und diese in den Prüfungsausschüssen mitwirken zu lassen.

3. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Ordination der Missionare, auch wenn sie nicht in der Heimat vollzogen wird, im Rahmen landeskirchlicher Ordnung geschieht.



4. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, Ausbildung und Aussendung aller sonstigen Missionsarbeiter im Benehmen mit den Landeskirchen zu regeln.
5. Die Missionsgesellschaften werden gebeten, über ihre eigenen Arbeitsberichte hinaus die Gemeinden mit Berichten über die Gesamtlage der Weltmission zu versorgen.

Bei allem Verständnis für die Mannigfaltigkeit, in die sich das Missionsleben in den verschiedenen Gesellschaften gegliedert hat, bitten wir die Gesellschaften, auch der Gefahr, die in dieser Mannigfaltigkeit liegt, zu begegnen.

Wir fragen, ob es nicht viel stärker als bisher möglich ist, daß die verschiedenen Gesellschaften, die in Gemeinden derselben Landeskirche Mitarbeiter finden, entschlossener zusammenrücken zu gemeinschaftlicher Arbeit: gemeinsame Verkündigung, gemeinsame Missionswochen, gemeinsame Missionstage, Durchführung gemeinsamer Aufgaben daheim und draußen.

Wir bitten, daß die Missionsgesellschaften in ihrem Dienst in den Gemeinden das Ganze der Weltmission Gottes so in den Mittelpunkt stellen, daß die Sonderaufgabe der einzelnen Gesellschaft immer als ein Teil dieses Ganzen erscheint.

### *C. Die missionarische Gestalt der Gemeinde*

Die Generalsynode in Spandau 1958 hat sich mit Fragen der Volksmission befaßt und dazu 22 Thesen erarbeitet. In These 1 bis 3 ist Grundsätzliches zur Mission überhaupt gesagt. Auf Grund dieser Thesen und der Beratungen über Mission im Jahre 1959 ergeben sich folgende Leitsätze und Anregungen für das Leben der Gemeinden:

1. Der Glaube an die Erlösung durch Christi Tod und Auferstehung unterscheidet die christliche Gemeinde von den anderen Menschen. Sie hat diese Gabe aber nur insofern, als sie bereit ist, die Frohe Botschaft weiterzugeben an die Welt. Mission kann nur geschehen, wo sie getragen ist von zeugnisfreudiger, opfernder und betender Gemeinde.

2. Es muß dankbar gesagt werden, daß bis heute in den Gemeinden Missionsfreunde treu und stellvertretend für die ganze Gemeinde die Verantwortung für die Weltmission in Gebet und Opfer getragen haben. In unserer veränderten Welt erkennen wir neu, daß die Mission wieder Lebensfunktion der ganzen Gemeinde werden muß.

3. Damit das geschehen kann, bedarf es der ständigen (nicht nur gelegentlichen) Zurüstung der Gemeinde. Vor allem die Verkündigung in Predigt, Lehre und Seelsorge soll diese Zurüstung einschließen, damit die Frohe Botschaft von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnaden Menschen treibt, auch anderen zu sagen: Gott hat euch so geliebt, daß er seinen Sohn für euch gab. So kann auch alle diakonische Hilfe nur verstanden werden als ein Zeichen der Liebe, mit der Gott die verlorene Welt sucht.

4. Der Zurüstung der Gemeinde dient aber auch eine gute und umfassende Information. Die Gemeinde muß wissen vom Leben der Kirche in der ganzen Welt. Sie muß die Nöte und Schwierigkeiten ebenso kennen wie die Freuden und die offenen Türen. Dadurch gewinnt sie den weltweiten Blick, den sie auch für ihr eigenes Leben braucht. Dadurch erfährt sie, um welche besonderen Dinge sie Gott in ihrem Gebet für Kirche und Mission anrufen soll. Dadurch wird ihre Liebe zu beiden geweckt, denn man kann nur lieben, was man auch kennt. Dadurch wird sie aber auch gestärkt in der freudigen Gewißheit, daß keine Macht der Welt die Sammlung der Gemeinde Christi aufhalten kann.

5. In der Erfüllung des Missionsdienstes sind der Gemeinde viele Möglichkeiten der Mitarbeit von Laien gegeben. Auch alle Gemeindekreise sollen auf das missionarische Zeugnis der Gesamtgemeinde ausgerichtet sein.

6. Die Gemeinde kann Patenschaften und damit Mitverantwortung für bestimmte Missionsaufgaben übernehmen: Die Aussendung der Boten geschieht in ihrer Mitte. Sie bleibt mit den Ausgesendeten in Verbindung. Sie pflegt Gemeinschaft mit den entstandenen Gemeinden. So hilft der Missionsdienst auch der Heimatgemeinde zu neuem,

festem Beieinanderstehen. Im Opfer und in der Hingabe an solchen Dienst wird die Gemeinde in ihrem ganzen Leben reich.

7. In unserem Lande leben heute Tausende von Studenten und Praktikanten aus Afrika und Asien. Viele von ihnen kehren als Gegenmissionare in ihre Heimat zurück, weil sie nichts von christlichem Leben, aber viel Nichtchristliches und Abschreckendes bei uns gesehen haben. Hier liegt eine große Verpflichtung und eine verheißungsvolle Aufgabe für die Gemeinden und ihre einzelnen Glieder sowie für die Kirche als Ganzes: Es müssen Wohnheime geschaffen werden, wo diese Gäste mit deutschen Studenten und Praktikanten in einer wirklichen Gemeinschaft beieinander leben. Die Gemeinden sollen diese ausländischen Gäste aufnehmen und die einzelnen Gemeindeglieder sie nach Möglichkeit in eine christliche Haus- und Familiengemeinschaft hineinholen. Dabei kann das vom Kirchlichen Außenamt herausgegebene Material zur Begegnung mit Ausländern hilfreich sein.

8. Viele deutsche Techniker und Kaufleute gehen heute ins Ausland. Nach ihrem Leben und Verhalten wird das Christentum beurteilt. Darum ist es nötig, sie vorzubereiten auf die Aufgabe, die sie als Christen in einer nichtchristlichen Welt haben. Man muß ihnen auch dazu verhelfen, daß sie im Ausland den Anschluß an eine christliche Gemeinde suchen. Die Kurse der Abteilung „Wanderung“ in Innerer Mission und Hilfswerk bedeuten eine wertvolle Hilfe und sollten von jedem, der ins Ausland geht, in Anspruch genommen werden.

Das alles wird sich nur verwirklichen lassen, wenn wir durchdrungen sind von der Liebe Christi, der sein Leben für alle Menschen gab und uns mit der ganzen Welt zu sich ruft. Damit wird die Mission der Kirche zu einem Lobpreis der Gnade Gottes, die sie selbst empfangen hat.

### 3. POLITISCHER DIENST DER KIRCHE

1. Die Auseinandersetzung über Art und Umfang des politischen Dienstes der Kirche, die das Zusammenleben in der EKD in den letzten Jahren nicht wenig bestimmt hat, ist auch im Berichtsjahr 1959 weitergegangen. Dabei war aber auf allen Seiten das Bemühen unverkennbar, zunächst auf einseitige Erklärungen und Aktionen zu verzichten, um für eine ruhige Beurteilung der Situation und für eine gemeinsame theologische Arbeit aller Gruppen Raum zu schaffen. Offizielle Ausschüsse und inoffizielle Arbeitsgemeinschaften versuchten, einen Beitrag zum besseren Verständnis der verschiedenen Positionen sowie zur Auflockerung der festen Fronten zu leisten. Dabei erwies sich aufs neue, daß die Atomwaffenfrage lediglich den gegenwärtigen Anwendungsfall für tiefgreifende Differenzen in der politischen Ethik von einem unterschiedlichen Denkansatz her darstellt. Wie man in Kreisen der VELKD diese Situation beurteilt, bringen die nachstehenden Thesen von Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover, zum Ausdruck („Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“, 8. Jahrgang, Nr. 5 vom 13. März 1959):

#### POLITISCHER GOTTESDIENST

##### I.

Die gegenwärtigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen über Einzelfragen des politischen Lebens schließen starke Differenzen im Verständnis des politischen Dienstes der

Kirche überhaupt ein. Keine der kirchlichen und theologischen Gruppen will sich unmittelbar in eine politische Diskussion als solche einmischen, sie suchen vielmehr nach einem spezifischen Dienst der Kirche. Daraus ergeben sich für die Beurteilung der Gesprächslage folgende Gesichtspunkte:

1. Die gegnerische theologische Auffassung darf nicht als bloßer Ausdruck oder gar als Tarnung eines politischen oder parteipolitischen Standpunktes gewertet werden.

2. Die Auseinandersetzung ist aber dadurch belastet, daß von einem bestimmten Verständnis des politischen Gottesdienstes her politische Standpunkte als ethisch verbindliche Weisungen zum Inhalt der kirchlichen Verkündigung werden und damit den Rang von Glaubenswahrheiten erhalten.

3. Wir stehen damit vor einer Gestalt der politischen Predigt, in der um des Evangeliums willen jedes Gemeindeglied und auch die Staatsführung für eine dezidierte politische These in Anspruch genommen werden.

4. Glaube und Handeln hängen ohne Zweifel eng miteinander zusammen. Sie rücken aber heute in der theologischen Qualifizierung so nahe aneinander, daß es in ethischen Streitfragen zu bekenntnisartigen Erklärungen mit der entsprechenden Verwerfung Andersdenkender kommt.

## II.

Diese ganze Auseinandersetzung hat zur Folge, daß in wechselnder Weise subjektive politische Erkenntnisse, die notwendigerweise Stückwerk und auch dem Irrtum unterworfen sind, mit einem prophetischen Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit verbunden werden. Die kirchliche Verkündigung muß dadurch das politische Leben ideologisch korrumpieren. Zugleich macht sich das Wort der Kirche unglaublich und verliert seine Vollmacht. Kirche und Staat nehmen in gleicher Weise Schaden. Darum vertreten wir für die weitergehende theologische Auseinandersetzung und für den politischen Dienst der Kirche folgende Grundsätze:

1. Wir haben kirchlicherseits keine unmittelbare politische Argumentation mit dem Anspruch auf theologische Geltung zu führen. Da man jedem politischen Argument gegenteilige Behauptungen entgegenstellen kann, ist der Boden nüchterner politischer Auseinandersetzungen von theologischen Ansprüchen freizuhalten.

2. Das in den letzten Jahren in der EKD zutage getretene Gewissenspathos war nicht überzeugend. Eine politische Auffassung wird durch eine bloße Berufung auf das Gewissen nicht unanfechtbar. Abgesehen davon, daß auch der politische Gegner sich auf seine Gewissensbindung beruft, gilt der Satz, daß auch das Gewissen geprüft werden kann.

3. Die Art, in der immer wieder die Heilige Schrift zu politischen Zwecken und zur Stützung politischer Meinungen unmittelbar angewandt wird, kann theologisch im Ernst überhaupt nicht diskutiert werden. Weder einzelne Worte der Heiligen Schrift noch der Appell an die Glaubenszuversicht können zum Gestaltungsprinzip des politischen Lebens gemacht werden.

4. Ebenso sehr ist uns eine Geschichtstheologie verwehrt, die aus einer persönlichen Beurteilung des „Gebotes der Stunde“ und des geschichtlichen Weges verbindliche Weisungen für das politische Verhalten gewinnt. Hier meldet sich ein prophetischer Anspruch zu Wort, der von der Heiligen Schrift her keine Berechtigung hat.

5. Es muß dabei bleiben, zwischen theologischen und ethischen Grundsatzfragen auf der einen und konkreten Ermessensfragen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Diese Unterscheidung gibt dem Dienst der Kirche eine nicht auszulöschende Signatur, da in ihr die Verborgenheit der Herrschaft Christi unter dem Kreuz bis zu seiner Wiederkunft zum Ausdruck kommt. Die Gleichsetzung von Glaubens- und Ermessensfragen führt dagegen zu christokratischen Befehlen an Politiker.

6. Der Begriff der Ermessensfrage liefert die politische Entscheidung nicht der Willkür

aus. Politische Entscheidungen sind immer Gewissensentscheidungen, Fragen einer politischen Verantwortung. Wenn jede Ermessensfrage zur Glaubensfrage wird, zerbricht an politischen Differenzen die Einheit der Kirche.

7. In allen ethischen und politischen Fragen ist die Grenzlinie erkennbar zu machen, die das Reden und Wirken im kirchlichen Amt vom Handeln im Bereich des Ermessens unterscheidet. In demselben Augenblick, in dem politische Ermessensurteile eingeführt werden, geht die Rede des Theologen in ein anderes Genus über, als wenn er predigt.

2. Ganz unmittelbar sind die Kirchen in Deutschland durch die Zweiteilung zwischen Ost und West von politischen Fragen in Anspruch genommen. Es gehört mit zu den besonderen Freundlichkeiten Gottes in den letzten Jahren, daß der ost-westliche Zusammenhalt der kirchlichen Zusammenschlüsse allen Befürchtungen zum Trotz erhalten blieb. Die leitenden Organe konnten auch im Jahre 1959 ihre Arbeit im wesentlichen ohne Beeinträchtigung tun, wenn es auch nicht gelang, Sitzungen gesamtkirchlicher Gremien im Raume der DDR durchzuführen und es anläßlich der Lutherischen Generalsynode in Lübeck erstmalig zu einer Reihe von Ausreiseverweigerungen seitens der DDR kam. Die Schwierigkeit im Verhältnis der beide Teile Deutschlands umfassenden kirchlichen Zusammenschlüsse zur DDR liegt darin begründet, daß man kirchlicherseits die Verschiedenheit von kirchlichem und politischem Urteil zugrunde legt, während die panpolitische Denkweise der DDR-Regierung kirchliche Angelegenheiten lediglich mit politischen Maßstäben zu messen in der Lage ist. Damit hängt es auch zusammen, daß die auf allen großen Synoden der letzten Jahre immer wieder gestellte Frage nach der christlichen Existenzmöglichkeit in der DDR bisher unbeantwortet geblieben ist. Wie EKD und EKV hat sich auch die VELKD im Jahre 1959 intensiver mit der kirchlichen Aufgabe und christlichen Lebensmöglichkeit in der DDR befaßt. Dazu wurde eine Handreichung „Der Christ in der DDR“ erarbeitet, die zwar bisher nicht veröffentlicht, aber doch den Pfarrern als Material zur Weiterarbeit übergeben wurde.

In diesen Zusammenhang gehört schließlich auch die Schrift „Obrigkeit?“, die Bischof D. Dr. Dibelius an den Leitenden Bischof der VELKD, D. Lilje, zu dessen 60. Geburtstag richtete. Das Motiv dieses Briefes war das der Hilfe für die in schweren Gewissenskonflikten in der DDR lebenden Glieder der evangelischen Kirche (siehe oben S. 123 ff.).

Zu diesem ganzen Komplex hat sich der Leitende Bischof der VELKD, D. Lilje, vor der Generalsynode in Lübeck wie folgt geäußert:

Es gibt noch einen Aspekt, wo das Problem der Einheit eine ganz unmittelbare und fast atemberaubende Aktualität gewinnt. Das ist die Einheit unserer evangelischen Christenheit, auch unserer Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche, im Blick auf die politische Aufspaltung unseres Volkes.

Ich könnte mich mit der einfachen und sehr ernsthaft gemeinten Feststellung begnügen, daß wir uns nicht nur bemüht haben, diese Einheit aufrechtzuerhalten auch über die Zonengrenze hinweg, sondern daß wir es tatsächlich getan haben. Soweit wir nicht durch äußere Einflüsse daran gehindert worden sind, haben wir diese Einheit praktiziert – in unseren kirchlichen Organisationen, in dem Erweis gegenseitiger brüderlicher Liebe, die Geistliches und Irdisches gegenseitig geteilt hat, in der ständigen Fürbitte füreinander vor dem Throne Gottes.



Aber es ist nicht zu übersehen, daß dieses Problem immer schwerer geworden ist. Die Last einer schweren politischen Fehlentscheidung vor nunmehr 14 Jahren wird im Laufe der Zeit immer schwerer zu tragen. Es ist ein geschichtliches Unrecht großen Stiles gewesen, das mit der Teilung Deutschlands vorgenommen ist; und wenn gerade die Kirche es immer unerschrocken sagen soll, daß solch ein politisches Verhängnis das deutsche Volk nicht ohne seine Schuld getroffen hat, dann ist auf der anderen Seite doch dies Verhängnis nach wie vor unrecht. In einer Zeit, in der die Großmächte die letzten Reste des Kolonialismus liquidieren, wirkt es grotesk, daß dem deutschen Volke an diesem Punkte die Selbstbestimmung vorenthalten bleibt. Wir haben zu handeln versucht, als existiere diese Trennung nicht. Wir haben das geschichtliche Schicksal mitgetragen; wir haben uns bemüht, diese Kluft nicht durch Haß zu vertiefen; aber wir haben uns bemüht zu handeln, als existiere diese Trennung nicht. Und wenn man vom politischen Denken des deutschen Volkes sagen kann, daß es die Trennung nie akzeptiert hat, dann können wir hinzufügen, daß wir in der Kirche nicht weniger ernsthaft versucht haben, unsere Arbeit so zu tun, als gäbe es das Problem nicht. Es ist ganz selbstverständlich, daß man das nicht wirklich in allen Einzelheiten realisieren kann. Schon der Namensaufruf von heute hat deutlich gemacht, daß die Verweigerung von Ausreiseerlaubnissen und Einreiseerlaubnissen uns schwer zu schaffen macht. Wenn auf der politischen Weltbühne Eisenhower und Chruschtschow einander begegnen können, wenn Ulbricht Adenauer vorschlagen kann, die Spitzen sollten sich treffen, dann müßte es doch eigentlich auch möglich sein, daß auch die Männer der Kirche unbefangen zueinander kommen könnten, und man ist geneigt, die Hoffnung nicht aufzugeben, daß dies, was einem so selbstverständlich und vernünftig erscheint, doch noch wirklich werden möchte.

Aber auch dahinter steht ein noch ernsteres Problem, nämlich das Problem des Verhältnisses des Christen zur Obrigkeit. Es ist schon angedeutet worden, daß unseren Brüdern in dem östlichen Teil unseres Vaterlandes das Nachdenken über die aktuelle Bedeutung der Vokabel Obrigkeit gerade in diesen Tagen besonders naheliegt, und jeder weiß, ohne daß ich das aussprechen muß, daß diese Diskussion in der letzten Zeit eine unvermutete Aktualität gefunden hat. Es ist eine ernste Frage an die Christenheit, was sie unter Obrigkeit versteht. Es ist ein naheliegender, aber nicht erlaubter Irrtum, zu meinen, man könne überhaupt das Vorhandensein von Obrigkeit in der Welt ignorieren. Ich versuche, an dieser Stelle die Gewichte so gerecht zu verteilen, wie es möglich ist. Man hat den Eindruck, daß es manchmal schon theologisch verdächtig erscheint, wenn jemand sich relativ unbefangen über die Obrigkeit im Westen ausspricht. Man weist kritisch darauf hin, daß die Obrigkeit auch im Westen eben doch nur ein Provisorium sei. Provisorium oder nicht – sie ist Obrigkeit, und Obrigkeit ist eine Anordnung Gottes, um die Welt vor dem Chaos zu bewahren. Ein Staatswesen, wie auch immer es sei, ohne Obrigkeit, die Autorität hat, ist ein zum Untergang verurteiltes Staatswesen. Es gehört nun einmal zur lutherischen, und ich meine zur christlichen Theologie, diese Ordnung Gottes, die er gegeben hat „ut genus humanum maneat“, damit der Fortbestand der menschlichen Gesellschaft gesichert sei, anzuerkennen. Das muß natürlich auch gelten, wenn der Christ nicht einem Staatswesen in der Prägung westlicher Demokratie gegenübersteht, zumal es ja nicht ganz einfach sein würde zu sagen, in welchem Maße westliche Demokratien auf den Titel eines christlichen Staates Anspruch erheben könnten. Diese Frage ist unabweisbar in der anderen Hälfte unseres Vaterlandes. Es ist kein einfaches Problem für den Christen, wenn er sich einem Staatswesen gegenüber sieht, das eine eindeutige ideologische Voraussetzung hat, von der kein Verständiger bestreiten kann, daß sie mit den Grundvoraussetzungen des christlichen Glaubens nicht zusammengeht; das wird ja auch offen ausgesprochen. Es gehört vielleicht sehr viel dazu, um deutlich zu machen: auch das ist Obrigkeit, eine Anordnung Gottes „ut genus humanum maneat“, damit die menschliche Gemeinschaft erhalten bleibt. Man kann auf der Straße nicht fahren, wie man will; man kann auch viele andere Dinge nicht ohne Rücksicht auf die gemeinsame Ordnung tun, wenn man eine

staatliche Ordnung erhalten will. Dem Christen ist auferlegt, um des Bruders willen solch eine Ordnung ernst zu nehmen. Dabei kann ihn eine doppelte Erwägung auf seinem Wege stärken. Erstens: Selbst eine Obrigkeit, die von Gott nichts wissen will, verwaltet einen Auftrag Gottes, ob sie es weiß oder nicht, ob sie es bejaht oder nicht. Wer das menschliche Gemeinschaftswesen in Ordnung hält, tut, was Gott dieser Welt als eine ursprüngliche primäre Anordnung mitgegeben hat. Und der Christ kann sich davon nicht willkürlich dispensieren. Zweitens: Eines der schönsten Worte von Martin Luther heißt, daß die Heiligen (damit meint er einfach die Christen) die wahren Atlantes seien, die durch ihr Gebet und ihren christlichen Wandel das Gewölbe der Welt tragen – und also auch in einer Umwelt, in der ganz andere geistige Voraussetzungen gelten, am Bestand des Lebens und der Ordnung in der Welt entscheidenden Anteil haben. Ich sage noch einmal, daß das nicht einfach ist. Was dem Gewissen des einzelnen auferlegt und zugemutet wird, das können wir nur mit unserer stärksten Fürbitte begleiten. Daß der einzelne einer Fülle von Fragen, handfesten politischen Entscheidungen ausgesetzt ist, das steht fest. Daß die Christenheit sich nicht dem Problem entziehen kann, das steht auch fest. Und ich will, ohne daß ich es in der Kürze der Zeit begründen kann, noch einmal ausdrücklich gesagt haben, daß Luthers Lehre von den zwei Reichen ein ausgezeichnete Wegweiser für bedrängte Gewissen sein kann und daß wir nur wünschen können, es würde uns geschenkt, was Luther damals so ausgezeichnet ausgeführt hat, für unsere Zeit noch einmal neu zu formulieren.

Indem wir nicht einfach vor der Problemstellung zurückweichen, sondern uns ihr stellen, möchten wir auch an diesem Punkte der Einheit der Kinder Gottes in unserem Vaterlande dienlich sein.

#### 4. INNERKIRCHLICHES LEBEN

1. Die VELKD hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von innerkirchlichen Fragen aufgegriffen, deren Entfaltung jeweils ein größeres Arbeitsprogramm über mehrere Jahre erfordert. Es waren dies besonders Fragen der Predigt und der Verkündigung, der Volksmission und des Gemeindeaufbaus, des gottesdienstlichen Lebens und der Äußeren Mission. Man hofft, nicht zuletzt auch die Arbeit des Prediger- und Studienseminars der VELKD, dessen Bau von der Generalsynode 1959 endgültig beschlossen wurde, in dieser Richtung fruchtbar machen zu können. Damit treten immer stärker Fragen des geistlichen Lebens der Gemeinden in den Vordergrund, wozu der Leitende Bischof D. Lilje in seinem schon erwähnten Tätigkeitsbericht vor der Lübecker Generalsynode 1959 ausdrücklich ermunterte:

Eine Generalsynode kann sich nicht der ernsthaften zusammenfassenden Frage nach der geistlichen Kraft und Lebendigkeit ihrer Gemeinden entziehen. Was nützt aller Betrieb kirchlicher Organisationsformen, welcher Art auch immer, leitender oder nicht leitender Funktionen, wenn nicht schließlich an Ort und Stelle lebendige christliche Gemeinden sind, die da, wohin sie gestellt sind, ihrem Herrn im Gehorsam zu dienen versuchen! Wir haben uns bemüht, diesen Gesichtspunkt nie aus dem Auge zu verlieren. Wir haben deswegen auf unseren Generalsynoden entschlossen Fragen der geistlichen Vitalität der Gemeinden in den Vordergrund gestellt. Wir haben von der Predigt gesprochen, vom Amt, davon, was Toleranz heute bedeuten kann, von der Volksmission; wir wollen in dieser Generalsynode von der missionierenden Kirche sprechen. Wir haben das Problem, wie man unseren Predigern helfen kann, ihren Dienst besser auszurichten, durch

das gemeinsame Pastoralkolleg der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche zu meistern versucht. Man kann nicht daran vorbeisehen und -hören, daß wir das Evangelium von Jesus Christus nicht nur auf den Lippen führen, sondern zum entscheidenden Maßstab unserer gesamten kirchlichen Arbeit machen wollen.

Und also auch Mission! Es ist großartig, daß wir eine wahre Phalanx von Männern der Mission bei dieser Synode dabei haben dürfen; unter ihnen sind Leute, denen wir um ihrer reichen Erfahrung und des von ihnen geübten Einsatzes willen mit größter Achtung und Aufmerksamkeit zuhören werden. Aber auch unser Nachdenken über die Mission ist nur eine Form zu bezeugen, daß wir für die eigentliche Kraft der Kirche nicht irgendwelche Feinheiten der Selbstbehauptung oder der Weltförmigkeit halten, sondern nur das uns geschenkte Wort vom Heil.

Und so – ich fasse in wenigen Sätzen eines der ernsthaftesten Probleme der Kirche von heute zusammen – möchten wir auch positiv, auf die Verkündigung des Wortes Gottes ausgerichtet, der Kritik an der Kirche begegnen, die unter uns unmerklich, aber ständig wächst. Wir sind der Meinung, daß es Pflicht der Kirche ist, diese Kritik sehr sorgfältig zur Kenntnis zu nehmen und dennoch nicht dem Denkfehler zu verfallen, als könne eine immer subtilere Analyse der Zeitmentalität ihr den Weg in die Wahrheit weisen. Nicht eine publizitätshungrige, sondern nur eine dem Worte Gottes gehorchende Kirche hat Auftrag und Verheißung in der Zeit, in der wir leben. Und wenn wir also bereit sind, jedes Wort der Kritik sorgfältig und genau zu hören (weil es menschlich ein schlechtes Zeichen ist, wenn man Kritik nicht erträgt, und weil es geistlich unerlaubt ist, der Frage auszubiegen, wo man falsches Ärgernis bereitet), wenn wir bereit sind, Kritik ernst zu nehmen und manchmal vielleicht ernster, als sie hurtigen Journalistenfedern entschlüpft, dann heißt das doch nicht, daß wir uns verwirren lassen möchten in der Frage, was Richtpunkt unserer Arbeit sein soll.

So möchte ich noch ein Wort davon sagen, daß unsere Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche unbeirrt fortschreiten sollte auf dem Wege des inneren Ausbaus und Aufbaus. *Leiturgia* – Liturgie bezeichnet neutestamentlich ja nicht nur gottesdienstliche Umgangsformen, sondern den Dienst Gottes bis hin zur Sammlung von Geld, von hartem, in dieser Welt wirksamem Geld – alles gehöre ihm! Eine *betende* Kirche kann niemals hemmungslos der Aufgeregtheit der Zeit verfallen. Eine *opfernde* Kirche, die bezeugt, daß die Männer und Frauen und jungen Menschen, die Christus lieben, verstanden haben, wieviel sie ihrem Herrn schuldig sind, nämlich alles – das sind die Gaben, die wir uns wünschen und die wir, wenn Gott uns bei Verstand und Kräften läßt, immer zuerst in Angriff nehmen wollen, ehe wir anderes betreiben. Und weil eine solche geistliche Erneuerung nur aus dem Evangelium kommen kann, wollen wir nicht aufhören, als eine lutherische Kirche die Predigt dieses Wortes für die wichtigste Aktivität der Kirche zu halten.

2. Die Predigt ist eine spezifische Aufgabe der reformatorischen Kirchen. Darum hat man auch in der VELKD wiederholt der wachsenden Sorge um den inneren Zustand der jüngeren Pfarrerschaft hinsichtlich der Bewältigung der Predigt-aufgabe Ausdruck gegeben. Die Aufgabe, den Übergang von der historisch-kritischen Forschung zur Predigt zu bewältigen, wird weithin nicht ausreichend gelöst. Predigtunsicherheit aber verträgt die Kirche am allerwenigsten. Darum ist es eine der wichtigsten pastoraltheologischen Aufgaben der Bischöfe und Kirchenleitungen, den Schritt von der Exegese zur Predigt immer wieder zu bedenken und dazu auch Hilfen zu geben. Von der Weiterarbeit an der Entschlüsselung, die von der Lutherischen Generalsynode in Hamburg 1957 zur Predigt gefaßt wurde (siehe Kirchliches Jahrbuch 1957, S. 175), geben die nachstehenden Richtlinien einen Eindruck.

Vom 13./14. Mai 1959

Der mit der Weiterarbeit an der Predigtentschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands im Jahre 1957 beauftragte Ausschuß hat folgende Vorschläge vorgelegt, die von der Bischofskonferenz der Vereinigten Kirche entgegengenommen wurden und an die Gliedkirchen als Anregungen weitergegeben werden:

## Zu Ziffer 1

a) Gespräche zwischen Kirche und Theologie. Führende Vertreter der Kirche und der theologischen Wissenschaft sollten in periodischen Abständen die gemeinsamen Fragen erörtern. U. a. sollten folgende Fragen der Kirche an die Theologie erörtert werden: Wie steht es um das Verhältnis von theologischer Aussage und Aussage des Zeugen? Schließt der Dienst des theologischen Lehrers die Verpflichtung ein, selbst zu predigen? In welchem Verhältnis stehen akademisches Lehramt und geistliches Amt?

b) Pflege der Kontakte in den Gliedkirchen zwischen Kirchenleitungen und Fakultäten. Dabei sollten nicht nur personalpolitische Probleme erörtert werden, sondern auch die Situation des Predigers heute und die Frage des geistlichen Amtes. Die seelsorgerliche Verantwortung der Kirche (vor allem der Bischöfe) schließt auch den theologischen Lehrer ein.

c) Anregung stärkerer Zusammenarbeit in den Fakultäten. Auch die theologischen Fakultäten sind von der Atomisierung bedroht. Dazu kommt der starke Hiatus zwischen exegetischer und systematischer Theologie. Es hat sich bewährt, daß etwa Exegeten und praktische Theologen gemeinsame Seminare durchführen. Das studium generale bedarf eines gemeinsamen Einsatzes der Fakultäten. Wo innere Spannungen bestehen, sollte die Kirche Hilfe anbieten.

d) Erweiterung des Theologischen Ausschusses. Im Blick auf die Weiterführung des hermeneutischen Gesprächs wäre zu prüfen, ob der Theologische Ausschuß nicht durch Theologen erweitert werden sollte, die der heutigen Problematik stark verhaftet sind.

e) Auftrag an den Theologischen Ausschuß, sich mit dem Thema „Predigt“ zu befassen. Dabei sollten praktische Theologen und Rektoren von Predigerseminaren zugezogen werden, damit das Thema von verschiedenen Aspekten her bearbeitet werden kann.

f) Überprüfung der Ausrichtung der Predigerseminare. Für die Überleitung aus dem akademischen Studium in das geistliche Amt ist der Besuch eines Predigerseminars unerlässlich. Wo dieser Besuch bisher nicht die Regel ist, sollte die kirchliche Ausbildung der Kandidaten entsprechend geändert werden. – Das Predigerseminar hat nicht die Aufgabe, das Universitätsstudium weiterzuführen. Seine Arbeit ist auf den Verkündigungsauftrag abzustellen. Da zur Predigtvorbereitung auch Kenntnis der sachgemäßen Mittel gehört, ist dem Handwerklichen und den präzisen formalen Anweisungen größeres Gewicht beizulegen. Gedruckte Predigten und Bandaufnahmen von Rundfunkpredigten sollten verglichen und besprochen werden.

g) Einführung in die Analyse der Sprache. Es wird eine Arbeitstagung angeregt, bei der die Professoren der praktischen Theologie und die Rektoren der Predigerseminare durch die besten Fachleute in die Analyse der Sprache und des Sprechens (mit Hilfe von Bändern) eingeführt werden.

h) Einrichtung von Lehrvikariaten. Die Erfahrung einzelner Landeskirchen sind für die übrigen Gliedkirchen auszuwerten.

i) Ausbildung geeigneter Pastoren zu Lehrvikariatsvätern. Dabei ist neben der Einführung in die gegenwärtige Situation der einzelnen theologischen Disziplinen Hilfe für die Beurteilung der Predigt zu geben.

k) Erarbeitung einer Anleitung zum Beurteilen der Predigt. Diese Anleitung soll nicht



zur Kritik, sondern zum Gespräch über gehörte Predigten helfen. Sie ist vor allem für die Hände von Superintendenten (Dekanen, Pröpsten) und Lehrvikariatsvätern bestimmt. Die Erarbeitung wird als die einem Bischof zustehende Aufgabe erachtet.

l) Einrichtung homiletischer Kurse. Es bestehen die verschiedenartigsten Hilfen für die weitere Ausbildung des Pfarrers bis hin zu den Verwaltungskursen. Es fehlen aber Tagungen, die speziell der Predigt als dem eigentlichen Auftrag des Pfarrers gewidmet sind.

### *Zu Ziffer 2*

a) Erarbeitung von Grundsätzen für gedruckte Predigtmeditationen. Die Meditation muß die rechte Mitte finden zwischen reiner Exegese und handfestem Predigtaufriß. Sie hat den Sachverhalt herauszuarbeiten und die theologische Besinnung in sauberer Gedankenarbeit bis in unsere Zeit (und Sprache) hinein zu Ende zu führen. Sie hat ferner anzuleiten, sich dem Text einfältig zu überlassen. Sie soll also helfen, den Formalismus und die reine Reflexion zu überwinden und sich dem Text zu stellen. Das schließt die präzise Aussage und das Erarbeiten rationaler Hilfen für den Hörer nicht aus, sondern ein. Bildhaftigkeit und Lebensnähe allein genügen nicht.

Zu fordern ist, daß die Verfasser von Meditationen vor Drucklegung über den Text gepredigt haben.

b) Einwirkung auf Herausgeber von Meditationen. Den Verfassern von Meditationen sowie den Herausgebern von Kommentarreihen sollte vor Augen gestellt werden, daß ihre Arbeit den Prediger und die Predigt stärker im Auge zu haben hat.

c) Edition einer Sammlung „Die Exegese der Väter“. Zu jeder Perikope der Predigttextreihen sollten Auszüge aus der Exegese, der Meditation und der Predigt der Väter zusammengestellt werden.

d) Erarbeitung von Predigthilfen für die neuen Textreihen. In einem Arbeitsteam sollte beispielhaft versucht werden, den unter a) genannten Grundsätzen zu genügen. Dem Bearbeiterkreis sollen angehören: ein Alttestamentler, ein Neutestamentler, ein Predigerseminarsrektor, ein Großstadtpfarrer, ein Landpfarrer und ein Laie.

Folgender Arbeitsmodus wird vorgeschlagen:

Verteilung der Texte an die Mitarbeiter, Weitergabe der erarbeiteten Predigthilfen an alle Mitglieder des Arbeitskreises, gemeinsame Besprechung jeder einzelnen Meditation in Abständen von drei Monaten.

### *Zu Ziffer 3*

Vorbemerkung: Dieser Satz ist der Gefahr eines einseitigen Verständnisses ausgesetzt, weil ihm die Polarität fehlt. Der Predigt und der Stille zur Vorbereitung muß die Arbeit im Alltag des Pfarrers zugeordnet werden. Die Predigt gerät in die Isolierung, wenn der Pfarrer nur aus der Studierstube und nicht auch aus dem harten „Betrieb“ des Alltags lebt. Die Predigt entsteht dann über den Kommentar und nicht aus der Seelsorge. Wo der „Betrieb“ in Zucht und Sachlichkeit geschieht, entsteht keine falsche Betriebsamkeit. Es gibt keine feststehenden Schwerpunkte des Dienstes des Pfarrers. Den Schwerpunkt bestimmt der Heilige Geist.

Unter diesen einschränkenden Vorzeichen sollte dem Anliegen dieser Ziffer nach verschiedenen Richtungen Rechnung getragen werden.

a) Mahnung an die Pfarrer, den Hausbesuch nicht zu vernachlässigen. Wenn der Pfarrer auch einen Kreis von Gemeindegliedern für den Besuchsdienst einsetzen soll, ist er damit der Pflicht des eigenen Hausbesuches nicht enthoben.

b) Bitte an die Oberhirten und Visitatoren, die Pfarrer bei der Bewältigung ihrer Aufgaben seelsorgerlich zu beraten. Sie sollen mit den Pfarrern die Situation der Gemeinde besprechen und auf die Schwerpunkte gerade ihres konkreten Dienstes hin-

weisen. Sie sollen Mut machen, die Gaben der Gemeinde zu verlebendigen und auf die Predigt zuzuordnen.

c) Neuverteilung der Aufgaben zwischen Pfarrer und Gemeindegliedern. Was von Gemeindegliedern getan werden kann, soll ihnen auch als Aufgabe zufallen (Mitarbeiterkreise, Stewardship). Dabei ist eine falsche Aufteilung von geistlichen und weltlichen Aufgaben zu vermeiden.

d) Austausch von Erfahrungen mit neuartigen Versuchen des Gemeindeaufbaus.

e) Überprüfung des Umfangs der Sprengel. Wenn eine Verkleinerung des Pfarrsprengels auch nicht als Allheilmittel gewertet werden kann, stellt sie doch die wichtigste Voraussetzung für die Verlebendigung der Gemeinde dar. Der engere persönliche Kontakt des Pfarrers zur Gemeinde wird sich dann auch für die Predigt fruchtbar auswirken. Zwar stellt eine Reduktion des Sprengelumfangs vor erhebliche personelle und finanzielle Schwierigkeiten. Dieses Problem bedarf aber dringend eingehender Untersuchung und erfordert weitblickende Maßnahmen. Bei der Neuerrichtung von Pfarrstellen sollten Modelle geschaffen werden.

f) Bereitstellung größerer Geldmittel für Hilfskräfte. Dabei ist an Schreibhilfen für die Pfarrämter (keine halben Kräfte!), an Hilfen für die Verwaltung und Rechnungsführung (Rentmeister für Kirchenkreise bzw. -bezirke) sowie an technische Hilfsmittel zur Rationalisierung der Geschäftsführung zu denken.

g) Maßnahmen zur Sicherung von Freizeit für den Pfarrer. Die Kirchenleitungen sollten durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, daß jeder Pfarrer einen freien Tag in der Woche zur Verfügung hat (etwa den Montag), an dem weder Unterricht gehalten wird, noch Sitzungen, Konferenzen oder andere Veranstaltungen stattfinden.

#### *Zu Ziffer 4*

a) Gemeinsame Predigtvorbereitung auf der amtlichen Pfarrkonferenz. Diese Arbeit ist notwendiges Zeichen dafür, daß sich Diener am Wort zusammengefunden haben.

b) Gemeinsame Predigtvorbereitung im kleineren Kreis. Die kirchlichen Oberhirten sollten Mut machen, daß sich die in der gleichen Gemeinde wirkenden Pfarrer sowie kleine Kreise von benachbarten Pfarrern zusammenfinden. Dem größeren Kreis der Pfarrkonferenz mangelt die Intimität, in der man alles aussprechen kann. Der kleinere Kreis (ohne den beurteilenden Superintendents bzw. Dekan) ist in der Lage, nicht mehr nur objektiv und neutral zu diskutieren, sondern sich persönlich dem Text zu stellen. Es ist dabei erforderlich, daß sich jeder vorbereitet (zumindest durch Studium eines zugewiesenen Kommentars).

An der gemeinsamen Predigtarbeit kann über die kameradschaftliche, gesellschaftliche und amtliche Begegnung hinaus das häufig fehlende geistliche Verhältnis der Amtsbrüder wachsen.

#### *Zu Ziffer 5*

a) Übertragung dieses Dienstes an die Superintendents (Dekane, Pröpste). Die Kirchenleitungen sollen diese Aufgabe nicht an besonders dafür geeignete und ausgesuchte Kräfte übertragen, sondern den Superintendents und Dekanen. Damit wird dieses Amt wieder stärker zum geistlichen Amt. Die Übertragung hilft dem Träger dieses Amtes zum tieferen Verständnis seiner Berufung. Wo dieser Dienst zur festen Ordnung gehört und nicht in das Ermessen gestellt ist, bleibt er vor falscher Auslegung bewahrt.

Der Superintendent soll Predigten auch unangemeldet abhören. Er darf auf keinen Fall sofort wegfahren, sondern hat im Anschluß mit dem Pfarrer über die Predigt zu sprechen. Dieses Abhören darf nicht mit einer Qualifikation verbunden werden.

b) Berücksichtigung dieser Aufgabe bei der Auswahl der Superintendents.

c) Zurüstung der Superintendents auf einer vom Bischof geleiteten Konferenz.

a) Beschäftigung der Pfarrkonvente mit dem Thema „Predigt“. Die Kirchenleitungen sollen gebeten werden, einen Pfarrkonvent mit dem Thema „Predigt“ zu befassen. Dabei soll auch die Hamburger Predigtentschließung besprochen werden, vor allem hinsichtlich des dialogischen Charakters der Predigt. Die Pfarrer bedürfen der Ermunterung und Ermutigung, an irgendeiner Stelle mit dem Gespräch über die Predigt zu beginnen, um aus der Einsamkeit des Predigers erlöst zu werden.

b) Einbeziehung der Pfarrfrauen in das Gespräch über die Predigt. Die Pfarrfrau muß es lernen, sich als Stimme der Gemeinde ihrem Mann gegenüber zu wissen. Die Freizeiten für Pfarrbräute sollten daher auch die Fragen der Predigt behandeln und zum Gespräch über die Predigt anregen und anleiten. Die Pfarrfrauen sollten an dem Pfarrkonvent über die Predigt teilnehmen, ebenso an den Teilen der Pfarrkonferenzen, die geeignet sind, mit den wesentlichen Aufgaben des Pfarrdienstes vertraut zu machen.

c) Ermunterung der Gemeinden zum Gespräch über die Predigt. Die große Zahl der Briefe an Rundfunkprediger beweist, daß die Hörer das Bedürfnis haben, über die Predigt zu sprechen. Sie müssen aber ermuntert werden, ihren eigenen Pfarrer persönlich auf die Predigt anzusprechen (z. B. durch Stellen von Fragen, Erzählen eigener Beispiele und Erlebnisse zur Predigt). Hier liegt ein Erziehungsauftrag vor, den die Gemeindeblätter, besonders Flugschriften und die Predigt selbst wahrnehmen sollten. Alle Gemeindekreise sollten sich mit dieser Frage beschäftigen und nach Wegen suchen. Dabei ist Verständnis für das Wesen der Predigt zu wecken und Hilfe zur geistlichen Beurteilung zu geben (Zusammenhang mit dem Text; Blick auf das Ganze der Predigt; Konfrontierung mit dem eigenen Leben).

d) Gemeinsame Vorbereitung der Predigt. Hierfür liegt eine Reihe von Modellen vor. Die Pfarrer sollten mit den Möglichkeiten vertraut gemacht werden, mit kleineren Kreisen (etwa Kirchenvorstand oder Gemeindejugend) gemeinsam eine Sonntagspredigt vorzubereiten. Mit den Kreisen sollte gewechselt werden, damit kein Pharisäertum entsteht.

e) Nachbesprechung der Predigt. Die Pfarrer sollten mit den vorliegenden Erfahrungen und Modellen vertraut gemacht werden. Die Nachbesprechung in Gemeindekreisen kann auch dazu helfen, daß die Gemeindeglieder den Pfarrer auf die Predigt ansprechen.

3. Auch an den Entschließungen der Generalsynode von Berlin-Spandau 1958 zu Fragen der Volksmission wurde eifrig weitergearbeitet (siehe Kirchliches Jahrbuch 1958, S. 209). Als ein erstes praktisches Ergebnis kann man die Bemühungen um das „Offenhalten der Kirchen“ betrachten.

KUNDGEBUNG DER BISCHOFSKONFERENZ  
DER VELKD ZUM OFFENHALTEN DER KIRCHEN

*Vom 9. Oktober 1959*

Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands bittet die Pfarrer und Kirchenvorstände, die Kirchen täglich offenzuhalten.

Wir schulden dem gehetzten und unruhigen Menschen die Möglichkeit der Stille. Oft hat er keinen Raum, in dem er allein sein und sich sammeln kann. Betrieb und Lärm hindern ihn daran, vor Gott still zu werden. Wie könnten wir die Kirchen vor ihm am Alltag verschlossen halten!

Das Gotteshaus lädt dazu ein, auf Gottes Stimme zu hören und ihn im Gebet anzurufen. Manchem fällt das Gebet in der Kirche leichter als anderswo. Die aufgeschlagene Bibel, das Bild des Gekreuzigten, Taufstein und Altar lenken seinen Sinn auf Christus hin.

Mit dem Öffnen der Kirchentüren allein ist es freilich nicht getan. Es wird der Anleitung und Handreichung bedürfen. Bibelworte, Liedverse und Gebete der Kirche können zur stillen Andacht helfen.

Wenn nur einer jeden Tag seine Sorge auf Gott werfen oder seine Sünden bekennen würde und wenn nur einer fürbittend anderer gedächte oder dankbar und froh an sein Tagewerk ginge, dann hätte sich das Offenhalten der Kirche gelohnt.

#### HINWEISE UND RICHTLINIEN DES AUSSCHUSSES DER VELKD FÜR FRAGEN DES GEMEINDLICHEN LEBENS ZUM OFFENHALTEN DER KIRCHEN

Zu der Kundgebung der Bischofskonferenz zum „Offenhalten der Kirchen“ vom 9. Oktober 1959 hat der Ausschuß für Fragen des gemeindlichen Lebens der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands nachstehende praktische Hinweise und Richtlinien erarbeitet, die den Gliedkirchen und Kirchenvorständen der Gemeinden als Hilfen für die praktische Verwirklichung des Aufrufs der Bischofskonferenz zur Verfügung gestellt werden.

Will die Kirche ihren Gliedern dazu helfen, den Sonntag recht zu feiern und auch in der Unruhe und Hast der Arbeitswoche Stille vor Gott zu finden, so muß das Gotteshaus an allen Tagen – mindestens zu bestimmten Stunden – offenstehen. Seine Glocken rufen zum Gottesdienst, aber auch zum täglichen Gebet.

##### *1. Beschlußfassung*

Das Offenhalten der Kirchen erfolgt auf Beschluß des Kirchenvorstandes, der vorher über Zweck und Ziel dieses Dienstes in ausführlicher Aussprache unterrichtet worden ist.

##### *2. Vorbereitung*

Der Beschluß ist zunächst allgemein bekanntzumachen, und zwar durch Abkündigung im Gottesdienst, durch wiederholte Mitteilungen in der kirchlichen und allgemeinen Presse sowie in Gemeindebriefen. Außerdem ist der Plan in den Gemeindekreisen, in Konfirmandenunterricht, Kinderlehre und Gottesdienst zu besprechen. Die Gemeindekreise und Konfirmanden werden dabei am besten in die Kirche geführt. Es wird ihnen die Kirche erklärt nach Alter, Bau, Einrichtung, besonderen Kunstgegenständen usw. Sodann unterweist man die Versammelten über die Bedeutung der Kirche als Raum für die Gottesdienste der Gemeinde und für die stille Andacht des einzelnen sowie darüber, wie solche Andachten praktisch durchgeführt werden können.

##### *3. Ziel der täglichen Kirchenöffnung*

Von vornherein muß klargestellt werden, daß es nicht in erster Linie darum geht, die Kirchenbesichtigung zu erleichtern, sondern eine Gelegenheit zu schaffen, in der Stille des Gotteshauses zu beten und Andacht zu halten. Das schließt nicht aus, auch ein Wort über die Bedeutung des Kirchengebäudes, seine Besonderheiten und seinen Wert zu sagen. In erster Linie geht es aber darum, den der Unruhe und lärmenden Enge ausgelieferten Menschen für eine kurze Zeit des Tages zur Einkehr und Sammlung einzuladen.



#### 4. Öffnungszeiten

Die Öffnungszeiten festzusetzen, bleibt dem Kirchenvorstand überlassen. In den Städten wird es zweckmäßig sein, von Anfang an die Kirchen von früh bis zum Einbruch der Dunkelheit offenzuhalten. Auf dem Lande und wo offene Kirchen etwas völlig Ungewohntes sind, wird man zu diesem Ziel nur stufenweise kommen können. Man beginnt damit, die Kirche den ganzen Sonntag offenzuhalten. Gemeindeglieder, die nicht am Gottesdienst teilnehmen konnten, haben so die Gelegenheit, trotzdem den sonntäglichen „Kirchgang“ zu halten, auch dem Sonntagsbesuch die Kirche zu zeigen. Ausflügler und andere Sonntagsgäste werden die Möglichkeit wahrnehmen, die Kirche aufzusuchen. Als nächste Stufe wird dann die Zeit Sonnabendmittag bis zum Abend und Montagmorgen bis zum Mittag hinzugenommen. Wichtig ist, dann damit eine kurze Andacht zu verbinden als Andacht zum Beginn der Arbeitswoche und Wochenschlußandacht. Auch Schulkinder sind u. U. dazu einzuladen. Als weitere Stufe wird man dann die täglich zeitweilig geöffnete Kirche vorsehen (im Sommer nachmittags 16–19 Uhr, im Winter 14–17 Uhr).

#### 5. Hinweisschilder

Es empfiehlt sich, weithin lesbare Hinweise, daß die Kirche offen ist, nicht nur am Haupteingang der Kirche, der normalerweise allein offengehalten wird, sondern auch an den verschlossenen Nebeneingängen anzubringen. Etwa so: „Die (Name) Kirche ist zur stillen Andacht und Besichtigung täglich (an Sonn- und Festtagen) den ganzen Tag über von ... Uhr morgens bis abends 19 Uhr (bis zum Anbruch der Dunkelheit) geöffnet.“ Ist die Kirche nicht täglich geöffnet, sollte folgender Zusatz angebracht werden: „Ist die Kirche verschlossen, so kann der Schlüssel bei ... abgeholt werden.“ Oder: „Bei verschlossener Kirche öffnet der Küster (Kirchner) auf Wunsch die Kirche. Seine Wohnung ist ...“ Es empfiehlt sich, in Landgemeinden außer dem Pfarrer- oder Kirchnerhaus noch ein weiteres in der Nähe der Kirche gelegenes Haus anzugeben, bei dem man sicher sein kann, daß immer jemand anwesend ist. Im Vorraum der Kirche bringe man einen Anschlag folgenden Inhalts an: „Wir bitten die Besucher unserer Kirche, die Würde des Gotteshauses durch ihr Verhalten zu achten. Während der Gottesdienste und gottesdienstlichen Handlungen (Taufen, Trauungen und dergl.) ist eine Besichtigung der Kirche nicht möglich. Dafür laden wir zur Teilnahme am Gottesdienst herzlich ein.“ Dazu noch folgende Aufforderung: „Besichtige diese Kirche nicht nur, weil es ein schönes und altes Bauwerk ist. Werde hier still, sammle deine Gedanken, richte deinen Blick auf das Kreuz! Und gehe nicht fort, ohne in der Stille gebetet zu haben.“

#### 6. Beaufsichtigung

Die meisten Erfahrungen haben gezeigt, daß bei regelmäßig offengehaltenen Kirchen Diebstähle kaum vorkommen und die Sorge vor Unfug weithin unbegründet ist. Dennoch wird empfohlen, einen Kreis älterer Gemeindeglieder oder Hausfrauen zu sammeln, der sich zur Beaufsichtigung in der Kirche bereit findet und nach einem festen Plan ablöst. Die Helfer sollten vorher über die Bedeutung bestimmter wertvoller Stücke der Kirche und ihre Geschichte unterrichtet werden, damit sie auf Befragen Fremden und Einheimischen Auskunft geben können. Sie sollten durch zurückhaltendes Benehmen auf die Rücksicht nehmen, die zur stillen Andacht in den Kirchenraum gekommen sind. Vor allem sollten sie selbst zu Gebet und stiller Andacht angeleitet werden.

#### 7. Anleitung zur stillen Andacht

Der Pfarrer und seine Mitarbeiter sollten keine Gelegenheit versäumen, ihrer Gemeinde das stille Gebet und die Meditation nahezubringen. Man darf sich nicht scheuen, diese

unseren Gemeindegliedern weithin verlorengegangene Fähigkeit neu zu wecken und in schlichtester Weise zu lehren. Im Gotteshaus müssen für die stille Andacht Andachthilfen bereitliegen, wie sie der Gemeindevorstand der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche für die verschiedenen Erfordernisse erarbeitet hat. An sichtbarer Stelle könnte die bei der Tageslese aufgeschlagene Bibel liegen. Auch Gesangbücher sollen zur Hand sein.

#### *8. Büchertisch*

Ein Büchertisch oder Bücherschrank sollte dem Aufbau der Gemeinde dienendes Schrifttum, Anleitung zur Hausandacht und das Gemeindeblatt zur Selbstbedienung anbieten.

#### *9. Für stille Andacht geeigneter Kirchenbau*

Bei Neubau einer Kirche oder bei ihrer Erneuerung sollte darauf Bedacht genommen werden, daß sie auch zur stillen Andacht einläßt.

#### *10. Der Dienst des Pfarrers*

In unseren Gemeinden wird es sicherlich als eine Ermutigung gefunden werden, die offengehaltene Kirche aufzusuchen, wenn man weiß, daß der Pfarrer dort zu bestimmten Zeiten anzutreffen ist. Es wäre eine Hilfe, wenn er sich mit verantwortlichen Gemeindegliedern selbst gelegentlich an Werktagen in der Kirche einfände und vor dem Altar betete. Auch eine besondere Seelsorgepraxis (Privatbeichte) könnte sich daraus entwickeln, die den Vorzug hat, nicht an das in seinen Zu- und Abgängen viel mehr beobachtete Pfarrhaus gebunden zu sein. Im Anschluß an das Morgengebet (Morgenandacht) sollte – möglichst in der Sakristei – Gelegenheit zum seelsorgerlichen Gespräch und zur Beichte gegeben sein.

#### *11. Dienst an der Orgel*

Auch der Dienst an der Orgel, zu bestimmten Tagen und Stunden angeboten, kann eine Hilfe zur Sammlung und Andacht sein.

#### *12. Tägliche Andachten*

Wo es die Verhältnisse erlauben, sollte man bei der täglich geöffneten Kirche auch eine tägliche Andacht einrichten. Die Gemeinde wird es dann lernen, das Gotteshaus auch werktags aufzusuchen, da die Kirche auch dann zu gottesdienstlichen Zusammenkünften ruft, etwa zu täglichen Morgen- und Abendgebeten, zu Schulandachten vor Schulbeginn, zur Andacht für arbeitende Menschen vor Geschäftsbeginn oder nach Büroschluß, zu morgendlichen Kurzandachten in der Nähe eines Geschäfts- und Industriezentrums, zu Andachten an einem Autobahn-Knotenpunkt, zu Wochenschlußgottesdiensten und zu Beichtfeiern als Zurüstung auf den Hauptgottesdienst am Sonntag. Abendliche Veranstaltungen im Gemeindefestsaal, vor allem auch solche der Jugend, können mit dem Abendgebet in der Kirche schließen. Als Ordnung bieten sich die „Tageszeiten-Gottesdienste“ (Mette und Vesper) an. Weitere Hilfen dafür werden nach Bedarf bereitgestellt werden.

### **5. ZWISCHENKIRCHLICHE FRAGEN**

1. In der Behandlung zwischenkirchlicher Fragen 1959 in Deutschland nahmen die „Arnoldshainer Abendmahlsthesen“, die im Jahre 1958 von einem zur Erörterung der Fragen der Abendmahlslehre und der Abendmahlsgemeinschaft

seitens des Rates der EKD eingesetzten Ausschusses vorgelegt worden waren, einen besonderen Platz ein. Die Bischofskonferenz der VELKD hatte gleich nach Veröffentlichung dieser Thesen den Theologischen Ausschuß beauftragt, für die VELKD eine Stellungnahme zu erarbeiten. Diese nachstehend wiedergegebene Stellungnahme hat die Bischofskonferenz an den Rat der EKD mit der Bitte weitergeleitet, die von dem Theologischen Ausschuß erbetenen Klarstellungen auf geeignete Weise herbeizuführen.

#### STELLUNGNAHME

#### *des Theologischen Ausschusses der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zu den Arnoldschainer Abendmahlsthesen*

*Vom 11./12. Oktober 1959*

Die Arnoldschainer Abendmahlsthesen sind allen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland und so auch den Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Studium und zur Stellungnahme zugeleitet worden, um dadurch die notwendige theologische Besinnung über das Abendmahl und die Bemühung um die Verständigung zwischen den reformatorischen Konfessionen in Deutschland zu fördern.

Dieses Studiendokument eines von der Evangelischen Kirche in Deutschland berufenen Ausschusses von Theologen ist in der gegenwärtigen kirchlichen und theologischen Situation in Deutschland ein in mancher Hinsicht hilfreiches Wort. Es will die bekenntnisverschiedenen evangelischen Kirchen in Deutschland, deren Grenzen durch die Bevölkerungsverschiebungen vielfach durchkreuzt sind, einander näherbringen. Es kann zu einer Hilfe werden, um der Ungewißheit und Unklarheit der Abendmahlspredigt und Abendmahlspraxis zu steuern und auf diese Weise Hemmnisse beiseite zu räumen, die sich dem in den Gemeinden wachsenden Verlangen nach dem Mahl des Herrn entgegenstellen.

Es erscheint uns besonders wichtig, daß hier nicht bloß das dogmatische Gespräch der reformatorischen Konfessionen wieder aufgenommen wurde, sondern daß dabei den Fragen der modernen Schriftforschung, die seit dem 18. Jahrhundert in Deutschland besonders intensiv und radikal betrieben wird, nicht ausgewichen wurde. Die moderne Schriftforschung als solche kann, wie gerade im Anfangsstadium des Abendmahlsgesprächs deutlich wurde, die Lehrunterschiede des 16. Jahrhunderts nicht überwinden, kommt sie doch selbst zu weit auseinandergehenden exegetischen Ergebnissen. Um so mehr ist es theologiegeschichtlich bedeutsam, daß bei der Erarbeitung dieser Thesen Vertreter der modernen Schriftforschung zusammen mit Systematikern und Kirchengeschichtlern einen ersten Schritt von ihren historisch-exegetischen Einzelergebnissen zu gemeinsamen, kirchlich-verantwortlichen Aussagen vollzogen haben. Aus dieser verheißungsvollen und verpflichtenden Wendung theologischer Arbeit ergaben sich Aussagen, die wichtige Seiten der neutestamentlichen Botschaft vom Abendmahl neu hervorkehren, die in den Lehrformulierungen der Reformationszeit auf Grund ihrer anderen Fragestellung zurücktreten.

Wie jene setzen die Thesen bei Jesus Christus als dem Geber und der Gabe des Abendmahls ein: der erhöhte Herr selbst gibt sich in seinem Leib und Blut mit Brot und Wein allen zu diesem Mahl Hinzutretenden zu eigen. Von hier aus machen sie nachdrücklich den ekklesiologischen, ethischen und eschatologischen Bezug des Mahles sichtbar: der Herr schließt die seinen Leib Empfangenden zu seinem Leib, der Gemeinde, zusammen und nimmt sie zum Gehorsam der Tat in seinen Dienst; so ist das Mahl die Wegzehrung des wandernden Gottesvolkes, das darin den Tod des Herrn verkündigt, „bis daß er kommt“.

Von diesen weiterführenden Erkenntnissen aus wurden manche Lehraussagen der

Reformationszeit neu gefaßt. Die reformierten Teilnehmer verzichteten auf den Parallelismus von leiblichem und seelischem Essen als getrennten Vorgängen, auf die Lokalisierung der erhöhten Leiblichkeit Christi zur Rechten Gottes und auf das Abhängigmachen der Gabe von dem Glauben des Empfängers. Auch von lutherischen Teilnehmern wurden bestimmte Formulierungen nicht wiederholt, die durch die Fragestellung der Reformationszeit und durch damalige Denkvoraussetzungen bedingt waren. Insbesondere verzichteten sie darauf, die Gegenwart von Leib und Blut Christi mit heute mißverständlich gewordenen Begriffen wie *res*, *substantia* oder *materia* sichern zu wollen, weil diese Begriffe seit der Reformationszeit einen tiefgreifenden Bedeutungswandel durchgemacht haben. Um der Gefahr zu begegnen, die Gabe des Sakraments von der Person und Geschichte Jesu abzulösen, versuchten sie, ohne den Gehalt der Lehre der lutherischen Bekenntnisse preiszugeben, das Wesentliche in Gestalt von Aussagen über das Gesamtgeschehen beim Abendmahl festzuhalten.

## II.

Diese positive Würdigung der Arnoldshainer Abendmahlthesen setzt voraus, daß sie in Einzelheiten wie folgt zu verstehen sind:

### 1. Zu These 1, 1

Das Abendmahl ist von Jesus Christus in der Nacht des Verrates gestiftet, und in der Feier des Abendmahls der Gemeinde handelt er als der für uns in den Tod gegebene und auferstandene Herr; durch dieses Handeln entfaltet er zugleich das Verständnis seiner Stiftung.

### 2. Zu These 2, 2

Das Abendmahl ist *eine* der „Weisen“, in denen Christus uns die Gaben des rettenden Evangeliums zueignet“; aber zugleich eine *besondere* Weise; die Besonderheit besteht darin, daß Christus im Abendmahl seinen Leib und sein Blut darreicht.

### 3. Zu These 3, 3

„Unter Gebet, Danksagung und Lobpreis“ und durch das Sprechen der Einsetzungsworte werden Brot und Wein ausgesondert und in den Dienst der Selbstdarreichung Christi in seinem Leib und in seinem Blut gestellt.

### 4. Zu These 4 und These 5, c und d

Im Abendmahl gibt sich Jesus Christus, indem er seinen Leib und sein Blut gibt, so daß diejenigen, die Brot und Wein essen und trinken, kraft der Verheißung der Einsetzungsworte seinen Leib und sein Blut empfangen. Dem entspricht These 5 d, die eine Trennung von leiblichem und seelischem Essen ablehnt. Dieses Verständnis der Einsetzungsworte schließt ein, daß in der Spendung und im Empfang des Abendmahls das Brot Christi Leib und der Wein Christi Blut ist. Mit Recht lehnt jedoch These 5 c die Auffassung ab, als werde im Abendmahl ein von Christi Person und Passion lösgelöster „Stoff“ seines Leibes und Blutes dargereicht. Ein solches Mißverständnis würde auch dem „*vere adsint*“ von CA X bzw. dem reformatorischen „*vere et substantialiter*“ widersprechen.

### 5. Zu These 4 und These 8, 2

Im Abendmahl „gibt“ Jesus Christus „allen, die hinzutreten“, „sich in seinem für alle in den Tod gegebenen Leib und seinem für alle vergossenen Blut“. Er „läßt sich ... von uns



nehmen“. Das heißt: er gibt sich allen und wird von allen empfangen, auch wenn die Frucht des Abendmahls („Vergebung der Sünden, Leben und Seligkeit“) nur den Glaubenden zuteil wird. Die Versündigung „an der Hoheit dieser Gabe“ (These 8, 2) ist somit die Versündigung an dem in diesem Mahl sich leiblich darreichenden Herrn.

### III.

Im Unterschied, teilweise auch im Gegensatz zu dem vorstehend dargelegten Verständnis bestimmter Einzelheiten der Arnoldshainer Abendmahlsthesen sind in der bisherigen Diskussion – zum Teil schon bei der Überreichung – auch folgende Interpretationen vertreten worden:

#### 1. Zu These 1, 1

Die Formulierung der These lasse bewußt offen, ob und in welcher Weise das Abendmahl der Gemeinde mit dem letzten Mahle Jesu zusammenhängt. Die Bekenntnisaussage, die von dem Abendmahl als der institutio Christi spricht, meine damit „nicht ein historisches Urteil“, sondern „die Gewißheit, daß wir im neutestamentlichen Christuszeugnis durch das Zeugnis der Gemeinde hindurch Auftrag und Verheißung des Herrn der Kirche in seiner Einheit als des Irdischen und des Erhöhten vernehmen“. (Vgl. H. Gollwitzer: Zur Lehre vom heiligen Abendmahl. 1958. S. 24.)

#### 2. Zu These 2, 2

Aus der Feststellung, daß das Proprium des Abendmahls „nicht die Gabe, sondern die Weisen des Gebens“ betrifft, folge, daß nach einer besonderen Abendmahlsgabe überhaupt nicht mehr zu fragen sei. Allenfalls könne das Proprium des Abendmahls in der stärkeren Intensität „leiblicher Zugriffsakte“ gesehen werden.

Zwischen der Gegenwart Christi unter dem gottesdienstlichen Handeln der Kirche überhaupt („der durch sein Wort im Heiligen Geist gegenwärtige Herr“), um die es These 2 geht, und der besonderen Gegenwart Christi im Abendmahl, von der These 3 und 4 sprechen, kann dann folgerichtig auch nicht mehr unterschieden werden. (Vgl. Gollwitzer, a.a.O. S. 25 und 29.)

#### 3. Zu These 3, 3

Der Verzicht darauf, das Sprechen der Einsetzungsworte näher zu bestimmen, trage dem Rechnung, daß man sich in der Kommission einig geworden sei, „die Auffassung, es gehöre ein eigener Konsekrationsakt zu den wesentlichen Stücken der Mahlshandlung, nicht zu befördern“. Jedes Betonen der Aussonderung der Elemente rücke „die Wandlungsvorstellung bedenklich nahe“. (Vgl. Gollwitzer, a.a.O. S. 26.)

#### 4. Zu These 4 und These 5, e und d

Es gehe in den positiven und negativen Feststellungen nicht nur darum, „alle irreführenden substanzhaften Vorstellungen“ auszuschalten und einer isolierten Betrachtung der Elemente zu wehren, sondern es sei überhaupt unzulässig, irgendwelche Aussagen über das Verhältnis der Elemente zu Leib und Blut Christi zu machen über die allgemeine Feststellung hinaus, daß Brot und Wein in das Gesamtgeschehen beim Abendmahl „hineingenommen“ seien. (Vgl. W. Kreck, a.a.O. S. 43, auch Gollwitzer, a.a.O. S. 28 f.)

#### 5. Zu These 4 und These 8, 2

Es sei eine „ungeheuerliche Behauptung“, die Arnoldshainer Abendmahlsthesen könnten im Sinne der lutherischen Lehre von der manducatio indignorum verstanden werden

(W. Niesel, Ref. Kirchenzeitung, 1959, H. 1 Sp. 13). Die Absicht der Arnoldshainer Thesen gehe dahin, diesen ganzen Streit als überwunden zu behandeln, weil beide Antithesen „so nicht stehenbleiben können“. Die Wendung: Was Christus „allen, die hinzutreten, gibt“, besage: das Geben Christi gelte allen. Man könne paradox auch so formulieren: „Christus schenkt sich hier allen, aber empfangen kann man ihn nur im Glauben.“ (Vgl. Gollwitzer, a.a.O. S. 30; Kreck, a.a.O. S. 45 f.)

#### IV.

Die Tatsache, daß die Thesen so verschieden gedeutet werden, macht Klarstellung erforderlich. Wohl ist bei derartigen Thesen eine gewisse Variationsbreite der Deutung und die Möglichkeit verschiedener Akzentuierung begreiflich, ja unvermeidlich. Dies darf jedoch nicht zu einander ausschließenden, gegensätzlichen Deutungen führen.

Die Thesen leisten derartigen Deutungen offensichtlich selbst Vorschub, weil ihrer Sprache weithin eine schwebende Unbestimmtheit, manchmal auch Gewundenheit eignet. Manche Formulierungen lesen sich wie ein sorgsam ausgewogener Kompromiß zwischen Elementen der lutherischen und der reformierten Abendmahlslehre, so daß hier die Gegensätze nicht eigentlich überwunden, sondern nur überdeckt zu sein scheinen.

Die Kirche bedarf aber um ihrer Predigt willen der Klarheit der Lehre und um der Gemeinde willen auch der Einfachheit der Sprache, zumal in einer durch jahrhundertlange Reflexion belasteten Sache.

Unverkennbar ist ferner im Inhalt der Thesen die Tendenz, das verkündigte Wort stark in den Vordergrund zu stellen und demgegenüber das Spezifische des Abendmahls zurücktreten zu lassen. Der Vorliebe für akthafte personale Aussagekategorien entspricht eine Abneigung gegen jegliche Seinsaussagen; auf diese kann indessen nicht verzichtet werden. Wohl geht es im Abendmahl nicht um das bloße Dasein von Leib und Blut Jesu Christi als eines Eigenwertes, sondern um ihr Dargeben und ihr Empfangenwerden; aber innerhalb dieser Handlung und für sie muß doch die wirkliche Gegenwart des dahingegen gegebenen Leibes Jesu Christi und seines vergossenen Blutes eindeutig bekannt werden. Gilt auch diese Gegenwart nur auf den Empfang hin, so gilt sie doch nicht nur für den Glauben des Empfängers. Es muß unbezweifelbar zum Ausdruck kommen, daß Brot und Wein, welche dem Abendmahlsgast dargereicht werden, ihm Christi Leib und Blut zueignen.

Die Thesen bedürfen daher – wie oben gesagt – der Klarstellung. Wir bitten zu prüfen, wieweit diese Klarstellung durch verbindliche Interpretation geschehen kann und wieweit eine Neuformulierung vorgenommen werden muß. Unseres Erachtens erfordern z. B. die Überschrift, die Thesen 1, 1; 3, 3; 4 und 5 eine unmißverständliche Neuformulierung. Insbesondere bedarf die These 4 größerer Einfachheit und Eindeutigkeit.

#### V.

Zuletzt ist die Frage zu stellen, welche kirchliche Geltung den Arnoldshainer Thesen zukommen soll und kann. Wie schon in Teil I gesagt, sind die Thesen nach ihrem Ursprung zunächst ein Studiendokument, theologische Sätze, in denen auf die gewissenhafte Verantwortung der Unterzeichner eine Erklärung darüber abgegeben wird, was auf Grund exegetischer Einsicht und dogmatischer Kritik überlieferter Lehrformen heute von ihnen gemeinsam über das Abendmahl ausgesagt werden kann.

Der Vorspruch der Thesen sagt: „Was dieser Ertrag der bisherigen Arbeit für die Fragen der Abendmahlsgemeinschaft und der Kirchengemeinschaft bedeutet, bedarf weiterer theologischer Bemühungen.“ Es zeigt sich aber schon jetzt, daß die Arnoldshainer Thesen vielfach als theologische Rechtfertigung einer weithin im deutschen Protestantismus bereits geübten Abendmahlsgemeinschaft verstanden und als kirchliches Bekenntnis gewertet werden.

Die Arnoldshainer Abendmahlsthesen sind jedoch kein kirchliches Bekenntnis. Um

ihnen den Charakter eines öffentlichen kirchlichen Bekenntnisses zu verleihen, müßten sie erst von den Kirchen rezipiert und in den Kirchenverfassungen verankert werden, damit auch das kirchliche Lehramt in der Ordination daran gebunden werden kann. Darin sind wir mit allen Beteiligten einig. Die Thesen scheinen uns jedoch auch ihrer Art nach nicht geeignet zu sein, Bekenntnisse im Sinne der lutherischen Reformation zu werden, denn sie vermeiden es grundsätzlich, zu sagen, ob die bisher gültigen Sätze unserer Bekenntnisse durch sie überholt oder ergänzt seien oder wie sonst das Verhältnis der alten und der neuen Sätze beurteilt werden solle.

Vor allem läßt die Überschrift uns zweifeln, ob auf dem Wege der Thesen überhaupt verbindliche kirchliche Lehraussagen gewonnen werden können; denn ein kirchliches Bekenntnis ist nicht nur eine Rechenschaft darüber, was wir heute als Botschaft hören, sondern zugleich eine Aussage dessen, was wir in der Kontinuität der Kirche glauben, lehren und bekennen.

Diese nüchterne und in manchem kritische Beurteilung des mühevollen Werkes soll und kann den Dank nicht mindern, den auch wir in der Kirche lutherischen Bekenntnisses der Gelehrsamkeit, der umsichtigen Ausdauer und der Pietas der Verfasser schulden. Die Abendmahlsthesen geben in ihrer biblischen Gründung der Abendmahlspredigt eine vertiefende Weisung, sie geben in ihrer Spannweite dieser Predigt auch die evangelische Freiheit. Was hier vorliegt, kann bei weiterer Klärung eine wirksame Hilfe auf dem Wege der Kirche zu immer neuer Verlebendigung ihrer Lehre und zur Sammlung um die Gabe ihres erhöhten Herrn werden.

2. Diese ganze Erörterung der Abendmahlsfrage zielt auf die Herstellung zwischenkirchlicher Abendmahlsgemeinschaft hin. Während die „Arnoldshainer Thesen“ diese Frage der Abendmahlsgemeinschaft noch nicht erörtern, bestand für die VELKD Veranlassung, ihre Auffassung hierzu noch einmal zu umschreiben. Die „United Church of Christ in USA“ hatte mit einem Schreiben vom 6. Juni 1958 an alle „Schwesterkirchen in der ganzen Welt“ zum Ausdruck gebracht, daß sie sich mit ihnen in Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft wisse und diesen Beweis christlicher Einheit auch von anderen Kirchen erhoffe. Der Ökumenische Ausschuß der VELKD beantwortete im Auftrage der Kirchenleitung diese Anfrage wie folgt:

Die United Church of Christ hat sich mit einem Schreiben vom 6. Juni 1958, das an alle „Schwesterkirchen der ganzen Welt“ gerichtet ist, auch an die Evang.-Luth. Kirche in Bayern gewandt. Dabei hat sie zum Ausdruck gebracht, daß sie sich mit diesen Kirchen in Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft weiß und diesen Beweis christlicher Einheit auch von anderen Kirchen erhofft. Da die Evang.-Luth. Kirche in Bayern Glied der Vereinigten Evang.-Luth. Kirche Deutschlands ist und es sich in der Frage der Abendmahlsgemeinschaft um eine Angelegenheit handelt, die die ganze Vereinigte Kirche angeht, hat die Kirchenleitung der Vereinigten Kirche ihren Ökumenischen Ausschuß beauftragt, den Entwurf einer Antwort vorzulegen. Der Ökumenische Ausschuß erklärt hierzu folgendes:

1. Wir nehmen die Gelegenheit wahr, auch unsererseits zu betonen, wie sehr uns daran gelegen ist, der in Christus vorgegebenen Einheit seines Leibes auch im Zeugnis und Handeln der verschiedenen bekenntnisbestimmten Kirchen Ausdruck zu geben. Auch die Anfrage der United Church nötigt uns, unsere Praxis der Abendmahlszulassung in unseren Gemeinden aufs neue im Lichte des Neuen Testaments zu bedenken.

2. Der Ökumenische Ausschuß der Vereinigten Evang.-Lutherischen Kirche Deutschlands hat im Auftrage der Kirchenleitung ein „Memorandum über das Verhältnis von Kirchen-

gemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft“ vom 18. September 1954 ausgearbeitet, um zu den auf der 3. Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Lund 1952 an die Kirchen gerichteten Fragen Stellung zu nehmen. Im Sinne dieses Memorandums, das wir in der Anlage beifügen<sup>1</sup>, stellen wir fest:

a) Im Unterschied von der United Church, die sich mit allen „Schwesterkirchen der ganzen Welt“ in Abendmahlsgemeinschaft weiß, gehen unsere Evang.-Lutherischen Kirchen von der Erkenntnis aus, daß „Kirchengemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft einander bedingen und fördern“. Es kann von Abendmahlsgemeinschaft nur dort die Rede sein, wo Kirchengemeinschaft besteht. Wir glauben, daß eine besonders von Acta 2, 42 und 1. Kor. 10, 16 f. ausgehende Besinnung nur zu diesem Ergebnis kommen kann.

b) Während die United Church von der Meinung ausgeht, daß bereits „natürlicherweise“ (by nature) Kirchengemeinschaft besteht unter allen, die Jesus Christus nachfolgen, sind wir der Überzeugung, daß gemäß CA VII die Übereinstimmung im Bekenntnis und in der stiftungsgemäßen Verwaltung der Sakramente (consentire de doctrina et de administratione sacramentorum) die Kirchengemeinschaft konstituiert. Nur auf dem Wege über ein zwischen der United Church und der Lutherischen Kirche geführtes verbindliches Lehrgespräch vermögen wir deshalb der Frage einer einzugehenden Kirchengemeinschaft näherzutreten.

c) Im Blick auf das uns vorliegende Schreiben der United Church und ihre Basis of Union halten wir es für unerlässlich, daß in einem solchen Gespräch insbesondere die folgenden Lehrartikel geklärt werden:

aa) Welches Schriftverständnis liegt der von der United Church vertretenen Auffassung einer uneingeschränkten Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft zugrunde?

bb) Welche Bekenntnisschriften sind im einzelnen gemeint mit den „evangelical confessions of the Reformation“, von denen Kapitel II der „Basis of Union“ spricht?

cc) In welchem Sinne weiß sich die United Church an das in den ökumenischen Symbolen enthaltene trinitarisch-christologische Dogma der Christenheit gebunden?

dd) Welche Autorität kommt diesen Bekenntnisschriften zu?

ee) Sieht sich die United Church imstande, einen Lehrgrundsatz von den Sakramenten zu bieten?

d) Wir stehen unsererseits mit den Gliedkirchen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland z. Z. in einem Gespräch über die Frage der Abendmahlslehre. Dieses Gespräch führte bekanntlich zu den gemeinsam von Lutheranern, Reformierten und Unierten verfaßten Arnoldshainer Thesen, die z. Z. einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden.

Wir werden diesem Gespräch weiterhin die gebührende Beachtung schenken, es fortführen und erweitern. Da wir im gegenwärtigen Augenblick keine direkten Berührungspunkte mit der United Church haben, wird es aus äußeren Gründen kaum möglich sein, daß wir mit ihr bzw. ihren Vertretern in ein ausführliches Lehrgespräch eintreten. Wie wir aber in unserem Bereich dieses Gespräch führen und fortführen werden, so bitten wir die United Church, in ihrem Bereich, besonders mit den lutherischen Kirchen in Nordamerika, Entsprechendes zu tun.

3. Abgesehen von allen noch zwischen uns unerledigt liegenden Fragen der Lehre und der Ordnung weisen wir darauf hin, daß in unseren Gliedkirchen um der Liebe Christi willen die Übung besteht, kommunionsberechtigte Glieder anderer Kirchen in Fällen der Not oder wo sie von der Sakramentsverwaltung ihrer eigenen Kirche abgeschnitten

---

1. Das Memorandum des Ökumenischen Ausschusses, abgedruckt in „Koinonia“, Arbeiten des Ökumenischen Ausschusses der VELKD zur Frage der Kirchen- und Abendmahlsgemeinschaft, herausgegeben vom Lutherischen Kirchenamt, Lutherisches Verlagshaus Berlin 1957, ist ebenfalls im Kirchlichen Jahrbuch 1954, S. 153 ff., abgedruckt.



sind, zum Tisch des Herrn zuzulassen, falls sie das Sakrament des wahren Leibes und Blutes Jesu Christi zu empfangen begehren. Nach der Terminologie von Lund 1952 handelt es sich dabei um *limited open communion* oder um „*communion by economy or dispensation*“. Es widerspricht aber einer solchen seelsorgerlich bedingten Zulassung von Angehörigen anderer Kirchen im Einzelfall, wenn darüber Vereinbarungen getroffen und aus der Ausnahme auf dem Wege über eine feste Ordnung eine Regel gemacht werden soll.

Über die vorstehend aufgeführten Fragen hinaus wissen wir uns mit den Gliedern der United Church verbunden durch das Geschenk der heiligen Taufe, das uns miteinander verpflichtet, in Wahrheit und Liebe die rechte Verwirklichung der Kirchengemeinschaft zu suchen.

3. Zu den umstrittenen Gegenständen im Leben der EKD haben durch Jahre hindurch Fragen der Auslandsdiaspora gehört. Dabei war es besonders um die Abgrenzung der Kompetenzen der EKD auf der einen und der Landeskirchen bzw. landeskirchlichen Zusammenschlüsse, vor allem der VELKD, auf der anderen Seite gegangen. Die VELKD hat in ihrer umfassend ausgebauten Auslandsdiasporaarbeit immer zwischen solchen Aufgaben, die sie in einer Art Stellvertretung für die EKD aufgriff, auf der einen Seite und anderen Aufgaben, die sich aus dem Bundescharakter der EKD, aus der mit vielen Auslandsdiasporagebieten gemeinsam empfundenen Verantwortung für das lutherische Bekenntnis sowie aus der Arbeitsverbindung mit dem Lutherischen Weltbund ergaben, auf der anderen Seite unterschieden. Das von der EKD im Jahre 1954 erlassene Auslandsgesetz gab die Möglichkeit, die sogenannten Stellvertretungsaufgaben an die EKD (Kirchliches Außenamt) abzugeben. Dieser Prozeß steht jetzt vor dem Abschluß. Um so mehr bestand Veranlassung, die bleibende Verfassungsbestimmung der VELKD, ihr obliege die Fürsorge für die deutsche lutherische Diaspora innerhalb und außerhalb Deutschlands, zu erläutern. Das geschah auf der Generalsynode 1959 in Lübeck durch folgende Erklärung des Präsidenten des Lutherischen Kirchenamtes D. Brunotte:

Ich muß noch antworten auf die Frage nach der Abgrenzung der Aufgaben in der kirchlichen Auslandsarbeit, auf die in unserem gedruckten Tätigkeitsbericht bereits hingewiesen worden ist. Da ist unterschieden worden zwischen Aufgaben, die die Vereinigte Kirche seit längerem, sozusagen stellvertretend, für die Evangelische Kirche in Deutschland getan hat und noch tut, und solchen Aufgaben, die aus ihrem eigenen Wesen heraus folgen. Es ist gefragt worden, wie das konkret aussieht.

Wir berühren damit ein Gebiet, das nicht ganz einfach ist. Die Frage der Auslandsarbeit ist in der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland in Artikel 17 geregelt worden. Es heißt da ganz allgemein, daß die Evangelische Kirche in Deutschland die Verantwortung trägt für die deutschen evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrer und Gemeindeglieder außerhalb Deutschlands. Dann ist dieser allgemeine Satz eingeschränkt worden durch den Nachsatz: „... insbesondere, soweit sie ihr nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen angeschlossen sind.“ Dieser Satz ist 1948 deswegen hineingenommen worden, weil schon früher eine völlige Zentralisierung der Auslandsarbeit beim alten Kirchenbund oder der alten DEK nicht bestanden hat. Die Mehrzahl der Gliedkirchen hat zwar ihre Auslandsarbeit in den zwanziger Jahren an den Deutschen Evangelischen Kirchenbund abgegeben. Damit ist diese Arbeit 1933 an das Kirchliche Außenamt der DEK gekommen. Aber einige Gliedkirchen haben damals die von ihnen betriebene Arbeit in bestimmten Auslandssynoden bei sich behalten, zum Beispiel Hannover seine unmittelbare Beziehung zu der lutherischen Synode in

Südafrika; die ist niemals beim Kirchlichen Außenamt gewesen; Schleswig-Holstein seine unmittelbare Beziehung zu den deutschen lutherischen Gemeinden außerhalb der dänischen Staatskirche; auch die bayerische Kirche hat ihre Beziehungen zu der lutherischen Synode in Brasilien bis zum Jahre 1931 allein gepflegt und erst in diesem Jahr durch einen nicht ganz klaren Vorgang an den Kirchenbund abgetreten. Ich glaube, daß es mit der sächsischen Kirche und ihrem Verhältnis zu einzelnen Gemeinden in Chile ähnlich gelaufen ist.

Im großen und ganzen bleibt die Aufgabe der Evangelischen Kirche in Deutschland, sich um die deutschen evangelischen Auslandsgemeinden zu kümmern, bestehen. Sie ist aber in dem Auslandsgesetz, das die Evangelische Kirche in Deutschland sich selbst am 18. 3. 1954 gegeben hat, eingeschränkt. Es ist nämlich in dem § 1 dieses Gesetzes wohl die Bestimmung aus der Grundordnung Artikel 17 aufgenommen worden, aber im zweiten Absatz des § 1 heißt es: „Wo diese Verantwortung (nämlich für die deutschen evangelischen Auslandsgemeinden) von Gliedkirchen der EKD oder von Zusammenschlüssen von Gliedkirchen wahrgenommen wird, geschieht dies im Zusammenwirken mit der EKD.“ Auch das Auslandsgesetz von 1954 setzt also voraus, daß allgemeine Auslandsaufgaben nach Artikel 17 der Grundordnung von Gliedkirchen oder Zusammenschlüssen von Gliedkirchen wahrgenommen werden können. Es ist also kein absoluter Zentralismus gegeben, weder durch die Grundordnung noch durch das Auslandsgesetz der EKD. Daran möchten wir festhalten. Dem steht gegenüber, daß in der Verfassung der Vereinigten Kirche in Artikel 7 ebenfalls der Vereinigten Kirche die Aufgabe zugewiesen ist, für die Gemeinden im Ausland, die mit uns durch das gemeinsame lutherische Bekenntnis verbunden sind, zu sorgen. Es ist eine Aufgabe der Praxis, hier die richtige Abgrenzung zu finden. Diese Abgrenzung ist in den ersten Jahren nach 1945 nicht leicht für uns gewesen. Sie wissen, daß das zu dauernden Auseinandersetzungen mit der damaligen Leitung des Kirchlichen Außenamtes geführt hat und daß wir viele Wünsche anzumelden hatten, die niemals erfüllt worden sind.

Dazu gehört zum Beispiel, daß das Kirchliche Außenamt, sicherlich mit unter dem Druck der damaligen Verhältnisse und unter dem Druck des fehlenden Geldes, ganz bestimmte Aufgaben, die in der Welt neu aufgetreten waren, nicht aufgenommen hat, vielleicht, weil es sie nicht aufnehmen konnte. Ich darf darauf hinweisen, daß nach 1945 Zehntausende von deutschen oder deutschsprechenden oder mindestens Deutsch verstehenden Christenmenschen, und zwar lutherischen Christen aus ganz Europa, vom Balkan, aus den baltischen Staaten usw., nach den nördlichen Ländern von Südamerika ausgewandert sind, nach Venezuela, dem Land der großen Zukunft, usw., und daß dort irgend etwas geschehen mußte, um Gemeinden reformatorischer Art zu gründen, um die Wortverkündigung nach unserem reformatorischen Verständnis sicherzustellen und sie nicht, wie vor hundert Jahren die Auswanderer, die nach USA auswanderten, im Methodismus oder anderen protestantischen Kirchengemeinschaften aufgehen zu lassen. Diese Aufgaben hat das Kirchliche Außenamt niemals angefaßt und vielleicht auch nicht anfassen können. Der Lutherische Weltbund ist an die Stelle getreten, und im Zusammenwirken mit ihm hat die Vereinigte Kirche hier eine Menge getan, um diese Arbeit aufzubauen und zu fördern.

Ähnlich war es in England. Das Kirchliche Außenamt konnte sich zunächst nur um die alten historischen Anschluß-Gemeinden kümmern, also um die Gemeinden, die immer beim Außenamt gewesen waren. Aber durch die vielen tausend Kriegsgefangenen, die in der ersten Zeit dort in England in Arbeit blieben, durch die Wanderbewegung deutscher Arbeiter, insbesondere deutscher Mädchen, nach England, die heute noch anhält, war es nötig, eine ganze Reihe von neuen Gemeinden und Predigtstellen zu gründen. Der Lutherische Weltbund hat auch hier geholfen. Wir haben diese Arbeit nach und nach auf die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche übernommen. Es ist das Verdienst des jetzigen Leiters des Kirchlichen Außenamtes, daß er dafür offen war,

daß diese Gemeinden in eine nähere Beziehung zur Evangelischen Kirche in Deutschland gebracht werden müßten. Wir haben dem durch Verträge, die zwischen den englischen Gemeinden, also der Lutherischen Synode in England, der Evangelischen Kirche in Deutschland und uns geschlossen wurden, Rechnung getragen. Es ist hier also ein gemeinsames Verhältnis zu diesen Gemeinden begründet worden. Das Kirchliche Außenamt hat die finanzielle Fürsorge, die Gehaltszuschüsse, die Umzugskosten dieser Pfarrer usw., übernommen.

Ein weiteres nicht unerhebliches Arbeitsgebiet, das wir stellvertretend übernommen haben, war die Fürsorge für die deutschen evangelischen Gemeinden in Italien, die durch ungeschickte Maßnahmen der früheren Leitung des Kirchlichen Außenamtes derart in die Opposition getrieben worden waren, daß sie eine eigene Lutherische Kirche von Italien gegründet haben. Diese wieder in ein freundschaftliches, brüderlich-nachbarliches Verhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland zu bringen, ist noch eine sehr kunstreiche Aufgabe, zu der wir dem jetzigen Leiter des Kirchlichen Außenamtes nur viel Weisheit und Glück wünschen können. Die Vereinigte Kirche ist ihrerseits bereit, neue Verträge zwischen der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Italien, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Vereinigten Kirche abzuschließen, die es ermöglichen, daß die Fürsorge der Evangelischen Kirche Deutschlands, an der unsere Kirchen als Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland auch beteiligt sind, den Brüdern in Italien voll zugute kommt. Sie bekommen heute noch nicht die vollen Pfarrgehaltszuschüsse, die andere evangelische Auslandspfarrer erhalten. Wir bemühten uns, etwas zu ihrer Aufbesserung zu tun. Das kostete uns im Durchschnitt jedes Jahr 26 000 DM.

Ich zeige mit dem allem nur einmal, daß bestimmte Schwierigkeiten aus der Vergangenheit erst langsam überwunden werden müssen und daß hier eine ganze Reihe von Aufgaben besteht, die wir an das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland abgeben können, wenn in den Verträgen gesichert ist, daß diese lutherischen Gemeinden auch weiterhin lutherische Pfarrer erhalten und die Wünsche und Belange der lutherischen Gliedkirchen vom Kirchlichen Außenamt ebenso wahrgenommen werden wie die der unierten Gliedkirchen. Das Kirchliche Außenamt ist ja nicht dazu berufen, sämtliche Auslandsgemeinden als unierte Gemeinden anzusehen oder in Zukunft zu gestalten, sondern das Kirchliche Außenamt versteht seine Aufgabe wie die Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland dahin, den drei in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnissen gleichermaßen gerecht zu werden und ihre Interessen nach außen zu vertreten. Dazu gehört auch, daß wir dem Kirchlichen Außenamt immer noch mehr dazu verhelfen müssen, ein positives Verhältnis zum Lutherischen Weltbund zu gewinnen. Je positiver diese Dinge von Frankfurt betrieben werden, desto mehr können einzelne Arbeiten an das Kirchliche Außenamt übergeführt werden.

Es ist in der letzten Zeit mehrfach die Forderung erhoben worden, daß die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands überhaupt keine Auslandsarbeit zu treiben hätte und daß *alles* an das Kirchliche Außenamt übergeführt werden müsse. Ich habe bereits zu Beginn aus der Grundordnung und dem Auslandsgesetz nachgewiesen, daß das dort gar nicht vorgesehen ist. Es geht auch nicht. Die Evangelische Kirche in Deutschland ist nun einmal nach unserer Auffassung nicht Kirche; sie ist es innerhalb Deutschlands nicht, und sie kann es darum auch nicht außerhalb Deutschlands sein. Sie kann im Ausland nichts anderes sein als das, was sie in der Heimat selbst ist: ein Kirchenbund. Das wird immer bedeuten, daß die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche berechtigt und verpflichtet ist, zu den lutherischen Gemeinden, Synoden und Kirchen im Ausland ein besonders enges geistliches und brüderliches Verhältnis zu pflegen, insbesondere wenn diese Kirchen, wie in Brasilien und anderswo, mit uns im Lutherischen Weltbund vereinigt sind.

Damit komme ich zu dem zweiten, was hier im Tätigkeitsbericht erwähnt ist. Wir werden immer eine *eigene* Aufgabe der Vereinigten Lutherischen Kirche an diesen Gemeinden haben. Die ist dann weniger organisatorischer und finanzieller Art – das machen wir ja mit in der Evangelischen Kirche in Deutschland –, sondern das ist eine geistliche und brüderliche Aufgabe, ihnen zu helfen, sie mit theologischer Literatur zu versorgen, sie zu besuchen und dergleichen mehr. Dafür haben wir unseren Auslandsreferenten, Oberkirchenrat Dr. Hübner. Diese Dinge kann uns niemand abnehmen. Es ist ja nicht so, wie in einem neuerschienenen Buch über Martin Niemöller wieder einmal falsch zu lesen ist, daß der Abgang Niemöllers vom Kirchlichen Außenamt von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche erzwungen worden sei, weil diese auch die „Machtposition“ des Außenamtes hätte besetzen wollen. Das haben wir gar nicht getan, denn der jetzige Leiter des Kirchlichen Außenamtes versteht sich nicht als Exponent der Vereinigten Lutherischen Kirche. Das soll er auch gar nicht. Die rein geistlich-brüderlichen Aufgaben auf der Grundlage des gleichen lutherischen Bekenntnisstandes behalten wir bei uns selbst und können sie uns nicht abnehmen lassen. Das bedingt, daß der Auslandsreferent der Vereinigten Kirche nach wie vor auch diese Gemeinden besuchen kann, daß er ihnen Briefe schreibt, sie mit Literatur versorgt und was dergleichen an brüderlichen Diensten sonst möglich ist.

4. Theologische Begegnungen, die Mischehenfrage sowie besonders die am 25. Januar 1959 erfolgte Ankündigung eines „Ökumenischen Konzils“ gaben der VELKD immer wieder neue Veranlassung, sich mit dem Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche zu befassen. Wie die deutschen katholischen Bischöfe ihrem Mischehenwort vom Januar 1958 eine ausführliche Pastoralanweisung haben folgen lassen, so hat auch die VELKD eine Handreichung zu ihrer Mischehen-Erklärung vom 5. Juni 1958 erarbeitet. Zur Konzilsfrage und überhaupt zur Auseinandersetzung mit der römisch-katholischen Kirche gab Landesbischof D. Dietzfelbinger in seiner Eigenschaft als Beauftragter der VELKD für Fragen des Verhältnisses zur römisch-katholischen Kirche auf der Generalsynode 1959 in Lübeck die nachstehende programmatische Erklärung ab:

Ich möchte einiges sagen über das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche, nachdem die Besinnung darüber durch die Ankündigung des Ökumenischen Konzils neuen Anstoß bekommen hat. Es sind drei Gedanken.

1. Zunächst sind ja mancherlei Emotionen positiver und negativer Art unter uns und in der Welt überhaupt hervorgetreten, die durch die etwas undeutliche Ankündigung des Konzils geweckt worden sind. Aber an eins können wir durch diese Sache erinnert werden, was wir leicht vergessen, nämlich an die ökumenische Bedeutung und Verantwortung der Reformation.

Die Reformation ringt um die *eine* Kirche und vergißt das nie. Sie ging die gesamte Christenheit an. Wenn wir an den 31. Oktober 1517 denken, sollen wir wissen: der ist doch nicht der Anfangstermin einer neuen Kirche, sondern die ganze Kirche Jesu Christi wollte durch die Reformation angesprochen sein. Darum verzichtet die Kirche der Reformation auch nicht auf die Kirchengeschichte von Pfingsten bis 1517. Die Augsburgische Konfession von 1530 ist eine ökumenische Bekenntnisschrift. Sie beansprucht, daß „bei uns nichts, weder mit Lehre noch mit Zeremonien, angenommen wird, das entweder der Heiligen Schrift oder gemeiner katholischer christlicher Kirche entgegen ist“.

Und Martin Luther redet selber doch in einer großen Freiheit, Weite und Gewißheit in der Erklärung zum 3. Glaubensartikel von der „ganzen Christenheit auf Erden“, die der Heilige Geist „berufet, sammelt, erleuchtet, heiligt und bei Jesu Christo erhält im rechten, einigen Glauben“. Wie könnte dann die evangelisch-lutherische Kirche an



irgendeinem ernsthaften Versuch vorübergehen, der der Sammlung der Christenheit dient! So bemüht sich ja auch der gesamte Lutherische Weltbund um die Frage, die hier liegt. Sie haben gehört, daß eine lutherische Stiftung für ökumenische Forschung im Werden ist. So heißt der genaue Name: „Lutherische Stiftung für ökumenische Forschung“. Ihr Vorläufer soll die Arbeit sein, die Herr Prof. Skydsgaard in Kopenhagen vom Frühjahr 1960 an beginnen soll. Es geht also um die ökumenische Bedeutung und Verantwortung der Reformation. Sie vergißt nie die eine Kirche Jesu Christi.

2. Das zweite! Dabei ist alles menschliche Bemühen um die eine Kirche bestimmt von der Gewißheit der einen Kirche. Die ganze Christenheit auf Erden, von der Martin Luther redet, ist für ihn da. Sie muß nicht erst geschaffen werden, sie ist nicht das Ergebnis menschlicher Bemühungen, sondern sie ist das Werk Jesu Christi selber, der seine Kirche ins Leben gerufen hat. Und wenn sie nirgends sonst in der Welt da wäre, dann ist sie jedenfalls da in dem Glauben und in der Liebe und in der Hoffnung und im Erlöserwerk Jesu Christi selbst. In ihm ist sie da, so glauben wir, die eine, heilige, apostolische, christliche Kirche, wie es im Epheserbrief Kap. 4, 1 ff. gesagt wird. Das sind dort nicht Imperative: „ein Herr, ein Glaube, eine Taufe“, das sind vielmehr Indikative, Tatsachen, aus denen und in denen die eine, heilige, christliche Kirche lebt. Wir brauchen sie also nicht erst zu schaffen. Das bedeutet nicht, daß wir um ihre Darstellung ringen und an ihrer Zerspaltung, wie sie sich dem Auge darbietet, leiden und uns mühen, das, was alles an Sünde und an geschichtlichen Schwierigkeiten vorhanden ist, zu beseitigen. Aber jedenfalls dies bestimmt das Maß, den Anspruch und den Gehorsam aller menschlichen Bemühungen um die eine Kirche. Wenn sie in Jesus Christus als vorhanden geglaubt werden darf, bedeutet Mühe um die eine Kirche nicht mehr Heimkehr nach Rom, auch nicht Heimkehr nach Wittenberg, sondern Umkehr zu Jesus Christus.

Was das für das ökumenische Konzil bedeutet, so haben ja die letzten Monate manches aufgeklärt. Da ist beispielsweise der Streit um das Verständnis des Wortes „ökumenisch“ entschieden. Das ökumenische Konzil ist, so haben es ja die katholischen Autoritäten sehr klar uns auch in das Gedächtnis gerufen (das hätten wir gar nicht zu vergessen brauchen), nach röm. Verständnis eindeutig das Miteinander der römisch-katholischen Bischöfe unter dem Papst in Rom als dem Haupt. Das Konzil dient also der Sammlung und Darstellung der römisch-katholischen Kirche. Was die darüber hinaus gehegten Meinungen und Erwartungen betrifft, so stimme ich dem Katholiken Otto Karrer zu, der meint: „Für unmittelbare Einigungsbestrebungen mit evangelischen Gemeinschaften wird das Konzil unter den zeitgeschichtlichen Umständen schwerlich ein geeignetes Werkzeug sein.“ Ich müßte sogar auch dies noch aussprechen, daß ich eine Sorge nicht unterdrücken kann, es möchte nämlich die kommende Zeit, statt der Einheit zu dienen, die Spaltung vertiefen. Manche Blicke in die Geschichte und das Studium der Geschichte kann einen zu dieser Sorge führen. Es gibt das Gebet eines Papstes im Blick auf die anderen christlichen Kirchen: „Bewahre uns vor jedem Fehler, der sie von uns entfernen könnte!“ Manche Entwicklungen im Raume der römisch-katholischen Kirche geben zu solcher Sorge Anlaß. Wir denken ja immer noch schmerzvoll an die Verkündigung des Mariendogmas im Jahre 1950. Auch schmerzt mich, ehrlich gesagt, manches um die Geschichte vom Heiligen Rock von Trier. Um so mehr, wenn wir diese Dinge wissen und hier Sorge haben, sollten wir uns bemühen, auf vielen Gebieten, wo es möglich ist, einander zu begegnen, miteinander zu wetteifern, miteinander um die Wahrheit ehrlich zu streiten.

Ich denke z. B. an den weiten, schwierigen Bereich der Mischehe, wo nach meiner Meinung heute die Konfessionen sich am wirklichsten begegnen, an diesen Bereich, der uns das letzte Mal so ernsthaft beschäftigt hat und den wir nicht vergessen wollen. Hier wünschte ich, wir könnten einmal einander ernsthaft begegnen und miteinander ringen.

Ich denke aber auch an das Gegenüber und Miteinander in der Mission, also bei dem

Thema, das uns in dieser Synode beschäftigt. Hier scheint es mir auch, als könnte man mancherlei miteinander ausmachen und miteinander klären. Jedenfalls scheint es mir mancherlei Bereiche zu geben, wo wir alle zu solcher Arbeit gerufen sind, die jemand genannt hat „eine redliche ökumenische Buße“.

3. Ein dritter Satz! Welches darin die wichtigste Aufgabe der ökumenischen Verantwortung der evangelisch-lutherischen Kirche ist, scheint mir mit dem Folgenden beschrieben werden zu können: daß wir in der einen Kirche Christi um die Wahrheit Gottes ringen. Die Einheit der Kirche kann nie ohne die Wahrheit verstanden werden. Das müssen wir heute besonders deutlich sagen angesichts einer weitverbreiteten unbestimmten Sehnsucht nach Einheit und Geborgenheit, in der die Wahrheitsfrage ausgeklammert ist. Worin geschah die Reformation? Darin, daß mitten in der einen Kirche ein Mensch ganz einsam nicht losgelassen wurde von der Frage nach dem Heil seiner Seele: Wie kriege ich einen gnädigen Gott? Und, meine Brüder und Schwestern, in allen großen Gedanken und Plänen um die Einheit der Kirche darf diese Seite, dieser Pol nicht übersehen werden! Die Frage nach dem Heil der Seele aber läßt sich nicht zuerst mit dem Hinweis auf die Einheit, sondern allein mit der Wahrheit Gottes beantworten. Und die ökumenische Bedeutung der Reformation scheint mir darin zu liegen, daß sie die Rechtfertigung des Sünders aus Gnaden, allein durch den Glauben – das ist nämlich die Antwort der Wahrheit Gottes auf diese Frage nach dem Heil der Seele –, daß sie diese Rechtfertigungsbotschaft als die Wahrheit Gottes bezeugt. Was das für die Mission bedeutet, ist uns gestern ja gezeigt worden. Ich war besonders dankbar für diesen Abschnitt in dem Referat von Herrn Missionsdirektor Dr. Birkeli. Er hat uns gezeigt, wie die Rechtfertigungsbotschaft in Afrika und Asien *die* frohe Botschaft ist. Das Evangelium und die Rechtfertigungsbotschaft sind ja nicht einfach, wie wir das oft annehmen, einige trockene Lehrsätze. Vielmehr – so denke ich mir das – hat da einer gleichsam im Neuen und im Alten Testament Seite für Seite Gott dem Herrn bei seinem Handeln mit den Menschen in Jesus Christus zugesehen, mit den Kindern, mit den Menschen außerhalb des Volkes, mit dem Schächer am Kreuz und ebenso mit dem Erzvater Jakob (ich finde es ja schon im Alten Testament!). Da hat einer Gott bei diesem seinem gnädigen, aus dem Tode auferweckenden, rechtfertigenden Handeln zugesehen und hat versucht, das nun in ein paar Sätze zu fassen. Das Handeln Gottes aber, der den Gottlosen rechtfertigt in Jesus Christus, ist überhaupt das stärkste Motiv aller Verkündigung und aller Mission außen und innen, und was es nur für Arten von Mission geben mag. Das treibt doch den Apostel Paulus und alle Missionare in die Welt und treibt ebenso die Menschen der Inneren Mission, daß sie nicht Ruhe haben können, weil es Leute gibt, die Gott durch die Rechtfertigung gewinnen möchte, und wenn es Rechtfertigung des Gottlosen ist. Helfen wir einander in dieser Erkenntnis, daß sie in der evangelisch-lutherischen Kirche lebendig in der Mitte steht! Es gibt manche Stimmen, die heute sagen, die Rechtfertigungsfrage sei nicht mehr die Frage des Menschen. Ich glaube, wenn wir nur ein wenig die Oberfläche der geistigen Lage heute abkratzen, dann kommt diese Frage des Menschen, wie er vor Gott recht dran ist, als die Frage heraus.

Je mehr darum eine Kirche lebt in der Rechtfertigungsbotschaft, um so mehr dient sie der einen, heiligen, christlichen Kirche. Das scheint mir heute auch gegenüber der römisch-katholischen Kirche eine wichtige Aufgabe zu sein, selbst wenn in der Rechtfertigungslehre, wie das da und dort einmal gesagt wird, die beiden Kirchen einander nähergekommen sein sollten. Selbst wenn in den Formulierungen nicht große Unterschiede bestehen sollten, ist es doch ein fundamentaler Unterschied, ob diese Botschaft in der Mitte steht oder ein Satz unter anderen ist. Die Rechtfertigungsbotschaft bezeugen heißt die Wahrheit Gottes in der Kirche bezeugen und in die Mitte stellen. Was das für uns selber an Ruf zur Umkehr bedeutet, brauche ich nicht weiter auszuführen.

## IV. Die Evangelische Kirche der Union

Von F. R. Hildebrandt

Das Berichtsjahr 1959 stand für die Evangelische Kirche der Union unter dem großen Eindruck der ersten Tagung der 2. Generalsynode vom 8. bis 13. Februar im Johannesstift zu Berlin-Spandau. Diese Synode hat eine erstaunliche Fülle von Arbeit geleistet, deren Ergebnisse zweifellos für den fernerer Weg der Kirche bestimmend sein werden. Vorlagen, die schon seit Jahren in der Gesamtkirche und in den Gliedkirchen mit Fleiß und großer Sorgfalt vorbereitet worden waren, kamen auf dieser Synode zu einmütigem Abschluß. So verabschiedete die Synode vor allem den Teil I der neuen Agenda der Evangelischen Kirche der Union. Sie billigte ferner den Text eines neu formulierten Ordinationsgelübdes, das nun für die Zukunft eine feste Basis für die einheitliche innere Gestalt des Pfarrerstandes schafft. Sie nahm ein Diakonengesetz an und legte damit einen weiteren wichtigen Grundstein zum Aufbau einer umfassenden Ordnung der kirchlichen Ämter. Mit der gleichen Kraft und Intensität aber, mit der die Synode sich dem befriedigenden Abschluß so entscheidender Aufgaben im innerkirchlichen Bereich widmete, wandte sie sich jenen Problemen zu, die sich aus der Situation der Kirche in der heutigen Zeit mit Notwendigkeit ergeben. Schon der instruktive Bericht des Ratsvorsitzenden, Präses D. Scharf, ließ die ganze Spannweite der Fragestellungen erkennen, die heute die Kirche bewegen, insbesondere auch diejenigen, die sich aus der Tatsache der Existenz der Kirche innerhalb einer marxistisch-atheistischen Umwelt zwangsläufig entwickelt haben. Der Synode lag eine umfangreiche theologische Ausarbeitung vor, die unter dem Titel „Handreichung über das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik“ den biblischen Grundansatz und die sich daraus ergebenden ethischen Folgerungen für die Gemeinde und den einzelnen evangelischen Christen herauszustellen versuchte. Damit im engsten Zusammenhang stand die theologische Klärung der Atheismusfrage, die im Auftrag der Synode inzwischen ein besonderer Ausschuß der Evangelischen Kirche der Union zu einem formulierten Ergebnis gebracht hat. Daß dabei die geistige Lage des deutschen Volkes in seinen beiden, immer noch getrennten Teilen und die äußerste Gespanntheit der weltpolitischen Situation die Verantwortung der Synode wachrief, zeigte das auf dieser Tagung angenommene „Notwort“ und das Angebot eines „bescheidenen und vorsichtigen Vermittlungsdienstes“ der Kirche in dem gespaltenen Volk. Die Einheit der Kirche zwischen Ost und West aber wurde bezeugt und befestigt durch das von Präses D. Wilm vorgetragene „Wort der Brüder und Schwestern aus der Bundesrepublik an die Brüder und Schwestern in der Deutschen Demokratischen Republik“. Wenn man rückblickend den großen Reichtum aller dieser den innerkirchlichen wie den Bereich der öffentlichen Verantwortung der Kirche betreffenden Beratungen und Beschlüsse überschaut, so wird man in der erstaunlichen Mannigfaltigkeit und Eindringlichkeit der Arbeit gerade dieser Synode eine Frucht des wachsenden Zusammenhaltes der Evangelischen Kirche der Union sehen können. Viele Ergebnisse dieser Synode haben auch über den Bereich der eigenen Kirche hinaus Wirkungen ausgeübt.

Im folgenden soll über die Einzelheiten der Ergebnisse der Synodalarbeit berichtet werden.

## 1. DIE VERABSCHIEDUNG DES TEILES I DER NEUEN AGENDE DER EVANGELISCHEN KIRCHE DER UNION

Die erste Agende der Evangelischen Landeskirche in Preußen war ein Werk des Königs Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1822. In der Fassung des Jahres 1834 konnte der König diese Agende zu allgemeiner Anerkennung unter den Gemeinden und Pfarrern bringen und damit der Landeskirche einen festen, inneren Halt für die nächsten Jahrzehnte geben. Sie blieb bis 1895 in Kraft. Nach sechzigjährigem gesegnetem Gebrauch entstand die Notwendigkeit einer neuen Agende für die Preussische Landeskirche, die 1895 erschien und offiziell bis in unsere Zeit in Geltung war. Der Versuch einer Neufassung 1930 führte nur zu einem „Entwurf der Agende für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union“, ein Entwurf, dem ein abschließender Erfolg infolge der turbulenten Ereignisse, die das Jahr 1933 mit sich brachte, nicht beschieden war. Um so dringlicher ergab sich für die neugeordnete Evangelische Kirche der Union die Aufgabe, gegründet auf die Erkenntnisse einer erneuerten biblischen Theologie, befruchtet durch die Ergebnisse des Kampfes der Bekennenden Kirche und bedingt durch die grundlegenden Veränderungen des modernen Lebens, eine neue Gottesdienstform zu finden. Es war die Erfüllung dieser Aufgabe zugleich eine Probe auf die Möglichkeit der Existenz der neugeordneten Evangelischen Kirche der Union. An diesem Punkte mußte sich erweisen, ob sie in der Mitte ihres Lebens, in ihrem Gottesdienst, ihre Einheit bewahrt hatte und ihre Kraft zu neuer Entfaltung werde bringen können. Am 15. 5. 1952 beschloß die erste Synode der neugeordneten Kirche, an einer einheitlichen Agende festzuhalten, und erteilte dem Agendenausschuß unter dem Vorsitz von Präses D. Beckmann den Auftrag, die Agende von 1895 zu überarbeiten. Dieser Synodalausschuß legte 1953 einen Entwurf des ersten Bandes der Agende vor, der den Gliedkirchen zur Stellungnahme überwiesen und von diesen nach jahrelangen sorgfältigen Beratungen und nach gründlicher Erprobung in den Gemeinden mit Änderungsvorschlägen der Synode zurückgegeben wurde. Durch Kirchengesetz vom 13. 2. 1959 wurde der erste Band der Agende von der Generalsynode verabschiedet. Nach Zustimmung aller gliedkirchlichen Synoden wurde dieses Gesetz durch Beschluß des Rates der Evangelischen Kirche der Union vom 15. 12. 1959 in Kraft gesetzt. Damit war ein langer, mit mancherlei Schwierigkeiten verbundener und mitunter auch von starkem Widerspruch begleiteter Prozeß dennoch zu einem einmütigen und als eine besondere Gabe Gottes empfundenen Abschluß gebracht worden. In den Gemeinden hatten sich schon vorher weithin die neuen gottesdienstlichen Formen, insbesondere auch die Melodien der Reformationszeit, die mit ihnen erneut eingeführt wurden, durchgesetzt. Es bedurfte daher vielerorts gar nicht mehr eines besonderen Beschlusses der zuständigen Gemeindeorgane auf Grund des Kirchengesetzes über die neue Agende, weil sie praktisch durch das Stadium ihrer Erprobung schon ein fester geistlicher Tatbestand im Leben der Gemeinde geworden war. Als die Agende (bei einer Stimmenthaltung)



einmütig von der Synode akzeptiert worden war, konnte der die Verhandlung leitende Vizepräsident D. Lücking mit dankbarer Freude dem kirchengeschichtlichen Gewicht dieser Stunde mit folgenden Worten Ausdruck verleihen:

Was sich soeben ereignet hat, ist dahingehend zu kennzeichnen, daß seit dem Jahre 1895 zum erstenmal eine Synode der altpreussischen Union beschlußmäßig über ihre Agende befunden hat. Ich möchte mich aller großen emphatischen Worte darüber, was das bedeutet, enthalten. Wir wollen die Arbeit, die hier geschehen ist, in keiner Weise überbetonen und überschätzen; aber das wird erlaubt sein, daß ich namens der Synode der dankbaren Freude darüber Ausdruck gebe, daß Gott uns diese Einmütigkeit in der Arbeit und in der Beschlußfassung geschenkt hat. Der Gottesdienst ist in den letzten Jahrzehnten oft und mit Recht als der Mittelpunkt, die Quelle unseres Gemeindelebens bezeichnet worden. Darum ist alle Arbeit und Bemühung, diesen Gottesdienst dem Worte Gottes gemäß und für die Gemeinde erbauend zu gestalten, wohl am Platze und gerechtfertigt. Wir dürfen Gott danken, daß er es uns geschenkt hat, in dieser Einmütigkeit zu dieser Entschließung zu kommen. Und wir geben der Bitte und der Hoffnung Ausdruck, daß unseren Gliedkirchen dieselbe Einmütigkeit geschenkt werde. Wenn das geschieht, dann wird die gemeinsame Gottesdienstordnung ein geistliches Band der Gemeinschaft sein und ein Zeichen dafür, daß wir durch Gottes Gnade eine Kirche sind. Gott gebe es, daß die Arbeit, die wir hier zum Abschluß bringen durften, dazu diene, daß wir in allen Gemeinden unserer Kirche (wie der Apostel es im Römerbrief im 14. Kapitel sagt) „immer mehr lernen, einmütig mit einem Munde Gott und den Vater unseres Herrn Jesus Christus zu loben“.

Inzwischen ist die Drucklegung der Agende erfolgt (Luther-Verlag, Witten). Sie ist in der Weise geschehen, daß nach einem Vorwort und den Vorbemerkungen zum Gebrauch der Agende in einem ersten Teil „Die nach dem Kirchenjahr wechselnden Stücke“ zusammengestellt, in einem zweiten Teil „Die Ordnungen der Gottesdienste“ aufgeführt und in einem dritten Teil „Gebete“ dargeboten werden. Die Glaubensbekenntnisse, das Vaterunser, die verschiedenen Formen des Segens sowie die liturgischen Melodien und ein Anhang mit Rüstgebeten vor und während des Gottesdienstes schließen den Band ab. In der Agende werden lutherische und reformierte Traditionen gottesdienstlicher Ordnungen miteinander vereint, wie es dem Wesen der Evangelischen Kirche der Union entspricht. Daß dabei eine weitgehende Übereinstimmung mit den Gottesdienstordnungen der meisten anderen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland hergestellt werden konnte, erfüllt unsere Kirche mit besonders dankbarer Freude. Neben der außerordentlichen Bedeutung des Agendenwerkes für die eigene Kirche gewinnt es damit eine verbindende Wirksamkeit für die gesamte evangelische Christenheit in Deutschland und erweist sich als ein starkes Band des einen Geistes in der Kirche Jesu Christi in Ost und West. Sicherlich wird diese Agende auch von vielen deutschen evangelischen Gemeinden im Ausland gebraucht werden, wie sie auch innerhalb Deutschlands von Kirchen, die nicht zur Evangelischen Kirche der Union gehören, zur Erprobung in ihrem Bereich freigegeben worden ist (z. B. von der Evangelischen Landeskirche Anhalts). So ist der Agendenbeschluß der Generalsynode zugleich ein gewichtiger Abschnitt auf dem Wege der inneren Vereinigung der evangelischen Christen im ganzen deutschen Volk.

## 2. DER BESCHLUSS ÜBER DEN ORDINATIONSVORHALT

Fast zehn Jahre ist in gründlicher Vorarbeit eine Neufassung des Ordinationsgelübdes in der Evangelischen Kirche der Union bedacht worden. Schon kurz nach 1945 hatte Bischof D. Ludolf Müller aus Magdeburg die Frage aufgeworfen, ob denn das alte Ordinationsgelübde aus dem Jahre 1895 noch den veränderten Verhältnissen in der Kirche und in der Welt entspreche. Dabei war nicht nur an die neueste zur Frage der Ordination erschienene Literatur gedacht, die eine Überprüfung des Ordinationsverständnisses notwendig erscheinen ließ. Auch war das entscheidende Element der Neubesinnung nicht die auf die Ordination bezügliche Beratung innerhalb der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, die freilich gemeinsame Verhandlungen über die biblisch-theologischen Aspekte der Ordination zwischen beiden Kirchen zustande brachte. Verhandlungen übrigens, die zu fast völlig übereinstimmenden Meinungen zwischen der Evangelischen Kirche der Union und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in dieser Sache führten. Die entscheidenden Probleme lagen vielmehr in der Frage, ob und wie die Theologische Erklärung der 1. Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche von Barmen in das Ordinationsgelübde aufgenommen werden sollte und ob die alte Fassung der Gehorsamsverpflichtung gegenüber der Obrigkeit nicht eine den gewandelten Verhältnissen entsprechende Formulierung finden müsse. Auch sollte manche altertümliche Ausdrucksweise der Sprache dem Verständnis des heutigen Menschen angepaßt werden. Schon in der Mai-Synode 1955 war, diesen Gesichtspunkten Rechnung tragend, eine neue Form des Ordinationsvorhaltes, wie es jetzt, das Wort „Gelübde“ vermeidend, hieß, angenommen worden. Aber dieser Form war von einigen Gliedkirchen widersprochen worden, so daß ein neuer Ordinationsausschuß vom Rat unserer Kirche berufen wurde, der eine weitere Vorlage ausarbeitete, der die Synode mit geringfügigen Abänderungen zustimmte.

Der Ordinationsvorhalt beginnt mit einer kurzen Präambel, die die Einsetzung des Predigtamtes durch Jesus Christus, die Berufung und Sendung dazu und die ihm gegebene Segnung und Zurüstung ausspricht. Es sind das die fundamentalen theologischen Voraussetzungen der Ordination, wie sie sich heute allgemein in der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland durchgesetzt haben. Die Präambel lautet nunmehr:

Liebe Brüder! Aus Gottes Wort habt ihr vernommen, daß unser Herr Jesus Christus das Predigtamt eingesetzt und ihm seinen Segen verheißen hat. Er beruft und sendet seine Boten. Er gibt durch seinen Heiligen Geist Vollmacht, das Evangelium zu verkündigen. Seiner Gnade und seines Beistandes dürft ihr euch getrösten.

Danach folgt der eigentliche Ordinationsvorhalt, der sich in vier Hauptabschnitte gliedert. Der erste enthält eine Beschreibung des Hirtenamtes in der Gemeinde mit seinen mannigfachen und hauptsächlichen Aufgaben. Hierbei ist die als immer wichtiger erkannte Aufgabe: „Die Glieder der Gemeinde zum Dienst anleiten“, neu in das Formular aufgenommen worden. Hinzugefügt ist diesem Hauptabschnitt in einem zweiten Absatz die Verpflichtung zur unverbrüchlichen Wahrung des Beichtgeheimnisses. Der zweite Hauptabschnitt spricht von der

Bindung an die Heilige Schrift und das Bekenntnis der Kirche sowie von der Innehaltung der Ordnungen der Kirche. Die drei altkirchlichen Glaubensbekenntnisse werden nunmehr namentlich genannt, und die in der Evangelischen Kirche der Union geltenden reformatorischen Bekenntnisse, auf die sich der Ordinand verpflichten lassen will, „können“ nicht nur genannt werden, wie es noch in der Fassung des Entwurfes von 1955 hieß, sondern „sollen“ genannt werden, und zwar in der für die evangelisch-lutherischen, die evangelisch-reformierten und die evangelisch-unierten Kandidaten jeweils zutreffenden Form. Dabei ist der Unterschied zwischen dem Wort Gottes in der Heiligen Schrift und in den Bekenntnisschriften in sorgfältig überlegter Abstufung der sprachlichen Wendungen „verfaßt“ und „bezeugt“ festgehalten und die Heilige Schrift als „unsere alleinige Glaubensnorm“ bezeichnet worden. Lange ist in den verschiedenen Ausschüssen über die Art und Weise verhandelt worden, in der die Theologische Erklärung von Barmen in den Ordinationsvorhalt aufgenommen werden sollte. Zwar waren sich alle Gliedkirchen darüber einig, daß Barmen in den Ordinationsvorhalt hineingehöre, aber über das Wie waren, wie es auch schon die verschiedenen Grundordnungen der Gliedkirchen aufweisen, unterschiedliche Überzeugungen vorhanden. Da sich jede Gliedkirche in diesem Betracht an ihre Grundordnung gebunden wissen mußte, blieb nichts anderes übrig, als die Worte „als Wegweisung für die angefochtene Kirche“ in eckige Klammern zu setzen und sie dadurch dem möglichen Gebrauch einer jeden Gliedkirche gemäß ihrer Grundordnung freizugeben. Der dritte Hauptabschnitt handelt vom Wandel der Gemeinde vor den Augen der Welt, von dem Verhalten gegenüber der Obrigkeit und von der Verantwortung gegenüber dem öffentlichen Leben. Dieser Passus lautet nunmehr:

Ihr sollt die Gemeinde zu einem Wandel in Zucht und Eintracht und zur Liebe gegen jedermann ermahnen.

Gemäß der Heiligen Schrift sollt ihr in der Obrigkeit Gottes Ordnung ehren, für sie beten und auch die Gemeinde dazu anhalten.

Ihr sollt die Geltung der Gebote Gottes auch für das öffentliche Leben bezeugen und für Gerechtigkeit und Versöhnung eintreten.

Dabei ist zu beachten, daß neben dem Zeugnis für die Geltung der Zehn Gebote auch im öffentlichen Leben das Eintreten für Gerechtigkeit und Versöhnung dem Ordinanden zur Pflicht gemacht wird. Endlich enthält ein vierter und letzter Hauptteil die pastoral-theologische Ermahnung im engeren Sinn. In einer Zusammenfassung („in summa“) wird daran erinnert, daß die Ordinanden mit ihrem Tun und Lassen „dermaleinst vor dem Richtstuhl Christi offenbar werden“ müssen. Die jetzt ganz schlicht gefaßte Ordinationsfrage am Schluß lautet in der neuen Fassung:

Seid ihr nun entschlossen, im Vertrauen auf Gottes Gnade das Predigtamt auf euch zu nehmen, so antwortet: Ja.

Die von der Synode einmütig verabschiedete neue Form des Ordinationsvorhaltes ist inzwischen von allen gliedkirchlichen Synoden gebilligt worden, so daß sie in der ganzen Kirche der Union Gültigkeit besitzt und in den entsprechenden Band der Agenda aufgenommen werden kann.

### 3. DAS KIRCHENGESETZ ÜBER DAS AMT, DIE AUSBILDUNG UND DIE ANSTELLUNG DER DIAKONE

Die Ausbildung und Anstellung der Diakone im Bereich der evangelischen Kirche war durch die Verordnung des früheren Oberkirchenrates vom 5. Januar 1942 geregelt. Aber dieser Verordnung hafteten so viele Mängel an, daß in sachlicher Hinsicht eine Anpassung an die vielfach gewandelten Verhältnisse notwendig war. Innerhalb der Evangelischen Kirche der Union bestehen zur Zeit neun Diakonenanstalten: Duisburg-Mülheim; Tannenhof, Remscheid; Nazareth, Bethel; Martineum, Volmarstein; Wittekindshof, Oeynhausen; Neinstedt (Harz); Johannesstift, Berlin-Spandau; Züssow bei Greifswald und Martinshof, Rothenburg in der Oberlausitz. Einer Bitte dieser Brüderhäuser um vorbereitende Verhandlungen über ein Diakonengesetz glaubte unsere Kirche sich nicht entziehen zu können. Dabei sollte zugleich der Versuch unternommen werden, die Brüderhausordnungen, die noch immer starke Unterschiede aufwiesen, einander anzugleichen. In Zusammenarbeit mit der Brüderhausvorsteher-Konferenz und der deutschen Diakonenchaft ist das vorliegende Gesetz erarbeitet worden. Damit ist ein Amt, das in der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland über 4000 kirchliche Mitarbeiter umfaßt, einer grundsätzlichen und praktischen Neuordnung durch die Kirche unterzogen worden. Nachdem die Synode der Evangelischen Kirche der Union schon in früheren Jahren das Pfarrvikarinnen- und das Predigergesetz verabschiedet hatte, wurde nunmehr ein weiterer kirchlicher Dienst einer umfassenden gesamtkirchlichen Ordnung zugeführt.

Mit diesem Gesetz ist der durch Johann Hinrich Wichern erneuerte Diakonat der Kirche an eine wichtige Station seiner Geschichte gekommen. Bisher sind die Diakonenanstalten und ihre Bruderschaften ihre eigenen Wege gegangen. Sie waren auf diesen Wegen von Gott reich gesegnet, und ihr Dienst war von der Kirche gern und freudig angenommen worden. Auch in Zukunft soll die volle Freiheit, in der bisher die Diakonenanstalten ihr Leben geführt haben, erhalten bleiben. In keiner Weise will das Diakonengesetz den Diakonenanstalten Beschränkungen auferlegen. Ist es doch die Überzeugung der Kirche, daß die Diakonie in ihren verschiedenen Formen und Aufgaben ohne Selbständigkeit und eigene Verantwortung nicht gedeihen kann. Aber durch dieses Gesetz soll das Amt des Diakons nun als ein Amt der Kirche kräftiger herausgestellt und zur Erhöhung seiner Bedeutung eine größere Einheitlichkeit seiner Ordnung erzielt werden.

Das Gesetz beginnt mit einer Präambel, die den theologischen und kirchengeschichtlichen Ort des Diakonenamtes in der Kirche zu umreißen unternimmt. In den §§ 1 und 2 werden sodann die Tätigkeitsmerkmale und Arbeitsgebiete des Dienstes eines Diakons unserer Kirche festgestellt. Die §§ 3–7 handeln von der Ausbildung, Prüfung und Einsegnung des Diakons. §§ 8–10 enthalten die Bestimmungen über die Anstellungsfähigkeit und das Anstellungsverhältnis des Diakons. Die Schlußparagrafen 11 und 12 endlich sprechen von der Inkraftsetzung und dem Zuständigkeitsbereich des Gesetzes.

Das Diakonengesetz trägt, wie die Verhandlungen darüber gezeigt haben, mancherlei Problematik in sich. Einige dieser Fragestellungen seien um ihrer allgemeinen Bedeutung willen hier aufgeführt und erläutert. Da waren zunächst



die zentralen Fragen über das biblisch-theologische Verständnis des Diakonenamtes in der Kirche.

Hierzu führte der Berichterstatter vor der Synode, Vizepräsident D. Söhngen, grundsätzlich folgendes aus:

1. Für den Dienst des Diakons, des „Dieners“ im *allgemeinen* Sinn, im Neuen Testament ist ein Doppeltes kennzeichnend. Einmal, daß er *alle* Arten menschlicher Dienstleistungen umfaßt, von der geringsten bis zur höchsten, von der Aufwartung des Sklaven bei Tisch über das Amt der Obrigkeit bis zu dem Verkündigungs- und Zeugendienst der Apostel, und zum anderen, daß Jesus Christus selbst das Urbild aller rechten Diakonie ist und darum in seiner Nachfolge der geringste Dienst gerade und zugleich der höchste ist: Wer unter euch groß sein will, der sei euer (aller) Diakon (Matth. 20, 26).

2. Diese Umwertung der Werte steht im Hintergrund, wenn es in der Urgemeinde zur Herausbildung eines *besonderen* Diakonenamtes kommt. Die Gemeinde wächst und damit der Pflichtenkreis der Apostel. Die Witwen der griechenchristlichen Gemeindeglieder fühlen sich bei der täglichen Armenpflege benachteiligt, und es gibt Unruhe in der Gemeinde. Daraufhin entschließen sich die Apostel, wie uns in Acta 6 berichtet wird, zu einer Aufgabenteilung. Sie selbst wollen die Ausbreitung von Gottes Wort nicht zugunsten der Armenpflege verkürzen und veranlassen deshalb die Urgemeinde, sieben Diakone zu wählen, deren Aufgabe es sein soll, „zu Tische zu dienen“ und dadurch die Apostel zu entlasten. So geschieht es. Unter den sieben befindet sich auch Stephanus, der erste Märtyrer der christlichen Kirche. Der besondere Inhalt des Diakonenamtes wird also im Gegenüber zu dem Apostelamt entwickelt: Hier Dienst des Wortes, dort Dienst an den Tischen, d. h. Sorge für das leibliche Wohl und Armenpflege.

3. Dieser spezifische Dienst des Diakons verfällt schon bald in der alten Kirche und wird erst mehr als eineinhalb Jahrtausende später, vor allem von Johann Hinrich Wichern, erneuert. Und zwar versteht Wichern das Diakonenamt als eine der Formen, und zwar der *wesentlichen* Formen, in denen die Innere Mission ihre weitgreifenden Zielsetzungen zu verwirklichen sucht. Alles, was dazu in unserem Zusammenhang wichtig ist, findet sich in folgender Formulierung (im 3. Band von Wicherns Gesammelten Schriften): „Als Innere Mission gilt uns nicht diese oder jene, sondern die gesamte Arbeit der aus dem Glauben an Christus geborenen Liebe, welche diejenigen Massen der Christenheit innerlich und äußerlich erneuern will, die der *Macht der Sünde anheimgefallen sind*, ohne daß sie von den jeweils geordneten Ämtern der Kirche erreicht werden“ (Seite 268). Aus dieser Definition greife ich zwei Orientierungsmarken heraus, nämlich die Begriffe „Massen“ und „geordnete Ämter der Kirche“. Die Notwendigkeit der Erneuerung des Diakonats ergab sich für Wichern von der Entstehung des Massenproblems her. Es mußte von vornherein als eine Illusion erscheinen, die proletarisierten Massen, die sich durch Geburt und Schicksal von den Gütern der Erde ausgeschlossen wußten und eine Besserung ihrer Lage nur vom Umsturz der bestehenden Verhältnisse erwarteten, von den geordneten Ämtern der Kirche her erreichen zu wollen, die als „bürgerliche Ämter“ ohnehin verdächtig waren. Darum galt es im Diakonats neue Ämter zu schaffen, die von anderen soziologischen und seelsorgerlichen Voraussetzungen her um der Liebe Christi willen versuchten, die Verbindung mit den der geordneten Kirche immer unaufhaltsamer entgleitenden Massen neu zu knüpfen. Äußerliche und innerliche Erneuerung mußte dabei, wie es Wichern in dem zitierten Wort tut, in ihrem unaufheblichen Zusammenhang gesehen werden. Das letzte Ziel des Diakonats blieb dasselbe wie das der Kirche: Die Menschen zur Begegnung mit Christus zu führen und unter die Macht seines Wortes zu stellen.

Diese Grundlagen des Dienstes eines kirchlichen Diakons finden in der dem Gesetz vorangestellten Präambel Ausdruck. Es heißt da:

Mit der Erneuerung des Diakonats hat sich die Kirche dazu bekannt, daß die helfende Liebe unveräußerliches Kennzeichen ihres Dienstes ist.

An diesen Auftrag der Diakonie zu erinnern, ihn innerhalb der Kirche zu vertreten, zur Stelle zu sein, wo Nöte entstehen, und mit dem Dienst der Liebe den Dienst mit dem Wort zu verbinden, ist Aufgabe des Diakons und bestimmt die besondere Ausrichtung des Diakonenamtes.

Um dieses Amt zu ordnen und die Ausbildung und Anstellung der Diakone einheitlich zu regeln, hat die Synode der Evangelischen Kirche der Union das nachfolgende Kirchengesetz beschlossen.

Eine besondere Schwierigkeit bot die in § 2 Absatz 4 vorgesehene Möglichkeit der Beauftragung des Diakons mit der Wahrnehmung von pfarramtlichen Aufgaben oder gar der Verwaltung eines Pfarramtes. Wird dadurch nicht eine Spaltung in die Diakonenschaft hineingetragen? Ja, wird damit nicht ein neues Berufsziel für den Diakon aufgestellt, durch das der eigentlich diakonische Dienst entleert wird? Wie soll die Abgrenzung zum Predigerstand festgehalten werden? Wie soll deutlich werden, daß auch die Brüder, die ein Pfarramt verwalten, „an ihrer Haustüre noch ein Schild haben, auf dem geschrieben steht: Diakon“? Andererseits bedeutet die Beauftragung mit dem Pfarramt im Einzelfall eine Probe auf die Ernsthaftigkeit und Tragfähigkeit der Präambelaussage, daß zu diesem Amt auch „der Dienst mit dem Wort“ notwendig zugehörig ist. Dazu kommt, daß in Einzelfällen die Wahrnehmung pfarramtlicher Aufgaben durch einen Diakon ein bestehendes Faktum ist. Und die Gliedkirchen in der DDR können, wie die Dinge dort liegen, auf solchen Dienst einfach gar nicht verzichten. Die Synode hat schließlich einmütig beschlossen, den Absatz 4 des § 2 beizubehalten und ihm folgende Gestalt zu geben:

Die Gliedkirchen können nach Maßgabe des bei ihnen geltenden Rechtes im Einverständnis mit den Diakonenanstalten ihres Bereichs beschließen, daß in besonderen Fällen zur Sicherung der pfarramtlichen Versorgung der Gemeinden Diakone mit der Wahrnehmung von pfarramtlichen Aufgaben oder mit der zeitweiligen Verwaltung eines Pfarramtes beauftragt werden.

Auch die Frage nach der Behandlung der Diakone, die nicht nach diesem Gesetz ihre Ausbildung erfahren haben, also etwa einer Diakonenanstalt außerhalb des Bereiches der Evangelischen Kirche der Union angehören, ist anläßlich dieses Gesetzes erörtert worden. Der § 8 Absatz 5 erhielt für die Lösung dieser Frage folgende Fassung:

Der Rat der Evangelischen Kirche der Union kann Richtlinien darüber erlassen, unter welchen Voraussetzungen die Anstellungsfähigkeit als Diakon von den Gliedkirchen an solche Bewerber verliehen wird, die einer Diakonenanstalt außerhalb des Bereichs der Evangelischen Kirche der Union angehören.

Dem Gesetz über „Das Amt, die Ausbildung und die Anstellung der Diakone“ ist inzwischen von allen Gliedkirchen die in dem Artikel 7 der Ordnung der EKU vorgeschriebene Zustimmung erteilt worden. Es ist damit ein in der Gesamtkirche geltendes Gesetz und ein weiteres Band der Einheit unserer Kirche geworden.

#### 4. DIE BESCHLÜSSE DER SYNODE ZUR WAHRNEHMUNG DER ÖFFENTLICHEN VERANTWORTUNG DER KIRCHE

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche der Union, Präses D. Scharf, setzte an den Anfang seines Berichtes vor der Synode die Feststellung, daß „wir uns bei Beginn einer Synode in einem bedeutsamen und kritischen Augenblick der geschichtlichen Entwicklung innerlich noch nie so einig gewesen sind wie diesmal“. Diese Einigkeit sei erzielt worden, „obwohl gerade die Evangelische Kirche der Union von den verschiedensten Strömungen kirchlicher Gruppen, der ‚Bruderschaften‘ und ‚Konventen‘, das sind Gemeinschaften widersprüchlicher Zielsetzungen, erfüllt ist“. Als Beispiele tiefgehender Unterschiede in der Beurteilung der kirchlichen Situation und der sich daraus ergebenden Folgerungen für das Handeln eines evangelischen Christen nannte D. Scharf unter anderem die Stellungnahme zu den Kommunalwahlen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. 11. 1958 und die Beurteilung des Kommuniqués vom 21. 7. 1958. Der Ratsvorsitzende führte dazu folgendes aus:

1. Differiert haben die östlichen Mitglieder des Rates in ihrem Verhalten am 16. November 1958. Wir hatten über die Frage einer etwa aus Wahrhaftigkeit und vom christlichen Glauben her gebotenen Wahlenthaltung im Rat, in gliedkirchlichen Leitungen und in den Pfarrkonventen ausgiebig diskutiert. Wir glaubten uns weithin einig. Der Tag selbst offenbarte eine äußere Unterschiedenheit. Wir haben nach dem Wahltag, ohne einander zur Rechenschaft zu ziehen, in aller Offenheit die ausschlaggebenden Beweggründe für beide Entscheidungen erörtert. Wir stellten fest: Die gegangen waren, waren mit bedrücktem Gewissen gegangen, weil sie, wenn auch als registrierte „Kabinenwähler“, ihren grundsätzlichen Einspruch gegen den weltanschaulichen Charakter der politischen Entwicklung und ihrer Stationen nicht hatten deutlich machen können. Und ein großer Teil derer, die nicht zur Wahl gegangen waren, hatte auch die politische Abstinenz mit bedrücktem Gewissen geübt, weil er im Fernbleiben vom Wahlakt zwar den Protest gegen das abgeforderte ideologische Bekenntnis, nicht aber die auch bestehende Bereitschaft zum ethischen Kompromiß, zum ehrlichen Mitarbeiten in Beruf und gesellschaftlicher Neuordnung hatte zum Ausdruck bringen können. In dieser Feststellung haben wir ein gemeinsames Doppelanliegen einander zugestanden.

2. In ähnlicher Weise differiert haben wir im Rat auch in der Beurteilung des Kommuniqués vom 21. Juli 1958, das langwährende Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und Vertretern der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Ostkirchenkonferenz abschloß. Wir hörten von denen, die die Verhandlungen geführt hatten, daß die entscheidenden Begriffe jener Verlautbarung des Staates, bevor ihr die Vertreter der Kirche ihre Zustimmung gaben, in rückhaltloser Klarheit diskutiert und eindeutig kommentiert worden seien, die Begriffe Sozialismus, Recht und Frieden. Wir übrigen beanstandeten dennoch, daß die Erklärung einer solchen zusätzlichen Interpretation bedürfe und nicht in ihrem Wortlaut selbst die von Gottes Wort her gesetzten Grenzen und Verpflichtungen klar erkennen lasse. Um der Aussage und dem Mangel dieser Verlautbarung Rechnung zu tragen und uns selbst in diesen Fragen zu klären, haben wir vom Rat an verschiedene Ausschüsse der Synode und darüber hinausgreifende Arbeitskreise Aufträge erteilt.

Aber trotz dieser Differenzen ist die Einheit der Kirche nicht zerbrochen. Vielmehr haben diese Unterschiede gerade dazu geführt, die qualvollen Fragen unserer Zeit tiefer zu untersuchen und sie auf jene Ebene zurückzuführen, die allein

für einen evangelischen Christen maßgebend sein kann, nämlich auf die Ebene des Wortes Gottes in der Heiligen Schrift. Hier wurde eine gemeinsame Basis und Aussagemöglichkeit erreicht, die über alle Unterscheidungen in den Einzelproblemen eine neue und feste Einheit unter uns begründete. D. Scharf charakterisierte diesen Vorgang durch folgende Ausführungen:

Die innere Einheit der Evangelischen Kirche der Union, deren wir in den letzten Monaten und Wochen uns in zunehmendem Maße bewußt geworden sind, haben wir gewonnen und erfahren (beides miteinander trifft, was ich meine!), indem wir versucht haben, aus der großen Zahl der unterschiedlichen Auffassungen, die uns beherrschten, der entgegengesetzten Wertungen und des einander widersprechenden Verhaltens zurückzufinden zu der gemeinsamen Grundlage unseres Glaubens und Seins. Wir haben das Selbstverständlichste unternommen, was Christen tun können und was doch eben wegen seiner Selbstverständlichkeit und Allgemeinheit von uns oft als unergiebig betrachtet und darum unterlassen wird. Wir haben über den Kontroversfragen unserer grundsätzlichen Forderungen und unserer Einzelentscheidungen das Wort Gottes selber, die Heilige Schrift, um Rat angegangen. Wir haben sie nicht gegeneinander zitiert, sondern wir haben sie, soweit das menschenmöglich ist, unvoreingenommen miteinander befragt. Sie hat uns, so meinen wir, Antwort gegeben, eine Antwort, die wir im Rat gemeinsam anzunehmen vermochten.

Aus diesen Bemühungen und aus dem neuen Ernstnehmen der uns allen gemeinsamen Grundlage der Heiligen Schrift als Quelle unserer Erkenntnis und unseres Handelns ist dann auch die „Handreichung über das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik“ erwachsen. Aber auch die Arbeit an einer theologisch sauberen Analyse des atheistischen Phänomens und der Stellung des Christen dazu ist von dem Bestreben geleitet, von aller kurzschlüssigen Apologetik christlicher Weltanschauung fortzukommen und die eigentliche Auseinandersetzung nicht in der Dimension von Ideologie und Anti-Ideologie zu finden, sondern im geschichtlichen Ereignis der Inkarnation des Wortes Gottes in Jesus Christus. Der Ratsvorsitzende sagte in seinem Bericht dazu:

Die ganze notvolle Auseinandersetzung in den Kreisen, vor allem der Pfarrschaft im Osten, aber nicht unberührt davon auch im Westen unseres Kirchengebietes, hat den Rat der Evangelischen Kirche der Union veranlaßt, über den atheistischen Charakter des Sozialismus an den Theologischen und den Öffentlichkeits-Ausschuß der Synode Arbeitsaufträge zu vergeben. Wir nahmen wahr, daß in der weltanschaulichen Diskussion von beiden Seiten zu pauschal und zu grob argumentiert wurde. Wir entdeckten dabei, wie wenig theoretisch, wie unmittelbar aktuell und praktisch die Erkenntnis des jungen Luther in seiner theologia negativa, des späten Bonhoeffer in seinen Aussagen über die säkularisierte, mündig gewordene und als solche zu respektierende Welt, wie klärend und hilfreich die Kritik des Religiösen von Ernst Wolf und die Atheismus-Definition von Karl Barth sind. Der Gott, den die Atheisten bestreiten, ist ein Begriffsgötze. Das gottlose Verhalten, das die Kirche bei den theoretischen Atheisten moralisch brandmarkt, ist unser eigenes säkulares Tun. Es gilt nicht, die gottfreie Weltanschauung mit christlicher Weltanschauung und moralischen Forderungen zu bekämpfen, sondern den in Jesus Christus einzigartig geoffenbarten und handelnden Gott als geschichtliche Wirklichkeit, als sichtbar gewordene Materie und spürbare Energie den Materialisten und Geschichtsgläubigen vorzuzeigen. Gewiß ist dies nicht alles. Es ist nur die eine Seite der Sache. Gottes Wort fordert noch anderes. Es gilt auch, der Verführung zu wehren, mit Nachdruck und dring-



lichem Ernst, der Verführung, die von der selbstmächtigen Verherrlichung des Menschlichen ausgeht. Es gilt zu warnen, zu schützen, Unrecht und Gewalt zurückzuweisen, zumal wenn sie die bedrohen, für die wir Hirtenverantwortung tragen. Doch bei alledem darf nun wiederum nicht außer acht geraten, daß die Verkündigung des Evangeliums Heroldsruf ist – zum Retterkönig Christus, daß sie locken, werben, belehren, an die Hand nehmen will, ihn vor die Augen malen und, wo der Angeredete es irgend zuläßt, unter sein Kreuz führen will, und zwar so, daß es ein Ausweichen nicht mehr gibt. Wir meinen, daß der Kampf zwischen Kirche und Marxismus damit nicht leichter wird; er wird vielleicht sehr viel härter, jetzt erst wirklich ernst. Aber er wird echter. Wir finden uns gegenseitig dort vor, wo der andere in Wahrheit steht, und fühlen uns jeder vom anderen richtig beurteilt.

Die „Handreichung über das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik“ versucht eine schon lange bestehende Diskussion zu einem ersten zusammenfassenden Abschluß zu bringen und zugleich neu zu eröffnen. Sie war notwendig geworden, weil die Unberatenheit von Kirchenleitungen, Pfarrern und Gemeindegliedern immer brennender wurde. Es ging darum, die Gemeindeglieder dort aufzusuchen, wo sie heute stehen, und mit ihnen in die Anfechtungsräume einzutreten, in denen sie täglich leben müssen. Es ging darum, zu erkennen, daß die Anfechtung von innen und von außen kommt und beide sich entsprechen, um den richtigen Ansatzpunkt für die eigene Umkehr zu finden, in der allein die Verheißung des Glaubens in unserer Zeit beruht. Es ging darum, uns von dem Diktat unserer geheimen oder auch offenbaren Leitbilder verschiedenster Prägung zu befreien, die uns hindern, Gottes Wort allein gelten zu lassen. Es ging um die rechte Verbindung von ethischem Kompromiß und echtem Status Confessionis. Es ging um den Ruf in die weltliche Sachverantwortung hinein im Sinne Dietrich Bonhoeffers. Es ging darum, den totalen Siegescharakter des Evangeliums an den Anfang unseres Glaubens und aller unserer Überlegungen zu stellen. „Wir haben, vom Hören und Glauben der Freudenbotschaft ausgehend, unsere Situation jeweils neu zu erkennen und zu bewältigen, dabei offen zu sein für neue Entdeckungen von Gottes Dasein in der Welt, für tapferere Entscheidungen und für williges Leiden.“ Die „Handreichung“, die im Berichtsausschuß gründlich durchgearbeitet worden ist, wurde von der ganzen Synode in großer Einmütigkeit als eine gute und hilfreiche Wegweisung entgegengenommen. Wenn sie auch wegen ihres Umfangs und des theologischen Gewichts ihrer Fragestellungen nicht oder vielmehr noch nicht etwa wie eine theologische Erklärung von der Synode beschlossen werden konnte, so wurde sie doch zu einer brauchbaren Basis für das brüderliche Gespräch empfunden. Die Synode nahm sie in diesem Sinne in einer Entschließung auf ihre Verantwortung. Diese Entschließung lautet:

Synode nimmt die in der Tagung vom Februar 1959 dargebotene Handreichung über „Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR“ entgegen und beauftragt den Rat der Evangelischen Kirche der Union, sie, in Zusammenarbeit mit den Gliedkirchen, den Pfarrkonventen und kirchlichen Organen als Grundlage und Ausgangspunkt verantwortlicher Prüfung und Stellungnahme zuzuleiten.

Gemäß diesem Synodalbeschuß ist die „Handreichung“ inzwischen in zahlreichen Pfarrkonventen und anderen Gremien in Ost und West Gegenstand ein-

gehender Beratung gewesen. Sie ist für den innerkirchlichen Dienstgebrauch in Tausenden Exemplaren verbreitet, wenn auch noch nicht zu öffentlicher Drucklegung freigegeben worden. Zweifellos hat sie zur theologischen Klärung der kirchlichen Situation wertvollste Dienste geleistet und zur Stärkung der Pfarrer und Gemeinden beigetragen. Sie wird nunmehr noch einmal überarbeitet und vielleicht schon der nächsten Synode der Evangelischen Kirche der Union zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Auf jeden Fall wird die „Handreichung“ als ein sehr wichtiges Ereignis in der kirchlichen Entwicklung anzusehen sein, das eine entscheidende Wirkung ausgeübt hat. Sie hat weit über den Bereich der EKKI gewirkt. Ihre Folgen, auch in den lutherischen Kirchen, haben dazu geführt, daß die Evangelische Kirche in Deutschland in ihrer Gesamtheit nunmehr den Fragenkomplex aufgegriffen hat.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn die ganze evangelische Christenheit in Deutschland zu einer gemeinsamen und klaren Aussage über die Beurteilung der kirchlichen Situation heute und zu einem gemeinsamen und klaren Handeln der Kirche in der Welt der Gegenwart käme. Die „Handreichung“ hat dazu den Weg gebahnt.

Aufs engste hängt die „Handreichung“ mit der Arbeit über das theologische Verständnis des Atheismus zusammen. Die Situation der Kirche, zumal in der DDR, ist gekennzeichnet durch die atheistische Umwelt, die das gesellschaftliche und staatliche Leben mehr und mehr durchtränkt, und die den evangelischen Christen vor schwere Entscheidungen stellt. Es war freilich nicht leicht, in dieser Frage zu klaren biblischen Erkenntnissen zu kommen. Eine vordergründige Apologetik und eine rein defensive Kurzschlüssigkeit konnte an die Stelle der echten Glaubensentscheidung eine christlich-weltanschauliche Anti-Ideologie setzen.

Es ist vor Beginn der Synode kräftig an dem Atheismusproblem theologisch gearbeitet worden, aber der Synode konnte trotzdem keine überzeugende Entschließung vorgelegt werden. Auch war es wegen der mächtigen Fülle des Beratungsstoffes nicht möglich, auf der Tagung selbst eine gründliche Klärung dieser brennenden Fragen zu erreichen. So blieb nichts übrig, als einen Ausschuß zu berufen, der die theologische Arbeit am Atheismusproblem fortsetzen und baldigst zu einer Vorlage vor den Rat bringen sollte. Dieser Ausschuß hat Anfang April 1959 in eingehenden Beratungen ein Wort „Die christliche Gemeinde und der Atheismus“ formuliert, das der Rat als Diskussionsgrundlage an die Gliedkirchen weitergab. Der Ausschuß hat dabei drei Grundlinien festgehalten:

1. Der Atheismus bekämpft einen Begriffsgötzen; die Gelassenheit des Glaubens muß dem gegenüber festgehalten werden.
2. Das, womit die Gemeinden zu tun haben, ist jedoch mehr als ein „Nichts“. Die entstehende Pseudokirche und das Nein zum Schöpfer und zur Gnade muß ernst genommen werden als Zeichen des aufrührerischen Menschen gegen Gott.
3. Es muß zwischen dem Atheismus und dem atheistischen Menschen seelsorgerlich unterschieden werden.

Unter diesen Voraussetzungen, die nicht übersehen werden dürfen, hat der Ausschuß acht Thesen zum Thema: „Die christliche Gemeinde und der Atheismus“ aufgestellt, die im folgenden einer größeren Öffentlichkeit unterbreitet werden:

1. Die dem Menschen gegebene Vernunft soll der Mensch in Freiheit gebrauchen, die Natur zu erforschen und zu bewältigen. Gerade der Christ, der um die Entmythisierung der Welt durch Christus weiß, ist frei, sachlich und nüchtern wissenschaftliche Forschung zu betreiben. Diese Freiheit schließt jedoch wesentlich ein, daß der Christ sich nicht als absoluten Herrn der Welt versteht. Er weiß, daß er auch als der Forschende und Erkennende Gott und nicht sich selbst verantwortlich ist. Dagegen verfällt der Atheismus einer neuen Mythisierung der Wissenschaft, indem er seine Weltanschauung zur ideologischen Voraussetzung des wissenschaftlichen Forschens macht.

2. Sofern der Atheismus einen Gott bekämpft, der ein Gebilde des Menschen und also ein bloßer Begriffsgötze oder ein Lückenbüßer für menschliches Nichtwissen ist, trifft er den Gott der Bibel überhaupt nicht. Deswegen wird die Auseinandersetzung mit dem Atheismus falsch angesetzt, wenn sie einen solchen „Gott“ verteidigen will.

3. Der Atheismus ist aber zugleich Ungehorsam des Menschen, der sein will wie Gott, und damit eine Entscheidung gegen den wahren Gott. Er verweigert dem lebendigen Gott die ihm gebührende Ehre. In solchem Atheismus proklamiert, ehrt und rechtfertigt der alles erforschende, beurteilende und bestimmende Mensch sich selbst. Berauscht von der Macht seiner Idee, getragen vom Siegesbewußtsein seiner technischen Erfolge, kennt der atheistische Mensch nicht mehr die Grenzen für sein Denken, Planen und Handeln.

4. Es liegt in der Intention des Atheismus, die totale atheistische Gesellschaft zu schaffen. Diese Zielsetzung bedeutet in der letzten Konsequenz, daß dem christlichen Dasein innerhalb des Lebensbereiches dieser totalen atheistischen Gesellschaft kein Raum gelassen werden soll. So wird der Atheismus zu einer Pseudokirche, die sich der Machtmittel des Staates und der Gesellschaft bedient. Mit missionarischer Propaganda und verpflichtenden Weihehandlungen beansprucht er den ganzen Menschen und versucht, den Christen als den Zeugen des lebendigen Gottes zu veranlassen, seinen Glauben an Gott als vermeintlichen Aberglauben preiszugeben.

5. Dieser Atheismus ist alles andere als belanglos. Seine wirkliche Bedeutung kommt ihm zwar nicht aus sich selbst heraus zu, vielmehr besteht sie in folgendem: Die Menschen, die ihn vertreten und die ihm erliegen, verfallen, wenn sie nicht umkehren, dem ewigen Zorn des lebendigen Gottes.

Für die Christen selber ist dieser Atheismus eine Verführungsmacht, so wahr der Sieg Christi über die widergöttlichen Mächte noch unter dem Kreuz verborgen ist und die Versuchlichkeit der Glaubenden noch fortbesteht.

6. Die Gemeinde bezeugt im Gehorsam gegen das erste Gebot ihren Glauben. Sie ruft den in der Form des Atheismus sich selbst ehrenden und rechtfertigenden Menschen unter die Verheißung des Evangeliums und in den Gehorsam des Glaubens. Sie warnt den Menschen, die ihm als Geschöpf Gottes gesetzten Grenzen zu überschreiten.

Dem Herrschaftsanspruch des Gott leugnenden Menschen hält sie den Herrschaftsanspruch Jesu Christi entgegen, der sich auf alle Bereiche des Lebens erstreckt. Denn es gibt keinen Bereich, in dem der Mensch nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch Jesus Christus bedarf (Barmen II). Unter der Herrschaft Christi wird die Menschlichkeit des Menschen bewahrt und gerettet. Außerhalb dieser Herrschaft verfällt der Mensch der Versuchung, seinen Mitmenschen zum bloßen Objekt gesellschaftlichen Planens zu machen.

Die Gemeinde bezeugt dem atheistischen Menschen seinen tiefen Irrtum, als ob er überall und zu allen Zeiten nur sich selbst begegne, und verkündigt ihm die Zukunft des Auferstandenen, dessen Gericht und Urteil auch er nicht entfliehen wird.

7. Dies Zeugnis findet seinen lebendigen Ausdruck vor allem in der Existenz der Gemeinde selbst, die Gottes Gabe in Wort und Sakrament empfängt und weiterreicht, in ihrer Gemeinschaft, ihrem lebendigen Zusammenhalt, ihrer Betätigung der Gaben des Heiligen Geistes und in ihrem Lobpreis des Herrn und Erlösers, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden.

8. Die Gemeinde bekennt ihre eigene Schuld am Aufkommen und Vorhandensein der

Pseudokirche und beugt sich demütig unter Gottes Gerichte und Züchtigungen. Ihre Mitschuld sieht sie vor allem darin, daß in ihr selbst der Glaube an Jesus Christus in christliche „Weltanschauung“ und in christliche „Religiosität“ als bloße religiöse Verbrämung oder gar Selbstrechtfertigung der bürgerlichen Existenz verkehrt werden konnte. Mit tiefem Erschrecken nimmt sie wahr, daß der Aufruhr gegen Gott in ihrem eignen Bereich vorhanden und mächtig ist.

Sie ist zur Umkehr gerufen und wird nur in der Umkehr mitten durch das Gericht hindurch die gnädige Hand Gottes ergreifen können, der seine Gemeinde reinigen und erneuern will. So vernimmt die Gemeinde in der Anfechtung durch den Atheismus den Ruf ihres Herrn: Tut Buße; denn das Himmelreich ist nahe herbeigekommen!

Der Ruf zur Buße, mit dem das Atheismuswort schließt, hat die ganze Synode durchzogen. Als die Synode daher die ganze notvolle Situation unseres gespaltenen Volkes und der Stadt, in der die Synode tagte, ja die ungeheuer notvolle Gesamtsituation, in der sich die ganze Welt heute befindet, verantwortlich vor Gottes Angesicht durchdachte, konnte sie nicht anders, als zu bekennen, daß alle diese Not und Qual „immer noch die bittere Frucht unserer eigenen Schuld“ ist. Zu schnell hat unser Volk und auch unsere Kirche diesen Tatbestand vergessen. Jede Aussage über die gegenwärtige Weltlage kann daher nicht anders beginnen, als mit dem beschwörenden Aufruf um eine aufrichtige Buße und eine „aktive Umkehr“ bei uns selbst. Von dieser Grundeinsicht her fand die Synode den Mut, ein „Notwort“ auch zur politischen Lage unseres Volkes und der ganzen Welt zu sprechen. Dieses „Notwort“, das „im Wissen um die eigene Ohnmacht und um die Unmöglichkeit, bestimmte politische Wege im Namen Gottes zu proklamieren“, gesprochen wurde, gipfelt am Schluß in der Forderung des Vorranges des Menschlichen vor dem Politischen. Das „Notwort“, das die Synode mit großer Mehrheit billigte, und das der Rat den Regierungen beider deutschen Teilstaaten übersandte, hat den folgenden Wortlaut:

Die Synode der Evangelischen Kirche der Union ist in einer Situation versammelt, die nicht nur für die Zukunft des gespaltenen deutschen Volkes und seiner geteilten Hauptstadt, sondern für den Frieden in der Welt Gefahren von unabsehbarer Tragweite in sich birgt. Die Synode weiß wohl um ihre Ohnmacht und um die Unmöglichkeit, bestimmte politische Wege im Namen Gottes zu proklamieren. Aber wir können die zahllosen Stimmen äußerer und innerer Not nicht überhören. Sie fordern uns in unserer Verantwortung vor Gott den Versuch ab, für die Menschen unseres Volkes und den Frieden in der Welt einen politischen Notdienst zu wagen. In dieser Verantwortung bitten wir alle, die es angeht, folgende Einsichten und Vorschläge mit uns in dem Ernst zu bedenken, den die Not gebietet, der wir alle miteinander verhaftet sind.

## I.

1. Unser eigenes Volk sollte sich gerade im Blick auf die Frage des Friedens und der Wiedervereinigung daran erinnern, daß der gegenwärtige notvolle Zustand immer noch die bittere Frucht aus der Wurzel seiner eigenen Schuld ist. Aus dieser Erkenntnis heraus sollte es dem Wiederaufkommen jenes Nationalismus, der uns und eine ganze Welt in den Abgrund riß, in allen seinen Erscheinungsformen wirksam widerstehen und einen Beitrag zur Versöhnung der Völker leisten. Ohne solche aktive Umkehr wird es den Frieden weder nach innen noch nach außen gewinnen.

2. Unser Volk sollte der Versuchung widerstehen, unter Ausnutzung von Machtbündnissen eine Gewaltpolitik treiben zu wollen.



3. Es sollte sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden erklären. Insbesondere ruft die Synode, die nach wie vor zu ihrer Verwerfung der Massenvernichtungsmittel steht, erneut zum Verzicht des deutschen Volkes auf jede atomare Bewaffnung.

4. Jede deutsche Regierung sollte sich verpflichtet wissen, in ihrem Bereich das Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen und Lebensformen in Freiheit und gegenseitiger Duldung zu ermöglichen.

5. Das deutsche Volk sollte in seinen beiden staatlichen Bereichen bei dem kalten Krieg nicht mitmachen. Der kalte Krieg ist aus Angst, Mißtrauen und ideologischem Machtstreben geboren und ist mit seiner Schändung der Ehre des Gegners wie in seiner verlogenen Propaganda die teuflische Vorbereitung des heißen Krieges. Die Synode spricht das aus in dem Bekenntnis, daß unter uns Christen selbst das Freund-Feind-Denken des kalten Krieges um sich zu greifen droht und damit die Einheit der Christenheit schwer gefährdet wird.

6. Unser Volk muß sich endlich in allen seinen Schichten darüber klarwerden, daß weder der Friede noch die Wiedervereinigung ohne große eigene Opfer zu gewinnen sind. Wir können nicht Rechte gegenüber den anderen Mächten geltend machen, wenn wir nicht selbst zu Opfern bereit sind, die auch einem neuen Zusammenleben der Völker dienen.

## II.

Die Mächte, die mit der bedingungslosen Kapitulation unseres Volkes eine eigene Verantwortung für dasselbe übernommen haben, bitten wir, folgende Vorschläge um des Friedens willen ernstlich zu erwägen:

1. Wir bitten die Weltmächte, die beiden Teile Deutschlands nicht länger als das Vorfeld ihrer militärischen und weltanschaulichen Machtpolitik zu behandeln.

2. Wir bitten sie, bei den begonnenen Verhandlungen auf den Wegen der Verständigung und des Vertrauens nicht müde zu werden. Eine Politik der gegenseitigen Abschreckung im Teufelskreis der Angst droht an Stelle des von den Völkern sehnlichst erhofften Friedens eine unvorstellbare Weltkatastrophe heraufzuführen.

3. Wir bitten die Mächte, dem deutschen Volk zum Frieden und zur Wiedervereinigung zu helfen und unserem Volk, das wir zu Verzicht und Opfern rufen, das Selbstbestimmungsrecht in der Freiheit nicht vorzuenthalten, die zu den allgemein anerkannten Menschenrechten gehört.

4. Endlich bitten wir die Mächte, zur Voraussetzung eines Friedensvertrages die Wiederherstellung der uneingeschränkten und rechtlich gesicherten Kommunikation aller deutschen Menschen innerhalb der gegenwärtigen Grenzen unseres Vaterlandes zu machen. Der staatspolitischen Wiedervereinigung, deren Wege aufzuweisen nicht Sache der Synode ist, müßte die menschliche Wiedervereinigung vorangehen. Für diese Vorgabe der menschlichen Wiedervereinigung einzutreten, weiß sich die Synode in ihrer Verantwortung für die Not deutscher Menschen und für den Frieden der ganzen Welt verpflichtet.

Der Herzschlag in diesem Wort ist die Buße, aber die Buße in ganz konkreter Richtung gesagt. Stellungnahmen zum „Notwort“ wurden bereits oben S. 79 ff. wiedergegeben.

Aus dem „Notwort“ ergab sich folgerichtig das Angebot eines „Notdienstes“ der Kirche. Die Synode hat in dieser Sache nicht ein Programm entwerfen können. Es ging nicht um eine volltönende Proklamation. Aber sie hat ihre Vermittlung angeboten als eine Stelle, in der noch zwischen Ost und West eine Brücke und eine Verständigungsmöglichkeit besteht. Der Rat wurde beauftragt, „weitere Wege zu suchen, auf denen die Evangelische Kirche in der gegenwärtigen Situation des geteilten Deutschlands einen bescheidenen Dienst der Vermittlung tun könnte“.

Es liegt in der Natur der Sache, daß über solche Möglichkeiten und Versuche nicht viel gesagt werden kann. Erste Vorstellungen über einen solchen Vermittlungsdienst sind inzwischen entwickelt und an staatliche Stellen in beiden Teilen unseres Volkes übermittelt worden. Ein Erfolg ist bisher nicht spürbar geworden. Aber wichtig ist, daß das Angebot der Kirche auch weiterhin besteht, und vielleicht ein Zeitpunkt kommen wird, an dem es angenommen wird.

Die Einheit der Kirche zwischen Ost und West aber kam in den Worten zum Ausdruck, die der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, D. Wilm, an die Synode richtete. Es waren Worte, in denen er sich im Namen der Schwestern und Brüder aus der Bundesrepublik an die Schwestern und Brüder in der Deutschen Demokratischen Republik unmittelbar wandte. In diesen Worten heißt es:

1. Wir danken Gott, daß wir mit Euch hier zusammen sein dürfen und er uns solche brüderliche Gemeinschaft geschenkt hat. Wir nehmen das als ein großes und verpflichtendes Geschenk mit nach Hause in unsere Gemeinden hinein.

2. Wir wollen auch weiterhin mit Euch in der Fürbitte für die Gefangenen unserer Kirche zusammenstehen. Wir wollen treuer als bisher für Euch beten und unsere Gemeinden dazu anhalten, es zu tun, und wir bitten Euch: Betet Ihr für uns!

3. Wir haben erneut gelernt, daß Eure Fragen und Bedrängnisse auch uns betreffen – nicht nur nach der Weise, wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit, sondern weil wir als Kirche in der westlichen Welt mitbeteiligt sind. Wenn sich die Christenheit im westlichen Teil den vor allem durch die Situation in der Deutschen Demokratischen Republik der Kirche gestellten Fragen entziehen würde, wenn sie den hier und jetzt in besonderer Weise laut werdenden Ruf des Evangeliums nicht mit hören würde, dann würde sie an ihrer Seele Schaden leiden. Wir können darum nicht sagen: Nur im östlichen Teil Europas sind solche Probleme, etwa in bezug auf die „Handreichung“. Wir können höchstens sagen: Es geht bei Euch um den am meisten vorgeschobenen Posten in der säkularisierten Welt – aber die säkularisierte Welt ist auch bei uns, darum wollen wir uns aber auch mit Euch freuen über das herrliche Evangelium von unserem Herrn und Heiland Jesus Christus und seine Kraft in dieser so gearteten Welt.

4. Wir streben und sehnen uns nach mehr und stärkerer Kommunikation mit Euch wie Ihr nach der mit uns und werden sie immer wieder suchen und versuchen. Es ist uns schmerzlich, daß zur selben Zeit, wo sich die Türen zu den Kirchen in der Sowjetunion und anderen Ostblockländern öffnen und europäische Ökumene lebendige Gestalt gewinnt, wir in den beiden Teilen unserer Kirche kaum zueinander kommen können und Ihr so selten zu ökumenischen Begegnungen herausgelassen werdet. Wir bitten die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht einmal soviel Raum zur Kommunikation gewährt, wie er in den östliche Nachbarländern möglich ist, zu bedenken, nicht nur, daß wir Menschen eines Volkes sind, sondern auch in einer Kirche zusammengehören. Und aus unseren Herzen kommt der tiefe Seufzer und das Stoßgebet: Ach, wenn doch endlich bald unser Volk wieder vereinigt würde! Wir wollen bereit sein, dafür vieles zu opfern.

5. Wir versprechen Euch, soweit es möglich ist, Eure Last mitzutragen, dafür Opfer auf uns zu nehmen und unseren Gemeinden diese Verantwortung immer neu aufs Herz zu legen. Auch das, was jetzt auf die Menschen in Berlin gelegt ist, wollen wir mittragen und bei Euch stehen.

6. Wir preisen mit Euch den Gott und Vater unseres Herrn Jesus Christus, der immer wieder über Bitten und Verstehen Gnade, Kraft und Hilfe schenkt, seine Gemeinde nie allein läßt und uns durch Euch segnet.

Das war ein überaus eindrucksvolles Zeugnis von unserer Verbundenheit über alle Grenzen hinweg. Wer die große Spannweite der synodalen Arbeit rückblickend überschaut, wird gerade für diese Synode, in der sich Wesen und Auftrag der Evangelischen Kirche der Union schöpferisch und kraftvoll manifestierte, dankbar sein. „Nun, unser Gott, wir danken dir und rühmen den Namen deiner Herrlichkeit“ (1. Chron. 29, 13).

# Ökumenische Bewegung

Von Hanfried Krüger

Die ökumenischen Vorgänge und Ereignisse des letzten Jahres sind bereits auf dem Hintergrund der sich abzeichnenden Dritten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRdK) im Jahre 1961 zu sehen und zu verstehen, auch soweit sie nicht unmittelbar mit deren Vorbereitung etwas zu tun haben. Die dort zu erwartende Bestandsaufnahme ökumenischer Arbeit und Entwicklung einerseits wie auch die Planung und Festlegung künftiger Wege andererseits lassen aber naturgemäß schon jetzt auf jenen Linien denken und handeln, die in der bevorstehenden Vollversammlung der 171 Mitgliedskirchen zusammenlaufen werden.

## 1. DIE DRITTE VOLLVERSAMMLUNG IN NEU-DELHI 1961

Auf der Zentralausschuß-Sitzung, die vom 19. bis 27. August 1959 auf Rhodos stattfand, wurde beschlossen, die Dritte Vollversammlung vom 18. November bis 5. Dezember 1961 nach Neu-Delhi einzuberufen, da der ursprünglich vorgesehenen Abhaltung auf Ceylon innerpolitische Hinderungsgründe entgegenstehen. Sicherlich bleibt es zu bedauern, daß die Vollversammlung nicht in eines der Zentren der indischen Christenheit, also etwa nach Südindien, verlegt werden konnte, aber auch hier mußten, wie so oft, organisatorische Gründe bestimmend sein, um ein an so viele äußere Voraussetzungen gebundenes Treffen der Weltchristenheit zu ermöglichen. Auch in dem jetzt vorgesehenen Rahmen wird aber die Teilnehmerzahl weit begrenzter sein, als es 1954 in Evanston der Fall war. Die damals auch von deutscher Seite mit 33 Plätzen stark ausgenutzte Kategorie der „Besucher“ (accredited visitors) wird diesmal ganz fortfallen. Die „Berater“ (consultants), von denen 1954 21 aus Deutschland kamen, werden diesmal auf eine kleine Gruppe Sachverständiger (advisers) beschränkt sein, die auf Vorschlag der einzelnen Arbeitsausschüsse vom Exekutivausschuß des ÖRdK berufen werden sollen. Die Quote der Delegierten wird für die EKD mit 36 (zuzüglich 3 Jugenddelegierten) unverändert bleiben, während die Delegationen einiger anderer, insbesondere amerikanischer Kirchen sich zum Teil erhebliche Reduktionen gefallen lassen mußten, da für die seit Evanston beigetretenen 15 Mitgliedskirchen 32 Sitze erforderlich sind, ohne daß dadurch die Gesamtzahl von 600 Sitzen überschritten werden soll. Daß durch diese Maßnahmen einiger Unmut ausgelöst wurde, ist verständlich, wenn man bedenkt, in welchem Umfang und mit welcher Intensität sich gerade die amerikanischen Kirchen seit jeher für die ökumenische Bewegung eingesetzt haben. Kein Wunder, daß auf der Zentralausschuß-Sitzung in Rhodos die Frage nach dem rechten Aufteilungsschlüssel gestellt wurde, ohne daß noch für Neu-Delhi eine Revision der jetzigen Regelung zu erreichen wäre. Es soll aber nach der nächsten Vollversammlung untersucht werden, welche Gesichtspunkte für die Verteilung der Sitze künftighin



maßgebend sein sollen; ob also zum Beispiel nur die Mitgliederstatistik der Kirchen den Ausschlag zu geben hat oder ob nicht die Zahl der Abendmahlsteilnehmer und damit der wirklich aktiven Gemeindeglieder berücksichtigt werden müsse.

Bei der Zusammenstellung der Delegationen selbst wird nach den auf Rhodos ausgesprochenen Vorschlägen des Zentralausschusses weniger auf Repräsentation Bedacht zu nehmen sein als auf die Vertrautheit der Delegierten mit der ökumenischen Bewegung und ihren Problemen sowie ihre Befähigung zur Mit- und Nacharbeit auf der Vollversammlung bzw. anschließend in ihren Heimatkirchen. Daß dabei das Laienelement und darunter insbesondere die Frauen stärker zur Geltung kommen sollen als bisher, entspricht dem vom ÖRdK nachdrücklich vertretenen Bestreben, den ökumenischen Gedanken zunehmend mehr in den Gemeinden selbst Fuß fassen zu lassen.

Der Vorbereitung der Vollversammlung von Neu-Delhi im engeren Sinne dienten die Sitzungen der gemischten Arbeitsausschüsse für die drei Sektionen Einheit—Zeugnis—Dienst (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 330), die im August vergangenen Jahres in Spittal (Kärnten) zusammentraten. Daß die biblische Kommission für das Generalthema „Jesus Christus, das Licht der Welt“ aus äußeren Gründen nicht zum gleichen Zeitpunkt tagen konnte, hat die angestrebte Koordination und gegenseitige Durchdringung von Generalthema und Sektionsthemen noch nicht in dem erwünschten Maße Wirklichkeit werden lassen. Das anschließend vom Zentralausschuß entgegengenommene Vorbereitungsmaterial für die Sektionen ist den Mitgliedskirchen zugeleitet worden, damit diese es von ausgewählten Arbeitsgruppen verschiedenartiger Prägung studieren und begutachten lassen. Die Ergebnisse sollen dann von den Vorbereitungsausschüssen im August 1960 für die endgültige, vom Zentralausschuß zu genehmigende Fassung der Studiendokumente ausgewertet werden. Bis dahin wurde auch die genaue Formulierung der Sektionsthemen zurückgestellt, um vorzeitige Festlegungen zu vermeiden.

Der erste Entwurf für die biblische Studie über das Generalthema lag erst im Frühjahr 1960 vor, um gemäß dem Beschluß des Zentralausschusses einigen kirchlichen Gruppen in Asien sowie an den Sektionsarbeiten maßgeblich beteiligten Einzelpersonlichkeiten zur Stellungnahme übersandt zu werden, damit nach erneuter Überarbeitung durch die Kommission der Zentralausschuß im August 1960 auch dieses Dokument verabschieden kann.

In der auf Rhodos festgelegten Planung ist sodann vorgesehen, daß um die Jahreswende 1960/61 ein für die Hand der Studienkreise und Gemeinden bestimmtes Arbeitsheft erscheint, in dem das vom Zentralausschuß beschlossene Vorbereitungsmaterial für das Generalthema und die Sektionen zusammengefaßt ist. Außerdem werden eine knappe Darstellung des Wesens und der Funktionen des ÖRdK sowie eine kurze Studienanleitung angefügt sein. Es ist der Wunsch des Zentralausschusses, daß die Kirchen ihre sämtlichen Pfarrer mit diesem Heft versorgen und die Gemeinden zum Studium der darin enthaltenen Fragen ermuntern, um eine möglichst breite Mitarbeit an den Aufgaben der Vollversammlung zu gewährleisten. Von den Anregungen und Ergänzungen, die aus solcher Mitarbeit erwachsen, sollen die Delegierten der jeweiligen Kirchen Kenntnis erhalten, um sie auf diese Weise zu bevollmächtigten Vertretern und Sprechern ihrer Kirchen auf der Vollversammlung werden zu lassen.

Der ganze Plan mag die Außenstehenden ein wenig kompliziert anmuten, ist aber gründlich durchdacht und darauf abgestellt, die nächste Vollversammlung organisch von den Kirchen wie auch ihrer im ÖRdK bestehenden Gemeinschaft erarbeitet und getragen sein zu lassen.

## 2. STUDIENARBEIT

Die Auseinandersetzung um die „Zukunft von Glauben und Kirchenverfassung“ (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 326 ff.) hat sich auch im Berichtsjahr mit unverminderter Intensität fortgesetzt. Es muß nochmals betont werden, daß es sich hierbei keineswegs primär um organisatorische Fragen handelt oder gar um vordergründige Rivalitäten zwischen den verschiedenen Arbeitszweigen des ÖRdK. Dahinter steht vielmehr die grundsätzliche Sorge um den Weg und die Zielsetzung der ökumenischen Bewegung als ganzer. Dem Zentralausschuß in Rhodos lag die von dem Arbeitsausschuß der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung im Sommer 1959 überarbeitete Denkschrift „Die Zukunft von Glauben und Kirchenverfassung“ vor, die zu einer lebhaften Erörterung der darin aufgeworfenen Fragen und Vorschläge führte. Eine definitive Stellungnahme seitens des Zentralausschusses war freilich vorerst nicht gefordert, da der Bericht noch der Billigung durch die im August 1960 zusammentretende Kommission für Glauben und Kirchenverfassung bedarf. Der Bericht rief aber auch in diesem vorläufigen Stadium bei den Mitgliedern des Zentralausschusses ein durchaus zwiespältiges Echo hervor, selbst bei denen – und das war zweifellos die überwältigende Mehrheit –, die der Sache als solcher durchaus aufgeschlossen gegenüberstanden. Wenn zum Beispiel die Erhebung des bisherigen Referates für Glauben und Kirchenverfassung zu einer selbständigen „Abteilung“ (division) vorgeschlagen wird, so läßt sich einwenden, daß doch 1948 die beiden Hauptströme der ökumenischen Bewegung, nämlich „Praktisches Christentum“ (Life and Work) und „Glauben und Kirchenverfassung“ (Faith and Order), bewußt ihre Identität aufgegeben haben, um in der größeren Gemeinschaft des ÖRdK miteinander aufzugehen. Würde aber nicht eine erneute Verselbständigung von Faith and Order diese Gemeinschaft wieder zu zerbrechen drohen bzw. ähnliche Tendenzen auch auf der Gegenseite hervorrufen? Würde nicht auch der Anschein erweckt, als ob die Einheit der Kirche das Sonderanliegen oder gar Monopol von Faith and Order sei, während doch der ganze ÖRdK in allen seinen Arbeitszweigen von dieser Zielsetzung durchdrungen und bestimmt sein muß? Ja, würde Faith and Order durch eine größere organisatorische Unabhängigkeit nicht in die Gefahr der Isolierung geraten und damit gerade das Gegenteil seiner Bestrebungen bewirken?

Der Deutsche Ökumenische Studienausschuß unter seinem Vorsitzenden Prof. D. Edmund Schlink (Heidelberg) hat sich daher ebenso wie andere deutsche Studienkommissionen zu diesem Punkt nur zurückhaltend geäußert, obwohl eine stärkere personelle Besetzung und finanzielle Arbeitsmöglichkeit dringend befürwortet wurden. Hierüber war man sich aber auch schon im Zentralausschuß einig und ebenso im Programm- und Finanzausschuß, dem die Planung für die Tätig-

keit des ÖRdK in den Jahren nach 1961 zwischen der dritten und vierten Vollversammlung obliegt.

Indes auch die von Faith and Order in der genannten Denkschrift angestrebten inneren Arbeitsvorhaben blieben nicht ohne Kritik. Wenn hier ein aktiveres Mitwirken bei Kirchenunionsverhandlungen in Aussicht genommen wird, so erhebt sich die Frage, ob Faith and Order damit nicht über seinen ursprünglichen Auftrag, nämlich die Einheit der Kirche Jesu Christi theologisch zu untersuchen und zu klären, unzulässig hinausgreift. Zudem trägt eine wenn auch nur beratende Funktion der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung bei Kirchenunionsverhandlungen die Gefahr einer einseitigen Beeinflussung in sich. Der Deutsche Ökumenische Studienausschuß hat in seiner erwähnten Stellungnahme sich daher zu der Bemerkung veranlaßt gesehen, „daß bei Ausübung beratender Funktionen im Rahmen von Kirchenunionsverhandlungen zur Vermeidung von Einseitigkeiten für eine die verschiedenen Konfessionen berücksichtigende Zusammensetzung der Faith-and-Order-Vertretung Sorge getragen werden müsse“.

Es leuchtet ein, daß Hand in Hand mit solchen Überlegungen die Frage nach dem Wesen der vom ÖRdK gesuchten Einheit aufs engste verquickt ist. Der Bericht über „Die Zukunft von Glauben und Kirchenverfassung“ hat im einleitenden Abschnitt folgende Formulierungen dafür gefunden:

Wir glauben, daß die Einheit, die sowohl Gottes Wille als auch sein Geschenk an seine Kirche ist, als Kennzeichen hat, daß sie alle Menschen an jedem Ort, die Christus als Herrn bekennen, durch die eine Taufe in ihn zu einer ihm völlig verschriebenen Gemeinschaft miteinander verbindet. Diese Gemeinschaft hat ihre Mitte in der Predigt des einen Evangeliums und im Brechen des einen Brotes, und sie streckt sich in Zeugnis und Dienst durch ihr gemeinsames Leben nach allen aus; diese Gemeinschaft vereinigt sie gleichzeitig mit der gesamten Bruderschaft der Christen aller Orte und Zeiten, und zwar auf eine solche Art und Weise, daß sowohl Amt wie Glieder von allen anerkannt werden und alle miteinander handeln und arbeiten können, so wie es die Gelegenheit zur Durchführung der Aufgaben, zu denen Gott die Kirche ruft, erfordert.

Wir glauben, daß wir selbst und der ganze Ökumenische Rat für eine solche echte *kirchliche* Einheit (churchly unity) beten und arbeiten müssen.

Der Deutsche Ökumenische Studienausschuß hat dazu festgestellt – und gibt damit einen auch von anderen Seiten empfundenen Eindruck wieder –, daß dieser neu eingeführte (auf Bischof Newbigin zurückgehende) Begriff „churchly unity“ zu unklar sei und daher der theologischen Präzisierung bedürfe, um sachlich gegenüber den in Lund (1952), Toronto (1950) und früher ausgesprochenen Definitionen weiterführen zu können.

In diesem Zusammenhang sollte nicht übersehen werden, was der Programm- und Finanzausschuß des ÖRdK in seinem 1959 verfaßten Zwischenbericht über Wesen und Funktion des ÖRdK gesagt hat. Der griechisch-orthodoxe Professor Konstantinidis hat in der Zentralausschuß-Sitzung auf Rhodos zum Ausdruck gebracht, daß dieser Bericht nach der Verfassung von 1948 und dem Toronto-Dokument von 1950 „einen dritten Schritt im Leben des ÖRdK“ darstelle. Es heißt dort über Aufgabe und Arbeitsweise des ÖRdK (in der inzwischen revidierten Fassung):

## *Die Aufgabe des Ökumenischen Rates der Kirchen*

Das Wesen des Ökumenischen Rates wurde in der „Toronto-Erklärung“ über „Die Kirche, die Kirchen und der Ökumenische Rat der Kirchen“ beschrieben. Eine ähnliche Erklärung über die *Aufgabe* des Ökumenischen Rates gibt es nicht, doch enthalten verschiedene offizielle Dokumente Äußerungen über seine Aufgabe. Die wichtigsten davon sind: die Verfassung, der Bericht des zweiten Komitees der Vollversammlung in Amsterdam, die Toronto-Erklärung, der Bericht über die „Berufung der Kirchen zur Mission und zur Einheit“ (1951), der Bericht über „Struktur und Funktion“ der Vollversammlung von Evanston und der vorläufige Plan zur Verschmelzung des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Internationalen Missionsrates (1957).

Auf Grund der verschiedenen Formulierungen läßt sich allgemein sagen: „Die Aufgabe des Ökumenischen Rates der Kirchen besteht darin, den Kirchen in der Erfüllung ihrer gemeinsamen, von Gott kommenden Berufung in der ganzen Welt zu dienen.“

In dieser Formel bedürfen drei Wörter einer besonderen Unterstreichung: Der Ökumenische Rat ist da, um den Kirchen zu dienen; mit den Worten seiner Verfassung „schafft er Möglichkeiten gegenseitiger Beratung und Gelegenheit für ein gemeinsames Vorgehen“, besitzt aber keine kirchenregimentlichen Rechte über die Kirchen. Der Ökumenische Rat hat Aufgaben zu erfüllen, die der *gemeinsamen* Berufung der Kirchen entsprechen; er beschäftigt sich mit den Bereichen des Lebens und des Auftrags der Kirche, in denen ein gemeinsames Handeln oder Sprechen der Kirchen ein besseres oder vollständigeres Vorgehen ermöglicht. Der Ökumenische Rat der Kirchen hilft den Kirchen, ihre Aufgabe als Teil der Aufgabe der Kirche in der ganzen Welt zu sehen, die darin besteht, allen Menschen das Evangelium zu verkünden und allen Nationen Gottes Heil zu bringen.

Die im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengeschlossenen Kirchen sind der Überzeugung, daß ihre Einheit in dem Maße wächst, in dem sie lernen, ihren Auftrag zusammen auszuführen, d. h. wenn sie „voneinander Rat und Zurechtweisung annehmen“ (Botschaft von Amsterdam), wenn sie gemeinsam sprechen, wenn „lebenswichtige Fragen, die alle Kirchen und die ganze Welt angehen, auf dem Spiel stehen“ (Bericht des zweiten Komitees der Vollversammlung von Evanston), wenn sie einander in der Not beistehen, wenn sie einander in ihrer evangelistischen und missionarischen Aufgabe unterstützen. Der Ökumenische Rat ist bestrebt, diese Zusammenarbeit und den Dienst der Kirchen untereinander zu fördern, nicht nur, um die einzelnen Arbeitsprogramme ans Ziel zu bringen oder um seine Tätigkeit wirkungsvoller zu gestalten, sondern um der tieferen Einheit willen, für die sie die Kirchen vorbereiten.

Der Ökumenische Rat der Kirchen beschäftigt sich mit der Einheit der Kirche Christi. Die Aufgabe seiner Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, „das wesenhafte Einssein der Kirche Christi zu verkündigen und dem Ökumenischen Rat und den Kirchen ihre Verpflichtung zur Sichtbarmachung dieser Einheit und ihre Notwendigkeit um des Werkes der evangelistischen Verkündigung willen vor Augen zu halten“ (Verfassung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung), ist gleichzeitig die Aufgabe des gesamten Ökumenischen Rates.

Im Leben des Ökumenischen Rates muß die Sorge um die Einheit im Zusammenhang mit der gesamten Berufung der Kirche verstanden sein. So wurde von Anfang an betont, daß Einheit, Erneuerung und evangelistisch-missionarische Aufgabe der Kirche gemeinsam betrachtet werden müssen.

Deshalb ist es verständlich, daß die Vollversammlung und der Zentralausschuß sich entschieden haben, in das Programm des Ökumenischen Rates Aufgaben aus allen Hauptbereichen der gemeinsamen Berufung der Kirchen aufzunehmen. Während die Vollversammlung und der Zentralausschuß stillschweigend zum Ausdruck brachten, daß der Ökumenische Rat mit der Ganzheit der Kirche zu tun hat, wird dies im Entwurfs-



plan für die Integration ausdrücklich bestätigt: „Sie (der Internationale Missionsrat und der Ökumenische Rat) bestehen, um den Kirchen zu helfen, die Ganzheit des Evangeliums zu bezeugen, und müssen daher versuchen, diese Ganzheit auch in ihrem eigenen Leben auszudrücken.“

### *Arbeitsweise des Ökumenischen Rates*

Die Arbeitsweise des Ökumenischen Rates ist in den von den „Funktionen“ und „Vollmachten“ handelnden Abschnitten der Verfassung beschrieben. Die grundlegenden Punkte sind, daß der Rat keine kirchenregimentlichen Rechte über die Kirchen besitzt, aber die Möglichkeit gegenseitiger Beratung und Gelegenheit für ein gemeinsames Vorgehen in Fragen gemeinsamer Interessen schaffen und im Auftrag der ihn konstituierenden Kirchen in solchen Fragen handeln soll, die ihm von einer oder mehr Kirchen übertragen werden. Die Verfassung führt ferner die folgenden besonderen Funktionen aus: die Arbeit der beiden ökumenischen Bewegungen für „Glauben und Kirchenverfassung“ und für „Praktisches Christentum“ fortzuführen; ein gemeinsames Vorgehen der Kirchen zu erleichtern; gemeinsame Studienarbeiten zu fördern; die Vertiefung und Stärkung des ökumenischen Bewußtseins unter den Mitgliedern aller Kirchen zu fördern; die Kirchen bei der Durchführung ihrer Evangelisationsarbeit zu unterstützen; die Beziehungen mit den konfessionellen Weltbünden und anderen ökumenischen Bewegungen aufzunehmen und Weltkonferenzen einzuberufen.

Andere offizielle Dokumente, die von der ersten oder zweiten Vollversammlung angenommen wurden, sprechen besonders von der Aufgabe des Ökumenischen Rates, die Kirchen aus ihrer Isolierung heraus in Konferenzen über Glauben und Kirchenverfassung einzubeziehen, christliche Solidarität zu beweisen, in der Linderung menschlicher Not zu helfen, seine Meinung frei zu bekunden, wenn lebenswichtige Fragen, die die Kirchen und die ganze Welt angehen, auf dem Spiel stehen; für die Erneuerung der Kirchen durch ständige ökumenische Begegnungen zu arbeiten und zu erreichen, daß die Kirchen im Ökumenischen Rat und die Christenräte im Internationalen Missionsrat gemeinsam die weltweite Sendung der Kirche erfüllen.

Aus diesen verschiedenen Formulierungen können hinsichtlich der Arbeitsweise des Ökumenischen Rates folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

1. der Ökumenische Rat wirkt als Bindeglied zwischen den Mitgliedskirchen und versucht, Beziehungen einer aktiven Gemeinschaft unter ihnen zu schaffen;
2. der Ökumenische Rat dient den Kirchen;
3. der Ökumenische Rat fördert das ökumenische Studium derjenigen Aufgaben, die die Kirchen gemeinsam angehen;
4. der Ökumenische Rat erleichtert das gemeinsame Vorgehen der Kirchen;
5. der Ökumenische Rat handelt und spricht im Namen der Kirchen in Angelegenheiten des allgemeinen Interesses, die ihm von den Kirchen anvertraut sind.

Bemerkenswert ist, daß das neu aufgebrochene Gespräch über Wesen und Funktion des ÖRdK auch die in der Zwischenzeit zurückgetretene Diskussion über die Basis wieder in den Vordergrund gerückt hat (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 315 ff.). Der Zentralausschuß beauftragte die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, die erweiterte Fassung der Basis zu überprüfen sowie Wesen und Aufgabe der Basis näher zu bestimmen. Sowohl den Mitgliedskirchen wie auch der Dritten Vollversammlung soll durch den Zentralausschuß über die seit 1954 unternommenen Schritte und deren Ergebnisse Bericht erstattet werden. Zugleich will der Zentralausschuß dabei zum Ausdruck bringen, daß er seinerseits keinerlei Einwendungen gegen die vorgeschlagene Neufassung der Basis habe, sondern

überzeugt sei, daß diese mit den Auffassungen der Mitgliedskirchen übereinstimme.

Ebenso wollte der Zentralausschuß offensichtlich mehr Nachdruck hinter die Erörterung des 1956 an die Mitgliedskirchen geleiteten Studiendokuments „Christliches Zeugnis, Proselytismus und Glaubensfreiheit im Rahmen des ÖRdK“ setzen, dessen Echo bisher äußerst schwach gewesen ist, obwohl es sich hier um die aus der Zugehörigkeit zum ÖRdK zu ziehenden praktischen Folgerungen für das Zusammenleben der Kirchen handelt (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 323 ff.). Es wurde beschlossen, die Mitgliedskirchen erneut aufzufordern, sich zu den Ausführungen und Vorschlägen des Studiendokuments zu äußern. Der Proselytismus-Ausschuß soll dadurch in die Lage versetzt werden, auf der Zentralausschuß-Sitzung des Jahres 1960 eine überarbeitete Fassung vorzulegen, aus der sich später von der Dritten Vollversammlung zu billigende Richtlinien für das gegenseitige Verhalten der Kirchen zueinander ableiten ließen. Zweifellos steht hinter diesen praktischen Bemühungen wie auch ebenso hinter den oben aufgeführten Grundsatzdiskussionen nicht zuletzt das Bestreben, die nach wie vor nicht unproblematische Gemeinschaft mit den orthodoxen Kirchen im ÖRdK auszubauen und zu festigen (siehe unten, S. 295 ff.).

Vom 15. bis 18. August fand in Kifissia bei Athen zwischen orthodoxen und nichtorthodoxen Theologen eine erste, von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung einberufene Konsultation statt, wie sie zwischen den Lutheranern und Reformierten in Europa schon seit 1956 alljährlich abgehalten wird (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 328). Die lutherisch-reformierte Konsultation hat auf der letztjährigen Zusammenkunft vom 6. bis 10. April in Arnoldshain nachstehende Thesen über die Taufe erarbeitet:

### *I. Wer handelt in der Taufe?*

1. In der Taufe handelt der dreieinige Gott. Dieses Handeln ist in dem einmaligen Heilswerk Jesu Christi begründet, das sich in seinem Tod und seiner Auferstehung vollendet und zu dem er in der Taufe am Jordan als leidender Knecht und König des neuen Bundesvolkes berufen worden war.

2. Die Gemeinde Jesu Christi tauft im Gehorsam gegen das stiftende Wort ihres auferstandenen Herrn. Sie tut es nicht nur in der Zuversicht, daß Gott ihr gehorsames Tun anerkennen und segnen wird, sondern in der Gewißheit, daß Jesus Christus und damit der dreieinige Gott hier selbst durch den Dienst der Menschen sein Werk treibt.

3. Indem sich in der Taufe die Aufnahme in das Volk des Neuen Bundes vollzieht, ist sie in Ablösung der alttestamentlichen Beschneidung am Fleische die durch den Geist bewirkte wahre Versiegelung der Bundeszugehörigkeit im Herzen.

### *II. Was geschieht an uns in der Taufe?*

1. Wir werden durch die Taufe in Christus eingepflanzt. Das ist ein einmaliges Geschehen. Jesus Christus ist ein für allemal für uns am Kreuz auf Golgatha gestorben und am dritten Tage auferstanden. So ist auch die Taufe der einmalige Akt, der die Hineinnahme des einzelnen Menschen in Tod und Auferstehung des Herrn bezeugt und unauslöschlich versiegelt.

2. Da wir mit Jesus Christus in seinen Tod begraben sind, hat unser Leben in der Sünde seine Verurteilung und sein Ende gefunden. Die Gerechtigkeit, die unser Erretter

am Kreuz erworben hat, ist von da her uns zugerechnet, und so sind unsere Sünden vergeben. Wir sind jetzt von der Herrschaft aller fremden Mächte befreit und frei für den Wandel im neuen Leben. Dazu hat uns Jesus Christus die Tür geöffnet, und er gibt uns das neue Sein durch die Kraft seiner Auferstehung.

3. Als Glieder am Leibe Christi sind wir durch die Taufe in die sichtbare Gemeinschaft derer eingefügt, die Christi Stimme hören und ihn bekennen. Als Bürger des Reiches sind wir jetzt auf dem Wege und warten auf die endgültige Enthüllung der Herrlichkeit Christi.

### *III. Wie geschieht das in der Taufe?*

1. Durch das verkündigte Wort und das damit verbundene Wasserbad spricht Gott dem Täufling die Gotteskindschaft zu und schenkt sie ihm. Wir sind im Glauben gewiß, daß Gott, was er zusagt, in der Kraft des von ihm verheißenen und von uns erbetenen Heiligen Geistes tut.

2. Im Gottesdienst der Gemeinde wird durch Predigt, Taufe und Abendmahl uns das eine gleiche Heil in Christus entgegengebracht. Das Besondere der Taufe liegt darin, daß hier durch das in eine Handlung gekleidete Wort in einmaliger, unwiederholbarer und unwiderruflicher Weise das neue Leben dem einzelnen geschenkt und versiegelt wird.

3. Christus selbst ist in der Taufe der Handelnde. Darum kann diese nicht als ein Geschehen verstanden werden, das von dem handelnden Christus losgelöst und durch den bloßen Vollzug des Ritus oder umgekehrt durch die Kraft der menschlichen Gläubigkeit garantiert ist.

Gott steht zu seinem Wort. Darum kann die Taufe nicht nur als ein symbolischer Akt verstanden werden, der von der Verheißung Gottes losgelöst ist und eine bloße Veranschaulichung des Heilsgeschehens darstellt.

### *IV. Wie brauchen wir die Taufe recht?*

1. Die Taufe, in der wir die Zusage Gottes empfangen, umfaßt das ganze Leben. Sie ruft den Getauften immer neu zum Glauben daran, daß Gott in seiner Treue seine Berufung nicht zurücknimmt. Sie verlangt einen Glauben, der bis ans Ende bewahrt wird. Sie erlaubt dem Getauften keine fleischliche Sicherheit über sein Gerettetsein, läßt ihn aber auch nicht der Verzweiflung anheimfallen. Sie stellt die Gemeinde der Glaubenden als Erstlinge der neuen Welt an den Ort, den Gottes rettender Wille der ganzen Menschheit zugewiesen hat.

2. Als Getaufte sind wir in die Nachfolge Christi berufen, d. h. zum Gehorsam gegen den im Gehorsam vorangegangenen Christus. Dieser Gehorsam bringt die Frucht der Buße im Kampf des Geistes gegen das Fleisch, worin wir die Selbstssucht überwinden, die Brüder lieben und einander dienen mit den Gaben, die wir empfangen haben. Diese Zugehörigkeit zum Leibe Christi legt uns die Verpflichtung auf, wie uns selbst, so auch die Welt aus dem Dienst der Sünde in die Nachfolge Christi zu rufen.

3. Die Taufe ist uns gegeben als ein Unterpfand künftiger Herrlichkeit. Sie heißt uns als Glieder des wandernden Gottesvolkes hoffend auf das Ende schauen, worin die alte Welt abgetan ist und eine neue Welt erschienen, in welcher Gerechtigkeit wohnt. Diese in der Taufe bestätigte Hoffnung auf das Ende macht uns fähig, die Leiden dieser Zeit ausharrend zu tragen, und treibt uns, in unserem ganzen Leben von der erneuerten Welt zu zeugen.

Die Teilnehmer der Studiengruppe waren sich darüber klar, daß diese Thesen nicht alle in diesem Zusammenhang zu erörternden Punkte, wie zum Beispiel die Kindertaufe, behandeln, doch stellen sie einen wichtigen Beitrag zu dem ökume-

nischen Gespräch über die Taufe dar, das 1957 auf der Sitzung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in New Haven begonnen wurde und 1960 fortgeführt werden soll.

Aus dem Fortgang der übrigen Studienarbeit des ÖRdK (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 320 ff.) ist das vorläufig abschließende dritte Dokument über „Welt und Kirche unter der Herrschaft Christi“ hervorzuheben, das von der damit beauftragten Studienkommission Anfang April 1959 in Arnoldshain erarbeitet wurde (deutsche Übersetzung in „Ökumenische Rundschau“, Heft 1/1960, S. 31–43; auch als Sonderdruck erhältlich). Das Referat für Evangelisation brachte 1959 eine überarbeitete und verbesserte Form seiner Studienarbeit „Eine Theologie der Evangelisation“ heraus, die unter dem Titel „Eine theologische Besinnung über die Evangelisation“ erschienen ist und einen äußerst fruchtbaren Beitrag zu diesem Fragenkreis darstellt.

Die Studienabteilung veranstaltete vom 25. Juli bis 2. August in Saloniki (Griechenland) eine „Internationale Studienkonferenz“ über Fragen des raschen sozialen Umbruchs, die von 146 Teilnehmern (und zwar vorwiegend Nichttheologen) aus 34 Ländern besucht war. Über die Hälfte der Teilnehmer kam aus Asien, Afrika und Südamerika, also den Gebieten, die vorwiegend Gegenstand des seit 1955 vom Referat für Kirche und Gesellschaft getragenen Studienprojekts gewesen waren. Der vorgelegte Konferenzbericht läßt zwar nach dem Urteil des Zentralausschusses noch den Wunsch offen, die Untersuchungsergebnisse enger mit den theologischen Gedankengängen in Verbindung zu bringen, stellt aber gleichwohl einen entscheidenden Schritt zur theologischen Erörterung des gesamten Fragenkreises in den Kirchen dar (vgl. „Dilemmas and Opportunities; Christian Action in Rapid Social Change“; deutsche Übersetzung in Vorbereitung).

Der Zentralausschuß will sich 1960 weiter mit diesen in allen Kirchen aufgebrochenen Problemen beschäftigen und eine Wegweisung für ihre Lösung zu geben suchen.

Große Beachtung weit über den Rahmen des ÖRdK hinaus fand das vom ÖRdK und IMR gemeinsam getragene Studienprojekt „Verantwortliche Elternschaft und das Bevölkerungsproblem“. Das vorläufige Ergebnis liegt in dem sogenannten Mansfield-Bericht vor, der vom 12. bis 15. April 1959 im Mansfield College in Oxford von einer aus 21 Theologen, Ärzten, Wirtschaftswissenschaftlern und Fachleuten in internationalen Fragen bestehenden Studiengruppe erarbeitet wurde.

Vor der Veröffentlichung des Memorandums, das jedoch einen völlig inoffiziellen Charakter trägt, appellierte der Sekretär der Studienkommission, Dr. Richard Fagley, an die Mitglieder des Zentralausschusses auf Rhodos, daß die Kirchen dem Bevölkerungsproblem weit größere Beachtung als bisher schenken müßten (englischer Text in „The Ecumenical Review“, Heft 1, Oktober 1959, S. 85–92; deutsche Übersetzung in der „Zeitschrift für Evangelische Ethik“, Heft 2/1960, S. 113–121).



### 3. INTEGRATION DES INTERNATIONALEN MISSIONSRATES MIT DEM ÖKUMENISCHEN RAT DER KIRCHEN

Das Integrationsproblem hat in der ökumenischen Bewegung auch im vergangenen Jahre einen breiten Raum eingenommen (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 312 ff.). Bis zur Zentralausschuß-Sitzung auf Rhodos hatten sich erst 46 von den 171 Mitgliedskirchen zur Integration geäußert, davon 44 zustimmend. Von den 38 Mitgliedsräten des Internationalen Missionsrates (IMR) hatten bis zu diesem Zeitpunkt 22 zugestimmt, drei ihre Ablehnung ausgesprochen (Norwegen, Belgien und Brasilien), und einer war ausgetreten (Belgisch-Kongo). Sollte die Integration auf der Vollversammlung 1961 angenommen werden, so wird mit dem Austritt zumindest des norwegischen Missionsrates auch noch gerechnet werden müssen.

Die endgültige Fassung des der Vollversammlung vorzulegenden Integrationsplanes wird erst auf der Zentralausschuß-Sitzung des Jahres 1960 festgelegt werden, doch bemühte man sich auch im vergangenen Jahre um eine weitere Präzisierung des Entwurfes. Dabei wurde nicht zuletzt auf eine sorgfältige Überprüfung und Korrektur der Terminologie Gewicht gelegt, um Bedenken zu zerstreuen und Mißverständnisse auszuräumen, die insbesondere auf orthodoxer Seite durch die Übersetzung ins Griechische entstanden sind. Künftig will der ÖRdK für einen autorisierten griechischen Wortlaut der Integrationsdokumente Sorge tragen. Indes hängt die orthodoxe Kritik nicht an einzelnen Punkten oder Formulierungen, sondern erwächst aus der grundsätzlichen Sorge, daß der ÖRdK seinen Charakter als ein Rat von „Kirchen“ durch die Integration zu verlieren drohe. Diesen schon früher geäußerten Bedenken haben die orthodoxen Sprecher auf der Zentralausschuß-Sitzung in Rhodos erneut nachhaltig Ausdruck verliehen. Man befürchtete das Entstehen einer „Mammutorganisation“, die schon deshalb übereilt und gefährlich sei, weil noch nicht einmal Wesen und Aufgabe des ÖRdK in den Gemeinden der Mitgliedskirchen genügend Verständnis gefunden hätten. Da es sich zudem meist um protestantische Missionen handele, bekomme der ÖRdK eine zunehmend „panprotestantische“ Ausrichtung. Sicherlich spielte bei solchen Äußerungen auch die Sorge um den Proselytismus mit hinein, doch sollte dahinter auch der konstruktive Beitrag gesehen werden, den die Orthodoxen zu einem rechten Verständnis des Wesens der Kirche im ökumenischen Gespräch zu geben haben.

Kennzeichnend für die Gesprächslage sind die wohlabgewogenen, warnenden und zugleich versöhnlichen Ausführungen von Bischof Johann von San Franzisko (Russische Orthodoxe Kirche von Nordamerika) über die Integration vor dem Zentralausschuß in Rhodos:

Ich möchte einige Gedanken über die Integration äußern. Aber es macht mir etwas Mühe, zu entscheiden, an wen ich mich mehr wenden soll, an die Protestanten oder an die Orthodoxen, denn jenen und diesen möchte ich etwas Besonderes sagen.

Gestatten Sie mir, daß ich mich zuerst an die protestantischen Brüder wende. Sie sind jetzt Gäste in diesem orthodoxen Lande; aber wir, Orthodoxe, sind – fast könnte man sagen – Gäste in der ökumenischen Bewegung, im Ökumenischen Rat der Kirchen. Und in diesen Tagen, da wir die Frage der Integration erwägen, haben sich einige von uns vielleicht besonders als Gäste gefühlt, vielleicht sogar als solche, die in einem Hause

schon ein wenig lange leben, in dem der Hausherr sich mit seinen eigenen Angelegenheiten befaßt. – Übrigens, diese Bemerkung ist eher psychologischen als sittlich-religiösen Charakters.

Indem ich mich an die protestantischen Brüder, die Mitglieder des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, wende, empfinde ich die Notwendigkeit, folgendes zu sagen: Denken Sie nicht, daß jemand von uns Orthodoxen nicht versteht, wie wichtig für Sie die Frage der Integration ist! Denn die Frage der Mission kann nicht von der Frage der Kirche abgetrennt werden. „Wo ich bin, da soll mein Diener auch sein“ (Joh. 12, 26). Wo die Kirche ist, da ist auch ihre Mission. Anders kann es nicht sein. Und die Bemühungen der christlichen Missionstätigkeit in der Welt zu vereinigen, ist ein außerordentlich wichtiges Problem für die Mission selbst und für die ganze – gläubige und ungläubige – Welt. Gewaltig ist der Prozentsatz an Mißerfolgen der christlichen Missionen in der Welt infolge ihrer Gespaltenheit. Es ist klar, daß der Versuch, die Arbeit an der Vereinigung der Missionen, not tut, und zwar auf den Glaubensgrundlagen, auf denen auch der Ökumenische Rat der Kirchen steht.

Das ist einzusehen. Bemühen Sie sich aber bitte, hier einige versöhnliche Formulierungen gemeinsam mit den Orthodoxen zu finden. Verschließen Sie Ihr Ohr nicht vor der Stimme einiger orthodoxer Theologen, die durch die bevorstehende Integration beunruhigt sind. Wenn diese Unruhe Ihnen als Schwäche erscheint, gehen Sie um so weniger an ihr vorüber, unterdrücken Sie nicht leichthin die Minderheit durch die Mehrheit. Ich glaube, daß auch hier irgendein Ausweg zu finden ist: daß man die Grundlage der Integration – die Sie alle so sehr wünschen – legen kann und daß gleichzeitig das Gewissen der Orthodoxen rein erhalten bleiben kann.

Was beunruhigt jetzt das Gewissen einiger orthodoxer Theologen? Sie befürchten, daß die Integration eine ekklesiologische Veränderung in das ökumenische Prinzip selbst hineinträgt, auf dem der Ökumenische Rat steht. Persönlich hoffe ich, daß sich das vermeiden läßt, indem man sich auf der Suche nach einer neuen Formulierung an die sehr große stilistische Erfahrung des Generalsekretariats und besonders unserer anglikanischen Brüder hält.

Andererseits können mir persönlich, als einem Orthodoxen, diejenigen Missionare freilich näherstehen, die den Heiden das Evangelium ohne Beigabe irgendwelcher bestimmter protestantischer Doktrinen und Traditionen bringen, als Missionare anderen Stils. Ich denke aber, daß alle Kirchen es nötig haben, den Missionseifer zu erhöhen, um Seelen in Christus zu retten und das Gebot unseres Herrn zu erfüllen.

Gestatten Sie, daß ich mich jetzt an meine orthodoxen Brüder wende! Es bedarf keiner Worte, wie nahe mir Ihre Erregung, Ihre Befürchtungen stehen, die wahrhaftig nicht aus bösem Willen entspringen, sondern aus der allmenschlichen Schwierigkeit, die eigene geistliche Erfahrung mit anderen geistlichen Erfahrungen zu integrieren. Aber, was wichtiger ist: die Orthodoxen sind – ebenso wie der Apostel Paulus – fähig, sich nicht nur über ihre eigene Predigt von Christus zu freuen, sondern darüber, „daß nur Christus verkündigt werde auf allerlei Weise“ (Phil. 1, 18). Angesichts der Ungläubigen in der heutigen Welt vermögen die Gläubigen – auch diejenigen, die nicht dem Ökumenischen Rat angehören – sich zu freuen, wenn Menschen zur Wahrheit Christi, zur Wahrheit des Evangeliums bekehrt werden durch die Predigt, auch von solchen, die „nicht mit uns nachfolgen“, denn es gilt ohne Zweifel: „Wer nicht wider uns ist, der ist mit uns“ (Luk. 9, 49 f.). Das ist tatsächlich unsere ökumenische Lage.

Ich werde sagen, warum ich persönlich in der Integration keine Gefahr sehe; oder genauer: warum ich bis zu dem Augenblick keine Gefahr in ihr sehe, wo sie mir nicht das Gegenteil beweist. Im Ökumenischen Rat der Kirchen haben wir Orthodoxen einen gewissen modus vivendi mit den protestantischen Kirchen gefunden. Wir haben diese Möglichkeit gefunden durch unsere Liebe zu ihrer Christusliebe, zu ihrer Liebe für den in der Dreieinigkeit gepriesenen Herrn.

Die orthodoxe Mission ist von der Kirche nicht getrennt. Es trifft nicht zu, wie einige gesagt haben, daß der Orthodoxie der missionarische Geist fehle. Nein, er fehlt ihr nicht, aber er fehlt einigen unter uns Orthodoxen.

Die Russische Kirche (RK) ist gestiftet, unterhalten und erzogen worden von der Griechischen Kirche (GK). Es ist allbekannt, was für die Predigt unter den Slawen die „apostelgleichen“ Brüder Kyrill und Method und viele ihnen gleiche Missionare getan haben. Auch in der GK sehen wir diesen Geist, etwa in der Tätigkeit des Ausschusses für Orthodoxe Mission, der sein Zentrum in Athen hat. In der letzten Nummer seiner Zeitschrift ruft dieser Ausschuß zu besonderen Gebeten für die Mission in der ganzen Welt auf.

Die RK aber hat im Laufe der Jahrhunderte ein weites Missionsfeld im Norden und Osten ihres Landes gehabt. Wissen Sie, daß Anfang des 20. Jahrhunderts das Evangelium in mehr als 120 Landessprachen durch den Hl. Synod der RK herausgegeben wurde? Wissen Sie, daß die Missionare der RK auch das Schrifttum der Völker begründeten, denen sie den christlichen Glauben verkündeten? Freilich, wenig haben sie geschrieben, wenig geredet von ihrem Werk. Wissen Sie, daß die orthodoxen Missionen in Japan und China zu den frühesten Missionen in diesen Ländern gehören? In Tokio hat mir ein italienischer Jesuit, Professor an der dortigen Universität, gesagt, daß man vor den Studenten als Beispiel für die Mission in Japan die russische dortige Mission zu zitieren pflegt. Die Namen des Hl. Innokentius von Alaska, der Erzbischöfe Nikolaus und Sergius von Japan haben apostolische Bedeutung, ebenso die Namen vieler Märtyrer und Bekenner Christi in China und anderen Orten der Welt bis in unsere Zeit.

In der letzten Zeit hat die missionarische Bedeutung der RK für die ganze Christenheit nicht abgenommen. Sie ist vielmehr gewachsen, obwohl der Stil und die Methoden der missionarischen Tätigkeit sich verändert haben gegenüber den Ihnen bekannten. Aber laßt uns nicht meinen, daß diese bekannten Methoden die einzigen sind.

Die Russische Orthodoxe Kirche in Amerika ist sich bewußt, daß ihre Kräfte zur Zeit nicht ausreichen, die missionarische Arbeit in Alaska auf der Höhe zu halten. Doch sehen wir, die Männer der Orthodoxen Kirche in Amerika, in Reue und Demut, wie auf dem Felde, das früher ungeteilt unserer Mission angehörte, einige protestantische Kirchen und die römisch-katholische ans Werk gehen, deren materielle Mittel die unseren heute übertreffen. Diese Missionen zu tadeln, vermögen wir nicht, da wir unser gegenwärtiges Unvermögen für diesen wachsenden neuen Staat Amerikas sehen. Das Feld für die Arbeit im Dienste Gottes in der Welt bleibt offen für alle.

Ich glaube nicht, daß die Integration unsere orthodoxe innere und äußere Freiheit zerstören wird. Nein, wir können und sollen diese Freiheit schützen in der Liebe zu den christlichen Brüdern und in der Liebe zu ihrer Christusliebe.

Aber wenn wir der Integration zustimmen, müssen wir freilich unsere christlichen Brüder, die Protestanten, warnen, daß diese Integration nicht nur eine Probe (Prüfung) für uns sein wird, sondern auch für sie, für diesen ganzen ökumenischen christlichen Geist der Freiheit und Liebe, den wir hier vor der ganzen Welt verkünden, in unserer Gemeinschaft. Die Freiheit eines jeden Mitgliedes des Ökumenischen Rates ist nicht nur die Freiheit, in diesen Rat einzutreten und in ihm zu verbleiben. Es bleibt uns, es bleibt allen auch noch die Freiheit, aus dem Rat auszutreten in dem Augenblick, wo die innere Wahrheit unseres Glaubens und religiösen Gewissens das fordert.

Jetzt rufe ich meine Brüder, die Orthodoxen, auf zu einem neuen Gotteswerk (podvig = agon) orthodoxer Einmütigkeit, Geduld, des Vertrauens und der Furchtlosigkeit – zu jener kenosis (Selbstentäußerung), die unser Herr Jesus Christus selbst auf sich genommen hat, indem er in die Welt unserer großen menschlichen Unvollkommenheit, der Leiden und des Todes einging.

Er, unser einziger Erzhirte, ist kräftig, alles zum Wohle seiner Heiligen Kirche zu lenken und aufzubauen. Neue Aussichten können sich jetzt auf tun, um der Orthodoxie

und der Fülle des christlichen Geistes Ausdruck zu verleihen, denn – „denen, die Gott lieben, müssen alle Dinge zum besten dienen“ (Röm. 8, 28).

„Ökumenische Rundschau“, Heft 4/1959

Dieser Appell, der die manchmal recht harte Debatte über die Integration auf Rhodos abschloß, darf natürlich nicht ohne weiteres als erstes Zeichen einer Standpunktänderung auf orthodoxer Seite gewertet werden, läßt aber doch die Hoffnung offen, daß die Gemeinschaft mit den orthodoxen Kirchen im ÖRdK über der Integrationsfrage zumindest nicht zerbrechen wird. Neueren Nachrichten über Verhandlungen zwischen ökumenischen und orthodoxen Stellen zufolge scheint sogar die Möglichkeit einer zufriedenstellenden Lösung nicht ausgeschlossen zu sein.

#### 4. VERHÄLTNIS ZUR ORTHODOXIE UND ZUR RÖMISCH-KATHOLISCHEN KIRCHE

##### *a) Die Vorgänge auf Rhodos*

Es lag in der Natur und selbstverständlich auch in der Absicht der letztjährigen Tagung des Zentralausschusses auf Rhodos, die Kontakte mit den orthodoxen Kirchen mehr noch als sonst geschehen zu pflegen und auszubauen. Die Verhandlungen über die Integration machten zudem eine solche enge Fühlungnahme in besonderer Weise möglich und nötig. Der theologischen Verständigung dienten die einleitenden Vorträge von Prof. D. Edmund Schlink (Heidelberg) und Prof. C. Konstantinidis (Halki) über „Die Bedeutung der östlichen und westlichen Traditionen für die christliche Kirche“ (Wortlaut in „Ökumenische Rundschau“, Heft 3/1959, bzw. „Ecumenical Review“, Heft 2, Januar 1960). Ebenso sollte die Anregung von Bischof D. Dibelius nicht unerwähnt bleiben, ein protestantisch-orthodoxes Institut für gemeinsame patristische Studien zu errichten, wofür nach Zustimmung des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel voraussichtlich ein Kloster in der Nähe von Saloniki in Aussicht genommen werden wird.

Indes wurde eine Kette von akuten Erörterungen des Standpunktes und der Haltung der orthodoxen Kirchen zum ÖRdK in überraschender und fast dramatischer Form durch einen Vorgang ganz anderer Art ausgelöst, nämlich durch die Zusammenkunft einiger anwesender römisch-katholischer Beobachter mit den orthodoxen Delegierten auf Rhodos. Es ist verständlich, daß man in der römisch-katholischen Kirche die Entwicklung der ökumenischen Bewegung und insbesondere ihre enger werdenden und sich ausweitenden Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Gibt doch nicht zuletzt das geplante Ökumenische Konzil erneuten Anlaß, auch römischerseits den Verbindungen zur Orthodoxie verstärktes Interesse zuzuwenden. Überhaupt aber wird man ganz allgemein von einer wachsenden Aufgeschlossenheit römisch-katholischer Kreise für den ökumenischen Gedanken sprechen dürfen, wie es ja schon an der 1952 erfolgten Gründung der „Katholischen Konferenz für ökumenische Fragen“ sichtbar geworden ist. Allerdings sind diese Kontakte in Rom institutionell noch



nicht eindeutig verankert, so daß sich von daher eine gewisse Uneinheitlichkeit römisch-katholischer Reaktionen und Stellungnahmen zu ökumenischen Vorgängen erklären läßt, wie sie nun gerade auch an der erwähnten katholisch-orthodoxen Bewegung in Rhodos ein wenig verwirrend in Erscheinung getreten ist.

Nachdem an der Zentralaussschuß-Sitzung in Nyborg 1958 ein römisch-katholischer Beobachter teilgenommen hatte, waren für Rhodos acht Meldungen von römisch-katholischer Seite eingegangen. Um kein Mißverhältnis zur Zahl des Vorjahres entstehen zu lassen, wurden nur zwei römisch-katholische Beobachter vom Generalsekretariat des ÖRdK für Rhodos zugelassen, und zwar der holländische Professor Willebrands, Sekretär der „Katholischen Konferenz für ökumenische Fragen“, und der französische Dominikaner Pater C. J. Dumont, Direktor des seit Jahrzehnten um die Verständigung mit den Orthodoxen bemühten Istina-Instituts in Paris. Tatsächlich waren jedoch inoffiziell, wie aus den nachstehenden Presseverlautbarungen hervorgeht, noch drei weitere römische Katholiken anwesend. Daß am Abend des 21. August eine Besprechung zwischen den römisch-katholischen Beobachtern und den orthodoxen Teilnehmern und Gästen des Zentralaussschusses stattfand, auf der sich Pater Dumont für einen verstärkten theologischen Austausch einsetzte, braucht an sich noch nicht für ungewöhnlich zu gelten. Solche Fühlungenahmen oder Konferenzen auch und gerade über die Grenzen des ÖRdK hinaus gehören seit jeher zu den Gepflogenheiten zwischenkirchlicher Begegnungen. Daß freilich die leitenden Männer des Zentralaussschusses von diesen Gesprächen erst aus der weltlichen Presse erfuhren, lag wohl zweifellos nicht in der Absicht der Veranstalter, mußte aber zwangsläufig zu Mißverständnissen und Verstimmungen führen. Die Pressemeldungen erweckten nämlich den Eindruck, als wenn es sich um bevollmächtigte Kontaktaufnahmen zwischen Rom und den orthodoxen Kirchen gehandelt habe, die über die theologischen Gespräche hinaus eine offizielle Herstellung kirchlicher Beziehungen zum Ziele gehabt hätten. Nachdem schon Kardinal Tisserant, der die Kongregation für die orientalische Kirche leitet, diesen Vermutungen in einem Dementi von Rom aus entgegengetreten war, folgte am 24. August eine gemeinsame Erklärung von Metropolit James von Philadelphia und Prof. Joannidis, beide Mitglieder des Zentralaussschusses:

Wir sind über einige Mißverständnisse und grobe Übertreibungen sehr erstaunt, die in der Presse im Blick auf ein freundliches Gespräch zwischen orthodoxen Mitgliedern des Zentralaussschusses und zwei römisch-katholischen Gästen auf der Tagung des Ökumenischen Rates erschienen sind.

Der wahre Sachverhalt ist der, daß eine absolut informelle Kontaktaufnahme zwischen verschiedenen Persönlichkeiten ohne Auftrag oder Weisung stattgefunden hat – wie das auch bei anderen Gelegenheiten an verschiedenen Orten geschieht –, und zwar auf der Ebene informeller theologischer Kontakte.

Um jede falsche Auslegung unmöglich zu machen, möchten wir Orthodoxen ganz klar betonen, daß der Hauptpunkt unseres inoffiziellen Gespräches eben diese Art von Kontaktaufnahme zwischen theologischen Fakultäten war. Ein Gespräch oder gar Verhandlungen über irgendwelche offiziellen Kontakte zwischen den beiden beteiligten Kirchen hat nicht stattgefunden. Jede andere Auslegung müssen wir energisch zurückweisen.

*öpd, Nr. 34/1959, S. 7*

Schien damit der völlig inoffizielle Charakter der katholisch-orthodoxen Begegnung auf Rhodos von beiden Seiten eindeutig klargestellt, so stiftete eine Meldung von Radio Vatikan am 3. September erneut Verwirrung. In dieser Meldung wurde nämlich behauptet, das sicherste Ergebnis von Rhodos werde in der Einberufung einer Konferenz für 1960 nach Venedig bestehen, die die Wiederaufnahme des Gesprächs zwischen Rom und der Orthodoxie zum Gegenstand haben solle. Weitere Nahrung erhielt diese Behauptung durch die Äußerungen des Chefredakteurs der Pariser katholischen Tageszeitung „La Croix“, Pater Antoine Wenger, der gleichfalls an der Zusammenkunft auf Rhodos teilgenommen hatte:

Um den in Rhodos anwesenden katholischen Gästen – dabei handelte es sich um Pater Christophe Dumont, Direktor des „Centre Istina“ (Paris), Prof. Willebrands, Beauftragter des holländischen Episkopats für Beziehungen zum Weltrat der Kirchen, P. Maurice Villain, ein Schüler P. Couturiers und Autor verschiedener Werke über die Ökumene, P. Strotmann, Benediktiner von Chevetogne und Redakteur der Revue „Irenikon“, und P. Antoine Wenger, Chefredakteur von „La Croix“ – ihr „Wohlwollen“ zu bezeugen, habe die sehr zahlreiche orthodoxe Delegation sie zu einem Essen eingeladen, bei dem es anschließend zu freien Gesprächen „im Geiste brüderlicher Liebe“ gekommen sei. Im Verlaufe dieser Gespräche habe Pater Dumont Gedanken über eine gegenseitige Annäherung der orthodoxen und der katholischen Kirche ausgesprochen, indem er betonte, die erste Notwendigkeit sei, nach den Worten des Papstes Johannes XXIII., eine bessere gegenseitige Kenntnis und größerer Respekt voreinander.

Pater Dumont habe sich ferner dahingehend geäußert, daß ein Treffen zwischen katholischen und orthodoxen Theologen „sehr wohl möglich“ wäre. Es würde sich dabei jedoch nicht um einen wissenschaftlichen Kongreß rein theoretischer Natur handeln, sondern um eine Zusammenkunft in brüderlichem Geiste, wobei man über die „Bedingungen für die Wiedervereinigung, nach der so viele Seelen verlangen“, sprechen könne. „Wenn ich dies so klar ausspreche“, habe Pater Dumont wörtlich gesagt, „so bitte ich Sie, davon überzeugt zu sein, daß ich dazu die erforderliche Bevollmächtigung habe und dazu dringend ermutigt worden bin.“ Damit jedoch ein solches Unternehmen Erfolg haben könne, müßten alle Teilnehmer höchste Verschwiegenheit bewahren, denn „das Gute macht keinen Lärm, und der Lärm macht nichts Gutes“.

Dieser Rat sei jedoch, wie Pater Wenger in seinem Kommentar weiter bemerkt, nicht befolgt worden, und die in Rhodos vertretenen Presseagenturen hätten noch in derselben Nacht sensationelle Meldungen verbreitet.

Pater Wenger meint sodann, die in der Presse veröffentlichten Meldungen über Rhodos hätten zwar zunächst eine „schwierige Situation“ geschaffen, aber die später von Rhodos und von Rom aus erfolgten „Erklärungen“ hätten „jedes Unbehagen“ auf seiten des Ökumenischen Rates der Kirchen „beseitigt“. *öpd, Nr. 37/1959, S. 1f.*

Hierzu nahm das Generalsekretariat des ÖRdK wie folgt Stellung:

1. Es ist nichts Ungewöhnliches an der Tatsache, daß römisch-katholische und orthodoxe Theologen miteinander theologische Gespräche führen wollen.

2. Ungewöhnlich ist es allerdings, solche Gespräche dahingehend zu beschreiben, daß sie die „Bedingungen für die Wiedervereinigung“ zum Thema haben werden und daß der offiziellen „Bevollmächtigung“ zu solchen Gesprächen besonderer Nachdruck verliehen wird. Nach einer Mitteilung von Radio Vatikan vom 3. September – eine Sendung, der Pater Wenger „offiziösen“ Charakter beimißt – wird das Ergebnis der orthodox-katholischen Zusammenkunft von Rhodos die Organisation eines offiziellen Treffens römisch-katholischer und orthodoxer Spezialisten sein sowie die „Wiederaufnahme von

Gesprächen zwischen der Kirche des Ostens und Rom auf einer breiteren und repräsentativeren Basis, als dies in der Vergangenheit bisher der Fall gewesen ist“.

3. Unter derartigen Umständen war es höchst bedauerlich, daß die römischen Katholiken, die der Tagung des Zentralausschusses auf Rhodos als Gäste beiwohnten, die verantwortlichen Leiter der Konferenz nicht über ihre Absichten informiert haben.

4. Ebenso bedauerlich war es, daß die römisch-katholischen Gesprächspartner, anstatt sich der von ihnen angeratenen Verschwiegenheit zu befleißigen, selbst Pressevertretern in Rhodos Mitteilungen machten.

5. Die sich widersprechenden Mitteilungen in der römisch-katholischen Presse und dem römisch-katholischen Rundfunk über den Inhalt und die Bedeutung der Vorschläge, die die römischen Katholiken in Rhodos unterbreitet haben, sind weit davon entfernt, das bereits entstandene „Unbehagen“ zu zerstreuen, und tragen nur noch zu der Verwirrung bei, was durchaus nicht im Interesse der christlichen Einheit sein kann.

*öpd, Nr. 37/1959, S. 2 f.*

Auch der Vertreter des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, Archimandrit Emilian Timiadis, erklärte im Auftrage des Patriarchen:

Obwohl klar und deutlich gesagt worden ist, daß das Treffen zwischen den orthodoxen Delegierten und den römisch-katholischen Beobachtern in Rhodos völlig informellen und freundschaftlichen Charakter trug, wird dennoch durch weitere Kommentare in der Presse und durch Radio Vatikan die Bedeutung dieser Zusammenkunft übertrieben.

Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel möchte darum noch einmal ausdrücklich betonen, um den wahren Sachverhalt ganz klar zu machen, daß es keine formellen Gespräche irgendwelcher Art in Erwägung zieht. Das Ökumenische Patriarchat steht nach wie vor hinter dem Ökumenischen Rat der Kirchen und bedauert den unglücklichen Eindruck, als ob es auf die eine oder andere Weise seine Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen zu schwächen versuche.

Mehr denn jemals zuvor hegt das Patriarchat den aufrichtigen Wunsch, an der Wiederherstellung der Einheit der Kirche und des gemeinsamen Glaubens mitzuarbeiten.

*öpd, Nr. 37/1959, S. 3*

Ebenso unterstrich auch der neu in das Präsidium des ÖRdK berufene Erzbischof Jakovos, das Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Erzdiozese von Nord- und Südamerika, die wachsende Bedeutung, die orthodoxerseits gerade nach der Zentralaussschuß-Sitzung auf Rhodos dem ÖRdK für die Einheit der Christenheit zugemessen werde. Dem Wunsch der Orthodoxen, sich noch enger mit der Arbeit des ÖRdK vertraut zu machen, solle, wie der Erzbischof weiter berichtete, durch die Schaffung eines Ökumenischen Zentrums im Kloster Philerimos auf Rhodos entsprochen werden. Schon für den Sommer 1960 sei dort unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Patriarchen der erste dreimonatige Studien- und Informationskursus für 40–60 orthodoxe Bischöfe, Priester und Theologen geplant. Der Erzbischof ging sodann auf die Beziehungen der orthodoxen Kirchen zum Vatikan ein.

Wörtlich sagte er: „Wenn wir von der ökumenischen Bewegung sprechen, so meinen wir alle Christen, Protestanten, Anglikaner, Orthodoxe und römische Katholiken. Wir können niemanden vom ökumenischen Gespräch ausschließen, und wir würden die katholische Kirche im Ökumenischen Rat gern willkommen heißen, wenn sie diesen Wunsch

äußern sollte.“ Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel und alle orthodoxen Kirchen sahen es daher als ihre Pflicht an, auch mit Rom Gespräche über die christliche Einheit zu führen. Es sei durchaus möglich, daß es zu einem Dialog Konstantinopel–Rom komme, ja, der Patriarch wäre auch zu einem persönlichen Gespräch mit dem Papst bereit, wenn dieser einen Gegenbesuch nach Konstantinopel versprechen würde. Jedoch, so betonte Erzbischof Jakovos, könnten derartige Aussprachen nur dann zustande kommen, wenn sie vom Geist der gegenseitigen Anerkennung und Achtung bestimmt würden. Rom müsse zunächst zeigen, daß es bereit sei, mit Konstantinopel „auf gleicher Ebene“ zu sprechen. Völlig unannehmbar für die Orthodoxen seien dagegen Gespräche, die eine Rückkehr nach Rom vorbereiten sollten. „Uns geht es nicht um die Restaurierung jener Einheit, die Rom gebrochen hat, sondern um die Einheit des Körpers Christi“, sagte der Erzbischof und fuhr fort: „Wir werden den Dialog mit der römischen Kirche nicht zurückweisen, aber dieser Dialog kann und wird niemals dahin führen, daß eine bloße Wiedervereinigung der katholischen und orthodoxen Kirchen zustande kommt, von der die nicht-römische und nicht-orthodoxe Christenheit ausgeschlossen ist.“

Wie Erzbischof Jakovos weiter berichtete, hat der Vatikan den Ökumenischen Patriarchen bis zur Stunde weder über die orthodox-katholische Zusammenkunft auf Rhodos und die bei dieser Gelegenheit vorgetragenen römischen Pläne noch über das Vorhaben eines orthodox-katholischen Theologentreffens in Venedig unterrichtet. Daher könne der Patriarch vorläufig auch nicht offiziell zu diesen Vorgängen Stellung nehmen. Die Orthodoxen betrachteten das Gespräch, das sie auf Rhodos mit den Katholiken führten, als durchaus informelle und freundschaftliche Aussprache. Die orthodoxe Kirche habe andererseits weder Venedig als Verhandlungsort akzeptiert noch angebliche Vertreter benannt. Wenn die Professoren Florovsky und Alivisatos in diesem Zusammenhang genannt worden seien, so handle es sich dabei um Vorschläge von katholischer Seite. Wenn Rom an einer Aussprache mit den Orthodoxen interessiert sei, wäre es das Gegebene, zunächst schriftlich den Patriarchen über ein derartiges Ansinnen zu unterrichten und seine Zustimmung zu erbitten. Der Patriarch werde dann nach Rücksprache mit den anderen orthodoxen Kirchen Vorschläge für ein eventuelles Theologentreffen machen. Nach Venedig würden die orthodoxen Kirchen auf keinen Fall Vertreter entsenden.

Erzbischof Jakovos unterstrich, daß unter den orthodoxen Kirchen über die Mitarbeit im Ökumenischen Rat und die Kontakte mit den Katholiken Einstimmigkeit herrsche. In den letzten Wochen und Monaten hätten enge Kontaktaufnahmen zwischen den orthodoxen Patriarchen stattgefunden, und eine jede Stellungnahme des Patriarchen zu den oben angeschnittenen Fragen stelle die einmütige Auffassung der orthodoxen Kirchenwelt dar, und nicht etwa nur die persönliche Meinung des Patriarchen von Konstantinopel. Die Patriarchen von Jerusalem und Antiochien seien in diesem Sommer in Istanbul gewesen, und der Ökumenische Patriarch werde diese Besuche in naher Zukunft durch Reisen nach Damaskus, Jerusalem und Kairo erwidern. *öpd*, Nr. 38/1959, S. 6 f.

Die erwähnten Besuche des Ökumenischen Patriarchen bei den griechisch-orthodoxen Patriarchaten von Antiochia, Jerusalem und Alexandrien haben in den Wochen vor Weihnachten des vergangenen Jahres stattgefunden und müssen in engstem Zusammenhang mit der für September 1960 vorgesehenen pan-orthodoxen Konferenz auf Rhodos gesehen werden, die der Vorbereitung einer pan-orthodoxen Synode dienen und eine Grundsatzerklärung zur Frage der christlichen Einheit ausarbeiten soll. Der Ökumenische Patriarch hat übrigens auch die Oberhäupter der koptischen Kirchen Ägyptens und Äthiopiens sowie der armenischen und alt-katholischen Kirchen nach Rhodos eingeladen, die mit den orthodoxen Kirchen nicht in Abendmahlsgemeinschaft stehen. Damit ist deutlich geworden, daß die orthodoxen Kirchen zunächst einmal im eigenen Kreise um



die Fragen christlicher Einheit bemüht sein wollen, zugleich aber die Türen nach *allen* Seiten offenzuhalten bestrebt sind. Die wenig glücklichen Ereignisse auf Rhodos und die sich daran anknüpfenden nicht weniger ungeschickten Presseverlautbarungen ließen nunmehr jeden Gedanken an eine katholisch-orthodoxe Unionskonferenz in Venedig abwegig erscheinen. Am 20. Oktober 1959 verbreitete die Katholische Nachrichtenagentur aus Rom denn auch folgende Meldung:

In vaticanischen Kreisen rechnet man nicht mehr damit, daß die für das kommende Jahr in Venedig geplante katholisch-orthodoxe Theologenkonzferenz stattfinden wird. Man macht dafür die verworrene, unzutreffende und inopportune Berichterstattung über den katholisch-orthodoxen Kontakt auf Rhodos verantwortlich, durch die einer bereits erzielten Annäherung neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden seien.

Auf Rhodos hatten der französische Dominikanerpater Dumont und der holländische Prälat Dr. Willebrands, beide anerkannte Fachleute auf ökumenischem Gebiet, bei einer Sitzung des Zentralkomitees des Ökumenischen Rates am 21. August dieses Jahres mit orthodoxen Vertretern Gespräche geführt und dabei die Möglichkeit eines katholisch-orthodoxen Theologentreffens in Venedig 1960 ins Auge gefaßt. Angesichts der Bemühungen Papst Johannes' XXIII. um die Einheit der Christenheit hatten diese Kontakte zu weitreichenden Spekulationen in der Presse Anlaß gegeben, und am 3. September meldete der Vatikanseher, daß die orthodoxen Theologen, die an dem Treffen teilnehmen sollten, bereits nominiert worden seien. Dem trat der orthodoxe Metropolit Jakobus von Nord- und Südamerika, einer der sechs Vorsitzenden des Ökumenischen Rates, am 30. September in einer Erklärung entgegen und kündigte an, daß die Orthodoxen zu einer Konferenz in Venedig keine Vertreter entsenden würden. Diese Erklärung hat nun auch in Rom Bestätigung gefunden.

P. Dumont und Prälat Willebrands sahen sich mittlerweile zahlreichen Vorwürfen von evangelischer Seite ausgesetzt, da durch die verschiedenen Pressemeldungen der Eindruck entstanden war, als ob sich Katholiken und Orthodoxe hinter dem Rücken der Evangelischen hätten einigen wollen. Tatsächlich hat als Folge der Pressemeldungen der Ökumenische Rat auf die Beschickung einer Konferenz evangelischer und katholischer Theologen verzichtet, die am 26. Oktober in Assisi hätte beginnen sollen. Wie verlautet, sind jedoch die Kontakte zwischen P. Dumont und Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft nicht abgebrochen worden.

Erzbischof Jakovos ergriff auf der Bischofskonferenz der Protestantischen Bischöflichen Kirche in den USA Ende Oktober nochmals zu diesen Fragen das Wort:

„Das Ökumenische Patriarchat ist jederzeit zu einem ökumenischen Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche bereit, es kann jedoch nie einem Gespräch auf zweiseitiger Basis zustimmen. Gott fordert die Einheit aller Christen, nicht die Bildung zweiseitiger und konventioneller Einheitsfronten. Und nicht nur Gott fordert dies von uns, sondern auch alle Menschen, denen wir zu dienen angeben, die wir aber in Wirklichkeit *entzweiten*.“

Mit diesen Worten hat Erzbischof Jakobus, das Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Erzdiozese von Nord- und Südamerika und Mitglied des Präsidiums des Ökumenischen Rates der Kirchen, Anfang November 1959 in den Vereinigten Staaten noch einmal den Standpunkt der orthodoxen Kirche zur Frage der kirchlichen Wiedervereinigung umrissen. Erzbischof Jakobus forderte eine „realistischere Haltung“ der römisch-katholischen Kirche. Durch die großen internationalen Fragen unserer Zeit, die wachsenden politischen Totalitätsansprüche und den Atheismus mit allen seinen Begleiterscheinungen sei eine größere Zusammenarbeit der Kirchen und ein ernsthafteres Streben nach der

Wiedervereinigung geboten. Mit zwischenkirchlichen Gesprächen allein sei es jedoch nicht getan. Die dringende Voraussetzung zur kirchlichen Wiedervereinigung sei heute vielmehr „die Einheit unserer Herzen, die Stärkung gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens, die Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die beunruhigenden nationalen und internationalen Probleme, Demut gegenüber Christus und absolute Hingabe an sein Evangelium“.

Erzbischof Jakobus sagte in diesem Zusammenhang, er habe vom Vatikan eine „seriösere Reaktion als die einfache Annullierung“ des ursprünglich für nächstes Jahr angekündigten Theologentreffens zwischen Orthodoxen und römischen Katholiken erwartet. Er unterstrich jedoch, daß die Beteiligung der Orthodoxen an solchen Gesprächen nur mit der Genehmigung des Ökumenischen Patriarchats erfolgen könne, die für Venedig nicht vorgelegen habe. Das Ökumenische Patriarchat habe nie gezögert, offen und gewissenhaft zu allen Kirchen zu sprechen, sei es die römische, die lutherische, die alt-katholische, die anglikanische oder irgendeine andere Mitgliedkirche des Ökumenischen Rates. Er betonte, daß die orthodoxe Kirche „oft buchstäblich allein stand mit ihren Bemühungen um die Wiedervereinigung der Kirchen“.

„Informationsblatt“, Nr. 2/1960, S. 28

Eine zusammenfassende Klärung der gesamten Vorgänge brachte ein Artikel von Prof. J. G. M. Willebrands in Nr. 1/1960 der „Ökumenischen Rundschau“, der folgenden Wortlaut hat:

Über die Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen auf Rhodos (19.–28. August 1959) ist viel geschrieben worden. Es ist zu bedauern, daß dabei über die Zusammenkunft von Orthodoxen und Katholiken, die am 21. August außerhalb des Rahmens des Ökumenischen Rates der Kirchen stattfand, soviel gesagt wurde (und auch *was* gesagt wurde); der Zentralausschuß hat wichtige Angelegenheiten behandelt, die eher die Aufmerksamkeit verdient hätten.

Die Begegnung von Orthodoxen und Katholiken auf Rhodos wurde zum Anlaß, daß man die Fragen stellte nach der ökumenischen Aktivität der Römisch-Katholischen Kirche, nach dem Verhältnis der Römisch-Katholischen Kirche zu den Orthodoxen und nach dem Verhältnis der Römisch-Katholischen Kirche zum Ökumenischen Rat der Kirchen. Dies lag sicher außerhalb und sogar im Gegensatz zu den Absichten der daran beteiligten Gruppen, und es wurde von ihnen auch sehr bedauert. Der Augenblick war nicht günstig, und die Atmosphäre wurde dadurch getrübt.

Durch die Presseagenturen wurde über diese Begegnung eine große Verwirrung verursacht, daß nicht nur Außenstehende ein falsches Bild erhielten von dem, was geschah, sondern daß auch das Vertrauen der Teilnehmer zueinander ins Wanken geriet. In diesen kritischen Augenblicken war nicht nur das Vertrauen der einzelnen Personen zueinander in Gefahr, sondern auch – und vor allem – das gegenseitige Vertrauen der Gruppen, Gemeinschaften oder Kirchen. Noch nie habe ich das Getrenntsein der Christen so tief und so tragisch empfunden wie auf Rhodos. Es ist ein zweischneidiges Schwert. Ich mußte an Hebräer 4, 12 denken: „Lebendig ist Gottes Wort und wirksam und schärfer als jedes zweischneidige Schwert, und es dringt durch bis zur Scheidung von Seele und Geist, Gelenk und Mark und ist ein Richter über Gedanken und Gesinnungen des Herzens.“ Wir müssen uns unter die Herrschaft des Wortes Gottes stellen, um in kritischen Situationen eine reine Gesinnung zu bewahren.

Darf ich mit den Tatsachen beginnen, so wie sie von einem katholischen Teilnehmer gesehen und erlebt wurden? Es waren fünf katholische Geistliche anwesend: der Dominikanerpater C. J. Dumont, Direktor des Studienzentrums „Istina“ in Paris, und Prof. Dr. J. G. M. Willebrands, Delegierter des holländischen Episkopates für ökumenische Arbeit, die beide als akkreditierte Journalisten zugegen waren. Außerdem der Benedik-

tinierpater Th. Strotmann aus Chevetogne, Redakteur von „Irénikon“, und Pater Maurice Villain, Verfasser des Buches „L'abbé Paul Couturier“ und von „Introduction à l'œcuménisme“. Schließlich noch Pater Antoine Wenger, Chefredakteur der katholischen Tageszeitung „La Croix“. Von seiten der Orthodoxen wohnten der Zusammenkunft bei: alle auf Rhodos anwesenden orthodoxen Mitglieder des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, mehrere Metropoliten und Bischöfe, Geistliche und Laien; insgesamt ungefähr 50 Teilnehmer. Vorsitzender der Zusammenkunft war der Metropolitan James von Philadelphia (in Kleinasien).

Wie kam es zu dieser Zusammenkunft?

Das Studienzentrum „Istina“, das die Zeitschriften „Istina“ und „Vers l'Unité Chrétienne“ herausgibt, unterhält seit vielen Jahren freundschaftliche Beziehungen mit zahlreichen Kreisen in den orthodoxen Kirchen. Es organisiert theologische Zusammenkünfte mit diesen Kreisen und nimmt selbst daran teil. In Paris nehmen Theologen der verschiedenen Jurisdiktionen der russisch-orthodoxen Emigrantenkirche an diesen Treffen teil. Vor mehr als einem Jahr hat man auch den Entschluß gefaßt, die Theologen der griechisch-orthodoxen Kirche zu einer solchen Tagung, die im Laufe des Jahres 1960 stattfinden sollte, einzuladen.

Pater Dumont, der als Vertreter der katholischen religiösen Presse nach Rhodos reiste, hatte gehofft, sich bei seiner Durchreise und vor Beginn der Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates mit einigen griechischen Professoren aus Athen, Saloniki und Halki unterhalten zu können. Da dieses Gespräch nicht in Athen stattfinden konnte, schlug Prof. Joannidis vor, es während der Tagung, natürlich aber außerhalb des offiziellen Programmes, zu führen.

Wir wurden von unseren orthodoxen Freunden für Freitag, den 21. August, zu einem Abendessen im Hotel „Miramare“ und zu einem anschließenden Beisammensein eingeladen. An dieser Zusammenkunft nahmen nicht nur die Professoren, die persönlich an dem Plan einer theologischen Begegnung interessiert waren, teil, sondern – so wie ich bereits vorher sagte – alle Orthodoxen, die anläßlich der Sitzung des Zentralausschusses auf Rhodos waren. Dies verwunderte uns zwar, aber wir betrachteten es als eine freundschaftliche Geste. Als das Wort an Pater Dumont gegeben wurde, erklärte er seinen Zuhörern aus dem Stegreif das Ziel und die Arbeitsmethoden des Zentrums „Istina“ sowie anderer gleichartiger katholischer Arbeitsgemeinschaften, wie diejenige der Benediktiner in Chevetogne in Belgien, die die Zeitschrift „Irénikon“ herausgeben. Er sprach über die stets zahlreicher und freundschaftlicher werdenden Kontakte, die er gerne zwischen den Gläubigen und den Mitgliedern des Klerus der zwei großen christlichen Gemeinschaften herstellen möchte. Er erinnerte an die zahlreichen theologischen Zusammenkünfte, die in Paris und anderswo zwischen orthodoxen und katholischen Theologen stattgefunden haben. Er sprach den Wunsch aus, daß im Laufe des Jahres 1960 eine ähnliche Zusammenkunft zustande käme, an welcher auch griechische Theologen und eventuell Vertreter der theologischen Wissenschaften von anderen orthodoxen Kirchen teilnehmen würden. Zum Schluß dieser Zusammenkunft wurden von seiten der Orthodoxen drei Personen genannt, die zusammen mit Pater Dumont nähere Einzelheiten bezüglich der theologischen Begegnung besprechen sollten.

Pater Dumont fügte hinzu, er *persönlich* hoffe, daß eines Tages ein weiterer Schritt gemacht werde und daß – neben den theologischen Zusammenkünften – auch Beziehungen zwischen den Hierarchien der Kirchen möglich werden könnten. Wiederholt erklärte er, daß dies sein rein persönlicher Wunsch wäre. Er bat auch, diese Zusammenkunft nicht unnötig bekannt werden zu lassen, und zitierte das Wort von Franz von Sales: „Le bien ne fait pas de bruit, et le bruit ne fait pas de bien“ („Das Gute macht keinen Lärm, und der Lärm schafft nichts Gutes“). Wegen des freundschaftlichen und privaten Charakters der Zusammenkunft waren keine Journalisten zugelassen. Daraus ergab sich unglücklicherweise, daß ihre Neugier geweckt wurde und daß sie den Eindruck bekamen von

„wichtigen Verhandlungen“ und sogar von einer „geheimen Sitzung“. Die Presseberichte sprachen sogar über „Vorschläge des Vatikans an die Orthodoxe Kirche im Hinblick auf die Aufnahme offizieller Beziehungen“. Wahrscheinlich wird es niemals ganz aufgeklärt werden können, wie diese Berichte entstehen konnten. Pater Dumont hatte mit den Korrespondenten ein Gespräch über die Arbeit von „Istina“. Vielleicht haben sie aus der Tatsache, daß das Studienzentrum „Istina“ ganz allgemein ermächtigt ist, ökumenische Arbeit zu leisten, den Schluß gezogen, daß ein offizieller Auftrag zur Kontaktaufnahme in Rhodos bestehe. Wie dem auch sei, der Inhalt dieser Berichterstattung war falsch und mißverständlich. Sie kompromittierte die Katholiken sowohl gegenüber dem Ökumenischen Rat der Kirchen wie auch gegenüber den kirchlichen Autoritäten in Rom. Kardinal Tisserant publizierte ein Dementi, erklärte aber später, daß in der heutigen Situation ein theologisches Gespräch privaten Charakters an sich möglich und nützlich sei. Der Metropolit James von Philadelphia und Prof. Joannidis gaben am 24. August eine Erklärung ab. Darin hieß es, daß das Gespräch von Orthodoxen und Katholiken auf Rhodos einen freundschaftlichen und rein informellen Charakter hatte. Sie verwarfen jegliche Interpretation, die in die Richtung von offiziellen Beziehungen wies. Andere Mitglieder des Zentralausschusses sprachen in gleicher Weise. Wir bedauerten, daß diese Erklärungen ohne vorherige Rücksprache mit uns abgegeben wurden. Obgleich wir auf Rhodos nicht als offizielle Vertreter anwesend waren, betraf diese Angelegenheit doch uns. Die katholischen Teilnehmer an der Begegnung vom 21. August beurteilten diese Zusammenkunft in gleicher Weise wie die Orthodoxen. Wahrscheinlich wäre jeder weiteren Diskussion und dem Auspielen des einen Partners gegen den andern jeder weitere Boden entzogen worden, wenn die katholischen Teilnehmer an der Erklärung beteiligt gewesen wären oder wenn wenigstens ihre Haltung in der Erklärung erwähnt worden wäre. Auf diese Weise wäre wahrscheinlich auch vermieden worden, daß später von katholischer Seite aufs neue falsche Berichte verbreitet wurden. In der Einleitung der Erklärung des Metropoliten James von Philadelphia und von Prof. Joannidis sagte der „Ecumenical Press Service“ (Ökumenischer Pressedienst, englischer Text, 24. August 1959), daß die Zusammenkunft am 21. August auf Initiative der Katholiken hin stattgefunden habe. Dies kann man aber nicht sagen, denn das Ersuchen von Pater Dumont, mit einigen Professoren ins Gespräch zu kommen, meinte etwas vollkommen anderes als die Begegnung, zu der wir eingeladen wurden und die auch für uns eine große Überraschung war. Vielleicht könnte man dazu bemerken, daß Pater Dumont gerade deshalb wenigstens keine Anregungen für die Zukunft hätte geben sollen. Dies würde aber schlecht in die Atmosphäre des Vertrauens gepaßt haben, die an diesem Abend herrschte, so daß er keinesfalls hätte ganz schweigen können. Jedenfalls, die Haltung des Mißtrauens und der Anklage, die sich aus den falschen Presseberichten ergab, war äußerst peinlich und ungerechtfertigt.

Nach der Zusammenkunft des Zentralausschusses auf Rhodos kam Radio Vatikan in einer Sendung am 3. September wieder auf die Begegnung von Orthodoxen und Katholiken zu sprechen. Dabei hieß es u. a.: „Um auf die Gespräche auf Rhodos zurückzukommen, kann gesagt werden, daß als ihr sicherstes Ergebnis – dessen Bedeutung man nicht unterschätzen soll – die offizielle Einberufung einer Konferenz zwischen einem Dutzend katholischer und orthodoxer Fachwissenschaftler für das kommende Jahr nach Venedig betrachtet werden muß ... Die Konferenz von Venedig stellt eine Wiederaufnahme des Gespräches zwischen der getrennten Ostkirche und Rom dar, und zwar auf einer breiteren und repräsentativeren Grundlage als früher.“

Es ist augenscheinlich, daß diese Berichterstattung nicht übereinstimmte mit dem, was in Wirklichkeit geschehen war. Der Name Venedig wurde während der Zusammenkunft überhaupt nicht genannt. Durch die an die Zusammenkunft sich anschließenden Mißverständnisse wurde „Venedig“ schon für beide Seiten unerwünscht. Obgleich über ein Zusammentreffen zu einem Gespräch gesprochen wurde, sollte dieses naturgemäß pri-



vaten Charakter tragen, so wie beinahe alle Gespräche, die zwischen Theologen verschiedener Kirchen und zu verschiedenen Zeiten stattfinden. Es war auch nicht die Rede davon, daß die Vorbereitung, die Pater Dumont getroffen hatte, einen offiziellen Charakter haben sollte. Wie kann man überhaupt ein Privatgespräch offiziell vorbereiten? Im übrigen war die Vorbereitung noch in einem so primären Stadium, daß kein einziger Grund besteht, zu sagen, daß dieses Gespräch repräsentativer sein sollte als andere. Es ist klar, daß wir eine besondere Bevollmächtigung seitens unserer kirchlichen Autoritäten gebraucht hätten und daß der Patriarch von Konstantinopel an erster Stelle und im voraus hätte unterrichtet werden müssen, wenn wir wirklich offizielle oder auch nur neuartige und bedeutsame Schritte hätten unternehmen wollen.

Die Sendung von Radio Vatikan hat aufs neue Mißverständnisse wachgerufen bezüglich der Art und des Inhaltes des Gespräches auf Rhodos. Diesmal war dies um so ernsthafter, da es für viele schwierig ist, sich klarzumachen, daß die Sendungen von Radio Vatikan an sich weder offiziellen noch offiziellen Charakter tragen. Der Eindruck wurde geweckt, als ob man nachträglich der Zusammenkunft auf Rhodos doch eine größere Bedeutung beimäße. Der Chefredakteur von La Croix, Pater Antoine Wenger, der selbst auf Rhodos dabei war, ließ sich leider von der vatikanischen Sendung beeinflussen.

Gemäß dem Artikel von La Croix (5. September 1959) soll Pater Dumont unter anderem vorgeschlagen haben, daß man über Vorbedingungen für eine Wiedervereinigung sprechen sollte. Jedes ökumenische Gespräch, das sich selbst ernst nimmt, hat natürlich letzten Endes die Wiedervereinigung und die sichtbare Einheit der Kirche zum Ziel. Wer sich aber mit ökumenischen Arbeiten beschäftigt, und Pater Dumont an allererster Stelle, weiß, daß dieses letzte Ziel menschlicherweise noch unerreichbar erscheint. Alle Arbeit, die dafür unternommen wird, ist in weitestem Sinne vorbereitend und hat zunächst als direktes Ziel, einander kennenzulernen, historische und theologische Mißverständnisse aufzuheben und Annäherung und Zusammenarbeit zustande zu bringen. Wenn wir trotzdem an die Wiedervereinigung aller Christen in einer sichtbaren Kirche glauben und fest darauf hoffen, daß unsere Arbeit dazu beiträgt, dieses Ziel zu verwirklichen, dann erwächst dies aus unserem Glauben an den einen Herrn Jesus Christus, dessen Gebet um Einheit erhört wurde und der auch allen Schaden, der durch menschliches Versagen dieser Einheit zugefügt wird, wiedergutmachen kann.

Die eigentlichen Ursachen für die Schwierigkeiten auf Rhodos lagen vielleicht nicht so sehr in einem unglücklichen Zusammentreffen von Tatsachen, sondern vielmehr in der Ansicht, die viele hinsichtlich des Verhältnisses haben, das zwischen Orthodoxen und Katholiken besteht, besonders im Zusammenhang mit dem von Papst Johannes XXIII. angekündigten Konzil. In einem Artikel „Ökumenisches Konzil“ (Ev. Luth. Kirchenzeitung, 15. März 1959) schreibt Erwin Wilkens: „Man kann sicher sein, daß das entscheidende Motiv für den Konzilsplan in der beabsichtigten Annäherung an die Orthodoxen zu suchen ist. Die Mitarbeit der Orthodoxen im Ökumenischen Rat der Kirchen wird man in Rom immer nur mit Unbehagen haben sehen können.“

Die Einheit der Kirche gehört zu den Motiven, die den Papst sicher und vielleicht zuallererst dazu veranlaßt haben, ein Konzil einzuberufen. Dies geht auch aus der Enzyklika „Ad Petri Cathedram“ über die Förderung der Wahrheit, der Einheit und des Friedens im Geiste der Liebe deutlich hervor. Im dritten Teil, der die Einheit der Kirche behandelt, sagt der Papst: „Lebhaft angeregt von dieser Hoffnung, haben Wir öffentlich die Absicht ausgesprochen, ein Ökumenisches Konzil einzuberufen.“ Das bedeutet nicht, daß damit direkt ein Gespräch mit anderen christlichen Gemeinschaften, selbst nicht mit orthodoxen Kirchen, gemeint ist. Für die Kirche ist ihre Einheit durch Christus und in Christus primär. Diese Einheit ist ihr unveräußerlich zu eigen und sie ist zugleich dynamisch, insofern sie zu allen Zeiten aufs neue durch den Heiligen Geist in ihr verwirklicht und manifestiert wird. So wird heute, den Nöten der Zeit gegen-

über, die Einheit in Christus auf eine neue Weise offenbar werden. Erst wenn dieses geschieht, kann die Kirche auch diejenigen ansprechen, die außerhalb ihrer Gemeinschaft stehen. „Hauptziel dieses Konzils wird sein, das Wachstum des katholischen Glaubens und die heilsame Erneuerung der Sitten des christlichen Volkes zu fördern sowie die kirchliche Disziplin den Notwendigkeiten unserer Zeit anzupassen. Das wird ohne Zweifel ein wunderbares Schauspiel der Wahrheit, der Einheit und der Liebe sein, ein Schauspiel, das auch in der Sicht jener, die von diesem Apostolischen Stuhl getrennt sind, eine Einladung sein wird, wie Wir hoffen, jene Einheit zu suchen und zu erlangen, die Jesus Christus in solch glühenden Gebeten vom himmlischen Vater erflachte.“

Innerhalb der christlichen Gemeinschaften stehen die orthodoxen Kirchen, genauso wie die alt-katholische Kirche – ihrer kirchlichen Struktur nach –, der römisch-katholischen Kirche am nächsten. Pater Dumont schreibt hierüber: „Die römische Kirche hat niemals, besonders gelagerte Fälle ausgenommen, diesen Kirchen die Gültigkeit einer Weihegewalt bestritten, die durch die ordnungsgemäße Handauflegung in wirksamer Weise übermittelt wird und die einen wirklich sakramentalen Episkopat und ein ebensolches Priestertum konstituiert, wovon insbesondere die Realität der Eucharistie abhängt. Mit solchen Kirchen liegt ein Problem der Wiedervereinigung im eigentlichen Sinne in der Beseitigung einiger lehrmäßiger Divergenzen, mit denen sie im Gegensatz zu uns stehen, die aber, aufs Ganze gesehen, nicht gerade zahlreich sind“ (Ökumenische Rundschau, April 1959, S. 77).

Man könnte hieraus vielleicht folgern, daß die römische Kirche einen Versuch zur „Wiedervereinigung“ mit den orthodoxen Kirchen wagen könnte, mit Ausschluß der Christen aus der protestantischen Reformation des 16. Jahrhunderts, oder sogar daß die römische Kirche danach trachten könnte, die orthodoxen Kirchen vom Ökumenischen Rat zu lösen. Dieses Bedenken wurde mehrmals ausgesprochen und manchmal in einer Weise, die für uns verletzend war. Pater Dumont gibt in dem oben zitierten Artikel die Antwort darauf: „Wenn der Wille zur Objektivität gebietet, die Probleme *auseinanderzuhalten*, so muß der Wille, das angestrebte Ziel zu erreichen, uns davon zurückhalten, sie *auseinanderzureißen*... Ohne daß wir natürlich der Haltung des Heiligen Stuhles in dieser Sache vorgreifen können, haben wir doch allen Anlaß zu der Annahme, daß – wenn er sich an das Problem der christlichen Einheit in seinem ganzen Umfang herangibt – er dafür Sorge tragen wird, auf keinen Fall mit der einen Hand niederzureißen, was er sich – übrigens mit großer Anstrengung – und er weiß, daß er sich darauf gefaßt machen muß – mit der anderen aufzubauen bemüht“ (a.a.O., S. 82–83).

Auf gleicher Linie liegt eine Verlautbarung, verbreitet vom Evangelischen Pressedienst (29. 9. 59), in welcher der orthodoxe Erzbischof für Nord- und Südamerika, Jacobos, erklärte: „Wenn wir von der ökumenischen Bewegung sprechen, so meinen wir alle Christen, Protestanten, Anglikaner, Orthodoxe und römische Katholiken. Wir können niemand vom ökumenischen Gespräch ausschließen.“ Der oben wiedergegebene Gedanke von Pater Dumont liegt ganz in derselben Linie. Hieraus sollte aber nicht gefolgert werden, daß kein theologisches Gespräch zwischen Orthodoxen und Katholiken geführt werden könne ohne Teilnahme anderer christlicher Gemeinschaften, wie ja auch regelmäßig Begegnungen nur zwischen evangelischen Christen und Katholiken stattfinden.

Die Befürchtung jedenfalls, daß Rom seine ökumenische Aktivität auf die Orthodoxen beschränken wolle, entbehrt jeder vernünftigen Grundlage.

*Nachwort.* Dem vorstehenden Bericht aus der Feder des Professors Dr. J. G. M. Willebrands, des Sekretärs der Katholischen Konferenz für ökumenische Fragen, ist nur der Wunsch hinzuzufügen, daß nunmehr die Versuche aufhören mögen, eine Seite gegen die beiden anderen auszuspielen. Die Vorgänge auf Rhodos waren schmerzlich. Wenn sie allen Beteiligten – und auch allen, die nicht selber unmittelbar daran beteiligt waren

– deutlich gemacht haben, daß die Frage der kirchlichen Einheit unteilbar ist und daß ihre Lösung nur dann sachgemäß gefördert werden kann, wenn sich Christen in allen Kirchen dessen bewußt werden, sind sie darüber hinaus heilsam gewesen.

*Hans Heinrich Harms*

Man kann sich dem Wunsche des Verbindungsmannes des ÖRdK zum Vatikan, Dr. H. H. Harms, nur anschließen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß jene unübersichtlichen Ereignisse von Rhodos zu einer Klärung der Grundfragen beigetragen haben, die allein ein Gespräch über die Einheit der Christenheit möglich und fruchtbar erscheinen lassen. Man sollte darum auch diese Angelegenheit nunmehr als abgeschlossen betrachten und nicht mehr nachträglich dramatisieren. So schmerzlich sie einerseits war, so lehrreich sind doch andererseits die daraus gewonnenen Erfahrungen. Das Ergebnis könnte daher eher eine Erleichterung als eine Erschwerung der zukünftigen katholisch-ökumenischen Gespräche sein.

### *b) Das Ökumenische Konzil*

Zu dem von Papst Johannes XXIII. am 25. Januar 1959 angekündigten Ökumenischen Konzil hatte sich der Exekutivausschuß des ÖRdK bereits in seiner Sitzung vom Februar 1959 geäußert, und zwar in einer betont zurückhaltenden Weise (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 331). Auf derselben Linie liegt eine weitere Verlautbarung des Exekutivausschusses vom August 1959, die sich anschließend auch der Zentralausschuß auf Rhodos zu eigen machte:

Im Januar hatte der Papst angekündigt, daß ein Ökumenisches Konzil einberufen werden solle. Nun traf es sich, daß der Exekutivausschuß Anfang Februar zusammentrat und die Angelegenheit auf dieser Sitzung besprechen konnte. Der Exekutivausschuß beschloß, zu dem Vorschlag keine offizielle Erklärung abzugeben, weil noch nicht genug Informationen zur Verfügung standen. Er benutzte jedoch die Gelegenheit, um in einem kurzen Kommuniqué darzustellen, auf welche Weise sich der Ökumenische Rat für die Einheit der Christenheit einsetzt.

Es zeigte sich, daß diese Zurückhaltung weise war. Denn in den folgenden Monaten wurde deutlich, daß der ursprüngliche Eindruck, der durch die religiöse und weltliche Presse hervorgerufen war, daß nämlich dieses Konzil sich hauptsächlich mit der Frage der Kircheneinheit befassen würde und daß Einladungen zur Teilnahme an dem Konzil an andere Kirchen gerichtet werden könnten, nicht richtig war. Man hat in Rom betont, daß dieses Konzil ein Konzil der römisch-katholischen Bischöfe sein werde und daß – wie der „Osservatore Romano“ es auf Grund einer Ansprache des Papstes am 14. Juni formulierte – sein Hauptanliegen darin bestehen werde, die Kirche neue Kraft für ihre Sendung gewinnen und ihr eigenes Leben wie ihren inneren Zusammenhalt festigen zu lassen. Gleichzeitig wurde deutlich, daß noch viel Zeit verstreichen werde, ehe die „Vorkommission der Vorbereitungskommission“, die gebildet worden ist, den ersten Abschnitt der Vorbereitung abgeschlossen haben wird, so daß die Tagesordnung des Konzils bekanntgegeben werden kann.

Es ist allgemein bekannt, daß während der letzten Jahre zwischen dem Mitarbeiterstab des Ökumenischen Rates und der Gruppe römisch-katholischer Theologen, die in der „Römisch-Katholischen Konferenz für ökumenische Fragen“ zusammen arbeiten, inoffizielle Verbindungen bestanden haben. Diese Verbindungen haben uns während der letzten Monate Gelegenheit gegeben, die Konzilpläne besser zu verstehen und deut-

lich zu machen, welches die Hoffnungen und Wünsche des Ökumenischen Rates im Blick auf die Beziehungen der Kirchen zueinander sind. Auf Grund des Gesprächs, das im Exekutivausschuß stattgefunden hat, wurden folgende Hauptpunkte herausgestellt: Die Beziehungen könnten erheblich verbessert werden, wenn die Möglichkeit für eine umfassendere Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet und in den Bemühungen um einen gerechten und dauerhaften Frieden gegeben würde; wenn unter den Theologen mehr Gespräche geführt werden könnten; und wenn alle Kirchen gemeinsam danach streben würden, für alle Menschen in allen Ländern volle Glaubensfreiheit zu gewährleisten.

Der Exekutivausschuß und der Mitarbeiterstab sind der Tatsache eingedenk gewesen, daß sie hier wie auch in anderen Angelegenheiten keine Vollmacht besitzen, im Namen der Kirchen oder auch nur im Namen des Ökumenischen Rates selbst zu sprechen, soweit nicht die offiziellen Organe des Rates die Grundsätze für das Verhalten des Ökumenischen Rates festgelegt haben.

Der Exekutivausschuß wird die Entwicklungen in bezug auf das Ökumenische Konzil weiterhin mit Interesse verfolgen. Als Führer einer Bewegung, die sich für die Einheit der Kirche einsetzt, können wir einem Ereignis, das eine so große Zahl von Christen betrifft und das für die Beziehungen der Kirchen untereinander von Bedeutung sein muß, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wir hoffen und beten darum, daß diese Bedeutung konstruktiver Art sein wird und der Sache der Einheit nach dem Willen Christi dienen möge.

Die Auffassung des Exekutivausschusses wurde unter anderem bestätigt durch Äußerungen des Kardinalstaatssekretärs Tardini auf einer Pressekonferenz Anfang November 1959, denen zufolge das Konzil nicht vor 1963 stattfinden und im wesentlichen das „Wachstum des katholischen Glaubens und die heilsame Erneuerung der Sitten des christlichen Volkes sowie die kirchliche Disziplin den Notwendigkeiten unserer Zeit anzupassen“ (Enzyklika „Ad Petri Cathedram“) zum Gegenstand haben werde. Auf die Frage, ob die Wiedervereinigung der Christenheit nicht ein weiteres Anliegen des Konzils sei, antwortete der Kardinal (nach öpd, Nr. 43/1959), die Frage sei in dieser Form nicht glücklich gestellt. Die katholische Kirche strebe stets danach, alle Gläubigen unter einem Hirten und Seelsorger neu zu vereinen. Das Konzil werde sich darum bemühen, die ungeheuren Probleme, mit denen es sich zu befassen habe, unter dem doppelten Aspekt der christlichen Liebe und der Einheit zu untersuchen. Kardinal Tardini bestätigte, daß keine Einladungen an nichtrömische Würdenträger versandt würden. Dies schließe jedoch ihre Teilnahme als „Beobachter“ nicht aus, soweit sie den Wunsch danach äußerten.

Die Ende November 1959 in Genf versammelten Vertreter des ÖRdK und der konfessionellen Weltbünde sprachen ihrerseits die Hoffnung aus, daß das Ökumenische Konzil vor allem „eindeutig zur Frage der Glaubensfreiheit Stellung nehmen werde“, da dieses von „höchster Bedeutung für die Verbesserung der zwischenkirchlichen Beziehungen“ sei.

### *c) Russische Orthodoxe Kirche*

Die neu angebahnten Beziehungen zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem ÖRdK (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 333 ff.) fanden ihre Fortsetzung in einem vierwöchigen Informationsaufenthalt zweier Vertreter des Moskauer Pa-



triarchats im Juni/Juli 1959 in der Genfer Zentrale des Ökumenischen Rates. Es handelte sich um den Erzpriester Vitaly M. Borovoy von der Leningrader Theologischen Akademie und Victor S. Alexejew, Referenten im Außenamt des Moskauer Patriarchats, die beide auch auf der Zentralaussschuß-Sitzung auf Rhodos als Beobachter anwesend waren. Daß trotz inoffizieller Ankündigungen keine Bischöfe gekommen waren und die russische Abordnung, verglichen etwa mit der russisch-orthodoxen Vertretung auf den Prager Christlichen Friedenskonferenzen, somit nicht gerade sehr gewichtig erschien, sollte vor übereilten Erwartungen eines in Kürze bevorstehenden Beitritts der Moskauer Patriarchatskirche zum ÖRdK sicherlich bewahren, darf aber die Tatsache dieser erstmaligen offiziellen Teilnahme an einer Zentralaussschuß-Sitzung keinesfalls abwerten. Wie sehr sich das Klima in den Beziehungen zum ÖRdK gewandelt hat und die Fragen nach dem Wesen christlicher Einheit gegenüber den früher erstrangig betonten politischen und sozialen Problemen den Vorrang erhalten, beweist die von Metropolit Nikolai, dem Außenamtsleiter des Moskauer Patriarchats, an die Delegierten auf Rhodos gerichtete Grußbotschaft:

Liebe Freunde und christliche Brüder, in Erinnerung an meine Begegnung und Gespräche mit Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen vergangenes Jahr in Utrecht nehme ich mit großer Freude diese Gelegenheit wahr, um an die Tagung der leitenden Mitarbeiter der ökumenischen Bewegung ein Wort des Willkommens und der Sympathie zu richten und ihr meine besten Wünsche zu übermitteln.

Ich grüße die Mitglieder des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zuallererst als Anwälte der christlichen Wiedervereinigung. Wir orthodoxen Christen hegen große Sympathie für die ökumenische Bewegung, weil wir überzeugt davon sind, daß unsere westlichen Brüder ernsthaft nach der Überwindung der destruktiven Glaubensspaltungen streben, „zu halten die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens“ (Eph. 4, 3).

Unsere Sympathie für die ökumenische Bewegung, die ihren Ausdruck findet in dem Gebet der Kirche, „auf daß wir unter unserem Herrn Jesus Christus alle eins seien“, gründet sich auf die Tatsache, daß wir Christen trotz aller Spaltungen niemals aufgehört haben, gemeinsam das „Vaterunser“ zu beten, daß wir alle an dem Wort Gottes, wie es uns in der Bibel und in den Heiligen Evangelien überliefert ist, festhalten und daß wir alle untereinander in der Liebe zu unserem Herrn Jesus Christus verbunden sind. Möge daher dieses gemeinsame christliche Erbe unserer Einheit in der Liebe dienen, die stark genug ist, alle Christen mit wahren Glauben zu erleuchten und sie dadurch instand zu setzen, im kirchlichen Leben Gemeinschaft zu haben.

Wir Orthodoxen können nur mit den Maßnahmen sympathisieren, die der Ökumenische Rat der Kirchen ergriffen hat und die auf eine Lösung vieler sozialer Probleme unserer Zeit abzielen. Der Kampf gegen soziale Unwahrhaftigkeit – denn wir haben die Wahrheit Christi erkannt –, die Bemühungen, den unterentwickelten Völkern zu helfen, die Verurteilung von Kolonialpolitik und Rassendiskriminierung – all das verdient nach den Geboten des christlichen Glaubens die aktive Unterstützung aller Christen.

Es ist unsere gemeinsame moralische Verpflichtung, für die Einstellung der Atomwaffenversuche und ihre vollständige Abschaffung zu kämpfen. Daher teilen und unterstützen wir Orthodoxen uneingeschränkt die Bemühungen des Ökumenischen Rates der Kirchen auch auf diesem Gebiet.

Jedoch halte ich es für notwendig, die Hoffnung auszusprechen, daß die sozialen Anliegen des Ökumenischen Rates der Kirchen nicht die Hauptaufgabe der ökumenischen Bewegung überschatten mögen, die durch verschiedene Auslegungen zerstörte Einheit im

Glauben wiederherzustellen. Wir Christen müssen über den politischen Gegensätzen unserer Zeit stehen und den gespaltenen Völkern ein Vorbild an Einsicht, Frieden, Brüderlichkeit und Liebe geben, indem wir aller selbstgenügsamen Isolierung und allen Formen von Unfreundlichkeit absagen.

Mit diesem Gedanken richte ich im Namen der Russischen Orthodoxen Kirche noch einmal meine Grüße an die Teilnehmer der Zentralausschuß-Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen und gebe meiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß unsere Vertreter zum erstenmal die Möglichkeit haben, die Arbeit der ökumenischen Organisationen zu beobachten und so zu unserer gegenseitigen Verständigung beizutragen.

Möge der Segen Gottes die Arbeit des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates begleiten. Ich wünsche ihm gesegneten Erfolg bei der Lösung der Fragen, die er zu behandeln hat, und ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß wir mit Ihnen auf allen Gebieten zusammenarbeiten werden, die der großen Aufgabe der Wiedervereinigung der Christen sowie der Stärkung des Friedens unter den Völkern dienen.

*öpd, Nr. 34/1959, S. 6 f.*

Einen weiteren Schritt der Annäherung stellte die Einladung des Moskauer Patriarchats an den ÖRdK dar, vom 3. bis 18. Dezember 1959 den Kirchen der Sowjetunion einen Besuch abzustatten. Die Delegation bestand aus Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft, Dr. Nolde, Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, Dr. Nissiotis, Beigeordnetem Direktor des Ökumenischen Instituts in Bossey, U Kyaw Than, Verwaltungssekretär der Christlichen Ostasienkonferenz, Rev. Francis House, Beigeordnetem Generalsekretär des ÖRdK, und A. de Weymarn als Dolmetscher. In Zagorsk bei Moskau und in Leningrad besuchten sie die Theologischen Akademien, in Riga trafen sie mit den lutherischen Erzbischöfen von Lettland und Estland zusammen. Zu Gesprächen mit dem Katholikos der Armenischen Kirche ergab sich Gelegenheit während eines mehrtägigen Besuches in Edschmiadzin (Sowjetarmenien). Ebenso konnte auch mit den Evangeliumschrsten-Baptisten Verbindung aufgenommen werden. Der Besuch der Delegation des ÖRdK trug für beide Seiten einen betont informativen Charakter. Offizielle Verhandlungen waren nicht beabsichtigt und haben auch nicht stattgefunden, wohl aber seien nach einer Mitteilung von Dr. Visser 't Hooft die Möglichkeiten zur Erweiterung der im August 1958 in Utrecht zur Russischen Orthodoxen Kirche angeknüpften Kontakte ausführlich erörtert worden. Als Ergebnis sei vor allem mit der Erweiterung des Besuchs- und Literatur-austausches zu rechnen. Der ÖRdK und das Moskauer Patriarchat, so betonte Dr. Visser 't Hooft, befänden sich in ihren Beziehungen zueinander gegenwärtig noch in einem „Übergangsstadium“, in dem man sich zunächst auf gründliches gegenseitiges Kennenlernen beschränke.

Indes sind auch politische Fragen keineswegs ausgeklammert worden. Hierüber heißt es im öpd, Nr. 50 vom 22. 12. 1959:

Der Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, Dr. O. Frederick Nolde, betonte, daß die Reise keine politischen Zwecke verfolgt habe, jedoch auch internationale Fragen mit den Vertretern der russischen Kirchen und des Regierungsrates für religiöse Angelegenheiten freimütig besprochen worden seien. Ein bedeutungsvoller Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen konnte nach den Worten Dr. Noldes schon durch die Tatsache der persönlichen Fühlungnahme mit den Vertretern der russischen Kirche „in einer Atmosphäre warmer Freundschaft und

auf der Grundlage unseres gemeinsamen christlichen Glaubens“ geleistet werden. In diesen Aussprachen versuchten die Mitglieder der ökumenischen Delegation, ihren russischen Gesprächspartnern deutlich zu machen, daß auch sie für den Frieden, den „Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit“ eintreten, es jedoch verfehlt sei, bei vagen Allgemeinheiten stehenzubleiben und die harten Realitäten des politischen Alltags aus dem Auge zu lassen. Es genüge nicht, allgemeine und vollständige Abrüstung zu fordern, solange man nicht Vereinbarungen über eine internationale Inspektion und Kontrolle anstrebe, die Voraussetzung jeder echten Abrüstung sei. Es genüge nicht, sich gegen den Krieg und für den Frieden zu erklären. Vielmehr gelte es, gegen die Ursachen des Krieges vorzugehen und kleinere militärische Konflikte, die sich zu großen Auseinandersetzungen ausweiten könnten, zu verhindern oder einzudämmen. Unrealistisch sei es ferner, nur die Unabhängigkeit der Kolonialvölker und abhängigen Nationen zu fordern und die Tatsache zu übersehen, daß es auch unter den nicht kolonisierten Völkern viele gebe, die unter Fremdherrschaft lebten und ihre eigene Regierung nicht frei wählen könnten. Man habe in den Aussprachen mit den russischen Kirchenvertretern zwar keine Übereinstimmung in diesen Fragen zu erzielen versucht, jedoch sei die Ausräumung verschiedener Mißverständnisse möglich gewesen. Dr. Nolde forderte nachdrücklich innere Entscheidungsfreiheit für den Ökumenischen Rat der Kirchen, um seine Positionen festlegen und gegebenenfalls solche Regierungen kritisieren zu können, die die Freiheit und den Frieden gefährdeten.

Die Ergebnisse des Besuches spiegeln sich in den Ansprachen von Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft und Patriarch Alexius wider, die auf dem Abschiedsempfang für die Delegation am 17. Dezember 1959 in Moskau gehalten wurden. Dr. Visser 't Hooft sagte:

An diesem letzten Tage unseres Besuches bei der Heiligen Orthodoxen Kirche von Rußland begrüßen wir freudig die Gelegenheit, Eurer Heiligkeit unsere Dankbarkeit auszusprechen für eine Reihe von Wohltaten, mit denen man uns bedacht hat. Wir danken Ihnen zuerst für die Einladung zu diesem Besuch. Wir danken Ihnen für den wahrhaft brüderlichen Empfang, den Sie uns bereitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, das geistliche Leben der Kirche kennenzulernen, wie es vor allem in der gottesdienstlichen Anbetung des allmächtigen Gottes und unseres Herrn Jesus Christus Ausdruck findet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, auch mit den lutherischen, armenischen und baptistischen Kirchen zusammenzukommen, zu denen Ihre Kirche schwesterliche Beziehungen unterhält. Wir danken Ihnen vor allem dafür, daß wir stets, wohin wir auch immer gingen, als Brüder empfangen wurden, die der einen und selben, im Glauben an unseren gemeinsamen Herrn und Heiland verbundenen Familie angehören.

Der Ökumenische Rat will ein Instrument sein für diese Sammlung der Kinder Gottes, für die, wie es im Johannesevangelium heißt, unser Herr sein Leben gab. Und wir hoffen, daß unsere kleine Delegation, die fünf verschiedene Kirchen repräsentiert, ein Zeichen und ein Symbol für die Erfüllung dieses Zieles ist.

Es ist das große Privileg der Christen, daß sie sich, wie groß auch die sprachlichen, kulturellen und historischen Unterschiede zwischen ihnen sein mögen, jedes Mal, wenn sie einander begegnen, als Kinder des einen Vaters und als Brüder, für die der Heiland starb, erkennen. Es war für uns ein glückliches Erlebnis, auf dieser gemeinsamen Grundlage eine gemeinsame geistige Sprache zwischen den Gläubigen Ihrer Kirche und uns selbst zu finden. Aus diesem Grunde war es auch nicht schwer, in unseren informellen Gesprächen über die Beziehungen zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen zu einer Verständigung zu kommen über die Schritte, die nun folgen sollen. Wir freuen uns zu hören, daß Ihre Heilige Synode bereits der

Erweiterung direkter Kontakte und der Intensivierung des gegenseitigen Austausches zugestimmt hat, und wir haben keine Zweifel daran, daß diese Beziehungen in den kommenden Jahren für beide Seiten von zunehmendem Vorteil sein werden.

Wir verlassen Sie mit tiefer Dankbarkeit in unserem Herzen für die innige Glaubensfreudigkeit von Christen, an deren Gottesdienst wir teilnahmen. Unsere Hoffnung für die Zukunft der Kirche Christi in Rußland gründet sich auf die Wahrheit der Schrift, daß Gottes Wort nicht gebunden ist und sein erlösendes Werk in der Zukunft fortsetzen wird, wie es in der Vergangenheit geschah. Ihre Kirche, wie auch andere Kirchen in der Sowjetunion, haben in unruhigen Zeiten gezeigt, daß sie von der Kraft leben, die der Heilige Geist spendet, und diese Kraft ist immerwährend und -schöpfend. Für alle Kirchen in der Welt hat ein geschichtlicher Zeitabschnitt begonnen, in dem ihr Glaube auf die Probe gestellt wird. Die sozialen und kulturellen Veränderungen schaffen neue Bedingungen, in denen der Glaube, der einst den Heiligen vermacht wurde, neue Ausdrucksformen finden muß. Wir werden alle zusammen die richtige Antwort finden müssen auf diese veränderten Anforderungen, und wir hegen die Hoffnung, daß Ihre Kirche, die auf eine jahrhundertealte Tradition zurückblickt, mit erneuter Kraft aus diesem Entwicklungsvorgang hervorgeht.

Unser Besuch bei der Heiligen Orthodoxen Kirche von Rußland verfolgt keinen politischen Zweck. Nichtsdestoweniger ist die Tatsache als solche, daß persönliche Kontakte in einem Geiste der Freundschaft und der christlichen Verständigung angeknüpft wurden, ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen. Im Ökumenischen Rat der Kirchen spiegelt sich das Streben seiner Mitgliedskirchen nach der Festigung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit wider, dem diese Kirchen auch in ihrem eigenen Namen Ausdruck verleihen. Durch seine Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten steht der Rat in täglicher Verbindung mit Regierungsbeauftragten, die die Verantwortung für internationale Entscheidungen tragen; durch sie bemüht er sich, durch konstruktive Vorschläge zur Lösung internationaler Probleme beizutragen. Indem er dieses christliche Zeugnis anbietet, steuert der Ökumenische Rat zwischen zwei unannehmbaren Extremen hindurch. Auf der einen Seite lehnt er jede Identifizierung mit einer politischen Ideologie oder nationalen Position ab und meidet politische Verwicklungen. Auf der anderen Seite kann er sich nicht mit vagen Verallgemeinerungen zufriedengeben, denn er weiß, daß Menschen oft „Friede, Friede“ riefen, und es war kein Friede. Das christliche Zeugnis muß daher in der konkreten Wirklichkeit einer stets aktuellen Situation gesprochen werden, um in den Beziehungen zwischen den Menschen in umfassender Weise Gottes Willen für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit Ausdruck zu geben. Die Kirchen sollen aber lehren, daß alle Völker zu Opfern bereit sein müssen, wenn sie das Recht beanspruchen wollen, an den Früchten des Friedens teilzuhaben.

In ihrer gemeinsamen Arbeit streben die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates danach, miteinander an der Vielseitigkeit der geistlichen Gaben teilzuhaben, die ihnen der Heilige Geist zu ihrer gegenseitigen Bereicherung und Korrektur gegeben hat. Und wie der Exekutivausschuß Eurer Heiligkeit im Jahre 1955 schrieb, als die Kontakte, die zu den gegenwärtigen glücklichen Beziehungen führten, angebahnt wurden, schätzen die anderen Kirchen im Rate besonders den fruchtbaren Beitrag, den die orthodoxen Kirchen hierzu bereits geleistet haben. Ihr brennender Wunsch ist es, auch von der Russischen Orthodoxen Kirche die Früchte ihrer reichen Geschichte und ihres christlichen Glaubenserlebnisses in unserer Zeit zu empfangen. Wir danken Gott für den Reichtum der mystischen Erfahrung und des praktischen Gehorsams im täglichen Leben, des liturgischen Gemeinschaftslebens und der persönlichen Verpflichtung des einzelnen, der Gewißheit des Glaubens und der für unsere Generation sinnvollen Auslegung der ewigen Wahrheiten, die unser Erbe ist. Indem wir Abschied nehmen, beten wir dafür, daß alles, was zwischen uns im Laufe der letzten 18 Monate und besonders während



dieses Besuches geschehen ist, für den Frieden und die Einheit der ganzen Kirche Christi und die Erfüllung ihrer Sendung in der Welt zu einem volleren Teilhaben aller an diesen Schätzen führen möge.

Patriarch Alexius erwiderte:

Mit Freude heißen wir die teuren Gäste der Russischen Orthodoxen Kirche, unsere Brüder in Christus, die die um den Ökumenischen Rat der Kirchen vereinigten Kirchen vertreten, auf russischer Erde und an den heiligen und ehrwürdigen Stätten der Orthodoxie willkommen.

Die Russische Orthodoxe Kirche betrachtet mit Sympathie die Bemühungen unserer christlichen Brüder, seit Jahrhunderten dauernde Spaltungen zu überwinden und Menschen, die Gott auf verschiedene Weise anbeten, in gottgewidmeter Arbeit wieder zu vereinen. Unsere Kirche wird sie bei dieser Aufgabe unterstützen.

Eine Quelle des Trostes und tiefer geistiger Befriedigung fanden wir beim Studium der beachtlichen Erfolge, die Sie in diesem guten Werk bereits erzielt haben. Wir bitten Gott um seinen Segen für Ihre Bemühungen in der Zukunft. Wir werden die Bande unserer geistlichen Freundschaft stärken und gleichzeitig danach trachten, Ihnen die Schätze unseres altehrwürdigen Glaubens zu offenbaren, der uns von den Aposteln und den Kirchenvätern überliefert wurde.

Sie hatten Gelegenheit, sich persönlich von der Frömmigkeit und dem Glaubenseifer des ergebenen Volkes Gottes in unseren gefüllten Kirchen zu überzeugen. Sie konnten sehen, wie wichtig uns Orthodoxen das liturgische Leben und das gemeinsame Gebet ist. Unsere Kraft liegt in den Sakramenten der Kirchen, durch deren mystisches Geschehen die unsichtbare, aber reale Gegenwart unseres Herrn Wirklichkeit wird.

Dies bleibt vielleicht unverständlich für Beobachter, die, wenn sie die Russische Kirche von außen betrachten, erstaunt sind über ihre Vitalität. Diese Kraft kommt nicht von uns selbst. Sie strömt aus der belebenden Gnade des Heiligen Geistes, wir verdanken sie der lenkenden Hand der göttlichen Vorsehung, die die Kirche Christi auf unerforschlichen Wegen führt, die allein Gott kennt; so glauben wir, daß die Trennung unserer Kirche vom Staat zum Besten der Kirche vollzogen wurde.

Die Beziehungen der Russischen Kirche zur christlichen Welt in ihrer Gesamtheit, jenseits der Grenzen unseres Landes, sind in den letzten Jahren verstärkt worden. Die Bande der Brüderlichkeit und der Freundschaft mit den Christen aller Glaubensgemeinschaften wurden enger geknüpft.

Unsere Kirche begrüßt und unterstützt in der heutigen Weltsituation alles, was zur Stärkung des Weltfriedens, zur besseren gegenseitigen Verständigung der Menschen und zum Aufbau einer Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Liebe, Freiheit und Gerechtigkeit beiträgt.

Wir stellen mit großer Befriedigung fest, daß auf diesem Gebiete bereits viel getan worden ist. Noch mehr könnte in der Zukunft getan werden, wenn alle Menschen guten Willens ihre Bemühungen in dieser Richtung vereinigten.

Indem wir vor allem die Gemeinschaft des Gebetes und des kanonischen Rechts mit unseren Schwesterkirchen, den autokephalen, nationalen Zweigen der Universalen Orthodoxen Kirche, aufrechterhalten, beten wir für die Wiedervereinigung aller christlichen Kirchen. Damit folgen wir Gott, der den Menschen Einheit im Bande des Friedens und der Liebe gebietet.

Dies ist (auch) das höchste und letzte Ziel des Ökumenischen Rates der Kirchen. Und wie sein Generalsekretär, Dr. Visser 't Hooft, unterstrich, ist der Ökumenische Rat keine „Weltkirche“; er will die Einheit ausschließlich durch geistliche Mittel und unter voller Anerkennung der Unabhängigkeit und besonderen Charismata jeder Kirche und jedes Glaubens fördern. Wir vertrauen darauf, daß der Tag kommen wird, an dem alle eins

sein mögen, an dem sich die Verheißung unseres Heilandes erfüllen wird: „Und wird eine Herde und ein Hirte werden“ (Johannes 10, 16). *öpd, Nr. 50/1959, S. 3 ff.*

Wenn auch nach wie vor jeder vorzeitige Optimismus hinsichtlich der Mitarbeit des Moskauer Patriarchats in der ökumenischen Bewegung unangebracht ist, so sollten doch die gerade im Berichtsjahr zu verzeichnenden positiven Fortschritte in der gegenseitigen Verständigung gewiß nicht übersehen werden.

## 5. INTERNATIONALE PROBLEME

Auch im vergangenen Jahre war der ÖRdK wiederum bemüht, aus christlicher Verantwortung zur Schlichtung der internationalen Probleme und Streitfragen beizutragen. Der Appell des Exekutivausschusses vom Februar 1959 an die in Genf tagende Atomkonferenz hat noch im letzten Bericht Aufnahme gefunden (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 342 f.). Im Mai 1959 wandte sich die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ an die in Genf versammelten Außenminister der Großmächte mit der Bitte, bei den Bemühungen um den Frieden und eine Verminderung der Spannungen in der Welt den Forderungen nach Gerechtigkeit und Freiheit Rechnung zu tragen. Die Anwesenheit der leitenden Männer der Kommission, Sir Kenneth Grubb (England) und Direktor Dr. O. Frederick Nolde (USA), solle die „Anteilnahme der Christen in vielen Teilen der Welt an den Problemen Berlins und Deutschlands, wie sie sich im Zusammenhang mit der internationalen Lage stellen, sichtbar zum Ausdruck bringen“.

Dem Zentralausschuß auf Rhodos unterbreitete die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ eine weitere Stellungnahme, die sich mit der politischen Lage nach der Genfer Außenministerkonferenz befaßt:

Die Kirchen sollten die Wendung in der internationalen Politik begrüßen, die durch den Beschluß herbeigeführt worden ist, Beratungen zwischen den Großmächten auf höchster Ebene in Gang zu bringen.

Einer Angleichung der sich widerstrebenden Standpunkte des Ostens und des Westens stehen große Schwierigkeiten im Wege. Die Berlin-Krise und die langwierigen Verhandlungen zwischen den Außenministern in Genf haben den Eindruck bestätigt, daß die Sowjetunion um die förmliche Anerkennung und die Konsolidierung ihres gegenwärtigen Einflußbereiches in Europa bemüht ist, während die Westmächte an der Wiedervereinigung und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Mitteleuropas festhalten. Diese Bestrebungen schließen sich gegenseitig aus.

Nichtsdestoweniger werden sich die Großmächte in zunehmendem Maße der allgemeinen Gefahr eines Atomkrieges bewußt und der Notwendigkeit, in Rüstungsfragen zu Übereinkünften zu kommen. Das über alle Maßen destruktive Machtpotential, das beide Seiten in Händen halten, hat zu einem unheimlichen Gleichgewicht geführt; damit sind neue Möglichkeiten für Gespräche und Verhandlungen gegeben.

Gewaltige Schwierigkeiten müssen überwunden werden, und die Christen sollten sich keinen Illusionen hingeben. Unter derartigen Umständen müssen ernsthafter Gedankenaustausch und Verhandlungen erstrebt werden. Alle sollten versuchen, dazu mitzuhelfen und nicht die Verhandlungen zu erschweren. Die Kirchen sollten darin

fortfahren, für den Frieden, für Gerechtigkeit und Minderung der Spannungen zu beten und zu arbeiten. Angesichts einer so explosiven Lage sollten sie ein großes Verantwortungsbewußtsein an den Tag legen.

*öpd, Nr. 35/1959, S. 8*

Der Zentralausschuß seinerseits hat die von der Kommission in der Deutschland- und Berlinfrage unternommenen Schritte nachträglich ausdrücklich gebilligt und bestätigt. Ebenso hat die Kommission in einer Resolution warnend auf die internationalen Auswirkungen des Algierkonfliktes hingewiesen, der die Beziehungen zwischen den Völkern Afrikas und Europas sowie das gute Einvernehmen zwischen Christen und Mohammedanern auf das schwerste belastet.

Des weiteren machte die Kommission in einer Entschließung auf die mit der Weltraumforschung verbundenen Notwendigkeiten friedlicher Absprachen aufmerksam:

Die Erschließung des Weltraumes eröffnet der Menschheit neue technische Vorteile; um daraus Nutzen zu ziehen, müssen die Völker sofort jede Gelegenheit ergreifen, damit es auf diesem Gebiet zu einer friedlichen Zusammenarbeit und Einigung kommt. Noch sind im Weltraum keine Konflikte ausgebrochen, aber die auftauchenden Probleme sind von großer Dringlichkeit.

Wenn ein Chaos vermieden werden soll, müssen alle Unternehmungen im Weltraum einer internationalen Regelung unterstehen. Friedlichen, wissenschaftlichen Initiativen müssen gleiche Möglichkeiten eingeräumt werden. Die militärischen Rivalitäten auf der Erde sind zu gefährlich, als daß sie auf den Weltraum übergreifen dürften.

Darum sollten die positiven Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Lösung dieser Probleme von allen Regierungen unterstützt werden, und zwar besonders von denjenigen Mächten, die in Weltraumfragen die meisten Erfahrungen gesammelt haben. Alle Regierungen sollten dabei die Bereitschaft zur Mitarbeit aufbringen, damit die internationalen Aktionen auf diesem Gebiet ihre billige und wirksame Durchführung finden.

*öpd, Nr. 35/1959, S. 7*

Der Zentralausschuß selbst faßte auf Rhodos eine weitere Entschließung zur Atomfrage, die sich gegen die Wiederaufnahme der Atomversuche wendet und erneut die völlige Abschaffung des Krieges als wünschenswertes Endziel hinstellt:

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat sich wiederholt und dringend für die Einstellung der Atomwaffenversuche unter internationaler Kontrolle und Inspektion eingesetzt, namentlich in seinen Erklärungen über „Atomwaffenversuche und Abrüstung“, die der Zentralausschuß und die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten im Jahre 1957 in New Haven beschlossen. Indem wir uns in Betonung ihrer Gegenwartsbedeutung erneut hinter diese Erklärungen stellen, machen wir auf gewisse Dinge aufmerksam, die wir für unmittelbar dringlich erachten.

Wir betonen, daß keine Nation das Recht hat, sich in eigener Verantwortung zu Kernwaffenversuchen zu entschließen, deren Folgen die Völker anderer Länder, die ihre Einwilligung dazu nicht gegeben haben, tragen müssen. Wir appellieren daher an alle Nationen, die sich mit dem Gedanken tragen, Atomwaffenversuche durchzuführen, diese moralische Verantwortung genauso anzuerkennen, wie sie die Belange der Landesverteidigung und der internationalen Sicherheit berücksichtigt.

Während wir das Zustandekommen eines baldigen Abkommens über die Einstellung der Atomwaffenreste als besonders dringlich hervorheben, erneuern wir unsere Erklärung, daß nichts weniger als die Abschaffung des Krieges selbst das Ziel aller Nationen und ihrer Führer, der Kirchen und aller Bürger sein sollte. Die Erreichung dieses Zieles

stellt einen feierlichen Appell gerade an unsere Generation dar. Wir begrüßen die neue Wendung in den internationalen Geschehnissen, die durch den Beschluß der Großmächte, zu Gesprächen auf höchster Ebene zusammenzukommen, herbeigeführt wurde.

Wir bitten darum, daß jede sich bietende Gelegenheit ergriffen werden möge, die zu einer Lösung der offenstehenden Probleme, zur stufenweisen Abrüstung und zu neuem Vertrauen unter den Völkern beiträgt. *öpd, Nr. 35/1959, S. 3 f.*

Die vorgenannten Standpunkte und Richtlinien zu den verschiedenen Problemen faßte die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ in einem 53seitigen Memorandum zusammen, das im Oktober 1959 zu Beginn der Abrüstungsgespräche in der UNO den über 700 Delegierten in New York ausgehändigt wurde.

Die Einsatzbereitschaft und Mithilfe des ÖRdK bei Katastrophen und Flüchtlingsnöten kommt über die weitgespannte Tätigkeit seiner „Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst“ hinaus in der Beteiligung des ÖRdK am „Weltflüchtlingsjahr“ zum Ausdruck. Schon der Exekutivausschuß hatte im Februar 1959 die Abhaltung eines „Weltflüchtlingsjahres“ durch die Vereinten Nationen begrüßt:

1. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß 59 Regierungen, die zu den Vereinten Nationen gehören, es für notwendig erachtet haben, über die ganze Welt hin eine neue Anstrengung zu machen, um das Weltproblem der Flüchtlinge zu lösen. Sie haben ein Jahr der Hilfe für die Flüchtlinge in aller Welt proklamiert. Im Juni 1959 soll dieses Jahr beginnen.

2. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist entschlossen, auch fernerhin sein Werk der Hilfe für die Flüchtlinge zu tun, wer diese Flüchtlinge auch seien und woher sie auch kommen mögen.

3. Wir begrüßen den obengenannten Beschluß der Vereinten Nationen, zu einem besonderen Jahr der Hilfe für die Flüchtlinge aufzurufen. Wir hoffen, daß alle Regierungen diesen Aufruf unterstützen und das Erforderliche tun werden, um diesem ihrem Beschluß zu weiter Auswirkung zu verhelfen.

4. Der Ökumenische Rat der Kirchen wird tun, was in seiner Macht steht, um über seine bisherigen Hilfeleistungen hinaus jeden positiven Schritt zu unterstützen, den die Regierungen unternehmen werden, um die große Not der Flüchtlinge zu überwinden.

5. Der Ökumenische Rat der Kirchen fühlt sich verpflichtet, die Regierungen und die gesamte Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Zahl der Flüchtlinge viel zu groß ist und daß die Verhältnisse, die hier in Betracht kommen, viel zu schwierig sind, als daß das gesamte Problem in einem einzigen Jahr gelöst werden könnte. Der Ökumenische Rat der Kirchen hofft aber, daß im kommenden Jahr jedenfalls sehr viel mehr Hilfe beschafft werden wird als bisher und daß das „Jahr der Hilfe für die Flüchtlinge in aller Welt“ dazu dienen wird, daß die Not der heimatlos Gewordenen in Zukunft mehr Beachtung finden wird als früher.

6. Wir bitten Gott, daß er sich zu den neuen Anstrengungen mit seinem Segen bekennen möchte.

7. Unsere Kirchen müssen und werden sich in die neue Initiative tatkräftig eingliedern. Betet, handelt und laßt die Liebe nicht erkalten! *öpd, Nr. 24/1959, S. 8 f.*

Die Präsidenten des ÖRdK schlossen sich im Juni mit einem eigenen Aufruf an:

Von allem, was unsere Generation erlebt hat und noch immer erlebt, ist nichts so erschütternd wie die Tragödie der Flüchtlinge überall in der Welt.



Mehr als zehn Jahre lang klopft diese Not nun schon an unsere Türen. Niemand weiß sich dadurch stärker aufgerufen und gefordert als die, die im Dienst eines Herrn stehen, der „nicht hatte, wo er sein Haupt hinlege“.

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat in den vergangenen Jahren getan, was er konnte. Er hat auf den Notruf der Flüchtlinge eine Antwort der praktischen Tat gegeben. Wir danken es den Kirchen, mit denen wir verbunden sind, daß sie uns dazu die Hände gefüllt haben.

Wir haben diesen Dienst der Hilfe nicht etwa deshalb getan, weil die Flüchtlinge zu unseren eigenen Kirchen gehörten. Bei den allermeisten von ihnen ist das ja keineswegs der Fall. Sondern wir haben es getan, getreu der Losung des Apostels Paulus: Die Liebe Christi dringt uns also!

Dabei hätten wir freilich gewünscht, daß die Regierungen der freien Welt dem Problem der Flüchtlinge mit ähnlicher Energie und Zähigkeit Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft zugewandt hätten. Denn es geht hier nicht nur um menschliche Tragödien persönlicher Art. Es steht doch vielmehr so: Wenn das Problem der Flüchtlinge nicht gelöst wird, so wächst daraus eine ständige Bedrohung für den Frieden und für die Sicherheit der Völker empor.

So begrüßen wir es von ganzem Herzen, daß die Vereinten Nationen jetzt zu einem *Jahr der Hilfe für die Flüchtlinge in aller Welt* aufgerufen haben. Wir begrüßen es und knüpfen neue Hoffnungen daran. öpd, Nr. 24/1959, S. 8

Dieser Appell wurde von maßgebenden kirchlichen Persönlichkeiten, darunter Bischof D. Dibelius, aufgenommen und weitergegeben.

Auch der Zentralauschuß richtete im August ein „Wort an die Kirchen“, diese Initiative der Vereinten Nationen mit allen Kräften zu unterstützen. Anfang November 1959 wurde auf einer Arbeitstagung für die Flüchtlingsbeauftragten des ÖRdK in Salzburg bekanntgegeben, daß sich die bisherigen Beiträge der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates zu den Aktionen des Weltflüchtlingsjahres auf 6,3 Mill. Dollar beliefen.

## 6. REGIONALE ENTWICKLUNGEN

Auf die Bedeutsamkeit der regionalen Entwicklungen innerhalb der ökumenischen Bewegung ist schon im letzten Bericht aufmerksam gemacht worden (Kirchl. Jahrb. 1958, S. 345 ff.). Das wichtigste Ereignis des vergangenen Jahres auf diesem Gebiet ist in der endgültigen Konstituierung der *Christlichen Ostasienkonferenz* vom 14. bis 23. Mai in Kuala Lumpur (Malaya) zu sehen, auf der neben maßgebenden Persönlichkeiten des ÖRdK und des IMR über 100 Delegierte von 42 Kirchen und Nationalen Christenräten aus 14 ostasiatischen Ländern anwesend waren. Auch die afrikanischen Kirchen waren vertreten, mit denen die Christliche Ostasienkonferenz engere Zusammenarbeit über die bereits bestehende „Gesamtafrikanische Christliche Konferenz“ anstrebt (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 346). Ziel der „Christlichen Ostasienkonferenz“ ist die Aktivierung des gemeinsamen christlichen Zeugnisses insbesondere durch die Förderung der Laienarbeit. „Die Existenz der Kirche in Ostasien hängt heute weitgehend von der Stärke des Zeugendienstes der Laien ab; sie sollten nicht das eingefrorene Kapital der institutionellen Kirche sein“, heißt es in dem Bericht der Kommission für

Verkündigung und Laiendienst. Darum sollen unter anderem einem Beschluß der Konferenz zufolge während der nächsten vier Jahre durch eine „Wanderakademie“ in allen Teilen Asiens Kurse für Laien aller Berufsschichten veranstaltet werden, die die christliche Ethik im beruflichen und gesellschaftlichen Leben zum Thema haben. Der erste Kursus dieser Art fand vom 28. Dezember 1959 bis 25. Januar 1960 in Hongkong statt. Mit den nichtchristlichen Religionen wird sich in Verbindung mit der Studienabteilung des ÖRdK ein „Ausschuß für Religion und Gesellschaft“ beschäftigen, der auch die Probleme der Glaubensfreiheit einbeziehen soll.

Zum Studium theologischer Fragen wurde ein „Ausschuß für das Leben, die Botschaft und die Einheit der Kirche“ eingesetzt. Wie sehr die asiatische Christenheit unter der Zerrissenheit der Kirchen leiden und ihren Zeugendienst dadurch gelähmt fühlen muß, geht aus einer Meldung aus Sydney hervor (öpd, Nr. 49 vom 18. 12. 1959), daß der Sprecher einer Abordnung im Namen von 50 000 Einheimischen in Neuguinea die australischen Behörden in Rabaul gebeten hat, keine Erlaubnis zur Eröffnung weiterer christlicher Missionsstationen zu geben. Zwar sei von den Missionen manches Gute getan, aber ihre Zerrissenheit sei zu groß (in Neuguinea arbeiten 10 verschiedene christliche Kirchen nebeneinander). „Der Geist der Einheimischen ist verwirrt. Sie hören, wie die Missionare sagen, sie alle seien Christen, doch sie alle unterscheiden sich voneinander.“

Die „Christliche Ostasienkonferenz“ will demgegenüber um ein einheitliches christliches Zeugnis der Kirchen in Ostasien bemüht sein, wozu auch ein Austausch von Theologiestudenten zwischen den kirchlichen Lehrstätten in Asien beitragen soll. Daneben sollen auch soziale und internationale Aufgaben gemeinsam in Angriff genommen werden.

Die Konferenz richtete folgende „Botschaft“ an die ihr angeschlossenen Kirchen und Nationalen Christenräte:

Durch Gottes Gnade konnten wir als Eure Repräsentanten zur Ersten Versammlung der Christlichen Ostasienkonferenz zusammenkommen; als Abgesandte von 48 Kirchen in 14 Nationen haben wir zehn Tage lang gemeinsam für die Zukunft geplant und gebetet. Gott, der uns hier zusammenführte, hat uns in unserem gemeinsamen Zeugendienst mit neuem Vertrauen und neuer Freude beseelt, und es ist unser Wunsch, daß auch Ihr an dieser seiner Gnade teilhabt.

Es gibt zahlreiche Anzeichen dafür, daß der Heilige Geist in unseren Kirchen am Werk ist. Die Kirche wächst in Gebieten, in denen sie ungeheuren Schwierigkeiten und Gefahren gegenübersteht. Die Verkündigungsarbeit geht neue, bahnbrechende Wege. Die meisten Kirchen in Asien empfangen heute nicht mehr nur die Missionare des Auslandes, sie senden bereits ihre eigenen Missionare in andere Länder, helfen sich untereinander auf manche Weise, wie ihnen auch die Kirchen in anderen Teilen der Welt mannigfaltige Hilfe zuteil werden lassen. Die organisierten Missionen sind nicht mehr Alleinträger des Evangeliums: es wird mitgetragen von dem spontanen Zeugendienst einzelner Christen, die sich als Arbeiter oder Händler, ja selbst als Flüchtlinge in seinen Dienst stellen. Vor uns zeichnet sich ein neues Muster der Missionsarbeit auf: sie ist nicht mehr ein einseitiges Geben für die einen und Empfangen für die anderen, sondern ein Teilhaben aller – auch der jüngsten Gemeinde und gemäß den Gaben des Heiligen Geistes – an der Verkündigungsaufgabe. Jede Kirche besitzt etwas, das andere brauchen, und jede Kirche braucht, was die anderen geben können. Das Leben der asiatischen Kirchen wird mehr und mehr von diesem Gefühl der Gemeinsamkeit durch-

drungen, und wir glauben, daß unsere hiesige Zusammenkunft die bereits bestehenden Bande stärken und der gegenseitigen Hilfsbereitschaft neue Wege öffnen wird.

Wir sind glücklich darüber, daß in den meisten Ländern Ostasiens Glaubensfreiheit herrscht. Wir müssen jedoch feststellen, daß diese Freiheit in weiten Gebieten eng beschnitten ist. Wir bekräftigen das Recht jeder erwachsenen Person, ihren Glauben frei zu bekennen und zu verbreiten oder ihre religiöse Zugehörigkeit zu wechseln. Wo die Glaubensfreiheit verweigert wird, sind auch alle anderen Rechte gefährdet.

Unsere Länder und Völker haben sich in den letzten 25 Jahren bis zur Unkenntlichkeit verändert. Die Verwirklichung nationaler Autonomie, das Streben nach einem besseren Lebensstandard für alle und die Wiedergeburt der alten Religionen haben für den Durchschnittsbürger eine neue und revolutionäre Situation geschaffen. Der Rahmen, in dem sich Leben und Gedanken bewegten, ist zerbrochen; neue und brennende Fragen drängen sich jedem Menschen auf. Was ist der Mensch? Wozu ist er auf der Erde? Was darf er erhoffen, und wie kann er das Ziel seiner Hoffnungen erreichen? In Jesus Christus allein liegt die erschöpfende Antwort auf diese Frage, denn er ist der Weg, die Wahrheit und das Leben. Aber wir, seine Botschafter, können diese Antwort nur dann geben, wenn wir Seite an Seite mit unseren Mitmenschen und im echten Dialog mit ihnen auf ihre Fragen eingehen.

Das bedeutet, daß die Christen in jeden Lebensbereich unserer Völker eindringen müssen, in die Politik, die Sozial- und Verwaltungsdienste wie in die Welt der Kunst und der Kultur, um in echter Partnerschaft und als Zeugen Christi mit denen zu arbeiten, die Nichtchristen sind. Das heißt wiederum, daß jeder Christ erkennen muß, daß die Verrichtung seiner täglichen Arbeit in einer säkularen Welt seine erste Aufgabe gegenüber Gott darstellt. Es heißt, daß wir Gottes Werk in dieser Welt zu verstehen suchen müssen, damit die Christen, die sich weltlichen Aufgaben widmen, Entscheidungen gut beraten und gestützt treffen, und damit die Kirchen bereit sein mögen, wann immer notwendig ein prophetisches Wort der Mahnung oder der Ermutigung zu den Regierenden wie zu den Völkern zu sprechen.

Das bedeutet auch, daß jede Gemeinde wissen muß, daß sie vom Herrn als seine Botschafterin in die Welt gestellt wurde und daß sie sich deshalb nicht in erster Linie mit sich selbst, sondern mit der Welt zu beschäftigen hat und besorgt darum sein muß, ihre Glieder zum Zeugendienst nach draußen zu schicken und alle Menschen in die Familie Gottes zu rufen. Ihr Seelsorger muß danach trachten, jedes Gemeindeglied auf seinen Dienst in der Welt vorzubereiten. Ihr Gottesdienstleben muß auch auf die Außenstehenden ausstrahlen und sie zur Verehrung des wahrhaftigen Gottes als ihres Vaters führen. Ihre Organisation muß darauf gerichtet sein, jedem Gemeindeglied die Möglichkeit und die Gewißheit zu geben, ein aktives Glied des Körpers Christi zu sein.

Wir sind in der Pfingstzeit hier zusammengekommen, und wir wurden ständig daran erinnert, daß derselbe Heilige Geist, von dessen gewaltigen Werken das Neue Testament berichtet, auch auf uns seine unverminderte Kraft ausstrahlt. Viele unserer Kirchen sind klein und schwach, allzu abhängig von der Unterstützung der älteren Kirchen, allzusehr überlieferten Formen verfallen. Doch der Heilige Geist ist mächtig, er kann neue Wege öffnen und Ungeahntes schaffen, aus dem Nichts neues Leben schaffen. Unsere Zusammenkunft hier hat uns neue Zuversicht in seine Allgegenwart geschenkt. Wir, die Kirchen Asiens, sind dazu gerufen, gemeinsam für Christus Zeugendienst zu tun; er, der Heilige Geist selbst, ist der höchste Zeuge, sein Zeugnis ist mächtiger als unseres. Laßt uns deshalb von neuem für uns Gottes Verheißung hinnehmen: „Ihr werdet meine Zeugen sein ... und bis an das Ende der Erde.“

*öpd, Nr. 24/1959, S. 10*

Die Konstituierung der „Christlichen Ostasienkonferenz“ bedeutet einen wichtigen Schritt in der Verselbständigung der sogenannten „Jungen Kirchen“, der

auch für andere Gebiete, wie Afrika und Südamerika, beispielhaft zu werden verspricht.

Der Vorbereitende Ausschuß der *Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz*, der im September 1959 tagte, will der ersten Konferenz, die 1958 in Ibadan (Nigeria) stattfand, im Frühjahr 1963 eine zweite Versammlung folgen lassen, die ähnliche Aufgaben wie die „Christliche Ostasienkonferenz“ wahrnehmen soll. Zum vorläufigen Sekretariat der afrikanischen Kirchenkonferenz wurde das ökumenische Zentrum Mindolo in Kitwe (Nordrhodesien) bestimmt. Zum Sekretär und damit verantwortlichen Träger der weiteren Planungen wurde Dr. Donald M' Timkulu, ein Dozent für Erziehungsfragen aus der Kapprovinz, berufen.

Ein Bericht über den Verlauf der ersten Zusammenkunft der *Konferenz Europäischer Kirchen* vom 6. bis 9. Januar 1959 in Nyborg (Dänemark) hat noch im letzten Jahrbuch Aufnahme gefunden (Kirchl. Jahrb. 1958, S. 347 ff.). Der Beratende Ausschuß der Konferenz hat auf seiner Sitzung vom 10. bis 11. November 1959 in Loccum eine 2. gesamt-europäische Kirchenkonferenz vom 3. bis 8. Oktober 1960 wiederum in Nyborg in Aussicht genommen, die in Vorträgen und Arbeitsgruppen Lage und Aufgaben der europäischen Kirchen in einer veränderten Welt behandeln soll.

Die in Prag 1958 und 1959 zusammengetretene und einstweilen vorwiegend auf die osteuropäischen Kirchen beschränkte *Christliche Friedenskonferenz* ist ebenfalls schon Gegenstand der Berichterstattung gewesen (Kirchl. Jahrb. 1958, S. 350 ff.).

Inzwischen wurden die Vorträge und Kommissionsberichte unter dem Titel „Elige Vitam“ veröffentlicht, denen die „Botschaft der Christlichen Friedenskonferenz an die Christenheit“ vorangestellt ist:

Gnade sei mit Euch und Friede! Mit diesem apostolischen Gruß grüßen wir Euch, Brüder und Schwestern. Wie im vergangenen Jahre wenden wir uns an Euch in der Not der ganzen Welt.

Gott hat seine Welt so geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn für sie hingab, und er will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Als die Atombombe von Hiroshima über der ahnungslosen Stadt entbrannte, sind wir in ein neues Zeitalter getreten. Ungeahnte Mittel sind heute dem Menschen zum Guten wie zum Bösen in die Hand gegeben. In grauenhafter Weise hat er auch den Tod in seine Regie genommen, er hat ihn auf Lager gelegt, er kann mit Massenvernichtungsmitteln jeglicher Art die ganze Menschheit wie Ungeziefer vernichten. Allein durch die Drohung schon wird alles Leben des Friedens und der Liebe beraubt und in Furcht und Schrecken verwandelt. – Als die Atombombe von Hiroshima über der ahnungslosen Stadt entbrannte, da hat sie auch blitzartig den Weg der Christenheit erhellet. Erst Gottes Wort hat uns die Augen dafür geöffnet: Wir alle sind mit daran schuld, daß der Mensch den Menschen fürchtet, daß der Mensch den Menschen haßt, daß der Mensch den Menschen tötet. Aus Selbstsucht haben wir den, den Gott so geliebt hat, nicht geliebt. In Kleinglauben haben wir Waffen und menschliche Gewalt für unsere Hilfe gehalten. In hoffnungsloser Weise haben wir die gottgeschenkte Zukunft verspielt. Die Bombe, die über der ahnungslosen Stadt entbrannte, ist zum Signal geworden. Wir glauben nun, daß das Schöpferwort, das einst über der wüsten und leeren Erde ertönte, auch stark genug ist, um die Gewissen zu wecken und das Leben auf dieser Erde vor der völligen Zerstörung zu bewahren. Wir glauben, daß Gott den Menschen die Atomkraft entdecken ließ, um sie zum Wohle der Menschheit in Verantwortung einzusetzen. Hiroshima darf nicht wiederholt werden. Es beunruhigt uns aufs tiefste,



wenn statt der notwendigen allgemeinen Abrüstung weitere Staaten die atomare Bewaffnung erstreben oder durchführen.

Wenn wir darum schon in diesem Jahre mit unseren Gemeinden und Kirchen am Tage von Hiroshima zu einem Buß- und Fürbittegottesdienst uns versammeln, bitten wir Euch alle, in West und Ost, auf der ganzen Welt, uns Eure Gemeinschaft nicht zu versagen. Laßt uns gemeinsam vor Gottes Angesicht treten und durch seine Vergebung als seine Menschenkinder einen neuen Anfang machen.

Allein das Evangelium vermag uns von dem Terror gegenseitiger Ängstigung und Abschreckung und von dem Verhaftetsein in allerlei Propaganda zu befreien. Es gibt uns die Möglichkeit, die Dinge der Welt wahrhaft realistisch zu sehen. Es gibt uns die Kraft, die Zwietracht bei uns selbst zu erkennen und zu überwinden. Es ruft uns dazu, die brennenden Probleme der Welt ohne Gewalt zu lösen. Es schenkt uns die Vollmacht, die Friedensbotschaft an die Welt glaubwürdig auszurichten und die Welt aus der Zerrissenheit zu rufen, an der wir mitschuldig sind. Denn Christus ist unser Friede, der die Zwietracht beseitigt und den Zaun abgebrochen hat.

In seinem Namen dürfen wir Frieden stiften und müssen dazu bei uns selbst anfangen. Laßt uns darum vor allem dem kalten Krieg absagen, durch den das Böse den Schein des Guten gewinnt. Angesichts alles dessen, was auch die Atmosphäre in der Christenheit vergiftet, bitten wir:

Sorgt dafür, daß bei uns selbst, in unseren Gemeinden und unseren Kirchen an die Stelle des Mißtrauens das Vertrauen tritt. Laßt uns die Worte des anderen so nehmen, wie er sie sagt. Sorgt dafür, daß das Freund-Feind-Schema unter uns keinen Raum hat. Hüten wir uns davor, daß wir durch ideologische Propaganda im Interesse der Selbstsicherung zur Vorbereitung des heißen Krieges beitragen. Wenn wir hier versagen, wird unser Friedensruf zu einer Phrase.

Wir halten die Zeit für gekommen, daß die Kirchen über die bisherigen Formen ihrer Zusammenarbeit hinaus zu einer gesamtchristlichen Friedensversammlung zusammen-treten. Ihre Aufgabe wird sein: die Hilfe bei der Herstellung eines dauerhaften Friedens und beim Abschluß entsprechender Verträge, der Einsatz für allgemeine Abrüstung, insbesondere für die Beseitigung der Nuklearwaffen, und in dem allem der Dienst an der Verständigung und der Versöhnung der Völker. Wir wissen, daß die Erreichung unseres Zieles keine leichte Aufgabe ist. Wir sind jedoch überzeugt, daß eine weise vorbereitete Versammlung die ökumenische Bewegung fördern und alle Kräfte stärken wird, die in der Welt sich für den Frieden einsetzen.

Selig sind die Friedensstifter!

Das Fortsetzungskomitee der Prager „Christlichen Friedenskonferenz“ tagte vom 2. bis 4. November 1959 in Warschau und beschloß die Einberufung einer dritten Vollversammlung der Konferenz im Jahre 1960 nach Prag, die insbesondere der Vorbereitung der für 1961 geplanten „Allgemeinen Christlichen Friedensversammlung“ dienen soll. Durch den Tod ihres sehr rührigen Generalsekretärs, Dr. Pospíšil, im Oktober 1959 hat die Konferenz für den Fortgang ihrer Arbeit einen schweren Verlust erlitten.

Daß die von Prag her betriebene christliche Friedensarbeit keineswegs einen gegen den ÖRdK gerichteten Charakter zu tragen braucht, beweist die Aufnahme des „Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschechoslowakei“ als „angeschlossener Rat“ auf der Zentralausschuß-Sitzung in Rhodos. Zusammen mit dem gleichfalls neu aufgenommenen „Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich“ gibt es jetzt 15 Nationalräte christlicher Kirchen, die zu gastweiser Teilnahme an den Zentralausschuß-Sitzungen eingeladen werden.

## 7. KONFESSIONELLE WELTBÜNDE UND CHRISTLICHE WELTORGANISATIONEN

Der seit 1957 üblich gewordene Gedankenaustausch zwischen dem ÖRdK und den konfessionellen Weltbünden (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 353) ist durch eine weitere Zusammenkunft am 24./25. November 1959 in Genf fortgesetzt worden. Vertreten waren bei den Besprechungen der Lutherische Weltbund, der Reformierte Weltbund, der Weltrat der Methodistenkirchen, der Rat für Zwischenkirchliche Beziehungen der Kirche von England, die Baptistische Weltallianz, der Internationale Kongregationalistische Rat, der Internationale Konvent Christlicher Kirchen (Jünger Christi), die Weltkonferenz der Pfingstbewegung, das Beratende Weltkomitee der Freunde (Quäker), das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel und der ÖRdK.

Das hervorstechendste Ereignis des Jahres 1959 auf diesem Gebiet war zweifellos die 18. Generalversammlung des *Reformierten Weltbundes* vom 27. Juli bis 6. August in Sao Paulo (Brasilien), an der etwa 300 Delegierte der 78 Mitgliedskirchen aus 53 Ländern teilnahmen<sup>1</sup>. Dem ökumenischen Anliegen der von Calvin ausgehenden Reformation war schon im Juni anlässlich der Genfer Calvinfeiern durch eine von 30 führenden reformierten Theologen unterzeichnete, jedoch inoffizielle „Botschaft an unsere reformierten Mitchristen“ erneut Ausdruck verliehen. Dort heißt es:

Wir kommen leicht zur ökumenischen Begegnung auf der Grundlage der Überzeugung, daß die wahre Kirche nicht dort besteht, wo eine bestimmte Kirchenordnung eingehalten wird, sondern vielmehr „überall, wo das Wort Gottes rein gepredigt und gehört wird und die Sakramente gemäß der Einsetzung Jesu Christi verwaltet werden“. Auch die Erkenntnis, daß die Ordnung zur Aufrechterhaltung der Einheit von grundlegender Bedeutung ist, führt uns zur ökumenischen Begegnung. Unser Beitrag zum ökumenischen Gespräch ist eine presbyterianische Kirchenordnung, an der wir festhalten, weil sie Christus als das alleinige Haupt der Kirche anerkennt, der biblischen Botschaft treu ist, Freiheit und Disziplin gut gegeneinander abwägt, die ganze Gemeinde der Gläubigen in die Kirchenleitungen mit einbezieht und das Wirken des Heiligen Geistes in den kirchlichen Gremien auf jeder Ebene anerkennt.

Wir sind dankbar für eine Tradition, von der aus wir allen Kirchen eine so brauchbare Ordnungsform anbieten können. Aber wir sind noch dankbarer für eine Tradition, von der wir anderen etwas mitteilen sollen, ohne jedoch hartnäckig darauf zu bestehen, und die uns davor warnt, Fragen der Ordnung zu Glaubensfragen zu erheben.

Wir wünschten, daß wir in unserer kirchlichen Praxis immer die Verheißungen unserer Tradition erfüllt hätten; denn wir müssen uns mannigfacher Uneinigkeit schuldig bekennen. Wir bekennen unseren auf uns selbst bezogenen Stolz in den einzelnen Kirchen und kirchlichen Institutionen. Denn zu lange haben die Kirchen innerhalb der reformierten Kirchengemeinschaft voneinander nichts gewußt oder sogar einander gemieden. Kirchen in offizieller Kirchengemeinschaft, die an derselben Tradition teilhaben und deren führende Männer regelmäßig zusammenkommen, kennen einander nicht. Wenn die Trennung von Kirchen, mit denen wir nicht übereinstimmen, Sünde ist, wie sollen wir dann unsere Unwissenheit und Uninteressiertheit gegenüber Kirchen unserer eigenen Glaubensfamilie nennen? Wir, die wir die Einheit der ganzen Kirche in Jesus

1. Vgl. „Sao Paulo Dokumente“. Berichte und Reden auf dem reformierten Weltkongreß in Sao Paulo. Witten/Ruhr: Luther-Verlag 1959.

Christus bekennen, haben keine Entschuldigung für die Verwirrung und Erbitterung, denen wir zu oft in der Kirche freien Lauf gelassen haben. So bitten wir, daß dieselbe Gnade, die unsere Vergehen hinwegnehmen kann, uns zu der bereits beginnenden Veröhnung, Wiedervereinigung und Erneuerung führen möge.

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderen Prof. John Baillie (Schottland), Dr. Eugene C. Blake (USA), Pastor Paul Conord (Frankreich), Dr. Egbert Emmen (Niederlande), Prof. Henri d'Espine (Schweiz), Prof. Wilhelm Niesel (Deutschland), Prof. James S. Torrance (Schottland), Dr. James E. Wagner (USA) und Prof. Otto Weber (Deutschland).

Das Hauptthema der 18. Generalversammlung in Sao Paulo „Der Herr ein Knecht – wir seine Knechte“ wurde in vier Unterthemen entfaltet: „Der Dienst der Theologie“, „Der Dienst Christi und die Gestalt der Kirche“, „Der Dienst des Christen“ und „Der Dienst des Staates“. Auch hierbei wurde die ökumenische Verpflichtung der reformierten Kirchen mehrfach betont. Nachdem im Bericht zum Hauptthema die Notwendigkeit der Erkenntnis des Dienstcharakters aller kirchlichen Existenz hervorgehoben und gesagt ist:

Eine solche Erneuerung der Kirche ist in heutigen ökumenischen Gesprächen dringend vonnöten, wo alle getrennten Kirchen den Drang verspüren, mit den anderen in Ausdrücken stolzen Beharrens auf ihren eigenen Behauptungen und Forderungen zu verhandeln („Dokumente“, S. 18),

heißt es sodann:

Wenn wir uns eines reichen Erbes innerhalb der reformierten Tradition erfreuen, sollten wir auch daran denken, daß sie eine Tradition ist, in der Kirchenordnung, Bekenntnis, Liturgie und Lebensführung dem Herrn Jesus Christus, dem Herrn in Knechtsgestalt, und den grundlegenden Forderungen der frohen Botschaft seiner Gnade untergeordnet sind. Die Kirche kann letztlich nur Anspruch darauf erheben, Kirche zu sein, als sie der Welt den Dienst Christi leistet. Dies verdient, bei ökumenischen Gesprächen besonders betont zu werden. Es war nach der Fußwaschung und der Einsetzung des Abendmahls, daß unser Herr das eine und einzige Kennzeichen für die wahre Kirche angab: „Ein neu Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebet, wie ich euch geliebt habe, auf daß auch ihr einander liebhabet. Dabei wird jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, so ihr Liebe untereinander habt“ (Joh. 13, 34–35). An diesem Maßstab gemessen können die Formen und Ordnungen des Lebens der Kirche niemals *wesentlich*, sondern nur *Werkzeuge* für den Gehorsam der Kirche zu Jesus Christus sein. An diesem Maßstab gemessen ist Jesus Christus das Wesen und Sein, das „esse“ der Kirche. Im Lichte dieses Maßstabes müssen die Zeichen der Kirche (*signa ecclesiae*) neu gesehen werden (a.a.O., S. 18 f.).

Die Sektion „Der Dienst der Theologie“ hat ihrerseits empfohlen:

Der Weltbund sollte ein langfristiges Studium planen, wie unser Erbe im ökumenischen Zeitalter fruchtbar gemacht werden kann. Eines der hervorzuhebenden Kennzeichen unseres reformierten Erbes ist zutreffend ausgedrückt in dem bekannten lateinischen Satz: *Ecclesia reformata semper est reformanda* (die erneuerte Kirche steht ständig vor der Aufgabe der Erneuerung). Dies echte reformierte Prinzip kann, richtig ausgelegt und ohne Vorbehalt angewandt, als bewegender und kristallisierender Faktor in der ganzen ökumenischen Bewegung dienen, und es kann vor allem die miteinander verbundenen

reformierten Kirchen zu einer eindringenden Selbsterforschung in besonderer Beziehung zu den Zielen der ökumenischen Bewegung anleiten und zur Verwirklichung dieser Ziele ihren besonderen Beitrag leisten helfen (a.a.O., S. 33).

Die Generalversammlung richtete abschließend eine „Botschaft an die Kirchen“:

Als Abgesandte von 78 Kirchen aus 53 Ländern sind wir zur Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Sao Paulo zusammengekommen und haben in unserem gemeinsamen Glauben und Erbe eine beglückende und uns innerlich reich machende Gemeinschaft und Freundschaft gefunden. Solchen Schatz möchten wir mit allen Gliedern unserer Kirche teilen.

Wir haben untersucht und erörtert, was es bedeutet, daß Jesus Christus der Herr ist, indem er unter uns ist wie ein Diener, und daß wir gerufen sind, ihm zu dienen. Wir haben erfahren, daß der lebendige Herr, der unser aller Diener ist, in unsere Versammlungen, Gottesdienste, Beratungen und Gespräche eingriff und sie mit seinem Geiste durchdrang: Er rief beide, Kirche und Welt heute, zu Umkehr und Erneuerung.

Wir haben von neuem gesehen, daß unser gemeinsames reformiertes Erbe mit seiner Betonung der göttlichen Erwählung und Berufung uns in Jesus Christus lebendig vor Augen stellt, was echtes Leben und Bestimmung des Menschen ist. Dieses Erbe hat beides, Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen, miteinander verknüpft und den Gläubigen die Überzeugung verliehen, daß Gott sie in Jesus Christus zu einem bestimmten Beruf und Amt im Leben und Lauf dieser Welt berufen hat.

Das menschliche Leben ist „der Schauplatz von Gottes Herrlichkeit“. Er hat einen jeden von uns in seinen herrlichen Dienst berufen, indem er uns unser wahres Leben in Jesus Christus finden läßt. Dieser ist der Anfang der neuen Menschheit. Um im vollen Sinne Mensch zu sein und die Fülle des Lebens zu genießen, müssen wir in Gottes großen Heilsplan in Jesus Christus, dem Herrn, der unser aller Diener ist, einbezogen sein. Die Menschen brauchen nicht mehr überzeugt zu werden, daß das Leben überhaupt einen Sinn hat; wir müssen ihnen nur eindrücklich sagen, welchen Sinn es hat. Dann werden sie befreit von Selbstgerechtigkeit, Schnödigkeit und Verzweiflung. Sie gewinnen statt dessen eine feste Bindung und feste Ausrichtung und bekommen die Freiheit, die man im Dienste Gottes hat.

Der gehorsame Dienst, den Gottes Volk dem Herrn, der unser aller Diener ist, zu leisten hat, wurde uns besonders an zwei Stellen deutlich:

*Einmal* in der ökumenischen Verantwortung der Kirche: Im Lichte der Versöhnung betrachtet, sind alle Formen, Ordnungen, Überlieferungen und Lehren der Kirche gerufen, sich erneuern zu lassen. Jesus Christus selbst ist der einzige Maßstab für die rechte Gestalt der Kirche; diese dient ihm nur, wenn sie in allen ihren Lebensbereichen ihm allein gehorsam ist. Die reformierten Kirchen müssen in ökumenischen Gesprächen Jesus Christus als Herrn und Haupt der Kirche bezeugen;

*zum anderen* in unserem Tagewerk: In unseren gegenwärtigen Spannungen und Spaltungen sind wir aufgerufen, zu verkündigen und die Leute spüren zu lassen, daß Jesus Christus uns das volle und echte Menschsein wiedergebracht hat. Für viele ist die Arbeit heute in einem solchen Ausmaße mechanisiert, daß ihr augenscheinlich ihre Bedeutung für den Menschen genommen ist. Das trifft zu, ganz gleich, ob die Menschen unter dem Zwange der Technik zu arbeiten oder nicht unmittelbar mit ihr zu tun haben. Wir glauben, daß das Geheimnis und die Kraft von Christi Versöhnung beständig schöpferisch auf die Bedingungen bezogen werden müssen, unter denen die Menschen arbeiten. Nur so kann der einzelne zu einem persönlichen Leben kommen und die Arbeit wahrhaft menschlich werden.

Wir rufen unsere Mitchristen in der ganzen Welt auf, in all ihrem Leben in Kirche



und Welt täglich gehorsam den Ruf zu verwirklichen, den der Herr, der unser aller Diener ist, an uns richtet, die wir sein Volk sein dürfen, das ihm dient.

Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus sei mit euch allen.

Zum neuen Präsidenten des Reformierten Weltbundes für die nächsten fünf Jahre wurde als Nachfolger von Prof. John A. Mackay der Nordamerikaner Dr. Ralph W. Lloyd gewählt. Prof. Hromadka (Prag), bisheriger Vizepräsident, der von einem asiatischen Delegierten zum Präsidenten vorgeschlagen worden war, bat, mit Rücksicht auf sein Alter und die besondere Lage seiner Kirche von einer Betrauung mit offiziellen Funktionen Abstand zu nehmen. In das Exekutivkomitee ist an Stelle von D. Niesel als deutscher Delegierter Prof. Jacobs (Münster) eingetreten.

Der *Lutherische Weltbund* hat durch die großzügige Mithilfe seiner Mitgliedskirchen die Errichtung eines afrikanischen Rundfunksenders in Äthiopien vorbereiten können, der auch im Nahen Osten und in Indien zu hören sein wird und dessen Programmgestaltung in den Händen afrikanischer und asiatischer Christen liegen soll, so daß sich eine weitreichende Evangelisationsmöglichkeit ergibt. Wie auf der Sitzung der „Kommission für Weltmission“ Anfang August 1959 in Nyborg (Dänemark) festgelegt wurde, soll eine zweite Allafrikanische Konferenz lutherischer Kirchen im September 1960 auf Madagaskar abgehalten werden, nachdem die erste Konferenz dieser Art 1955 in Marangu stattfand.

Für die gegenseitige Gewährung der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft der im Lutherischen Weltbund zusammengeschlossenen Kirchen setzte sich Prof. Peter Brunner (Heidelberg) vor der Theologischen Kommission des Lutherischen Weltbundes ein, die Mitte August vergangenen Jahres in Amsterdam tagte. Wo Lehrübereinstimmung bestehe, dürfe man es nicht nur bei einer losen Vereinigung bewenden lassen, sondern müsse die volle Kirchengemeinschaft verwirklichen.

Die *Internationale Konferenz der alt-katholischen Bischöfe* trat unter Vorsitz des Erzbischofs von Utrecht, Andreas Rinkel, im Februar 1959 in Bonn zusammen. Dabei wurden insbesondere die Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen erörtert, um deren Festigung man auf beiden Seiten sehr bemüht ist (vgl. auch S. 334). Der Bischof der Kroatischen Nationalen Alt-Katholischen Kirche von Jugoslawien wurde von der Bischofskonferenz anerkannt und als Mitglied aufgenommen.

Der *Europäische Baptistenbund*, dem etwa eineinhalb Millionen Baptisten in Europa angehören, hat auf seiner letztjährigen Tagung in Holland eine „Friedenskommission“ eingesetzt, die sich in Zusammenarbeit mit anderen Kirchen für die Förderung des Weltfriedens einsetzen soll.

Durch eine Ende Juli 1959 in Oslo veranstaltete europäische Konferenz unter dem Thema „Die Autorität der Hl. Schrift“ und die bei dieser Gelegenheit gegen den ÖRdK gerichteten scharfen Angriffe machte der *Internationale Rat Christlicher Kirchen* (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 359), der von dem Amerikaner Dr. Carl McIntire geleitet wird, wieder von sich reden. Skandinavischen Pressemeldungen zufolge verscherzte sich der Rat dadurch viele, gerade in skandinavischen Kreisen hier und da für ihn vorhanden gewesene Sympathien.

## 8. KIRCHENUNIONEN

Ein ausführlicher Überblick über die Kirchenunionsverhandlungen in den Jahren 1957–1959 ist in Nr. 2, Januar 1960 der „Ecumenical Review“, S. 231–260 (deutsche Übersetzung bei der Ökumenischen Centrale in Frankfurt am Main) veröffentlicht worden. Unter Hinweis hierauf und im Anschluß an den Bericht im Kirchl. Jahrb. 1958, S. 360 ff., können wir uns deshalb auf einige wichtige Ereignisse im vergangenen Jahre beschränken.

Einen bedeutsamen Fortschritt in den Gesprächen zwischen der *Kirche von Südindien* und den südindischen Lutheranern brachte die Tagung der aus Theologen beider Kirchen zusammengesetzten Studienkommission Mitte April 1959 in Bangalore, die sich auf eine „Einmütige Erklärung über die Kirche und das Amt“ (deutscher Wortlaut in „Lutherische Rundschau“, Heft 2/1959, S. 214 bis 218) einigte. Die Verhandlungen waren im Jahre 1956 zum Stillstand gekommen, da man über das Kirchenverständnis keine Einigung erzielen zu können glaubte. In der Zwischenzeit durchgeführte regionale Konferenzen, die sich bemerkenswerterweise nicht des Englischen, sondern der jeweiligen Eingeborensprachen bedienten, ermutigten dann aber zu einer Wiederaufnahme von offiziellen Gesprächen. In der vorgenannten gemeinsamen Erklärung hat man vor allem über den Hauptdifferenzpunkt, nämlich das Wesen und die Wertung des Bischofsamtes, eine beide Teile befriedigende Formulierung gefunden:

Es ist wahr, daß die Kirche früh schon die persönliche Ausübung der Aufsicht (Episkope) in jedem Gebiet *einem* Bischof anvertraut hat. Diese Ordnung bestand viele Jahrhunderte lang überall auf der Welt und ist auch heute noch die angenommene Form bei der Mehrzahl der Christen. Wir sind nicht der Meinung, daß sie wesentlich ist für die Existenz der Kirche oder für das Predigtamt und die Sakramente oder daß sich Gott gebunden hat, durch sie mehr Segen, Autorität oder Gnade zu gewähren als durch andere Formen des Amtes der Kirche. Sie kann schwer mißbraucht werden und wurde es auch, wie jede Gabe Gottes mißbraucht werden kann. Aber wir sehen in ihr den Wert, daß sie durch eine Person die Aufsicht zum Ausdruck bringt, die ein lebenswichtiger Teil des Seelsorgeamtes in der Kirche ist. Jedoch sollte das Vorhandensein oder Fehlen des Bischofsamtes nicht schon an sich das Verhältnis von einer Kirche zur anderen bestimmen.

Die seit 1948 bestehende Theologische Kommission hat mit dieser Erklärung ihre Arbeit als abgeschlossen angesehen und ihr bereits früher abgegebenes Urteil wiederholt, „nach dem die Übereinstimmung in der Lehre zwischen den beiden Gruppen so groß ist, daß sie ein engeres Verhältnis zwischen den Kirchen, als es zur Zeit besteht, nahelegt. Wir drängen daher in allem Ernst die Kirchen zu dem Entschluß, ein solches engeres Verhältnis zu praktizieren“. Eine zwischenkirchliche Kommission solle zu diesem Zweck sich um eine Herstellung der Kanzel- und Altargemeinschaft bemühen, einen gemeinsamen Katechismus vorbereiten, regionale Studienkonferenzen organisieren und eine Verfassung entwerfen, die auf der Grundlage des von der gemeinsamen Theologischen Kommission Erarbeiteten eine Lehrerklärung enthält.

Die Verhandlungen über die Bildung einer Vereinigten Kirche in *Nordindien und Pakistan*, die kurz vor dem Abschluß zu stehen schienen, sind durch den Beschluß der Baptistenunion von Pakistan im Frühjahr 1960, sich aus theolo-

gischen Gründen, vor allem in der Frage der Erwachsenentaufe, an den Unionsgesprächen nicht mehr zu beteiligen, erneut aufgehalten worden. Die Lambeth-Konferenz hatte 1958 einige Modifizierungen des Unionsplanes gewünscht, doch war dem Unionsausschuß im Dezember 1959 eine Revision des Entwurfs gelungen, die sowohl die Anglikaner wie auch die anderen beteiligten Kirchen zufriedenzustellen schien.

In *Japan*, wo vom 1. bis 8. November 1959 mit vielen Gästen aus der Ökumene, darunter Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft, das 100jährige Bestehen des Protestantismus festlich begangen wurde, steht die Vereinigung der 11 lutherischen Kirchen des Landes in greifbarer Nähe.

In *Korea* hingegen ist es in der Presbyterianischen Kirche zu einem Bruch mit dem fundamentalistisch und antiökumenisch orientierten Flügel gekommen, der nur vorübergehend überbrückt werden konnte. Um ihre innere Einheit zu bewahren, hat die 550 000 Mitglieder zählende Kirche im Frühjahr 1960 ihren Austritt aus dem ÖRDK erklärt.

Zu den in gutem Fortgang begriffenen Unionsverhandlungen auf *Madagaskar* im Oktober 1959 entsandte der Arbeitsausschuß der „Kommission für Glauben und Kirchenverfassung“ erstmalig zwei Vertreter, die in beobachtender und beratender Eigenschaft an den Sitzungen teilnahmen.

Die 1957 in den *USA* aus der „Evangelischen und Reformierten Kirche“ und den „Kongregationalistischen Christlichen Kirchen“ entstandene „Vereinigte Kirche Christi“ gab sich im Jahre 1959 durch ihre Generalsynode in Oberlin (Ohio) eine Verfassung, die jedoch noch der Ratifizierung durch die zuständigen Gremien der beteiligten Kirchen bedarf.

Die gleiche Generalsynode nahm eine „Glaubenserklärung“ an, die im Blick auf die weiteren Unionsbemühungen der „Vereinigten Kirche Christi“ besondere Beachtung verdient und darum nachstehend im Wortlaut wiedergegeben sei:

Wir glauben an Gott, den ewigen Geist, Vater unseres Herrn Jesus Christus und unsern Vater, und bezeugen seine Taten:

Er ruft die Welten ins Dasein, er schafft den Menschen nach seinem eigenen Bild und legt ihm vor die Wege zum Leben und zum Tode.

In heiliger Liebe strebt er danach, alle Menschen aus Ziellosigkeit und Sünde herauszuretten.

Er richtet Menschen und Völker nach seinem gerechten Willen, den er durch Propheten und Apostel verkündet hat.

In Jesus Christus, dem Mann von Nazareth, unserem gekreuzigten und auferstandenen Herrn, ist er zu uns gekommen und hat unser gemeinsames Los auf sich genommen, indem er Sünde und Tod überwindet und die Welt mit sich selbst versöhnt.

Er verleiht uns seinen Heiligen Geist, der die Kirche Jesu Christi erschafft und erneuert, der glaubende Menschen aller Zeiten, Sprachen und Rassen in einem Bund zusammenschließt.

Er ruft uns in seine Kirche, damit wir die Kosten und die Freude der Nachfolge auf uns nehmen, damit wir seine Diener sind im Dienst an den Menschen, damit wir das Evangelium aller Welt verkündigen und den Mächten des Bösen widerstehen, damit wir an Christi Taufe teilhaben und an seinem Tisch essen, damit wir in seinem Leiden und Sieg mit ihm verbunden sind.

Er verspricht allen, die ihm vertrauen, Vergebung der Sünden und Fülle der Gnade,

Mut im Kampf um Gerechtigkeit und Frieden, seine Gegenwart in Anfechtung und Freude und ewiges Leben in seinem Königreich, das ohne Ende ist.

Ihm sei Lob und Ehre, Ruhm und Macht! Amen.

Der Unionsplan, der den Gesprächen zwischen der *Kirche von England* und der presbyterianischen *Kirche von Schottland* zugrunde lag und einer Vereinheitlichung der Ämter dieser beiden Kirchen dienen sollte, wurde von 39 der 62 Presbyterien der Kirche von Schottland abgelehnt. Daraufhin hat die Generalversammlung der Kirche von Schottland mit 300 gegen 266 Stimmen gegen die Fortführung der Unionsgespräche mit den Anglikanern unter den bisherigen Voraussetzungen Stellung genommen, da diese auf eine „Verleugnung der Katholizität der Kirche von Schottland und der Gültigkeit ihres geistlichen Amtes innerhalb der katholischen Kirche“ hinausliefen. Die Unionsgespräche zwischen den Anglikanern und Methodisten haben hingegen keine Unterbrechung erfahren.

Auch die Freikirchen in Großbritannien zeigen sich untereinander an einem Glaubensgespräch interessiert. Der Exekutivausschuß des Rates der britischen Freikirchen, dem die Baptisten, Kongregationalisten, Methodisten und Presbyterianer angehören, beschloß im vergangenen Jahre die Berufung einer gemeinsamen Kommission, die im Laufe von zwei bis drei Jahren vordringliche theologische und ekklesiologische Fragen wie das Wesen der Kirche, das geistliche Amt und die Taufe im Blick auf eine spätere organische Einheit der beteiligten Kirchen klären soll.

Die vorgenannten Beispiele aus Unionsverhandlungen des letzten Jahres bestätigen, daß durch die ökumenische Bewegung die erstarrten Fronten der herkömmlichen Konfessionen und Denominationen vielfach aufgelockert sind; sie lassen aber auch erkennen, wie viele Hindernisse es im Einzelfall zu überwinden und wieviel Geduld es dabei aufzubringen gilt, ja, auch wie viele Rückschläge je und dann in Kauf genommen werden müssen. Von daher erklärt sich das oben dargelegte Bestreben der „Kommission für Glauben und Kirchenverfassung“, bei Unionsverhandlungen unbeschadet der Eigenverantwortlichkeit der beteiligten Kirchen beratend und helfend mitzuwirken.

## 9. ÖKUMENE ZU HAUSE

Die deutsche Mitarbeit im ÖRdK hat sich auch im Berichtsjahr stetig und gedeihlich weiterentwickelt. Einigen Neuberufungen in ökumenische Ausschüsse und Studienkommissionen steht freilich der schwere Ausfall gegenüber, den der unerwartete Heimgang von Prof. Walter Freytag verursacht hat. War doch gerade er als Vorsitzender des Ausschusses der Studienabteilung und Mitglied des Verbindungsausschusses des ÖRdK und des IMR in kaum zu ersetzenden Schlüsselstellungen tätig. Ebenso reißt auch die Berufung des bisherigen Beigeordneten Direktors der Studienabteilung, Dr. Hans Heinrich Harms, als Hauptpastor nach Hamburg zum 1. April 1960 im Blick auf die Vertretung der deutschen Kirchen im Genfer Arbeitsstab vorerst eine fühlbare Lücke. Nach dem Stand



vom 1. 4. 1960 ergibt die deutsche Mitgliedschaft in Organen des ÖRdK folgendes Bild:

*Präsident:* Bischof D. Otto Dibelius, Berlin.

*Exekutivausschuß:* Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden.

*Zentralausschuß:* Landesbischof D. Martin Erdmann, Wolfenbüttel; Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Moderator Prof. D. Wilhelm Niesel, Schöller b. Dornap (Rh.); Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden; Kirchentagspräsident D. Reinold von Thadden-Trieglaff, Fulda.

*Kommission für Glauben und Kirchenverfassung:* Generalsuperintendent D. Günther Jacob, Cottbus; Prof. D. Ernst Kinder, Münster; Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover; Moderator Prof. D. Wilhelm Niesel, Schöller b. Dornap (Rh.); Dr. Heinz Renke-witz, Arnoldshain; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg; Pfarrer Dr. Jürgen Winterhager, Berlin.

*Studienabteilung:* Arbeitsausschuß der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung: Generalsuperintendent D. Günther Jacob, Cottbus; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg.

Theologische Kommissionen von „Glauben und Kirchenverfassung“: Christus und die Kirche: Prof. D. Walter Kreck, Bonn; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg. Gottesdienst: Prof. D. Wilhelm Hahn, Heidelberg; Prof. D. Hermann Schlingensiepen, Wuppertal-Barmen; Prof. Dr. Claus Westermann, Heidelberg. Tradition und Traditionen: Prof. D. Gerhard Ebeling, Zürich; Prof. D. Johannes Schneider, Berlin. Institutionalismus: Dr. Hans Dombois, Heidelberg; Prof. D. H.-H. Schrey, Berlin.

Arbeitsausschuß des Referates für Kirche und Gesellschaft: Prof. D. Heinz-Dietrich Wendland, Münster. Arbeitsausschuß des Referates für Evangelisation: Präses Dr. Lothar Kreyßig, Magdeburg. Arbeitsausschuß des Referates für Missionarische Studien: Prof. D. H. W. Gensichen, Heidelberg; Prof. D. Georg Vicedom, Neuendettelsau. Ökumenischer Studienausschuß: Prof. D. H. W. Gensichen, Heidelberg; Dr. Heinz Renke-witz, Arnoldshain.

*Ausschüsse der Abteilung für Ökumenische Aktivität:* Arbeitsausschuß für das Jugendreferat: Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden. Arbeitsausschuß für das Laienreferat: Dr. Hans-Hermann Walz, Fulda, stellv. Vorsitzender; OKR Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Frankfurt a. M. Kuratorium des Ökumenischen Instituts: Präsident D. Adolf Wischmann, Frankfurt a. M. Arbeitsausschuß der Kommission für Zusammenarbeit von Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft: OKR Dr. Hans Thimme, Bielefeld. Ausschuß der Abteilung für Ökumenische Aktivität: Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden; Kirchentagspräsident D. Reinold von Thadden-Trieglaff, Fulda.

*Sonstige Kommissionen:* Verwaltungsausschuß der Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst: Kirchenrat Dr. h. c. Christian Berg, Berlin. Ausschuß des Informationsreferates: Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover. Finanzausschuß des Zentralausschusses: Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden. Programm- und Finanzausschuß: OKR Dr. Hanfried Krüger, Frankfurt am Main. Kuratorium der Ökumenischen Hochschule: Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg. Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten: Dr. Dr. Gustav Heinemann, Essen; Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bonn. Kommission für Religionsfreiheit: Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bonn. Proselytismusausschuß: Prof. D. Ernst Kinder, Münster; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden.

*Mitarbeiter des Ökumenischen Rates:* Direktor des Ökumenischen Instituts und Dekan der Ökumenischen Hochschule Bossey: Prof. Dr. Hans Heinrich Wolf.

Über die Verbindungen zur ÖRdK hinaus hat sich die EKD auch weiterhin um unmittelbare Zusammenarbeit mit anderen Kirchen bemüht. Das gilt zunächst

einmal von den Konventen (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 365 ff.). Außer der schon im letzten Jahrbuch erwähnten Tagung des *Nordisch-Deutschen Kirchenkonvents* vom 27. 4. bis 1. 5. 1959 in Meißen (Sachsen) über die Taufe fand Ende September eine weitere Zusammenkunft in Järvenpää (Finnland) statt, die unter dem Thema „Die Jugend und die Kirche“ stand. Von den 50 bis 60 Teilnehmern kamen 15 aus der DDR.

Der gleichfalls schon erwähnten Frühjahrstagung des *Deutsch-Französischen Bruderrates* in Tutzing vom 3. bis 6. 4. 1959 über Fragen christlicher Ethik in einer säkularisierten Welt folgte eine zweitägige Sitzung Anfang November in Speyer, die vor allem der Vorbereitung eines größeren Treffens im Mai 1960 in Sète (Südfrankreich) galt, das die Laien zur lebendigen Gliedschaft in der Kirchengemeinde aufrufen soll.

Von der Stärkung des ökumenischen Bewußtseins in Landeskirchen und Gemeinden zeugten auch 1959 die fast unübersehbar gewordenen Besuchsreisen. Nur einige der wichtigsten Kontakte dieser Art seien hier vermerkt. An der von zahlreichen Gästen aus der Ökumene besuchten 400-Jahr-Feier der Reformierten Kirche Frankreichs Ende Mai nahmen deutscherseits Bischof D. Dibelius, Landesbischof D. Lilje, Landesbischof D. Bender, Prof. Niesel und Kirchenrat Wehr teil. Vom 14. bis 20. Oktober statteten Präses D. Wilm, Präses D. Beckmann, Generalsuperintendent D. Jacob, die Oberkirchenräte Kloppenburg und Stöver sowie Prof. Wolfgang Schweitzer den Kirchen der Tschechoslowakei einen Besuch ab, aus dem sich ein noch stärkerer kirchlicher und theologischer Austausch ergeben soll. Auf den Einführungsfeierlichkeiten für den neuen Bischof der lutherischen Kirche in Polen, Dr. Wantula, am 1. November in Warschau war die EKD durch Landesbischof D. Mitzenheim und Oberkirchenrat Krüger (Kirchliches Außenamt) vertreten. Letzterer war Ende November zwei Wochen Gast der lutherischen Kirche in Ungarn und konnte bei dieser Gelegenheit auch in einer der noch bestehenden deutschsprachigen Gemeinden südlich des Plattensees predigen.

Insbesondere aber in den Beziehungen zur Russischen Orthodoxen Kirche stellt das Jahr 1959 einen Markstein dar. Führende Kirchenmänner aus der DDR – Landesbischof D. Noth (Dresden), Bischof D. Jänicke (Magdeburg), Landesbischof D. Mitzenheim (Eisenach), Kirchenpräsident Schröter (Dessau) und Oberkirchenrat Lotz (Eisenach) – folgten Anfang September einer Einladung des Moskauer Patriarchats zu einem zweiwöchigen Besuch in der Sowjetunion. Umgekehrt erwiderte das Moskauer Patriarchat auf Einladung des Kirchlichen Außenamtes der EKD vom 16. Oktober bis 6. November den Besuch, den deutsche Kirchenvertreter der Russischen Orthodoxen Kirche im Frühjahr 1958 abgestattet hatten (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 367).

Die russische Delegation bestand aus dem Bischof für Berlin und ganz Deutschland, Johann, und Abt Alexander sowie den Professoren der Geistlichen Akademie in Leningrad bzw. Moskau, Uspenskij und Talysin. Die Reise führte durch die westdeutschen Landeskirchen, wobei sich die Gäste besonders durch die diakonische Arbeit der EKD beeindruckt zeigten, und fand ihren Höhepunkt in einem dreitägigen theologischen Gespräch in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, über dessen Ergebnisse die nachstehende Verlautbarung herausgegeben wurde:

des theologischen Gesprächs zwischen Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 27. bis 29. Oktober 1959 in der Akademie der Evangelischen Landeskirche von Hessen und Nassau.

Gesprächsteilnehmer waren: a) von russisch-orthodoxer Seite: Bischof *Johann* von Berlin, Professor Dr. *Nikolaj D. Uspenskij*, Leningrad, Dozent *Wladimir I. Talysin*, Moskau; b) von evangelischer Seite: Der Präsident des Kirchlichen Außenamtes der EKD, D. A. *Wischmann* (begleitet von seinen Mitarbeitern: Vizepräsident G. *Stratenwerth*, Oberkirchenrat Dr. H. *Krüger*, Dr. Hildegard *Schaeder*), Landesbischof D. *Dietzfelbinger*, München, die Professoren D. *Iwand*, Bonn, Dr. *Kretschmar*, Hamburg, D. Dr. *Schlink*, Heidelberg, D. *Vogel*, Berlin.

Den Gesprächsgegenstand bildeten zwei Themen: 1. Das Problem der Tradition; 2. Die Rechtfertigung aus Glauben.

Zu jedem Thema wurden drei Referate gehalten:

1. a) Prof. *Kretschmar*: „Die altkirchliche Tradition in der evangelischen Kirche“; b) Dozent *Talysin*: „Die kirchliche Überlieferung“; c) Prof. *Schlink*: „Thesen für ein Gespräch zwischen orthodoxen und evangelischen Theologen über das Problem der Tradition“.

2. a) Prof. *Vogel*: „Wann sind gute Werke gut?“; b) Prof. *Iwand*: „Rechtfertigungslehre; Glaube und Werke“; c) Prof. *Uspenskij*: „Die Rettung durch Glauben“.

Zusammenfassung des Gesprächs: Das Ziel des theologischen Gesprächs bestand darin, die verschiedenen Standpunkte nach ihrer Gemeinsamkeit und nach ihrer Unterschiedlichkeit kennen- und verstehen zu lernen. Es handelte sich um eine erste Begegnung, bei der die Grundlagen und die Richtung für eine weitere gemeinsame theologische Arbeit geklärt werden sollten. Das Ergebnis des Gesprächs über die beiden Themen kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. *Das Problem der Tradition.* Eine weitgehende Übereinstimmung ließ sich in folgenden Punkten feststellen:

a) In der Theologie beider Kirchen hat die Tradition eine große Bedeutung, und damit erweist sich der Gegensatz zwischen dem orthodoxen Prinzip „Hl. Schrift und Hl. Tradition“ und dem evangelischen Prinzip „allein die Hl. Schrift“ als unzutreffend.

b) Beide Kirchen erkennen eine Quelle der Rettung an: die Offenbarung Jesu Christi, die durch die Apostel den Menschen gegeben ist durch mündliche Predigt und Schriften.

c) Die Tradition darf niemals im Widerspruch zum Zeugnis der Schrift stehen. Ihre Übereinstimmung mit der Schrift ist das wesentliche Kriterium ihrer Echtheit.

d) Die Kirche soll zu allen Zeiten alles, was sie von den Aposteln empfangen hat, hören, bewahren und verkündigen.

e) Der Wille der Kirche und das Handeln der Kirche sollen in Übereinstimmung stehen mit allem von den Aposteln Empfangenen. Darum ist es notwendig, einen Unterschied zu machen zwischen dem von den Aposteln Überlieferten und dem von der Kirche selbst Festgesetzten.

Keine volle Übereinstimmung besteht in folgenden Punkten:

a) Bei der theologischen Bestimmung des Begriffs „Tradition“ sind Unterschiede in der Terminologie festzustellen.

b) Offen blieb die Frage, wie nach der Fixierung des neutestamentlichen Kanons Umfang und Authentizität der mündlichen apostolischen Überlieferung festzustellen sind.

c) Ebenso blieb die Frage unbeantwortet, in welcher Weise die Kontinuität der reinen apostolischen Überlieferung in der Kirche zu verstehen ist.

d) Offen blieb die Frage, welche Bedeutung dem Kriterium des Alters neben dem

Kriterium der Wahrheit bei der Bewertung und Abgrenzung des von den Aposteln Überlieferten und des von der Kirche Festgesetzten zukommt.

2. *Die Rechtfertigung aus Glauben.* Eine Übereinstimmung ließ sich in folgenden Punkten feststellen:

a) Wir empfangen die Rechtfertigung durch die Gnade im Glauben an die Erlösung durch den Herrn Jesus Christus.

b) Eine Rechtfertigung auf Grund von guten Werken gibt es nicht.

c) Damit wird das Mißverständnis ausgeschlossen, daß in der orthodoxen Theologie die guten Werke eine Vorbedingung für die Rechtfertigung sind, bzw. daß in der evangelischen Theologie die neutestamentliche Lehre vom Gericht nach den Werken abgelehnt wird.

d) Das reformatorische Erlebnis der Rechtfertigung aus Glauben findet eine weitgehende Entsprechung in der orthodoxen Liturgie und Aszetik.

Eine weitere Bearbeitung erfordern die folgenden Punkte:

a) Die Terminologie der Rechtfertigungslehre.

b) Das Problem der Einheit zwischen der objektiven Seite der Erlösung und der subjektiven Beteiligung des Menschen. (Die Frage der christlichen Aszetik.)

c) Die Frage nach dem Verhältnis der Predigt von der Erlösung zu den Sakramenten.

3. *Zur Fortführung des Gesprächs.* Die Gesprächsteilnehmer beschließen, die Referate und das Protokoll des Gesprächs den jeweiligen Kirchenleitungen zu einer ihnen geeignet erscheinenden weiteren Verwendung zu übergeben. Außerdem stimmen die Gesprächsteilnehmer überein, daß dieses erste Gespräch eine Fortsetzung in umfassenderem Kreise erfahren soll, um in der angefangenen Richtung gemeinsam weiterzuarbeiten auf dem Grunde der tiefen christlichen und der prinzipiellen theologischen Verbundenheit, die bereits in diesem Gespräch hervortrat.

Der abschließende Empfang durch den Rat der EKD am 5. November in Frankfurt am Main ließ hervortreten, wie sehr gerade dieser Besuch mit seinen theologischen Gesprächen zu einem besseren Kennenlernen und Verstehen zwischen den Kirchen beigetragen hat.

Am Rande sei vermerkt, daß im Juni/Juli 1959 auch eine Delegation der deutschen Alt-Katholiken mehrere Wochen in der Sowjetunion weilte. Darüber hinaus stellte die Alt-Katholische Kirche Deutschlands auch zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel durch einen Besuch von Prof. Küppers (Bonn) im Herbst 1959 engere Beziehungen her.

Ein gewichtiges Ereignis in der innerdeutschen Ökumene bildete die von den deutschen Landes- und Freikirchen gemeinsam getragene Aktion „Brot für die Welt“, die durch einen von Bischof D. Dibelius und Bischof Dr. Wunderlich unterzeichneten Aufruf eingeleitet wurde (siehe oben, S. 139). Das Sammelergebnis erbrachte bis zum Frühjahr 1960 den erfreulichen Betrag von 17,5 Millionen DM.

Die *Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland* hat während des Jahres 1959 ihre Arbeit über das Gemeindeverständnis fortgesetzt (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 370f.). Kirchenpräsident D. Niemöller wurde auf der Sitzung vom 17. April für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt. Außer ihm ist die EKD noch durch Landessuperintendent Udo Smidt (Detmold), Oberkirchenrat Riedel (München), Prälat Kunst (Bonn) und Prof. Michel (Tübingen) in der Arbeitsgemeinschaft vertreten. Der *Deutsche Ökumenische Studienausschuß*



wählte an Stelle des verstorbenen Prof. Freytag den alt-katholischen Theologieprofessor Küppers (Bonn) zum stellv. Vorsitzenden. Der Deutsche Ökumenische Studienausschuß beschäftigte sich ebenso wie ein großer Teil der von ihm betreuten Arbeitskreise mit den Vorbereitungsdokumenten für Neu-Delhi und dem Memorandum über „Die Zukunft von Glauben und Kirchenverfassung“ (siehe S. 288 f.).

Ein erfreulicher Fortschritt ist in der Ausbreitung der *ökumenischen Gebetswoche zu verzeichnen*. Für die im Januar 1960 angesetzte Gebetswoche wurden durch die Ökumenische Centrale in Frankfurt am Main mehr als 12 000 Handreichungen an die Gemeinden verschickt (gegenüber 2850 im Vorjahr). Dazu mag beigetragen haben, daß der Text der Handreichung diesmal auf Grund eines Entwurfes von Bischof i. R. Wilhelm Stählin durch die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen erarbeitet war und daher den Gemeinden mehr zusagte als die angelsächsisch geprägten Vorlagen der früheren Jahre. Allerdings wirkt sich die Nähe zur Allianzgebetswoche nach wie vor äußerst hinderlich aus. Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen hat daher mit der Leitung der Evangelischen Allianz Verhandlungen aufgenommen, die zunächst eine Zusammenlegung beider Gebetswochen zum Ziele hatten. Da aber die Verschiedenartigkeit der Gebetsanliegen wie auch der beteiligten Kreise dieses vorläufig noch nicht ermöglicht und die Allianz auch nicht von ihrem althergebrachten Termin in der ersten Januarwoche abzugehen vermag, wird die Arbeitsgemeinschaft vermutlich den ihr angeschlossenen Kirchen die Verlegung der ökumenischen Gebetswoche auf die Woche vor Pfingsten empfehlen, in der sie übrigens schon ihren ursprünglichen Platz von 1920 bis 1941 gehabt hat.

Mehr noch als in früheren Jahren stand der *Kirchentag* in München vom 12. bis 16. August 1959 im Schnittpunkt ökumenischer Begegnungen, für die ein eigenes „Ökumenisches Zentrum“ errichtet war. Zu den Hauptsprechern zählten unter anderen Erzbischof Kiivit (Estland), einer der leitenden Männer der „Konferenz Europäischer Kirchen“, und U Kyaw Than (Burma), Verwaltungsekretär der „Christlichen Ostasienkonferenz“ (siehe S. 319 ff.). Im Jugendgottesdienst sprach der Exekutivsekretär des Jugendreferates des ÖRdK, Pfarrer Philip Potter (Haiti); die Predigt hielt Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft.

Einen ökumenischen Rahmen erhielt durch die Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem Ausland, darunter der russisch-orthodoxen Delegation (siehe S. 332 ff.), auch die am 30. Oktober 1959 erfolgte Wiedereinweihung der Dreifaltigkeitskirche in Worms, die mit Hilfe vieler Spenden aus der Ökumene ermöglicht worden war.

Ein nachahmenswertes Beispiel der „Ökumene auf Ortsebene“ bot die von landes- und freikirchlichen Gemeinden im November 1959 veranstaltete „Ökumenische Woche“ in Gladbeck, die neben Vorträgen, Gottesdiensten usw. auch eine Bildausstellung über die Kirchen in der Welt in ihr Programm aufgenommen hatte. Auf derselben Linie lag die Gründung einer „Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Nordhessen“, die gleichfalls im November von landes- und freikirchlichen Delegierten in Kassel beschlossen wurde.

Schließlich soll das weite Echo nicht unerwähnt bleiben, das die Ankündigung des „Ökumenischen Konzils“ durch Papst Johannes XXIII. (siehe S. 309 f.) gerade in deutschen ökumenischen Kreisen ausgelöst hat und in zahlreichen Publi-

kationen sowie auf Tagungen seinen Niederschlag fand, unter denen das 4. Evangelisch-Katholische Publizistentreffen Ende Juni 1959 in Maria Laach besonders hervorzuheben ist.

## 10. VON PERSONEN

Neben den bereits berichteten Verlusten, die die ökumenische Bewegung durch den Heimgang von Bischof *Eivind Berggrav* († 14. 1. 1959) und Erzbischof *Yngve Brilioth* († 27. 4. 1959) getroffen haben, wog der plötzliche Tod von Prof. *Walter Freytag* am 24. 10. 1959 besonders schwer. Noch anlässlich seines 60. Geburtstages am 28. 5. 1959 hatten führende ökumenische und missionarische Kreise des In- und Auslandes dem Verstorbenen ihre Verehrung und Dankbarkeit zum Ausdruck bringen und in einer großangelegten Festschrift mit dem Titel „Basileia“ (Ev. Missionsverlag, Stuttgart 1959) seine Verdienste würdigen können. In Prof. Freytag verkörperte sich in einzigartiger Weise die innere Zusammengehörigkeit von Sendung und Einheit der Kirche, die sein Lebenswerk bestimmte und ihm daher angesichts der bevorstehenden Integration von ÖRdK und IMR einen besonders wichtigen Platz in der ökumenischen Bewegung unserer Tage zuwies.

Eng mit der ökumenischen Bewegung, und zwar insbesondere auf sozialem Gebiet, verbunden war auch *John Edwards*, englischer Labourabgeordneter, führender anglikanischer Laie und Präsident des Europarates, der am 22. 11. 1959 im Alter von 55 Jahren gestorben ist. Edwards war auch Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Christlicher Verantwortung für europäische Zusammenarbeit“ (vgl. Kirchl. Jahrb. 1958, S. 349 f.).

Mit Prof. Dr. *Hans Koch*, Direktor des Osteuropa-Instituts in München, der am 9. 4. 1959 im Alter von 64 Jahren starb, ist ein hervorragender Kenner der osteuropäischen Kirchen dahingegangen. Die Prager „Christliche Friedenskonferenz“ und der „Ökumenische Rat der Kirchen in der Tschechoslowakei“ verloren, wie oben schon vermerkt, ihren Sekretär Dr. *Bohuslav Pospíšil* (Prag), der am 14. 10. 1959 im Alter von 54 Jahren verstarb.

In das Jahr 1959 fielen auch eine Anzahl persönlicher Jubiläen führender ökumenischer Mitarbeiter: Prof. *John A. Mackay*, langjähriger Präsident des IMR und des Reformierten Weltbundes, vollendete am 8. 5. 1959 das 70. Lebensjahr. Auch der Dekan der Comenius-Fakultät in Prag, Prof. *Josef L. Hromadka*, Mitglied des Exekutivausschusses des ÖRdK, beging am 8. 6. 1959 seinen 70. Geburtstag. Sechzig Jahre wurden am 11. 7. 1959 Prof. *Hans-Joachim Iwand*, der sich in den letzten Jahren intensiv um die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Kirchen bemühte, am 23. 7. 1959 Dr. Dr. *Gustav Heinemann*, deutsches Mitglied der „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“, und am 20. 8. 1959 Landesbischof D. *Hanns Lilje*, Mitglied des Zentralausschusses des ÖRdK und früherer Präsident des Lutherischen Weltbundes. Bischof D. *Ernst Hornig*, der Verfasser des Buches „Der Weg der Weltchristenheit“, wurde am 25. 8. 1959 65 Jahre alt.

In den leitenden Gremien des ÖRdK wie der Weltbünde sind im Laufe des Jahres 1959 einige Änderungen zu verzeichnen, auf die zum Teil an anderer

Stelle bereits hingewiesen ist: Erzbischof *Jakovos*, das Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Erzdiözese von Nord- und Südamerika, wurde vom Zentralausschuß als Nachfolger des 1958 verstorbenen Erzbischofs Michael in das Präsidium des ÖRdK gewählt. In den Exekutivausschuß des ÖRdK wurde an Stelle des 1959 verstorbenen Erzbischofs Yngve Brilioth der schwedische Erzbischof *Gunnar Hultgren* berufen. Die Heilige Synode des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel hat die Ernennung von Archimandrit *Emilian Timiadis* zum ständigen Vertreter des Patriarchats beim Genfer Generalsekretariat des ÖRdK – in der Nachfolge von Erzbischof *Jakovos* – offiziell bestätigt. Prof. *Henri d'Espine* übernahm den stellvertretenden Vorsitz in der „Kommission für Glauben und Kirchenverfassung“, den Bischof *Lesslie Newbigin* wegen seiner Ämter im IMR niedergelegt hatte. Dr. *Hans-Heinrich Harms*, Beigeordneter Direktor der Studienabteilung des ÖRdK, nahm zum 1. 4. 1960 einen Ruf nach Hamburg als Hauptpastor an St. Michaelis an. Dr. *Ralph W. Lloyd* (USA) folgte Prof. *John A. Mackay* im Vorsitz des Reformierten Weltbundes. Der Lutherische Weltbund berief Pastor *Kurt Schmidt-Clausen* (Wunstorf/Han.) zum stellvertretenden Generalsekretär nach Genf.

# Kirchliche Statistik

## I. Hundert Jahre statistische Arbeit in der evangelischen Kirche

Von Annemarie Burger

Seit rund hundert Jahren gibt es statistische Arbeit im Bereich der deutschen evangelischen Kirchen, und doch sind die Ansichten darüber, ob eine solche Arbeit zulässig, ein notwendiges Übel oder gar wichtig und wertvoll sei, keineswegs einheitlich. Die Begriffe Kirche und Statistik scheinen zunächst wenig miteinander zu tun zu haben. Manche treue Kirchenglieder, Theologen und Laien, halten sie überhaupt für unvereinbar und lehnen daher die statistische Arbeit im kirchlichen Bereich ab. Diese Ablehnung wird zwar gern theologisch auf den Bericht von der Volkszählung des Königs David begründet, wahrscheinlich hat sie jedoch ihre Wurzel in dem weitverbreiteten Mißtrauen gegenüber der statistischen Methode als solcher. Die Statistik gilt als Pseudowissenschaft, sie vernachlässige das Menschliche und fördere die Mechanisierung, indem sie alles in Zahlen ausdrücke. Mit Statistik lasse sich alles beweisen, ja, sie sei eine besondere Form der Lüge.

Über das Wesen der modernen Statistik gibt es eine Reihe von Definitionen. Sie möge hier ganz einfach als eine Methode angesehen werden, ein Hilfsmittel, das in den verschiedensten Wissenschaften und Bereichen angewendet werden kann. Bloßes Zusammenzählen ist keine Statistik, es muß sich um eine systematische Massenbeobachtung handeln. Jedoch ist die vollständige und systematische Beobachtung von Tatbeständen, die sich nur beschreiben lassen, ebenfalls keine Statistik. Die Ergebnisse müssen in Zahl oder Maß darstellbar sein. Zweck ist die Aufdeckung charakteristischer Erscheinungen, wenn möglich gewisser ursächlicher Zusammenhänge. Nicht immer ist dieser Zweck erreichbar. Die behördliche Statistik muß sich vielfach auf die Feststellung von Tatsachen beschränken, die den planenden und leitenden Organen als Arbeitsunterlage dienen. Ähnliches gilt auch für die statistische Arbeit in der Kirche.

Die Statistik ist eine verhältnismäßig junge Erscheinung. Im 17. Jahrhundert entstand die Lehre von den Staatsmerkwürdigkeiten. Dieser Ausdruck muß richtig verstanden werden im wörtlichen Sinne: nicht das Außergewöhnliche, nicht das Sonderbare, sondern das, was des Merkens würdig war, die bleibenden, wichtigen und typischen Merkmale und Eigenarten eines Staatswesens sollten erforscht, gesammelt und in geeigneter Form festgehalten werden. Die Bezeichnung „Statistik“ bedeutet Lehre vom Status und wird zurückgeführt auf den Göttinger Professor Achenwall, der im 18. Jahrhundert über „notitia politica vulgo statistica“ Kolleg las.

Diese Richtung, die sogenannte „Universitätsstatistik“, befaßte sich zunächst mit der Beschreibung von Zuständen. Schlözer prägte das Wort, Statistik sei stillstehende Geschichte, Geschichte sei fortlaufende Statistik. Erst allmählich



ging man dazu über, Zustände und Tatsachen in Zahlen zu ermitteln und diese Zahlen in Form von Tabellen darzustellen. Die sogenannten „Tabellenknechte“ wurden von den Universitätsstatistikern zuerst verspottet, setzten sich jedoch später auf der ganzen Linie durch.

Neben der Universitätsstatistik gilt als weitere Wurzel der modernen Statistik die „Politische Arithmetik“. Diese Lehre ging von Zahlen aus, die zu systematischen Berechnungen verwendet wurden. So wurden zum Beispiel Geburts- und Sterbelisten (Kirchenbücher) bearbeitet. Der Engländer Graunt erstellte im 17. Jahrhundert die ersten Sterbetafeln, die auf Grund der bisherigen Verhältnisse Erkenntnisse über die voraussichtliche Lebenserwartung der Bevölkerung vermittelten. Der bedeutendste Vertreter der Politischen Arithmetik in Deutschland war Johann Peter Süßmilch, ein Feldprediger Friedrichs des Großen. Im Jahr 1741 erschienen seine „Betrachtungen über die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen“. Süßmilch stellte richtig fest, daß jeweils 21 Söhne auf 20 Töchter geboren würden – man rechnet heute mit einer normalen Beziehung von 106 männlichen auf 100 weibliche Geborene –, daß die Lebensdauer der einzelnen Altersklassen und der Stadt- und Landbewohner nicht zufällige, sondern bestimmte, regelmäßige Unterschiede aufweise. Seine Ziele waren nicht bevölkerungspolitischer oder naturwissenschaftlicher, sondern theologischer Art. Durch den Nachweis des gesetzmäßigen Verlaufs natürlicher Vorgänge wollte Süßmilch zu einem Gottesbeweis kommen, indem er zeigte, daß es einen göttlichen Lenker der Geschehnisse geben müsse, der die gesetzmäßigen Ordnungen aufgestellt habe.

Obwohl nun Theologen unter den Vätern der Statistik waren und man sowohl die Verwendung kirchlicher Unterlagen als auch die Nutzenanwendung der statistischen Methode für theologische Zwecke vom Ursprung an kannte, setzte sich die Statistik in der evangelischen Kirche viel später durch als im Staate. Daß man von dem zeitgebundenen aufklärerischen Versuch eines Gottesbeweises abkam, ist verständlich. Man berücksichtigte jedoch offenbar auch nicht, daß es für eine kirchliche Verwaltung, die doch der weltlichen Verwaltung ähnlich ausgestaltet war, wertvoll sein könnte, zähl- und meßbare Tatbestände und Entwicklungen zu beobachten. Mit dem langsamen Vordringen der statistischen Arbeit im Bereich der Kirche hängt es auch zusammen, daß sich die moderneren Verfahren nur allmählich durchsetzen, so daß manchmal der Eindruck entsteht, als stünde ein Teil der kirchlichen Statistik noch heute auf dem Boden der Universitätsstatistik. Die mathematische Statistik und das Stichprobenverfahren, die in der amtlichen Statistik bereits einen breiten Raum einnehmen, haben sich in der kirchlichen Statistik noch kaum durchgesetzt. Das ist nicht unbedingt bedauerlich, denn es gibt noch genügend Tatbestände im kirchlichen Bereich zu erforschen, ohne daß allzu komplizierte Methoden angewendet werden müssen. Auf dem Feld der sogenannten Meinungsforschung, die ebenfalls mit Stichproben arbeitet, das heißt ausgewählte Gruppen von Personen oder Einrichtungen untersucht, sind jedoch bereits eine Reihe von Arbeiten gemacht worden, die sich auch mit kirchlichen Fragen befassen. Jedoch handelt es sich dabei weniger um Arbeiten offizieller kirchlicher Stellen als um die wissenschaftlicher Institute oder einzelner Personen.

Die innerkirchliche Statistik der deutschen evangelischen Landeskirchen<sup>1</sup> geht zurück auf das Jahr 1859, ist also nun hundert Jahre alt geworden. Damals stand auf der Tagesordnung der Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz, die seit 1852 regelmäßig alle zwei Jahre in Eisenach zusammenkam, ein Antrag auf Organisation und Veröffentlichung kirchlicher statistischer Aufnahmen. Mehrere Landeskirchen hatten zusammengewirkt. Oberkirchenratsdirektor Dr. Runde aus Oldenburg referierte über einen Antrag des Württembergischen Konsistoriums betreffend Zusammenstellung kirchenstatistischer Notizen aus dem evangelischen Deutschland. Angeregt war dieses Vorgehen durch „Statistische Notizen über die protestantische Kirche Bayerns diesseits des Rheins“, die 1857 in einer Münchner Zeitung<sup>2</sup> erschienen waren. Die vorgeschlagenen Statistiken sollten sich gliedern in Erhebungen über Personen, über heilige Handlungen und über Werke der Liebe. Die Konferenz beschloß, das bereits vorhandene Material einem anerkannten Statistiker zur Zusammenstellung und zu Vorschlägen über die Benutzung zur Verfügung zu stellen. 1861 erschien eine Denkschrift des württembergischen Finanzrats Dr. Zeller mit dem Entwurf eines Fragebogens. Dieser enthielt 14 Fragen, die sich auf die folgenden Gebiete erstreckten: Bevölkerung, Konfessionsgliederung, Geistliche, Einkommen der Pfarrer, Vermögen der Kirchen, die Zahlen der Getauften, Konfirmierten, Kommunikanten, Gestorbenen (Begrabenen), Trauungen, Zivilehen, Ehescheidungen. Von diesen Punkten sind die Erhebungen über das Einkommen der Pfarrer und das Vermögen der Kirchen vermutlich alsbald als zu kühn vom Programm abgesetzt worden. Die Werke der Liebe wurden in dem Zellerschen Entwurf nicht mehr erwähnt. Die Konferenz beschloß, einen Teil der vorgeschlagenen Fragen, darunter solche nach dem kirchlichen Bestand und nach Äußerungen des kirchlichen Lebens, dazu die moralstatistische Frage nach den Ehescheidungen, im Jahr 1862 allgemein in den deutschen evangelischen Kirchen zu erheben. Die Ergebnisse wurden von Zeller zusammengestellt und 1865 veröffentlicht unter dem Titel „Zur kirchlichen Statistik des evangelischen Deutschlands im Jahre 1862“. Die Schrift enthielt eine erste tabellarische Darstellung. 1876 wurde ein Statistischer Ausschuß in der Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz gegründet. 1880 legte Oberkonsistorialrat Schmidt aus Berlin der Eisenacher Konferenz zwei Fragebogen vor: Tabelle I „Umfang und Einrichtungen der Kirchenkreise“, die alle zehn Jahre erhoben werden sollte, und Tabelle II „Äußerungen des kirchlichen Lebens“ für alljährliche Erhebung. Tabelle I erfaßte unter anderem die geistlichen Stellen, die Besetzungsrechte und die Zahlen der Predigtstätten für allgemeine Gemeindebenutzung und für Anstalten, Tabelle II erstreckte sich auf Taufen, Konfirmationen,

1. Die Darstellung beschränkt sich auf Geschichte und Arbeitsweise der „zentralen“ Statistik der evangelischen Landeskirchen und ihrer diakonischen Werke; ein Beitrag über die statistische Arbeit in einzelnen Landeskirchen soll in einem späteren Jahrgang veröffentlicht werden.

2. Neue Münchner Zeitung Nr. 311 vom 31. 12. 1857: Auszug aus den der Generalsynode vorgelegten statistischen Notizen über die prot. Kirche Bayerns d. d. Rh., welche über die Seelenzahl, die ehelichen und unehelichen Geburten, die Sterbefälle, Selbstmorde, Totgeborenen, Trauungen, gemischten Ehen, Konfessionswechsel, Ein- und Auswanderungen, Kommunikanten, Opfer, Kollekten und Gaben für Bibelverein, Missionsverein und den Gustav-Adolf-Verein sich verbreiteten.

Solche Notizen, wie sie hier vermutlich erstmals veröffentlicht wurden, waren im Oberkonsistorium in München schon seit etwa 20 Jahren gesammelt worden.

Trauungen, Bestattungen und Abendmahl. Mit diesen beiden Tabellen kam 1880 die zweite allgemeine statistische Erhebung zustande. Seit 1890 wird Tabelle I in Abständen von zehn oder mehr Jahren, Tabelle II jedoch regelmäßig alljährlich erhoben. Für die Aufarbeitung gab es kein besonderes Amt, die Eisenacher Konferenz bildete eine Kommission für Kirchenstatistik. Die Rechenarbeiten wurden im Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin mit erledigt, die amtlichen Ergebnisse im „Allgemeinen Kirchenblatt für das Evangelische Deutschland“ veröffentlicht, das bereits ab 1859 einzelne statistische Tabellen und Abhandlungen brachte. Auswertungen erschienen alljährlich im „Kirchlichen Jahrbuch“, welches Pf. Robert Schneider 1874 begründet hatte. Nach seinem Tode im Jahre 1893 führte sein Sohn D. Johannes Schneider das Jahrbuch weiter. Erst im Jahre 1918 wurde Pfarrer Schneider nach Berlin berufen und mit der Bearbeitung der Statistik im Evangelischen Oberkirchenrat betraut. Als Glied des neuen Kirchenbundesamtes entstand dann das Kirchenstatistische Amt, das 1923 seine Arbeit aufnahm. Am 31. Dezember 1923 wurde Schneider zum Leiter des Kirchenstatistischen Amtes mit der Amtsbezeichnung Oberkonsistorialrat ernannt. Er war ferner Honorarprofessor an der Universität Berlin. Ein Statistischer Ausschuß des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses setzte die Tätigkeit der bisherigen Kommission fort.

1926 fand zum erstenmal eine kirchenstatistische Arbeitstagung der Referenten der Landeskirchen in Erfurt statt. Der Hauptvortrag von D. Schneider hatte den Titel „Das Wesen, der Wert und der Zweck der kirchlichen Statistik und ihre Aufgaben nach der Volkszählung von 1925“. Schneiders temperamentvolle Ausführungen gelten zum Teil heute noch ebenso wie vor 35 Jahren. Mit Stolz berichtete er, daß das Statistische Amt des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses in steter Verbindung und im Austausch mit den Statistischen Ämtern des Reiches und der Länder arbeite. Die Zeit, in der für die kirchliche Statistik im wesentlichen nur innerkirchliche Erhebungen in Betracht kamen, sei vorüber. Dieser Tatbestand lege aber auch die Verpflichtung auf, daß die kirchlichen Erhebungen den staatlichen an Zuverlässigkeit gleichwertig sein müssen. Vor allem dürften die Ergebnisse nicht in den Archiven begraben, sondern müßten ausgewertet werden. „Wo sich Rückgänge zeigen, sollen sie Anlaß geben, darüber zu beraten, wie diese zu beheben sind. Wo Fortschritte erkennbar werden, sollen sie zu ihrem Ausbau und ihrer Festigung dienen ... Was die kirchliche Statistik festgestellt hat, es mag uns lieb oder leid sein, das muß hinein in das lebendige kirchliche Leben.“ Manche sähen in der Statistik eine ärgerliche und unnötige Belastung, weil sie den Sinn und Zweck nicht erkennen könnten. Die kirchliche Statistik solle „ein Warner sein zur guten Stunde“. Sie habe nicht allein aufzuzeigen, was sei, sondern auch zu erforschen, warum es so sei.

Die Polemik gegenüber der katholischen kirchlichen Statistik, die in dem Vortrag wie auch in den Kirchlichen Jahrbüchern immer wieder zum Vorschein kommt, liegt für die Gegenwart ferner als vieles andere, was Schneider geschrieben hat. Man ist beinahe versucht, die damaligen kirchlichen Statistiker zu beneiden, daß keine ernsthafteren Sorgen sie davon abhielten, der katholischen Konkurrenz soviel Beachtung zu schenken. Richtig und im großen und ganzen auch heute noch zutreffend ist die Feststellung, daß die evangelische Seite in der innerkirchlichen (landeskirchlichen) Statistik einen Vorsprung aufweise, in der

Erfassung der Liebesarbeit jedoch gegenüber der katholischen Seite im Rückstand sei. „Von der Caritas der katholischen Kirche weiß jedermann. Unsere Innere Mission, die ihr nicht nachsteht, arbeitete lange im Verborgenen.“ Schneider wies auf das damals neu erschienene Handbuch der Inneren Mission hin, ein Werk, das nur den *einen* Fehler habe, daß es nicht 30 Jahre früher geschrieben worden sei<sup>3</sup>.

Die damaligen Forderungen Schneiders lassen sich auch heute nur in bescheidenem Umfang auf die statistische Arbeit der Inneren Mission und des Hilfswerks übertragen. Ihre Aufgabe ist nicht, mit Hilfe von Zahlen Erfolge nachzuweisen. Sie soll vor allem den Stand der Arbeit zeigen – auch im Vergleich mit den übrigen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege –, damit dem weiteren Aufbau dienen und klare Unterlagen für eine gerechte Bewertung und Verteilung vorhandener Mittel liefern.

Nachdem Prof. Schneider in den Ruhestand getreten war, leitete Oberkonsistorialrat Paul Troschke das Kirchenstatistische Amt von 1927 bis 1935. Sein Nachfolger wurde Oberkonsistorialrat Alfred Dehmel.

In den dreißiger Jahren bezog das Kirchenstatistische Amt einige neue Fragenkreise in seine Erhebungen ein. 1934 wurde eine Statistik über die Pfarrerrfamilien gemacht. Die Auswertung verrät die Tendenz, die Berechtigung des evangelischen Pfarrerstandes aus seinem Kinderreichtum nachzuweisen, was in Anbetracht der Zeitumstände immerhin verständlich war. Von 1938 ab gesellten sich den alteingeführten Tabellen I und II noch weitere hinzu, die bei den Provinzialkirchen der Altpreußischen Union schon länger erhoben worden waren: Tabelle III über Kirchenkreise, Gemeinden, geistliche Stellen und geistliche Kräfte, Tabelle IV über die Besetzung von Stellen und das Lebens- und Dienstalter der im Amt verstorbenen und der in den Ruhestand getretenen Pfarrer, Tabelle V über Prüfung, Ordination und Anstellung von Kandidaten. Ferner wurden eingeführt: Tabelle VI über Neubau und Wiederherstellung kirchlicher Gebäude und Tabelle VII über Kollekten und Geschenke. Diese beiden letzten Erhebungen sind nie zu rechter Blüte gelangt, da eine Reihe von Landeskirchen es ablehnte, derartige Angaben zu machen.

Während des zweiten Weltkrieges konnte die kirchliche Statistik nur unter großen Schwierigkeiten weitergeführt werden. Die Berichterstattung mußte teilweise ganz unterbleiben, und in den Unterlagen entstanden große Lücken. 1945 führte zunächst Pfarrer Diederichs die Arbeiten des Kirchenstatistischen Amtes in Burg an der Wupper weiter, bis 1950 das Amt in der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland unter hauptamtlicher Leitung von Oberkirchenrat Dr. Zieger wieder erstand.

Zunächst bemühte man sich um die Sammlung und Auswertung der statistischen Unterlagen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Veröffentlichungen wurden wiederaufgenommen, hauptsächlich als Statistische Beilagen zum Amtsblatt der EKD und im Kirchlichen Jahrbuch. An innerkirchlichen Erhebungen führte das Amt 1951 eine neue Bestandserhebung (Tabelle I) durch. Sie erstreckte sich auf Predigtstätten, Gemeindehäuser, Pfarrhäuser, jeweils die bestehenden

---

3. Eine umfassende „Statistik der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche“ war tatsächlich bereits 1899 erschienen. Vgl. unten.



Gebäude und den Umfang der Zerstörungen, weiter auf Friedhöfe und Friedhofskapellen, außerdem auf die nichttheologischen Mitarbeiter der Kirchengemeinden, unter anderem Gemeindehelferinnen, Organisten, Verwaltungskräfte. 1950 wurde eine neue Erhebung über die Pfarrerrfamilien durchgeführt. In der Auswertung ging es unter anderem darum, den Platz der evangelischen Pfarrerrfamilien im Rahmen der beruflichen Schichtung der Bevölkerung abzugrenzen. So standen Untersuchungen über die Berufe der Kinder, Vorbildung und etwaigen Berufswechsel der Pfarrer selbst und über die Abstammung nach den Berufen der Väter und Schwiegerväter im Vordergrund. Zum Beispiel stellte sich heraus, daß von den Pfarrern im Durchschnitt jeder vierte, von den Pfarrfrauen jede fünfte selbst aus Pfarrhäusern stammen. Andererseits folgt jeder fünfte Pfarrerssohn dem Vater im Beruf. Dieser Anteil ging jedoch während des Dritten Reiches stark zurück, und zwar zugunsten des medizinischen Studiums. Von den Pfarrerstöchtern wählt mehr als ein Drittel pflegerische oder fürsorgerische Berufe. Über die Ergebnisse ist in den Kirchlichen Jahrbüchern 1953, 1954 und 1955 ausführlich berichtet worden.

Tabelle II über die Äußerungen des kirchlichen Lebens, alljährlich von sämtlichen Kirchengemeinden innerhalb der Gliedkirchen der EKD ausgefüllt, behielt ihre Stellung als wesentliches und umfangreichstes Kernstück der kirchlichen Statistik. Sie erfuhr an einigen Stellen Ergänzungen oder kleinere Änderungen, wurde in der Form und Begriffsbildung jeweils den neuesten Bedürfnissen angepaßt, behielt aber in den Hauptpunkten den traditionellen Inhalt, so daß die Ergebnisse von 1960 mit denen von 1880 vergleichbar bleiben. Gegenwärtig erfaßt Tabelle II die Seelenzahlen, getaufte Kinder nach der Religionszugehörigkeit der Eltern, Ort der Taufhandlungen, Konfirmierte, getraute Paare, Bestattete, je nach Religionszugehörigkeit, Abendmahlsgäste und Abendmahlsfeiern, die Zahl der Gottesdienste und den Gottesdienstbesuch, Kindergottesdienste, Unterweisung der Jugend, die Aufnahmen bzw. Übertritte in die Landeskirchen sowie die Kirchenaustritte, jeweils mit einer Reihe von ergänzenden Fragen. Die Entwicklung der Amtshandlungen, vor allem das Begehren nach Taufe, Trauung und Abendmahl, kann keinen absoluten Maßstab für die Kirchlichkeit abgeben. Durch die örtlichen und zeitlichen Vergleichsmöglichkeiten zwischen Kirchengemeinden, Kreisen und Landeskirchen wird aber doch ein Gradmesser dafür gewonnen, in welcher Richtung sich das kirchliche Leben bewegt und wie weit Sitten und Formen der Volkskirche gleichbleiben oder sich verändern. Den einzelnen Ortsgeistlichen und Mitgliedern der Kirchenleitungen gibt die Statistik einen Überblick, der sicherer ist als die persönlichen Erfahrungen, die gewiß nicht fehlen sollen. Wenn sich die Urteile jedoch nur auf eigene Erfahrungen stützen, dann führt dies leicht dazu, daß das Ausmaß von Erscheinungen über- oder unterschätzt wird.

Einige Beispiele mögen dies kurz veranschaulichen. So ergibt sich bei den Taufziffern, daß im allgemeinen über 90 bis 100 % der Kinder evangelischer Eltern evangelisch getauft werden<sup>4</sup>. Unter den Kindern aus evangelisch-katholischen Mischehen werden zwischen 32 und 61 % evangelisch getauft. Überörtliche Vergleiche lehren, daß die Ziffern einesteils stark mit der Konfessionsglieder-

4. Ergebnisse des Jahres 1956, vgl. Kirchliches Jahrbuch 1958.

rung der einzelnen Gebiete zusammenhängen, andernteils mit der Siedlungsgröße. In Großstädten geht die Taufsitte überhaupt zurück und zuerst bei Mischehen. Außerordentlich verschiedene Gebräuche zeigt die Frage nach dem Ort der Taufe. Der Anteil der im Gemeindegottesdienst getauften Kinder betrug in einer Landeskirche 3 %, in einer anderen 72 %. Auf Haustaufen entfallen zwischen 1 % und 33 %. Von 100 evangelischen Paaren, die eine Ehe eingingen, wurden vielfach mehr als 90 bis zu 100 kirchlich getraut, in großstädtischen Landeskirchen jedoch nur 49 bis 66. Als wertvolle Meßziffer gilt ferner die Abendmahlsziffer (Zahl der Abendmahlsgäste in ‰ der Seelenzahl). Sie ist zum Beispiel von 1910 bis 1956 in der ausgeprägt lutherischen Kirche Bayerns von 59 auf 48 gefallen, aber jeweils höher als die aller übrigen deutschen Landeskirchen, in der reformierten Kirche Nordwestdeutschlands von 10 auf 15 gestiegen, jedoch immer verhältnismäßig niedrig, in der Unionskirche im Rheinland fast gleichgeblieben mit 21 und 20.

Die früheren Tabellen III, IV und V wurden zu einer jährlichen Bestandserhebung Tabelle III zusammengefaßt. Sie enthält Fragen über die Kirchengemeinden, Gesamtverbände, kirchliche Aufsichts- und Verwaltungsbezirke, geistliche Stellen und Kräfte, Pfarrer im Ruhestand und Wartestand, Hilfsgeistliche, Vikare und Vikarinnen, geistliche Kräfte ohne volles theologisches Studium, im Berichtsjahr geprüfte Kandidaten, Lebensalter der verstorbenen Pfarrer, sowie über für tot erklärte, kriegsgefangene oder vermißte Pfarrer. Ein Zusatzfragebogen richtet sich auf die Verhältnisse der sogenannten Ostpfarrer. Diese Erhebung dient vor allem den Kirchenleitungen und hat den Zweck, die geistliche Versorgung der Kirchengemeinden sicherzustellen. Die Tabellen VI über die kirchliche Bautätigkeit (Neubau, Ersatz, Wiederherstellung und Unterhaltung kirchlicher Gebäude) und VII über die freiwilligen Zuwendungen (Erträge aus Kollekten, Opfern, Sammlungen und Vermächtnissen) werden weitergeführt, die Ergebnisse jedoch nur innerdienstlich verwendet, da sie nach wie vor erhebliche Lücken aufweisen.

Neben der Erhebung, Aufbereitung und Auswertung dieser innerkirchlichen Statistiken im Kirchenstatistischen Amt steht die Verwendung und Auswertung behördlicher Statistiken. Sie ist verbunden mit einer intensiven Mitarbeit an der Vorbereitung amtlicher Erhebungen, soweit es sich um Tatbestände handelt, die für die kirchliche Statistik wichtig sind. Vor allem geht es um die Religionszugehörigkeit, einmal um die Aufstellung eines einwandfreien Religionsverzeichnisses (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958) als Grundlage, zum andern um die Auszählung bestimmter Tatbestände nach der Religionszugehörigkeit. Die Statistischen Landesämter in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin-West stellen nunmehr alljährlich die Zahlen der Geburten und Eheschließungen nach der Religionszugehörigkeit der Eltern bzw. Ehegatten als Unterlagen für die Berechnung der Tauf- und Trauziffern zur Verfügung. Damit werden die Pfarrämter entlastet, die früher selbst diese Zahlen bei ihren Ortsgemeinden beschaffen mußten.

Den Hochschul- und Schulstatistiken wird große Aufmerksamkeit zugewendet. Im Vordergrund steht die Beobachtung des theologischen Nachwuchses, die schon zu Prof. Schneiders Zeiten zu den Aufgaben der kirchlichen Statistik gehörte. Interessant ist, daß die Gesamtzahl der Studierenden der evangelischen Theologie in den überschaubaren acht Jahrzehnten sich lebhaft auf und ab

bewegte, so daß bald der Jammer über eine Theologenschwemme, bald der über eine drohende Ebbe die einschlägigen Berichte erfüllte. Die einzelnen Angaben über die Theologiestudierenden erhält das Kirchenstatistische Amt von den Statistischen Landesämtern. Sie erstrecken sich auf die Semestergliederung, Berufsziele, Alter, Familienstand, Berufe der Väter und die Finanzierung des Studiums. Bei der Auswertung der allgemeinen Hochschulstatistik hat das Kirchenstatistische Amt erreicht, daß jeweils in den verschiedenen Jahren der eine oder andere Tatbestand nach der Religionszugehörigkeit ausgezählt wird, vor allem die Studienfächer, die Berufsziele und die Berufe der Väter. In der Schulstatistik richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Gliederung der Schüler und der Lehrer nach der Religionszugehörigkeit in den einzelnen Schulgattungen und nach Ländern. Wichtig ist ferner die Beobachtung des Nachwuchses für Lehrberufe, der auf evangelischer Seite vor allem bei den Volksschullehrern besonders gering ist.

Für die Berechnung der Seelenzahlen der Landeskirchen werden ebenfalls in erster Linie amtliche Ergebnisse der Volkszählung und der Fortschreibung verwendet. Die Mitarbeit des Kirchenstatistischen Amtes an dem neuen Religionsverzeichnis für die Bundesstatistik ist deshalb besonders wichtig, da auf eine einwandfreie Trennung nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft zu achten ist. Auf die Frage nach dem Bekenntnis, das heißt nach der persönlichen Glaubensüberzeugung des einzelnen, hat die amtliche Statistik nach dem ersten Weltkrieg aus guten Gründen – nicht nur, weil die Weimarer Verfassung das verbot – verzichtet.

Wie schon erwähnt, werden Ergebnisse der innerkirchlichen Statistik im Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland und im Kirchlichen Jahrbuch veröffentlicht. Außerdem gibt das Kirchenstatistische Amt in zwangloser Reihenfolge den sogenannten Schnelldienst heraus, der über verschiedene Themen aus dem Bereich der Statistik berichtet. In Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Landeskunde entstand eine geographische Karte der Landeskirchen. Ferner erschienen unter anderem eine Handreichung für den Gemeindepfarrer „Die Statistik in der Kirche“ von Pfarrer Dr. Dielhenn, St. Goar, dem Leiter des Statistischen Amtes der Evangelischen Kirche im Rheinland, und die Broschüre „Zahlen aus dem kirchlichen Leben“.

Mit großem Interesse wandte sich das Amt der religionssoziologischen oder kirchensoziologischen Forschung zu, genauer ausgedrückt, vor allem den Fragen nach Zusammenhängen zwischen Religionszugehörigkeit und sozialem Verhalten. Neben der Feststellung absoluter Daten hat sich die Forschung besonders auf zwei Betrachtungsweisen, die gleichzeitig Fehlermöglichkeiten bedeuten, zu richten. An sich richtige zahlenmäßige Tatbestände können falsch beurteilt werden, wenn die Zusammenhänge mit anderen Gegebenheiten nicht berücksichtigt werden. Auf der anderen Seite kann bei zufälligem Zusammentreffen gleichlaufender oder entgegengesetzter Tendenzen zweier oder mehrerer Zahlenreihen ein ursächlicher Zusammenhang angenommen werden, der in Wahrheit gar nicht gegeben ist.

Es wird zum Beispiel geklagt darüber, daß der Nachwuchs von Theologen oder Diakonissen aus der Landbevölkerung im Gegensatz zu früher erheblich nachgelassen habe. Diese Erscheinung hängt jedoch zusammen mit dem Anteil

der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und mit der durchschnittlichen Geburtenhäufigkeit auf dem Land. Der Anteil fiel von 40 % im Deutschland des Jahres 1882 auf 14,7 % in der Bundesrepublik Deutschland von 1950. Demgegenüber waren nach der Pfarrerrfamilienstatistik unter den bis 1870 geborenen Pfarrern 13,9 % Landwirtssöhne, unter den nach 1930 geborenen 3,4 %. Vergleichsweise ist allerdings der Rückgang der Bauernsöhne unter den Theologen noch größer als der des landwirtschaftlichen Bevölkerungsteils. Denkt man aber an das heute weithin übliche Zweikindersystem, so wird verständlich, daß die Bauernbevölkerung, wenn sie ihren Zahlenbestand und damit die Höfe erhalten will, kaum überzählige Söhne und Töchter in geistliche und diakonische Berufe abgeben kann. Hier besteht also die Gefahr, daß einer zahlenmäßig folgerichtigen Entwicklung unbegründet ein ideeller Wert beigemessen wird. Nicht die Einstellung zum Theologiestudium hat sich innerhalb einer bestimmten Schicht gewandelt, sondern die Bedeutung dieser Schicht im Rahmen des Ganzen und allenfalls die Einstellung zur Frage der wünschenswerten Kinderzahl. Und auch diese ist weniger eine weltanschauliche als eine praktische Frage, deren Lösung von vielen äußeren Gegebenheiten abhängt.

Hier zeigt sich die andere Gefahrenquelle, auf welche der kirchliche Statistiker achten sollte. Jahrzehntlang wird zum Beispiel nachgewiesen, daß in evangelischen Familien durchschnittlich weniger Kinder geboren werden als in katholischen. Damit ist keineswegs bewiesen, daß die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche oder gar die evangelische Lehre bei ihren überzeugten Anhängern bewirke, daß weniger Kinder geboren werden. Die Merkmale, die tatsächlich die Kinderzahl beeinflussen, können ganz andere sein, nämlich Siedlungsgröße und Berufszugehörigkeit, die auf die evangelische und katholische Bevölkerung durchaus nicht einheitlich verteilt sind. Die Frage, ob die Konfession allein ein unterschiedliches soziales Verhalten hervorruft, ist jedenfalls durch einfache Gegenüberstellungen von in sich selbständigen Zahlenreihen nicht zu lösen.

In der jüngsten Zeit sind eine Reihe von Untersuchungen entstanden, die durch systematische Einzelbefragung ausgewählter Personen oder Gruppen tiefer in die Zusammenhänge einzudringen trachten, als die mittels statistischer Erhebungen alter Art möglich ist. Die neue Methode fordert allerdings sehr intensive Vorbereitungen, einen größeren Stab von Mitarbeitern, die als Interviewer längere Zeit herumreisen, und entsprechend hohe Geldmittel. Aus diesem Grunde ist auch die amtliche kirchliche Statistik in der Regel nur beratend an den Untersuchungen beteiligt bzw. dadurch, daß sie statistisches Grundmaterial zur Verfügung stellt und damit auf die Richtung und Abgrenzung der Themenkreise einwirkt.

Die Teilnehmer am sonntäglichen Gottesdienst können gezählt und damit der Rückgang des Gottesdienstbesuches insgesamt erfaßt werden. Diese Zahlen sagen aber so wenig aus, daß nur spezielle Untersuchungen etwas Licht in die Hintergründe bringen können. Leicht erkennbar ist, daß der Kirchenbesuch mit wachsender Wohnortgröße nachläßt, daß Frauen und ältere Menschen häufiger im Gottesdienst anzutreffen sind. Dies wird durch die soziologischen Arbeiten bestätigt. Neue Einsichten lassen sich gewinnen, wenn man dem unterschiedlichen Verhalten der „Kirchenbesucher-Frequenzgruppen“ nachgeht. Von den regelmäßigen Kirchenbesuchern haben die Evangelischen durchschnittlich mehr Inter-



esse, an kirchlichen Angelegenheiten mitzuarbeiten, als die Katholiken. Der gleiche Unterschied zeige sich auch bei denjenigen, die unregelmäßig die Kirche besuchen. Unregelmäßiger Kirchenbesuch bedeute demnach bei Evangelischen eine normale Beziehung zur Kirche. Die nach der Häufigkeit des Kirchenbesuches gebildeten Gruppen unterscheiden sich gleichzeitig in anderen Bereichen des sozialen Lebens wie Familie, Beruf, Freizeitbeschäftigung, Vereinsleben<sup>5</sup>. Der Kindergottesdienstbesuch in einer Großstadtgemeinde sei verschieden, je nach Wohnstraßen auch in sonst einheitlichen Vierteln. Offenbar werbe ein Kind das andere zum Mitkommen<sup>6</sup>.

Derartige Ergebnisse können dazu beitragen, daß allgemein beobachtete Entwicklungen in ihrem Umfang richtiger beurteilt werden, weil sie zeigen, welche Personengruppen davon betroffen werden. Jedoch können sie selbstverständlich nicht die inneren Beweggründe für ein bestimmtes Handeln oder Unterlassen freilegen. Die Statistik kann auch mit verfeinerten Verfahren nur Hinweise geben, Richtungen andeuten und unmittelbare Fehlschlüsse verhindern.

Das 1959 erschienene Buch von Hans-Otto Wölber, „Religion ohne Entscheidung“, welches in Zusammenarbeit mit dem Emnid-Institut, Bielefeld, entstand, macht den beachtlichen Versuch, gerade auch an die Glaubensfrage mittels soziologischer Forschung heranzukommen, ausgehend von dem Gedanken, „daß der Glaube des Menschen nicht nur etwas ungreifbar Innerliches ist, sondern klar in intellektuellen Urteilen, gefühlsmäßigen Bindungen und im praktischen Verhalten zum Ausdruck kommt“. Die üblichen sozial-empirischen Untersuchungsmethoden wurden hier mit psychologischen verbunden. Es kam nicht nur darauf an, was die Befragten dachten und fühlten, sondern wie sie es taten, zum Beispiel ob die Antworten sofort oder zögernd, impulsiv oder erst nach längerem Nachdenken vorgebracht wurden. Die Problematik des Ganzen wird von Wölber eingehend dargestellt. Die zumutbare Fragestellung sei gründlich erprobt worden. Es lägen keine Zeichen dafür vor, daß die Befragung als Grenzüberschreitung empfunden worden wäre. Immer wieder seien Interesse, Aufgeschlossenheit und Antwortbereitschaft festgestellt worden. Nur ein Beispiel aus den Ergebnissen: 56 % der Befragten glauben an einen persönlichen Gott, aber nur knapp 20 % von diesen können ihre mit einer solchen Aussage verbundenen Vorstellungen so ausdrücken, wie es der personalen christlichen Vorstellung im engeren Sinne entspricht. Die Arbeit gewährt wertvolle Einsichten, wenn auch der Zweifel des kirchlichen Statistikers, ob man nun wirklich die ehrliche Überzeugung der Befragten erfahren habe, nicht ganz behoben wird.

In der amtlichen Schulstatistik zeigt sich immer wieder, daß im Verhältnis viel mehr katholische als evangelische Volksschüler Bekenntnisschulen besuchen. Die Meinungsforschung bestätigt, daß dies anscheinend der Einstellung der Bevölkerung entspricht. Von den in einer Untersuchung des Allensbacher Instituts befragten Evangelischen stimmten 73 % für die Einheitsschule, 17 % für die Konfessionsschule, von den befragten Katholiken 53 % für die Einheitsschule und 38 % für die Konfessionsschule. Unter den regelmäßigen Kirchgängern befanden

---

5. *Reigrotzki*: Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik. Tübingen 1956.

6. *Merkel*: Soziologische Hintergründe einer evangelischen Gemeindegliederung (vervielfältigtes Mskr., Kirchenstat. Amt).

sich allerdings weit mehr Anhänger der Bekenntnisschule, 29 % auf evangelischer und 52 % auf katholischer Seite. Dies kann als Zeichen für den Einfluß der Kirche einerseits gelten, insofern als die Kirchenbesucher häufiger für die Konfessionsschule eintreten als diejenigen, die selten oder nie zur Kirche gehen. Es spricht für die Unabhängigkeit der Meinungsbildung andererseits, insofern als selbst von den katholischen regelmäßigen Kirchenbesuchern nahezu die Hälfte in dieser Sache nicht der kirchlichen Weisung folgen. Die Bevölkerung lehne jedoch keineswegs einen Einfluß der Kirche auf die Kindererziehung ab. Unter allen Befragten waren 82 % der Katholiken und 70 % der Evangelischen dafür, daß die Kirche sich um Schule und Jugenderziehung kümmern solle<sup>7</sup>.

Die Statistik der „Werke der Liebe“, die 1859 auf der Eisenacher Konferenz neben der Statistik der Personen und der heiligen Handlungen als dritter gleichwertiger Punkt angeregt wurde und dann in der amtlichen Statistik der verfaßten Kirchen nicht mehr zum Zuge kam, ist in diesen hundert Jahren nicht völlig vernachlässigt worden. Sie ging aber andere Wege. Einem „in den weitesten Kreisen lebhaft empfundenen Bedürfnis“ entsprechend, gab der Centralausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche im Jahr 1899 erstmalig ein 452 Seiten starkes Werk „Statistik der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche“ heraus. Im Vorwort wird erklärt, daß die Konferenz theologischer Berufsarbeiter der Inneren Mission wiederholt eine solche Zusammenstellung gewünscht habe, was in dem Beschluß einer im Herbst 1897 während des Bremer Kongresses für Innere Mission abgehaltenen Konferenz des Centralausschusses und der ihm verbundenen Vereine Ausdruck fand. Daraufhin sammelten die Vereine das Material und brachten ihre Arbeiten zum Teil schon geordnet dem Centralausschuß als Jubiläumsgabe zu seinem fünfzigjährigen Bestehen im September 1898. Der Centralausschuß gab das Ergebnis zum 30. Kongreß für Innere Mission in Straßburg im Jahre 1899 heraus. Weiter heißt es in dem Vorwort, daß die Statistik „als ein Erstlingswerk auf diesem Gebiete“ nicht auf Vollständigkeit und Genauigkeit aller einzelnen Angaben Anspruch erheben könne. Für ein solches Erstlingswerk ist das Buch jedoch ausgezeichnet gelungen, zumindest soweit es die Form der Darstellung und die übersichtliche Anordnung von Text und Tabellen angeht. Lücken und Mängel im Material waren begreiflicherweise nicht zu vermeiden. Schwierigkeiten hätten sich vor allem bei der Abgrenzung „zwischen Innerer Mission und lediglich auf Humanität beruhender Tätigkeit“ ergeben. Bezeichnend ist die Aufzählung der Arbeitsfehler, bei denen uneinheitliche Auffassungen über die Zugehörigkeit zur Inneren Mission besonders hervorgetreten wären: Krankenhäuser, Alters- und Siechenheime, Gemeindehäuser, welche von Organen der Kirche oder der Inneren Mission geleitet werden; Anstalten für körperlich oder geistig Behinderte, Erholungsheime, Hospize an Kurorten, Kinderheilstätten, Ferienkolonien, an deren Leitung Organe der Kirche oder der Inneren Mission beteiligt sind; kirchliche oder Innere Missionsvereine, welche sich mit Armen- und Krankenpflege beschäftigen; Vereine zur Besserung der Wohnungsverhältnisse; ferner sämtliche Einrichtungen zur Bekämpfung der Trunksucht und der Fürsorge für Straftlassene, und einige andere weniger bedeutende Arbeitszweige. Die hier genannten Gebiete werden

---

7. Neumann und Noelle: „Antworten“. Allensbach 1954.

heute vielleicht mit Ausnahme der Besserung der Wohnverhältnisse ganz einwandfrei zum Bereich der Inneren Mission gerechnet. Demgegenüber stand offensichtlich 1899 das Vereinswesen innerhalb der Inneren Mission stärker im Vordergrund als heute. Jedenfalls stellt es sich zahlenmäßig sehr eindrucksvoll dar. Zum Beispiel gab es fast 2 000 Jünglingsvereine und mehr als 3 000 Jungfrauenvereine mit etwa 100 000 bzw. 90 000 Mitgliedern. Die speziellen Vereinsziele reichten von Erziehungs-, Armen- und Krankenpflegevereinen bis zu christlichen Kunstvereinen und Vereinigungen zur Bekämpfung des Wuchers.

Leider wurde die „Statistik der Inneren Mission“ nicht neu aufgelegt. Erst nach dem ersten Weltkrieg kam ein „Handbuch der Inneren Mission“ in drei Bänden heraus. Band I erschien 1922 in erster Auflage, neu bearbeitet 1929 unter dem Titel „Die Organisation der Inneren Mission“, Band II über die Anstaltsarbeit 1925 und Band III über Halboffene und Offene Fürsorge 1928. Das Handbuch, von Frau Agnes Lehmann in mühevoller Arbeit hergestellt, enthält eine große Menge wertvoller Einzeldaten in Form von Verzeichnissen, außerdem einige statistische Übersichten als Anhang zu Band III. Die Statistiken geben Aufschluß über die Einrichtungen der Halboffenen und Offenen Fürsorge, untergliedert nach Ländern bzw. Provinzen und nach Einrichtungsarten, ferner über die in der Halboffenen und Offenen Fürsorge tätigen Vereine, die Vereine der Jugendpflege, die Mutterhäuser, Schwesternschaften und Diakoninnenverbände nach Arbeitsfeldern und Trägern der Arbeitsfelder sowie nach der Zahl der auf den einzelnen Arbeitsgebieten Tätigen.

Neben diesen großen Veröffentlichungen wurde viel mühevolle statistische Arbeit im Centralausschuß im verborgenen geleistet, je nachdem wie der innere Dienst oder außenstehende Stellen Material brauchten. Grundlage dafür ist eine Kartei der bestehenden Anstalten und Einrichtungen. Die Zahlen der Einrichtungen und Pflegeplätze werden jährlich in der Handreichung „Danken und Dienen“ veröffentlicht.

Seit der Zusammenführung von Innerer Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland bemüht sich das statistische Referat der Hauptgeschäftsstelle um systematische Ordnung und bessere Auswertung statistischer Unterlagen. Es steht in Verbindung mit dem Kirchenstatistischen Amt, dem Statistischen Bundesamt, vor allem auch in guter Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, die jährlich Nachweise über die der Inneren Mission und dem Hilfswerk angeschlossenen Einrichtungen und deren Mitarbeiter erhebt. In zwangloser Reihenfolge erscheinen „Statistische Informationen aus der diakonischen Arbeit“ für die Landes- und Fachverbände und gleichzeitig im Rahmen des Schnelldienstes des Kirchenstatistischen Amtes.

Damit schließt sich der Kreis um einhundert Jahre kirchliche Statistik in der evangelischen Kirche. Wie es seinerzeit von den ersten Gründern gewünscht und angeregt wurde, steht die Statistik der „Werke der Liebe“ nicht mehr abseits, sondern in enger Verbindung und im Austausch mit der übrigen kirchlichen Statistik. Das Wesentliche der christlichen Liebesarbeit läßt sich ebenso wenig in Zahlen ausdrücken wie das Glaubensleben oder der Dienst der Verkündigung. Als Organisationen in der Welt können die Kirchen und kirchlichen Werke jedoch auf praktische Unterlagen über die in Maß und Zahl ausdrückbaren

Tatbestände nicht verzichten. Dabei wird immer das Wort Paul Troschkes im Kirchlichen Jahrbuch 1933 gelten: „Wir stehen am Ufer eines tiefen Meeres und sehen die Oberfläche sich bewegen. Diese Bewegung registrieren wir, erkennen vielleicht auch die unmittelbar treibende Ursache, aber das Geheimnis der Tiefe bleibt.“

## II. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte der evangelischen Landeskirchen (nach dem Stand vom 31. 12. 1959)

Die jährliche Bestandserhebung ist diejenige Feststellung, die bis zum letzten Stichtag von allen Landeskirchen Angaben enthält, während die wichtige Tabelle II über Äußerungen des kirchlichen Lebens nicht mehr von allen Landeskirchen eingereicht werden kann. In den folgenden Tabellen\* 1–7 sind wie im Vorjahr die wichtigsten Angaben in der gleichen Gliederung veröffentlicht. Der Wert dieser Darstellung liegt darin, daß über einen längeren Zeitraum hinweg die Veränderungen bei den einzelnen Landeskirchen erkennbar sind und ein Vergleich zwischen den Landeskirchen möglich ist. Der Wiederaufbau der geistlichen Versorgung nach dem Kriege hat einen gewissen Abschluß gefunden, wie die nur noch geringen Veränderungen bei den meisten Landeskirchen zeigen. Die Zahl der neugegründeten Gemeinden ist nicht mehr so groß, wie sie es noch vor einigen Jahren war; der Vermehrung der Pfarrstellen sind natürliche Grenzen gesetzt, weil die Zahl der Pfarrer nicht beliebig erhöht werden kann. Dieser allgemeinen Entwicklung stehen Rückgänge bei einzelnen östlichen Gliedkirchen der EKD gegenüber, die am deutlichsten in den Tabellen 3 und 2 erkennbar werden, wenn die Zahl der Träger des geistlichen Amtes mit der Zahl der vorhandenen Stellen verglichen wird und wenn die Vorjahrsergebnisse herangezogen werden. Auch Tabelle 5 läßt erkennen, daß in einzelnen Landeskirchen noch verhältnismäßig viele Pfarrer erst nach Vollendung des 70. Lebensjahres emeritiert werden, da sie wegen des Nachwuchsmangels über Gebühr lange im Amt bleiben müssen.

---

\* Allgemeine Vorbemerkungen zu den Beiträgen II bis IV im Abschnitt „Kirchliche Statistik“:

Wenn in einzelnen Tabellenfeldern keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet

– der Zahlenwert ist genau gleich Null,

0 der Zahlenwert ist von Null verschieden, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Zahleneinheit und daher nicht ausdrückbar,

· der Zahlenwert ist unbekannt bzw. aus technischen Gründen nicht feststellbar.

Abweichungen in den Summen bei Prozentziffern (die Summe ergibt nicht genau 100) entstehen durch das Auf- und Abrunden der einzelnen Zahlen.

Im Text und in den Anmerkungen zu den Tabellen ist für die Bundesrepublik Deutschland die Abkürzung BRD und für die Deutsche Demokratische Republik die Abkürzung DDR benutzt worden.



Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen (Stand: 31. 12. 1959)

Landeskirche	Sprengel, Generalsuper- intendenturen, Kreisdekanate, Visitations- bezirke u. dgl.	Kirchenkreise, Superintenden- turen, Dekana- te, Propsteien u. dgl.	Rechtlich selbständige Kirchengemeinden				Parochial- verbände, Gesamt- verbände u. dgl.
			mit	ohne	ins- gesamt	mehr (+) oder weniger (—) gegen den 31. 12. 1958	
			Sitz eines <sup>1</sup> Pfarramts				
	1	2	3	4	5	6	7

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg	4	68	975	758	1733	+ 6	4
Pommern	2	18	199	128	327	± 0	—
Schlesien	—	5	66	8	74	± 0	1
Kirchenprv. Sachsen	8	78	1480	889	2369	— 5	6
Westfalen	—	27	508	1	509	+ 7	8
Rheinland	—	39	632	122	754	+ 10	10

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	6	56	806	249	1055	+ 12	7
Kurhessen-Waldeck	6	25	511	447	958	+ 1	4
Baden	3	27	415	119	534	+ 1	8
Pfalz	—	20	282	152	434	+ 6	3
Anhalt	—	5	110	111	221	± 0	5
Bremen	—	—	48	1	49	+ 4	4

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	—	31	942	284	1226	± 0	21
Hannover	10	86	1121	453	1574	— 27	11
Bayern	5	72	1140 <sup>2</sup>	71	1211	+ 15	16
Schleswig-Holstein	3	22	432	15	447	+ 5	13
Thüringen	4	41	644	762	1406	± 0	—
Mecklenburg	10	30	335	166	501	— 20	—
Hamburg	—	7 <sup>3</sup>	63	—	63	+ 4	—
Braunschweig	—	16	270	136	406	+ 3	4
Lübeck	—	—	25	—	25	± 0	—
Schaumburg-Lippe	—	2	21	—	21	± 0	1

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	4	50	1038	226	1264	+ 12	20
Oldenburg	—	10	96	8	104	± 0	—
Eutin	—	—	15	—	15	± 0	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	—	6 <sup>4</sup>	63	—	63	± 0	—
Nordwestdeutschland	—	10	110	19	129	± 0	—
	65	751	12347	5125	17472	+ 34	146

1. in Spalte 3 sind alle Kirchengemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramts gezählt (die Zahl der Stellen ist in Tabelle 2, Spalte 1 nachgewiesen)

2. einschl. exponierte Vikariate

3. Kirchenkreise (keine Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirke i. e. S.)

4. darunter eine „lutherische Klasse“



Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	1451	—	5	10	2	6 <sup>5</sup>	21	—	1490	21	26	—	1537
Hannover	1454	+	1	14	91	12	9	2	1582	8	34	8	1632
Bayern	1353	+	41	16	20	—	—	—	1389	256 <sup>6</sup>	—	—	1645
Schleswig-Holstein	652	+	9	6	11	12	2	—	683	8	6	—	697
Thüringen	970	±	0	3	11	3	—	—	987	84	10	95	1176
Mecklenburg	393	—	5	3	9	2	1	1	409	6	18	—	433
Hamburg	149	+	6	2	24	—	13	2	190	—	13	—	203
Braunschweig	314	+	1	3	5	—	1	—	323	—	3	8	334
Lübeck	49	+	3	2	3	—	1	4	59	—	—	—	59
Schaumburg-Lippe	26	—	1	—	—	—	—	—	26	—	—	—	26

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1194	+	16	15	20	26	6	25	1286	229 <sup>7</sup>	19	—	1534
Oldenburg	155	+	2	3	2	2	6	1	169	—	3	—	172
Eutin	27	±	0	—	—	—	—	—	27	—	—	—	27

Reformierte Landeskirchen

Lippe	90	±	0	1	1	2	—	—	94	—	—	1	95
Nordwestdeutschland	134	±	0	1	—	—	—	—	135	—	—	—	135
	16749	+	94	164	405	138	138	98	17692	911	276	207	19086

1. soweit die Stellen mit Amtsträgern der Kirche von der Kirche besetzt werden
2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst bei Rheinland)
3. Strafanstaltspfarrer (nach Zustimmung der Kirchenleitung vom Land besetzt)
4. einschl. Stellen für Vikarinnen
5. Stellen in Anstalten der IM ohne Parodialrechte
6. einschl. 45 Stellen in exponierten Vikariaten
7. außerdem 13 Stift- und Seminarprebendenstellen

Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amtes (Stand: 31. 12. 1959)

Landeskirche	Die hauptamtlich im kirchl. Dienst angestellten Pfarrer														
	in einem gemeindlichen Pfarramt		in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allgemeinen landeskirchlichen Dienst	in Anstalten der Inneren Mission mit Parochialrechten	in Landes- und Kommunalanstalten	als Religionslehrer <sup>2</sup>	endulchtig angestellte Pfarrer insgesamt (Spalten 1, 3, 4, 5, 6 und 7)	Pfarrer mit Berufungsauftrag		Ordinierte Hilfsgeistliche (Vikare) mit 2. theol. Examen	Ordinierte Vikare mit 1. theol. Examen	Angestellte Vikarinnen bzw. Hilfspfarrerinnen mit 2. theol. Examen <sup>3</sup>	Geistliche Kräfte ohne theol. Vollstudium	Tätige geistliche Kräfte insgesamt (Spalten 8 bis 14)
									für eine gemeindliche Pfarrstelle	für eine sonstige geistliche Stelle					
Zahl	mehr (+) oder weniger (-) gegen den 31. 12. 1958	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	

### Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg	991	—208	10	51	20	35	—	1107	17	—	40	—	32	180	1376
Pommern	153	+ 2	3	4	—	—	—	160	2	2	11	—	7	36	218
Schlesien	71	+ 11	2	—	—	—	—	73	1	—	3	—	2	5	84
Kirchenprv. Sachsen	837	— 29	18	16	8	—	—	879	15	1	80	—	50	173	1198
Westfalen	1017	+ 32	9	46	24	5	—	1101	23	3	104	—	25	37	1293
Rheinland	1060	+ 26	9	20	10	84	26	1133	24	1	77	—	21	38 <sup>5</sup>	1294

### Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	986	+104	9	6	1	15	52	1069	6	1	97	—	10	55	1238
Kurhessen-Waldeck	481	— 9	6	14	—	—	1	502	9	3	48	—	6	11	579
Baden	512	+ 7	7	21	—	11	22	573	13	4	76	—	18 <sup>8</sup>	32	716
Pfalz	283	+ 10	7	7	—	1	3	301	1	—	30	44	6	1	383
Anhalt	95	— 4	—	1	—	—	—	96	4	—	7	9	—	7	123
Bremen	71	+ 1	—	4	1	3	—	79	3	2	3	—	1	1	89



# Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	991	—	16	10	2	47	1	—	1008	31	—	110	—	18	18	1185
Hannover	1188	+	25	12	91	12	3	2	1308	23	—	40	—	34	78	1483
Bayern	1235	+	58	16	20	—	—	—	1271	15	15	177	58	27	27	1590
Schleswig-Holstein	553	+	3	6	7	12	2	—	580	18	4	27	—	7	16	652
Thüringen	549	+	14	3	11	3	—	—	566	24	—	38	28	8	95	759
Mecklenburg	276	±	0	3	17	1	—	1	298	1	1	12	19	8	35	374
Hamburg	133	+	2	1	23	—	13	1	171	—	5	18	—	10	—	204
Braunschweig	269	+	7	3	5	—	—	—	277	2	1	6	—	3	8	297
Lübeck	48	+	2	2	3	—	1	4	58	—	—	—	5	—	—	63
Schaumburg-Lippe	22	—	1	—	—	—	—	—	22	—	—	3	—	—	1	26

## Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1116	+	19	15	18	26	4	22	1201	79	—	102 <sup>8</sup>	140	18	42	1582
Oldenburg	142	+	3	3	2	2	5	1	155	1	2	11	—	2	31	202
Eutin	21	±	0	—	—	—	—	—	21	1	—	—	—	—	—	22

## Reformierte Landeskirchen

Lippe	89	+	5	1	1	2	—	—	93	—	2	4	—	1	3	103
Nordwestdeutschland	110	+	2	1	—	—	—	—	111	—	—	2	—	1	6	120
	13299	+	66	156	390	126	107	135	14213	313	47	1126	303	315	936	17253

1. soweit Amtsträger der Kirche und von der Kirche berufen
2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst bei Rheinland)
3. im unmittelbaren kirchlichen Dienst einschl. der von der Kirche im Schuldienst angestellten Vikarinnen
4. vom Staat im Einvernehmen mit der Kirche angestellt
5. Angabe vom Vorjahr
6. einschl. Vikarkandidatinnen
7. in Anhalten der IM ohne Parodialrechte
8. ohne Ospfarrer

**Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte<sup>1</sup> und Pfarrer im Wartestand (Stand: 31. 12. 1959)**

Landeskirche	Pfarrer im Ruhestand	Pfarrverwalter im Ruhestand	Zu anderweitiger Dienstleistung beurlaubte Pfarrer	Pfarrer im Wartestand
	1	2	3	4
<b>Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union</b>				
Berlin-Brandenburg	258	16	2	3
Pommern	21	—	—	1
Schlesien	9	—	2	—
Kirchenprov. Sachsen	168	—	—	1
Westfalen	165	—	16	9
Rheinland	212	—	5	7
<b>Übrige unierte Landeskirchen</b>				
Hessen und Nassau	210	—	58	5
Kurhessen-Waldeck	120	1	8	—
Baden	137	—	60	3
Pfalz	71	—	34	—
Anhalt	22	1	1	—
Bremen	11	—	—	1
<b>Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands</b>				
Sachsen	244	—	9	1
Hannover	256	—	20	7
Bayern	286	5	198	2
Schleswig-Holstein	145	1	1	3
Thüringen	101	2	3	12
Mecklenburg	68	—	2	—
Hamburg	41	—	2	—
Braunschweig	48	—	10	—
Lübeck	8	—	1	—
Schaumburg-Lippe	6	—	—	—
<b>Übrige lutherische Landeskirchen</b>				
Württemberg	301	—	15	22 <sup>2</sup>
Oldenburg	26	—	1	2
Eutin	4	—	—	1
<b>Reformierte Landeskirchen</b>				
Lippe	20	—	2	—
Nordwestdeutschland	24	—	—	—
	2982	26	450	80

1. Pfarrer, die zu anderweitiger Dienstleistung aus dem unmittelbaren kirchlichen Dienst mit dem Recht des Rücktritts entlassen oder für mindestens ein Jahr beurlaubt sind  
2. darunter 13 Kriegsvermißte

**Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1959 emeritierten Pfarrer und Pfarrverwalter und im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer**

Landeskirche	im Jahr 1959 emeritierte Pfarrer und Pfarr- verwalter	deren Lebensalter im Zeitpunkt der Emeritierung			im Jahr 1959 im aktiven kirchlichen Dienst verstorbene Pfarrer <sup>1</sup>	deren Lebensalter im Zeitpunkt des Todes		
		unter 60 Jahre	60 bis unter 70 Jahre	minde- stens 70 Jahre		unter 40 Jahre	40 bis unter 60 Jahre	minde- stens 60 Jahre
	1	2	3	4	5	6	7	8

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg	27	3	15	9	10	1	3	6
Pommern	2	—	1	1	1	—	—	1
Schlesien	—	—	—	—	—	—	—	—
Kirchenprv. Sachsen	32	3	21	8	4	—	2	2
Westfalen	25	4	20	1	5 <sup>2</sup>	—	4 <sup>2</sup>	1
Rheinland	23	5	11	7	7	—	4	3

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	19	2	5	12	8	1	6	1
Kurhessen-Waldeck	9	3	4	2	1	—	—	1
Baden	15	3	11	1	5	1	3	1
Pfalz	5	1	4	—	1	—	1	—
Anhalt	5	—	1	4	—	—	—	—
Bremen	1	—	—	1	1	—	1	—

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	43	3	23	17	9	—	1	8
Hannover	25	2	15	8	7	—	2	5
Bayern	19	1	17	1	4	1	3	—
Schleswig-Holstein	21	4	14	3	1	—	1	—
Thüringen	14	1	6	7	5	1	3	1
Mecklenburg	9	1	2	6	1	—	1	—
Hamburg	3	—	3	—	1	—	—	1
Braunschweig	7	—	7	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	1	—	1	—
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	1	—	—	1

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	17	—	15	2	5	—	4	1
Oldenburg	—	—	—	—	—	—	—	—
Eutin	—	—	—	—	—	—	—	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	1	—	1	—	—	—	—	—
Nordwestdeutschland	3	—	3	—	2	—	—	2
	325	36	199	90	80	5	40	35

1. Pfarrer, die im unmittelbaren kirchlichen Dienst fest angestellt waren (vgl. Tabelle 3, Spalte 8)  
2. außerdem eine Vikarin

Tabelle 6: Vermißte Pfarrer und Hilfsgeistliche (Stand: 31. 12. 1959)

Landeskirche	Vermißte	
	Pfarrer	Hilfs- geistliche
	1	2

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche  
der Union**

Berlin-Brandenburg	—	—
Pommern	—	—
Schlesien	30	17
Kirchenprovinz Sachsen	35	—
Westfalen	10	11
Rheinland	17	34 <sup>1</sup>

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	19	
Kurhessen-Waldeck	5	4
Baden	9	10
Pfalz	13	3
Anhalt	1	1
Bremen	1	—

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-  
Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	51	9
Hannover	21	7
Bayern	26	17
Schleswig-Holstein	9	1
Thüringen	21	6
Mecklenburg	18	—
Hamburg	2	—
Braunschweig	5	—
Lübeck	—	—
Schaumburg-Lippe	—	—

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	13	16
Oldenburg	1	—
Eutin	—	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	2	—
Nordwestdeutschland	5	—
	450	

1. darunter 5 nichtordinierte Hilfsgeistliche



Tabelle 7: Ostpfarrer<sup>1</sup> (Stand: 31. 12. 1959)

Landeskirche	Fest angestellte Ostpfarrer	Ostpfarrer mit Beschäftigungs- auftrag	Ostpfarrer im Ruhestand
	1	2	3

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg	59	—	31
Pommern	38	2	14
Schlesien	24	—	7
Kirchenprv. Sachsen	106	8	.
Westfalen	131	8	10
Rheinland	174	9	8

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	.	.	.
Kurhessen-Waldeck	78	—	5
Baden	52 <sup>2</sup>	3	5
Pfalz	8	—	5
Anhalt	10	—	—
Bremen	30	1	—

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	47	—	4
Hannover	336	1	19
Bayern	157	10	24
Schleswig-Holstein	138	15	11
Thüringen	60	3	8
Mecklenburg	29	—	4
Hamburg	23	1	4
Braunschweig	62	—	16
Lübeck	21	—	4
Schaumburg-Lippe	1	—	1

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	196	3	23
Oldenburg	41	—	8
Eutin	9	—	3

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	6	1	14
Nordwestdeutschland	3	—	1
	(1839)	(65)	(229)

1. Ostpfarrer und Gleichgestellte (vgl. Ostpfarrerrichtlinien vom 10. 10. 58, Amtsblatt der EKD 1958, Nr. 10, S. 305 ff.)

2. außerdem 8 im Staatsdienst, 1 beurlaubt, 1 im Wartestand

### III. Äußerungen des kirchlichen Lebens im Jahre 1957

Von Paul Zieger

Die Veröffentlichung der Ergebnisse der innerkirchlichen Statistik über die Äußerungen des kirchlichen Lebens nach Tabelle II ist leider immer noch unvollständig. Nach wie vor erscheinen die Ergebnisse reichlich spät, weil die Berichte einzelner Landeskirchen nicht pünktlich eingehen. Es ist bedauerlich, daß wieder drei östliche Gliedkirchen fehlen, darunter zwei der größten. Wenn auch kaum noch zu hoffen ist, daß diese Landeskirchen für eines der Jahre, in denen sie nicht berichtet haben, noch nachträglich Material zur Verfügung stellen, so werden sie doch aufgeführt. Dadurch wird erkennbar, wo Lücken sind, außerdem können später anfallende Teilangaben dann nachgetragen werden. Für diese Kirchen fehlen Vergleichszahlen für die Amtshandlungen, insbesondere für die stark im Mittelpunkt der Diskussion stehende Konfirmation, und für die Kirchengaustritte.

Die Darstellung in den Tabellen entspricht der Gliederung im Kirchlichen Jahrbuch 1956. Die absoluten Zahlen für die hier gegebenen Prozentzahlen finden sich in der Statistischen Beilage Nr. 21 zum Amtsblatt der EKD vom 15. 4. 1960.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Veränderungen geringfügig. Die Entwicklung verläuft jedoch nicht einheitlich. Im allgemeinen ist eine Erhöhung der Taufziffer festzustellen. Der Anteil der Taufen von Kindern aus evangelisch-katholischen Mischehen ist nach wie vor hoch. Die Bestrebungen, die Taufe möglichst im Gemeindegottesdienst oder im Kindergottesdienst zu vollziehen, scheinen Erfolg zu haben, denn die entsprechenden Prozentzahlen in Tabelle 3 sind fast überall höher als im Vorjahr.

Bei den Konfirmationen ist der Anteil der Kinder aus Mischehen eher gestiegen als zurückgegangen. Wichtig ist der Vergleich der Spalten 4 und 5 von Tabelle 4, aus denen hervorgeht, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kinder aus evangelisch-gemeinschaftslosen Mischehen konfirmiert wird.

Der auffällige Rückgang der Trauziffer in Hamburg (vgl. Tabelle 6) zeigt die starken Einflüsse dieses großstädtischen Siedlungsraums. Allerdings ist die Entwicklung gerade in Hamburg uneinheitlich, denn für 1958 ist die Trauziffer wieder über 50 % angestiegen. Nach wie vor werden zahlreiche Ehen getraut, in denen mindestens ein Ehegatte geschieden war. Ein wesentlicher Rückgang der Fälle ist bisher noch nicht zu verzeichnen.

Die Zahl der Abendmahlsfeiern je Gemeinde ist nicht gesunken, sondern in mehreren Landeskirchen höher geworden. Die Zahl der Abendmahlsgäste je Feier hat sich nicht wesentlich verändert. Auch die Abendmahlsziffer ist verhältnismäßig konstant. Unterschiede sind zum Teil auf die unsicheren Unterlagen für die Seelenzahlen der einzelnen Gemeinden zurückzuführen.

Bei den Kirchengaustritten ist die Zahl der Fälle auch in den östlichen Gliedkirchen zurückgegangen, bis auf Sachsen. Für 1958 muß jedoch für die östlichen Gliedkirchen nach den bisher vorliegenden Meldungen mit einer beträchtlichen Zunahme der Austritte gerechnet werden.

Tabelle 1: Taufen im Jahre 1957

Landeskirche	Getaufte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	ins- gesamt	darunter nach- träglich getauft	Kinder aus			unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonst. Eltern u. Mütter	Tauf- ver- sagun- gen	Getaufte Erwachsene
			evan- gelischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union****Berlin-Brandenburg**

Pommern	9842	464	80,4	6,9	3,3	12,4	0,3	2	15
Schlesien	2955	143	78,3	10,8	4,8	10,3	0,6	1	2
Kirchenprv. Sachsen									
Westfalen	51208	3033	78,1	17,6	15,1	3,9	0,4	100	384
Rheinland	51030	4256	66,4	28,0	23,8	4,5	1,0	240	752

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	31893	1523	73,3	21,8	18,7	4,3	0,7	6	153
Kurhessen-Waldeck	17437	562	83,3	12,1	10,4	4,4	0,3	7	75
Baden	19884	965	66,1	25,9	23,2	7,0	1,0	31	96
Pfalz	12019	312	72,0	22,0	19,9	5,4	0,5	3	19
Anhalt	4344	487	72,5	17,4	10,2	9,4	0,8	4	.
Bremen	6047	1180	82,9	11,6	8,0	4,7	0,8	—	230

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	43411	5475	70,8	19,4	6,3	8,8	1,1	60	147
Hannover	60584	3795	85,9	8,3	6,8	5,4	0,3	34	348
Bayern	35910	1249	65,8	24,8	22,6	8,5	0,9	5	147
Schleswig-Holstein	30618	5105	86,4	7,8	4,3	5,2	0,5	14	744
Thüringen	21343	1332	78,9	14,0	7,3	6,4	0,7	9	.
Mecklenburg									
Hamburg	9076	2890	75,7	15,9	7,0	5,1	3,3	7	93
Braunschweig	9947	1069	78,3	14,0	10,7	6,7	1,0	10	216
Lübeck	2707	80	89,2	5,0	3,8	5,7	0,1	—	6
Schaumburg-Lippe	1071	32	88,0	8,9	7,8	2,6	0,5	—	4

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	38058	1586	73,9	19,8	16,5	5,6	0,8	14	.
Oldenburg	8219	824	84,9	10,3	7,3	4,5	0,3	7	87
Eutin	1341	165	85,5	6,9	4,5	7,3	0,2	—	14

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	3533	147	88,1	8,0	7,0	3,5	0,4	—	34
Nordwestdeutschland	3134	131	92,0	5,2	4,5	2,6	0,2	—	23

**Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1957 (Taufziffern)**  
(Nur für Kinder mit mindestens einem evangelischen Elternteil in der BRD)

Landeskirche	Getaufte Kinder in % der Lebendgeborenen des gleichen Jahres		
	aus evangelischen Ehen	aus evang.-katholischen Ehen	uneheliche von evang. Müttern
	1	2	3

#### **Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Westfalen	95	37	62
Rheinland	91	37	58

#### **Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	98	48	59
Kurhessen-Waldeck <sup>1</sup>	97	52	82
Baden	97	44	69
Pfalz	98	46	75
Bremen	91	61	57

#### **Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover <sup>1</sup>	100	47	72
Bayern	100	42	77
Schleswig-Holstein	95	53	57
Hamburg	89	62	48
Braunschweig <sup>1</sup>	97	50	67
Lübeck	110	30	47
Schaumburg-Lippe	104	60	76

#### **Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	97	49	68
Oldenburg	100	43	67
Eutin	116	62	78

#### **Reformierte Landeskirchen**

Lippe	101	48	64
Nordwestdeutschland	105	40	67

<sup>1</sup>. standesamtliche Zahlen fehlen für die Gebietsteile in der DDR, die Verhältnisziiffern sind nur für die Gebietsteile in der BRD berechnet



**Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe**

Landeskirche	Von je 100 im Jahre 1957 getauften Kindern unter 14 Jahren wurden getauft			
	während des Gemeindegottesdienstes oder im Kindergottesdienst	außerhalb des Gemeindegottesdienstes		
		in gottesdienstlichen Räumen	in der Hausgemeinschaft (Haustaufen)	in Kliniken u. ähnlichen Anstalten
	1	2	3	4

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

**Berlin-Brandenburg**

Pommern	48,1	35,2	15,3	1,4
Schlesien	19,5	79,1	1,0	0,4
Kirchenprv. Sachsen				
Westfalen	61,5	31,7	3,0	3,8
Rheinland	67,0	26,0	3,6	3,4

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	45,7	20,2	28,4	5,6
Kurhessen-Waldeck	47,3	18,3	25,2	9,2
Baden	63,9	19,6	4,0	12,6
Pfalz	60,7	11,6	9,6	18,2
Anhalt	.	.	.	.
Bremen	20,6	71,7	4,6	3,1

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	3,3	93,4 <sup>1</sup>	1,8	1,5
Hannover	41,5	47,2	8,5	2,9
Bayern	23,3	45,8	4,9	26,0
Schleswig-Holstein	27,9	50,4	20,5	1,2
Thüringen	18,1	74,6	5,7	1,6
Mecklenburg				
Hamburg	12,8	80,8	4,0	2,4
Braunschweig	21,9	75,2	0,9	1,9
Lübeck	92,2	1,4	4,1	2,3
Schaumburg-Lippe	50,7	48,3	0,7	0,3

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	71,7	15,2	5,9	7,2
Oldenburg	24,4	65,3	8,4	2,0
Eutin	56,7	29,5	11,1	2,8

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	75,0	18,2	5,8	1,0
Nordwestdeutschland	71,1	8,4	19,0	1,5

1. besondere Taufgottesdienste

Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1957

Landeskirche	Konfirmierte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	ins- gesamt	darunter später als üblich kon- firmiert	Kinder aus			unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonstigi- ger Eltern und Mütter	Konfir- mations- versa- gungen	im Jahre 1957 konfir- mierte Erwach- sene <sup>1</sup>
			evange- lischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandbg.									
Pommern	7906	52	92,3	4,1	2,1	3,2	0,5	22	78
Schlesien	2764	6	88,4	9,7	4,7	1,8	0,1	21	21
Kirchenpriv. Sachsen									
Westfalen	46890	208	83,6	14,3	9,6	1,3	0,9	78	593
Rheinland	46446	183	73,7	22,7	15,5	1,6	2,1	71	203

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen u. Nassau	31403	30	79,5	17,4	12,4	1,6	1,4	20	40
Kurhess.-Waldeck	20685	30	91,1	6,8	4,6	1,8	0,3	22	40
Baden	17678	16	74,4	22,0	17,7	2,4	1,1	12	29
Pfalz	3683	11	78,3	19,2	16,5	1,7	0,9	8	11
Anhalt	4498	11	84,8	11,4	4,7	2,8	1,0	44	53
Bremen	6910	6	85,1	12,0	6,8	2,1	0,7	6	14

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	47132	47	76,9	19,1	4,5	2,3	1,7	482	396
Hannover	60802	113	90,3	6,9	4,1	2,3	0,5	57	301
Bayern	34551	254	75,1	21,1	17,6	2,7	1,1	33	51
Schleswig-Holst.	38749	123	89,4	7,0	2,7	2,3	1,3	97	713
Thüringen	18638	99	85,2	10,7	3,8	2,4	1,7	84	78
Mecklenburg									
Hamburg	11538	49	78,5	15,5	5,8	2,3	3,7	27	227
Braunschweig	11105	31	81,0	13,9	6,6	3,0	2,1	15	255
Lübeck	2843	—	93,6	5,8	3,6	0,6	—	—	10
Schaumbg.-Lippe	951	—	90,6	6,7	4,5	2,5	0,1	1	6

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	34136	62	82,4	14,7	10,1	1,5	1,4	7	.
Oldenburg	8701	64	87,8	9,3	4,6	2,3	0,7	2	135
Eutin	1561	6	94,2	4,2	1,4	1,5	0,1	1	10

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	3270	7	94,3	4,0	2,7	1,4	0,2	3	22
Nordwestdeutschld.	2916	3	95,2	3,2	2,1	1,5	0,2	3	35

1. in der BRD über 21 Jahre, in der DDR über 18 Jahre

Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1957

Landeskirche	Getraute Paare		davon (in % von Spalte 1)				Nachricht- lich Trau- versagun- gen
	ins- gesamt	darunter nachträg- lich getraut¹	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare		sonstige Ehe- paare	
				insgesamt	darunter evang.-kath. Ehepaare		
			1	2	3	4	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg							
Pommern	3510	178	93,9	6,1	5,7	—	12
Schlesien	1072	50	93,9	6,0	4,9	0,1	7
Kirchenprv. Sachsen							
Westfalen	24638	2748	80,0	19,8	18,9	0,2	132
Rheinland	23069	2087	69,7	30,2	29,3	0,1	277

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	15226	565	76,8	23,2	21,8	0,1	26
Kurhessen-Waldeck	8469	172	86,9	13,0	12,4	0,2	21
Baden	8819	212	69,9	30,0	28,1	0,1	26
Pfalz	5478	118	76,6	23,3	21,6	0,1	5
Anhalt	1666	185	87,7	12,2	11,9	0,1	4
Bremen	2630	146	90,0	10,0	8,0	—	2

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	16629	1214	91,9	7,8	6,9	0,3	87
Hannover	27185	1383	92,3	7,7	7,2	0,1	147
Bayern	15758	411	70,4	29,5	28,3	0,1	114
Schleswig-Holstein	13265	450	95,1	4,9	4,5	0,0	43
Thüringen	8368	430	89,4	10,4	9,6	0,2	25
Mecklenburg							
Hamburg	3121	147	92,2	7,4	5,8	0,4	9
Braunschweig	4524	326	86,7	13,2	12,3	0,1	26
Lübeck	1389	39	95,2	4,8	4,8	—	—
Schaumburg-Lippe	522	15	88,5	11,5	10,2	—	2

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	16352	2096	79,0	21,0	18,8	.	50
Oldenburg	3696	154	90,0	9,9	9,3	0,2	10
Eutin	615	19	93,3	6,5	5,5	0,2	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	1805	92	90,6	9,2	8,8	0,2	15
Nordwestdeutschland	1369	34	93,5	6,5	5,7	—	7

<sup>1</sup> im allgemeinen später als 1 Jahr, in Württemberg später als 1 Monat nach der standesamtlichen Eheschließung

Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1957 (Trauziffern)

Landeskirche	Trauungen in % der Eheschließungen					
	evangelische Ehepaare	insgesamt	konfessionell gemischte Ehepaare			
			davon			
			evangelisch-katholische	evangelisch-anders christliche	evangelisch-jüdische	evangelisch-sonstige
	1	2	3	4	5	6

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Westfalen	88	30	32	20	—	6
Rheinland	79	26	29	19	—	3

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	86	33	37	12	—	13
Kurhessen-Waldeck <sup>1</sup>	92	40	46	16	—	2
Baden	86	32	34	16	—	20
Pfalz	91	36	38	20	20	29
Bremen	65	30	33	20	—	23

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover <sup>1</sup>	88	28	35	20	—	2
Bayern	88	29	31	13	—	13
Schleswig-Holstein	73	18	32	30	—	1
Hamburg	46	10	19	21	—	1
Braunschweig <sup>1</sup>	82	31	37	34	—	5
Lübeck	80	21	28	—	—	1
Schaumburg-Lippe	99	54	57	54	—	—

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	84	33	35	18	—	24
Oldenburg	91	31	39	16	—	3
Eutin	92	41	57	100	—	3

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	99	39	46	18	—	—
Nordwestdeutschland	106	34	40	30	—	8

1. standesamtliche Zahlen fehlen für die Gebietsteile in der DDR, die Verhältnisziffern sind nur für das Gebiet der BRD berechnet



**Tabelle 7: Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1957**

Landeskirche	Trauungen von Ehepaaren, bei denen geschieden waren:		
	nur der Mann	nur die Frau	beide
	1	2	3

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg			
Pommern	94	49	11
Schlesien	31	13	—
Kirchenprov. Sachsen			
Westfalen	610	417	123
Rheinland	740	442	99

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	433	268	93
Kurhessen-Waldeck	155	109	33
Baden	321	194	88
Pfalz	181	111	43
Anhalt	.	.	.
Bremen	25	28	11

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	560	278	102
Hannover	668	463	116
Bayern	477	234	71
Schleswig-Holstein	259	158	56
Thüringen	139	116	34
Mecklenburg			
Hamburg	24	22	5
Braunschweig	78	40	11
Lübeck	56	23	6
Schaumburg-Lippe	8	8	1

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	530	247	.
Oldenburg	48	45	10
Eutin	7	5	4

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	28	18	6
Nordwestdeutschland	22	8	4

Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1957

Landeskirche	Bestattete			davon			
	Erd- bestat- tete	Einge- äscherte und in Urnen Bei- gesetzte <sup>1</sup>	ins- gesamt	evangelische Bestattete		sonstige Bestattete	
				Anzahl	in % der verstorbenen Evangelischen	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 3)
	1	2	3	4	5	6	7

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg							
Pommern	6505	136	6641	6605	.	36	0,5
Schlesien	2036	567	2603	2562	.	41	1,6
Kirchenprv. Sachsen							
Westfalen	32909	1087	33996	33715	95	281	0,8
Rheinland	36287	978	37265	36393	94	872	2,3

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	20894	3107	24001	23387	96	614	2,6
Kurhessen-Waldeck <sup>2</sup>	11482	651	12133	12063	99	70	0,6
Baden	12483	1541	14024	13622	96	402	2,9
Pfalz	7309	327	7636	7431	97	205	2,7
Anhalt	3107	1105	4212	4172	.	40	0,9
Bremen	2979	1621	4600	4531	89	69	1,5

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	34926	11005	45931	44501	.	1430	3,1
Hannover <sup>2</sup>	38965	2290	41255	40994	94	261	0,6
Bayern	23673	4819	28492	27871	98	621	2,2
Schleswig-Holstein	21155	2174	23329	23161	89	168	0,7
Thüringen	11124	7222	18346	18108	.	238	1,3
Mecklenburg							
Hamburg	5283	4245	9528	9365	97	163	1,7
Braunschweig <sup>2</sup>	6085	1381	7466	7427	94	39	0,5
Lübeck	1964	283	2247	2231	98	16	0,7
Schaumburg-Lippe	819	12	831	828	105	3	0,4

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	(22318) <sup>3</sup>	(2436) <sup>3</sup>	(24754) <sup>3</sup>	24754	96	.	.
Oldenburg	5037	412	5449	5319	97	130	2,4
Eutin	988	18	1006	974	105	32	3,2

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	2391	30	2421	2402	97	19	0,8
Nordwestdeutschland	1810	58	1868	1838	109	30	1,6

1. Urnenbeisetzungen nur gezählt, wenn Einäscherung ohne kirchliche Mitwirkung

2. standesamtliche Zahlen fehlen für die Gebietsteile in der DDR, Verhältnisziiffern sind nur für das Gebiet der BRD berechnet

3. nur Evangelische

**Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahr 1957**

Landeskirche	Bestattete insgesamt	davon		
		evangelisch- landeskirchliche	röm.-katholische	sonstige <sup>1</sup>
	1	2	3	4

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

**Berlin-Brandenburg**

Pommern	54	.	.	.
Schlesien	8	.	.	.
Kirchenprv. Sachsen				
Westfalen	368	368	—	—
Rheinland	332	332	—	—

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	182	166	3	13
Kurhessen-Waldeck	137	134	3	—
Baden	176	164	9	3
Pfalz	85	85	—	—
Anhalt	.	.	.	.
Bremen	16	16	—	—

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	.	.	.	.
Hannover	465	458	5	2
Bayern	347	332	13	2
Schleswig-Holstein	225	224	1	—
Thüringen	17	.	.	.
Mecklenburg				
Hamburg	125	122	1	2
Braunschweig	94	94	—	—
Lübeck	.	.	.	.
Schaumburg-Lippe	5	5	—	—

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	.	.	.	.
Oldenburg	96	88	5	3
Eutin	10	10	—	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	40	39	—	1
Nordwestdeutschland	17	16	1	—

1. „sonstige“ = ev.-freikirchlich, anders christlich, jüdisch, sonstige Religion, freireligiös, Weltanschauungsgemeinschaften, gemeinschaftslos und ohne Angabe

Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1957

Landeskirche	Abendmahlsfeiern				Abendmahlsgäste			
	insgesamt	im Gotteshaus		Privat- kommunionen	im Gotteshaus		Privatkommunionen	
		alle Kirchen- gemeinden <sup>2</sup>	je Kirchengemeinde <sup>1</sup>		insgesamt	je Feier		
								Gemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramtes
	1	2	3	4	5	6	7	8

## Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg								
Pommern	2767	8	14	1199	85311	31	5279	4
Schlesien	1455	20	22	724	59447	41	3600	5
Kirchenpriv. Sachsen								
Westfalen	16992	35	35	14142	792443	47	60689	4
Rheinland	13129	18	21	12028	693707	53	38885	3
Übrige unierte Landeskirchen								
Hessen und Nassau	10824	10	14	8413	611666	57	27510	3
Kurhessen-Waldeck	6632	7	13	4794	421532	64	15295	3
Baden	7931	15	19	8066	451613	57	29211	4
Pfalz	3182	8	11	3635	183822	58	12024	3
Anhalt	1425	7	13	356	49987	35	1271	4
Bremen	1101	25	26	380	48938	44	1191	3



# Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	29245	24	31	8100	964826	33	40277	5
Hannover	23857	15	21	12675	958319	40	46064	4
Bayern	24826	21	22	17076	1160829	47	47409	3
Schleswig-Holstein	8383	19	20	2298	255794	31	8861	4
Thüringen	8223	6	13	1550	279425	34	6682	4
Mecklenburg								
Hamburg	2855	48	48	471	97169	34	1473	3
Braunschweig	4335	11	16	1248	146523	34	4215	3
Lübeck	760	32	32	139	24634	32	630	5
Schaumburg-Lippe	359	17	17	530	24848	69	1818	3

## Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	14608 <sup>3</sup>	12	14	14775	759996 <sup>4</sup>	52	59341	4
Oldenburg	2218	21	23	802	85662	39	3057	4
Eutin	264	18	18	130	11752	45	346	3

## Reformierte Landeskirchen

Lippe	1010	16	16	715	45083	45	2518	4
Nordwestdeutschland	608	5	6	85	28991	48	222	3

- 
1. nach dem Stand am Ende des Berichtsjahres
  2. einschließlich rechtlich selbständiger Gemeinden ohne Sitz eines Pfarramts, Hilfspfarramts, exponierten Vikariats oder dergleichen
  3. darunter 535 Feiern für Sondergruppen
  4. darunter 33 017 Gäste bei Abendmahlfeiern für Sondergruppen

Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1957

Landeskirche		Abendmahlsgäste							
		insgesamt		Männer in % von Spalte 1	bei Privat- kommunionen in % von Spalte 1	insgesamt	bei Feiern im Gotteshaus		im selbständigen Abendmahls- gottesdienst
							davon in %		
		Zahl	in % der Seelen (Abendmahls- ziffer)				innerhalb des Gottes- dienstes	im Anschluß an einen Gottesdienst	
1	2	3	4	5	6	7	8		
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union									
Berlin-Brandenburg									
Pommern	90590	13	34	6	85311	52,9	24,4	22,7	
Schlesien	63047	29	29	6	59447	35,4	50,0	14,7	
Kirchenpriv. Sachsen									
Westfalen	853132	24	36	7	792443	23,2	59,9	16,9	
Rheinland	732592	20	35	5	693707	19,8	61,3	18,8	
Übrige unierte Landeskirchen									
Hessen und Nassau	639176	32	37	4	611666	10,1	76,8	13,1	
Kurhessen-Waldeck	436827	38	42	4	421532	54,2	30,5	15,3	
Baden	480824	38	35	6	451613	5,3	75,5	19,2	
Pfalz	195846	27	34	6	183822	8,6	75,7	15,7	
Anhalt	51258	13	27	2	49987	21,5	67,6	10,9	
Bremen	50129	11	33	2	48938	23,3	56,5	20,2	

# Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	1005103	24	28	4	964826	40,1	44,3	15,6
Hannover	1004383	25	38	5	958319	44,7	31,5	23,8
Bayern	1208238	47	38	4	1160829	13,0	46,4	40,6
Schleswig-Holstein	264655	11	35	3	255794	24,3	57,1	18,6
Thüringen	286107	17	29	2	279425	.	.	.
Mecklenburg								
Hamburg	98642	13	32	1	97169	32,4	53,2	14,4
Braunschweig	150738	21	31	3	146523	52,0	35,2	12,8
Lübeck	25264	13	37	2	24634	29,5	62,8	7,7
Schaumburg-Lippe	26666	35	40	7	24848	15,4	37,1	47,5

## Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	819337	33	35	7	759996 <sup>1</sup>	—	66,3	33,7 <sup>1</sup>
Oldenburg	88719	16	37	3	85662	42,6	39,1	18,3
Eutin	12098	12	37	3	11752	38,1	49,9	12,0

## Reformierte Landeskirchen

Lippe	47601	19	36	5	45083	9,0	75,3	15,8
Nordwestdeutschland	29213	15	39	1	28991	63,1	34,2	2,7

1. darunter 33 017 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen = 4,3 %

Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1957

Landeskirche	Zahl der regelmäßigen Teilnehmer:									
	Kindergottesdienst				Vorkonfirmandenunterricht <sup>2</sup>				Konfirmandenunterricht <sup>2</sup>	
	ohne Gruppensystem <sup>1</sup>		mit Gruppensystem		insgesamt	darunter Knaben in o/o	insgesamt	darunter Knaben in o/o	insgesamt	darunter Knaben in o/o
	insgesamt	darunter Knaben in o/o	insgesamt	darunter Knaben in o/o						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Unter- weisung der konfirmierten Jugend
Berlin-Brandenburg	533	39	846	39	.	.	.	.	.	.
Pommern	1734	43	1122	43	.	.	.	.	.	.
Schlesien										
Kirchenprv. Sachsen	20231	45	85026	43	44498	50	47228	51	7456	
Westfalen	25873	44	79630	43	44874	50	50023	50	4065	
Rheinland										
Übrige unierte Landeskirchen										
Hessen und Nassau	32748	45	28318	45	30500	51	26420	50	16946	
Kurhessen-Waldeck	24187	44	15928	44	13875	50	16006	53	7050	
Baden	30870	45	23169	45	—	—	18398	51	22137	
Pfalz	9334	43	6844	42	8318	51	10558	51	1889	
Anhalt	2694	39	492	36	3253	.	4183	.	.	
Bremen	2366	39	2878	39	6357	49	6606	51	—	

### Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg	533	39	846	39	.	.	.	.	.	.
Pommern	1734	43	1122	43	.	.	.	.	.	.
Schlesien										
Kirchenprv. Sachsen	20231	45	85026	43	44498	50	47228	51	7456	
Westfalen	25873	44	79630	43	44874	50	50023	50	4065	
Rheinland										
Übrige unierte Landeskirchen										
Hessen und Nassau	32748	45	28318	45	30500	51	26420	50	16946	
Kurhessen-Waldeck	24187	44	15928	44	13875	50	16006	53	7050	
Baden	30870	45	23169	45	—	—	18398	51	22137	
Pfalz	9334	43	6844	42	8318	51	10558	51	1889	
Anhalt	2694	39	492	36	3253	.	4183	.	.	
Bremen	2366	39	2878	39	6357	49	6606	51	—	



# Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	.	.	(52855) <sup>3</sup>	(38) <sup>3</sup>	36798	47	47179	48	2246
Hannover	37190	44	48087	43	48882	51	57774	50	8352
Bayern	36358	44	33380	43	17270	51	33980	51	12460
Schleswig-Holstein	10467	41	14638	39	34079	51	33374	51	639
Thüringen	19824	39	3927	38	14100	47	19334	43	.
Mecklenburg									
Hamburg	853	41	3900	38	10899	49	10864	50	—
Braunschweig	8579	41	5247	41	9749	50	11645	50	105
Lübeck	1870	44	3150	41	2935	50	3007	52	—
Schaumburg-Lippe	593	40	1565	41	830	50	1005	49	294

## Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	29559	.	107723	.	.	.	.	.	41230
Oldenburg	4619	42	3985	41	7317	50	8394	50	535
Eutin	467	38	552	36	1350	50	1409	50	138

## Reformierte Landeskirchen

Lippe	2005	41	4074	41	2868	52	3323	52	81
Nordwestdeutschland	2369	43	5829	40	3480	51	3461	50	149

1. darin in einzelnen westlichen Gliedkirchen vereinzelt Kinderlehre enthalten

2. Stichtag 31. 12. 1957

3. Gesamtzahl für Teilnehmer beider Gruppensysteme

**Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1957**

Landeskirche	Übergetretene				Religions- unmündige
	Erwachsene				
	insgesamt	und zwar			
		Männer		Wieder- eingetretene <sup>1</sup>	
		Anzahl	in %		
		1	2		

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg					
Pommern	241	120	49,8	116	14
Schlesien	166	79	47,6	123	2
Kirchenprov. Sachsen					
Westfalen	6346	3449	54,3	2349	217
Rheinland	6411	3379	52,7	2717	229

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	2740	1306	47,7	951	117
Kurhessen-Waldeck	949	460	48,5	314	30
Baden	1366	648	47,4	336	204
Pfalz	821	454	55,3	188	165
Anhalt	391	175	44,8	.	14
Bremen	787	390	49,6	382	30

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche der Union**

Sachsen	3183	1687	53,0	2294	115
Hannover	3294	1697	51,5	1311	109
Bayern	3300	1498	45,4	683	562
Schleswig-Holstein	2545	1276	50,1	1489	22
Thüringen	1877	.	.	1279	59
Mecklenburg	398	183	46,0	258	11
Hamburg	593	280	47,2	377	11
Braunschweig	1185	590	49,8	569	38
Lübeck	127	62	48,8	74	2
Schaumburg-Lippe	59	32	54,2	26	3

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	2221	.	.	1019	168
Oldenburg	541	284	52,5	275	12
Eutin	70	30	42,9	36	3

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	249	117	47,0	84	5
Nordwestdeutschland	152	72	47,4	17	4

1. einschließlich Rücktritte

Tabelle 14: Kirchenaustritte im Jahre 1957

Landeskirche	Ausgetretene			Religions- unmündige
	Erwachsene			
	insgesamt	darunter Männer		
		Anzahl	in %	
		1	2	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin-Brandenburg				
Pommern	2805	1709	60,9	231
Schlesien	1159	621	53,6	64
Kirchenprov. Sachsen				
Westfalen	3742	1850	49,4	349
Rheinland	5171	2739	53,0	342

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	1980	1018	51,4	162
Kurhessen-Waldeck	804	440	54,7	74
Baden	1241	523	42,1	296
Pfalz	453	198	43,7	127
Anhalt	1888	1032	54,7	99
Bremen	443	235	53,0	39

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	46235	20471	44,3	834
Hannover	2711	1352	49,9	267
Bayern	2255	951	42,2	657
Schleswig-Holstein	2320	1215	52,4	78
Thüringen	8548	.	.	426
Mecklenburg	3352	1920	57,3	215
Hamburg	2685	1371	51,1	26
Braunschweig	964	596	61,8	50
Lübeck	141	72	51,1	7
Schaumburg-Lippe	55	28	50,9	12

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	3231	.	.	424
Oldenburg	485	257	53,0	40
Eutin	25	11	44,0	4

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	85	31	36,5	13
Nordwestdeutschland	73	39	53,4	14

## IV. Die Studierenden der evangelischen Theologie

Von Paul Zieger

Die nachstehenden Tabellen sind in ihrem Aufbau und in ihrem Inhalt eine Fortsetzung der Veröffentlichungen für das Wintersemester 1957/58. Für das Wintersemester 1958/59 liegen für fast alle Universitäten und Hochschulen Gesamtergebnisse für die Theologiestudenten vor, die gegenüber der Kleinen Hochschulstatistik nur einzelne Lücken aufweisen, weil nicht alle Studenten die Fragebogen ausgefüllt haben.

Das im Vorjahr festgestellte Anwachsen der Zahl der Theologiestudenten hat auch für das Wintersemester 1958/59 angehalten. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr war noch stärker als die im Wintersemester 1957/58 gegenüber dem Wintersemester 1956/57. Der Anteil der weiblichen Studierenden liegt jetzt bei 12%, ist also etwas höher als in einer ganzen Reihe vorhergehender Jahre.

Die Tendenz, bestimmte Universitäten zu bevorzugen, hat angehalten. Trotz der Zunahme der Gesamtzahl der Studierenden zeigen sich an einzelnen Universitäten auch für 1958/59 Rückgänge gegenüber dem Vorjahr.

Die in Tabelle 2 berechnete prozentuale Verteilung der Studenten auf die Fachsemester läßt erkennen, daß die für das Wintersemester 1957/58 festgestellte Zunahme der Prozentzahlen für das erste und zweite Fachsemester nicht angehalten hat. Die Prozentzahl für das Wintersemester 1958/59 liegt aber über der für das Wintersemester 1955/56. Die Zahl der Studienanfänger ist zwar leicht zurückgegangen, liegt aber, wie Tabelle 3 zeigt, erheblich über der für das Wintersemester 1954/55.

Die Herkunft der Studierenden nach dem Beruf des Vaters ist nach wie vor durch den hohen Anteil von Akademikerkindern unter den Theologiestudenten bestimmt (Tabelle 4).

Für 1773 männliche und 233 weibliche Studenten liegen Angaben über die Finanzierung des Studiums vor. Dabei sind die ersten Semester nicht berücksichtigt, weil sich die Angaben immer auf das vorhergehende Semester beziehen. Die Finanzierung des Studiums stellt sich nach den Berichten der Studenten wie folgt dar:

Überwiegende Finanzierung des Studiums	Anteil an der Gesamtzahl in %	
	männl.	weibl.
Mittel der Eltern	42,7	45,5
Studienförderung nach dem Honnefer Modell	28,3	19,7
Sonstige öffentliche Mittel	19,8	28,3
Erwerbstätigkeit und eigene Mittel	9,0	6,0
Sonstige Mittel (aus nichtöffentlichen Quellen)	0,2	0,4

Da nur die überwiegende Finanzierung des Studiums angegeben ist, lassen diese Ergebnisse der amtlichen Hochschulstatistik nicht erkennen, in welchem Umfange das Studium aus kirchlichen Mitteln finanziert wird. Es wird nach den Erfah-



rungen über die Verteilung der Stipendien nur selten vorkommen, daß das Theologiestudium überwiegend aus kirchlichen Mitteln finanziert wird. Vielmehr stellen die Stipendien im Normalfall eine zusätzliche Unterstützung für die Eltern dar, die die überwiegende Finanzierung leisten. Auffällig ist der verhältnismäßig geringe Anteil derjenigen Studenten, die ihr Studium überwiegend mit Hilfe der staatlichen Förderungsmaßnahmen nach dem Honnefer Modell finanzieren. Es besteht der Eindruck, daß viele Theologiestudenten diese Förderungsmaßnahmen nicht in Anspruch nehmen, sondern sich auf kirchliche Zuschüsse zur Ergänzung der von den Eltern aufgebrachten Mittel verlassen.

**Tabelle 1: Die deutschen Studierenden der evangelischen Theologie<sup>1</sup> an den einzelnen Universitäten und Kirchlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in den Wintersemestern 1957/58 und 1958/59**

Universität Hochschule	Zahl der Theologiestudierenden								Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber Vorjahr	
	Wintersemester 1957/58				Wintersemester 1958/59				1957/58	1958/59
	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	in %	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	in %		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bonn	199	13	212	7,3	178	31	209	6,6	— 31	— 3
Erlangen	172	6	178	6,1	195	6	201	6,3	+ 7	+ 23
Göttingen	423	56	479	16,5	439	69	508	16,0	+ 60	+ 29
Hamburg	176	13	189	6,5	211	20	231	7,3	+ 26	+ 42
Heidelberg	462	64	526	18,1	555	77	632	19,9	+ 83	+106
Kiel	82	11	93	3,2	63	6	69	2,2	+ 23	— 24
Mainz	66	12	78	2,7	69	12	81	2,5	± 0	+ 3
Marburg	132	8	140	4,8	133	9	142	4,5	— 10	+ 2
Münster	104	9	113	3,9	104	11	115	3,6	— 14	+ 2
Tübingen	281	28	309	10,6	238	32	270	8,5	— 19	— 39
<b>Universitäten</b>	<b>2097</b>	<b>220</b>	<b>2317</b>	<b>79,7</b>	<b>2185</b>	<b>273</b>	<b>2458</b>	<b>77,3</b>	<b>+125</b>	<b>+141</b>
Berlin- Zehlendorf	184	68	252	8,7	256	73	329	10,4	+ 16	+ 77
Bethel	118	17	135	4,6	133	16	149	4,7	— 43	+ 14
Neuen- dettelsau	105	3	108	3,7	99	5	104	3,3	+ 39	— 4
Wuppertal	88	7	95	3,3	124	14	138	4,3	— 26	+ 43
<b>Kirchl. Hochschulen</b>	<b>495</b>	<b>95</b>	<b>590</b>	<b>20,3</b>	<b>612</b>	<b>108</b>	<b>720</b>	<b>22,7</b>	<b>— 14</b>	<b>+130</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>2592</b>	<b>315</b>	<b>2907</b>	<b>100</b>	<b>2797</b>	<b>381</b>	<b>3178</b>	<b>100</b>	<b>+111</b>	<b>+271</b>

1. ohne Beurlaubte und Gasthörer

**Tabelle 2: Die Studierenden der evangelischen Theologie nach Fachsemestern in % (Universitäten und Kirchliche Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, männliche und weibliche Studierende zusammen)**

Fachsemester	Von je 100 Studierenden standen im vorbezeichneten Fachsemester			
	Wintersemester			
	1954/55	1955/56	1957/58	1958/59
1.	6,7	5,3	6,9	6,8
2.	14,3	16,7	18,0	15,6
3.	6,2	7,4	7,4	6,3
4.	10,2	12,8	17,0	16,6
5.	9,3	6,8	4,4	6,6
6.	11,5	10,4	14,2	14,7
7.	11,7	9,3	6,0	4,3
8.	11,2	11,6	11,0	12,2
9.	8,0	8,4	5,0	5,5
10. und weiteres	10,9	11,3	10,0	11,3
Ohne Angabe	—	—	0,1	0,0
<b>Insgesamt</b>	100	100	100	100
<b>Anzahl insgesamt</b>	2625	2595	2907	3178

**Tabelle 3: Theologiestudierende im 1. und 2. Fachsemester (Studienanfänger) in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin (Männliche und weibliche Studierende zusammen)**

Universität Hochschule	Studienanfänger des 1. und 2. Semesters im Wintersemester			
	1954/55	1955/56	1957/58	1958/59
Bonn	21	19	20	22
Erlangen	45	14	40	50
Göttingen	30	36	54	41
Hamburg	27	49	46	52
Heidelberg	47	52	62	56
Kiel	13	19	27	13
Mainz	20	15	20	21
Marburg	35	32	40	48
Münster	10	21	16	15
Tübingen	76	77	104	59
<b>Universitäten</b>	324	334	429	377

Universität Hochschule	Studienanfänger des 1. und 2. Semesters im Wintersemester			
	1954/55	1955/56	1957/58	1958/59
Berlin-Zehlendorf	65	70	68	85
Bethel	63	85	104	106
Neuendettelsau	51	18	67	66
Wuppertal	49	65	56	78
<b>Kirchliche Hochschulen</b>	<b>228</b>	<b>238</b>	<b>295</b>	<b>335</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>552</b>	<b>572</b>	<b>724</b>	<b>712</b>

Tabelle 4: Die Theologiestudierenden nach dem Beruf des Vaters

Ausbildung und Beruf des Vaters	Von je 100 Theologiestudenten stammten von Vätern mit vorstehendem Beruf im Wintersemester			
	1954/55	1955/56 <sup>1</sup>	1957/58	1958/59
<b>A. 1. Beamter</b>				
Hochschullehrer	1,9	2,1	1,7	1,4
Lehrer	3,2	3,4	3,9	4,1
Geistlicher	22,0	22,5	22,2	22,2
Richter, Staatsanwalt	0,8	0,8	1,3	1,2
Höherer Medizinalbeamter	0,4	0,4	0,2	0,4
Sonstiger Beamter	3,7	4,0	4,1	4,2
<b>2. Angestellter</b>				
Lehrer	0,1	0,2	0,2	0,2
Jurist	0,1	0,1	0,2	0,2
Arzt, Zahnarzt, Tierarzt	0,1	0,2	0,2	0,1
Apotheker	0,0	0,0	0,1	0,0
Ingenieur, Architekt, Wirtschaftsprüfer	1,4	1,5	1,6	1,8
Sonstiger Angestellter und ohne genaue Angabe	2,1	1,7	2,1	2,1
<b>3. Freier Beruf</b>				
Rechtsanwalt, Notar	0,7	0,9	0,8	1,0
Arzt, Zahnarzt, Tierarzt	1,6	2,0	1,9	2,1
Apotheker	0,3	0,2	0,1	0,2
Selbständiger Ingenieur, Architekt, Wirtschaftsprüfer	0,7	0,5	0,6	0,4
Sonstiger freier Beruf	0,4	0,6	0,8	0,8

Ausbildung und Beruf des Vaters	Von je 100 Theologiestudenten stammten von Vätern mit vorstehendem Beruf im Wintersemester			
	1954/55	1955/56 <sup>1</sup>	1957/58	1958/59
4. <i>Selbständiger Landwirt</i>	0,2	0,1	0,2	0,1
5. <i>Handel- und Gewerbetreibender</i>	0,7	0,5	0,7	0,7
6. <i>Akademiker ohne Beruf oder ohne genaue Berufsangabe</i>	—	—	—	0,2
<b>Akademiker zusammen</b>	40,6	42,1	42,9	43,5
<b>B. 1. Beamter</b>				
Offizier, Wehrmachtsbeamter	0,7	0,7	0,8	0,8
Lehrer	5,0	4,2	4,1	4,3
Sonstiger höherer Beamter	0,7	0,8	0,7	0,6
Beamter im gehobenen Dienst	7,7	7,4	6,1	6,3
Beamter im mittleren Dienst, einfachen Dienst	5,5	5,2	5,1	4,0
<b>2. Angestellter</b>				
Leitender Angestellter	5,4	6,3	7,1	7,1
Sonstiger Angestellter	12,4	11,3	11,7	10,7
Werkmeister	1,1	1,5	0,9	1,4
<b>3. Arbeiter</b>				
	5,9	6,4	6,9	6,2
<b>4. Freier Beruf</b>				
	1,1	1,0	0,9	1,2
<b>5. Selbständiger Landwirt, Bauer</b>				
	3,4	3,6	2,9	2,9
<b>6. Handel- und Gewerbetreibender</b>				
Selbständiger Handwerker	4,1	3,5	3,8	4,1
Kaufmann, sonstiger selbständiger Handel- und Gewerbetreibender	5,9	5,7	5,3	6,4
<b>7. Nichtakademiker ohne Beruf oder ohne genaue Berufsangabe</b>				
	0,3	0,1	0,3	0,2
<b>Nichtakademiker zusammen</b>	59,3	57,8	56,7	56,3
<b>C. Ohne Angabe</b>				
	0,1	0,2	0,4	0,2
<b>Insgesamt</b>	100	100	100	100

1. Angaben für das Wintersemester 1956/57 fehlen













15060

Thecla

35, -  
1/2

BX  
8020  
A2  
K5  
v.86

15060

Kirchliches Jahrbuch

DATE DUE	BORROWER'S NAME

Kirchliches

v.86

LIBRARY  
SOUTHERN CALIFORNIA SCHOOL  
OF THEOLOGY  
CLAREMONT, CALIF.

